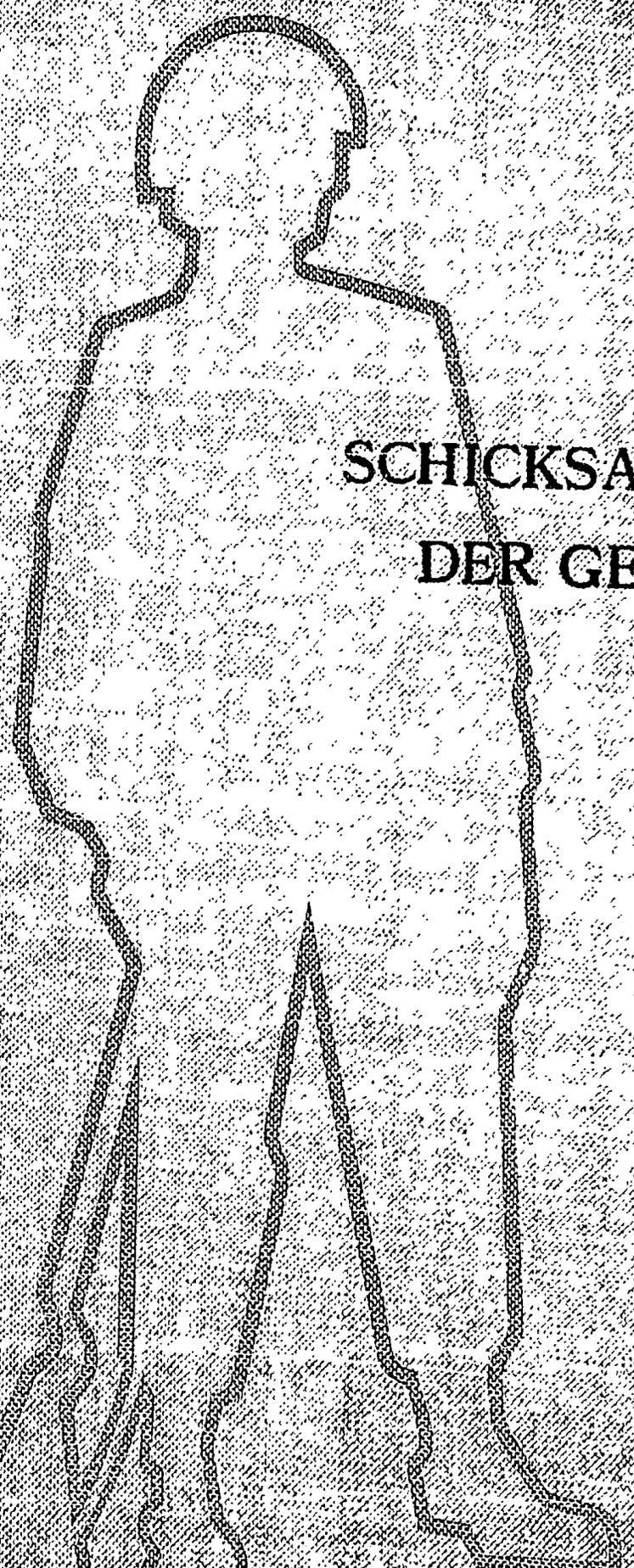


STAT

Page Denied



**SCHICKSALSFRAGEN
DER GEGENWART**

SCHICKSALSFRAGEN DER GEGENWART
ZWEITER BAND

SCHICKSALSFRAGEN DER GEGENWART

HANDBUCH
POLITISCH-HISTORISCHER BILDUNG

HERAUSGEGEBEN
VOM
BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTEIDIGUNG
INNERE FÜHRUNG

ZWEITER BAND



MAX NIEMEYER VERLAG / TÜBINGEN 1957

INHALT

	Seite
I. TEIL	
Die Verfassung der Bundesrepublik – ein staatlicher Neubau von Prof. Dr. <i>Ulrich Scheuner</i> , Universität Bonn	7
Entwicklungsstufen der internationalen Organisation von Prof. Dr. <i>Hans Wehberg</i> , Genf	45
Elemente der Herrschaftsordnung des Staates von Prof. Dr. <i>Theodor Eschenburg</i> , Universität Tübingen	72
II. TEIL	
Das Wesen der politischen Bildung von Prof. Dr. <i>Arnold Bergsträsser</i> , Universität Freiburg i. Br.	103
Grundlagen und politische Entwicklung des Dritten Reiches von Dr. <i>Hans Budheim</i> , München	114
China als aufsteigende Macht in Asien von Prof. Dr. <i>Herbert Francke</i> , Universität München	158
Clausewitz und die Gegenwart von Dozent Dr. <i>W. Hahlweg</i> , Universität Münster	183
Widerstand als Recht der Treue von Prof. Dr. <i>Ernst v. Hippel</i> , Universität Köln	208
Die seelische Lage der heutigen Jugend von Prof. Dr. <i>Albert Huth</i> , Universität München	227

©

Max Niemeyer Verlag Tübingen 1957

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags ist es auch nicht gestattet,
diesen Band, einzelne Beiträge oder Teile daraus auf photomechanischem Wege
(Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen
Einband: Heinr. Koch, Großbuchbinderei, Tübingen

	<i>Inhalt</i>	
6		Seite
Die englische Heeresreform 1906-1914		256
von Dr. Paul Kluge, Institut für Zeitgeschichte, München		
Die Wehrmacht im Dritten Reich 1933-1939		282
von Dr. Helmut Krausnick, Institut für Zeitgeschichte, München		
Das neue Indien		330
von Prof. Dr. Heinz Lehmann, Universität Tübingen		
Die Sowjetunion — Ideologie und Geschichtsbild		354
von Dr. Klaus Mehnert, Stuttgart		

DIE VERFASSUNG DER BUNDESREPUBLIK EIN STAATLICHER NEUBAU

von
Prof. Dr. ULRICH SCHEUNER, Universität Bonn

I. TEIL. DAS POLITISCHE UND RECHTLICHE FUNDAMENT

1. DIE AUFGABEN DES NEUBAUS. DAS GETEILTE DEUTSCHLAND

a) Staatsbewußtsein und Tradition

Zweimal hat das deutsche Volk nach einem schweren militärisch-politischen Zusammenbruch seine staatlichen Verhältnisse in den letzten 50 Jahren neu ordnen müssen. Aber während es nach 1918 nach mancherlei Kämpfen gelang, die staatliche Einheit des Reiches zu bewahren, und mit dem Staatsgefüge auch seine Tradition und ein erfahrener Beamtenkörper übernommen werden konnte, war nach 1945 die Staatsorganisation völlig zerschlagen und mußte von Grund auf Neues geschaffen werden. Dies Werk wurde begonnen ohne Tradition, ohne überkommene Apparatur, sogar ohne die Akten früherer Regierungen und unter fremder Besatzung. Vor allem aber: in einem geschichtlichen Moment, in dem das deutsche Volk nur Objekt der Politik der Mächte war, wurde unter dem Druck weltpolitischer Gegensätze die Einheit Deutschlands auseinandergerissen.

Wenn nach einem Zusammenbruch oder einer Revolution Ordnung und Verfassung eines Staates neu aufgerichtet werden, so haben diejenigen, die über die neue Gestaltung entscheiden — in der Regel heute eine Nationalversammlung oder eine ähnliche parlamentarische Körperschaft — nicht etwa eine von Grund auf freie Wahl zu treffen, wie der staatliche Bau aussehen soll. Die meisten grundlegenden Fragen sind durch die Ereignisse des politischen Umbruchs bereits in dem einen oder

anderen Sinne vorentschieden, wenn das verfassungsgebende Gremium zusammentritt. In der Tat ruht jede Verfassung auf bestimmten politischen Gegebenheiten, die sich als bereits vor ihrem Zustandekommen getroffene politische Entscheidungen darstellen. So war etwa 1919, als die Weimarer Nationalversammlung zusammentrat, der Sturz der Monarchie ebenso endgültig wie andererseits die Erhaltung der Einheit des Staates und die Abwehr eines kommunistischen Umsturzes schon feststanden. Im Jahre 1949, als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz als verfassungsrechtliche Grundlage des westlichen Teiles Deutschlands entwarf, stand fest:

- a) die provisorische Natur der neuen Ordnung im Hinblick auf die Teilung Deutschlands;
- b) die demokratische Grundstruktur dieser Verfassung, die der Einfügung des westlichen Deutschland in den politisch-sozialen Rahmen der freien Welt entsprach,
- c) der bundesstaatliche Aufbau, da die Länder bereits vor der Errichtung des Bundes Bestand erlangt und ihre Organisation aufgebaut hatten.

Mit diesen Grundentscheidungen war freilich das politische System noch keineswegs in allen wesentlichen Zügen bestimmt. Seine nähere Ausgestaltung, die Wahl der Regierungsform, der Anteil des Volkes, die Machtverteilung unter den leitenden Organen, warf noch zahlreiche Fragen auf. Sie wurden im Jahre 1949 in erheblichem Maße unter dem Eindruck beantwortet, Gefahren und Nachteile zu vermeiden, die man bei der Weimarer Verfassung aus ihrem Schicksal zu erkennen glaubte. Daher wurde die Stellung des Bundespräsidenten gegenüber der des Reichspräsidenten der Weimarer Epoche entscheidend geschwächt, andererseits in der starken Ausgestaltung der Position des Kanzlers ein Element der Stabilität geschaffen. Hier liegt der Grund, weshalb die rechtlichen Sicherungen und Kontrollen im Staatsaufbau stärker hervortreten, das plebisziäre Element dagegen ganz in den Hintergrund rückt.

Eine Verfassung legt die rechtliche Ordnung des staatlichen Zusammenlebens fest. Sie bestimmt über die Art und Weise der politischen Willensbildung, das heißt die Organisation der leitenden Träger der Entscheidung; sie trifft ausdrücklich oder stillschweigend Bestimmung

über die Staatsziele und die grundlegenden ethisch-politischen Werte (Grundrechte des Menschen, Staatsform, Rechtsstaatsgedanke u. a.), in deren Zeichen sich die nationale Gemeinschaft zusammenschließt. Sie kann aber, als ein System gesetzlicher Normen, für sich allein die nationale Einheit nicht schaffen noch erhalten, wenn sie nicht in ihrem Bestande auf dem tieferen und breiteren Fundament eines aktiven Staatsbewußtseins, einer lebendigen nationalen Gesinnung und Bereitschaft des Volkes ruht. Eine gute Verfassung wird diese politischen Voraussetzungen ihres Fortwirkens richtig einschätzen und zu festigen streben. Aber es liegt auf der Hand, daß Staatsgefühl und lebendiges nationales Empfinden im letzten Ende nicht allein aus dem Bestehen einer Staatsorganisation herkommen, sondern aus dem echten geschichtlichen und politischen Erleben der Gemeinschaft des Volkes erwachsen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir in der Gegenwart offen gestehen, daß namentlich in den Reihen der jüngeren Generation die Staatsauffassung tief erschüttert ist. Nach dem, was geschehen ist, kann das nicht überraschen; aber es stellt einen Punkt der Aufmerksamkeit und Sorge dar, den man wohl im Auge behalten muß.

Der Neubau eines demokratischen Staatswesens, den Deutschland nach 1918 wie nach 1945 unternommen hat, ist beidemal schwer durch die äußeren Verhältnisse belastet worden. In einem Punkte hat es der heutige Staat leichter als damals. Die alte Ordnung war 1945 entscheidend diskreditiert und das deutsche Volk ist auch seither davon überzeugt geblieben, daß das Dritte Reich ein Weg des Unheils und der Schuld gewesen ist. Es gibt heute keine Rückerinnerung, wie sie mit der Auseinandersetzung Monarchie—Republik den Weimarer Staat so schwer bedrückt hat. Freilich, auch in der Gegenwart bildet die jüngste Vergangenheit eine schwere Bürde. Sie lebt in manchen fehlgehenden politischen Meinungen und Vokabeln fort, etwa in dem Verlangen nach nationaler Einheit anstelle freier politischer Willensbildung in Parteien, oder in dem Ruf nach Vorkherrschaft der Exekutive. Viel ernster aber ist eine andere Nachwirkung. Sie besteht darin, daß wir weder innerlich noch äußerlich die Geschehnisse unserer Zeit verarbeitet und ein wirkliches Bild unserer heutigen Lage und Möglichkeiten gewonnen haben. Die endgültige Veränderung der deutschen Machtlage, die Minderung unseres politischen Ranges und die Wandlung unserer politischen Nachbarschaft ist weithin noch nicht er-

faßt. Man mißt daher den heutigen Staat zu leicht an dem Bilde früherer Größe oder gibt sich in Überschätzung wirtschaftlichen Wohlstandes gar wieder einem unangemessenen Kraftgefühl hin.

So ist das Staatsbewußtsein im westlichen Deutschland heute schwach. Vielerlei Umstände hemmen eine Entfaltung. Deutschland ist geteilt, mindestens die jüngere Altersschicht ist der Tradition entfremdet, Mißtrauen und Enttäuschung sind das Erbe der jüngsten Vergangenheit. Daher die Erscheinung einer weitverbreiteten Staatsfremdheit, die Neigung zum individuellen Sichdraußenhalten, das Ausweichen in wirtschaftliche oder persönliche Lebensbereiche. Ohne Achtung, ohne Zuvorsicht und ohne Dienst aber vermag ein Staatswesen nicht zu bestehen. Diese einfache Wahrheit zu pflegen, ist eine Erziehungsaufgabe auch für die Bundeswehr, lösbar freilich nur von neuen Vorstellungen und Wertungen her.

Literatur: Th. Litt, Die Freiheit des Menschen und der Staat, 1953; R. Smend, Staat und Politik, in: Staatsrechtl. Abhandlungen, 1955 S. 362 ff.

b) Die beiden Teile Deutschlands und ihr Verhältnis

Die Teilung Deutschlands ist das Resultat der Kriegsabmachungen unter den Alliierten (Konferenzen von Yalta und Potsdam) über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen sowie der bald nach Kriegsende einsetzenden Spannungen unter den Verbündeten. Sie ist vertieft durch die grundsätzliche politisch-soziale Umwälzung im kommunistischen Sinne, die die Sowjetunion in der östlichen Zone Deutschlands herbeigeführt hat. Die Überwindung dieser Zerreißung ist seit der Bildung zweier getrennter Regierungen in Ost und West das Ziel der politischen Bemühungen. Hoffte man anfangs, durch die Forderung freier Wahlen den Weg zur Wiedervereinigung freilegen zu können, so hat die Erfahrung der Jahre gelehrt, daß die Beseitigung der Trennung nicht allein aus deutscher Kraft, sondern nur im Rahmen einer größeren internationalen Verständigung zu erreichen ist. Die internationalen Voraussetzungen, von denen eine Wiedervereinigung abhängt, umfassen etwa folgende Punkte:

- a) Schaffung eines europäischen und darüber hinaus eines allgemeinen Sicherheitssystems, das die Vereinigung des deutschen Raumes unter Mitwirkung beider Machtblöcke ermöglicht.

- b) Einigung über den politischen Status Deutschlands einschließlich seiner militärischen Situation, seines Rüstungsstandes, seiner Bündnisse oder Bündnisfreiheit.
- c) Klärung auch des territorialen Status Deutschlands.
- d) Regelung wirtschaftlicher Fragen, die sich aus der heutigen Verflechtung des mittleren Deutschlands in die Wirtschaftszone des Ostblocks ergeben.

Da es zur Herbeiführung einer solchen Lösung einer umfassenden Einigung zwischen den beiden sich heute gegnerisch gegenüberstehenden Machtblöcken bedarf, vermag von deutscher Seite für die Wiedervereinigung am meisten durch Mitarbeit an einer solchen internationalen Lösung im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den westlichen Mächten geleistet zu werden. Daneben aber ist die stete innere Ausrichtung auf dieses Ziel, die lebendige Erhaltung der Einheit über die Zerreißung hinweg, eine maßgebliche Mithilfe.

Was das Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander angeht, so steht es unter der Forderung, durch eine geeignete rechtliche und politische Behandlung der jetzigen Trennung einer künftigen Vereinigung tunlichst vorzuarbeiten. Dabei geht die herrschende Auffassung im westlichen Deutschland davon aus, daß durch die Ereignisse von 1945 das deutsche Staatswesen zwar vorübergehend seiner Regierung und seiner Organe beraubt wurde, aber in seinem Bestande erhalten blieb. Von mancher Seite wird dann weiter die heutige Lage so gedeutet, daß nur mehr staatliche Teilstücke (Bundesrepublik, Sowjetzone, Berlin) fortbeständen, der Gesamtstaat aber bis zur Wiedervereinigung fehle. Eine solche Ansicht unterstreicht den provisorischen Charakter aller Einrichtungen auch in der Bundesrepublik und meint, daß Verfügungen in gesamtdeutschen Fragen (z. B. territorialen oder grundlegenden politischen Fragen) von den Teilen nicht getroffen werden könnten. Demgegenüber hat die Bundesregierung den Standpunkt eingenommen, daß von einer Fortsetzung eines deutschen Staatswesens nur dort die Rede sein könne, wo die Bevölkerung in freier Selbstbestimmung über ihr Schicksal entscheiden könne. Von diesem Boden aus ist die Bundesrepublik, deren Ordnung für ganz Deutschland bestimmt ist (Art. 23; Präambel: „Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“), die Fortführung des 1867 begründeten deutschen Gesamtstaates und

daher befugt, gesamtdeutsche Anliegen wahrzunehmen. Das westliche Deutschland stellt den freien Kern Deutschlands dar, dessen Selbstbestimmung zwar zunächst auf das tatsächlich in ihr vereinigte Gebiet beschränkt, aber auf das Ganze angelegt bleibt. Das Recht zur gesamtdeutschen Vertretung, wie es sich in der Saarfrage gezeigt hat, kann der Bundesrepublik nicht bestritten werden.

Zu dieser Auffassung gehört auch die Ablehnung der Anerkennung der Regierungsorgane der Sowjetzone als selbständiges politisches Gebilde. Da diese Nichtanerkennung bis jetzt von der westlichen Staatenwelt ebenfalls vollzogen wird, bedeutet sie eine merklliche Schwächung der Stellung der Pankower Regierung. Indes bleibt anerkannt, daß beide Teile Deutschlands durch eine gemeinsame Staatsangehörigkeit verbunden sind, und eine gewisse Rechtshilfe in Fragen des privaten Lebens (Vormundschaft, Unterhaltsklagen), wird von beiden Seiten geleistet, soweit nicht politische Fragen berührt werden.

Die Politik der Sowjetunion verfolgt seit Jahren das Ziel, eine Anerkennung des Regimes der Sowjetzone zu erreichen und die Wiedervereinigung als ein Problem der Verhandlung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten anzusprechen, von denen sie den östlichen als souveränen Staat ansieht.

Literatur: Stödter, Deutschlands Rechtslage, 1948; Scheuner, Die Entwicklung der völkerrechtlichen Stellung Deutschlands seit 1945, Friedenswarte 1951 S. 1 ff.; Maunz, Deutsches Staatsrecht, 5. Aufl. 1956 S. 1-11; Drath, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone, 2. Aufl. 1954; Die Bemühungen der Bundesregierung um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, herg. vom Bundesmin. f. gesamtdeutsche Fragen, 4. Aufl. 1953.

2. DIE GRUNDENTSCHEIDUNGEN DER VERFASSUNG

a) Bedeutung und rechtlicher Rang der Verfassung

Die Verfassung ist das Grundgesetz eines Staates, die die Grundzüge seiner politischen Organisation, die Staatsziele und die grundlegenden sittlichen, politischen und sozialen Werte des Staates festlegt. Sie enthält, wo Grundrechte aufgenommen sind, ein bestimmtes politisch-weltanschauliches Bekenntnis, so wie das Grundgesetz sich (Art. 1: Würde des Menschen) zur Tradition der abendländischen Humanität bekennt. In dem Aufbau einer politischen Organisation sucht die Verfassung die Kräfte des politischen Lebens zu ordnen und in ein System der Zusam-

menarbeit einzufügen. Gegenüber der starken Eigenbewegung des politischen Lebens vermag ein Verfassungsgesetz freilich nur den großen Rahmen der Machtverteilung und der Zusammenarbeit festzulegen. Die Einzelheiten des Verhältnisses der politischen Kräfte, insbesondere auch der leitenden Organe des Staates, überläßt die Verfassung der Entwicklung, auch der Festlegung in leichter zu ändernden Geschäftsordnungen (des Bundestags, der Bundesregierung usw.). Die Formen des Verfassungslebens sind daher immer in gewissem Maße beweglich, sie können sogar, wo die Bestimmungen der Verfassung den Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerecht werden, durch Gewohnheit ergänzt oder gar abgeändert werden (Verfassungswandlung, Beispiel: die außerordentliche Entwicklung des Reichspräsidentenamts unter der Weimarer Verfassung). In diesem Sinne ist jede Verfassung ein Plan, ein Entwurf, der die politischen Kräfte in Zukunft beeinflussen und in eine bestimmte Richtung lenken will. Gelingt dies nicht mehr, entspricht die Ordnung des politischen Lebens den sozialen Grundbedingungen nicht mehr, so können revolutionäre Spannungen entstehen. Je älter eine Verfassung ist, desto stärker haben Tradition und Gewohnheit sie weitergeformt (z. B. Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787). England, das keine geschriebene Verfassung besitzt, hat im Laufe der Zeit immer wieder aus seinen überlieferten rechtlichen Grundlagen ein neues politisches System zu entwickeln vermocht. Als Ansatz einer Bedeutungswandlung unter dem Grundgesetz kann man die starke Steigerung des Einflusses des Bundesrates erwähnen.

Die Verfassung bildet die Grundlage nicht nur der Zusammenordnung der politischen Leitung, sondern der ganzen rechtlichen Ordnung des Staates. Ihre Grundprinzipien, vor allem auch die Grundrechte, durchdringen die Ausgestaltung und Anwendung des Rechts in allen Lebensbereichen. Eine spezielle Bedeutung gewinnt die Verfassung in Bundesstaaten. Der erhöhte Rang, der ihr hier über den einfachen Gesetzen des Parlaments verliehen wird, sichert die in ihr festgelegte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern gegen Veränderungen, die ohnedem sonst in der Regel zugunsten der Zentralmacht mehr und mehr eintreten würden. In der Bundesrepublik ist der höhere Rang der Verfassung über dem der einfachen Gesetze besonders stark ausgeprägt, weil das Bundesverfassungsgericht über die Einhaltung der Bestimmungen des Grund-

gesetzes durch den einfachen Gesetzgeber zu wachen hat. Es kommt darin zugleich der Wunsch zum Ausdruck, in der Verfassung eine stabile und dauerhafte Basis des politischen Lebens zu errichten, die in Erschütterungen und Wechselfällen des nationalen Schicksals standhalten soll. Darum sind die leitenden Grundprinzipien des Grundgesetzes, die demokratische Staatsform, der soziale Rechtsstaat, die Achtung der menschlichen Person und der föderative Aufbau so nachdrücklich hervorgehoben (Art. 20) und sogar gegen jede Form der Änderung gesichert (Art. 79 Abs. 3 GG).

Die rechtliche Sicherung einer Verfassung, wie sie in der erschwerten Form ihrer Abänderung oder auch in den besonderen Formen ihres Schutzes (z. B. Verbot verfassungsfeindlicher Parteien) zutage tritt, wird freilich nur dann erfolgreich sein, wenn die in der Verfassung verkörperte rechtliche, politische und soziale Ordnung wirklich von den Kräften des Volkes und von einer breiten Übereinstimmung über ihre Grundprinzipien getragen wird. Es ist die Schwäche der deutschen Demokratie nach 1918 wie nach 1945 gewesen, daß diese Staatsform keine alte Tradition bei uns besitzt und daher erst im Bewußtsein der Bevölkerung Wurzeln fassen muß. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland heute in einer Grenzlage am Rande der freien Welt lebt, ja, mit einem Teile in den Block der totalitären Staaten einbezogen ist, scheint indes das Gefühl dafür, was demokratische Freiheit, Sicherung der menschlichen Grundrechte und Rechtsstaat bedeuten, stärker zu sein als im Weimarer Staate.

Literatur: Werner Kaegi, Die Verfassung als Grundordnung des Staates, 1945; Rudolf Smend, Verfassung und Verfassungsrecht, 1928 (jetzt in Staatsrechtl. Abhandlungen 1955 S. 119 ff.); H. J. Wolff, Rechtsgrundsätze und verfassungsrechtliche Grundentscheidungen als Rechtsquellen, Gedächtnisschrift f. W. Jellinek 1955 S. 33 ff.

b) Die wachsame Demokratie

Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Demokratie hat in der heutigen Welt die Bedeutung einer grundsätzlichen Stellungnahme in einem über die ganze Welt reichenden Gegensatz. In Zeiten tiefer politisch-weltanschaulicher Spannungen in der Welt, wie wir sie heute durchleben, ist es ein beherrschender Gegensatz, der auch die Verfassungssysteme der Staaten scheidet. Es stehen sich heute die totalitären Staatsregime auf der einen, die demokratischen Länder auf der anderen Seite gegenüber. Jene sind aufgebaut auf der halbreliösen Vorstellung, daß sie im Besitze einer gültigen politischen Wahrheitslehre stehen und daß die Verwirk-

lichung dieser politischen Ideen daher eine volle Unterwerfung der Individuen, eine Opferung ihrer Freiheit um des höheren Zweckes willen und für eine Übergangszeit (die freilich sich als eine normale Ordnung erweist) eine diktatorische Zusammenfassung aller Entscheidungen bei der politischen Leitung erfordert, die mit dem Mittel einer politischen Partei als Herrschaftskader, Elite und innerpolitischem Madrückgrat unbeschränkte Gewalt über die Menschen ausübt. Die demokratische Gedankenwelt dagegen geht vom einzelnen Menschen, seiner zu achtenden Selbständigkeit und Würde aus und lebt im Gedanken der Freiheit wie der Gleichheit. Sie kennt Herrschaft nur als zeitlichen Auftrag unter steter Verantwortung gegenüber dem Ganzen, sie verteilt und mäßigt die Macht, die sie der politischen Leitung anvertraut.

Eine Sondererscheinung bilden eine Reihe autoritärer Formen, die ohne den totalitären Glauben an eine ideologische politische Lehre die Vereinigung der Macht bei der Exekutive, die Aufhebung oder Beschränkung der freiheitlichen Rechte des einzelnen und in der Regel eine weitgehende Staatslenkung des wirtschaftlich-sozialen Lebens zeigen. Aus verschiedenen Ursachen erwachsen, finden wir solche Formen in politisch zerrissenen Ländern (Spanien, Portugal) oder in weniger entwickelten Gebieten, die durch strenge Leitung ihren sozialen Aufbau zu fördern suchen. Unter der Leitung kluger Staatsmänner zuweilen erfolgreich (Salazar), enthält ein solches System zumal im Wechsel der leitenden Personen große Gefahren und viele Versuchungen.

Wenn sich die modernen hochindustrialisierten Staaten dem Typus der Demokratie zugewendet haben, so fehlt es in Deutschland noch vielfach an klaren Vorstellungen über Wesen und Sinn des demokratischen Staates. Manche verwechseln Demokratie mit einem anarchischen Individualismus und einer Abkehr von aller staatlichen und öffentlichen Verantwortung. Andere verstehen darunter die ältere Lebensform eines liberalen Individualismus. In Wirklichkeit ist die Demokratie keine Staatsform der Schwäche des Staates oder der liberalen Staatsfremdeheit. Wenn der Grundgedanke der Demokratie darin liegt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, so ruht sie gerade auf der Einheit und Aktivität des Volkes, auf dessen lebendigem Anteil am politischen Geschehen. Tatsächlich haben sich Demokratien wie die Vereinigten Staaten oder England zu außerordentlichen opfervollen Kraftanstrengungen im Geiste

der Freiwilligkeit fähig erwiesen, haben sich in Zeiten der Not und Gefahr einer starken und höchst persönlichen Führung gebeugt. (Roosevelt und Churchill im zweiten Weltkriege.)

Die demokratische Idee ist übrigens keine Erfindung der französischen Revolution. Sie ist vielmehr langsam auf dem Boden der angelsächsischen Welt im 17. und 18. Jahrhundert erwachsen, gegründet auf die religiös im Gottesbund des Alten Testaments fundierte Vorstellung einer freien Vereinigung der Menschen zum politischen Gemeinwesen, in der die alten Freiheiten der Menschen gewahrt und alle politische Gewalt nur als Auftrag und Freundschaft (trust) ausgeübt wird. Auf diesem Boden ist die englische und die amerikanische Staatsform als eine *gemäßigte Demokratie* entstanden, die auf der Sicherung der Freiheit beruht und im Ausgleich verschiedener Kräfte die Aufgabe sieht. Eine hiervon sehr verschiedene, auf Rousseau sich zurückführende radikale Tradition der Demokratie hat sich zu Zeiten in Frankreich geltend gemacht. Sie geht von der Uniformität des politischen Denkens, vom Gemeinwillen aller aus, dem der einzelne untergeordnet wird und rückt die Einheit der Gesinnung in den Vordergrund. Indem sie das Volk selbst regieren lassen will, legt sie die Leitung in die Hand von Versammlungen und deren Ausschüssen (Identität von Regierenden und Regierten). Mit ihren radikalen und doktrinären Zügen kann sie revolutionäre Tendenzen zeigen, und weist von hier aus im Gedanken der „rechten Gesinnung“ und der „politischen Einheit“ Berührungen zu totalitären Ideen auf. Die heutige deutsche Entwicklung steht entschieden auf dem Boden der angelsächsischen Überlieferung.

Der Demokratie wird gern vorgeworfen, sie sei eine schwache Staatsform. Das ist keineswegs der Fall. In einer befestigten Demokratie ist vielmehr ein starkes Gemeinschaftsgefühl lebendig, das sich auch zu den entsprechenden Pflichten des Bürgers bekennt (Schweiz). Unter besonderen Umständen erträgt die Demokratie ohne weiteres eine starke Konzentration der Macht. Richtig ist, daß die demokratischen Staaten gegenüber den totalitären Regimen langsam sind. Sie können Wendungen nicht so rasch vornehmen, weil die öffentliche Meinung mitspricht, sie ermöglichen nicht so leicht rasche Entscheidungen. Darin liegt aber auch eine große Sicherung vor fehlgehenden Maßnahmen, vor der Verstrickung eines Landes in unabsehbare Verantwortung durch den Willen

einzelner. Ein gefährdetes Land wie Deutschland wird die Bedenklichkeit vorschneller Entschlüsse besonders einschätzen.

Das Bild der Demokratie wandelt sich, wie jede lebendige Staatsform in steter Fortentwicklung sich befindet. Es ist daher verfehlt, die moderne Demokratie vom Bilde des liberalen Staates des 19. Jahrhunderts aus zu beurteilen. Der bürgerliche Honoratiorenstaat jener Tage ist dem modernen Massenzeitalter gewichen, und damit sind die Züge der Demokratie heute nicht liberal, sondern sozial und egalitär. Ein starker und weitreichender Staat, der Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaat unserer Tage, entspricht der heutigen Phase der Entwicklung.

Kurz umschrieben, sind die wesentlichen Züge des demokratischen Staates in der Gegenwart:

1. Abhängigkeit und Legitimierung aller Staatsgewalt vom Volke her. Daher besteht Regierungsgewalt nur als zeitlicher Auftrag, und der Wahl entzogene dauerhafte Herrschaftsstrukturen mit wirklicher Entscheidungsgewalt finden keinen Platz mehr.
2. Alle Bürger sind an der politischen Willensbildung beteiligt, wenn auch nur im längeren Abstand der Wahlen, dazwischen aber durch das ständige Spiel und den maßgeblichen Einfluß der öffentlichen Meinung und die laufende Beteiligung der freien politischen Verbandsbildungen (Parteien, Interessengruppen) an der politischen Auseinandersetzung im weiteren Feld (Vorformung des politischen Willens).
3. Gewinnung der politischen Richtung des Staates aus einem Vorgang offener Willensbildung in verschiedenen Gruppen (Parteien), in wechselnder Übung der Regierungsmacht, die auf der Bereitschaft beruht, gewisse gemeinsame Grundwerte als verbindlich anzuerkennen und Entscheidungen einer andersgerichteten Mehrheit als für das Ganze verbindlich hinzunehmen und zu achten.
4. Mäßigung der Staatsgewalt durch Verteilung der Macht und Sicherung der Grundrechte der Bürger.

Es muß hier bemerkt werden, daß dem Verständnis der Demokratie als einer politischen Form mit offener, durch eine Art Wettbewerb gewonnener politischer Entscheidung noch manche hartnäckige Rückerinnerungen an eine ältere, monarchische Form des Staates entgegenstehen. Man kann diese nichtdemokratischen Vorstellungen an gewissen „Leitfossilien“ der Ideenwelt erkennen. Wo die nationale Einheit gegenüber

der „Parteizerrissenheit“ betont wird, wo man eine persönlich sichtbare Spitze des Staates als starke Macht ausstatten will, wo man die notwendige Funktion des Parlaments als Forum der politischen Auseinandersetzung mißversteht und ihm den „echten“ Volkswillen der Volksabstimmung gegenüberstellen will (der praktisch nicht weniger ein parteigelenkter sein würde), da sind solche unbewältigten Rückblicke zur Vergangenheit am Werke.

Es war eine verhängnisvolle Schwäche der Weimarer Periode, daß man meinte, Demokratie sei Relativismus, Gleichberechtigung jeder politischen Meinung, selbst der verfassungsgegnersichen. Von solchem Irrtum hat sich das Grundgesetz entschieden abgewandt. Es ist entschlossen, die demokratische Staatsform auch zu erhalten und zu verteidigen. Es sieht seine Grundprinzipien als dauerhafte, bleibende Basis des deutschen politischen Lebens an und ist nicht bereit, gegnerischen Kräften freies Spiel zu lassen. Daher hat man im Parteiverbot und der individuellen Verwirkung von Grundrechten (Art. 21, 18 GG) Abwehrmittel geschaffen, die Hauptlinien der Verfassung unabänderlich gemacht, und verweist gegenüber der Wiederkehr totalitärer Tendenzen auf die vorstaatliche Begründung der menschlichen Grundfreiheiten (Art. 1 GG). Die heutige deutsche Demokratie ist daher eine *wachsamer Demokratie*, zur Abwehr bereit und vom Recht ihres Grundwertes überzeugt. Von hier aus muß man auch die Bestrebungen würdigen, die neuentstehende Bundeswehr in den Gesamtbau der demokratischen Organisation einzufügen, nicht als ein fremdes Element, sondern als von der Gesamtheit getragenes und gehandhabtes notwendiges Element des selbständigen Staates.

Literatur: C. J. Friedrich, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, 1953; Scheuner, *Grundfragen des modernen Staates*, in: *Recht, Staat, Wirtschaft* Bd. III S. 126 ff.; Leibholz, *Der Strukturwandel der modernen Demokratie*, 1952; Th. Eschenburg, *Staat und Gesellschaft in Deutschland*, 2. Aufl. 1957.

c) Der soziale Rechtsstaat

Man hat gelegentlich gegen das Grundgesetz den Vorwurf erhoben, es enthalte zu wenig neue Gedanken, es strebe vor allem keine Vermittlung zwischen Ost und West an. In dieser Vorstellung liegt ein doppelter Fehler. Man meint, es könnte das östliche System gemildert werden, man könne mit ihm Kompromisse eingehen; ohne die Grundlagen der Freiheit aufzugeben. Und man übersieht, daß im Osten zwar die Behauptung

einer vorwärtsführenden Erneuerung des sozialen Lebens aufgestellt wird, in Wirklichkeit aber die wirtschaftlichen Formen des Westens Lösungen der sozialen Frage durch den Wohlstand aller herbeiführen, die die Leistung der staatsgelenkten und reglementierten Planwirtschaft der östlichen Welt weit hinter sich lassen. Über die wirtschaftlich-soziale Leistungsfähigkeit eines Systems sollten nicht ideologische Vorurteile, sondern der Beweis der Produktionskraft entscheiden, den dies System erreicht. Der grundlegende Gegensatz bleibt bestehen, daß der Mensch im totalitären Regime als Instrument, nur als einsatzfähige Einheit gesehen wird, während der Westen in ihm die Person, den Wert unverlierbarer Individualität achtet.

Auf diesem Grunde ruht die Vorstellung des Rechtsstaates. Sie meint nicht Herrschaft des Rechts überhaupt — das kann auch im diktatorischen Staat möglich sein — sondern eines bestimmten Rechtsdenkens, das von der Freiheit des Menschen und der Mäßigung der Staatsgewalt ausgeht. Zum Rechtsstaat, einem in der deutschen Überlieferung zentralen Begriff, gehört die Achtung der menschlichen Person, die freiheitliche Verfassung (ohne die er nur ein formales, leicht zu mißbrauchendes Schema wäre, wie Hitlers „nationaler Rechtsstaat“ zeigte), die Herrschaft des Gesetzes (aber eines von einer freigewählten Volksvertretung beschlossenen Gesetzes). Erst in der Verbindung mit einer freiheitlichen Staatsidee gewinnt der Rechtsstaatsgedanke seine wirkliche Kraft und Fruchtbarkeit. Dann bedeutet er rechtliche Durchordnung des Staates, Bindung aller Staatshandlungen an Gesetz und Recht (Art. 20 GG), Sicherung bürgerlicher Freiheit in Rechtsschutz, Verfahren und Organisation der Behörden und Gerichte, Ausschluß der Willkür.

Das Grundgesetz hat dem Begriff des Rechtsstaates ein Beiwort zugefügt: sozial (Art. 20, 28 GG). Damit ist eine neue Phase der Entwicklung gekennzeichnet, in der die heutige westliche Welt steht. Die soziologische Betrachtung zeigt, daß sich die Struktur der Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert tiefgehend gewandelt hat. An die Stelle der bürgerlichen Welt des selbständigen Menschen ist mit Verstärkung und Industrialisierung die Abhängigkeit der Menschen voneinander, von unübersehbaren sozialen Zusammenhängen großer Unternehmen, staatlicher Vorsorgeleistung (Wasser, Strom, Verkehr), organisierter Interessen geworden. Zugleich hat sich der egalitäre Zug verstärkt, die liberale Idee tritt

zurück. Dem gibt dies Beiwort Ausdruck, wenn es eine soziale Staatlichkeit fordert, die dem Wohl der Gesamtheit und der Einfügung des einzelnen in sie den Nachdruck gibt.

Darin kündigt sich zugleich das tiefere Problem des modernen Wohlfahrtsstaates an. Man versteht darunter die Erscheinung, daß heute der Staat in weitestem Umfang Lebenssicherung des einzelnen gewährleistet, Schutz gegen Not, Krankheit, Alter, Invalidität, daß er zu diesem Zwecke eine planvolle wirtschaftlich-soziale Beeinflussung des nationalen Lebens entfaltet. Diese Abnahme des sozialen Risikos durch die Allgemeinheit hat in einer Welt der unselbständig Erwerbenden, der Interdependenz sozialer Lebensführung ihr Recht. Sie hilft zu ihrem Teil, allen Bürgern das Gefühl menschlicher Würde und Achtung zu geben. Aber es drohen hier auch ernste Gefahren. Eine zu weit geführte soziale Versorgung könnte die Selbstverantwortung einschläfern, die Begehrlichkeit über das durch die Produktion gewährleistete Maß steigern, in sich die Tendenz fortschreitender sozialer Abhängigkeit aller, kurz einer gewissen Sozialisierung des Lebens enthalten. Es könnte über dem Streben nach Sicherheit und materieller Versorgung die Freiheit und ihr Wert verkannt werden, der Unterschied zur totalitären Planungsversorgung und Nivellierung abgeflacht werden.

Man wird daher in der Betonung des sozialen Rechtsstaates nicht eine verfassungsrechtliche Anerkennung des Wohlfahrtsstaates, wohl aber eine Absage an eine liberale, rein individuell orientierte Auslegung der Verfassung, vor allem auch der in ihr stark betonten Freiheitsrechte, also ein gewisses Bekenntnis zu einer sozialen, das heißt ausgleichenden und die Abhängigen und Schwächeren stützenden staatlichen Einstellung suchen müssen.

Literatur: Werner Kaegi, Zur Entwicklung des schweizerischen Rechtsstaates in: Hundert Jahre schweizerisches Recht, Basel 1952; Fediner, Freiheit und Zwang im sozialen Rechtsstaat, 1953; Menger, Der Begriff des sozialen Rechtsstaates, 1953; Forsthoff und Badof, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, Veröff. d. Vereinigung dt. Staatsrechtslehrer Heft 12 (1954); Imboden, Das Gesetz als Garantie rechtsstaatlicher Verfassung, 1954; Forsthoff, Verfassungsprobleme des Sozialstaates, 1953.

d) Der Schutz der menschlichen Freiheit

Zu den entscheidenden Grundlagen des staatlichen Aufbaus der Bundesrepublik gehört das humane Grundbekenntnis zur Würde und Freiheit

der Einzelperson (Art. 1, 2 GG). Mit ihm knüpft die Gegenwart an die gleichfalls aus der angelsächsischen Welt (frühe amerikanische Verfassungen, Virginia Bill 1776, Verfassung der Ver. Staaten 1787) stammende Idee gesicherter menschlicher Freiheiten gegenüber dem Staate an. In einem tieferen Sinne aber geht es um ein ganzes Menschenbild, um die Anerkennung der eigenständigen, schöpferischen, selbstbestimmten Persönlichkeit, die dem Gedanken der instrumentalen Einordnung des einzelnen in zweckhafte Gesetzmäßigkeiten, wie sie der Kommunismus lehrt, oder der Vorstellung überindividueller Einfügung des Einzellebens in Daseinketten, wie sie asiatische Religionen kennen, gegenübersteht. Ein solches Prinzip erhebt sich weit über den bloßen liberalen Gegensatz Staat — Individuum. Die Freiheit des Menschen ist nicht nur negative Abwehr gegen den Staat, sondern Element bürgerlicher Mitwirkung im Staate, Voraussetzung der freiwilligen Bereitschaft und Mitverantwortung, auf der die Demokratie aufbaut. Es wird im III. Teil näher von diesen Zusammenhängen zu reden sein.

Literatur: Smend, Bürger und Bourgeois, Staatsrechtliche Abhandlungen, 1955 S. 309 ff.; Fritz Hartung, Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart, 2. Aufl. 1954.

e) Der föderative Aufbau

Die Erneuerung eines deutschen bundesstaatlichen Systems nach dem Jahre 1945 ergab sich folgerichtig aus den Verhältnissen. Überspannungen des Einheitsstaates unter Hitler führten zum Rückschlag. Vor allem aber, der stufenweise Wiederaufbau deutscher Staatlichkeit von unten her ließ die Länder zuerst entstehen, den Bund nachkommen. Damit war diese Entscheidung längst gefallen, als man 1949 mit der Errichtung der Bundesrepublik begann. Es ist kein Zweifel, daß die starke und in manchem sogar hinter die Weimarer Periode zurückführende Ausprägung föderaler Tendenzen sich keiner zu großen Zustimmung erfreut. Zumindest im Norden Deutschlands sind die neuen Länder kaum sehr tief verwurzelt. Man wirft dem Föderalismus vor, daß er viele Reibungen vermeidbarer Art erzeuge, die Langsamkeit des Staatswesens erhöhe, einer Zeit, die nun schon in internationale Zusammenhänge hineinführt, nicht mehr entspreche. Der föderalen Tendenz steht gegenüber das gemeinsame Erleben des letzten Menschenalters, das für alle Deutschen gleich

war, die starke Vermischung der Bevölkerung als Folge der Austreibung im Osten, nicht weniger aber auch das Verlangen nach wirtschaftlicher und sozialer Einheitlichkeit im ganzen Lande. Auf der anderen Seite bedeutet der Bundesstaat eine Erhaltung lebendiger Kräfte auch im engeren Zusammenhang, die Vermeidung allzustarker Zentralisation, eine Bereicherung kultureller Förderung und Bemühung. So wird man abzuwarten haben, wie sich in der Zukunft das rechte Maß hier einstellt. Denn die Verhältnisse sind in einer gewissen Bewegung. Fast alle seit 1949 erfolgten Änderungen des Grundgesetzes betreffen bundesstaatliche Zusammenhänge. Im Falle einer Wiedervereinigung aber stehen zwar nicht die Grundsätze der Freiheit, wohl aber die der bundesstaatlichen Organisation der Änderung offen (Art. 146 GG).

Unter den Typen des Bundesstaates zeigen die drei mitteleuropäischen Staaten, Deutschland, die Schweiz und Österreich gemeinsame Züge, die sie vom angelsächsischen Typ des Bundes unterscheiden, wie er in Kanada, Australien oder in den Vereinigten Staaten verwirklicht ist. Dort werden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern gewissermaßen senkrecht verteilt. Jeder übt die ihm zugefallene Kompetenz von oben bis unten, in Gesetzgebung und Verwaltung, aus. Bund und Länder stehen zugleich einander viel unabhängiger gegenüber, der Grad der unterschiedlichen Regelung einzelner Materien in den Gliedstaaten ist ein weiter. Bei uns dagegen greifen die Zuständigkeiten von Bund und Ländern ineinander, sind miteinander verzahnt. Grundsätzlich fällt die Ausführung, die Verwaltung den Ländern zu, während die Gesetzgebungskompetenz aufgeteilt ist, so daß ein Überhang des Bundes entsteht, in dem er wohl die Gesetzgebung übt, aber die Ausführung den Ländern bleibt. In der Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten hat der Bund wohl im wesentlichen die nötige Bewegungsfreiheit erhalten, wenn man von Einzelheiten absieht. Dem Bunde sind zugewiesen Außenpolitik, Verteidigung, Währung, Wirtschaft, Verkehr, während den Ländern die innere Verwaltung, Justiz, Landwirtschaft und die Kultur verbleibt. Im Grunde weist die heute in Art. 72 und 106 des Grundgesetzes sich findende Wendung von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“, die für die Gesetzgebung des Bundes angeführt wird, auf den richtigen Zusammenhang. Wo diese im Spiele ist, gehört die Gesetzgebung in die Hand des Bundes.

Viel komplizierter ist das System der Verwaltung. Dem Bunde sind hier nur sehr begrenzte Möglichkeiten eigener Verwaltung zugestanden, sodaß er auf die Ausführung der Gesetze durch die Länder angewiesen bleibt. Es ist den Ländern gelungen, in der Verfassungsauslegung den Grundsatz durchzusetzen, daß alle Einwirkungen des Bundes auf die Länderverwaltung der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, das heißt nicht einseitig vom Bundestag verfügt werden können, sondern von der Ländervertretung gebilligt werden müssen. Es würde zu weit führen, die außerordentlich verwickelten und vielfach sehr subtilen Streitfragen zu diesem Gebiete hier anzuführen. Man mag zweifeln, ob die Länder nicht ihre Selbständigkeit stärker noch als durch die hier geübte Abwehr durch schöpferische Leistung und Bildung eines eigenen Verwaltungsstiles stützen könnten.

Die stärkste Waffe der Zentralmacht ist stets die finanzielle Einwirkung gewesen. Gelingt es ihr, sich eigene, und sogar reichere Mittel zu verschaffen, als sie den Ländern zustehen, macht sie davon zu Zuschüssen und Finanzzuweisungen Gebrauch, so kann sie auf diesem Wege langsam — die Weimarer Zeit hat das deutlich gezeigt — ihren Einfluß sehr stark ausdehnen. Das Grundgesetz hat durch eine sorgsame Verteilung der Finanzquellen und des Aufkommens zwischen Bund und Ländern (Art. 105—107) die Länder zu sichern gesucht. Wie die Entwicklung auf dem Gebiete der Wissenschaftsförderung zeigt, ist aber doch der Bund langsam am Vordringen. Wiederholt hat er sich übrigens durch Verfassungsänderungen, so beim Lastenausgleich und auf dem Gebiet der Verteidigung, stärkere Zuständigkeit verschafft.

Die wichtigste Stellung, die die Länder dem Bunde gegenüber behaupten, ist der Bundesrat. Bei der Wahl zwischen einem Senatstyp, wie ihn alle anderen Bundesstaaten kennen, mit unmittelbar oder mittelbar vom Volke gewählten Vertretern in regionaler Verteilung, hat das Grundgesetz an der traditionellen Gestaltung des zweiten deutschen Vertretungsorgans festgehalten. Der Bundesrat besteht aus weisungsgebundenen Vertretern der Landesregierungen, so daß jedes Land, je nach Größe abgestuft, mehrere Stimmen führt. Es hat sich gezeigt, daß eine solche Zusammensetzung den Einfluß der Länder, da nun hier die Landesbürokratie bei Gesetzgebung und Verwaltung stark zum Zuge kommt, sehr erhöht. Der sachkundige Bundesrat, beraten von der Bürokratie der Län-

der, prüft nicht nur die Bundesgesetze sorgsam, er hat ihnen gegenüber ein Einspruchsrecht, in sehr vielen Fällen muß er sogar positiv ihnen zustimmen. So hat sich der Bundesrat über die vorgesehene Stellung hinaus zu einer zentralen Einrichtung des Verfassungslebens entwickelt.

Freilich liegt hier zugleich auch ein Moment gegenteiliger Wirkung. Die Tatsache nämlich, daß ohne eine Mehrheit im Bundesrat die Gesetzgebung der Bundesregierung nicht durchführbar ist, nötigt diese, mit allen Mitteln des politischen Spiels auf die Erhaltung dieser Mehrheit bedacht zu sein. Da die Stimmen im Bundesrat von den Landesregierungen, das heißt deren parteipolitischer Zusammensetzung abhängen, so wird damit eine enge Verbindung von Bundespolitik und Länderpolitik geschaffen. Jede Landeswahl, jede Regierungsbildung in einem Lande beeinflußt die Politik der Bundesregierung. Ist es dann aber ein Wunder, daß nun die Bundespolitik in die Länder hinübergreift, Landeswahlen unter bundespolitischen Parolen geführt werden und eine dem Grundgesetz eigentlich fremde Verflechtung von Bundes- und Länderpolitik eingetreten ist? Hier liegen unzweifelhaft unitarische Tendenzen vor. Auf der anderen Seite wird man nicht verkennen können, daß der föderative Aufbau den Parteikampf in Deutschland mildert. Auch die Opposition ist doch stets in einigen Landesregierungen an der Macht, und somit nicht von Regierungsverantwortung ausgeschlossen.

Literatur: Werner Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 1951; Maunz, Deutsches Staatsrecht, S. 124 ff.

II. TEIL. DIE ORGANISATION DER POLITISCHEN KRÄFTE

1. VERFASSUNG UND SOZIALE DYNAMIK

Wenn die Verfassung eine Zusammenordnung der politischen Kräfte darstellt, so muß sie notwendig den Wandlungen, die sich im Bilde der modernen Gesellschaft vollziehen, folgen. Der heutige Staat trägt nicht mehr das Gepräge der liberalen Epoche. An die Stelle einer Vielzahl individueller Einzelpersonen, die sich bereitfanden, sich einer Führungsschicht des Besitzes und der Bildung anzuvertrauen, ist die Massengesellschaft unserer Zeit getreten. In ihr kommt der einzelne nicht mehr in gleichem Maße zur Geltung. Organisierte Gebilde beherrschen vielmehr das soziale Leben; von ihnen hängt der einzelne ab, in ihnen gewinnt

er vereint Macht und Einfluß, durch sie sucht er seine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten und gemeinsam zu fördern. Damit aber gewinnen im Aufbau des modernen Staatslebens die intermediären Gewalten, Parteien, Interessenverbände, Verbände der Gemeinden einen wichtigen Platz.

Zugleich vollzieht sich im Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaat eine andere, nicht weniger weitreichende Entwicklung. Indem der Staat in wachsendem Maße eine Vorsorge für die Lebensführung jedes einzelnen in seine Hand nimmt, ist er zu immer umfangreicherer Tätigkeit, zu wachsender Lenkung des wirtschaftlich-sozialen Bereiches genötigt. Im System des Rechtsstaates vollzieht sich das im Wege der Gesetzgebung. Da die Bedürfnisse ständig sich ändern, diese Gesetze also auch öfter angepaßt werden müssen, bedingt das eine außerordentliche Vermehrung der Gesetzgebungsaufgaben. Nur wenigens gibt dabei das Parlament an die Exekutive zur selbständigen Entscheidung ab. Indem es aber die ständige Regulierung dieser sozial-wirtschaftlichen Bereiche selbst in der Hand behält, wirkt es ungleich stärker am Geschehen der laufenden Verwaltung mit, so daß es nicht nur zu ständiger Tätigkeit genötigt ist – jedenfalls im Bunde – sondern auch seine Machtfülle erheblich zu steigern in der Lage ist.

Das zeitigt im ganzen bestimmte Wandlungen und charakteristische Züge der heutigen Demokratie:

1. Sie ist zunächst eine regierende Demokratie. Es wäre nichts unrichtiger, als zu meinen, in einem demokratischen Staate wäre der Unterschied von Regierung und Regierten aufgehoben. Er bleibt wie in jedem Staate erhalten, ja, der heutige Staat muß sogar in einem immer weiteren Maße über die Lebensverhältnisse seiner Bürger verfügen, ihre Wohnverhältnisse, ihre soziale Versorgung, ihre Ausbildung regeln. Die Entscheidungsmacht des modernen Sozialstaats wird also nicht, wie man gemeint hat, durch soziale Zwangsläufigkeit verringert, vielmehr ungemindert gesteigert. Von der Währung bis zur Handelspolitik sind hier immer wieder tief eingreifende Entscheidungen zu fällen. Sie können nicht durch das Volk selbst getroffen werden (die Volksabstimmungen der Schweiz über solche Fragen stellen eine seltene Ausnahme dar), sie vermehren vielmehr die Verantwortung und die Macht der politischen Leitung.

2. Es hängt mit der Form der organisierten Gesellschaft zusammen, daß die politische Auseinandersetzung sich nicht mehr auf das Parlament beschränkt, sondern in einem viel weiteren Kreise stattfindet, der durch Parteien und Verbände, Presse und andere Massenbeeinflussungsmittel (Rundfunk, Film, Fernsehen) gebildet wird. In diesem Bereiche, in dem freie Kräfte, die nicht vom Staat abhängig sind, Meinungen bilden, und damit auch das politische Denken der Bevölkerung beeinflussen, wie sie umgekehrt von diesem mitbestimmt werden (demoskopische Untersuchungen), vollzieht sich gewissermaßen eine Vorformung der politischen Willensbildung, die es dann dem Parlament und der Regierung erlaubt, bei ihren Entscheidungen schon ein bereinigtes und geklärtes Bild der politischen Diskussion vorzufinden. Wenn man manchmal meint, die Parteien schalteten allzu selbstherrlich, hier sind sie doch immer wieder an das Volk, an die Meinung des Wählers gebunden, auf den sie auch zwischen den Wahlen sorgsam achtgeben. Auf der anderen Seite zeigt sich hier, wie das heutige politische Leben entscheidend auf den freien organisatorischen Bildungen, vor allem den Parteien ruht. Ihnen, vor allem den großen Parteien, liegt doch — etwa im Gegensatz zu den mehr partikulären Interessen dienenden Interessengruppen — die Aufgabe der Sammlung der politischen Kräfte, vor allem aber auch der Interessenausgleich widerstreitender Kräfte ob. Die Parteien sind also hier — im Gegensatz zu einer oft geäußerten Meinung — nicht so sehr in der Rolle trennender, als einigender Kräfte.

3. Es bleibt bei alledem von größter Bedeutung, daß über dem Ringen der sozialen Kräfte die Idee der gemeinsamen Verantwortung, des Gemeinwohls des Ganzen, damit auch die Selbstbeschränkung in der Verfolgung eigener Ziele, die Zurückhaltung in den Formen der Vertretung eigener Interessen nicht verloren geht. Institutionelle Einrichtungen wie das Berufsbeamtentum vermögen wohl eine gewisse Darstellung des Gesamtwohls zu bieten, aber sie können, in ihrer ausführenden Funktion, die politische Initiative nicht ersetzen, die nur von den politischen Faktoren, in erster Linie von den Parteien ausgehen muß. Es ist daher richtig, wenn die Verfassung (Art. 21) den Parteien eine grundlegende Rolle im politischen Aufbau zuweist. Dennoch bleiben sie freie Bildungen, sie werden nicht zu Staatsveranstaltungen. Das ist wesentlich, damit sie — wenn auch gering oft an organisierten Mitgliedern — das Ver-

trauen ihrer Anhänger sich erhalten, das ihnen die Legitimation zu ihrem politischen Einfluß verleiht.

Literatur: Peters, Die Gewaltentrennung in moderner Sicht, 1954; Ders.: Die Wandlungen der öffentlichen Verwaltung in der neuesten Zeit, 1954; H. Huber, Recht, Staat und Gesellschaft Bern, 1954; Leibholz-Reif, Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien, Verhandl. des 38. Dt. Juristentages Teil C 1951; Fledthelm, Die deutschen Parteien seit 1945, Köln 1955; Sternberger, Lebendige Verfassung, 1956; Parteien in der Bundesrepublik herg. v. Institut für Politische Wissenschaft Berlin 1955; G. v. d. Gablentz, Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, 1952; Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 8. Aufl. 1955; v. d. Heydte-Sachlerl, Soziologie der deutschen Parteien, 1955.

2. TYPEN DER MODERNEN DEMOKRATIE

Keineswegs hat die Demokratie nur einen einheitlichen Typus des Verfassungsaufbaus entwickelt. Wir können unter den heutigen Gestaltungen vielmehr drei Regelungen unterscheiden, die recht verschiedene Gestalt aufweisen:

1. In der Präsidentschaftsrepublik der Vereinigten Staaten liegt die gesamte Exekutiventscheidung in der Hand des vom Volk gewählten Präsidenten, während die Gesetzgebung vollständig dem Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus) anvertraut ist. Beide, Präsident und Kongreß, sind voneinander weithin unabhängig, sind aber sowohl für die Gesetzgebung als für die Außenpolitik (da der Senat allen Staatsverträgen mit Zweidrittelmehrheit zustimmen muß) aufeinander angewiesen. Daraus ergibt sich ein System, das eine Teilung der Macht, freilich mit großer Bewegungsfreiheit für den Präsidenten, der seine Mitarbeiter frei aussuchen kann, herbeiführt. Nachteile des Systems werden bei Ausfall des Präsidenten, sowie in Wahlzeiten sichtbar.

2. Der Direktorialtyp der Schweiz — und in gewissem Maß Österreichs — vertraut die Regierung einem vom Parlament gewählten Gremium von sieben Bundesräten an, die praktisch stets wiedergewählt werden, so daß ein permanentes Direktorium entsteht. Bei der Zusammensetzung werden alle größeren Parteien berücksichtigt, so daß hier — wie ebenso in den Kantonen — eine „Große Koalition“ in Permanenz existiert. Dadurch wird eine hohe Stetigkeit der Regierung und eine gewisse Entpolitisierung bewirkt. Ob diese Form, die manche den deutschen Ländern anempfehlen, auf größere Verhältnisse übertragbar wäre, ist eine offene Frage.

3. Das parlamentarische System, in dem die Regierung vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments abhängt, bedeutet in seiner Auswirkung eine weitgehende Vereinigung von Parlament und Regierung. Da die Mehrheit mit der jeweiligen Regierung identisch ist, fällt die Aufgabe der Kontrolle und Kritik im Parlament der Opposition zu, deren Notwendigkeit und schöpferische Mitwirkung sich hieraus ergibt. In diesem System wird notwendig die Rolle des Staatshauptes zurückgedrängt, weil die Entscheidung sich beim Parlament (Parlamentsmehrheit) sammelt. Das System ist verschiedener Ausprägung zugänglich. Dort, wo nur zwei Parteien bestehen, wie in England, führt es zu starken und stabilen Regierungen mit überragender Führerstellung des Premierministers. Dort umgekehrt, wo schwach organisierte und fluktuierende politische Gruppen bestehen, wie in Frankreich, ist Schwäche der Regierung und häufiger Regierungswechsel die Folge. In anderen Ländern — Deutschland, Skandinavien, Holland —, wo festorganisierte Parteien vorhanden sind, ist das Ergebnis die Bildung von Koalitionsregierungen von längerer Dauer und oft erheblicher Geschlossenheit.

Deutschland hat sich 1919 und 1949 für das letztere System entschieden, hat ihm aber diesmal einige Korrekturen angefügt, die eine größere Stabilität der Regierung sichern sollen.

Literatur: Glum, Das parlamentarische Regierungssystem, 1950; Carstens, Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung, 1954.

3. DIE ANLAGE DER POLITISCHEN ENTSCHEIDUNG (DER AUFBAU DER LEITENDEN ORGANE)

a) Das Parlament als Mittelpunkt der politischen Willensbildung

Wenn die ältere Lehre davon ausging, daß zwischen Parlament und Regierung eine Gewaltenteilung bestehe und beide getrennte Funktionen wahrzunehmen haben, so trifft das heute noch in einem gewissen Grade zu. Aber darüber hinaus hat sich doch im Rahmen des parlamentarischen Systems eine weitgehende Verbindung von Regierung und Parlament vollzogen. Dabei fällt der Regierung nicht nur die laufende Ausführung und ihre Leitung zu, sondern in weitem Maße doch die innen- und außenpolitische Initiative. Freilich, da alle wichtigen staatlichen Maßnahmen heute in der Regel in gesetzlicher Form ergehen, so fällt hier dem Parlament eine maßgebende Mitwirkung zu. Da die politischen

Parteien die eigentlichen Träger der Auseinandersetzung und des Ringens um die Macht sind, so wird durch sie das Parlament zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Es liegt in dieser starken Stellung der Legislative begründet, daß sie heute nicht selten in der Lage ist, auch über die Gesetzgebung hinaus in ihren Ausschüssen mittelbaren Einfluß auf Entscheidungen der Regierung, etwa auf dem Felde der Außenpolitik oder der Wirtschaftspolitik, zu entfalten.

Mit dieser wachsenden Rolle des Parlaments, die seine Tätigkeit ungewein ausgedehnt hat, geht eine Änderung seines Verfahrens gegenüber der älteren Zeit vor sich. Die Verhandlungen des Plenums dienen nicht mehr der eigentlichen Meinungsbildung, die vielmehr vorher durch Festlegung der zu treffenden Entscheidung innerhalb der Fraktionen stattgefunden hat. Sie haben vielmehr den Zweck, die Stellungnahme der Parteien in ihren Erklärungen der Öffentlichkeit kundzugeben und zu erläutern, auch die gegnerische politische Position zu kritisieren und möglichst zu erschüttern. Die wirkliche Arbeit und Entscheidung verlagert sich weitgehend in die Ausschüsse, in denen die Gesetzentwürfe genau beraten werden, freilich unter einer Einbuße an Öffentlichkeit, die nicht ohne Wirkung auf die Stellung der Öffentlichkeit zum Parlament bleibt. Andererseits nimmt jene öffentliche Welt des politischen Vorfalles, die Verbände wie auch die Bürokratie, an den Ausschußberatungen teil, so daß hier eine wirkliche Auseinandersetzung gesichert ist.

Eine wichtige Funktion des Parlaments außerhalb der eigentlichen politischen Entscheidung liegt in der Heranbildung eines politischen Führungspersonals. Ist man der Meinung, daß auf die Länge ein Staat nicht nur verwaltet, sondern regiert, das heißt politisch aktiv geführt werden muß, so kann niemals eine Beamtenadministration auf längere Zeit den Staat leiten. Dazu bedarf es eines politischen Personals, das die Linie der Regierung dem Volke klarmachen und seine legitimierende Zustimmung gewinnen kann. Eben das ist die Schule, durch die der im Vordergrund stehende Parlamentarier geht, und so erscheint es folgerichtig, daß im demokratischen Staate aus diesem Kreise die Leitung des Staates gewonnen wird.

Literatur: Roth, Fraktion und Regierungsbildung, 1954.

b) Das Volk

Das Grundgesetz hat den politischen Aufbau der Bundesrepublik entschieden im Sinne einer repräsentativen Demokratie gestaltet. Es hat bewußt das Parlament, die gewählte Vertretung des Volkes, und nicht die Wählerschaft selbst, mit allen maßgebenden Entscheidungen, von der Gesetzgebung bis zur Wahl des Bundespräsidenten, betraut. In dieser Stellungnahme liegt eine Rückerinnerung an die Periode der Weimarer Republik, die ein Volksbegehren auf Erlaß eines Gesetzes und in bestimmten Fällen eine Volksabstimmung über Gesetze kannte. Die meisten der damals gestellten Volksbegehren stellten rein agitatorische Anträge der radikalen Parteien dar — wie die „Fürstenenteignung“ der Kommunisten 1926, das Begehren der Rechten auf Bestrafung der Urheber des Young-Planes 1929 —, und waren nicht Ausdruck einer wirklichen Initiative der Bevölkerung, sondern bestimmter Parteien. So hat man sich heute, wiewohl Volksabstimmung und sogar Volksbegehren in den Länderverfassungen noch vorkommen, entschlossen, von der direkten Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen abzu- sehen. Nur bei den Gebietsveränderungen des Art. 29 GG finden wir Volksabstimmungen in den betroffenen Gebietsteilen vorgesehen. Ebenso wie in anderen Zügen drückt sich darin die Absicht der gegenwärtigen Ordnung aus, den beherrschenden Einfluß dem Parlament zu gewähren, und neben ihm nicht politische Gegenfaktoren aufkommen zu lassen, die seine Verantwortung schwächen und seine Entscheidungen hemmen könnten.

c) Regierung und Staatshaupt: Das Kanzlersystem

(1) Schwächung der Stellung des Bundespräsidenten. Es liegt im Sinne der soeben gekennzeichneten Grundtendenz der Verfassung, daß die Position des Bundespräsidenten gegenüber der starken Figur, die der Reichspräsident der Weimarer Zeit darstellte, entscheidende Einbußen aufweist. Man hat an dem politischen Kräftesystem der Weimarer Verfassung die Kritik geübt, es habe die Eigenschaften des amerikanischen Staatsaufbaus, den starken Präsidenten, mit dem parlamentarischen Regime und seiner Führungsstellung des Kabinetts, das heißt des Regierungskollegiums vereinen wollen, habe aber eben dadurch einen bedenklichen Dualismus und eine Konfliktsmöglichkeit eingeführt.

Die tatsächliche Entwicklung jener Epoche, die zu einer allmählichen Stärkung der präsidentiellen Stellung führte, so daß schließlich der Reichskanzler, als das Parlament sich der Gesetzgebungsaufgabe in schwieriger Zeit entzog (Wirtschaftskrise nach 1930, Kabinett Brüning), in der Ausnahme Gewalt des Präsidenten (Art. 48 WeimRV) die Stütze seiner rechtlichen Anordnungen und im Vertrauen des Staatshaupts die Grundlage seines Amtes fand, war keine zwangsläufige. Als im Mai 1932 der Präsident Hindenburg Brüning entließ — womit der entscheidende Schritt zur Auflösung der Weimarer Verfassung getan war — hätte der Kanzler immer noch auf die wahre Basis seiner Stellung im Parlament hinweisen können. Daß er es nicht tat, vielleicht auch nicht mehr tun konnte, beruhte nicht auf der Anlage des Verfassungssystems, sondern auf einer bereits eingetretenen Wandlung der politischen Grundordnung, die den Präsidenten zum Mittelpunkt der verfassungsrechtlichen Konstruktion gemacht hatte. Richtig ist, daß diese Entwicklung nur eintreten konnte, weil der Präsident vom Volke gewählt, insoweit also dem Parlament an demokratischer Legitimität ebenbürtig war. Indem das Grundgesetz hier einsetzt und die Wahl des Bundespräsidenten dem Parlament zuweist, unternimmt es bereits den wichtigsten Schritt zur Minderung des spezifischen Gewichts des Präsidentenamts. Nicht nur, daß der vom Parlament gewählte Präsident an Autorität hinter diesem zurücksteht, ein solche Wahl bringt auch eine andere Art von Persönlichkeiten in das Amt des Staatshaupts. Die Volkswahl begünstigt profilierte, auf breite Wirkung angelegte Personen, die Parlamentswahl bevorzugt ausgleichende, zurückhaltende Männer.

Darüber hinaus sind auch die Befugnisse des Präsidenten verringert. Er hat keinen Einfluß mehr auf die Ernennung des Kanzlers und wohl auch nicht mehr auf die Zusammensetzung der Bundesregierung. Es fehlt das Auflösungsrecht gegenüber dem Parlament, es fehlt vor allem die nach 1919 so wichtig gewordene Ausnahme Gewalt, die man bis heute — sieht man von dem bescheidenen Hilfsmittel des — noch dazu föderalistisch gebundenen — Polizeieinsatzes durch den Bund (Art. 91 GG) ab — noch nicht wiederhergestellt hat, eine jener Lücken der Verfassung, die wohl allzusehr auf den ewigen Fortbestand heiteren politischen Wetters vertrauen. In Wirklichkeit sind alle dem Präsidenten zugeteilten Befugnisse Vetorechte. Denn der Vorschlag zu seinem Handeln geht von der

Bundesregierung oder einzelnen ihrer Minister aus. Sie benennen ihm die zu ernennenden Beamten und Offiziere, sie handeln die Staatsverträge aus, die er unterzeichnet, sie sind es, die dem Präsidenten im Notfall zugewiesene Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 59 a Abs. 2) vornehmen. Formell wird hier zwar nur von der „Gegenzeichnung“ gesprochen, in Wirklichkeit handelt es sich um die eigentliche politische Initiative, der der Bundespräsident nur sein Mitgehen in einer Art Veto versagen kann, da er den Akt unter seinem Namen gutheißen muß.

Dennoch wäre es falsch, die Position des Bundespräsidenten zu unterschätzen. Sind seine politischen Einflußrechte eng begrenzt, so bildet doch seine Erscheinung, gerade wegen ihrer Zurückziehung aus dem Vordergrund der politischen Arena, eine sichtbare Verkörperung der über den Interessen stehenden Einheit der Nation, bleibt sein Amt gewissermaßen auch eine Reserve für Notfälle, in denen Rat und Einfluß eines nicht in die laufenden Entscheidungen unmittelbar hineinbezogenen Staatsmanns Ausgleich, Hilfe und wenn es nottut, auch Autorität leihen können.

(II) *Der starke Kanzler.* Wenn die in Weimar so stark ausgebaute Gestalt des Präsidenten zurückgetreten ist, so ist an seiner Stelle eine andere Figur ganz bewußt von den Schöpfern des Grundgesetzes nach vorn gerückt worden: der Kanzler. Während die ältere parlamentarische Tradition in Deutschland eine kollegiale Regierung kannte — die überragende Stellung des Kanzlers unter der Bismarckschen Verfassung war gerade keine parlamentsabhängige Position — ist nun die Stellung des Kanzlers über die der anderen Minister hinausgehoben. Das entspricht der tatsächlichen Entwicklung, wie sie sich in Großbritannien auf Grund des Zweiparteiensystems vollzogen hat. Dort ist dem Premierminister von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in steigendem Maße die Oberleitung des Kabinetts zugefallen.

In der Bundesrepublik ist die Führungsstellung des Kanzlers sorgsam rechtlich ausgebaut. Den Grundstein bildet das sog. konstruktive Mißtrauensvotum, das die Möglichkeit des Sturzes einer Regierung durch Mißtrauenserklärung des Parlaments an die gleichzeitige Wahl eines Nachfolgers bindet (Art. 67). Wie Vorgänge in den Ländern zeigen (Nordrhein-Westfalen 1956), bleibt bei Zerfall einer Koalition trotz dieser Erschwerung ein Regierungswechsel möglich. Aber tatsächlich kommt

dies Regierungssystem mehr der Wahl einer Regierung auf Zeit — nämlich für die ganze Wahlperiode eines Parlaments von vier Jahren — nahe. In der Tat hat die bayerische Verfassung diese Konsequenz gezogen und spricht von einer Wahl der Landesregierung auf Zeit, wobei freilich ein vorzeitiger Regierungswechsel immer noch möglich bleibt. Im Rahmen dieser Auswahl des Kanzlers durch das Parlament wird seine Stellung dadurch gestärkt, daß er allein Gegenstand eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums sein kann. Indem er damit gegenüber dem Parlament zum allein verantwortlichen Träger der Regierung wird, ist seine Stellung stark gegenüber der der Minister gehoben.

Die zweite maßgebende rechtliche Stütze der Führungsfunktion des Kanzlers ist sein Recht, die Richtlinien der Politik mit bindender Wirkung für die Mitglieder des Kabinetts zu bestimmen (Art. 65). Gegenüber diesem Recht besteht, wie die Geschäftsordnung der Bundesregierung klarlegt, auch keine Möglichkeit eines abweichenden Mehrheitsbeschlusses des Kabinetts. Äußerer Ausdruck der überragenden Stellung des Kanzlers ist der bedeutende Ausbau seines engeren Mitarbeiterstabes zu einer größeren Behörde, dem Bundeskanzleramt, in dem Referenten für die einzelnen Ministerien dem Kanzler eine Gesamtsteuerung der Politik der Bundesregierung erlauben. Natürlich wird man abzuwarten haben, wie andere Persönlichkeiten und andere politische Konstellationen die Weiterentwicklung bestimmen werden. Es könnte gut sein, daß bei anderen Koalitionsverhältnissen und Personen das Moment der kollegialen Beratung und Entscheidung innerhalb der Bundesregierung wieder stärker zum Zuge kommt.

(III) *Die Bürokratie.* Wenn im Rahmen des Zusammenspiels der politischen Kräfte von der Bürokratie die Rede ist, so liegt darin eigentlich ein gewisser Widerspruch. Denn die Aufgabe des beamteten Körpers der Ministerien und Staatsbehörden besteht in der Ausführung, im dienenden, ohne eigene politische Tendenz gewährleisteten Vollzug der Gesetze und Regierungsmaßnahmen. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß Sachverstand und Tradition, letztlich auch eine gewisse begrenzte eigenpolitische Linie des staatspolitischen Denkens und Handelns, der Bürokratie innerhalb der Staatsstellung ihr eigenes Gewicht geben. Sie beeinflusst den Ressortminister, an dem Widerstand eines anderen Ressorts kann oft ein Plan eines Ministers scheitern, die Büro-

kratie ist es, die im Bundesrat für die Stellungnahme der Länder maßgeblich verantwortlich ist — ist sie vielleicht doch überhaupt am stärksten der Träger des föderalen Gedankens, stärker als die Bevölkerung — endlich schlingt sich heute schon in Gestalt der supranationalen Behörden und internationalen Gremien und Ausschüsse ein Band internationaler Solidarität zwischen den bürokratischen Elementen der europäischen Länder. So hat im Rahmen des Staatsganzen der öffentliche Dienst auch seine politische Bedeutung, vor allem im Sinne einer stetigen, der Tradition verhafteten Darstellung des Staatswohles. Steigt sein Einfluß hoch, so gerät er eher in die Gefahr, in das politische Spiel einbezogen und damit selbst politisiert zu werden. Indem das Grundgesetz (Art. 33 Abs. 5) an der hergebrachten Ordnung des öffentlichen Dienstes festhält, sucht es dies Element der Stabilität und der zuverlässigen unparteiischen Ausführung der Staatsaufgaben zu erhalten, das gerade der moderne Verwaltungsstaat dringlich benötigt.

4. DIE STELLUNG DER BUNDESWEHR

Im Rahmen der Exekutive ist der Streitmacht der Bundesrepublik eine besondere, mit sorgsamer Überlegung ausgewogene Stellung bereitet. Daß die Einfügung der Verteidigungsmacht als ein so schweres Problem empfunden wurde, liegt am Erbe einer langen deutschen Tradition. Unter der Monarchie war das Heer der Person des Monarchen eng verbunden, der parlamentarischen Kontrolle in seiner inneren Struktur entzogen gewesen. Der Ausgleich ziviler und militärischer Leitung war nur in der monarchischen Spitze gewährleistet und blieb bei deren Versagen im ersten Weltkrieg unvollzogen. Die Weimarer Verfassung stellte zwar die zivile Oberleitung der Streitmacht sicher, und die Reichswehr bekannte sich unter Seeckt zu einer Haltung der politischen Enthaltung. Sie gewann unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten durch die Ausbildung der militärischen Führungsstelle des Chefs der Heeresleitung indes eine gewisse Selbständigkeit. In eine politisch hervortretende Rolle traten Befehlshaber des Heeres nur in den Krisenzeiten 1923/24 (v. Seeckt) und 1932 (v. Schleicher). Es ist jedoch die Erinnerung, besonders an die in der Spätzeit des Weimarer Staates aktive Beteiligung des Generals v. Schleicher am politischen Geschehen, die in der Gegenwart zu großer Behutsamkeit geführt hat.

Die zivile Leitung der Streitmacht, soweit es ihren Aufbau, ihre Ausrüstung und ihren Einsatz betrifft, ist der deutschen Überlieferung nicht im gleichen Maße vertraut, wie sie seit alters zum Grundbestand englischer oder auch französischer Staatskunst gehört. Sie ist heute in Friedenszeiten in der Hand des Bundesministers für Verteidigung vereinigt; in Kriegsfällen steht sie dem Bundeskanzler zu (Art. 65 a GG). Indem man den Begriff des Oberbefehls überhaupt aufgegeben hat, sind dem Bundespräsidenten nur die Ehrenrechte des Staatshaupts auf militärischem Gebiete geblieben (Art. 60). Die Verfügung über den Verteidigungszustand ist in die Gewalt des Parlamentes gelegt (Art. 59 a Abs. 1), nur im Notfall der Exekutive überlassen (Art. 59 a Abs. 2), und die Möglichkeit innenpolitischen Einsatzes der Streitmacht vorerst gesperrt (Art. 143 GG). Nimmt man dazu die Verstärkung der Aufsichtsrechte des Parlaments im militärischen Bereich durch den Wehrbeauftragten des Bundestages und die erweiterten Befugnisse des Verteidigungsausschusses (Art. 45 a und 45 b), so zeigt sich die feste Entschlossenheit, den Vorrang der politischen (zivilen) Führung sicherzustellen und die Bundeswehr in ihrer Leitung ganz in den Bereich der demokratischen Staatsordnung einzubauen.

Es liegt in Aufgabe und Wesen der Verteidigungsmacht, daß sie sich außerhalb der inneren politischen Gegensätze hält. Es entspricht ihr ferner, daß sie sich in einem besonderen Sinne dem Volksganzen, dem über den Auseinandersetzungen stehenden Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Mehr als früher aber wird sich heute eine innere Verbindung zwischen der staatsbürgerlichen Gesinnung der demokratischen Ordnung und der alle Volksschichten umfassenden Verteidigung ergeben. Wenn eine politische Aktivität dem Soldaten traditionell fernliegt, so ist doch Verständnis der politischen Vorgänge und staatspolitische Unterrichtung für ihn in einer modernen Umwelt eine notwendige Voraussetzung seines Dienstes. Loyalität und Zurückhaltung werden sich daher in der Stellung der Bundeswehr mit größerer Aufgeschlossenheit gegenüber den Fragen von Staat und Politik verbinden.

Literatur: W. Hofsbach, Die Entwicklung des Oberbefehls über das Heer 1655—1945, Würzburg 1957; Elmke, Militärischer Oberbefehl und parlamentarische Kontrolle, Zeitschr. f. Politik 1 (1954) S. 337 ff.

5. DIE KONTROLLE DER STAATSLÄHRUNG

In größerer Ausdehnung als andere Verfassungen hat das Grundgesetz sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus mit den Fragen der Kontrolle der staatlichen Führung befaßt. Darin kommen Gedanken des Rechtsstaats, in erster Linie aber — begreiflich nach den Geschehnissen — ein gewisser Mangel an Vertrauen in die Haltbarkeit der Staatseinrichtungen des demokratischen Typs zum Ausdruck. England und Frankreich vertrauen ihren Parlamenten eine oberste, nicht beschränkte noch beaufsichtigte Entscheidungsgewalt an. In der Tat übt das Parlament selbst in Gestalt der Kritik an der Regierung und anderer Formen seiner Aufsicht ein eigenes Stück Kontrolle. Dasselbe gilt auch von der Befugnis des Parlaments, durch die Festsetzung des jährlichen Haushalts nicht nur die Ausgaben zu überwachen und die Art der Einnahmen festzulegen, sondern vor allem in dieser Form durch die Verteilung der Staatsmittel zugleich die Schwergewichte in der Tätigkeit des Staates zu bestimmen. Es darf dabei bemerkt werden, daß in der Gegenwart in vielen Ländern die eigentliche Aufgabe der Bemühung um sparsame Haushaltsführung mehr dem Finanzminister als den häufig ausgabenfreundigen Parteien der Volksvertretung zufällt.

Die besondere Einrichtung der Begrenzung und Kontrolle der obersten Staatsorgane, die das deutsche Recht ausgestaltet hat, liegt in der Rolle der Gerichte. Indem ihnen bereits unter der Weimarer Periode die Prüfung der Einhaltung der Verfassung durch den Gesetzgeber zufiel, und eine Staatsgerichtsbarkeit geschaffen wurde, der Streitigkeiten in den Ländern und zwischen Bund und Ländern (noch nicht im Bunde selbst) unterlagen, übernahmen sie eine Aufgabe der Sicherung des Vorrangs der Verfassung und der Gewähr der Erhaltung der Verfassungsordnung, die das heutige Grundgesetz noch verstärkt und vervollständigt hat. Mit der Schaffung einer umfassenden Verfassungsgerichtsbarkeit, die in Gestalt der Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung der Grundrechte durch ein Gesetz, einen Verwaltungsakt oder einen Richterspruch eine jedem Bürger offenstehende Sicherung kennt, ist das Bundesverfassungsgericht zu einem Hüter der Verfassung geworden. Es übernimmt damit, so sehr seine Entscheidungen wichtige staatsrechtliche Fragen betreffen, keine politische Rolle, aber es wird der staatlichen Leitung enger ver-

bunden und trägt eine erhöhte Verantwortung. Wie gerichtliche Instanzen überhaupt, dürfte die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im allgemeinen eine stabilisierende und erhaltende sein. Es wacht über die Einhaltung der Verfassung durch Gesetzgeber und Verfassungsorgane und vermag daher auch zu weitgehenden tatsächlichen Abweichungen von der Verfassung, sofern es angerufen wird, zu begegnen. Es ist ein wichtiges Glied in der Kette von Einrichtungen, mit denen die heutige Staatseinrichtung den Bestand der demokratischen Staatsform zu sichern unternimmt.

Literatur: Maunz, Dt. Staatsrecht, S. 182 ff.; Federer, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundgesetz, Jahrb. d. öf. Rechts NF 3 S. 15 ff.

III. TEIL. DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ORDNUNG

1. BEDEUTUNG UND AUFGABE DER GRUNDRECHTE

Ist es die oberste Aufgabe jedes Staates, Frieden und Ordnung des Gemeinlebens zu verbürgen, so wird sich doch ein modernes Staatswesen mit einer rein erhaltenden Funktion nicht begnügen. Es wird vielmehr ein ganz bestimmtes Bild der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung in sich tragen und zu verwirklichen suchen, mag diese Vorstellung im einen Falle zurückhaltender sein und der Initiative der einzelnen weiten Raum gewähren oder im anderen Fall, gar unter ideologischen Vorzeichen, weit in das Leben des einzelnen hineinzugreifen und es zu formen suchen. Nimmt diese Seite des Staates im Dasein totalitärer Systeme den Charakter gewaltsamer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Reglementierung des ganzen menschlichen Lebens an, so sieht es der freiheitliche Staat umgekehrt als eine wichtige Aufgabe an, seiner Tätigkeit bestimmte feste Grenzen und Schranken zu setzen, um die Freiheit des einzelnen zu achten und zu sichern. Auch diese Freiheiten, wie wir sie in der Gestalt der Grundrechte in vielen Verfassungen vorfinden, haben indessen nicht nur die negative Rolle, staatliche Einwirkungen in den Bereich des einzelnen abzuwehren (negative Freiheit). Sie sind im letzten Grund darauf abgestellt, durch die Gewähr der individuellen Freiheit den Charakter des Staates selbst als einer freiheitlichen Ordnung zu bestimmen, und damit die Werte der persönlichen Freiheit, der Gleichheit und der menschlichen Würde als Grundwerte des politischen Zusammenlebens zu erklären. Sie reichen also in ihrer staatsrechtlichen Bedeutung über die Sicherung individueller

Freiheit gegen den Staat weit hinaus. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Grundordnung des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Staate, freilich nicht im Zeichen der Staatslenkung und der zentralen Bestimmung, sondern umgekehrt im Sinne eines auf freier Eigenbestimmung beruhenden Zusammenwirkens der Bürger, denen die staatliche Grundordnung nur bestimmte allgemeine Richtlinien voranstellt. So stellt ein Grundrechtssystem auch im freiheitlichen Staate, nur in ganz anderer, der eigenen Verantwortung der Bürger offenen Raum gebender Weise, die Festlegung eines bestimmten Wert- und Kultursystems dar. Es ist die Überlieferung des humanen, freien und selbstbestimmten Menschenbildes der Neuzeit, die in den Grundrechten unseres Staatswesens sichtbar wird.

Wenn das Grundgesetz die Gleichheit der Menschen, die Meinungsfreiheit oder das Eigentum gewährleistet, so sieht die Auslegung zunächst darin den Schutz individueller Rechtspositionen gegen Beschränkungen des Staates. Zugleich aber liegt hierin auch stets die Gewähr einer objektiven Einrichtung des öffentlichen oder privaten Lebens. Die Gleichheit ist notwendiger Bestandteil der demokratischen Ordnung, deren politische Gleichheit den egalitären Zug auch des sozialen und sogar des beruflichen Lebens voraussetzt. Nicht weniger ist die Meinungsfreiheit, auf der die freie Auseinandersetzung der politischen Ansichten im Staate beruht, ein Grundelement demokratischer Staatsgestaltung. Auch hier ist das Freiheitsrecht nicht nur um des einzelnen willen gesichert, sondern als ein „Bollwerk der Freiheit“, als welches sie schon die Virginia Bill des Jahres 1776 bezeichnet hat. Und die Sicherung des einzelnen Eigentumsrechtes meint die Aufrechterhaltung einer Privatrechtsordnung, die auf der freien Verfügung des einzelnen über seinen Erwerb und Besitz — im Rahmen sozialer Rücksichten — und auf dem Gedanken der Vertragsfreiheit und der freien Bestimmung über die eigene Arbeitskraft beruht. So beinhaltet jedes individuelle Freiheitsrecht, näher gesehen, zugleich eine grundlegende Einrichtung des politischen Lebens oder der bürgerlichen Ordnung, die Religion und Toleranz, die Familie, eine freiheitliche Arbeits- und Berufsordnung usw.

Es gehört zu der Überlieferung der deutschen Verfassungsgestaltung, daß neben den Freiheitsrechten auch solche grundrechtliche Anordnungen aufgenommen sind, die von vornherein nur diese objektive Gewähr-

leistung zum Ausdruck bringen. So finden wir denn Ehe und Familie gesichert (Art. 6 Abs. 1 GG), eine Sicherung der Wissenschaftsfreiheit ausgesprochen (Art. 5 Abs. 3), die Institution der Selbstverwaltung (Art. 28) und des öffentlichen Dienstes (Art. 33 Abs. 5) geschützt. Soweit hierbei öffentliche Einrichtungen als solche gesichert werden, spricht man von „institutionellen Garantien“, während man sonst wohl von dem Schutz grundlegender Bestandteile der rechtlichen und sozialen Ordnung sprechen kann.

Die Bedeutung der Grundrechte entfaltet sich in ihrer praktischen Anwendung durch alle Bereiche des staatlichen Lebens hindurch. Sie binden den Gesetzgeber ebenso wie die Verwaltung. Soweit nicht in der Verfassung selbst Schranken vorgesehen sind, oder sie sich aus dem Sinn des Grundrechts und der Einordnung aller Grundrechte in das höhere Ganze der Verfassungsordnung ergeben, sind die Regelungen der Grundrechte nicht zur Verfügung des Gesetzgebers und der ausführenden Organe. Sie bilden zusammen einen Schutzwall persönlicher Bewegungsfreiheit, zugleich aber auch der grundlegenden Ordnungen des sozialen Lebens, der zugleich stabilisierende Wirkung wie einigende Kraft im Sinne eines echten Staatsgefühls beweisen soll. In dem großen Ringen zwischen westlicher und östlicher Auffassung, das heute die Welt erfüllt, fällt gerade den in den Grundrechten verkörperten Werten freiheitlicher Lebensgestaltung und persönlicher Verantwortung eine tragende Rolle zu. Nicht nur die politischen Formen, auch die Staatsziele, die Ordnungen des persönlichen und öffentlichen Lebens, kurz, das ganze Lebensgefühl des Staates schaffen jene Staatsgesinnung, die sich des Wertes der eigenen Ordnung bewußt ist und sich nicht von der Verlockung scheinbarer „Erzürnschaften“ ablenken läßt.

2. BÜRGERLICHE FREIHEIT

Mittelpunkt und Ausgang der von den Grundrechten des Grundgesetzes vorgezeichneten Ordnung ist der Lebensbereich des Menschen, den sie unter den Gedanken der Würde des Menschen, der persönlichen Freiheit und der Gleichheit stellt. Mit der Würde des Menschen bezeichnen die Grundrechte jene humane Achtung des Menschenbildes, in dem die abendländische Überlieferung auf christlicher Grundlage wurzelt. Es wird damit mehr umgrenzt als nur eine Deklaration; im Gedanken un-

veräußerlicher Menschenrechte wird ein ganzes Weltbild festgelegt, zugleich aber eine Grenze gezogen gegenüber der Willkür und dem Unrecht, das wir in der Vergangenheit erlebt haben. Von großer Weite, aber sehr schwierig einzugrenzen, ist die Gewähr der persönlichen Entfaltungsfreiheit. Mehr und mehr ist dies Grundrecht (Art. 2) zum eigentlichen Problem in der Anwendung der Verfassung geworden und seine Tragweite wird heute in Rechtsprechung und Rechtslehre erörtert und umstritten. Sicher ist jedenfalls, daß hier neben der Achtung der freien Persönlichkeit und ihrer persönlichen Sphäre auch wirtschaftliche Freiheiten im Spiele sind. Es gilt hier den Ausgleich zwischen individueller Freiheit und Gemeinschaftsbezogenheit zu finden. In der Gleichheit endlich kommt das demokratische Moment zur Geltung. Wenn dem Bürger in der politischen Wirksamkeit ein gleiches Einflußrecht gewährt wird, so entspricht dem der Wunsch auch nach einer egalitären Formung des sozialen Lebens. Mindestens dürfen Minderheitsgruppen, schwächere Gemeinschaften oder konfessionelle Überzeugungen nicht diskriminiert werden. Wenn sich dabei das Grundgesetz auch zur Gleichstellung der Geschlechter bekannt hat, so folgt es einem mächtigen Zuge moderner Lebensentwicklung. Im ganzen liegt in der Sicherung dieser institutionellen Funktionen der freien menschlichen Persönlichkeit, das andere Rechte wie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit usw. ergänzen, das eigentliche politisch-soziale Credo des Grundgesetzes, gerade im Angesicht der östlichen andersgearteten Welt.

3. DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ORDNUNG

Der Entwurf eines umfassenden Systems der Grundrechte ist keine leichte Aufgabe, insbesondere wenn einander widerstrebende Anschauungen dabei um Verwirklichung ringen, wie dies in einer parlamentarischen Verfassungsgebung unvermeidlich ist. Daraus können sich Kompromisse mandmal auch Abschwächungen und ausweichende Formulierungen ergeben (vgl. z. B. Art. 6 Abs. 2), zuweilen sogar Widersprüche, deren harmonisierender Ausgleich dann eine Aufgabe der Auslegung ist. Auch das Grundgesetz ist hiervon nicht frei. Das tritt stärker als bei jenen grundlegenden Menschenrechten im Gebiet der wirtschaftlichen Ordnung hervor. Während die Weimarer Verfassung den Versuch unternahm, ein ausgedehntes System sozialer und ökonomischer Grundsätze aufzustel-

len, hat sich das Grundgesetz hier sehr kurz gehalten. Der Wunsch, keine volle Verfassung zu schaffen, der 1949 zu einer Kürzung des Grundrechtsteils führte, hat freilich eine seltsame Wirkung geübt. Da man die überlieferten Freiheitsrechte mit ihrer staatsbeschränkenden Wirkung nicht auslassen konnte, so sind eigentlich mehr die sozialen Prinzipien im Grundgesetz fortgeblieben. Damit hat die wirtschaftlich-soziale Ordnung des Grundgesetzes einen gewissen liberalen Anstrich bekommen, den teilweise die Rechtsprechung der letzten Jahre noch im Zeichen der neoliberalen Ideengänge verstärkt hat. Das könnte zweifellos die Gefahr restaurativer Tendenzen und einer unzeitgemäßen Rückwendung zu liberalen Vorstellungen herbeiführen. So haben manche Gerichte die Berufsfreiheit des Art. 12 zur Beseitigung zahlreicher älterer gesetzlicher Ordnungen verwendet, die etwa zum Schutz der Volksgesundheit die Zahl der Gastwirtschaften oder der Apotheken begrenzten. Gegenüber einer solchen liberalen Deutung der Verfassung, in die man eine Ordnung der „Marktwirtschaft“ hineinlesen will, machen sich Strömungen geltend, die stärker die Gemeinschaftsbindungen des einzelnen, daher auch die Grenzen seiner freien Betätigung betonen. Sie finden ihre Hauptstütze in dem besonders betonten Prinzip des sozialen Rechtsstaates, das wir schon früher kennengelernt haben, und das nun hier für die Auslegung der Grundrechte fruchtbar gemacht wird. Es hat hier gewissermaßen die Funktion, die im Grundgesetz sonst ein wenig schwach entwickelte soziale Seite der wirtschaftlichen Ordnung zu stärken, indem man daraus Grenzen individueller Betätigung herleitet oder Bindungen sozialer Machtpositionen begründen kann. So ist auf diesem Felde der Vorgang einer Auslegung und damit der Fortentwicklung des Rechts noch in vollem Gange. Das ist auch gut, denn die eigentliche Bewährungsprobe unserer sozialen Ordnung wird erst der Moment der Wiedervereinigung sein. Letzten Endes werden dann, ebenso wie überhaupt in der west-östlichen Auseinandersetzung, nicht ideologische Meinungen entscheiden, sondern die größere ökonomische Leistungskraft und menschliche Lebendigkeit des einen oder anderen Systems.

4. KULTURELLE FREIHEIT

Zur Ordnung des Grundgesetzes gehört auch der Bestand der kulturellen Freiheit. Hier wird die persönliche Gewissensfreiheit geschützt, aber

auch die Stellung der religiösen Gemeinschaften umschrieben und gewährleistet. Mit der Meinungsfreiheit ist der weite Bereich eines freien kulturellen Lebens umgrenzt, während nach der deutschen Tradition der Staat die Führung auf dem Gebiete des Erziehungswesens fest in der Hand behält und nur in geringerem Maße bereit ist, hier der privaten Schule einen Raum zu gewähren. Im Hintergrund dieser staatlichen Zurückhaltung im geistigen und religiösen Felde steht der Gedanke der Achtung des Gewissens und die Toleranz. Mehr als in der Weimarer Zeit ist heute das westdeutsche Gemeinwesen geneigt, gegenüber den kirchlichen Gemeinschaften nicht die Idee der Trennung, sondern, wie es der 1955 zwischen dem Lande Niedersachsen und seinen evangelischen Kirchen abgeschlossene Staatsvertrag formuliert, den Gedanken einer gemeinsamen Verantwortung für die Bevölkerung und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zu beweisen. Damit wird aber der Staat nicht zu einem konfessionellen Staat, zu einem „christlichen“ Gemeinwesen. Hat im Zuge tiefer, auch kämpferischer Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit der Staat eine aufrichtigere Achtung der religiösen Kräfte gewonnen und beweist ihnen daher manches Entgegenkommen, so hält er doch daran fest, in Dingen des religiösen Bekenntnisses ein über den verschiedenen Bekenntnissen stehender, ein neutraler Staat zu sein. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß er gewisse grundlegende menschlich-bürgerliche Institutionen aus der früher bestehenden Obhut des geistlichen Lebens in die eigene Hand genommen hat, daß er in der bürgerlichen Eheschließung, der rechtlichen Gleichbehandlung aller ohne Rücksicht auf Bekenntnis, in gemeinsamen Grundlagen der Erziehung und Bildung die grundlegenden verbindenden Werte der ganzen Nation selbst gewährleistet und überwacht. Auch in dieser, zuweilen umkämpften Neutralisierung gewisser Lebensbereiche liegt ein Stück einigender nationaler Zusammenfassung und Befriedung.

Literatur: Smend, Verfassung und Verfassungsrecht, Neudruck in Staatsr. Abhandlungen 1955, Neumann, Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte, Handbuch der Theorie und Praxis Bd 2 (1954), Bd. 1, 3, 4 im Erscheinen; Fedner, Die soziologische Grenze der Grundrechte, 1954, Hamel, Die Bedeutung der Grundrechte im sozialen Rechtsstaat, 1956; Wintrich, Der Schmutz der Grundrechte durch Verfassungsbeschwerde, 1950.

5. AUSBLICK

Der kurze sozusagen militärische Spaziergang durch das Gelände des heutigen Verfassungsrechts und Verfassungslebens hat uns die Grundlagen der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik vor Augen geführt, unvollständig, wie sie im geteilten Deutschland notwendig sein müssen, provisorisch wie sie aus gleichem Grund sind, offen für die Fortentwicklung und die künftigen politischen Auseinandersetzungen, wie es das Los jeder Verfassung ist. So ist denn auch das Ergebnis dieses Überblicks nicht so sehr nur der Gewinn fester Linien, als zugleich die Erfassung der Aufgaben, die für die Festigung und Fortbildung unseres staatlichen Lebens vor uns liegen. Vielleicht ist es sogar angesichts der Schwäche unseres Staatsbewußtseins und der Zeichen der Staatsfremdheit, die wir sehen, in erster Linie dieser Blick auf die von der Zukunft noch zu leistenden Aufgaben, der uns am Schlusse bewegt. Denn es mag nochmals betont sein, die Bewährungen liegen noch vor dieser staatlichen Ordnung. Sowohl die Probe der Wiedervereinigung, wie die einer etwaigen wirtschaftlichen oder sozialen Krise oder schwerer außenpolitischer Gefahren. Darum bleibt es eine erste Forderung, ein neues Gefühl der Achtung und Anhänglichkeit an den Staat zu erringen. Das ist im wesentlichen ein Werk politischer Erziehung, aber auch der lebendigen Bewährung der politischen Formen und Einrichtungen. Als zweite Forderung möchte sich die Erhaltung der Stabilität und der Funktionsfähigkeit des politischen Systems der Verfassung erheben. Sie hat bisher ohne Störung gearbeitet. Aber die demokratische Lebensform muß noch viele Hemmungen überwinden und bedarf daher des Verständnisses aller, um gut weiterarbeiten zu können. Vor allem ist drittens eine aktivere Anteilnahme des Volkes am politischen Geschehen wünschenswert. Die Gefahren einer passiven Haltung, die auch in der Natur des heutigen Wohlfahrtsstaates liegen kann, bestehen vor allem in der mangelnden Verbindung der leitenden Organe mit dem ganzen Volke. Sie ist nicht ohne die lebendige Teilnahme aller Bürger zu erreichen. Es tritt aber noch ein anderes hinzu. Mit dieser Beteiligung am Staate erst können jene Tugenden wieder Leben gewinnen, ohne die ein Staat und alle seine Einrichtungen, zumal auch seine Verteidigungsmacht, nicht bestehen können. Es gilt, wieder die Bedeutung des Dienstes, der Treue und des Opfers auch im öffentlichen Leben lebendig zu machen. Sie sind der Rückhalt einer Staatsgesinnung,

sie sind vor allem aber der Halt einer Staatsordnung in Zeiten, in denen sie sich gegen Gefahren und Not zu behaupten hat. Niemand aber, der die Lage Deutschlands in der heutigen Welt betrachtet, kann daran zweifeln, daß mit der wachsenden freien Bewegung, die wir erlangen, auch die Verantwortungen wachsen und die Proben unserer inneren Beständigkeit nicht ausbleiben werden.

Literatur zum gesamten Stoff: Theodor Maunz, Deutsches Staatsrecht, 5. Aufl. 1956; Th. Eschenburg, Staat und Gesellschaft in Deutschland, 2. Aufl. 1957; Hamann, Kommentar zum Grundgesetz, 1956; C. J. Friedrichs, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, 1953.

ENTWICKLUNGSSTUFEN DER INTERNATIONALEN ORGANISATION

von

Dr. HANS WEHBERG, Genf

Professor am „Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales“,
Generalsekretär des „Institut de Droit international“

Seitdem die großen Fortschritte der Technik die Staaten, wenigstens in räumlicher Hinsicht, einander nähergebracht haben, hat das Problem des organisatorischen Zusammenschlusses der Mitglieder der Völkergemeinschaft die Regierungen und die öffentliche Meinung mehr und mehr beschäftigt. Vor allem auf den Haager Friedenskonferenzen der Jahre 1899 und 1907, in dem Genfer Völkerbunde und neuerdings den Vereinten Nationen hat man sich um die Förderung dieser Idee bemüht. Während man sich aber in der Zeit vor dem Ersten Weltkriege noch scheute, sich das Schlagwort von der internationalen Organisation zu eigen zu machen, hat dieser Gedanke seit der Blüteperiode des Völkerbundes weite Kreise erfaßt und die Regierungen zur Stellungnahme gezwungen. In den meisten Ministerien des Äußeren gibt es heute eine Abteilung für internationale Organisation.

Zahlreiche Außenminister treffen sich immer wieder auf den Tagungen internationaler Organe. Einstmals bediente sich die Politik der Staaten in erster Linie des Weges über die diplomatischen Missionen. Heute erfolgt die direkte Fühlungnahme viel häufiger durch persönlichen Kontakt der Staatsmänner auf internationalen Konferenzen. Dort und nicht lediglich in den Gesandtschaften und den Ministerien des Äußeren werden die großen politischen Fragen der Gegenwart zur Diskussion gestellt. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen und, in bestimmten Fällen, sogar ein Nichtmitglied kann Streitigkeiten vor das Forum der Generalversammlung und des Sicherheitsrates bringen. Die großen Fragen der Rüstungsbeschränkung und der internationalen Kontrolle der Atom-

energie können, wenn überhaupt, nur im Rahmen der Vereinten Nationen ihre Lösung finden. Die Einberufung zahlreicher Spezialkonferenzen ist nicht mehr dem Zufall überlassen, sondern erfolgt planmäßig, vor allem durch die zuständige Stelle der Vereinten Nationen. Diese und andere Tatsachen zeigen deutlich, daß das Problem der internationalen Organisation heute im Mittelpunkt der Außenpolitik eines jeden Landes steht.

Die internationale Organisation der Staatengemeinschaft ist eine Erregung der neuesten Zeit. Kein Wunder, daß sich die Regierungen vor ganz neue Fragen gestellt sehen, deren Lösung lediglich von dem alten Ausgangspunkt der Souveränität der Staaten nicht mehr möglich erscheint. Neue grundsätzliche Probleme tauchen auf, nicht zuletzt die bedeutsame Frage der Verhältnisse von Vaterland und Menschheit im Zeitalter des internationalen Zusammenschlusses der Kulturwelt.

VATERLAND UND MENSCHHEIT

Die Ansichten über die Beziehungen zwischen der Wahrung nationaler Interessen und der Beteiligung an internationalen Organisationen gehen noch weit auseinander. Gewiß gibt es heute eine bereits große Zahl von Menschen, die der Meinung sind, daß eine Synthese zwischen nationaler Idee und internationaler Zusammenarbeit gefunden werden muß, getreu dem Motto: *Für das Vaterland durch die Eintracht der Welt*. Aber wir begegnen auch nicht selten anderen Auffassungen. Manche bekämpfen das Streben nach einem friedlichen internationalen Zusammenschluß der Staaten als Utopie und als gefährlich für die Verfolgung der Interessen des eigenen Landes. Noch andere gehen so weit, dafür einzutreten, daß die Förderung der Idee der internationalen Organisation um jeden Preis, d. h. selbst unter Beiseiteschiebung berechtigter Lebensfragen des einzelnen Staates, erstrebt werden müsse.

Kein Zweifel, daß der Standort, von dem aus man die Ereignisse der internationalen Politik betrachtet, die Urteilsfällung ganz wesentlich beeinflusst. In meiner Jugend sah ich die Dinge von Deutschland aus, das im Zeitalter der Haager Friedenskonferenzen dem friedlichen Zusammenschluß der Kulturwelt allzu kühl gegenüberstand, und ich erhoffte von der Schaffung eines Staatenverbandes die friedliche Erledigung sämtlicher Streitigkeiten und eine Abkehr Deutschlands von einseitiger Macht-

politik. Später lebte ich mehr als 25 Jahre in Genf und war in unmittelbarer Nähe des Völkerbundes Zeuge der Tätigkeit der Genfer Liga. Ich lernte die Schwierigkeiten internationaler Zusammenarbeit kennen und sah infolge des Fernbleibens der Vereinigten Staaten von Amerika, der schwächlichen Haltung europäischer Großmächte und der brutalen Politik der Achsenmächte einen schönen Traum in nichts zerrinnen.

Der Zusammenschluß der Kulturwelt in einer starken Organisation gilt mir nach wie vor als etwas, das mit allen Kräften gefördert werden muß, und ich wünsche heiß die Mitarbeit aller Völker an diesem gewaltigen Versuch. Aber ich sage mir immer wieder, daß man viel Geduld zeigen und der Unerfahrenheit der Staatsmänner auf diesem Gebiete Rechnung tragen muß, daß ferner den Völkern wesentliche Opfer zu Gunsten einer internationalen Organisation nur dann zugemutet werden können, wenn die neue Schöpfung der Gerechtigkeit dient und über nationale Interessen nicht leicht hinweggeht. Das Leben eines Volkes vollzieht sich nach wie vor zunächst im nationalen Rahmen. Es darf daher die Beteiligung an einer internationalen Organisation niemals mit einer Fesselung des nationalen Eigenlebens verbunden sein. Aber dient nicht die Sicherung des Friedens in höchstem Maße der Wohlfahrt jedes Volkes? Um seine friedliche Entwicklung zu fördern, muß sich daher heute jeder Staat diejenigen Schranken auferlegen, die sich aus der modernen Entwicklung des Völkerrechts, aber auch aus der Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses der Staaten zur Sicherung des Weltfriedens und zur Schaffung einer wahren Arbeitsgemeinschaft ergeben.

Es ist freilich nicht so, daß wir einfach gigantische Institutionen internationaler Bürokratie ins Leben zu rufen hätten, um die Gewaltanwendung aus dem Leben der Völker auszuschalten. Was lebendig macht, ist letzten Endes der *Geist der Zusammenarbeit*, die Befolgung von Treu und Glauben im internationalen Verkehr. Nichts ist wichtiger im Leben der Einzelmenschen wie innerhalb der Staatengemeinschaft, als seine Verpflichtungen zu erfüllen. Deshalb ist ganz gewiß das allerbeste Gebot der Stunde zunächst einmal die *Erneuerung einer internationalen Moral* auf christlicher Grundlage. Solange diese nicht allgemein vorhanden ist, können wir auf eine gewisse Vorsicht in dem Tempo der internationalen Organisation nicht verzichten. Gerade angesichts des Gegensatzes zwischen Ost und West haben nationale Interessen noch keineswegs ihre

Bedeutung verloren. Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß man den Staaten den Verzicht auf die aus ihrer Souveränität sich ergebenden Kompetenzen und die Zusammenarbeit in einer höheren Gemeinschaft nur zumuten kann gegenüber internationalen Organen, welche wahrhaft unparteiische Repräsentanten des Gemeinschaftsinteresses sind.

INTERNATIONALE ORGANISATION UND INTERNATIONALE KONTROLLE

Was bedeutet internationale Organisation? Der Ausdruck „Internationale Organisation“ dürfte zum ersten Male von dem bekannten schottischen Völkerrechtslehrer *James Lorimer* verwandt worden sein und zwar in einer Adresse, die er am 18. Mai 1867 vor der Kgl. Akademie in Edinburgh über „Die Anwendung des Prinzips der relativen Gleichheit in der internationalen Organisation“ gehalten hat. Die internationale Organisation erstrebt nicht nur eine internationale Kooperation durch Annahme von Verpflichtungen der Staaten gegenüber der Staatengemeinschaft und den anderen Regierungen, sondern darüber hinaus die internationale Kontrolle bestimmten außenpolitischen Verhaltens der beteiligten Mächte durch internationale Organe. Die Idee hat seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unzweifelhaft große Fortschritte gemacht.

Man kann zwischen richterlicher und politischer Kontrolle unterscheiden. Die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts zur Erledigung eines Streitfalles über eine Rechtsfrage bedeutet letzten Endes die Anwendung richterlicher Kontrolle über die Befolgung des internationalen Rechts durch eine oder beide Parteien. Die Staaten sind grundsätzlich frei, ein Schiedsgericht einzusetzen oder nicht. Sie haben sich aber häufig einer schiedsrichterlichen Kontrolle von Fall zu Fall oder im voraus durch den Abschluß internationaler Schiedsverträge, durch die Ratifikation des Spezialprotokolls zum Statut des Internationalen Gerichtshofs usw. unterworfen. Die zurückhaltende Stellung mancher Staaten gegenüber der Annahme der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit erklärt sich letzten Endes daraus, daß die Staaten zögern, sich der Kontrolle einer internationalen Instanz zu unterwerfen, an deren Entscheidung sie nach Treu und Glauben gebunden sind. Das Völkerrecht ist aber ein übernationales Recht. Es steht über dem Recht der souveränen Staaten. Deshalb ist der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit durchaus gesund.

Die älteste Form der nicht richterlichen, sondern durch politische Organe ausgeübten Kontrolle bezieht sich auf den *Schutz der Staatsangehörigen im Ausland*. Die Staaten üben auf diesem Gebiete, wie *Redslob* einmal gesagt hat, eine „gegenseitige Überwachung“ aus. Diese Kontrolle ist noch primitiver Natur. Denn einmal handelt es sich nicht um den Schutz gemeinsamer Interessen mehrerer Rechtssubjekte des Völkerrechts. Sodann überwachen die Staaten bei Ausübung dieser Funktion die völkerrechtlichen Pflichten der anderen Staaten vor allem in ihrem eigenen Interesse. Einzelne Autoren leugnen, daß man hier von einer internationalen Kontrolle sprechen könne, weil es sich bei einer solchen um den Schutz gemeinsamer Interessen mehrerer Rechtssubjekte handeln müsse. Aber daß in diesem Falle die Befolgung des Völkerrechts, sei es gewohnheitsmäßig oder vertragsmäßig verankert, kontrolliert wird, kann keinem Zweifel unterliegen.

Der nächste Schritt auf dem Wege zu einer wahrhaft internationalen Kontrolle ist die Begründung eines *internationalen Büros*, das als Organ einer internationalen Union die Koordination zwischen den Mitgliedern dieser Union bei Erfüllung ihrer vertraglich übernommenen Pflichten reguliert. Ein solches Büro hat zunächst keine andere Aufgabe als die Information zwischen den Mitgliedern zu erleichtern. Die Kontrahenten eines Kollektivvertrages haben diesem Büro bestimmte Mitteilungen zu machen, die durch das Büro den anderen Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Man denke z. B. an das internationale maritime Büro in Sansibar und das Spezialbüro in Brüssel zur Bekämpfung des Sklavenhandels, die durch die Brüsseler Generalakte von 1890 ins Leben gerufen wurden und bis zur Gründung des Völkerbundes bestanden haben. Das Spezialbüro in Brüssel hatte u. a. den Austausch der Gesetze und Verordnungen sowie der statistischen Nachrichten zu vermitteln, welche Gegenstände der Brüsseler Generalakte betrafen. Bei der Schaffung solcher Büros verzichteten die Staaten auf keinerlei Hoheitsrechte. Kamen die Kontrahenten ihren Verpflichtungen nicht nach, so hatte das Büro keine Kompetenz, eine Verfehlung festzustellen oder gar Sanktionen anzuordnen. In ihrer rudimentären Form üben somit diese Büros noch keine *Überwachungsbefugnisse* aus. Mehrfach hat man ihnen aber solche übertragen.

So hatte das internationale Büro des Weltpostvereins von Anfang an auch die Zuständigkeit, sich über streitige Fragen auf Verlangen der

Beteiligten gutachtlich zu äußern. Darin ist zum mindesten der Keim einer internationalen Kontrolle zu erblicken. Obwohl solche sehr beschränkten Rechte sich lediglich auf rein technische Fragen erstrecken, haben doch gerade im Weltpostverein die Mitglieder ernste Bedenken geäußert, wenn es sich darum handelte, dem internationalen Büro eventuell weitere Befugnisse zu übertragen.

Eine höhere Form der Koordination und der Schaffung einer Stelle zur Zentralisierung der Bemühungen zwecks einheitlicher Anwendung eines Kollektivvertrages bildet die Einsetzung einer *internationalen Kommission*, welche meist in Anlehnung an ein internationales Büro tätig ist. Da die Staaten in diesen Kommissionen zunächst durch eigene Bevollmächtigte vertreten waren, hätte man glauben sollen, daß sie in wesentlich stärkerem Maße geneigt gewesen wären, einer solchen Kommission *Entscheidungsbefugnisse* anzuvertrauen als einem internationalen Büro. In Wahrheit sind aber die Regierungen auch auf diesem Wege nur sehr zögernd vorangegangen. So hatte die durch die Rheinschiffahrtsakte von 1815 ins Leben gerufene Rheinschiffahrtskommission, bestehend aus den Vertretern der Uferstaaten, zwar Entscheidungen zu fällen. Diese waren aber nach Art. 17 der Rheinschiffahrtsakte für die Uferstaaten nur bindend, wenn der von ihnen in die Kommission entsandte Kommissar dazu seine Zustimmung gegeben hatte.

Ansätze zu weiterer Entwicklung finden sich in der *Brüsseler Zuckerkonvention* von 1902. In einigen Ländern, die für die Zuckerindustrie bedeutsam waren, hatte man den Preis des Zuckers zwar im Inland sehr hoch, im Ausland aber ungewöhnlich niedrig gehalten, um den Absatz des Zuckers im Ausland zu begünstigen. Man bemühte sich nun, die Prämien für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker aufzuheben und während einer vertraglich festgelegten Frist keine neuen Prämien einzuführen. Zur Überwachung dieser Bestimmungen wurde durch die Brüsseler Zuckerkonvention von 1902 eine ständige internationale Kommission vorgesehen, die sich aus Delegierten der Verbandsstaaten zusammensetzte und im Falle behaupteter Vertragsverletzung das Recht der Prüfung und Feststellung hatte. In einigen besonderen Fällen trug die Feststellung endgültigen Charakter. Aber mehr wie prüfen und feststellen konnte die ständige Kommission in keinem Falle. Folgerungen aus eventuellen Feststellungen zu ziehen, war Aufgabe einer auf Antrag eines Verbands-

staates zusammentretenden Diplomatenkonferenz. Die Brüsseler Zuckerkonvention hat am 1. September 1920 nach einer gemeinsamen Erklärung der beteiligten Mächte zu bestehen aufgehört.

Man darf freilich solche internationalen Kommissionen nicht nur von der juristischen Seite aus betrachten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die moralische und politische Bedeutung einer Diskussion, welche im Rahmen einer internationalen Kommission stattfindet, bedeutsamen indirekten Einfluß auf die Bereitwilligkeit der Staaten auszuüben vermag, sich an ihre Vertragspflichten zu halten. Die Wirkung ist besonders deutlich, wenn es sich um die Kontrolle rein technischer Fragen handelt, die durch die große Politik der Mächte nur unwesentlich beeinflusst werden.

VÖLKERBUND UND VEREINTE NATIONEN

Eine besondere Ausgestaltung hat die internationale Kontrolle besonders durch den *Völkerbund* erfahren. Durch ihn wurden auch Materien, die letzten Endes politischer Natur sind, der Kontrolle eines internationalen Organs sowie einer internationalen politischen Organisation¹ unterstellt. Man denke zunächst an die Verwaltung der unter der Aufsicht des Völkerbundes stehenden *Mandatsgebiete*. Diese unterstanden der Kontrolle des Völkerbundesrates, der hierbei gutachtlich durch die ständige Mandatskommission unterstützt wurde. Der Rat hatte aber keine Entscheidungsbefugnis. Er war letzten Endes auf den guten Willen der Mandatarmächte angewiesen. Denn im Völkerbundrat — zu dessen Sitzungen auch eine im Rat nicht vertretene Macht hinzugezogen werden mußte, wenn ihr Mandatsgebiet betreffende Fragen zur Diskussion standen — war *Einstimmigkeit* erforderlich. Der Satz: „Niemand kann Richter in eigener Sache sein“ war leider noch nicht zur allgemeinen Anerkennung gelangt. Die der Verletzung einer Verpflichtung beschuldigte Mandatarmacht konnte die Annahme einer ihr ungünstigen Resolution dadurch verhindern, daß sie dagegen stimmte.

¹ Über den Unterschied zwischen gemeinsamen Organen und internationaler Organisation vgl. die trefflichen Ausführungen von Hans-Jürgen Schlochauer, Der Rechtsschutz gegenüber der Tätigkeit internationaler und übernationaler Behörden. Schriften des Instituts für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Frankfurt a. Main, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1952, S. 7 ff.

Ein anderes Beispiel einer sich auf eine politische Frage erstreckenden Völkerbundkontrolle bietet das Verfahren bei Verletzung der in besonderen Verträgen oder Erklärungen übernommenen *Minderheitenverpflichtungen*. Dem Völkerbundrat stand bei einem Verstoß oder drohenden Verstoß gegen Minderheitenvorschriften das Recht zu, solche Maßnahmen zu treffen und solche Weisungen zu geben, wie sie ihm in dem betreffenden Falle angemessen und wirksam erschienen. Hatte der einer Verletzung beschuldigte Staat, der, falls er dem Rat nicht angehörte, zu dem Verfahren zugezogen werden mußte, dabei ein Stimmrecht? Auch hier hat sich die Praxis des Völkerbundes auf den Standpunkt gestellt, daß der Rat seine Anweisungen nicht ohne Zustimmung des beschuldigten Staates treffen könne. Praktisch hatte also der Rat kein weiteres Recht, als mit dem beschuldigten Staate zu verhandeln, obwohl er doch nach den Minderheitsbestimmungen solche Weisungen zu geben hatte, die ihm angemessen und wirksam erschienen. Wir sehen auch hier wiederum, wie vorsichtig die Staaten, selbst im Zeitalter des Völkerbundes, es im allgemeinen vermieden haben, internationalen Organen Entscheidungsbefugnisse zuzuerkennen.

So war ganz gewiß die *Souveränität* der Staaten gewahrt. Aber vergessen wir nicht, daß durch die Verhandlungen vor den in der Weltöffentlichkeit funktionierenden Völkerbundorganen die Bereitwilligkeit der Staaten, sich an ihre Verpflichtungen zu halten, nicht unwesentlich gefördert wurde. Auch der präventive Einfluß solcher Methode auf die Vertragstreue der Staaten darf nicht unterschätzt werden. Eine rein juristisch-logische Betrachtungsweise würde uns die Bedeutung dieser Tatsache nicht erkennen lassen.

Besondere Ausbildung erfuhr das Kontrollrecht in der Verfassung der *internationalen Arbeitsorganisation*. Alle Mitgliedstaaten haben dem Internationalen Büro alljährlich einen Bericht über die Maßnahmen zur Durchführung der in den Arbeitsabkommen übernommenen Verpflichtungen zu unterbreiten. Diese Berichte unterliegen zunächst der Prüfung durch eine Expertenkommission, sodann der Kritik durch die Internationale Arbeitskonferenz. Zur Vorbereitung der Debatte im Plenum der Konferenz dient eine von ihr eingesetzte Spezialkommission. Jeder Bericht hat also vor der entscheidenden Auseinandersetzung in der Vollsetzung der Arbeitskonferenz nicht weniger als zwei Kommissionen vor-

gelegen. Andere Bestimmungen der Verfassung der Arbeitsorganisation haben außerdem eine Reklamation und Klage vor dem Arbeitsamt für den Fall vorgesehen, daß ein Mitglied die Durchführung eines von ihm angenommenen Arbeitsabkommens nicht in befriedigender Weise sichergestellt hat. Zuständig für die Einreichung einer Reklamation sind die Berufsverbände der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Eine Klage kann von jedem Mitglied der Arbeitsorganisation erhoben werden, wenn es selbst das fragliche Abkommen ratifiziert hat, außerdem vom Verwaltungsrat, und zwar entweder von Amts wegen oder auf Grund des Antrages eines Delegierten zur Arbeitskonferenz. So ist es möglich gewesen, daß z. B. ein Verband japanischer Seeleute gegen die japanische Regierung 1924 eine Reklamation beim Internationalen Arbeitsamt anhängig gemacht hat. Eine Regierung wurde demnach von einer Organisation des eigenen Landes vor ein internationales Forum zitiert, ein seltenes Beispiel einer wahrhaft internationalen Kontrolle. Sanktionen sind in Art. 33 der Verfassung der Arbeitsorganisation gleichfalls vorgesehen, falls ein Mitglied innerhalb der vorgeschriebenen Frist die im Berichte des Untersuchungsausschusses oder in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes etwa enthaltenen Empfehlungen nicht befolgt. Der Verwaltungsrat kann der Arbeitskonferenz die ihm zur Sicherstellung der Ausführung dieser Empfehlungen zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen vorschlagen.

So haben die Staaten allmählich Beschränkungen ihrer Souveränität zugestimmt, indem sie internationale Fragen vor allem technischer Natur nicht mehr einseitig regelten, sondern der Diskussion und in sehr vereinzelten Fällen auch der Entscheidung einer internationalen Instanz unterwarfen.

Die Entwicklung hat jedoch nicht davor haltgemacht, bestimmte technische und politische Einzelfragen vor eine internationale Instanz zu bringen und dieser ausnahmsweise sogar eine Entscheidungsbefugnis zu übertragen. Vielmehr hat die Völkerbundsatzung darüber hinaus vorgesehen, die gesamte Politik der Staaten, soweit sie den Frieden berührt, einer internationalen Diskussion und dadurch einer indirekten Kontrolle zu unterziehen. Hat doch der berühmte, auf *Elihu Root* zurückzuführende Art. 11 der *Völkerbundsatzung* bestimmt, daß jeder Krieg und jede Kriegssandrohung den ganzen Bund angehen und daß dieser die zum wirk-

samen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Doch darf man auch hier die Hemmungen, welche die Staaten einer solchen Vorschrift gegenüber gezeigt haben, nicht übersehen. Die herrschende Meinung hat den Art. 11 dahin ausgelegt, daß solche „geeigneten Maßnahmen“ nur mit Zustimmung derjenigen Mitglieder des Völkerbundes, gegen die sie gerichtet waren, getroffen werden konnten. Man glaubte, daß das Prinzip der Einstimmigkeit dies verlange. Die in Art. 11 vorgesehene Kontrolle über die auf den Frieden bezügliche Politik der Staaten war somit höchst unvollkommen.

Die Satzung des Völkerbundes begnügte sich jedoch keineswegs mit der allgemeinen Vorschrift des Art. 11, sondern sah außerdem noch das *Verbot bestimmter Kriege* und, im Falle der Verletzung der betreffenden Bestimmungen, *Sanktionen gegenüber dem Rechtsbrecher* vor. Darin lag eine erhebliche Beschränkung der Souveränität der Staaten. Die neuen Vorschriften gingen insofern weiter als die meisten der durch früher übernommene Verpflichtungen herbeigeführten Souveränitätseinbußen, als es sich hier um ein politisches Recht allerersten Ranges, nämlich das der Kriegführung, handelte. Doch blieben sie durchaus im Rahmen der in stärkerer Entwicklung begriffenen, auf Kooperation beruhenden internationalen Organisation. Sie suchten diese dadurch zu stärken, daß sie, übrigens nach dem Vorbild früherer Schiedsverträge, die durch die Aufrechterhaltung des *jus belli ac pacis* beibehaltene „Lüge des Völkerrechts“ zu beseitigen trachteten. Auch der Kellogg-Pakt und das Gewaltverbot der Vereinten Nationen müssen in diesem Sinne verstanden werden. Eine Strukturänderung der Völkerrechtsgemeinschaft oder von Teilen derselben ist durch die erwähnten Vorschriften nicht herbeigeführt worden.

Die Staaten zögerten im Zeitalter des Völkerbundes noch, einzelnen Völkerbundsorganen eine *Entscheidungsbefugnis* zwecks Feststellung der Voraussetzungen des Inkrafttretens einer auf das *Kriegsverbot* und dessen Sanktionierung bezüglichen internationalen Verpflichtung zuzuerkennen. Einen Anfang solcher Entwicklung könnte man vielleicht in Art. 15, Abs. 6, 10 der Völkerbundsatzung erblicken, wonach ein weiteres Kriegsverbot von dem Zustandekommen einer einstimmig (bei Feststellung der Einstimmigkeit sollten die Stimmen der Parteien nicht mitgezählt werden) vom Völkerbundrat bzw. der Völkerbundversammlung angenommenen Empfehlung abhängig gemacht war. Im übrigen durfte

jeder Staat selbst die Satzung auslegen, wenn er auch seine Entscheidung nach Treu und Glauben zu fällen hatte. Nichts ist hierfür charakteristischer als die Tatsache, daß der Sanktionsartikel 16 der Satzung es jedem Mitglied des Völkerbundes selbst überließ, zu bestimmen, ob ein anderes Mitglied in Verletzung der Vorschriften der Satzung zum Kriege geschritten war. Der Völkerbundrat hatte allenfalls ein Gutachten über diese Frage abzugeben. Eine Vervollkommung dieser Bestimmung ist im Rahmen der Völkerbundsatzung niemals gelungen.

Wohl aber hat der außerhalb des Völkerbundes zustandegekommene *Locarno-Pakt* die endgültige Entscheidung darüber, ob ein Angriff, ein Einfall oder ein Krieg, d. h. eine Verletzung des Art. 2 des genannten Paktes, vorlag, dem Völkerbundrat zuerkannt. Die Kontrahenten des Locarno-Paktes hatten sich verpflichtet, die Entscheidung des Rates über das Vorliegen einer Verletzung des Art. 2 als für sich bindend anzusehen. Später hat die *Charta der Vereinten Nationen* den allgemeinen Fortschritt gebracht, daß die Entscheidung über das Vorhandensein einer Kriegsdrohung, eines Friedensbruches oder einer Angriffshandlung in einer alle Mitglieder bindenden Weise dem Sicherheitsrat anvertraut wurde (Art. 39). Allerdings kann jede der fünf Großmächte das Zustandekommen eines solchen Beschlusses durch Ausübung des Vetorechts verhindern (Art. 27). Auch muß jedes Mitglied der Vereinten Nationen mit dem Sicherheitsrate erst ein Spezialabkommen über seinen Beitrag zur internationalen Sicherheit abgeschlossen haben (Art. 43), bevor der Sicherheitsrat Streitkräfte des betr. Mitglieds zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen in Marsch setzen kann.

Der große Fortschritt, der zur Sicherung des Friedens dadurch herbeigeführt wird, daß nicht mehr der einzelne Staat, sondern ein internationales Organ über das Vorliegen der Voraussetzungen einer Krieg und Frieden betreffenden, völkerrechtlichen Verpflichtung zu entscheiden hat, ist unverkennbar. Es handelt sich um eine weitere Etappe auf dem Wege der internationalen Organisation, die ein Reflex des *institutionellen* Charakters der neuesten Entwicklung ist. Aber indem die Staaten einem von ihnen selbst ins Leben gerufenen internationalen Organ Festsetzungen anvertrauen, die sie bisher selbst trafen, ändern sie nicht den Charakter der Gemeinschaft. Alles geschah vielmehr durchaus im Rahmen einer „internationalen Kontrolle bestimmten außenpolitischen Verhaltens der

beteiligten Mächte durch internationale Organe« (vgl. oben S. 48), unter Wahrung der Struktur der bisherigen Gemeinschaft.

Die grundsätzliche Bedeutung namentlich des Kapitels VII der Charta der Vereinten Nationen für den Ausbau der internationalen Organisation kann trotzdem nicht stark genug hervorgehoben werden. Gewiß, die Vorschriften sind noch sehr unvollkommen, was nicht zuletzt auf den Mangel an Homogenität unter den Mitgliedern der Völkerrechtsgemeinschaft zurückzuführen ist. Trotzdem bleibt das hier zum Ausdruck kommende Prinzip, wonach ein internationales Organ in autoritärer Weise über die Maßnahmen zur Sicherung des Friedens zu entscheiden hat, als Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung wegweisend. Man darf hier an ein Wort *Hegels* erinnern: „Ist das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht stand.“

DER „ÜBERNATIONALE“ CHARAKTER DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

Der Drang nach internationaler Organisation hat jedoch in diesem Stadium der Entwicklung nicht haltgemacht. Man ist, wenn auch zunächst nur auf territorial begrenzter, regionaler Basis, dazu übergegangen, bestimmte Kompetenzen nicht einzelnen Organen, sondern einem neugeschaffenen autonomen Verbands, dessen organisatorisches Räderwerk demjenigen eines Bundesstaates nachgebildet ist, anzuvertrauen. Der Schuman-Plan ist in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Man hat in ihm den Beginn einer neuen Epoche internationaler Organisation und etwas grundsätzlich Neues gegenüber den bisherigen Versuchen internationalen Zusammenschlusses erblicken wollen. Man hat von „übernationalen“, im Gegensatz zu internationalen Organen gesprochen.

Es ist richtig, daß die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (1951) alles übertrifft, was bisher im Rahmen internationaler Organisation erstrebt worden ist. Wir finden in ihr in höchster Potenz das vereinigt, was die besten der bisher unternommenen Versuche auszeichnete: so das Bestreben, die Ausübung genau bestimmter Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten auszuschalten und sie internationalen Behörden anzuvertrauen, den internationalen Organen einen möglichst unparteiischen Charakter zu verleihen, für Entscheidungen Mehrheitsbeschlüsse vorzu-

sehen, die aus dem Grundvertrag sich ergebenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht bzw. ein ständiges Gericht entscheiden zu lassen, usw. Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft ist jedenfalls monumentaler und beruht weniger auf Kompromissen, als man sie in der Vergangenheit glaubte eingehen zu müssen. Um das erstrebte Ziel zu erreichen, sind die organisatorischen Möglichkeiten sorgfältiger und konsequenter ausgebaut, als das bisher je der Fall war.

Die Frage bleibt aber, ob ein autonomer Verband wie der durch den Schuman-Plan ins Leben gerufene die bisherigen Grundlagen des Völkerrechts verändert. Ist es richtig, den neuen Plan als „übernational“ den bisher geschaffenen internationalen Organen gegenüberzustellen? Die Schwierigkeit des Problems erklärt es, weshalb hierüber bisher so verschiedene Meinungen geäußert worden sind. Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch, die Frage erschöpfend zu behandeln, sondern wollen nur einige Gesichtspunkte hervorheben, die mir von erheblicher Bedeutung zu sein scheinen.

Der Schuman-Plan (Art. 9) spricht selbst von dem übernationalen Charakter (supranational) seiner Organe. Aber die Frage, ob die neue Organisation, im Vergleich zu den bisherigen Präzedenzfällen, revolutionärer Natur ist, wird dadurch noch nicht beantwortet. Alles hängt offenbar davon ab, welche Definition man dem Worte „übernational“ gibt. Versteht man darunter einen mit eigener Herrschaft ausgestatteten Verband, der von der Existenz und der Mitwirkung der Gründerstaaten unabhängig ist und aus eigenem Rechte auf dem Territorium bestimmter Staaten Hoheitsbefugnisse ausübt, dann ist meiner festen Überzeugung nach die Europäische Gemeinschaft keine übernationale Behörde.

Mir scheint, daß nur ein solcher internationaler Verband, dem die volle Souveränität zukäme, als über den Gründer- und Mitgliedstaaten stehend betrachtet werden könnte. Es müßte sich also um einen Staat mit föderativem Charakter handeln. Die Montan-Union ist aber kein Staat und auch kein Bundesstaat. Sie übt lediglich bestimmte Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten in deren Auftrag aus. Die Gründerstaaten behalten ihre Völkerrechts-Subjektivität und arbeiten mit der Montan-Union zusammen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen kann. Übrigens ist die Montan-Union in einiger Hinsicht weniger entwickelt als manche anderen internationalen Organisationen, da ihr letzten Endes ein wirksames Sank-

tionsrecht gegenüber Mitgliedern, die ihre Pflichten verletzen, fehlt². Der Art. 88 der Verfassung der Montan-Union sieht zwar gewisse wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen der Hohen Autorität gegen pflichtwidrige Mitgliedstaaten vor. Wenn sich aber solche Maßnahmen als unwirksam erweisen, so kann nach dem Schlußabsatz dieses Artikels die Hohe Autorität lediglich an den Rat berichten. Was dann weiter zu geschehen hat, darüber sagt die Montan-Verfassung nichts.

Von den Organisationen der Vergangenheit scheint mir noch die meiste Ähnlichkeit mit der Montan-Union die *Europäische Donau-Kommission* zu besitzen. Sie, die in der ursprünglichen Gestalt bis zum Jahre 1938 bestanden hat, kann als ein Vorläufer weitblickender, kühner internationaler Organisation betrachtet werden. Die Europäische Donaukommission besaß vor 1938 eigene Hoheitsrechte auf dem unteren Flußlauf der Donau. Sie war, wie man sagen kann, der territorialen Souveränität Rumäniens überlagert. Sie hatte insbesondere auch die Befugnis, Befehle an Privatpersonen zu erteilen. Sie hatte eigene Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt. Ihre Tätigkeit war freilich von der einstimmigen Beschlußfassung der in der Europäischen Donaukommission vertretenen Mächte abhängig, zu denen auch Rumänien gehörte. Die Kommission war daher zwar unabhängig von der Gebietshoheit Rumäniens, aber nicht selbständig gegenüber den Regierungen der in ihr vertretenen Mitgliedstaaten.

Im Schuman-Plan sind die Organe viel unabhängiger gestaltet und können auch Mehrheitsbeschlüsse fassen. Ein eigener Gerichtshof der Montan-Union soll alle nur möglichen Streitigkeiten, sei es zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, den Organen der Union untereinander oder ihren Organen und Unternehmern oder Einzelpersonen regeln. In der letzteren Bestimmung tritt, wie schon beim Internationalen Arbeitsamt und der Unesco, das moderne Bestreben hervor, bestimmte Personen und Verbände mit besonderen Rechten auszustatten und das Völkerrecht nicht ausschließlich als ein zwischen Staaten geltendes Recht zu betrachten.

² Vgl. *Horst Osterheld*, Die Vollstreckung von Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in der Bundesrepublik Deutschland. Schriften des Instituts für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Frankfurt a. Main, Bd. 5, Frankfurt a. M. 1954, S. 19 ff.

Auch der amerikanische Plan einer *Kontrolle der Atomenergie*, wie er im Rahmen der Vereinten Nationen vertreten worden ist, zielte auf die Schaffung eines umfassenden Apparates internationaler Behörden, einer Autorität, die über die Atomenergie in der ganzen Welt, selbst soweit sie friedlichen Zwecken dient, verfügen sollte. Ihr sollte eine Macht zugeteilt werden, wie sie auf einem anderen Gebiete heute die Montan-Union besitzt. Die Auffassungen über die beste Zusammensetzung dieser Hohen Autorität gingen in der Kommission für Atom-Energie weit auseinander.

Die Sowjetunion wünschte, daß in der entscheidenden Kontrollkommission Vertreter der in der Atomkommission der Vereinten Nationen repräsentierten Staaten säßen, während die Mehrzahl der beteiligten anderen Mächte sich als Mitglieder der Hohen Autorität unabhängige Personen dachten, die in einem international geregelten Verfahren und nicht von den einzelnen Mächten ernannt würden. Was die Sanktionen betrifft, so verlangte die Sowjetunion die Zuständigkeit des Sicherheitsrates ohne gleichzeitige Beseitigung des Vetorechts für diesen Fall, während die Mehrheit für eine eigene Exekutionsgewalt der aus unabhängigen Personen bestehenden Kontrollkommission eintrat. Ein Vertrag mit sehr begrenztem Ziel, der sich vor allem nur mit dem der Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken befaßt, ist am 26. Oktober 1956 unter der Bezeichnung „Statut über die Schaffung einer internationalen Atomenergie-Agentur“ zustande gekommen.

Nach diesem Hinweis auf die Tatsache, daß die Verfassung der Montan-Union gewissermaßen keine isolierte Erscheinung ist, möchte ich zu dem Problem des übernationalen Charakters der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zurückkehren. Es ist nicht ohne Interesse hervorzuheben, daß über die Bedeutung des Begriffes „übernational“ bereits im Zeitalter der Haager Friedenskonferenzen Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten sind. Es handelte sich, nach der zweiten Haager Friedenskonferenz des Jahres 1907, insbesondere darum, wie man die damals ausgearbeiteten Projekte eines internationalen Prisenhofes sowie eines ständigen internationalen Gerichtshofes charakterisieren sollte. In der Festgabe der Berliner Juristischen Fakultät für Otto Gierke aus dem Jahre 1910 hat der berühmte Straf- und Völkerrechtslehrer *Franz v. Liszt* einen Aufsatz veröffentlicht über „Das Wesen des völkerrechtlichen Staatenverbandes und der internationale Prisenhof“, der in der Literatur viel

diskutiert worden ist. Darin (besonders S. 18) hat v. Liszt den Standpunkt vertreten, daß der internationale Prisenhof, wenn er errichtet sei, ein „überstaatliches Imperium“ darstellen würde, das den Charakter des internationalen Staatenverbandes völlig umgestaltete. Einige Jahre später hat ein anderer Rechtslehrer der Berliner Universität, *Josef Kohler*, in der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht“ (VI, 1912, S. 106) „Völkerrechtliche Studien“ publiziert, worin er jedes internationale Schiedsgericht als eine „auf völkerrechtlichem Abkommen beruhende überstaatliche Behörde“ bezeichnete. Diese Äußerungen, deren Standpunkt von der herrschenden Meinung damals nicht geteilt worden ist, zeigten bereits deutlich die Kompliziertheit der Terminologie „übernational“.

Was nun die Montan-Union betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie sich von den bisher unternommenen Versuchen internationaler Organisation nicht unwesentlich unterscheidet. Sie bedeutet nicht nur *institutionell* einen sehr großen Fortschritt, sondern ihre Struktur weist auch, wohl zum ersten Male, einen *Integrations*-Charakter auf, indem nationale wie internationale Organe gewissermaßen zu einer Einheit zusammengeschmolzen werden. Aber indem die der neuen Organisation übertragenen Kompetenzen nur einen bestimmten, genau begrenzten Bereich der staatlichen Souveränität betreffen, fällt die Montan-Union noch in den Bereich der auf internationaler Kooperation und internationaler Kontrolle beruhenden internationalen Organisation. Wir sagen ausdrücklich: Fällt „noch“ in den Rahmen der internationalen Organisation. Denn vorausgesetzt, daß die neue Gemeinschaft sich auch tatsächlich integriert und als Modell für wesentlich weitergehende Gemeinschaften dient, so wird vielleicht eines Tages ein Schritt getan werden, der den Rahmen der internationalen Organisation sprengt und eine übernationale Autorität ins Leben ruft. Wieweit freilich solche regionalen Integrations-Bestrebungen die *Gesamt*-Entwicklung der internationalen Organisation zu beeinflussen imstande sind, muß abgewartet werden³. Europa ist heute nur ein kleiner Teil der Welt.

³ Vgl. dazu *Fhr. von der Heydt*, Schuman-Plan und Völkerrecht (Die völkerrechtliche Bedeutung und Problematik der Montan-Union), in „Gegenwartsprobleme des Internationalen Rechtes und der Rechtsphilosophie. Festschrift für Rudolf Laun zu seinem siebenzigsten Geburtstag“, Hamburg 1953, S. 111 ff., besonders S. 120 ff.

Gewiß steht das Völkerrecht über den Staaten und kann daher als übernational bezeichnet werden. Eine Organisation aber, die über den Staaten steht, ist undenkbar, solange nicht ein Weltbundesstaat oder eine auf einen bestimmten Kreis von Staaten beschränkte Föderation ins Leben getreten ist.

Da sich nun aber der Schuman-Plan selbst als übernational bezeichnet, so mag man ruhig von dem übernationalen Charakter der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sprechen, falls man unter „übernational“ nichts anderes verstehen will als die bisher höchste Form einer internationalen Organisation mit eigenen Hoheitsrechten.

Der Schuman-Plan hat sich übrigens — wie auch seinerzeit der amerikanische Plan einer Kontrolle der Atomenergie — nicht nur bestimmte technische, sondern auch politische Aufgaben gestellt. Gerade aus diesem Grunde liegen Möglichkeiten weiterer Entwicklung vor, wie sie auch im Rahmen der Europa-Idee immer stärker zu Tage treten. Auf dem Wege zum Zusammenschluß Europas will der Schuman-Plan eine tatsächliche Solidarität auf einem wichtigen wirtschaftlichen Gebiete schaffen.

Durch ihn ist die Europa-Idee bisher am stärksten vorwärts getrieben worden. Am 25. März 1957 ist man noch einen Schritt weiter gegangen und hat ein Abkommen über einen *gemeinsamen Markt* abgeschlossen, durch das vor allem die Zollschränken zwischen den Staaten, die an dem Schuman-Plan beteiligt sind, schrittweise abgebaut werden sollen. Am gleichen Tage wurde auch ein Abkommen über die europäische *Atomenergie-Organisation* (Euratom) unterzeichnet, das der friedlichen Verwendung der Atom-Energie gewidmet ist. Neben diesen Organisationen besteht noch der *Europa-Rat* (1950), der aber keine wirklich entscheidenden Befugnisse besitzt und mehr als Anreger mit dem Ziele der europäischen Integration wirkt. Ihm sind immerhin eine Reihe europäischer Abkommen, so insbesondere zum Schutze der Menschenrechte, zu verdanken. Der hervorragendste deutsche Vertreter der Europa-Idee ist Bundeskanzler *Konrad Adenauer*.

DER GEGENWÄRTIGE STAND DER INTERNATIONALEN ORGANISATION

Wenden wir uns nunmehr, nachdem versucht wurde, die allmähliche Entwicklung des organisatorischen Zusammenschlusses der Staatenge-

meinschaft in großen Zügen darzulegen, einer kritischen Betrachtung der augenblicklichen Entwicklung der internationalen Organisation zu.

Wir gingen davon aus, daß seit dem Zeitalter der Haager Friedenskonferenzen die Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation der Welt immer mehr an Boden gewann. Man hatte erkannt, daß ohne einen organisatorischen Zusammenschluß der Staaten der Friede nicht gesichert und das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Völker nicht garantiert werden könnte. Der Grundgedanke war zweifellos richtig und darf niemals preisgegeben werden. Werfen wir aber die Frage auf, ob die internationale Organisation der Staatengemeinschaft in den fünfzig Jahren, seitdem man sich um ihre Verwirklichung bemüht, ihre wesentlichen Ziele erreicht hat, so erkennen wir, daß noch sehr viel zu tun übrigbleibt und daß wir erst am Anfang einer organisatorisch gesicherten Zusammenarbeit der Staaten stehen, die wirklich Frieden und Wohlfahrt sichert. Gewiß kann man dort, wo es sich um mehr technische, unpolitische Fragen handelt, ein einigermaßen zufriedenstellendes Arbeiten der vorhandenen Institutionen feststellen. Ich denke hier ganz besonders an die Spezialorganisationen der Vereinten Nationen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes (Genf), der Ernährung und Landwirtschaft (Rom), des Gesundheitswesens (Genf), der zivilen Luftschifffahrt (Montreal, Kanada), für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Paris) usw., obwohl selbst hier die Gegensätze zwischen Ost und West gelegentlich hineinspielen und die Arbeit erschweren.

Auf dem hochpolitischen Gebiete sieht es dagegen nicht so befriedigend aus. Die Vereinten Nationen, die jetzt in *Dag Hammarskjöld* eine Persönlichkeit großen Formates als Generalsekretär besitzen, erfüllen ihre bedeutsame Aufgabe der Aufrechterhaltung des Friedens nur unter großen Schwierigkeiten. Die Hauptverantwortung für die Sicherung des Friedens im Rahmen der Vereinten Nationen ist dem Sicherheitsrat anvertraut, und wir wissen alle, daß das Funktionieren dieses Organs infolge des Gegensatzes zwischen Ost und West und infolge des Vetorechts der Großmächte sehr zu wünschen übrigläßt. Die mit der Friedenssicherung in Verbindung stehenden allgemeinen Fragen wie z. B. die Mitwirkung der Mitglieder an den Sanktionen gegen Rechtsbrecher, die Herabsetzung der Rüstungen, die Schaffung einer Autorität für die gesamten Probleme der Atomenergie, d. h. nicht für friedliche, sondern auch

für kriegerische Zwecke, sind bisher unerledigt geblieben. Die Ende 1956 im östlichen Mittelmeer akut gewordene Krise hat erneut gezeigt, daß die UNO infolge der Gegensätze zwischen Ost und West und der verschiedenen Blockbildungen trotz besten Willens noch immer größten Schwierigkeiten begegnet, um friedengefährdende Situationen in befriedigender Weise zu meistern. Man hat in einer Resolution der UNO-Generalversammlung vom 3. November 1950 („Zusammenschluß für den Frieden“) nach Ausbruch des Korea-Konfliktes versucht, für den Fall des Versagens des Sicherheitsrates (infolge des Vetorechts) der Generalversammlung bestimmte Rechte zwecks Empfehlung von Zwangsmaßnahmen gegen Rechtsbrecher zuzuerteilen. Es muß abgewartet werden, wieweit sich daraus neues, bindendes Recht der UNO entwickelt.

Vermeiden wir es jedoch, ein Spezialkolleg über die Vereinten Nationen zu halten, und wenden wir unseren Blick auf die Gesamtheit der heute vorhandenen internationalen Organisationen offiziellen Charakters, so fällt auf, wie zahlreich, mannigfaltig und zum Teil ohne Verbindung untereinander diese arbeiten.

Es gibt nur wenig Menschen, die alle diese einzelnen Organisationen überblicken. Zunächst bestehen im Rahmen der Vereinten Nationen eine Fülle von Spezialinstitutionen und Organisationen. Einige haben universellen Charakter, wie vor allem die der UNO angeschlossenen Spezialorganisationen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der Ernährung und Landwirtschaft usw. Andere sind regionaler Natur. So gibt es drei regionale Wirtschaftskommissionen, nämlich eine für Europa (Genf), eine für Asien und den Fernen Osten (Bangkok) und eine dritte für Lateinamerika (Santiago, Chile). Neben der UNO ist die Organisation der Amerikanischen Staaten (Washington) zu nennen, deren Spezialorganisation mit der UNO in nähere Verbindung gebracht sind. Aber davon abgesehen gibt es zahlreiche Organisationen, welche mit der UNO noch nicht koordiniert sind. Man denke hierbei besonders an die rein europäischen Zusammenschlüsse sowie das große Werk des Nordatlantik-Paktes (1949) zur Sicherung der Freiheit, des gemeinsamen Erbes und der Zivilisation der Atlantik-Staaten sowie die nach dem Scheitern des Vertrages über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zustandgekommene Westeuropäische Union (1954).

Ist nicht bei einer solchen Vielgestaltigkeit von Organisationen, die

zum Teil in ähnlicher Richtung arbeiten, eine Energie-Vergeudung und ein Leerlauf zu befürchten? Ist es nicht sogar möglich, daß einzelne Organisationen, die autonom sind und keine Verbindung miteinander haben, gegen einander arbeiten? Kann man nicht z. B. auch die Befürchtung hegen, daß die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs im Haag, der ja der Gerichtshof der Vereinten Nationen ist, denen widersprechen könnten, die von dem Gerichtshof des Schuman-Planes oder dem durch die Römer Konvention von 1950 vorgesehenen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gefällt werden?

In den Kreisen der UNO hat man die Gefahr isolierten und zusammenhanglosen Vorgehens der einzelnen Organisationen schon früh erkannt. Deshalb arbeitet man seit langem auf die Verbindung und Koordination aller vorhandenen amtlichen internationalen Organisationen hin. Die Zusammenarbeit kann aber nicht einfach von einer höheren Stelle auf dem Wege des Diktats angeordnet und durchgeführt werden. Vielmehr bedarf es sehr vorsichtiger Verhandlungen; es bedarf der Vermittlung und der Empfehlungen, damit es zwischen den einzelnen Organisationen zu dem Abschluß besonderer Abkommen betr. ein gemeinsames Vorgehen kommt. Neben der UNO haben einzelne wichtige Organisationen bereits früh an die Notwendigkeit solcher Koordination gedacht. Als man den Schuman-Plan ausarbeitete, hat man gleichzeitig ein Protokoll über die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu dem Europa-Rat unterzeichnet. Ebenso hat die Montan-Union z. B. ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt geschlossen, worin u. a. regelmäßige Beratungen über Probleme vorgesehen sind, mit denen sich beide Organisationen zu befassen haben; der Hohen Behörde der Montan-Union wurde ferner eine Vertretung in bestimmten Kommissionen des Arbeitsamts eingeräumt, usw.

Das Übermaß an internationaler Organisation, das sich nach dem Zweiten Weltkriege gezeigt hat, hat also ein neues Problem, das der *Organisation der internationalen Kooperation zwischen internationalen Organisationen*, mit sich gebracht. Gleichzeitig hat man die Gefahren eines Bestrebens, um jeden Preis neue Organisationen ins Leben zu rufen, erkannt. Während man z. B. nach 1945 eifrig bemüht war, so viele Spezialorganisationen als nur möglich im Rahmen der Vereinten Nationen ins Leben zu rufen, sucht man heute eher zu bremsen. Eine der

letzten Spezialorganisationen, die erstrebt wird, aber noch nicht ins Leben getreten ist, stellt die inter-gouvernementale beratende Organisation für Fragen der Seeschifffahrt dar. Sie soll sich vor allem mit der Regelung technischer Fragen, die die internationale Seeschifffahrt angehen, befassen, für die Sicherheit der Seeschifffahrt Sorge tragen, usw.

Insgesamt hat man also auf dem Gebiete der internationalen Organisation das Höchstmaß an Aktivität gezeigt, das überhaupt denkbar ist. Nunmehr gilt es zu erkennen, daß Organisation zwar unerlässlich, aber doch nicht das letzten Endes Entscheidende ist. Kommt es doch in erster Linie auf den *Geist der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Regierungen* sowie auf das Bemühen jedes einzelnen an, nationale und internationale Interessen in Einklang zu bringen.

Die Frage erhebt sich, ob wir in dieser Hinsicht seit dem Zeitalter der Haager Friedenskonferenzen wesentliche Fortschritte gemacht haben. Es wäre Illusion, diese Frage bejahen zu wollen. Wir dürfen nicht vergessen, daß seitdem zwei Weltkriege nicht nur das geographische Bild der Landkarte und die Stellung der Mächte im Weltkonzert völlig verändert, sondern auch geistige Zerstörungen von nie gekannter Stärke in der Völkergemeinschaft hinterlassen haben. Gewiß sind gerade durch diese moralischen Zerrüttungen Gegenkräfte zur Aktion gekommen, die wir nicht unterschätzen dürfen. Aber trotzdem bin ich der Auffassung, daß im Zeitalter des sogenannten europäischen Völkerrechts der Standard von Treu und Glauben im internationalen Verkehr der Staaten untereinander höher war als heute. Ich weise nur darauf hin, wie häufig sich heute die Mitglieder der Vereinten Nationen auf ihre nationale Kompetenz berufen, selbst wenn dieser Einwand nicht berechtigt erscheint, und daß in den Organen der Vereinten Nationen nicht selten die Bestimmungen der Charta dazu benutzt werden, Propaganda zu treiben und den anderen Mitgliedern Schwierigkeiten zu bereiten.

Es ist der Geist, der lebendig macht, und in dieser Hinsicht fällt ein Vergleich der Verhandlungen der Vereinten Nationen z. B. mit der ersten Haager Friedenskonferenz des Jahres 1899 nicht zu Gunsten der heute bestehenden Organisation aus. In Schückings „Werk vom Haag“ hat einmal *Philipp Zorn*, der hervorragende Lehrer des Staats- und Völkerrechts und deutscher Delegierter auf beiden Haager Friedenskonferenzen, die Gesinnung der ersten Haager Friedenskonferenz, insbesondere ihres

entscheidenden Schiedsgerichtsausschusses, folgendermaßen umschrieben: Jeder Delegierte habe zwar gewissenhaft die Interessen des eigenen Landes zu wahren gesucht, aber keiner sei darauf ausgegangen, dem anderen Schwierigkeiten zu bereiten oder Blößen zu suchen, die sich etwa im Redekampf hätten ausbeuten lassen. Und Zorn fuhr wörtlich fort: „Es war eine edle Gesinnung gemeinsamen Ringens um ein hohes, ideales Ziel, die alle Mitglieder erfüllte und die Stunden dieser gemeinsamen Arbeit allen Beteiligten zu einer unvergänglichen Erinnerung von unvergleichlichem Werte gemacht hat. Und in dem vielfachen Nachdenken späterer Jahre über diese Stunden einer großen und ersten internationalen Arbeit habe ich immer wieder die Überzeugung in mir erneuert: ein Areopag von Männern, die in solcher Gemeinsamkeit der Gesinnung an der Schlichtung internationaler Streitfälle arbeiten würden, würde die meisten Streitfragen friedlich zu lösen imstande sein“⁴.

Wie ist es möglich, muß man fragen, das Gleiche über die Zusammenarbeit der Mächte in den Organen der Vereinten Nationen zu sagen! Der Gegensatz zwischen Ost und West erschwerte hier die Möglichkeit der Einheit des Willens und der Aktion. Die Tatsache ist um so schwerwiegender, als die Spannung zwischen Ost und West nicht etwa nur auf eine Verschiedenheit der Auffassung in einzelnen Fragen zurückzuführen ist, sondern auf eine grundsätzliche, ideelle Gegnerschaft. Es kommt hinzu, daß der Ost-West-Gegensatz quer durch manche Staaten hindurchgeht und die nationalen Kräfte, die hinter der Außenpolitik des betr. Landes geschlossen stehen sollten, entscheidend schwächt⁵. Einstmals standen Regierungen gegen Regierungen. Heute aber verhalten sich in einzelnen Ländern Teile des eigenen Volkes gegenüber der Politik ihrer Regierung ablehnend und haben kein natürliches Empfinden für ihre Zugehörigkeit zu der abendländischen Christenheit. Das alles ist Ausfluß internationaler Anarchie, hervorgerufen vor allem durch die Ereignisse der beiden Weltkriege, und muß als ein schweres Hemmnis für eine auf internationaler Gesinnung beruhende Staatenorganisation betrachtet werden.

⁴ *Das Werk vom Haag*, Zweite Serie: Die gerichtlichen Entscheidungen, Erster Band, Erster Teil, München und Leipzig 1917, S. 216 ff.

⁵ Vgl. hierzu die interessanten Darlegungen von *Gerhard Leibholz*, *Ideologie und Macht in den zwischenstaatlichen Beziehungen des 20. Jahrhunderts*. Göttinger Vorträge und Schriften, Band 4. Göttingen 1949.

Wird man durch eine Reform der Verfassung der Vereinten Nationen die Schwierigkeiten internationaler Zusammenarbeit vermindern und z. B. dem hemmungslosen Gebrauch des Vetorechts Einhalt gebieten können? Da es für die Integrierung einer Verfassung letzten Endes auf den Geist und die in der neuen Schöpfung tätigen lebendigen Kräfte ankommt, darf man von einer *Revision der Charta*, die gewiß ein erstrebenswertes Ziel bleibt, nicht zu viel erwarten. Vor einem zu schnellen Tempo einer solchen Entwicklung muß man auf jeden Fall warnen. Die Vereinten Nationen beruhen letzten Endes auf dem Willen zu friedlicher Zusammenarbeit. Wenn den Vereinten Nationen zur Besinnung auf ihren tiefsten Zweck genug Zeit zur Verfügung steht, braucht ihre Zukunft nicht pessimistisch beurteilt zu werden. Falls aber die immer stärkere Unterwerfung unter die Autorität internationaler Organe nicht Schritt hält mit einer immer festeren moralischen Bindung der Mitglieder der Vereinten Nationen an die Grundsätze des internationalen Rechts, dann ist die Gefahr vorhanden, daß eines Tages internationale Entscheidungen mißachtet werden, Sanktionsbestimmungen nur noch auf dem Papiere stehen und insgesamt nur noch größere Unruhe entsteht.

Daß trotz und gerade wegen der mangelhaften moralischen Fundamente starke Kräfte in der Völkerrechtsgemeinschaft in Bewegung sind, um den Geist brüderlicher Zusammenarbeit bei dem Bestreben nach Organisation der Welt zum Siege zu verhelfen, kann nicht genug betont werden. Die Zahl der Männer, die fähig und willig sind, ihre Tätigkeit im Rahmen der Zuständigkeit eines internationalen Organs mit der größten Unparteilichkeit auszuüben, ist sicherlich heute größer als vor hundert Jahren. Wir weisen nur auf das Gremium der Richter des Internationalen Gerichtshofs im Haag oder z. B. auf die Mitglieder der Kommission für internationales Recht der Vereinten Nationen hin. Wenn *Philipp Zorn* in dem soeben zitierten Aufsatz darauf hingewiesen hat, daß ein Areopag von Männern, wie er 1899 im Schiedsgerichtsausschuß der ersten Haager Friedenskonferenz in Erscheinung trat, die meisten Streitfragen friedlich zu lösen in der Lage sei, so kann man heute immerhin darauf hinweisen, daß viele auf internationalem Boden arbeitende Männer und Frauen sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte und den Völkern bewußt sind und daß, wenn es nur auf diese Persönlichkeiten ankäme, die Welt heute freier atmen könnte als in der Zeit des Ersten

oder Zweiten Weltkrieges. Leider werden aber die wichtigsten Entscheidungen in den Vereinten Nationen nicht von Persönlichkeiten, sondern von Regierungen gefällt, und deren Stimabgabe ist letzten Endes ein Spiegelbild der heute noch vorhandenen Anarchie.

VORAUSSETZUNGEN ORGANISATORISCHEN FORTSCHRITTS

Trotzdem muß weiter gearbeitet werden. Es gilt vor allem immer wieder seine Stimme dafür zu erheben, daß die Grundlage aller Kooperation, das internationale Recht, nach Treu und Glauben ausgelegt und angewandt wird. Außerdem soll zum Schluß auf einige weitere Postulate, die besonders bedeutsam erscheinen, kurz hingewiesen werden.

1. Die Regierungen müssen in stärkerem Maße als bisher zur Beilegung ihrer Streitigkeiten von den Mitteln Gebrauch machen, die ihnen das Völkerrecht zur friedlichen Streiterledigung zur Verfügung stellt. Rechtsstreitigkeiten sollen vor allem einem internationalen Schiedsgericht oder dem Internationalen Gerichtshof im Haag unterbreitet werden. Leider ist die Skepsis gegen eine Rechtsentscheidung heute weit verbreitet und hindert immer wieder die Überweisung von Rechtsstreitigkeiten an eine schiedsrichterliche Instanz. Daneben muß versucht werden, politische Konflikte vermittels einer unparteiischen Vergleichskommission aus der Welt zu schaffen. Daß hier die eigentliche Crux des Völkerrechts vorliegt, weil es so schwer ist, für politische Konflikte ein befriedigendes und den Streit endgültig erledigendes Verfahren zu finden, ist zuzugeben. Aber den Regierungen steht es ja nach dem Verfahren einer Vergleichskommission immer noch frei, von neuem über den Streit zu verhandeln. Deshalb sollte man die Chancen, die ein solches Vergleichsverfahren bietet, besser nutzen.

2. Wichtig ist ferner, daß die Staaten sich jedes Krieges und jeder Gewaltanwendung enthalten und solche Methode auch nicht in verschleierter Form zur Anwendung bringen. Das Verbot der Gewaltanwendung besteht bereits heute nach allgemeinem Völkerrecht und nicht lediglich auf Grund der Charta der UNO für die Mitglieder der Vereinten Nationen. Die Reaktionen der Staaten in den letzten Jahrzehnten auf Gewaltakte von Diktatoren haben gezeigt, daß das Verbot der Gewaltanwendung bereits heute als ein integrierender Satz des modernen allgemeinen Völkerrechts betrachtet werden muß. Ein neuer Krieg kann die

schwierigen Probleme, die heute die Völker trennen, nicht lösen; er kann sie nur in noch unheilvollere Verwirrung führen. Das sollte man im Zeitalter des Atomkrieges niemals vergessen.

3. Wenn der Krieg untersagt ist, muß auch jede Annexion als verboten betrachtet werden. Gebietserwerbungen auf Grund von Gewaltakten dürfen nicht mehr als Rechtstitel betrachtet werden⁶. Eine Annexion, vorgenommen am Schlusse eines Krieges, ist daher null und nichtig und muß demgemäß von allen Regierungen so behandelt werden. Es hat freilich, unter dem Einfluß des Positivismus, der Gedanke Anklang gefunden, daß zwar Gewaltakte an sich keinen Rechtstitel für territoriale Kompetenzerweiterungen verschaffen, daß aber der langandauernde effektive Besitz eines Territoriums die rechtswidrige Handlung der Besitzergreifung zu legalisieren vermag, wenn keine Aussicht auf eine *restitutio in integrum* mehr vorhanden ist. Wir wollen nicht leugnen, daß dann, wenn z. B. ein Staat 100 Jahre lang ein Territorium in seiner Gewalt hat, gegen dessen rechtswidrigen Erwerb von keiner Seite mehr protestiert wird, die Frage auftauchen kann, ob nicht der lang andauernde unbestrittene tatsächliche Besitz, d. h. die Effektivität, neues Recht schafft. Wir leugnen aber, daß diese Voraussetzungen heute noch in irgendeinem Falle erfüllt sein könnten.

Bei totaler Besitzergreifung durch einen Eroberer gibt es heute die Regierungen im Exil, welche die Legalität des alten, rechtswidrig annektierten Staates fortsetzen und damit einen dauernden Protest gegen die Vergewaltigung ihres Staates erheben, Exilregierungen, die von einer Reihe von Staaten anerkannt werden. Ist nur ein Teil des Territoriums im Machtbereich eines Eroberers, so wird der Staat, dessen Gebiet verkleinert worden ist, mit Protesten nicht zögern. Vor allem darf man nicht vergessen, daß die Proteste und Nicht-Anerkennungen nicht nur von seiten der direkt interessierten Staaten kommen. Heute haben sich vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika seit der berühmten *Stimson-Erklärung* die Vertretung des Grundsatzes zu eigen gemacht, daß offene oder versteckte Gewaltakte von ihnen nicht anerkannt werden. Das will heißen, daß es einen immerwährenden Protest eines der mächtigsten Staaten der Erde gibt, dessen bloßes Vorhandensein die Legalisierung

⁶ Vgl. im einzelnen Hans Wehberg, *Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts*, Frankfurt a. M.-Berlin 1953, S. 101 ff.

rechtswidriger Gewaltakte durch das Effektivitätsprinzip zu verhindern mag. Im Zeitalter der Ächtung des Krieges und der Gewaltanwendung ist jedes nationale Territorium heiliges Land, und territoriale Besitzveränderungen dürfen nur im Interesse des allgemeinen Wohls der Staatengemeinschaft, nicht aber einseitig von einem siegreichen Staate, auch wenn dieser einen Verteidigungskrieg geführt hat, vorgenommen werden. Die Anwendung dieses Grundsatzes auf das deutsche Gebiet jenseits der Oder und Neiße ist von größter Bedeutung⁷. Möge sich ein Volk noch so schwere Rechtsverletzungen haben zu Schulden kommen lassen, seine nationalen Grenzen sind im Lichte des modernen Völkerrechts niemals aus strategischen oder sonstigen Gründen, die ein Nachbarstaat aus eigenem Interesse geltend machen könnte, antastbar.

So kommt man, wenn man von Problemen der internationalen Organisation spricht, ganz von selbst auf ihren Zusammenhang mit der gegenwärtigen deutschen Politik. Die Bundesrepublik Deutschland muß fortfahren, nach dem Vorbild ihres Bundeskanzlers *Adenauer*, in Fragen der internationalen Politik in großen Etappen zu denken. Sie muß nicht nur für den morgigen Tag, sondern, wie einmal *Carl J. Burckhardt* am Schlusse seiner großen Monographie über Richelieu gesagt hat, für die Ewigkeit bauen. Nur so kann sie ihre Stellung unter den Völkern dieser Erde wiedergewinnen. Daß auch die Mitarbeit an den internationalen Organisationen hierzu ein geeignetes Mittel ist, wer könnte das leugnen? Die Möglichkeiten, die insbesondere ein späterer Eintritt in die UNO Deutschland bieten würde, dürfen nicht unterschätzt werden. Deutschland wird dabei freilich nicht nur an seinen eigenen Vorteil denken dürfen. Die ideelle Aufgabe zum Wohle der Menschheit muß von ihm weitgehend berücksichtigt werden.

Trotz der Unsicherheit der gegenwärtigen internationalen Lage leben wir in einem Übergangszeitalter, in dem die Sicherung des internationalen Friedens und die Zusammenarbeit der Völker von allen Menschen guten Willens heiß ersehnt wird. Deutschland hat in der Vergangenheit geirrt, indem es sich lange dem Gedanken der internationalen Organi-

⁷ Vgl. *Herbert Kraus*, Die Oder-Neiße-Linie. Eine völkerrechtliche Studie. Reihe I der Serie „Osteuropa und der deutsche Osten“, Köln-Braunsfeld 1954, sowie die bedeutende Genfer Dissertation von *Krzyszyna Marek*, Identity and Continuity of States in Public International Law, Genf 1954.

sation versagte. In welcher glücklicheren Lage wäre es heute, wenn es sich nach der Forderung meines verstorbenen Freundes *Walther Schücking* an die Spitze der Bewegung nach Organisation der Welt gestellt hätte! Es gilt für die Zukunft, aus der Vergangenheit zu lernen und sich die Forderung der Mitarbeit Deutschlands an den internationalen Organisationen konsequent zu eigen zu machen. Wenn Deutschland auch bereit sein muß, sich gegen die bösen Kräfte dieser Welt zu verteidigen, so muß es doch gleichzeitig mit den guten Kräften zusammenarbeiten, die sich allüberall in der Welt regen. Dabei müssen die Wahrung des Völkerrechts und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens Leitsterne deutscher Politik sein. Nur auf diesem Wege wird die deutsche Frage ihrer dringenden Lösung entgegengeführt werden können.

ELEMENTE DER HERRSCHAFTSORDNUNG DES STAATES

von

Prof. Dr. THEODOR ESCHENBURG, Universität Tübingen

Der holländische Ausdruck für „Gesellschaft“ (althochdeutsch „gissellio“ = Saal, Hausgenosse) ist *saamenleving*, was wörtlich übersetzt Zusammenleben bedeutet. Unter Gesellschaft ist die Summe der Beziehungen zu verstehen, die sich aus dem Zusammenleben (Familie, Freundschaft, Nachbarschaft), aus dem Zusammenwirken (Betrieb, Markt) und aus den organisierten Beziehungen freier Vereinigungen ergeben. Diese Beziehungen bedürfen, da sie sich erfahrungsgemäß nicht von selber regulieren, einer übergeordneten, einer herrschaftlichen Regelung. „Herrschaft heißt, Gehorsam finden, — und zwar ohne Rücksicht auf die vom Gehorchenden vorgestellte Interessenförderung“ (Hermann Heller, Staatslehre). Herrschaft bedeutet also Befehlsgewalt.

Es gibt keine über die ganze Welt sich erstreckende Befehlsgewalt; die Welt ist vielmehr in Gebiete unterschiedlichen und wechselnden Umfangs aufgeteilt, in denen jeweils eine eigene Befehlsgewalt wirkt. „Gebiet“ kommt von gebieten, befehlen; Staatsgebiet heißt also Staatsbefehlsbereich (Hans Nawiasky, Allgemeine Staatslehre). Der Staat ist die Herrschaftsorganisation der Gesellschaft innerhalb seines Gebietes.

Aufgabe des Staates ist es, das Zusammenleben und Zusammenwirken zu sichern, — also der Gesellschaft zu dienen. Man unterscheidet drei Hauptgruppen staatlicher Aufgaben, nämlich die Bewahrung der Ordnung im Innern, der Sicherheit nach außen und die Sorge für allgemeine Wohlfahrt. Was im einzelnen unter diese Aufgaben fällt, ist nach Ländern und Zeiten und innerhalb eines bestimmten Landes nach Gruppen (Parteien) verschieden. Staatsgewalt und Staatszwecke bedingen einan-

der. Je umfassender die Staatszwecke sind, desto umfangreicher und intensiver ist die Staatsgewalt.

Immer aber besteht ein gewisses Minimum an Herrschaftsbedürfnis, das ebenfalls nach Ländern und Zeiten verschieden ist. Erfüllt der Staat dieses Minimum an Herrschaftsbedürfnis nicht, dann entsteht ein Krieg aller gegen alle oder bestimmte private Gruppen übernehmen in Bereichen, die sie interessieren, die Herrschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen Interessen. Nur wo der Staat allen anderen Kräften innerhalb seines Gebietes überlegen ist, vermag er diese Aufgabe zu erfüllen.

Dazu muß er über Mittel verfügen, die er allen anderen versagt. Jene Mittel sind die der Gewaltbarkeit. Der Staat beansprucht daher zur Erzwingung seiner Befehle innerhalb seines Gebietes und zu dessen Schutz nach außen für sich das Monopol der Gewaltbarkeit, wenn diese auch nur als letzte Möglichkeit in Betracht kommen sollte und meist schon ihre Androhung genügt.

Wenn der Staat die Herrschaftsorganisation im Dienste der Gesellschaft ist, dann erhebt sich die Frage, wer über dieses Monopol der Gewaltbarkeit und der Zweckbestimmung verfügt; von wem und wie die Herrschaft ausgeübt und von wem und wie sie bestellt wird.

AUSDRUCKSFORMEN DES HERRSCHAFTSWILLENS

Befehl und Gesetz

Ein Befehl kann in zwei verschiedenen Grundformen erfolgen: als Weisung an bestimmte Personen, etwas Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen, oder als eine an eine unbestimmte Zahl von Personen gerichtete Regel, sich angesichts eines bestimmten Tatbestandes, so oft er eintritt, nach dem in dieser Regel gegebenen Befehl zu verhalten. Die Weisung gestaltet jeweils durch Gebot oder Verbot einen Einzelfall, die Regel bestimmt allgemein auf längere Dauer ein Verhalten in bestimmten Fällen, so oft diese auftreten. Eine Weisung ist auf den Einzelfall und auf die beauftragten Personen abgestellt; eine Regel, die sich an eine unbestimmte Zahl von Personen richtet und für alle in der Regel genannten Fälle gilt, muß allgemein gehalten sein. „Rechts um“ ist eine Weisung, „Rechts fahren“ ist eine Regel. Beide Arten von Befehlen er-

füllen ganz verschiedene Funktionen. Eine Weisung kann sich sehr viel mehr dem Einzelfall und den beauftragten Personen anpassen, aber diese können auch sehr großen Überraschungen ausgesetzt sein, weil sie die Weisung nicht voraussehen können. Die Regel, die hier auf die Dauer für bestimmte Fälle ein bestimmtes Verhalten vorschreibt, kann nicht auf den einzelnen Fall abgestellt, sondern muß allgemein gefaßt sein. Sie hat aber für den, dem sie gilt, den Vorteil, daß er sie kennt, daß er sich auf sie einstellen kann, daß sie für ihn berechenbar ist. Die Chance des gleichen Rechtes ist bei der Regel größer als bei der Weisung, aber dementsprechend auch das Risiko der Schematisierung. Der von einer Weisung Betroffene ist der Willkür mehr ausgesetzt als der einer Regel Unterworfenen.

Vom Staat aufgestellte allgemeine Regeln bezeichnet man als Gesetz. Zwar spricht man auch von Gesetzesbefehl, aber es wird im folgenden statt des Wortes „Weisung“ das Wort „Befehl“ gebraucht, da dieses der Sprachübung mehr entspricht. In der Praxis ist die Unterscheidung zwischen Gesetz und Befehl nicht so scharf, wie sie hier zur Heraushebung des Unterschiedes dargestellt ist.

Gesetze müssen öffentlich bekanntgegeben werden, das heißt, jedermann muß die Möglichkeit haben, von ihnen Kenntnis zu nehmen; nur auf diese Weise ist die Berechenbarkeit gewährleistet, nur so kann der Bürger kontrollieren, ob ein Eingriff des Staates rechtmäßig erfolgt.

Urteil

Eine besondere Entscheidungsart ist das Urteil des Richters, der ein bestimmtes Verhalten an bestimmten Gesetzen mißt, um festzustellen, ob es nach den Gesetzen recht- oder unrechtmäßig war, und aus dieser Feststellung, dem Gesetz entsprechend, bestimmte Folgerungen zieht, die er in Form eines Befehls ausspricht. Zum Beispiel: A. ist der alleinige Erbe, folglich ist ihm der Nachlaß auszuhändigen. Z. hat drei Säcke Mehl und ein Schwein gestohlen; er wird daher zu x Monaten Gefängnis verurteilt. Der Richter hat zunächst einmal den Tatbestand aufzuklären und dem Gesetz gegenüberzustellen, um alsdann die Rechtsfolgen dieses festgestellten und am Gesetz gemessenen Verhaltens entsprechend dem Gesetz zu erkennen. Der Richter befiehlt auf Grund eines Gesetzes, daß

bestimmte Folgen aus einem von ihm festgestellten Verhalten gezogen werden. Befehl, Gesetz und Urteil sind die drei Grundformen der staatlichen Entscheidung.

Vorrang des Befehls

Es gibt keinen Staat ohne geregelte Ordnung. Aber eine noch so durchdacht geregelte Ordnung ist zur Ausfüllung der Lücken der allgemeinen Regeln, zur Meisterung ständig sich verändernder Situationen auf die befehlsmäßige Gestaltung von Einzelfällen angewiesen. Eine Hochwasserkatastrophe läßt sich nicht im Wege eines Gesetzes beheben, sondern im wesentlichen nur durch Befehle, die sich aus aktuellen Bedürfnissen ergeben und an diesen orientiert sind. Wohl aber kann eine allgemeine Regel die Befehlsgewalt einschränken, damit sie nicht mißbräuchlich angewandt wird.

Es kommt also darauf an, in welchem Verhältnis Befehl und Gesetz zueinander stehen, welche von diesen beiden Entscheidungsarten den Vorrang hat. In Preußen wurden zur Zeit König Friedrich Wilhelms I. nach den damaligen Gesetzen Freiheitsberaubung und Körperverletzung schwer bestraft. Aber Friedrich Wilhelm I. ließ Menschen von besonderer Körpergröße gefangennehmen, ohne daß sich diese irgendwie vergangen hätten, um sie seinem Regiment der „Langen Kerls“ einzureihen. Der Monarch war an seine eigenen Gesetze nicht gebunden; daher die Bezeichnung Absolutismus (lat. *absolvere* = lösen; *rex legibus absolutus* = der König, losgelöst von den Gesetzen). In Sowjetrußland waren und sind Folterungen gesetzlich verboten. Aber Stalin befahl trotzdem, sie vorzunehmen und setzte, wie Chruschtschow auf dem 20. Parteitag berichtet hat, seine Befehle durch. In beiden Fällen wurde das Gesetz durch Befehle aufgehoben. Der Befehl hatte den Vorrang vor dem Gesetz.

Wo Befehle den Vorrang vor den Gesetzen haben, besteht die Gefahr, daß sie für den einzelnen gemildert oder verschärft werden und daher nicht allgemein und gleichmäßig wirksam sind. Es ist also eine willkürliche Anwendung der Gesetze möglich. Dadurch verliert das Gesetz seine Berechenbarkeit, dadurch ist die Rechtssicherheit gestört. Diese Erscheinung zeigt sich meist, wenn der Gesetzgeber selbst an ein von ihm gegebenes Gesetz nicht gebunden ist. Im Dritten Reich zahlten die Minister, die Reichs- und Gauleiter der NSDAP keine oder sehr viel niedrigere

Einkommensteuer als die übrigen Bezieher eines gleich hohen Einkommens, — und zwar auf Grund eines Befehls des „Führers“. Dieser hatte also für sich selbst und die hohen Funktionäre ein Gesetz ganz oder zum Teil aufgehoben. In Sowjetrußland, aber auch in der SBZ können die privilegierten Angehörigen der Partei, der Staats- und Wehrmachtführung in Sonderläden Waren, die allgemein nicht zu haben sind, einkaufen oder können sie hier zu billigeren Preisen beziehen.

Es läßt sich sehr viel leichter und bequemer eine Weisung geben, wenn man selbst nicht an sie gebunden ist. Die Weisunggebenden neigen dann dazu, schärfere Weisungen zu erteilen, als wenn sie selbst oder ihre Angehörigen und Freunde diesen unterworfen wären, also auch unter diesen leiden müßten.

Wo diejenigen, die die Gesetze geben und vollziehen, sich selbst dank ihrer Macht ganz oder teilweise den gesetzlichen Bindungen zu entziehen vermögen, gerät der Bürger in den Gefahrenzustand der Unsicherheit, sei es, daß die Machthaber ihm ungestraft Unrecht zufügen oder daß ihm unzumutbare Verpflichtungen auferlegt werden können.

Vorrang des Gesetzes

Nur wo die Grundsätze der „Gleichheit vor dem Gesetz“ und des Vorrangs des Gesetzes vor dem Befehl wirksam gelten, wie in den meisten westlichen Demokratien, ist diese Gefahr weitgehend gebannt. Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet, daß das Gesetz für jedermann gilt — ohne Ausnahme. Der Bundesverkehrsminister oder der Landesinnenminister, denen die Polizei untersteht, sind an das Straßenverkehrsgesetz ebenso gebunden wie jeder andere, und im Falle der Zuwiderhandlung der gleichen strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt. Der Gesetzgeber wird dadurch gezwungen, sich das Gesetz, dem auch er unterworfen ist, genau zu überlegen.

Vorrang des Gesetzes vor dem Befehl bedeutet, daß der Staat nur Weisungen auf Grund eines Gesetzes erteilen darf. Man spricht daher von der Herrschaft der Gesetze. Daraus ergibt sich, daß staatliche Befehle nur auf Grund eines Gesetzes erteilt werden. Jeder staatliche Befehl, der Anspruch auf Geltung hat, muß auf ein Gesetz zurückgeführt werden können. Ist das nicht möglich, so ist der Befehl ungesetzlich, er hat also keinen Anspruch auf Befolgung.

In Staaten, wo der Befehl den Vorrang vor dem Gesetz haben kann, ersetzt die allgemeine Regel nur den Befehl, weil es bequemer ist, für immer wiederkehrende Fälle Regeln aufzustellen. Aber diese geben den Beherrschten keinen Anspruch auf Rechtsschutz gegenüber den Inhabern der staatlichen Gewalt.

Teilung der Gewalten

Aus dieser Erkenntnis ist das schon in der Antike einsetzende, im 18. Jahrhundert neu erwachte, bis heute lebendige Bestreben verständlich, Gesetzgebung einerseits, Regierung und Verwaltung andererseits und Rechtsprechung zum dritten in verschiedene Hände zu legen. Diese Art der Aufteilung der drei Hauptgewalten des Staates nennt man Gewaltenteilung. Die gesetzgebende Gewalt (Legislative) stellt allgemein verbindliche Regeln auf, die vollziehende (Exekutive) befiehlt im Rahmen und auf Grund dieser Gesetze, die Rechtsprechung urteilt gebunden an die Gesetze, aber unabhängig von Befehlen der Exekutive, in Streitfällen zwischen dieser und den Bürgern oder zwischen den Bürgern. Wo eine Gewaltenteilung nicht besteht, ist auch keine Trennung von Befehl, Gesetz und Urteil möglich.

Einschränkung des Gesetzgebungsrechts

Im demokratischen Staatsrecht ist aber auch das Gesetzgebungsrecht nicht unbeschränkt. Es gibt Bereiche, in die der Staat überhaupt nicht, nur begrenzt oder unter erschwerten Bedingungen (z. B. Zweidrittelmehrheit des Parlaments) eingreifen darf: dazu gehören u. a. die Glaubens- und Meinungsfreiheit, das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit (Verbot der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der willkürlichen Verhaftung und der Folterung), der Schutz der Familie, der Wohnung und des Eigentums, der Freizügigkeit, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und das Postgeheimnis. Man bezeichnet diese besonders gegen staatlichen Eingriff geschützten Rechte, die außerhalb der staatlichen Gewalt liegen, als Menschen- oder Grundrechte. Gesetze über eine zusätzliche Besteuerung der Kinderreichen, Gesetze, die den Kirchenbesuch untersagen oder die Zwangsarbeit einführen, sind demnach ungültig, auch wenn sie ordnungsgemäß erlassen sind.

Einen Staat, in dem grundsätzlich eine Trennung der drei Gewalten, der Vorrang des Gesetzes und Gleichheit vor dem Gesetz besteht und in dem die Grundrechte besonders geschützt sind, nennt man Rechtsstaat.

GRUNDTYPEN DER WILLENSBILDUNG

Einzelentscheidung

Gesetze und Befehle können sowohl von einem einzelnen als auch von mehreren erteilt werden. Die absoluten Monarchen haben Gesetze allein erlassen, ebenso Diktatoren. Wo alle Entscheidungsbefugnisse (Gesetze, Befehl, Urteil) letztlich in der Hand eines einzelnen liegen, spricht man von monokratischem System (griech. monos = allein, to kratos = Kraft, physische Gewalt, Herrschaft). In einem nur monokratischen System kann eine Gesetzesherrschaft nicht bestehen. Alleinentscheidung bedeutet nicht, daß der Entscheidende auch die Entscheidungen erdacht hat. Dieser kann ganz oder teilweise unter dem Einfluß eines anderen oder mehrerer anderer stehen, er kann sich auch mit anderen beraten haben. Maßgebend ist nur, daß ein einzelner die Entscheidung in Kraft setzen kann.

Befehle werden vorwiegend von einzelnen erlassen, es kommt aber auch vor, daß sie von mehreren getroffen werden, z. B. kann ein Regierungskollegium beschließen, die Zollbeamten anzuweisen, Angehörigen eines bestimmten Staates den Übertritt über die Grenze zu verwehren.

Wo es auf Schnelligkeit und Wirksamkeit ankommt, hat der Befehl den Vorzug, da er viel leichter auf den Einzelfall abgestellt sein kann. Er ist vor allem unentbehrlich bei ständig sich verändernden Situationen. Gerade deswegen ist auch ein einzelner eher in der Lage, Befehle zu erteilen als eine Vielzahl. Ein Schiff kann nicht von einem Kapitänskollegium geführt werden. Andererseits ist der Befehl von der Persönlichkeit des Befehlenden abhängig. Das Gesetz kommt mehr für dauerhafte, allgemeine Regelungen in Betracht; hier alle Umstände abzuwägen, die Folgen zu übersehen, sind mehrere besser in der Lage als ein einzelner.

Urteile werden zur Vermeidung von einseitigen Feststellungen und Entscheidungen meist von mehreren getroffen; in einfachen Fällen wird vielfach das Urteil einem einzelnen Richter überlassen.

Einstimmige Entscheidungen durch zwei oder mehrere

Wo zwei entscheiden, muß Übereinstimmung zwischen diesen beiden bestehen. Dieses Verfahren wird für den gesamten Staatsbereich relativ selten angewandt, weil hier in jedem Fall, in dem eine solche Übereinstimmung nicht erzielt würde, eine Entscheidung unterbleiben würde. Wohl aber gilt das Verfahren heute noch auf bestimmten Teilgebieten, z. B. werden nach dem Grundgesetz die höheren Beamten durch Übereinstimmung des Bundespräsidenten mit dem Bundeskanzler oder dem zuständigen Bundesminister ernannt.

Wo mehr als zwei das Recht der Entscheidung haben, wird diese entweder durch Übereinstimmung aller Beteiligten (Einstimmigkeit) oder durch eine Mehrheit (auch Majorität genannt; lat. major = größer, minor = kleiner, Minorität = Minderheit) getroffen. Einstimmigkeit kommt in der Staatspraxis selten vor. Die Übereinstimmung aller zu erreichen, ist sehr schwer, umständlich und vielfach nicht möglich. Die letzten oder sogar der letzte, deren Zustimmung noch erforderlich ist, nutzen diese Situation oft aus, um sich für ihre Einwilligung Sondervorteile zu verschaffen. Der Zwang zur Einstimmigkeit wirkt wie ein starrer Schutz des Bestehenden. Nur in internationalen Vereinbarungen, wo es um die Souveränitätsrechte der Partnerstaaten geht, z. B. im Sicherheitsrat der UNO, ist sie noch vielfach gebräuchlich.

Die einstimmigen Beschlüsse totalitärer Körperschaften — z. B. des nationalsozialistischen Reichstags, des Obersten Sowjets oder der ostzonalen Volkskammer — sind keine echten, sondern befohlene Beschlüsse. Wer die Entscheidung ablehnt, zeigt, daß er ein Staatsfeind ist, und wird abgesetzt oder verhaftet. Körperschaften, die häufig einstimmig beschließen, verdienen daher Mißtrauen.

Mehrheitsentscheidungen

Die Mehrheitsentscheidung, das Majoritätsprinzip wurde schon zu Solons Zeiten (griech. Gesetzgeber 640—560 v. Chr.) in Athen angewandt. Die germanischen Stämme, in der Zeit der Völkerwanderung, kannten zunächst nur die völlige Übereinstimmung, sei es, daß alle einer Meinung waren, sei es, daß die Minderheit den Entscheid der Mehrheit annahm, sei es, daß jene, die das Abstimmungsergebnis vor auszusehen glaubten, es aber nicht billigten, der Abstimmung fernblieben.

Der am Widerspruch Festhaltende löste sich von der Gemeinschaft, trat ihr als Feind gegenüber und wurde mit Gewalt zur Zustimmung gezwungen. So setzte sich das Majoritätsprinzip erst allmählich und in sehr grober Form, gleichsam als Friedensregelung, durch. Es wurde unterstellt, daß die Minderheit einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Mehrheit nicht gewachsen wäre und daher die Mehrheitsentscheidung annehme.

Nach einer anderen Anschauung fügte sich die Minorität dem Mehrheitsbeschluß, um den höheren Wert der Einheit der Gemeinschaft zu wahren. Sie ertrage den ihr unerwünschten Beschluß, um in der Gemeinschaft zu bleiben. Eine dritte Ansicht ging von der Annahme aus, daß die Majorität den Willen der Gemeinschaft besser kenne als die Minorität. Bei der Willensbildung in einer Gemeinschaft, die keine Autorität über sich anerkennen will, gäbe es in der Kombination von Gerechtigkeit und Funktionsfähigkeit eben nur den Maßstab der Mehrheit. Wo also die Einzelentscheidung nicht in Betracht kam, blieb nichts anderes übrig, als sich der Mehrheitsentscheidung als des zweckmäßigsten sozialtechnischen Verfahrens zu bedienen.

Kollegial-, Versammlungs- und Massenentscheidungen

Man muß bei der Anwendung des Majoritätsprinzips unterscheiden, ob die Entscheidung in einem kleinen Kreis, einem Kollegium (lat. *colligere* = gemeinsam lesen; *legare* = gesetzliche Verfügung treffen, jemanden von Amts wegen mit Aufträgen absenden; *legatus* = Gesandter; *collega* = Amtsgenosse; *collegium* = Zusammenkunft, aber auch Amtsgenossenschaft und Amtsgemeinschaft), einer größeren Anzahl von Personen, einer Versammlung, oder von soviel Menschen, die sich nicht an einem Ort versammeln können, einer Menge, getroffen wird.

Ein Kreis von zwanzig Personen z. B. kann in einem Gasthaus anhand der Speisekarte ein Menü für die gemeinsame Mahlzeit durch Beratung und Mehrheitsentscheidung zusammenstellen. Eine Versammlung von 300 Personen vermag nur noch über drei oder vier vorgeschlagene Menüs zu beraten und zwischen diesen allenfalls nach vorheriger Abänderung des einen oder anderen Vorschlages auszuwählen, zum Zusammenstellen selbst ist sie nicht in der Lage. Eine Menge von 5000 Personen kann nur noch über zwei vorgeschlagene Menüs entscheiden, zur Beratung ist sie

nicht mehr imstande. Ein Kollegium kann Vorschläge ausdenken, über sie beraten und entscheiden. Eine Versammlung ist nur imstande, über Vorschläge, die ihr vorgelegt worden sind, zu beraten, und gegebenenfalls darüber und über Abänderungen zu entscheiden. Eine Menge kann nur ohne Beratung zwischen zwei Vorschlägen auswählen, die vorher eingehend beraten und sorgfältig ausgewählt sein müssen. Eine Versammlung ist daher auf Vorbereitung durch Kollegien angewiesen. Eine Menge ist nur entscheidungsfähig, wenn ihr von Kollegien oder Versammlungen Alternativfragen vorgelegt werden.

Je kleiner die Zahl der Abstimmenden, desto intensiver kann die vorgehende Beratung sein, desto größer ist aber auch die Gefahr der Einseitigkeit. Je größer die Zahl der Abstimmenden, desto geringer ist die Einseitigkeit, aber auch die Chance eines wirklichen Meinungsaustausches und einer gründlichen Beratung. Je kleiner der Kreis ist, desto komplizierter kann die Frage gestellt werden, desto mehr Auswahlmöglichkeiten können gegeben sein; je größer der Kreis ist, desto einfacher muß die Frage gestellt sein, desto weniger Auswahlmöglichkeiten kann es geben. Ein Kollegium kann allenfalls noch Befehle, aber auch diese nur in groben Zügen, erteilen und muß einen einzelnen ermächtigen, die Details zu gestalten. Eine Versammlung ist nicht mehr in der Lage, intensiv zu beraten und Befehle zu erteilen; sie ist allenfalls noch imstande, zwischen Weisungsvorschlägen auszuwählen. Die Menge ist mangels Beratungsfähigkeit auch dazu außerstande. Ein einzelner, eher noch ein kleines Kollegium, kann einen Tatbestand feststellen und auf Grund dieser Erkenntnis ein Urteil fällen, — nicht aber eine Versammlung. Ein Kollegium kann Regeln aufstellen; eine Versammlung kann über verschiedene Regelvorschlüsse beraten und zwischen diesen auswählen, eventuell nach vorheriger Abänderung. Eine Menge kann nur zwischen zwei ausgearbeiteten Regelvorschlüssen ohne Beratung und Abänderung auswählen. Je größer die Zahl der Abstimmenden ist, desto geringer ist ihre selbständige Entscheidungsmacht, desto mehr sind sie auf Vorentscheidungen angewiesen.

Typische Kollegien sind Regierungen, vielfach Fraktionen sowie Fraktions- und Parteivorstände und Parlamentsausschüsse. Typische Versammlungen sind Parlamente und Parteitage. Volksahlen und Volksabstimmungen sind Mengenentscheidungen.

Versammlungen, deren Mitglieder nicht berechtigt sind, Gruppen zu bilden, die der Entscheidungsvorbereitung dienen (man bezeichnet sie in den Parlamenten als Fraktionen — lat. fractio = das Brechen, Zerbrechen, der Bruchteil), sind entscheidungsunfähig. Deshalb sind die sogenannten Volksvertretungen in den Einparteienstaaten im Hitlerreich oder in der Sowjetunion, in denen es keine Untergliederungen (Fraktionen) geben darf, nur Befehlsempfänger der Führung der einzigen Partei. Volksabstimmungen sind sinn- und wertlos, wo das Volk sich nicht Vereinigungen, Parteien (lat. pars = Teil; von Parteien kann also nur die Rede sein, wo mehr als eine besteht) schaffen darf, die die Fragen stellen oder die Fragestellung vorbereiten.

Diese Wirkung der Zahl der an Beratung und Abstimmung Beteiligten auf die Arten der Mehrheitsentscheidung hat dazu geführt, daß Gremien, die wegen ihrer großen Zahl nicht mehr beratungsfähig sind, Ausschüsse wählen. Diese beraten entweder für die Gesamtheit und entscheiden oder bereiten die Entscheidung vor, so daß die Gesamtheit über deren Vorschläge beratungslos abstimmen kann. Dieser von der Gesamtheit bestellte Kreis stellt gleichsam die Gesamtheit der Wähler dar, er repräsentiert (lat. repraesentare = vergegenwärtigen, darstellen) sie. Er handelt so, als ob er die Gesamtheit wäre. Er ist ein Ersatz der Gesamtheit, weil diese nicht in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen.

Offene und geheime Abstimmung

Man kann zwei Arten von Abstimmungen unterscheiden: die über eine Maßnahme, z. B. ein Gesetz (Beschluß), oder die über die Bestellung einer Person (Wahl). Diese Abstimmungen können offen oder geheim erfolgen. Die Geheimhaltung der Abstimmung soll die Unabhängigkeit des Abstimmenden bei der Abstimmung selbst schützen, er soll vor der Furcht bewahrt werden, daß ihm aus der Abstimmung Nachteile erwachsen können. Andererseits mindert die geheime Abstimmung insofern die Verantwortungsempfindlichkeit des Abstimmenden, als er seine Entscheidung gegenüber niemanden zu vertreten hat. In Kollegien wird vielfach offen abgestimmt, d. h. die teilnehmenden Mitglieder wissen, wie jeder abgestimmt hat, aber weil die meisten Kollegienberatungen geheim oder vertraulich sind, damit ein jedes Mitglied offen seine Meinung sagen kann, bleibt auch die Abstimmung gegenüber der Außenwelt geheim.

Gewählte Körperschaften, z. B. der Bundestag, aber auch die Landtage, stimmen über Maßnahmen offen ab, weil nur so die Wähler die Möglichkeit der Beurteilung der Abgeordneten bei den nächsten Wahlen haben. Wenn hingegen diese Versammlungen wählen, so z. B. der Bundestag den Bundeskanzler, dann geschieht dies im Interesse der Unabhängigkeit der Wählenden geheim. Volkswahlen erfolgen in den demokratischen Staaten geheim, damit der einzelne ohne Sorge vor etwaigen Beeinträchtigungen seine Stimme abgeben kann. Dasselbe gilt für Volksabstimmungen über Maßnahmen (Volksentscheide z. B. in der Schweiz). Hingegen findet die Abstimmung über ein Volksbegehren öffentlich in der Weise statt, daß die Befürworter sich in eine amtliche Liste eintragen, während die Gegner der Eintragung fernbleiben. Genauso wie im Parlament müssen sich auch im Volk die Antragsteller zu ihrem Antrag bekennen.

Arten der Mehrheitsentscheidung

Wo eine Gemeinschaft, gleichgültig, ob ein Verein oder eine gewählte Körperschaft, über eine Frage befinden soll, kann in jedem einzelnen Fall nur eine einzige Entscheidung, können nicht mehrere verschiedene Entscheidungen zugleich getroffen werden. Wenn die Mehrheit das Entscheidungsrecht hat, dann entstehen bei jeder Abstimmung zwei Gruppen: die eine, die für eine bestimmte Entscheidung, die andere, die gegen diese ist. Wieviel Auffassungen zunächst auch bestanden haben mögen, bei der entscheidenden Abstimmung vermindern sich diese auf zwei: dazu kann gegebenenfalls noch eine dritte kommen, nämlich die Entscheidung derjenigen, die sich der Stimme enthalten. Bei öffentlichen Abstimmungen kann Stimmenthaltung untersagt werden, sei es, daß Stimmenthaltungen als ungültige Stimmen gewertet werden, sei es, daß die Stimmenthaltung bestraft wird. In Richterkollegien wird meist offen abgestimmt und Stimmenthaltung ist untersagt. Bei geheimen Abstimmungen ist ein Verbot der Stimmenthaltung nicht möglich.

Es gibt zwei Hauptarten von Mehrheitsentscheidungen und zahlreiche Unterarten. Einfache (auch relative) Mehrheit bedeutet, daß diejenige Gruppe, die im Verhältnis zu der anderen die größere Stimmenzahl auf sich vereinigt, entscheidet. Wenn von 100 Abstimmungsberechtigten 40 für einen Antrag, 35 dagegen stimmen, und 25 sich der Stimme enthal-

ten, dann ist der Antrag angenommen. Unter qualifizierter Mehrheit versteht man, daß ein bestimmter, in prozentualer oder absoluter Höhe festgelegter Anteil für einen Beschluß stimmen muß, damit dieser als angenommen gelten kann. Zu der qualifizierten Mehrheit gehören: die absolute (mehr als 50 %) Mehrheit der anwesenden Abstimmenden, die absolute Mehrheit der Mitglieder (wobei die Abwesenden mitgezählt werden), die Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit der Anwesenden bzw. der Mitglieder. Ist zum Beispiel absolute Mehrheit der Anwesenden vorgeschrieben, so bedeutet das, daß ein Antrag, für den 49, gegen den 41 bei 10 Stimmenthaltungen gestimmt haben, abgelehnt ist. Eine relative Mehrheit läßt sich bei jeder Abstimmung, wenn sich nicht alle der Stimme enthalten, erzielen. Eine relative Mehrheit führt immer zu einem Ergebnis, es sei denn, daß sich Stimmgleichheit ergibt. Eine qualifizierte Mehrheit braucht sich nicht zu ergeben, wo die Möglichkeit der Stimmenthaltung besteht. Es muß also damit gerechnet werden, daß Abstimmungen, für die eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben ist, ergebnislos ausgehen.

ARTEN DER HERRSCHAFTSBESTELLUNG

Wer bestellt diejenigen und wie werden diese bestellt, die legitimiert (lat. *lex* = Gesetz) sind, Entscheidungen zu treffen, Gesetze zu erlassen und Befehle zu erteilen?

Die Bestellung zur Herrschaftsausübung kann außer im Wege der Gewalt — des Staatsstreiches, des Putsches, der Revolution oder der kriegerischen Unterwerfung — durch Los, Erbfolge, durch Ernennung oder durch Wahl erfolgen.

Auslosung

Die *Auslosung* vermeidet jede Bevorzugung, daher auch jeden Streit, aber sie verzichtet auf jede Auslese. Sie überläßt die Entscheidung dem Zufall. Die *Auslosung* war vor allem in der Antike gebräuchlich. Heute ist die *Auslosung* völlig außer Gebrauch gekommen, weil sie viel zu riskant ist. Höchstens wird sie noch bei Stimmgleichheit einer Wahl als Ergänzung des Majoritätsprinzips angewandt, aber auch hier nur noch bei unwichtigen Ämtern.

Erbfolge

Auch bei der Erbfolge erfolgt keine Auslese. Hier vollzieht sich, wie beim Los, die Bestellung ebenfalls streit- und bedingungslos. Die Nachfolger des monarchischen Herrschers sind von vornherein bestimmt, nämlich jeweils der älteste männliche oder der älteste Nachkomme einer Familie überhaupt. Die Erbmonarchie macht den Machtkampf um die Nachfolge überflüssig. Dank der Erblichkeit werden im Prinzip alle Interessenkämpfe, Meinungsverschiedenheiten und Urteilszweifel bei der für den Staat grundlegenden Entscheidung der Nachfolge des Herrschers ausgeschlossen. Dadurch, daß dessen Nachfolge schon feststeht, bevor dieser stirbt, soll die Ausschaltung von Streit und Wirren gewährleistet werden. Insofern ist die erbliche Herrschaft auch eine innerstaatliche Friedensregelung. Aber die erbliche Monarchie überläßt die Nachfolge dem Zufall der Geburt.

Die vom menschlichen Willen losgelöste Herrschaftsbestellung wirkt wie eine göttliche Entscheidung. Die Vorstellung vom Staat als einer von Gott geschaffenen Einrichtung verbindet sich hier mit der Einsetzung der Herrschaft durch göttliche Hand, die Herrschaft ist „von Gottes Gnaden“.

Die Berechtigung der Herrschaftsgewalt kraft Erstgeburt in einer bestimmten Familie muß von den Beherrschten anerkannt sein, das heißt sie müssen an sie glauben. Wo dieser Glaube aber erschüttert ist, sei es durch persönliche Unzulänglichkeit des Monarchen oder durch das wachsende Selbstbewußtsein der Beherrschten, da verliert die Monarchie an Wirkungskraft und geht unter. Wo sie aber untergegangen ist — meist aus sichtbarem Versagen des Monarchen —, ist sie kaum wiederherzustellen.

Die Erblichkeit der Einzelherrschaft gibt es nur noch in einigen orientalischen Staaten (z. B. Abessinien, Saudi-Arabien, Persien). Die Herrscher in den demokratischen Monarchien sind in erster Linie repräsentative Staatsorgane (repräsentare im Sinne von symbolisch darstellen) ohne große Machtbefugnisse.

Es gibt aber nicht nur erbliche Herrscher, sondern auch Herrschaftskollegien, in denen bestimmten Familien ein erbliches Beteiligungsrecht zustand, so in den Anfängen des römischen Senats oder im Großen Rat Venedigs (12. und 13. Jahrhundert) oder z. T. in den freien Reichsstädten des Mittelalters.

Es gab und gibt aber auch Staaten, in denen eine Minderheit regiert, ohne ihre Herrschaftsbefugnis von Erbfolge oder Volkswahlen abzuleiten. In Sowjetrußland und China hat eine Partei durch Gewalt die Herrschaft an sich gerissen. Die oberste Parteiführung ist der alleinige Inhaber der Staatsgewalt. Abberufungen und Neuberufungen vollziehen sich innerhalb des Herrschaftsgremiums. Man spricht auch von Minderheits Herrschaften, von Oligarchien (griech. oligoi = wenige, arche = Herrschaft). Beruht die Herrschaft der Minderheit auf Herkunft — z. B. aus einer bestimmten Oberschicht oder aus bestimmten Familien, wie etwa im antiken Sparta oder im mittelalterlichen Venedig —, so spricht man von Aristokratie (griech. aristoi = die besten).

Ernennung

Unter Ernennung versteht man die Bestellung durch einen einzelnen oder durch zwei im Gegensatz zur Wahl, die durch mehrere erfolgt. Eine Reihe von römischen Kaisern bestimmten denjenigen, der ihnen am geeignetsten erschien, als Nachfolger (Adoptivkaiser). Hitler ernannte kurz vor seinem Tode den Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger. Daß der Alleinherrscher seinen Nachfolger ernannt, kommt selten vor. Wenn der Herrscher seinen Nachfolger ernennen kann, liegt es nahe, daß er einen seiner Nachkommen bestellt. Dadurch entsteht aber wieder die Institution der Erbfolge. Im allgemeinen schiebt sich ein Herrscher, seinen Nachfolger zu bestellen, weil er dessen Rivalität zu seinen Lebzeiten unter Umständen fürchten muß.

Die Ernennung ist ein vielgebrauchtes Verfahren für die Bestellung der Herrschaftsgehilfen, in erster Linie der Beamten. Im allgemeinen erfolgt die Ernennung auf Widerruf oder auf Lebenszeit. Wo die Ernennung auf Lebenszeit erfolgt, ist der Grad der Abhängigkeit der Ernannten vom Ernennenden geringer. Der eigentliche Sinn der Ernennung ist der, den Beamten zu Gesetzestreue auch gegenüber dem Herrschenden anzuhalten.

Wahl

Die weitaus gebräuchlichste Form der Herrschaftsbestellung unserer Zeit ist die Wahl (lat. velle = wollen; wählen heißt, jemanden als Führer oder Repräsentanten wollen; das eigentliche lateinische Wort für wählen

ist creare, das ursprünglich schaffen, erzeugen bedeutet. Die Wähler schaffen durch die Wahl einen oder mehrere, die für sie handeln oder entscheiden. Das französische Wort élire kommt vom lateinischen eligere = auslesen).

Eine Gruppe kann entweder durch Mehrheitsbeschluß eine Entscheidung treffen oder durch Wahl einen oder mehrere bestimmen, die für sie entscheiden. Im einen Fall wird über ein Handeln oder ein Verhalten bestimmt, im anderen über eine Person oder mehrere Personen, denen nunmehr die Entscheidung obliegt. Bei der Wahl wirkt der Beherrschte an der Bestimmung der Herrscher mit; bei der Auslosung, Erbfolge und Ernennung ist er davon ausgeschlossen.

Voraussetzung jeglicher Ernennung und Wahl ist es, daß der Ernennende und die Wählenden über die Möglichkeit der Auswahl verfügen. Wo es sich bei der Wahl oder Ernennung nicht um eine Auswahl handelt, ist von einer echten Entscheidung keine Rede mehr. Dann handelt es sich vielmehr um einen formalen Akt der Bestätigung. Die Kandidaten zum Obersten Sowjet, dem russischen Parlament, oder zur Volkskammer, dem Parlament der Ostzone, werden zentral aufgestellt. Der Wähler hat keine Auswahl mehr, also kann auch nicht mehr von Wahlen die Rede sein. Die Kandidaten könnten ebensogut zentral ernannt werden.

Die Auswahl kann insofern beschränkt sein, als der Wähler nur für Personen stimmen darf, die vorgeschlagen sind. Die Bindung von Wahlen an Wahlvorschläge hat einmal den Sinn, eine Vorauslese zu treffen, zu der der Wähler aus Mangel an Menschenbeurteilung oder Personenkenntnis selbst nicht in der Lage ist, zum anderen den Zweck, Stimmenzersplitterung zu verhindern. Will man eine vorschlagsgebundene Wahl politisch beurteilen, so muß man auch den Vorschlagenden fragen und nach denjenigen, die diese Vorschlagenden bestellt haben. Vor allem in Parteien und großen Verbänden haben die Vorschlagenden einen erheblichen Einfluß. Rein organisatorisch bedürfen Kollegien keiner Vorschläge. Versammlungen hingegen sind vielfach auf sie angewiesen. Massen können ohne Vorschläge überhaupt nicht entscheiden. Im übrigen gilt für die Wahlen durch Kollegien, Versammlungen und Mengen ähnliches wie für Mehrheitsentscheidungen.

Wahlen können durch das Volk erfolgen — so z. B. Wahl des Präsidenden der Vereinigten Staaten und der deutschen Bundestagsabgeord-

neten —, durch Versammlungen — z. B. Wahl des Bundeskanzlers durch den Bundestag oder Wahl des Schweizer Bundesrates (Regierungskollegium der Schweiz) durch die beiden Parlamente, Nationalrat und Ständerat — oder durch Kollegien — z. B. Wahl des Papstes durch das Kardinalskollegium.

Kooptation

Eine besondere Form der Wahl ist die Kooptation (lat. *cooptare* = gemeinsam wünschen oder wählen; Kooptation = Selbstergänzung durch Wahl). Sie kommt eigentlich nur in Kollegien vor, die für einen, der ausscheidet, selber den Nachfolger wählen. Das Zentralkomiteepresidium der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das oberste Führungsorgan, scheint seine Zusammensetzung jeweils durch Kooptation zu ändern und auf gleiche Weise seine Ergänzung zu bestimmen. Die Kooptation ähnelt insofern der Ernennung, als die Bestellung auf den Kreis der Herrschenden beschränkt ist und die Beherrschten von der Bestellung ausgeschlossen sind.

Wahlen auf Frist, auf Widerruf und auf Lebenszeit

Wahlen können auf Lebenszeit, auf Frist oder auf Widerruf erfolgen. Die Wahl auf Lebenszeit gibt dem Gewählten eine große Unabhängigkeit von seinen Wählern. Denn mit dem Augenblick der Wahl kann sich dieser den Einwirkungen seiner Wähler entziehen, während der auf Frist oder auf Widerruf Gewählte insofern von seinen Wählern abhängig bleibt, als seine Wahl widerrufen werden kann oder nicht wiederholt zu werden braucht. Der auf Frist oder auf Widerruf Gewählte muß also bei seiner Herrschaftsausübung an seine Wiederwahl denken. Er ist auf Werbung angewiesen. Er neigt deshalb dazu, bei seinen Entscheidungen nicht nur zu überlegen, ob sie sachgerecht sind, sondern auch, ob sie werbend wirken. Ein Staat ist z. B. hoch verschuldet, die Schulden können nur durch erhöhte Steuern getilgt werden; die Staatsführung scheut sich aber, kurz vor den Wahlen aus Werbungsüberlegungen zusätzliche Steuern zu erheben; sie verschiebt die Steuererhöhung deswegen auf die Zeit gleich nach den Wahlen, in der Hoffnung, daß diese Maßnahme bis zu den nächsten Wahlen dann vergessen ist. Eine andere Staatsführung kommt nur knapp mit den Steuereinnahmen aus;

trotzdem senkt sie, um für sich bei den Wählern zu werben, kurz vor den Wahlen die Steuern mit der stillschweigenden Absicht, sie nach den Wahlen wieder zu erhöhen. Eine verantwortungsbewußte Staatsführung muß sich der ihr gesetzten Werbungsschranken bewußt sein, ein wachsameres Volk muß irreführende Werbung durchschauen. Irreführende politische Werbung bezeichnet man als Demagogie (griech. *demagogo* = das Volk als Redner leiten, es listig leiten, verführen).

Der lebenslänglich Gewählte vermag sich der Kontrolle durch die Gewählten zu entziehen. Es ist gerade der Sinn der Beschränkung der Amtsdauer des oder der Gewählten, daß sowohl diejenigen, die sich richtungs- oder leistungsmäßig nicht bewährt haben, abgelöst werden können, als auch daß die Gewählten sich in der Zeit ihrer Herrschaft ständig der Möglichkeiten bewußt sind, die Herrschaftsstellung verlieren zu können. Dieses Bewußtsein soll sie am Machtmißbrauch hindern, weil sie nach Verlust der Herrschaftsstellung infolge Nichtwiederwahl der Verfolgung und Bestrafung wegen eines solchen Verhaltens wie jeder andere ausgesetzt sind. Die Wahl auf Lebenszeit gibt dem Gewählten nach der Wahl eine ähnliche Stellung, wie sie der Monarch innehat. Eine wirksame Kontrolle der Herrschenden ist nur dort möglich, wo deren Amtszeit derart beschränkt ist, daß sie nur durch eine Neuwahl verlängert werden kann. Den lebenslänglich Herrschenden kann man ermahnen und bitten, aber man kann ihn nicht rechtlich absetzen, ihn also auch nicht zwingen, etwas Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen. Im weltlichen Bereich gibt es die Wahl auf Lebenszeit heute nicht mehr, wohl aber wird der Papst auf Lebenszeit gewählt.

Auf Frist werden die Staatsoberhäupter gewählt, z. B. der deutsche Bundespräsident (von einer Versammlung) und der Präsident der Vereinigten Staaten (vom Volk), ebenso die Abgeordneten des Parlaments. Auch das Regierungskollegium in der Schweiz, der Bundesrat, wird von den beiden Parlamenten auf Frist gewählt. Diese Wahlart gibt dem Gewählten ein gewisses, wenn auch zeitlich beschränktes Maß von Unabhängigkeit. Das Volk kann aus organisatorischen Gründen nicht abberufen. Es kann nicht zusammentreten, um über eine Abberufung zu beraten. Abgesehen davon hebt eine Abberufung die Geheimhaltung der Wahlabstimmung auf, denn die Abberufenden müssen sich ja öffentlich zur Abberufung bekennen. Die russische Verfassung sieht eine Ab-

berufung durch das Volk vor. Das ist eine getarnte Entlassung durch die einzige Partei, welche dem Wähler die Abberufung befiehlt. Abberufen kann nur ein Kollegium oder eine Versammlung, weil diese beratungsfähig sind und öffentlich abstimmen können. Auf Widerruf werden der französische, der italienische Ministerpräsident, aber auch der deutsche Bundeskanzler gewählt, und zwar vom Parlament, das sie und damit deren Regierung jederzeit abberufen kann.

Eine Versammlung vermag nur Regeln zu geben, hingegen keine Weisungen zu erteilen. Jeder Staat aber bedarf einer mit Weisungsbefugnissen ausgestatteten Führung, weil sich staatliches Leben allein durch Regeln nicht ordnen läßt. Das Parlament bestellt das mit Weisungsbefugnissen ausgestattete Regierungskollegium, schafft aber in der Weise ein Gegengewicht, daß es diese Weisungsvollmachten jederzeit durch Abberufung der Regierung widerrufen kann.

Grundtypen der Wahlsysteme

Wenn nur eine einzelne Person zu wählen ist, z. B. der Bundespräsident, der Bundeskanzler oder ein Oberbürgermeister, so erfolgt diese Wahl nach dem gleichen Verfahren, das bei Mehrheitsentscheidungen angewandt wird. Auch hier muß man wieder zwischen einfacher und qualifizierter Mehrheit unterscheiden. Ist eine größere Anzahl von Personen zu wählen, wie es z. B. bei Parlamentswahlen der Fall ist, so kann das Mehrheitsverfahren oder das sogenannte Proporzsystem (Verhältnismahl) angewandt werden. Während bei der Mehrheitswahl die Stimmen der unterlegenen Bewerber rechnerisch nicht berücksichtigt werden, gelten bei der Verhältniswahl die Kandidaten als gewählt nach dem Verhältnis der Stimmen, die auf sie entfallen. Bei der relativen Mehrheitswahl gibt es Sieger und Besiegte, was nur dadurch bei Parlamentswahlen in etwa ausgeglichen wird, daß die Entscheidung in jedem einzelnen Wahlkreis für sich getroffen wird und eine Vielzahl von Wahlkreisen bestehen. In der Verhältniswahl gibt es nicht Sieger und Besiegte, sondern verschieden große Anteile an der Gesamtsumme der Stimmen, die abgegeben worden sind, und damit an den Mandaten.

Das Mehrheitsverfahren kann sowohl bei der Wahl von einzelnen Personen als bei der von mehreren auf einer Liste angewandt werden. Meist wird das gesamte Gebiet in so viele Wahlkreise aufgeteilt, als Ab-

geordnete benötigt werden, so daß in jedem Wahlkreis ein Abgeordneter gewählt wird. Beim Proporzsystem muß jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellen und zwar so viele, als gewählt werden sollen. Der Wähler wählt nicht eine Person, sondern gibt für eine Liste von mehreren Abgeordneten seine Stimme ab.

Es gibt zahlreiche Berechnungsarten der Verhältniswahlen. In Deutschland wird meist das Verfahren des Belgiers d'Hondt angewandt. Nach diesem werden die für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen als absolute Zahlen getrennt für jede Partei der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt und die jeweils höchste Zahl solange einem Mandat zugeteilt, bis die Zahl der zu besetzenden Mandate, die vorher festgesetzt wurde, erreicht ist. Beispiel: Vier Parteien haben Wahlvorschläge eingereicht, zehn Kandidaten dürfen gewählt werden. Die Partei Grün hat 6000 Stimmen, Weiß 4500, Blau 3600, Gelb 2100 Stimmen erhalten. Nunmehr werden diese vier Zahlen nacheinander laufend durch 1, 2 usw. geteilt, bis die Ziffer der zehn Abgeordneten erreicht ist. Es ergibt sich dann folgende Reihenfolge:

Grün	Weiß	Blau	Gelb	
6000 (1)	4500 (2)	3600 (3)	2100 (6)	: 1
3000 (4)	2550 (5)	1800 (8)	1050	: 2
2000 (7)	1500 (10)	1600	700	: 3
1500 (9)	1125	900	525	: 4

Auf die zehn höchsten Teilungszahlen entfällt je ein Kandidat, also erhält:

Grün: 4 Mandate, Blau: 2 Mandate,
Weiß: 3 Mandate, Gelb: 1 Mandat.

Beim Mehrheitswahlrecht hat der Wähler die Sicherheit, daß seine Stimme ausschließlich dem Kandidaten zugute kommt, für den er sie abgegeben hat, aber auch das Risiko, daß sein Kandidat nicht gewählt und damit seine Stimme wertlos wird. Im Verhältniswahlrecht hat der Wähler zwar nicht die Sicherheit, daß seine Stimme ausschließlich seinem Kandidaten zugute kommt, aber sie bietet ihm mit großer Wahrscheinlichkeit die Aussicht, daß seine Stimme seiner Partei zugerechnet wird und daher das Risiko der Wertlosigkeit sehr gering ist.

Das System der relativen Mehrheitswahl bewirkt eine Konzentration der Parteien auf einige wenige. Wenn nur einer gewählt werden kann, dann neigen die Gegner des einen Kandidaten meist dazu, sich auf einen anderen zu einigen, der allein noch Chancen haben dürfte. Da die Wahlen periodisch wiederkehren, muß dieses System zum Zweiparteiensystem tendieren. Da beim Proporzsystem die Stimmen für die einzelnen Parteien im Verhältnis zueinander bewertet werden, ist die Möglichkeit, daß mehrere Parteien nebeneinander bestehen, sehr viel eher gegeben und entsprechend die Chance der Neubildung von Parteien. Da bei letzten Entscheidungen sich immer zwei Gruppen bilden, nämlich die, die für eine bestimmte Entscheidung, und die, die gegen diese ist, besteht beim relativen Mehrheitsystem die Tendenz, daß diese beiden Gruppen sich schon innerhalb der Wählerschaft bilden. Vor allem in den Staaten, wo das Parlament über die Regierungsbildung zu befinden hat, wird diese Entscheidung durch die Wahlen selbst getroffen. Denn die Chance, daß mit Hilfe eines relativen Mehrheitsverfahrens eine Partei bei den Wahlen die absolute Majorität erhält, ist verhältnismäßig groß. Da das Volk nach dem gleichen Verfahren wählt, nach dem das Parlament abstimmt, hat es mittelbar auf große Entscheidungen, wie es z. B. die Regierungsbildung ist, Einfluß.

Die Chance, daß bei Anwendung des Proporzsystems eine absolute Mehrheit erzielt wird, ist relativ gering. Durch das Proportionalssystem entstehen faktisch zwei hintereinander geschaltete Parteiensysteme, einmal die Parlamentsfraktionen und — falls keine von diesen mehr als 50% der Mandate innehat —, zum anderen die aus mehreren Fraktionen gebildete Regierungskoalition einerseits und die Opposition andererseits. Auf diese Formierung im Parlament hat der Wähler keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß. Denn die Parteien können sich vielfach im Wahlkampf nicht festlegen, mit wem oder gegen wen sie sich koalieren werden, weil die Koalitionsbildung von dem Stärkeverhältnis der Parteien abhängt, die erst durch die Wahl bestimmt wird. Oft haben daher in Parlamenten, deren Mitglieder nach dem Proporzsystem gewählt werden, kleine Parteien einen weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehenden Einfluß, wenn sie für die Mehrheitsbildung unersetzlich sind. Das Proporzverfahren liefert ein möglichst getreues Abbild der in einer Wählerschaft bestehenden Richtungen, erschwert aber die Willensbildung

im Parlament, eben weil meist nicht eine eindeutige Majorität aus den Wahlen hervorgeht, sondern diese erst nach den Wahlen im Wege der Parteiverhandlungen gebildet werden muß.

Es gibt eine Reihe von Verfeinerungen des Verhältniswahlrechts, sowie Kombinationen von diesem mit dem relativen Mehrheitsverfahren. So können, z. B., um die Bildung von Splitterparteien zu verhindern, solche Parteien, die einen bestimmten Prozentsatz der gesamten gültigen Stimmen (z. B. 5%) nicht erreicht haben (Sperrklausel), von der Zuteilung der Mandate ausgeschlossen werden. Es können andererseits direkte Wahlen in Einmannwahlkreisen stattfinden bei grundsätzlichem vollständigem Listenausgleich durch überregionale Listen (personalisierte Verhältniswahl). Ein solches Wahlgesetz besteht in der Bundesrepublik. Bei Abstimmungen über Maßnahmen oder über Personenauslese hat heute meistens jeder nur eine Stimme. Diese Gleichberechtigung erscheint in Kollegien und Versammlungen als sinnvoll, bei Volksabstimmungen und Volksbegehren aber problematisch. Die Mitglieder von Kollegien und Versammlungen sind nach Intelligenz, Kenntnissen und Interesse, wenn auch mit sehr verschiedenen Maßstäben, ausgelesen; in einer Menge bestehen aber gewaltige Unterschiede in dieser Hinsicht. Im 19. Jahrhundert traf man eine sehr primitive Unterscheidung, indem man die minderbemittelten Schichten entweder vom Wahlrecht ausschloß oder den bemittelten Schichten ein höherwertiges Stimmrecht gab. In Sowjetrußland verfügten die Arbeiter als die revolutionär zuverlässigeren bei den Wahlen über mehr Stimmen als die Bauern. Inzwischen ist auch hier die Gleichberechtigung eingeführt, obwohl sie ebenso uninteressant ist wie die frühere Unterscheidung, weil echte Wahlen nicht stattfinden.

Allgemeines, gleiches Wahlrecht

Eine individuelle Auslese der Wähler nach Intelligenz, Kenntnissen und Interesse ist praktisch schlechthin nicht durchführbar. Jede gruppenmäßige Unterscheidung nach Höhe des Einkommens oder der Steuer, nach Zahl der Familienangehörigen oder Bildungsgrad führt zu größten Ungerechtigkeiten.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht von einem bestimmten Alter ab bedeutet Verzicht auf jede Auslese, weil es keine Rechtfertigung dafür gibt, daß dieser jene ausliest, und weil es kein Verfahren für die Be-

wertung politischer Urteilsfähigkeit gibt. Ebenso wie bei der Erbfolge keine Auslese erfolgt, sondern nur die Abstammung maßgebend ist, so wird auch bei den Urwählern, für deren Wahlrecht nur Lebensalter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz maßgebend sind, keine Auslese vorgenommen. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Friedensregel, wie es die Erbllichkeit der Herrschaftsnachfolge war. Es liegt in diesem Wahlrecht ein großes Risiko, aber es ist zugleich ein streitschlichtender Faktor von eminenter Bedeutung. Die Legitimität der Demokratie besteht nicht zuletzt darin, daß der Streit über die Wahlberechtigung ausgeschaltet ist.

DIE HERRSCHAFTSSYSTEME

Absolute und konstitutionelle Monarchie

Staaten, in denen ein einzelner erblicher Herrscher die gesamte Staatsgewalt innehat, bezeichnet man als absolute Monarchien. In ihnen ist Gesetzgebungs- und Befehlsgewalt und Rechtsprechung in letzter Instanz (der absolute Monarch urteilt meist nicht selbst, aber er kann Urteile kassieren und Richter absetzen) in einer Hand vereinigt. Staaten, in denen der Monarch Herr der Exekutive ist, aber in seiner Herrschaftsausübung an Gesetze, die mit seiner Zustimmung von einer vom Volk gewählten Körperschaft oder von dieser und einer aristokratischen Körperschaft erlassen werden, gebunden und die Rechtsprechung unabhängig ist, nennt man konstitutionelle Monarchie. Hier besteht hinsichtlich des Bestellungsverfahrens eine Kombination von Erbfolge- und Wahlrecht, hinsichtlich der Entscheidungsarten von Befehl und Gesetz, hinsichtlich der Entscheidungsform von Einzel- und Mehrheitsentscheidung. Der erbliche Einzelherrscher übt die Befehlsgewalt aus, aber nur so weit, als es die Gesetze, die nur mit Zustimmung einer gewählten Volksvertretung erlassen werden können, erlauben.

Demokratie

Staaten, in denen Regierungsbildung und Gesetzgebung von periodisch wiederkehrenden Volkswahlen abhängig sind, bezeichnet man als Demokratien. Staaten, in denen die Bildung des Regierungskollegiums

und damit auch die Abberufung von der Volksvertretung abhängig ist, bezeichnet man als parlamentarische Demokratien (England, Frankreich, Italien, Deutschland).

In der parlamentarischen Demokratie ist insofern zwischen Exekutive und Legislative eine Verbindung hergestellt, als die Regierung aus der jeweiligen Mehrheitspartei oder aus einem lockeren Zusammenschluß verschiedener Parteien (Koalition) zu einer Majorität hervorgeht. Andererseits ist aber insofern eine neue Trennung entstanden, als im Prinzip der regierenden Partei oder Parteiengruppe eine kontrollierende Partei oder Parteiengruppe gegenübersteht, die bei einem für sie günstigen Wahlausgang die Regierung übernimmt. Die kontrollierende Partei nennt man Opposition (lat. *opponere* = entgegensetzen). In der parlamentarischen Demokratie besteht die Möglichkeit, daß Parteien, die verschiedene Vorstellungen von den Staatsaufgaben und der Art ihrer Durchführung haben, sich in der Staatsführung ablösen. Es besteht meist eine Personalunion zwischen Regierung und Führung der Regierungspartei oder -parteien; die prinzipielle Funktionenteilung zwischen Gesetzgebung einerseits durch das Parlament, Ausübung der Befehlsgewalt gemäß den Gesetzen durch die Regierung andererseits ist geblieben.

Staaten, in denen die Befehlsgewalt in den Händen einer einzelnen, vom Volk gewählten Person liegt, diese aber in allen ihren Entscheidungen an die Gesetze, die durch vom Volk gewählte Versammlungen erlassen sind, gebunden ist, nennt man Präsidialdemokratien (USA). Die Präsidialdemokratie hat im Prinzip gewisse Ähnlichkeit mit der konstitutionellen Monarchie, die Erbfolge ist aber durch die Volkswahl, die Bestellung auf Lebenszeit durch die auf Frist ersetzt. Auch die parlamentarische Demokratie kann ohne monokratische Institutionen nicht funktionieren. Die vollziehende Gewalt liegt zwar nicht in den Händen eines einzelnen, sondern in denen eines Kollegiums, aber die meisten seiner Mitglieder sind zugleich Befehlshaber innerhalb eines bestimmten Fachbereichs (Ressort — z. B. auswärtige Angelegenheiten, innere Verwaltung, Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft usw.). Das Regierungskollegium entscheidet in Grundsatzfragen und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ressorts. Das einzelne Regierungsmitglied ist also Ratsherr im Staatsführungskollegium und Befehlshaber in seinem Ressort zugleich. An der Willensbildung des Regierungskollegiums ist es durch seinen Rat

und seine Stimme beteiligt, in seinem Ressort entscheidet es letztlich allein.

Dirigent dieses Regierungorchesters ist der Regierungschef, der darauf zu achten hat, daß die Ressortminister nicht gegeneinander handeln. Er ist weder Oberbefehlshaber noch nur Vorsitzender der Kollegialberatungen. Seine Position liegt dazwischen. Er hat weder das Recht zu befehlen, — denn die Minister sind nicht seine Untergebenen, noch darf er sich mit Festsetzung der Tagesordnung und Vorbereitungen in den Sitzungen begnügen, — denn sonst würde die Einheitlichkeit der Regierungspolitik in Frage gestellt. Der Grad der Lenkungs-kraft eines Regierungschefs hängt von seiner persönlichen Begabung, von den Parteienverhältnissen im Parlament und von der Zusammensetzung des Regierungskollegiums ab. Parlamentarische Demokratien, in denen der Regierungschef sein Kollegium führt, bezeichnet man nach einem den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen entnommenen Wort als „Kanzlerdemokratien“. Man spricht auch vom Premiersystem (nach dem englischen Premierminister).

Diktatur

Die Übernahme der Herrschaft kann auch im Wege der Gewalt — z. B. durch Staatsstreich, Putsch oder Revolution oder kriegerische Unterwerfung erfolgen. So ist das kommunistische Regime in Ungarn, in der Tschechoslowakei, aber auch in der Ostzone von der sowjetrussischen Besatzungsmacht bei und nach Kriegsende eingesetzt worden; aber es vermag sich nur mit Hilfe Rußlands zu erhalten (die ungarische Revolution 1956 wurde von sowjetrussischen Truppen niedergeschlagen und ebenso der Aufstand der mitteldeutschen Arbeiter vom 17. Juni 1953). Die sowjetische Herrschaft in Rußland ist durch die Revolution von 1917 entstanden. Hitler wurde legal zum Reichskanzler im Januar 1933 ernannt, machte sich aber dann durch eine Reihe von Staatsstreich zu Diktator (lat. dicere = sagen, dictare — ein Verstärkungswort — bedeutet, einem Schreiber oder Schüler zum Nachschreiben ansagen, dann aber auch vorschreiben, befehlen). Eine durch Gewalt entstandene Herrschaft kann sich entweder nur durch Gewalt halten oder aber sich in der Weise stabilisieren, daß eine neue Ordnung entsteht, in der wiederum eines

der oben genannten Bestellungs- und Entscheidungsverfahren oder eine Kombination von diesen angewandt wird.

In der Diktatur ist entweder ein einzelner oder ein Kollegium die alleinige letztentscheidende Instanz. Einzeldiktaturen waren das Dritte Reich unter Hitler, Italien unter Mussolini und Sowjetrußland unter Stalin; heute sind es Spanien unter Franco und Ägypten unter Nasser. Als kollegiale Diktatur können wohl das gegenwärtige Rußland und China bezeichnet werden. Ob in den diktatorischen Kollegien durch Abstimmung entschieden wird oder bestimmte Personen das Übergewicht haben, läßt sich nicht feststellen, da die Regierungstätigkeit sich bewußt in diesen Staaten der Öffentlichkeit entzieht. Da in der Diktatur die Nachfolgebestellung nicht rechtlich geregelt ist, kann diese, sobald sie akut wird, leicht zu einer Machtfrage werden.

In der Diktatur muß immer der Befehl vor Gesetz oder Urteil den Vorrang haben, und zwar einmal, weil alle Gewalt in den Händen einer Person oder eines Kollegiums vereinigt ist und zum anderen, weil nur so die Herrschaft sich zu sichern vermag. Ob und inwieweit davon Gebrauch gemacht wird, hängt von den jeweils herrschenden Persönlichkeiten und Verhältnissen ab. Unter Stalin bestand in Sowjetrußland eine schrankenlose Willkürherrschaft, die nach seinem Tod stark nachgelassen hat, aber jeden Tag wieder aufleben kann.

In gesunden, funktionsfähigen Staatsordnungen besteht im allgemeinen kein Bedürfnis nach einem diktatorischen Regime. Typische Beispiele dafür sind die Vereinigten Staaten seit ihrem Zusammenschluß zum Bundesstaat (1788) und England seit Beendigung der Großen Revolution (1688). In beiden Staaten hat sich seitdem bis heute trotz großer gesellschaftlicher Veränderungen im Prinzip die ursprüngliche Verfassungsordnung behauptet. Wo aber die Staatsordnung anhaltende und zunehmende Verfallserscheinungen aufweist, so daß die Staatsgewalt ihre Funktionsfähigkeit verliert, bestehen Chancen für eine diktatorische Usurpation. Caesar, Napoleon I., Mussolini und Nasser gaben in Auflösung begriffenen Staatsordnungen den letzten Stoß, um eine neue Staatsgewalt zu errichten. Aus diesem Grunde scheuen Personen und Personengruppen, die nach der Diktatur streben, keine Anstrengung, eine bestehende Staatsordnung zu ersetzen und zu demoralisieren, um durch den von ihnen forcierten Fäulnisprozeß den Zustand reif zu machen

für ein diktatorisches Regime, z. B. die Nationalsozialisten in der Weimarer Republik, die Kommunisten in Frankreich und Italien. An der Errichtung einer Diktatur wirken nicht nur diejenigen mit, die sie einsetzen, sondern auch jene Gegner dieser Herrschaftsform, die den Verfall vorbereiten oder zulassen und damit die Voraussetzungen für die Diktatur schaffen.

Eine Diktatur kann unter diesen Umständen im allgemeinen nur entstehen, wo eine zu Machterwerb und zur Machtausübung begabte Persönlichkeit nach Herrschaft strebt und über eine einsatzbereite, ihr ergebene Gefolgschaft verfügt. Da zur Diktatur befähigte Persönlichkeiten relativ selten sind, sind Diktaturen im Moment des Ablebens oder ernsthaften Versagens ihres Gründers häufig gefährdet, — abgesehen davon, daß meist keine anerkannte Nachfolgeregelung besteht. Ihnen fehlt das institutionelle Fundament. Der türkische Diktator Kemal Atatürk († 1938) ist einer der wenigen Diktatoren der neuesten Zeit, dem es gelungen ist, seine Herrschaft dadurch zu institutionalisieren, daß er selbst eine rechtsstaatliche Ordnung in der Türkei einführte, die Nachfolge rechtlich regelte und Ansätze zur Entwicklung einer Demokratie schuf, die seine Nachfolger ausbauten. In Sowjetrußland ist insofern eine gewisse Institutionalisierung dadurch erreicht, daß eine sehr straff gegliederte, mit großen Privilegien ausgestattete Hierarchie von Parteifunktionären, Betriebsdirektoren, hohen Beamten und Offizieren entstanden ist, die schon aus existentiellen Gründen ein vitales Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Herrschaftssystems haben. Problematisch bleibt aber die Machtverteilung an der obersten Spitze.

Funktionelle Diktatur

Man kann sehr grob zwischen zwei Diktaturen unterscheiden, die oft ineinander übergehen, nämlich zwischen funktionellen und ideologischen Diktaturen. In der funktionellen Diktatur wird die funktionsunfähige Herrschaft durch eine illegale, jedoch funktionsfähige Staatsgewalt ersetzt, ohne daß damit große richtungspolitische Ziele und Änderungen verbunden sind. Die meisten Diktaturen in Ost- und Südosteuropa zwischen den beiden Weltkriegen sind aus funktionellen Gründen eben wegen Versagens des demokratischen Systems in diesen Staaten, die bis zum ersten Weltkrieg autoritativ regiert waren, entstanden. Die Diktatur des

ägyptischen Obersten Nasser gehört bis zu einem gewissen Grad zu dieser Kategorie, und ebenso die des portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar.

Totalitäre Diktatur

Die ideologische Diktatur sucht ein politisches Dogma zu verwirklichen, sie will die Gesellschaft umbauen und die Menschen umformen und muß daher viel härter, hemmungsloser und brutaler auftreten als die funktionelle Diktatur. Es kommt ihr nicht nur darauf an, sich in der Herrschaft zu behaupten, sondern den Gesellschaftskörper in einer bestimmten Zwangsform zu halten, weil ja diese bestimmte Form die Garantie ihrer Herrschaft ist. Die moderne ideologische Diktatur ist daher totalitär (lat. totus = ganz, allumfassend). Sie beherrscht alle Bereiche der Gesellschaft, auch Familie, Religion, Wohnblock, Sport, Urlaub usw. Der Unterworfenen weicht in immer intimere Bereiche aus, in die die totalitäre Herrschaft stets nachrückt, um ihn ständig von neuem gleichzuschalten. Die totalitäre Diktatur kann um ihrer selbst willen keinen unkontrollierten Lebensbereich dulden und muß daher über eine unumschränkte Macht verfügen. Es gibt nur eine verbindliche Anweisung für das gesamte öffentliche und private Leben, das Dogma der einzigen Partei, das in der jeweiligen Auslegungsform der Führung gilt. Ihre Mittel sind Terror und Propaganda; auch wenn diese nicht ständig und in höchster Steigerung angewandt werden, so wirken sie doch als Drohung. Der Terror hat die negative Funktion, die Mannigfaltigkeit der Gesellschaft zu zerstören, die Propaganda hat die positive Funktion, die Gleichschaltung der Gesellschaft zu bewirken. Die erste Diktatur dieser Art in der neuesten Zeit ist in Rußland 1917 entstanden; Gegentypen, die methodisch nach kommunistischem Vorbild nur mit umgekehrten Vorzeichen wirkten, aber ein sehr viel verschwommeneres Dogma hatten als die russischen Bolschewisten, waren das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien, das allerdings wesentlich weniger totalitär war als das Dritte Reich. 1949 ist auf dem chinesischen Festland eine kommunistische Diktatur entstanden, die aber in manchem anders geartet ist als die sowjetische und sich bemüht, trotz mannigfacher und enger Verbindungen ihre Selbständigkeit gegenüber Rußland zu wahren.

Die modernen Diktaturen stützen sich meist auf eine einzige Partei,

die nichts als den Namen mit der demokratischen Partei des Westens gemein hat. Es handelt sich hier vielmehr um straff gegliederte, streng disziplinierte Gefolgschaften der Führung oder des Führers. Teils haben diese diktatorischen Parteien schon vor dem Umsturz bestanden und diesen betrieben, wie z. B. die kommunistische in Rußland und China, die nationalsozialistische in Deutschland und die faschistische in Italien, teils wurden sie nach der Machtergreifung zur Stabilisierung der Herrschaft von den Diktatoren gegründet, — so verfuhr z. B. Salazar und Kemal Atatürk, teils hat der Diktator sie nach der Usurpation zu seiner Unterstützung an sich herangezogen, wie z. B. General Franco, der nicht aus der Falange, einer faschistischen Bewegung, hervorgegangen war, sich auch nie vollständig mit deren Zielen identifiziert hat, aber deren Lenkung im Bürgerkrieg übernommen hatte, um sich ihrer zu bedienen.

Konstitutionelle Diktatur

Eine besondere Form der Diktatur ist die „konstitutionelle“, die in demokratischen Rechtsstaaten verfassungsmäßig vorgesehene Diktatur zum Schutz ihrer rechtsstaatlichen Ordnung in Notlagen. Es kann Notstände geben, z. B. Krieg oder Aufstand, in denen die rechtsstaatlichen Mittel zur Behebung der Notstände nicht mehr ausreichen, — sei es, weil ihre Anwendung zu umständlich oder zu zeitraubend ist, sei es, weil diese Mittel nicht wirksam genug sind. Um dem Gegner im Innern und von außen, der sich bei seinen Operationen nicht an die rechtsstaatliche Ordnung hält, wirksam begegnen zu können, muß die rechtsstaatliche Ordnung weitgehend außer Kraft gesetzt werden, muß der Befehl den Vorrang vor Gesetz und Urteil erhalten. Die Vereinigten Staaten und die Schweiz, aber auch England und die Dominions kennen die Einrichtung der konstitutionellen Diktatur, die für den Fall besonderer Notlagen von einem einzelnen oder von einem Kollegium wahrgenommen wird. Die Bundesrepublik hat eine solche Institution bis jetzt noch nicht, sie ist aber geplant. Fehlen solche Einrichtungen, so besteht entweder die Gefahr, daß der Staat etwaigen außerordentlichen Situationen nicht gewachsen ist, oder aber, daß die Regierenden ohne Rücksicht auf ihre Beschränkungen in solchen Lagen unbeschränkt, das heißt ungesetzlich herrschen.

Eine Patentlösung gibt es nicht. Immer besteht die Gefahr, daß der

momentan zum Schutz Berufene die zu diesem Zweck übernommene Herrschaft nicht mehr zurückzugeben bereit ist. Die Angelsachsen und die Schweizer haben sich in Krisenzeiten der konstitutionellen Diktatur bedient, aber — dank ihres starken Verfassungsbewußtseins — diese nach Erfüllung ihrer Aufgabe sofort wieder abgeschafft und die normale Verfassungsordnung wieder hergestellt. Es gibt aber Beispiele, wo die verfassungsmäßige Diktatur in eine verfassungswidrige Einrichtung umgeschlagen ist (Italien unter Mussolini, Deutschland unter Hitler)

Diktatur- und Demokratie

Ein Herrschaftssystem, in welchem eine mit unbeschränkten Machtbefugnissen ausgestattete Befehlszentrale besteht und in dem die Amtsdauer dieser Befehlszentrale nicht begrenzt ist, kann einen sehr hohen Herrschaftseffekt erzielen, weil die Herrschenden nicht Rücksichten auf die Beherrschten, die auf die Herrschaftsbestellung und Herrschaftsausübung keinen Einfluß haben, zu nehmen brauchen. Es hat die große Chance außenpolitischer Beweglichkeit und reibungslosen Funktionierens im Innern. Der Beherrschte ist diesem System wehrlos ausgeliefert; die Gesellschaft und damit der einzelne leidet für das gute Funktionieren des Staates, der eigentlich im Dienst der Gesellschaft stehen sollte. Aus der Gesellschaft ist eine Untertanenschaft geworden. Ein solches Herrschaftssystem ist im Augenblick sehr stabil, kann aber im Moment, wo die Leitung der Befehlszentrale einem Wechsel ausgesetzt ist, stark erschüttert werden, weil kein eindeutiges, allgemein anerkanntes Bestellungsverfahren besteht.

Ein Herrschaftssystem, in dem die Herrschaft auf mehrere Organe verteilt ist, die Herrschaftsbestellung von periodisch wiederkehrenden Wahlen abhängig und die Herrschaftsausübung an allgemeine Regeln gebunden ist, ist unbeweglicher, sehr viel mehr Reibungen ausgesetzt und daher labiler. Mit Hilfe der Wahl formt sich die Gesellschaft ihre eigene Ordnung und Ordnungsorganisation. Die Demokratie ist die einer freien Gesellschaft am ehesten gemäßige Herrschaftsform. Sie setzt zu ihrem Funktionieren ein hohes Maß an Selbstlosigkeit und Intelligenz der an der Herrschaft mittelbar und unmittelbar beteiligten Gewählten und ebenso Disziplin, Einsicht und gemeinschaftliches Denken der Völker voraus. Unter diesen Voraussetzungen ist sie auf lange Sicht die stabilste

Form, die die immer neu entstehenden Spannungen einer sich wandelnden Gesellschaft durch Wahlen austragen und ausgleichen kann. Die Wahlen sind neben der Erbfolge das einzige legitime Herrschaftsbestellungsverfahren. Wo aber in einem Volk nicht die Voraussetzungen hinsichtlich Einsicht, Disziplin und Gemeinschaftsbewußtsein bestehen, ist die Gefahr gegeben, daß die Demokratie durch die hinsichtlich der Funktionen wirksamere Diktatur verdrängt wird.

DAS WESEN DER POLITISCHEN BILDUNG

von

Prof. Dr. ARNOLD BERGSTRÄSSER, Universität Freiburg i. Br.

Die Weltlage der Gegenwart und der Verlauf der Geschichte unseres Jahrhunderts zwingen uns dazu, unser politisches Denken wissenschaftlich stärker zu fundieren, als wir das bisher getan haben. Wir können dabei zurückgreifen auf alte Überlieferungen, die in Deutschland seit dem Mittelalter und besonders im 18. und im Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden sind. Deutschland hat der Welt, vor allem auch Amerika, sehr viele Anregungen zu wissenschaftlich begründetem politischem Denken gegeben, aber selber viele dieser geistigen Voraussetzungen des politischen Verhaltens seinerseits später in den Hintergrund gerückt. Es kann sie nun wieder aufnehmen. Politische Bildung in der Gegenwart ist zwar dringend notwendig, sie steht aber bei uns noch am Anfang.

Wir sind heute unsicher auf einem Gebiet, auf dem wir in einem entscheidenden Moment der Weltgeschichte nichts nötiger haben als Sicherheit. Denn unser Volk ist an der Grenze der westlichen Welt gelegen. Ein Teil dieses Volkes lebt unter einem System, das sich geltend macht teilweise als Fremdherrschaft, teilweise durch eine Gesellschaftstheorie, welche unseren Grundauffassungen von Freiheit widerspricht. Deutschland ist heute gleichsam eine Experimentierstation, an der sich die Spannungen der Welt der Gegenwart unmittelbar äußern. In dieser Situation brauchen wir klare Einsichten und gute, auch bewußt gewordene Verhaltensweisen. Auf beides will politische Bildung als Aufgabe der Erziehung hinwirken. Unsere Anschauungen von dem, was Politik sei, sind aber manchmal weniger von der Tatsächlichkeit der politischen Dinge her als von vorgefaßten Meinungen bestimmt. Es ist mir häufig begegnet, daß viele in unserem

Landen an der Fähigkeit zur Illusion leiden und, gegenüber der Illusion auf die Tatsachen stoßend, sich dann verhältnismäßig rasch in irgendeine Form der Zerknirschung, der Verzweiflung oder der Distanz begeben, nur, um dann sehr bald einer neuen Illusion nachzujagen. Wenn wir ein fundiertes Wissen von politischen Dingen und von den gesellschaftlichen Voraussetzungen des politischen Handelns uns aneignen und immer breitere Kreise unseres Volkes in dieses ruhige, männliche und gesunde politische Denken hineinführen, dann wird uns dieses Schwanken von Illusion zu Illusion allmählich verlassen, und wir werden es leichter haben, unsere politischen Maßnahmen der Gesundheit des Daseins des Einzelmenschen und des Gesamtvolkes und seiner einzelnen Kreise und Gruppen zuzuwenden.

Das kann dazu führen, daß unsere Demokratie an Sicherheit gewinnt, daß sie ihre Kritik, die sein muß, daß sie ihre parteipolitischen Gegensätze, die in der heutigen Lage der Menschheit und nicht nur unseres Volkes ihre Berechtigung haben, dennoch einem gemeinsamen Ziel zuwendet — nicht einer künstlichen Einheit, sondern einer praktischen Sorge für das Daseinsschicksal des Menschen und seiner Gestaltung. Ich glaube, daß der uns alle verbindende Grundsatz in bezug auf die Auffassung von Politik so formuliert werden kann, daß wir alle gemeinsam den Staat als eine Institution auffassen, deren letztes Ziel die Sorge für das gesunde Dasein und die gesunde Daseinsmöglichkeit des Menschen ist. Diese Sorge für das Daseinsschicksal des Menschen ist ein gemeinsamer Ausgangspunkt für die christliche Lehre in katholischer und evangelischer Form, sofern es sich um weltliche Dinge handelt. Die Sorge für das Schicksal des Menschen liegt aber auch der Lehre des Sozialismus dort zugrunde, wo Karl Marx mit seiner Analyse der modernen Welt angefangen hat und darauf gestoßen ist, daß der moderne Mensch in einen Zustand der Selbstentfremdung geraten sei.

Keine Art von Erkenntnis kann diese praktische Sorge von uns nehmen. Keine Philosophie der Geschichte kann uns von der Verantwortung befreien, die sich aus der uns gebotenen und uns gemeinsamen Achtung vor dem Menschen als Geschöpf ergibt. Wir alle haben in dieser Hinsicht eine gemeinsame geistige Wurzel. Wenn wir sie nicht hätten, dann würde die gemeinsame Sorge um das uns anvertraute Gemeinwesen nicht möglich sein, dann hätte auch unser Streit miteinander keinen letzten Sinn.

Die Sorge für eine gesunde Daseinsführung des Volkes — ich weiß sehr wohl, daß man sich über den Begriff dessen, was nun als „gesund“ verstanden werden soll, streiten kann, aber diesen Streit halte ich für produktiv — hängt mit dem Bild eines Menschen zusammen, vor dem man als dem Mitmenschen Achtung haben kann, für den man sich mitverantwortlich fühlt und von dem man erwartet, daß er einem selbst als Menschen ebensoviel Achtung entgegenbringt.

Hier haben wir also gewisse gemeinsame Grundlagen. Trotz dieser Gemeinsamkeit der Grundlagen ist in den politischen Ideenkreisen der Gegenwart eine Vielfalt von Auffassungsweisen entstanden. Wir befinden uns auch geistig in einer Epoche der Wandlung. Das Weltbild des 19. Jahrhunderts hat seine Geltung verloren, wenn es sie je zu Recht besessen hat. Das Weltbild der Naturwissenschaft ist in einer ständigen und höchst bemerkenswerten Bewegung begriffen. Die moderne Technik hat in uns Unbehagen und Widerstände erregt. Sie hat manche von uns so weit gebracht, überhaupt vor diesem Ansturm technischer Notwendigkeiten auf die Daseinsorganisation der modernen Welt resignieren zu wollen. Ich halte das für falsch. Ich bin der Meinung, daß es überhaupt keine Zeit in der Geschichte der Menschen gegeben hat, in der man gerade mit Hilfe dieser Technik das Leben des Menschen so sehr der Idee des Menschen entsprechend und würdig gestalten könnte, wie in der Situation von heute.

Aber wir müssen uns darauf beschränken, nicht etwa eine einzige Idee oder Ideologie der Politik unserem Denken und Handeln zugrunde zu legen, sondern wir müssen die Mehrzahl von geistigen Ansätzen, die unser politisches Denken bestimmen, zunächst als solche akzeptieren und also lernen, in einer Welt mit anderen zu leben, in der diese verschiedenen Denkansätze zum Austrag kommen. Hier stellt sich nun die eigentliche Frage: Gibt es bei dieser Mehrzahl von Grundauffassungen für die Bildung des Menschen überhaupt und insbesondere für die politische Bildung hinreichend gefestigte Gemeinsamkeiten, die es ermöglichen, ein erzieherisches Vorgehen zu bestimmen? Ich habe gesagt, daß ich an eine solche Grundgemeinsamkeit glaube. Bei Aristoteles etwa ist diese Gemeinsamkeit, die gleichsam in einem Abstand von der gegenwärtigen Gegensätzlichkeit schwebt, am deutlichsten zu sehen. Aber es gibt noch sehr viele andere Schriftsteller, bei denen sie zu erkennen ist.

Was kann die Wissenschaft für das politische Denken und für das politische Verhalten tun? Politische Bildung kann nicht allein auf den Kenntnissen und dem Lernen beruhen. Sie ist dazu da, das gegenseitige Verhalten der Menschen in einer der Freiheit und vor allen Dingen auch der Selbständigkeit des Urteils förderlichen Weise zu beeinflussen. Das ist der einzige praktische Weg der Einflußnahme der politischen Bildung — ein anderer Weg der Einflußnahme ist der wissenschaftlichen Politik nicht erlaubt —, der Einflußnahme auf das Verfahren, auf die Art, miteinander umzugehen, und der Einflußnahme auf die Kenntnisse, nämlich auf die sachlichen Voraussetzungen eines zuständigen politischen Urteils. Politik als Wissenschaft und als Unterricht dient also der Staatskunst und ist, wie Erziehung überhaupt, auf die Zukunft gerichtet. Sie denkt voraus, sie denkt über die Dinge nach, die zu tun sind. Um der Dinge willen, die zu tun sind, muß sie sich auskennen in den Verhältnissen, auf die sich das Handeln oder das Planen eines Handelns bezieht. Denn die Tatsachen der Gegenwart sind die Bedingungen, unter denen wir für die Zukunft denken und erziehen. Aber aus dieser Formulierung ist zu sehen, daß für politische Bildung jene Spannung, in der wir uns als Handelnde immer befinden, keineswegs gleichgültig ist, die Spannung zwischen den Möglichkeiten des Handelns einerseits und dem, was getan werden soll, andererseits. Um die Möglichkeit des Handelns abschätzen und beurteilen zu können, muß man Einsicht in die Zustände der Gesellschaft haben. Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß diese Einsicht sich nicht ohne weiteres ergibt, sondern vielfache wissenschaftliche Untersuchungen, auch mit besonderen Methoden, verlangt. Es ist von mir in den letzten Jahren an einer ganzen Reihe von Fragen die Erfahrung gemacht worden, daß mich empirisch-soziologische Untersuchungen von anderen Tatsachenverhältnissen überzeugt haben, als es die gewesen sind, auf die ich bis dahin mein Urteil abgestellt hatte.

Zum Beispiel hat mich kürzlich in einer Diskussion ein empirischer Soziologe mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß im Gegensatz zu meiner bisherigen Auffassung durch die Ablehnung der EVG seitens der Franzosen eine Erschütterung in der Zuversicht auf die föderative Einigung Europas eigentlich nur bei den Intellektuellen eingetreten sei. Das Volk selbst habe an der Überzeugung festgehalten, daß die europäischen Völker und Länder einzeln verloren, vereinigt aber widerstandskräftig

und der Gesundheit fähig seien. Das ist eine Aussage, zu der man wissenschaftliche Untersuchungen braucht. Deshalb möchte ich in unserem Zusammenhang diese Lanze für das empirisch-soziologische Verfahren, das solche Feststellungen machen kann, brechen dürfen.

Wir befinden uns in einer Epoche der gesellschaftlichen und politischen Wandlung bei allen Völkern der Erde. Wir befinden uns außerdem in einer einmaligen, noch nie dagewesenen Epoche, in der die Welt eine Einheit geworden ist. Das ist gar nicht so einfach zu verstehen. Am besten ist es, wenn man sich einmal klarmacht, warum denn der Ausbruch des Konfliktes in Korea vor fünf Jahren für Deutschland so viel bedeutet hat. Die Welt ist tatsächlich eine Einheit geworden, wenn auch eine spannungsreiche Einheit. Nichts, was sich in Südost-Asien oder auch in Südamerika von politischer Bedeutung ereignet, geht ohne weiteres an uns vorbei. Auch die europäischen Staaten, die wir als junge Menschen noch als das Zentrum der Machtkonzentration in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht empfunden haben, haben ja dieses Monopol der Machtstellung nicht mehr und sind auch ihrerseits von dem Vorgang der Entstehung einer die Welt umfassenden technischen Zivilisation betroffen, den sie selbst herbeigeführt haben.

In Deutschland, im Zentrum Kontinentaleuropas, in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde die moderne industriewirtschaftliche Gesellschaft geschaffen. Sie hat eine technologische Daseinsordnung hervorgebracht, die heute zur Daseinsordnung der Welt zu werden beginnt und sich auch auf die ehemaligen Kolonialländer — man nennt sie heute „unterentwickelte Regionen“ — ausdehnt. Die europäische Kunst der Gütererzeugung, der Verteilung und der Verwaltung ist ein spezifisches Produkt der abendländischen Kultur, das sich universal in der Daseinsgestaltung der modernen Welt durchsetzt, von dem auch niemand mehr auf die Dauer Abstand nehmen kann. Diese technologische Ordnung der modernen Arbeitswelt ist hier bei uns entstanden und hat auch hier bei uns schon die Gefahren sehr deutlich gezeigt, die ihr innewohnen. Die Überwindung dieser Gefahren hängt nun entscheidend davon ab, welche Sinnbedeutung wir dem Dasein überhaupt und der Gesellschaft unseres Gemeinwesens im besonderen geben. Deswegen ist für die politische Bildung die Auseinandersetzung mit dieser modernen Daseinswelt wesentlich und entscheidend. Dabei ist die Frage nicht zu um-

gehen, die an jeden einzelnen gerichtet wird: Was tust du in deiner Daseinsführung für die Gesundheit des Gemeinwesens? — Von welchen geistigen Grundpositionen nimmst du in deinem politischen Urteil den eigentlichen Ausgangspunkt, und hast du denn daran gedacht, daß es andere gibt, bei denen andere Grunderfahrungen zum Ausgangspunkt ihres politischen Denkens geworden sind und mit denen du dich verständigen mußt, um auf friedlich geordnete Weise zu einem gemeinsamen Entschluß zu kommen? Die Verantwortung des Staatsbürgers bedeutet also nicht nur, daß man die Institutionen der Demokratie versteht, sondern daß man die Institutionen der Willensbildung und der Willensdurchführung sich selbst als Disziplin auferlegt und sich in ihnen übt.

Politische Bildung beruht einmal auf Übung in einem gelebten Daseinsinn. Diese Einsicht war in der Epoche der klassischen deutschen Dichtung und Philosophie eine Selbstverständlichkeit, in der Zeit, als Schelling in München im Jahre 1807 seine Rede über das Verhältnis der Bildenden Künste zur Natur gehalten hat — anläßlich der Eröffnung der Akademie der Bildenden Künste. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß das, was der Mensch als eigenständiger, selbständiger, gesunder, mit anderen und für andere lebender Zeitgenosse und Mitbürger aus sich macht, eine politische Wirkung und eine politische Funktion ausübt. Es ist etwas Wesentliches für unser ganzes Erziehungswesen, daß jenseits aller parteipolitischen Besonderheiten ein uns allen gemeinsames Grunderfordernis unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gemeinwesenordnung besteht. Aber wir bedürfen gleichzeitig der konkreten Einsicht; wir bedürfen dieser Einsicht doppelt deswegen, weil wir uns ja in der Konkurrenz und der Auseinandersetzung mit der sowjetischen Form des totalitären Staates befinden. In der heutigen Weltlage gibt es nicht mehr einfach Politik zwischen Staaten, sondern die Politik zwischen den Staaten ist unlösbar verbunden mit den Gegensätzen der verschiedenen Gesellschaftsauffassungen, der totalitären sowjetischen Gesellschaftsauffassung und der rechtsstaatlich-freiheitlichen. Innerhalb der rechtsstaatlich-freiheitlichen gibt es Schattierungen, z. B. in der Auffassung von einer gesunden Wirtschaftspolitik. Hier kann man sich streiten. Sich darüber streiten zu können, setzt aber wiederum einen hohen Grad von sachkundiger Einsicht in die Konsequenzen der einen oder anderen Maßnahme voraus, die man ergreift. Wir sind uns aber alle darüber einig, daß

wir keinen totalitären Staat wollen, sondern daß wir einen freien Menschen, ein freies Gemeinwesen, eine eigenständige Daseinsführung und eine diese Eigenständigkeit fördernde und beschützende Haltung des Staates und der Politik wollen.

In der spannungsreichen Einheit der Weltpolitik der Gegenwart hat sich nun der moderne Mensch in die Lage versetzt, sich selber zu zerstören. Wir sind uns klar darüber, daß eine der größten Aufgaben der Gegenwart darin besteht, die Mittel der Zerstörung, welche unsere moderne Physik, ohne an diese Konsequenzen in irgendeiner Weise schon denken zu können, verfügbar gemacht hat, in die Kontrolle politisch verantwortlichen Handelns zu nehmen. Jedes politische Handeln steht heute im Zusammenhang mit diesen Möglichkeiten der modernen Technik. Die Erhaltung des Friedens hat in der modernen Welt eine Priorität ersten Ranges angenommen. Der Mensch muß heute gegen sich selbst verteidigt werden. Wir sind also gewissermaßen in einer Weltstunde angelangt, in der es nicht nur durch unsere historischen Erfahrungen und vernünftigen Überlegungen, sondern durch die Situation des Menschen in seinem Verhältnis zu seiner eigenen Technik deutlich wird, daß Politik eine dem Menschen dienende Kunst und nicht ein nach eigenen, den Menschen überwältigenden Gesetzen ablaufendes Geschehen ist. Wir müssen also das politische Denken und den Begriff des Politischen dieser dienenden Leistung zuführen, damit überhaupt an eine gesunde Zukunft des Menschen und der Welt gedacht werden kann und in erster Linie auch unserer selbst.

Politische Bildung ist also darauf gerichtet, der Daseinsgestaltung im Gemeinwesen dienen zu lehren, und zwar in allen ihren Einheiten, in der engsten Einheit der Gemeinde, in der Landespolitik, in der Politik der Bundesrepublik und in den Weltverhältnissen der Staaten. Als pädagogische Arbeit muß sie darauf gerichtet sein, Verhaltensweisen zu erziehen und Kenntnisse zu vermitteln. Warum Verhaltensweisen *erziehen*? Weil gemeinschaftliches Verhalten im politischen Gemeinwesen nicht selbstverständlich ist. Auch im Beruf wird von uns verlangt, daß wir uns aus eigener Einsicht und eigenen Entschluß in eine sinnvolle Ordnung einfügen, und dazu sind wir in einem höheren oder geringeren Maße, je nach dem Grad unseres Verständnisses, fähig. In der Familie, in der Schule, im Nachbarschaftsverband, in der Gemeinde, auf allen Stufen des

politischen Lebens haben wir die Aufgabe, die Einsicht in die vorhandenen Probleme und Institutionen und die fruchtbaren Formen des gemäßen Handelns auszubilden. Daher haben die Erzieher recht, die gerade von dem Zusammenleben in der Schule und in den freien Vereinigungen außerhalb der Schule eine entscheidende Förderung der Kunst, gemeinschaftlich zu handeln und zu sein, erwarten. Dasselbe gilt von der Erwachsenenbildung, von den im Volkshochschulwesen sich geltend machenden Bemühungen, mit anderen etwas zu tun und mit anderen sich über vordringliche Fragen des öffentlichen Lebens auseinanderzusetzen und zu lernen. Aber diese Aufgabe bedarf zugleich der Stützung durch die erforderliche Einsicht und die richtigen Kenntnisse.

Wir sind alle auf die Erfahrung gestoßen, wie viel schwerer es heute ist, jungen Menschen eine zutreffende Einführung in die Welt der Gegenwart zu geben, als das vor 30 oder 40 Jahren noch der Fall war, weil sich unsere Gegenwart und ihre Situation so rasch und in einer vielfach undurchsichtigen Weise verändert. Wir bedürfen deshalb der Forschung auf dem Gebiet der Politik und der Lehre, welche von diesen Forschungen Nutzen zieht und sie pädagogisch anwendet. Dieses politische Denken ist angewiesen auf andere Denkverfahren, wie wir sie z. B. in der Jurisprudenz oder auch in der Geschichtswissenschaft gewohnt sind. Die Geschichte erzählt, wie es geworden ist. Die Politik aber sucht in die Dynamik des Werdens selber einzudringen. Sie sucht die Zusammenhänge zu erhellen und richtet — wie ich schon sagte — die Frage an das Geschehene nicht mit dem Blick auf das Woher, sondern mit dem Blick in die Zukunft, auf das, was zu tun ist. Die Logik der Geschichte ergibt sich scheinbar sehr einfach, denn notwendigerweise reiht sich ein historisches Ereignis an das andere, und hinterher sieht diese Kette klar aus wie eine beinahe selbstverständliche Folge von Ursache und Wirkung. Dazwischen steht aber das entscheidende politische Werk, die Wahl der politisch verantwortlichen Menschen zwischen verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen offenstehen. Diese Wahl bleibt dem Menschen weder im persönlichen Leben noch im politischen Leben je erspart, und niemand weiß besser als der Politiker selbst, auf diese Wahl sich vorzubereiten, das Urteil in bezug auf diese Wahl von der Sache her zu schärfen und zu erhellen. Das ist die Aufgabe, die dem Lehrer der politischen Zusammenhänge gestellt ist.

Für diese Arbeit der Klärung ist die Einsicht in das Gefüge der Gesell-

schaft eine Grundvoraussetzung. Politik als Wissenschaft und Politik als Lehre ist deshalb nicht möglich ohne Einsicht in das Gefüge der Gesellschaft; und zwar soll nicht nur das historische Werden dieser Gesellschaft, auch nicht ihre gegenwärtige Form allein, sondern die theoretische Wahrheit menschlicher Gesellschaft überhaupt einsichtig werden. Wir sollen den Zusammenhang der Arbeitsordnung als den Zusammenhang der Sphären verstehen lernen, in denen Menschen etwas miteinander tun. Wir sollen den Zusammenhang der Ordnung der mitmenschlichen Beziehungen würdigen lernen als die Sphäre, in der Menschen etwas füreinander sind. Von da aus werden wir dann in der Lage sein, den Zusammenhang der Ordnungen der Willensbildung und Willensdurchführung kennenzulernen als die Sphären, in denen Menschen gemeinsame Entscheidungen treffen und bestrebt sind, sie durchzuführen. Wissenschaftliche Politik als wissenschaftliche Disziplin versucht also, die Grundtypen des menschlichen Verhaltens sichtbar zu machen und von ihnen aus die Grundverhältnisse der Gefügeordnungen, in denen wir leben, dem Schüler oder dem Erwachsenen oder dem Zeitgenossen durchsichtig zu machen. Die Gefügeordnungen der Arbeit, die Gefügeordnungen der mitmenschlichen Beziehungen und die Gefügeordnungen der Willensbildung und Willensdurchführung, alle diese drei Sphären bilden jeweils in jenem Zustand der Gesellschaft ein Ganzes. Der Mensch lebt niemals nur in einer Arbeitswelt. Er lebt niemals nur in mitmenschlichen Beziehungen. Er ist niemals nur zum Aufgehen in einer Ordnung der Willensbildung bestimmt. Daß diese Sphären im richtigen Gleichgewicht zueinander stehen, das ist eine der Hauptaufgaben des politischen Denkens und auch des politischen Handelns; denn wo das eine oder andere dieser Grundmomente des gesellschaftlichen Daseins die Grenzen überschreitet, die ihm geboten sind, meldet sich das Unbehagen, der Vorläufer von Erschütterungen oder sogar Katastrophen.

Wir haben also als Lehrer der Politik die Aufgabe, eine Gesamtanschauung der menschlichen Gesellschaft aufzubauen. Wir haben gleichzeitig die Aufgabe, die konkreten Probleme der Innenpolitik, von dem Grundgesetz und den Landesverfassungen ausgehend, zu erklären. Wir haben drittens die Aufgabe, Deutschland, die Bundesrepublik und die sowjetische Besatzungszone, im Zusammenhang der weltpolitischen Spannungen und Ereignisse zu verstehen und sichtbar zu machen. Alle

diese Dinge können so geschehen, daß sie auf verschiedenen Ebenen der Vereinfachung jedem klar werden können, der überhaupt eine Schule besucht oder besucht hat. Es gibt in unserer Lage vielleicht noch immer zu viele Leute, die an der Einsichtsfähigkeit des sogenannten einfachen Menschen zu starke Zweifel haben.

Der Lehrer der Politik als wissenschaftlicher Disziplin hat darüber hinaus noch etwas Weiteres zu tun. Wir haben uns mit der Philosophie der Politik zu beschäftigen. Wenn wir uns die Motivlehre ansehen, die in den politischen Ideenkreisen der Gegenwart zum Ausdruck kommt, so sehen wir, daß es gar nicht so sehr viele verschiedene Motivenpyramiden sind, welche unser politisches Denken beherrschen. Wir haben die Möglichkeit, eine verhältnismäßig kleine Gruppe von klassischen Werken der politischen Philosophie unseren Studenten an der Universität als Grundlage ihrer Ausbildung in die Hand zu geben. Darunter sind alte Klassiker der Politik, Aristoteles und Plato, Cicero und Augustinus, Thomas von Aquin, Luther, Rousseau, Montesquieu — ich nenne nur einige, um einmal klar zu machen, wie stark die dreitausendjährige Geschichte des politischen Lebens in der abendländischen Welt von einer geringen Anzahl hervorragender politischer Denker geformt worden ist —; zu ihnen gehört auch Karl Marx. An den kleinsten Äußerungen, die sich praktisch zu einem Problem ergeben, kann ihre Wirksamkeit deutlich werden. Dieses Verständnis der Theorie gehört zu den unentbehrlichen Kenntnissen, die im Bereich der politischen Bildung erworben werden müssen. Diese Theorien sollen denjenigen, der Stellung nehmen soll — und das soll er —, dazu befähigen, nach Gründen Stellung zu nehmen. Sie sollen ihn dazu befähigen, seinen Partner oder — sagen wir — politischen Gegner soweit zu verstehen, daß er weiß, warum er anderer Meinung ist. Dazu gehört selbstverständlich ein Stück Demut — ich sage das ganz offen —, nämlich die Demut der Einsicht, daß wir alle Menschen sind und sowohl im Verständnis des anderen wie in bezug auf die Sicherheit unseres eigenen Wissens aus dem Stadium des Experiments nicht herauskommen, auch bei diesem Versuch, zu leisten, was von der Wissenschaft von der Politik verlangt ist. Der Zögling, wenn wir so von ihm sprechen können, — er ist ja unser Mitbürger und wird uns aus seiner praktischen Erfahrung manchmal sehr viel Gewichtigeres zu sagen haben, als wir ihm aus unserem theoretischen und historisch-soziologischen

Studium sagen können —, der Zögling soll zum urteilsfähigen Zeitgenossen sich selbst zu bilden die Gelegenheit haben. Als politisch Urteiler soll er nach Gründen urteilen. Er soll die Fähigkeit haben, seine eigenen Meinungen selbstkritisch zu untersuchen. Er soll die Fähigkeit haben, seine politischen Gegner zu verstehen. Er soll die Fähigkeit haben, den politischen Streit, der nie verschwinden wird, einzugrenzen auf das sachlich Gebotene, ihn also wirklich um der Sache willen zu führen, um die es geht. Er soll die Fähigkeit haben, wissend seine eigene Position einzunehmen, wissend mit den besten Gründen, mit einem Bewußtsein davon, warum er diese und keine andere Überzeugung vertritt. Und diese Überzeugung wollen wir ihm nicht nur lassen, sondern wir wollen sie ihm gewissermaßen er härten dadurch, daß wir ihm die Gelegenheit geben, sie mit Gründen und Einsicht vor sich selbst und vor anderen zu verteidigen. Letzten Endes aber beruht diese Erziehung auf der Achtung vor dem Menschen. In dieser Achtung haben alle politischen Ideenkreise der westlichen Welt ihren letzten Ursprung.

GRUNDLAGEN UND POLITISCHE ENTWICKLUNG DES DRITTEN REICHES

von

Dr. HANS BUCHHEIM, München

Als Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, vertraute er die Führung der deutschen Politik einem Manne an, der in 14jähriger Agitation aus seiner Feindschaft gegen die Weimarer Republik nie einen Hehl gemacht, vielmehr durch konsequent destruktive Taktik erheblich zum Entstehen ihrer Krise beigetragen hatte, deren Überwindung man nun von ihm erhoffte.

Deshalb empfand die deutsche Öffentlichkeit das Ereignis, obgleich es sich in legalen Formen vollzog, mit Recht als einen „Umbruch“ und stand in Erwartung tiefgreifender Veränderungen, sei es im guten oder im bösen. Dabei wuchs bis weit in die Kreise des demokratischen Bürgertums hinein die Bereitschaft, Hitler eine Chance zu geben. Denn die Wirtschaftskrise und die chronische Arbeitsunfähigkeit des Reichstags hatten viele Deutsche republikmüde gemacht, beziehungsweise in ihrer Gegnerschaft gegen die Republik bestärkt, während nur die wenigsten genügend politische Vorstellungskraft besaßen, um ermessen zu können, welche Konsequenzen eine Ausschaltung rechtsstaatlicher Sicherungen und Auflösung der demokratischen Ordnung haben würden. Dazu kamen die Wirkungen einer geschickt geförderten nationalen Grundstimmung.

Hitlers Regierungsantritt wurde als „nationale Erhebung“ stilisiert und erhielt sein entsprechendes Symbol mit dem Staatsakt von Potsdam am 21. März 1933: am Grabe Friedrichs des Großen reichte Hindenburg — mehr Generalfeldmarschall des alten Preußens als Präsident der Republik — dem ehrfürchtig sich verneigenden Hitler die Hand. Die alten Vorurteile gewannen Nahrung, demokratisches und nationales Denken seien nicht

miteinander vereinbar, und Verstöße gegen die demokratische Verfassung brauchten kein Anlaß zur Sorge zu sein, solange sie um nationaler Zwecke willen erfolgten. Weite Kreise nahmen Aktionen, die, von Kommunisten unternommen, als alarmierende Verletzung von Recht und Ordnung empfunden worden wären, von nationalen Männern (beziehungsweise von solchen, die man dafür hielt) ohne weiteres hin. Als in der Woche nach den Reichstagswahlen vom 5. März an den Rathäusern der deutschen Städte die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde, machten sich die wenigsten unter dem Eindruck dieser nationalen Demonstration den damit verbundenen Verfassungsbruch bewußt, und das revolutionäre Rot der daneben erscheinenden Hakenkreuzflagge wurde von den meisten übersehen. Erst bittere Erfahrungen mußten darüber belehren, daß man einen Weg eingeschlagen hatte, auf dem nicht nur die demokratische Verfassung, sondern jede verbindliche staatliche Ordnung überhaupt zerstört werden sollte, und daß die scheinbar nationale Bewegung in Wahrheit der Substanz der Nation schweren Schaden zufügen würde.

In dem neuen, sogenannten „Kabinett der nationalen Konzentration“ standen acht bürgerlich-nationalen nur drei nationalsozialistische Minister einschließlich Hitler selbst gegenüber. Bei diesem Stimmenverhältnis schien es Papen, als er Hitlers Berufung zum Kanzler arrangierte, offenbar nicht zweifelhaft, daß er unter Ausnutzung der politischen Energien der nationalsozialistischen Bewegung doch die Entscheidung über den einzuschlagenden Kurs behalten und Herr der Lage bleiben werde. Für Hitler dagegen war die „nationale Erhebung“ in Wahrheit seine „Macht-ergreifung“, die er mit dem festen Willen unternahm, den Staat ausschließlich nach seinen Vorstellungen auszurichten und seinen politischen Zielen zu unterwerfen. Dabei war ihm das Stimmverhältnis im Kabinett ziemlich gleichgültig. Für ihn war das Entscheidende, den Apparat der staatlichen Exekutive in die Hand bekommen zu haben; denn er hatte erfaßt, daß der Bestand des modernen Staates von seiner *Verwaltung*, das heißt: von seiner technischen Organisation so abhängig geworden ist, daß von daher seine rechtlich-politische Ordnung, seine Verfassung und Regierung gelähmt werden können. So gehörten denn auch indirekte Verfassungsänderungen auf dem Verwaltungswege zu den typischen Erscheinungen des Dritten Reiches; der unscheinbarste Erlaß und die harmloseste Zuständigkeitsregelung konnten den Keim umwälzender Ver-

änderungen der Verfassung enthalten. Da Hitler überdies nicht vor Gewalt und Wortbruch zurückschreckte, hatte er sein Kabinett binnen kurzer Zeit an die Wand gespielt; bereits im Oktober 1934 mußten die Reichsminister ihm einen Treue- und Gehorsamseid leisten.

Der entscheidende Akt der Machtbefestigung war weder der knappe Reichstagswahltag der Regierungskoalition vom 5. März noch der Beschluß des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933, durch den das Parlament auf seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung verzichtete, sondern die sogenannte „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, die am 28. Februar erlassen wurde, am Tage nach dem als Auftakt eines angeblich geplanten kommunistischen Aufstandes hingestellten Reichstagsbrand. Diese Verordnung diente dem Namen nach der Abwehr kommunistischer, staatsgefährdender Gewaltakte, war aber in Wahrheit Hitlers Instrument, um binnen kurzem alle seine politischen Gegner mazzusetzen und die Gleichschaltung der deutschen Länder einzuleiten. Denn sie hob erstens die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte auf und bestimmte zweitens, daß die Reichsregierung die polizeilichen Befugnisse derjenigen Länder übernehmen könne, in denen die nach ihrer Ansicht notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht getroffen wurden. Die Verordnung wurde nie wieder aufgehoben, sondern bildete die Grundlage der unumschränkten Polizeigewalt, mit der Hitler seine Herrschaft sicherte. Da sie die in Artikel 48 der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeiten ausschöpfte, ohne die an gleicher Stelle vorgesehenen Sicherheitsbestimmungen zu berücksichtigen, versetzte sie Deutschland in einen permanenten Ausnahmezustand, unter dem jede Rechtssicherheit suspendiert war, soweit es die Zwecke der politischen Führung erforderten.

Noch im Kriege nahm die Gestapo ihre Verhaftungen unter Berufung auf die Verordnung vom 28. Febr. 1933 vor, und es konnte geschehen, daß in der Zeit, in der Hitler mit Sowjetrußland paktierte, evangelische und katholische Geistliche festgenommen wurden mit der Begründung, sie erzeugten mit politischen Predigten im Volk eine Unruhe, die kommunistischen Elementen als Ansatzpunkt diene, die Sicherheit von Volk und Staat zu gefährden.

Der Sinn der Gleichschaltungspolitik des Jahres 1933 war die Über-

tragung der politischen Prinzipien, nach denen sich die Partei organisiert hatte, auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die auf diese Weise zentral steuerbar gemacht wurden. Eine der wichtigsten dieser Maßnahmen war, nach der gewaltsamen Beseitigung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, die Organisation der deutschen Arbeit in der „Deutschen Arbeitsfront“. Sie war verbunden mit dem Versuch, die Sozialpartnerschaft und die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters grundlegend, und auf den ersten Blick vielversprechend, neu zu ordnen. An Stelle der Fronten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer trat der Betrieb als Interessen- und Leistungsgemeinschaft. Der Arbeiter erhielt Lohn- und Versorgungsgarantien und erfuhr durch die propagandistische Betonung des sittlichen Wertes der Arbeit („Arbeit adelt“) eine Hebung seines gesellschaftlichen Ansehens und Stärkung seines Selbstbewußtseins.

Jedoch erwiesen sich diese Vorteile in dem sich entwickelnden totalitären System sehr bald als belastende Hypothek, und zwar nicht gegenüber dem seinen Arbeitern jetzt grundsätzlich gleichgestellten privaten Unternehmer, sondern gegenüber dem Staat. Denn an die Stelle der Sorge um den notwendigen Lebensunterhalt trat für den Arbeiter der moralische Zwang, sich durch Leistung der gebotenen Vergünstigungen würdig zu erweisen. Schlechte Leistungen waren keine Privatsache mehr, die lediglich eine Verringerung des eigenen Lebensstandards bedeutete, sondern wurden darüber hinaus schon im Frieden — als „Sabotage am Aufbauwerk des Führers“ — zum politischen Vergehen. So schlugen auch an sich begrüßenswerte soziale Reformen der „Arbeitsfront“ zum Nachteil der Menschen aus, weil sie letztlich nicht aus Fürsorge für das Wohl des einzelnen geschaffen worden waren, sondern um das Kräftepotential und die Macht des Staates aufs Höchste zu steigern.

Einer wirkungsvollen Gleichschaltung entzogen waren vorerst diejenigen Institutionen, die wegen ihrer Aufgaben eigenes politisches Gewicht besaßen und über eine durch Tradition gefestigte innere Ordnung verfügten, die schon von der Demokratisierung des deutschen Staates wenig berührt gewesen war: Wehrmacht, Ministerialbürokratie, Kirchen und Wirtschaft, Domänen des nationalen Bürgertums beziehungsweise des Adels. Außer im Falle der Kirchen, bei denen sich ein 1933 unternommenes Gleichschaltungsmanöver als Versuch am untauglichen Objekt erwiesen hatte und die seitdem für Hitler bis zuletzt ein ungelöstes

Problem blieben, ließ er es klugerweise nicht auf einen Kampf mit diesen Mächten ankommen, sondern verstand es, sich durch taktische Kompromisse ihre Loyalität so lange zu sichern, als diese noch glaubten, er diene ihren Interessen. Er zog es vor, sie abzunutzen, und mit ihrer eigenen Hilfe allmählich die Situation herbeizuführen, in der sie ihre Macht nicht mehr gegen ihn gebrauchen konnten, sondern ihm gehorchen oder sich von ihm ausschalten lassen mußten.

Als ernste Störung dieser Taktik erwies sich jedoch bereits im Herbst 1933 die SA, die aus der Tatsache, daß sie Hitler die Macht erkämpft hatte, begrifflicherweise den Anspruch ableitete, bei der nun fälligen Neuordnung Deutschlands ein Wort mitzureden. Sie gab sich unter der Führung Röhm nicht damit zufrieden, daß sie sich einige Monate lang gegen ihre Feinde hatte austoben dürfen, sondern zeigte sozialrevolutionäre Ambitionen und wollte in den neuen Staat ihrer Macht entsprechend sinnvoll eingegliedert werden. Als nationalsozialistisches Volksheer wünschte sie zunächst neben und später an die Stelle der Reichswehr zu treten. Dem konnte Hitler unter keinen Umständen entsprechen. Weder war seine Stellung schon gefestigt genug, als daß er sich mit der Reichswehr hätte verfeinden können, am allerwenigsten, solange Hindenburg noch lebte, noch gestatteten es seine außenpolitischen Pläne, auf die militärisch erstklassig geschulte Armee, besonders auf deren Offizierskorps zu verzichten, das erst in Jahrzehnten vollwertig zu ersetzen gewesen wäre.

So mußte er darauf sinnen, die SA als Machtfaktor auszuschalten. In dieser Absicht tat er zunächst nichts, um die sich häufenden Reibereien zwischen Reichswehr und SA zu unterbinden und die zunehmende Animosität zwischen den beiden zu beseitigen. Er ließ die Dinge vielmehr so lange treiben, bis er sicher sein konnte, daß die Reichswehr einen Gewaltstreik gegen die SA nicht nur dulden, sondern sogar erleichtert begrüßen würde. Diese Aktion erfolgte am 30. Juni 1934. Über Nacht endeten verdiente und mächtige SA-Führer als „Perverse“ und „Verräter“, und die SA selbst sank mit einem Schlag zur einflußlosen Massenorganisation ohne politisches Profil herab. Dieser hundertfache Mord von Staats wegen öffnete vielen Deutschen die Augen, die bis dahin mit einem gewissen Wohlwollen die politische und wirtschaftliche Entwicklung verfolgt hatten; auch unter den Anhängern der NSDAP gab es

manche Enttäuschung und Ernüchterung. Da aber der höchst illegale Akt gerade die bisherigen Exponenten der Illegalität getroffen hatte, machten sich viele andere die Illusion, es sei nur ausgetilgt worden, was bisher nicht recht in das Bild einer gesitteten nationalen Erhebung gepaßt hatte — eine völlige Verkennung der Situation!

Denn in Wahrheit hatte Hitler die Gelegenheit benutzt, zugleich mit den Elementen sozialrevolutionärer Unruhe auch diejenigen bürgerlich-nationalen Politiker zu beseitigen, die ihm gefährlich werden konnten. Der 30. Juni war der Anfang vom Ende der konservativen Stilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft, und es dauerte nicht mehr lange, da richtete die Gestapo neben dem Referat „Kommunismus und Marxismus“ ein Referat „Reaktion und Rechtsopposition“ ein. Auch die Reichswehr, die sich aus dem Morden herausgehalten hatte, begriff offensichtlich nicht die Zeichen der Zeit, sondern wählte sich als Siegerin und in ihrer Stellung als „einzige Waffenträgerin der Nation“ endgültig gesichert. Sie brachte nicht genügend politische Vorstellungskraft auf, um die Bedeutung der Tatsache zu erfassen, daß noch am gleichen Tage, an dem die Konkurrenz der SA beseitigt wurde, Sepp Dietrich von Hitler die Zusage erhielt, daß die „Leibstandarte“ als modern bewaffnetes Regiment organisiert werde. Denn das war der Geburtstag der SS-Verfügungstruppe beziehungsweise der späteren Waffen-SS, die allerdings nicht durch plumpen revolutionären Frontalangriff, sondern schrittweise in behutsamer Entwicklung der Armee ihre Stellung streitig zu machen begann. Von keinerlei politischer und geistiger Tradition belastet, lebte die neue Truppe aus der nationalsozialistischen Weltanschauung und kannte keine andere Möglichkeit als die „Treue zum Führer“; in einen Konflikt von Gehorsamspflicht gegenüber Hitler und Verantwortung für Staat und Nation konnte sie nicht geraten.

Daß Hitler die SA nicht entmannt hatte, um den alten Mächten des Staates ungestörtes Gedeihen zu sichern, sondern nur um sie nicht argwöhnisch werden zu lassen, solange er ihrer noch bedurfte, das hat die Reichswehrführung nicht durchschaut. Im Gegenteil: sie bot ihm in naiver Dankbarkeit kurze Zeit später die Hand zu einem Coup von eminenter Bedeutung und unabsehbaren Folgen. Sie setzte sich nämlich nach Hindenburgs Tod nicht für eine verfassungsmäßige Regelung seiner Nachfolge ein, sondern stimmte der Vereidigung der gesamten bewaffneten

Macht auf Hitler als neues Staatsoberhaupt zu. Die Reichswehr schwor Hitler persönlich bei Gott unbedingten Gehorsam und begab sich auf diese Weise nicht nur ihrer bis dahin gewährten politischen Selbständigkeit und Handlungsfreiheit, sondern bürdete jedem einzelnen deutschen Soldaten den möglichen Gewissenskonflikt zwischen Gehorsamspflicht gegenüber einem Einzelnen und Verantwortung für das Wohl des ganzen Volkes auf.

Nachdem sich Hitler am 2. August 1934 selbst zum deutschen Staatsoberhaupt gemacht hatte, gab es rechtlich und politisch keine Autorität mehr neben der seinen; sondern er hatte den Weg frei, aus der Macht im Staate die Macht über den Staat zu machen und diesen als Instrument seiner außenpolitischen Pläne zu benutzen. Hier war sein Ziel zunächst das gleiche wie das der Regierungen der Weimarer Republik: die Revision des Versailler Vertrages. Seine Grundeinstellung aber war eine ganz andere.

Hitlers Vorgänger im Kanzleramt hatten, mindestens bis zu Brüning, die Wiederherstellung der Rechte Deutschlands im selbstverständlichen Bewußtsein europäischer Solidarität betrieben und aus dem Verantwortungsgefühl, nichts zu tun, was auch in absehbarer Zukunft Anlaß zu einem neuen Krieg zwischen den Völkern Europas geben könnte. Hitler dagegen machte sich gerade den Mangel an europäischer Solidarität und Europas Sorge vor einem neuen Krieg zunutze. Ohne Rücksicht auf die lebenswichtigen gemeinsamen Interessen der europäischen Völkerfamilie spekulierte er auf die Schwächen und Sonderinteressen der einzelnen Nationen und trug kein Bedenken, die internationalen Beziehungen durch krasse Unaufrichtigkeit zu vergiften sowie dauernd die Gefahr eines europäischen Krieges zu riskieren. Auf diese Weise hatte er zwar binnen kurzem glänzende Erfolge aufzuweisen, wie sie die demokratischen Politiker noch längst nicht erreicht hätten, machte dafür aber die sich anbahnende Stabilisierung Europas zunichte und scheute sich schließlich nicht einmal, durch seinen Pakt mit Rußland diesem den Weg auf den Kontinent zu öffnen. Das zur Verteidigung einer solchen Politik oft vorgebrachte Argument, andere Nationen hätten vor hundert und mehr Jahren nicht anders gehandelt, bot nur eine scheinbare Rechtfertigung; denn die geschichtliche Entwicklung hatte eben im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bereits eine Stufe erreicht, auf der das deutsche Schicksal

mit dem Europas zu eng verbunden war, als daß sich auf Kosten Europas für Deutschland echte, bleibende Erfolge hätten erringen lassen.

Als Hitler die Regierung übernahm, hatte die Revision des Versailler Vertrags schon bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 hatte praktisch das Ende der Reparationszahlungen gebracht, und mit dem Beschluß der Abrüstungskonferenz vom 11. Dezember des gleichen Jahres war Deutschland grundsätzlich die Gleichberechtigung in Rüstungsfragen zugestanden worden. Gewiß hätte es gerade auf diesem Feld noch vieler Zeit und Geduld bedurft, um zu konkreten Folgerungen zu gelangen; doch waren die Aussichten gut, zumal sich Frankreichs Stellung wegen seiner unzugänglichen Haltung und der Einstellung seiner Schuldentilgung bei Amerika merklich verschlechtert hatte.

Nachdem Hitler am 17. Mai 1933 zunächst eine sehr maßvolle außenpolitische Rede gehalten hatte, die auf eine entsprechende Beteiligung an den internationalen Konferenzen hoffen ließ, verkündete er am 14. Oktober brüsk Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund. Doch hatte er gleichzeitig beachtliche Verhandlungserfolge mit zwei Mächten aufzuweisen, mit denen sich zu verständigen man gerade dem Dritten Reich am wenigsten die Bereitschaft zugetraut hätte. Am 20. Juli wurde das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl geschlossen und am 15. November erfolgten die ersten Verlautbarungen über eine deutsch-polnische Annäherung, die dann im Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 gipfelte. Besonders die überraschende Verständigung mit Polen, dem einzigen Land, mit dem sich die Weimarer Republik in ersten Spannungen befunden hatte, schien einen Zweifel an Hitlers Friedenswillen nicht ohne weiteres zu gestatten, wenn er auch offenbar eigene Wege gehen wollte. Übrigens demonstriert dieser Vertrag, welchen Kredit das deutsche Volk „nationalen Männern“ unbesehen einzuräumen bereit war. Eine demokratische Regierung, die eine Verständigung mit Polen hätte wagen wollen, was einen Verzicht auf den Korridor einschloß, wäre zerrissen worden, und allen voran hätte sich Hitler nicht genug tun können, einen solchen „Verrat“ und „Ausverkauf“ der deutschen Interessen anzuprangern.

Ein Grundzug von Hitlers außenpolitischer Taktik zeichnete sich in diesen Monaten bereits ganz deutlich ab: er scheute alle mehrseitigen

internationalen Bindungen, Pakte und Institutionen, bei denen er es mit einer Reihe von Partnern zugleich zu tun hatte und alle getroffenen Abmachungen von mehreren Mächten garantiert wurden. Statt dessen bevorzugte er, mit jeweils nur einem Partner zu verhandeln und zweiseitige Verträge zu schließen, über deren Einhaltung er sich nur immer mit einem Kontrahenten auseinanderzusetzen brauchte. Ein solches Verfahren diente einer Politik, die sich nicht im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft halten, sondern jede Nation einzeln und eine nach der andern aus dieser Gemeinschaft herausbrechen wollte. Hitler hatte damit großen Erfolg; Polen blieb nicht das einzige Land, das er von einer Politik kollektiver europäischer Sicherheit abbrachte, um die sich die westliche Diplomatie vom Sommer 1934 an erneut sehr bemühte. Besonders Frankreich versuchte, unter Einfluß von Deutschland und Rußland im Osten ein ähnliches System von Nichtangriffsgarantien zu schaffen, wie es im Westen mit dem Locarno-Pakt bereits vorhanden war. Hitler entzog sich jedoch diesem Plan, der seine Handlungsfreiheit in Osteuropa eingeschränkt hätte, und wartete vielmehr auf günstige Gelegenheiten, die vertraglichen Bindungen in Westeuropa wieder abzuschütteln.

Die Wiedereinführung der zweijährigen Militärdienstzeit in Frankreich nahm er zum Anlaß, am 16. März 1935 die Rüstungsbeschränkungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag für nichtig zu erklären und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Auf diesen Schritt reagierten England, Frankreich und Italien im April 1935 mit dem Beschluß, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen. Es brauchte aber nur wenige Monate, um diese sogenannte „Stresa-Front“ als ein sehr schwaches Bollwerk zu erweisen und Hitlers Spekulationen auf den Mangel an europäischer Solidarität Recht zu geben. Am 18. Juni 1935 schloß England mit Deutschland ein Flottenabkommen und erkannte auf diese Weise die deutsche Revisionspolitik und den Vertragsbruch an, gegen die es sich eben noch stark gemacht hatte. Es war das der erste Schritt einer Politik des Entgegenkommens, die England bis zur polnischen Krise im Jahre 1939 fortsetzte, und in der ebenso das schlechte europäische Gewissen wegen des Versailler Vertrags wie die Unerfahrenheit im Umgang mit modernen Diktatoren ihren Ausdruck fanden. Jetzt war man bereit, alle Versailler Bestimmungen, die offensichtlich gegen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der

Völker verstießen, revidieren zu lassen. Nachdem man aber den deutschen Staatsmännern, die vor 1933 ehrlich um eine europäische Friedensordnung bemüht gewesen waren, das Leben unnötig schwer gemacht hatte, ebnete man nun einem Mann den Weg, der sich mit der Revision nur die Basis zu viel weiterreichenden Plänen schuf.

Am 3. Oktober 1935 begann Italien seinen Krieg gegen Abessinien. Die Sanktionen, die England und Frankreich mit halbem Herzen verhängten, reichten nicht aus, Italiens Feldzug ernstlich zu gefährden, wohl aber, die guten Beziehungen zwischen den Stresa-Staaten zu trüben und das Ansehen des Völkerbunds schwer zu erschüttern. Dagegen konnte Hitler durch großzügige politische und materielle Unterstützung eine entscheidende Wendung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herbeiführen. Während sich Mussolini bisher allen Ambitionen Hitlers in Südosteuropa entschieden widersetzt und dessen Versuch vereitelt hatte, Österreich 1934 durch einen Putsch zu annektieren, zeigte er seit 1936 für Deutschlands Interesse an Österreich Verständnis. So schuf der Abessinienkrieg die Voraussetzungen für die spätere Bildung der Achse Berlin-Rom und den Anschluß Österreichs.

Zunächst aber bot er Hitler die Möglichkeit, gewissermaßen in seinem Schatten den gewagtesten Schritt seiner ganzen politischen Laufbahn zu machen: Am 7. März 1936 kündigte Hitler das westliche Garantiesystem von Locarno und ließ deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschieren. Der Stand der deutschen Rüstung war damals noch so, daß es keiner gemeinsamen Aktion der Westmächte, sondern nur des energischen Eingreifens Frankreichs allein bedurft hätte, um Hitler zum schimpflichen Rückzug zu zwingen. Das hat dieser später selbst eingestanden und die 48 Stunden nach dem Einmarsch als die aufregendsten seines Lebens bezeichnet. Aber Frankreich konnte sich nicht zur Mobilmachung entschließen, und England tat nichts, es zu ermutigen. Beide Mächte zeigten, daß sie nicht bereit waren, mit Taten für die von ihnen selbst errichtete Ordnung einzutreten, und ließen die letzte Gelegenheit vorübergehen, Hitler mit verhältnismäßig geringem militärischem Einsatz zum Stehen zu bringen. Wer wollte auch den Frieden opfern, nur um Deutschland die freie Verfügung über seine westlichen Grenzgebiete vorzuenthalten! Wer vermochte andererseits die kommende Entwicklung schlüssig genug vorauszusagen, um daraufhin einen Krieg zu beginnen!

Alle Aktionen Hitlers waren damals gleichzeitig Wiederherstellung deutscher Rechte und Vorbereitung einer maßlosen Expansionspolitik; das machte es so schwer, ihnen angemessen zu begegnen. Die Konsequenz der Rheinlandbesetzung war für Frankreich eine schwere Erschütterung seines Bündnisystems, insbesondere der kleinen Entente. Deren Partner zogen düstere Schlüsse auf Frankreichs Bereitschaft, ihnen in der Not beizustehen, da dieses sich nicht einmal zur Verteidigung seiner eigenen Interessen aufraffte. Hitler dagegen hatte sich die Voraussetzung dafür geschaffen, durch den Bau des Westwalls das Reich nach Westen militärisch abzuschirmen und zu sichern.

Hitler nannte das Jahr 1936 selbst einmal „das Jahr der schwersten Entschlüsse“. Das gilt ebenso wie für die Besetzung der entmilitarisierten Zone auch für den im Sommer des Jahres gefaßten Entschluß, die Lösung des Problems des deutschen „Lebensraumes“, wie er es verstand, in Angriff zu nehmen, das heißt: von einer Politik der Spekulation auf die Kriegsfurcht Europas zur aktuellen Vorbereitung eines Krieges überzugehen. Hitler war überzeugt, daß der Bestand des deutschen Volkes nur durch eine beträchtliche Vergrößerung seines „Lebensraumes“ gesichert werden könne, so daß es in keiner Weise von der Zusammenarbeit mit anderen Nationen, insbesondere vom Weltmarkt und dessen Schwankungen abhängig sei. Dieser „Lebensraum“ dürfe nicht in Übersee liegen, wohin feindliche Nationen jederzeit den Zugang abschneiden könnten, sondern müsse unmittelbar an Deutschland anschließen und sei folglich im Osten zu suchen. Hitler war weiter überzeugt, daß Deutschland nicht beliebig Zeit habe, sich auf die Eroberung des „Lebensraumes“ vorzubereiten, sondern die Jahre nützen müsse, in denen die Welt noch nicht ausreichend gerüstet sei, um wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Daher seien die Jahre 1943 bis 1945 der letztmögliche Termin, den unvermeidlichen Krieg zu führen.

Der entscheidende Entschluß, der unter diesen Umständen zu fassen war, betraf nicht das Gebiet der militärischen Rüstung, die sowieso mit aller Energie vorangetrieben wurde, sondern das der deutschen Wirtschaft. Die Verwirklichung des Planes setzte nämlich voraus, für die Jahre vom Beginn des Krieges bis zur möglichen Nutzung der neugewonnenen Gebiete ein Maximum an wirtschaftlicher Autarkie zu schaffen, und sei es um den Preis größter vorübergehender Anspannung und Einschrän-

kung. Dabei ging es nicht so sehr um die Sicherung der Ernährung als um die volle Ausnutzung der deutschen Bodenschätze und die künstliche Erzeugung von Benzin, Gummi und Faserstoffen. Die deutsche Wirtschaft hatte jedoch 1936 den Punkt erreicht, von dem aus unter Beibehaltung eines normalen Außenhandels und bei vernünftiger Berechnung der volkswirtschaftlichen Rentabilität nur noch ein langsamer Fortschritt möglich war und die Gewinnung der notwendigen Autarkie mehr Zeit erforderte hätte, als Hitler angesichts des von ihm als letztmöglich angesehenen Termins zur Verfügung hatte.

Folglich lautete der Entschluß, den Hitler 1936 fassen mußte: den Sprung in eine Wirtschaftspolitik zu wagen, die unter freiwilliger Aufgabe annähernd normaler Verhältnisse zwar eine baldige Kriegführung ermöglichte, jedoch auch eine Vergrößerung des „Lebensraumes“ binnen weniger Jahre unbedingt voraussetzte, sollte sie nicht mit einem Zusammenbruch enden. Das war der Sinn des 1936 verkündeten Vierjahresplans, wie er in den offiziellen Proklamationen zwar nur zwischen den Zeilen zu lesen stand, um so deutlicher aber in Hitlers „Denkschrift zum Vierjahresplan“ ausgesprochen wurde, die mit den Worten schließt: „Ich stelle damit folgende Aufgabe: 1. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Mit der Verwirklichung des Vierjahresplans begann die deutsche Wirtschaft ihre relative Unabhängigkeit von Hitler zu verlieren, dessen Politik sie bis dahin zwar gedient hatte, jedoch unter Wahrung ihrer eigenen Gesetze und Interessen. Unter dieser Voraussetzung hatte Schacht seit 1933 als Reichsbankpräsident beziehungsweise Wirtschaftsminister mit seinem volkswirtschaftlichen Können möglich gemacht, was nur irgend im Bereich des Möglichen lag. Ihm waren zu einem beträchtlichen Teil die erstaunlichen wirtschaftspolitischen Erfolge der ersten Jahre des Dritten Reiches zu verdanken, wobei er zwar nicht immer schulgerecht und gegen das Ausland fair, stets jedoch sachgerecht verfahren war. Ähnlich wie Papen geglaubt hatte, er behalte Hitler durch das Stimmenverhältnis im Kabinett in der Hand, hatte Schacht gemeint, Hitler böte einerseits den Vorteil einer der deutschen Wirtschaft dringend erwünschten stabilen Regierung, während man ihn andererseits ohne Mühe durch die Schranken bändigen könne, die die objektiven Gesetze der Wirtschaft setzen.

Daß Hitler fähig sei, auch gegen jede wirtschaftliche Vernunft und Verantwortung zu handeln und sehenden Auges eine Politik zu treiben, die in der Inflation enden mußte oder nur mit einem Krieg als Ziel vereinbar war, das hat er offensichtlich nicht erkannt oder nicht für möglich gehalten. Als Göring 1936 mit dem Mut des Ignoranten die Verantwortung für den Vierjahresplan übernahm und die entsprechende Wirtschaftspolitik einleitete, mußte es bald zu Reibungen zwischen ihm und Schacht kommen, der eine Weile noch sich bemühte, den alten Kurs beizubehalten, bereits nach einem Jahr aber, im November 1937, das Feld als Wirtschaftsminister räumte.

Innenpolitisch waren Hitlers Bemühungen in den Jahren 1936 und 1937 darauf gerichtet, Deutschlands Potential zu vergrößern, außenpolitisch, Freunde zu finden. Der bedeutende Prestigeerfolg der Olympischen Spiele in Berlin gewann Deutschland im Ausland erstaunlich viel von der Sympathie zurück, die durch Hitlers gewalttätige Politik nach innen und außen seit 1933 verloren gegangen war. Offensichtlich war man auch in weiten Kreisen des Auslandes gern bereit, Hitlers Erfolge zu bewundern, ohne viel nach dem Preis und seinen zukünftigen Plänen zu fragen. Der spanische Bürgerkrieg bot Hitler Gelegenheit, die politische Zusammenarbeit mit Italien zu intensivieren, und die Chance, in Franco einen weiteren Bundesgenossen zu gewinnen, der an Frankreichs Westgrenze beziehungsweise im Hinterland von Englands Gibraltar-Festung unter Umständen nützlich werden konnte.

Im Laufe des Oktober 1936 nahmen die deutsch-italienischen Beziehungen greifbare Formen an, für die Mussolini am 1. November den Begriff „Achse Berlin-Rom“ prägte. Nachdem bereits der Nürnberger Parteitag im September eine betont antibolschewistische Tendenz gehabt hatte, bemühte sich die deutsche Diplomatie in diesem Sinne weiter um die Sympathie der europäischen Nationen. Das Bild Deutschlands als Europas Bollwerk und Vorkämpfer gegen die Weltgefahr des Bolschewismus wurde entwickelt und verfehlte nicht seine Wirkung. Im November 1936 wurde zwischen Deutschland und Japan der Antikominternpakt geschlossen, der offiziell nur der gegenseitigen Information über die Tätigkeit der kommunistischen Internationale vorsah, in einem geheimen Zusatzabkommen jedoch Bündnisbestimmungen gegen Sowjetrußland enthielt.

Die ersten Monate des Jahres 1938 brachten, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, wieder Ereignisse von größter Tragweite: Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, hatte am 12. Januar in zweiter Ehe eine Frau geheiratet, von der schon wenige Tage später bekannt wurde, daß sie früher sittenpolizeilich überwacht worden sei. Er mußte daraufhin sein Amt niederlegen; unter dem frischen Eindruck dieses Skandals konnte jedoch eine Verleumdung des Oberbefehlshabers des Heeres, des Generalobersten von Fritsch, er pflege homosexuelle Beziehungen, nicht von vornherein als unglaubwürdig abgetan werden. Hitler konnte es sich leisten, den Verdacht auch gegen das Angebot des Ehrenwortes des zu Unrecht Beschuldigten aufrechtzuerhalten. Dieser ließ sich eine unwürdige Gegenüberstellung mit einem mehreremale einschlägig vorbestraften Zuchthäusler bieten und willigte in Verhöre durch die Gestapo ein, die bis dahin keinerlei Befugnisse im Bereich der Wehrmacht gehabt hatte. Er wurde schließlich von Hitler entlassen, ehe noch eine kriegsgerichtliche Entscheidung gefallen war.

Das Ergebnis der Krise, zu der Blomberg den äußeren, von Hitler geschickt genutzten Anstoß gegeben hatte, war, daß die politisch bereits gleichgeschaltete Wehrmacht nun auch ihre fachlich-militärische Selbständigkeit verlor. Hitler machte sich selbst zum Oberbefehlshaber und designierte sich für das Amt des Feldherrn in einem kommenden Krieg. Die Ministerialinstanz des Reichskriegsministeriums wurde abgeschafft; das neu errichtete „Oberkommando der Wehrmacht“ war Hitlers militärischer Stab, eine bloße Fachinstanz ohne eigene Verantwortung. Zugleich mit diesen Entscheidungen wurde am 4. Februar 1938 die Ernennung Ribbentrops, des bisherigen Sonderbeauftragten des Führers für außenpolitische Angelegenheiten, zum Reichsaußenminister bekanntgegeben, eines Hitler ergebenen Gefolgsmannes ohne Fähigkeit und Willen zu eigenem Entwurf. Damit kam auch der deutsche diplomatische Dienst unter Hitlers unmittelbarem Einfluß.

Schließlich fand am 7. Februar 1938 der zurückgetretene Schacht in Funk einen Nachfolger als Wirtschaftsminister. Welches geringe Maß an Einfluß diesem Manne zugeordnet war, ist daraus zu ersehen, daß er in sein Amt nicht eher eingeführt wurde, als bis der Beauftragte für den Vierjahresplan, Göring, das Ministerium neu organisiert hatte. Auch

auf dem Gebiet der Wirtschaft wurde also die verantwortlich handelnde Regierungsinstanz zur ausführenden Verwaltungsinstanz degradiert, während die eigentlichen politischen Entscheidungen auf den Sonderbeauftragten des Führers übergingen. Hier zeigt sich bereits deutlich die Tendenz, Macht und Einfluß der traditionellen Verwaltung zu beschneiden, die sich von nun an von Jahr zu Jahr stärker durchsetzte. Alle Ministerien machten ähnliche Schwundprozesse durch, ganz besonders das Innenministerium zugunsten der SS, aber zum Beispiel auch das Kultusministerium zugunsten der HJ und das Arbeitsministerium zugunsten des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, des Gauleiters Sauckel.

Nach den Entschlüssen von 1936 und den Ereignissen vom Januar und Februar 1938 stand der am 12. März des gleichen Jahres vollzogene Anschluß Österreichs an das Reich, obgleich er auch von vielen nicht-nationalsozialistischen Deutschen als Erfüllung einer alten Sehnsucht begrüßt und vom Ausland als Vollzug eines lange vorenthaltenen Rechts hingenommen wurde, doch schon unter den Auspizien einer Aggressionspolitik, die den wahren Interessen der Nation nicht entsprach. Am 12. Februar hatte eine Begegnung zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg stattgefunden, in deren Verlauf sich der österreichische Bundeskanzler gezwungen sah, dem sogenannten Berchtesgadener Abkommen zuzustimmen, das eine enge außenpolitische und militärische Bindung Österreichs an Deutschland und Anteil der österreichischen Nationalsozialisten an der Regierung vorsah. Als Schuschnigg am 8. März versuchte, durch eine kurzfristig anberaumte Volksabstimmung die Unabhängigkeit seines Landes zu retten, wurde er am 11. März von Hitler zum Rücktritt gezwungen, und noch in der darauffolgenden Nacht begannen deutsche Truppen, Österreich zu besetzen. Über dem Jubel der österreichischen und der Befriedigung der deutschen Bevölkerung wogen die Bedenken gegen die von Hitler angewandten Methoden und die Sorge vor seinen weiteren Schritten gering.

Durch seinen Erfolg ermutigt, begann Hitler sofort eine Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei vorzubereiten. Bereits Ende März 1938 wies er Konrad Henlein, den Führer der „Sudetendeutschen Partei“ an, bei seinen Verhandlungen mit der Prager Regierung immer so viel zu fordern, daß er nicht zufriedengestellt werden könne. Die internatio-

nale Konstellation war für Hitler günstig: Da England zu verstehen gab, daß es gegenüber Prag keine Verpflichtungen eingehen wolle, mußte Frankreich die Erfüllung seiner bestehenden Verpflichtung weitgehend davon abhängig machen, ob es auf Rußlands Hilfe rechnen durfte. Rußland aber hätte, um eingreifen zu können, durch polnisches und rumänisches Gebiet marschieren müssen, was diese beiden Länder nicht gestatten wollten. So sah sich die Prager Regierung ziemlich auf sich selbst gestellt. Als jedoch die Lage bereits aufs äußerste zugespitzt war, bemühte sich der englische Premierminister Chamberlain durch persönliches Eingreifen um einen Ausgleich. Er versuchte einerseits von Hitler die Bedingungen zu erfahren, unter denen dieser auf eine militärische Aktion verzichtete, die das Ende des tschechischen Staates und womöglich einen europäischen Krieg bedeutet hätte, und andererseits die Tschechen zur Annahme solcher Bedingungen zu veranlassen. Hitler ließ sich jedoch in seinen Forderungen nicht definitiv festlegen und erschwerte jede sachliche Diskussion durch gesteigerte Ungeduld und Empfindlichkeit: „300 Sudetendeutsche sind getötet worden, und das kann nicht so weitergehen, das muß sofort geregelt werden. Ich bin entschlossen, das zu regeln; es ist mir gleichgültig, ob es einen Weltkrieg gibt oder nicht“, rief er während seiner ersten Konferenz mit Chamberlain auf dem Obersalzberg am 15. September aus. Chamberlain erklärte sich bereit, der Prager Regierung die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zu empfehlen. Als er aber zu Beginn seines zweiten Zusammentreffens mit Hitler am 22. September in Bad Godesberg mitteilte, die Tschechen hätten sich entschlossen, Hitlers Forderungen anzunehmen, stellte dieser neue Bedingungen bezüglich der Modalitäten und des Tempos der Übergabe der zugestandenen Gebiete. Er wollte die Tschechoslowakei ganz beseitigen; und je mehr Zugeständnisse man ihm machte, um das zu verhindern, desto gereizter wurde er. Seine neuen Bedingungen faßte er schließlich in einem ultimativen Memorandum zusammen. Das wurde von Prag abgelehnt, und damit schien der Weg zu einer gewaltsamen Lösung des Konfliktes frei.

Da gelang es den Engländern in letzter Minute, Mussolini einzuschalten, dessen erneute Vermittlungsbemühungen Hitler nicht zu torpedieren wagte. So kam die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September zustande, auf der auch Hitlers neue Forderungen im wesentlichen

angenommen wurden. Europa atmete auf. Der Krieg war noch einmal vermieden worden, und man machte sich Hoffnungen, daß Hitler nun saturiert und der Friede auf Jahre hinaus gesichert sei.

In Deutschland waren die Warner vor einer verantwortungslosen Hasardpolitik wieder einmal ins Unrecht gesetzt worden. Hitler hatte offenbar besser gewußt, wieviel man Europa zumuten konnte; und wer ihm seinen völligen Mangel an europäischem Solidaritätsgefühl hätte vorwerfen wollen, dem wäre etwa das Verhalten Polens entgegengehalten worden, das sich verleiten ließ, die günstige Gelegenheit zu benutzen und am 10. Oktober das Teschener Gebiet von der Tschechoslowakei zu vereinnahmen. Hitler hatte erneut gezeigt, welche Erfolge das bedenkenlose Wagnis bringen kann, und das Glück war ihm selbst in scheinbar ausweglosen Situationen günstig. Er gewann dadurch auch bei vielen nüchtern denkenden Deutschen einen Ruf der Unfehlbarkeit und einer ans Wunderbare grenzenden Urteilsfähigkeit, die jeder Kritik der gemeinen Vernunft überlegen zu sein schien. Das wirkte noch in der Zeit der schwersten Mißerfolge und offensichtlichen Fehlentscheidungen nach; es lähmte die Initiative und den Mut zum Widerstand und verhinderte auch in ganz hoffnungslosen Situationen die Bildung einer allgemeinen Überzeugung, daß Deutschland ins Unglück gesteuert werde. Das Geheimnis von Hitlers Erfolgen war, daß er den besonderen Zweck, dem er sich jeweils zuwandte, und die damit verknüpften Gesichtspunkte seines Rechtes derart verabsolutierte, daß er schlechthin alles dafür aufs Spiel zu setzen bereit war. Das gab ihm die Kraft unerhörter Entschlossenheit. Für jeden Teilzweck wagte er das Ganze, und solange seine Gegner den gleichen Einsatz scheuten, um ihn an der Durchsetzung seiner Zwecke zu hindern, blieben sie ihm unterlegen. Hitler sah die Welt durch das Medium seines jeweiligen Zwecks; worauf er seinen Willen gerade richtete, das verstand er gleichsam zum Angelpunkt der Welt zu erheben, demgegenüber die wirklichen Verhältnisse bedeutungslos zu werden schienen. Je mehr sich aber diese Wirklichkeit schließlich doch geltend machte, um so unentrinnbarer besiegelte die gleiche Kraft, die als unbeirrbarer Wille Deutschlands Aufstieg bewirkt hatte, als Monomanie und gegenstandslose Illusion den Untergang des Reiches.

Bereits am 17. Dezember 1938 erteilte Hitler der Wehrmacht die Weisung, die Besetzung der „Rest-Tschechei“ vorzubereiten, an der er sich

noch in seiner Rede vom 26. September als uninteressiert bezeichnet hatte („Wir wollen gar keine Tschechen!“) und deren Fortbestand die Voraussetzung aller Münchener Vereinbarungen gewesen war. Die zum Handeln notwendige kritische Situation war verhältnismäßig leicht durch Forcierung der slowakischen Selbständigkeitsbestrebungen herbeizuführen. Am 14. März 1939 erklärte die Slowakei unter deutschem Druck ihre staatliche Unabhängigkeit, und noch am gleichen Tage wurde der tschechoslowakische Staatspräsident Hacha nach Berlin beordert. Als Vertreter eines zerbrochenen Staates, ohne Rückendeckung bei den europäischen Mächten blieb ihm keine andere Wahl, als der diktierten Erklärung zuzustimmen, er lege das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches. Noch ehe das geschehen war, hatten die deutschen Truppen bereits den Marsch auf Prag begonnen. Einige Tage später nötigte Hitler Litauen zur Rückgabe des Memelgebietes, die schon seit einigen Monaten vorbereitet worden war.

Die Einverleibung der Tchechoslowakei war verhältnismäßig leicht und risikolos möglich geworden, da keine der an der Münchener Konferenz beteiligten Mächte die zugesagte Garantie für den bereits tödlich amputierten und Deutschland ohnehin politisch ausgelieferten Staat gegeben hatte. Und doch führte gerade die Besetzung Prags zu einer politischen und geschichtlichen Wende. Denn jetzt hatte Hitler den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den er bisher als kardinalen Rechtstitel seiner eigenen Politik benutzt hatte, selbst eklatant verletzt. Die Weltöffentlichkeit fand sich endgültig darüber belehrt, daß es Hitler nicht nur um eine vernünftige Revisionspolitik ging, daß er nicht zu seinem gegebenen Wort stand, sich an Verträge nicht gebunden fühlte und Verhandlungen nur als Mittel der Nötigung oder der Beschaffung von Alibis vor der Geschichte betrachtete. Er hatte zu einem außenpolitischen Amoklauf ohne Beispiel angesetzt, unter dauernder Verletzung der Grundlagen europäischer Politik, für welche Gewaltanwendung wohl nach wie vor die ultima ratio, nicht jedoch der Entwurf von vornherein war.

Die gleiche englische Regierung, die bisher Hitlers Argumente für schwerwiegend genug gehalten hatte, um eine europäische Politik des Entgegenkommens zu befürworten, ergriff jetzt die Initiative zur Politik der Festigkeit. Sie scheute nicht mehr die Risiken und Gefahren eines

Krieges, um den nicht abzusehenden Ambitionen eines unberechenbaren Partners eindeutige Grenzen zu setzen. Übrigens wurde die Besetzung Prags selbst von vielen Nationalsozialisten als ein Bruch und eine Enttäuschung, ähnlich wie die Ereignisse des 30. Juni 1934, empfunden. Denn Hitler hatte damit das Prinzip des völkischen Staates verlassen, das von vielen seiner Anhänger als Leitbild ernst genommen wurde und ihnen bisher auch angesichts zweifelhafter politischer Methoden ein gutes Gewissen erhalten hatte.

Die Erfahrungen der Engländer mit Hitlers Außenpolitik in den Jahren 1935 bis 1939 sind eine der Wurzeln für die Kompromißlosigkeit, mit der sie den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation führten, welche angesichts der Unfähigkeit Hitlers zu wirklicher Verständigung und ehrlicher Zusammenarbeit eine begriffliche Forderung war, auch wenn es seit 1945 manchen Anlaß gegeben hat, sie zu bereuen.

Eine andere Wurzel waren Vorgänge innerhalb Deutschlands, die die Grundlagen menschlicher Gesittung in einem Ausmaß verletzten, daß sie nicht mehr als interne Angelegenheit des Reiches den anderen Nationen gleichgültig sein konnten und durften. Der nationalsozialistische Antisemitismus und die Verfolgung der Juden im Dritten Reich gingen auf Triebkräfte zurück, die jenseits aller guten und bösen Kategorien der Politik und außerhalb des Horizonts mitmenschlicher Beziehungen liegen. Hier wurde einer Gruppe Menschen das Menschsein aberkannt. Der Jude war nicht bloß der Feind, den man bekämpft, nicht bloß der verhaßte Mitmensch, mit dem man das Menschsein noch teilt, selbst wenn man an ihm zum Mörder wird, sondern er war einerseits die Inkarnation des Teufels mit aller dazugehörigen unheimlichen Macht, andererseits der Schädling und Krankheitserreger im Volkskörper, der abgetötet werden mußte. Der Antisemitismus erwies sich im eigentlichen Sinne des Wortes als negative Religion, die vom Glauben an den Teufel her konzipiert ist. Die Judenverfolgung glich der Schädlingsbekämpfung, einer Art Desinfektion, die konsequent aller menschlichen Bezüge zu den Opfern entkleidet war.

Diejenigen, die sie veranlaßten und ausführten, waren davon in keiner Weise mitmenschlich berührt oder wollten es wenigstens nicht sein. Doch liegt es in der Logik der Sache, daß sie sich dadurch selbst der Möglichkeit mitmenschlichen Bezugs beraubten. Denn mit Menschen die fähig

waren, anderen die Basis mitmenschlicher Beziehungen abzuerkennen, konnte man keinen Waffenstillstand und Vertrag schließen, sondern mußte sie zur bedingungslosen Kapitulation zwingen. Daß diese auf das ganze deutsche Volk ausgedehnt wurde, ist nur die andere Seite der tragischen Verstrickung, daß der Initiator der Unmenschlichkeit nicht nur diesem Volk angehörte, sondern auch mit Erfolg die Anerkennung der Identität seines Willens mit dem Willen des Volkes usurpiert hatte.

Die biologische Vernichtung der Juden wurde durch fortschreitende Verschlechterung ihrer sozialen Stellung sowie eine allmähliche Veränderung des politischen Klimas und die daraus resultierende Abstumpfung des Volkes gegen das jüdische Schicksal vorbereitet. Die Judenpolitik der ersten Jahre des Dritten Reiches hatte einen vorsichtigen Kurs zwischen radikalen Tendenzen und erzwungenen Rücksichten zu steuern. Während bereits einer radikalen Rufmordpropaganda freier Lauf gelassen wurde, erfolgte die „amtliche“ Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben noch in verhältnismäßig korrekten Formen. 1935 schufen die „Nürnberger Gesetze“ die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Isolierung der Juden, womit die Möglichkeiten der Verfolgung auf notdürftig legalisierbare Weise bereits erschöpft waren.

Der nächste sehr wichtige Schritt wurde erst im Zusammenhang mit der 1936 einsetzenden Anomalisierung des öffentlichen Lebens möglich: Wenige Wochen nachdem die Münchener Konferenz noch einmal den Frieden gerettet hatte, wurde die Ermordung des Gesandtschafrates vom Rath durch einen Juden zum Anlaß für den Pogrom vom 8. und 9. November 1938 genommen, dem ein Hagel von Gesetzen und Verordnungen folgte, die die Juden von einer ihnen tödlich feindlichen Herrschaft abhängig machten. Insbesondere wurden sie jetzt aus ihren Stellungen in der Wirtschaft verdrängt, in der man sie während der Periode von der Politik relativ unabhängigen und normalen Wirtschaftslebens ziemlich schwer hatte angreifen können. Nun aber waren die Juden so tief gestellt und der Öffentlichkeit so weit entrückt, daß ihr endgültiges Verschwinden kein großes Aufsehen mehr erregen konnte. Die planmäßigen Tötungen begannen während des Feldzuges gegen Rußland, um schließlich in den berüchtigten Vernichtungslagern des Ostens industrieformig systematisiert zu werden. So wurde ein Gedanke verwirklicht, den Hitler bereits 1924 einmal äußerte, als er in „Mein Kampf“ (S. 772)

schrrieb: „Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerttet.“

Ohne nach der Annexion der Tschechoslowakei auch nur eine kurze Pause einzulegen, in der Europa vielleicht die Illusion hätte nähren können, daß Hitlers Ansprüche nunmehr befriedigt waren, wandte dieser sein Interesse Polen zu und ließ dem polnischen Botschafter in Berlin am 21. März deutsche Vorschläge zur Lösung der Danzig und den Korridor betreffenden Fragen übermitteln. Diesmal war Englands Reaktion eindeutig: Am 31. März gab Chamberlain zugleich im Namen Frankreichs eine Garantieerklärung für Polen ab. Dies geschah nicht ohne die ausdrückliche Anerkennung, daß Deutschland gegenüber Polen noch berechnete Revisionsforderungen habe; es gebe jedoch keine Frage, die die Rechtfertigung böte, Drohung mit Gewalt an die Stelle der Methode der Verhandlung zu setzen. Hitlers Antwort war die Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935 sowie des Paktes mit Polen von 1934 und der Abschluß eines Militärbündnisses mit Italien.

Im Laufe der sich nunmehr vollziehenden Frontbildung bemühten sich beide Seiten um die Sowjetunion. England und Frankreich hatten bereits nach Überwindung großer diplomatischer Schwierigkeiten eine vorläufige Einigung mit Moskau erzielt, als die Russen das Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien forderten, das zuzugestehen sich diese Länder nicht entschließen konnten. Auf deutscher Seite hatte man ähnliche Skrupel nicht, und so unterzeichnete Ribbentrop am 23. August im Krenl den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, in dessen geheimem Zusatzprotokoll Finnland, Letland, Estland, Bessarabien und der östliche Teil Polens als russische Interessensphäre anerkannt wurden. Nur um seinen Willen gegen Polen durchzusetzen, scheute sich Hitler, der „Vorkämpfer Europas gegen den Bolschewismus“, nicht, einen wesentlichen Bestandteil seiner Ideologie zu desavouieren und gemein-europäische Interessen ebenso wie die einer deutschen Politik auf weite Sicht zu opfern.

Er lieferte nicht nur einige kleine europäische Staaten und Volksgruppen der politischen Willkür Moskaus aus, sondern zerstörte damit auch den Schutzgürtel, den sie gebildet hatten, und öffnete so dem Sowjetstaat den Weg nach Europa.

Hitler wollte, von Westeuropa ungestört, im Osten freie Hand haben und als Gegenstück zu seiner Politik der zweiseitigen Verträge auch gewissermaßen „zweiseitige“ Kriege führen. Sein Problem war nicht, ob er einen Krieg gegen Polen vermeiden, sondern ob er England und damit auch Frankreich aus dem Krieg heraushalten könne. Wenn er aber gehofft hatte, das durch seinen Abschluß mit Moskau zu erreichen, sah er sich getäuscht: England bekräftigte am 25. August seinen bisherigen Kurs durch einen formellen Beistandspakt mit Polen. Am gleichen Tage ließ Mussolini mitteilen, daß Italien nicht kriegsbereit sei. Unter dem Eindruck solcher Nachrichten widerrief Hitler den bereits für den 26. August gegebenen Angriffsbefehl und knüpfte neue Verhandlungen mit England an, das sich bereit zeigte, auch die allerletzte Chance zu nutzen, den Frieden zu retten — im Gegensatz zu Polen, das in Überschätzung seiner Kräfte nicht alles versuchte, eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern. Doch auf die von Hitler vorgeschlagene „Verständigung“ auf Kosten Polens, und damit letzten Endes Europas, ließ England sich nicht ein, und so eröffnete Hitler am 1. September den Angriff, immer noch des Glaubens, die Westmächte würden, wenn er erst einmal vollendete Tatsachen geschaffen habe, sich auch diesmal damit abfinden.

Nach der Serie der siegreichen „Blitzkriege“ gegen Polen, Dänemark und Norwegen, Belgien, Holland und Frankreich war Hitler auf der Höhe zwar noch nicht seiner Macht, wohl aber seines Triumphes und ungetrübten Erfolges angelangt. Die Folgen von Versailles waren beseitigt, und die Schande der Kapitulation von 1918 durch einen glänzenden Feldzug getilgt. Die Nation schien einen Gipfelpunkt ihrer Geschichte erreicht zu haben. Es ist von großer Bedeutung, daß sich bereits in dieser Zeit, in der von einem äußeren Niedergang des Reiches nicht im entferntesten die Rede sein konnte, deutliche Symptome einer beginnenden Auflösung des Staatsgefüges und der Einheit der Nation von innen her abzeichneten, und das nationalstaatliche Denken, bisher unbestrittenes principium generale aller Politik, erschüttert wird. Dies geschah teils unter der Einwirkung von Hitlers anarchischen Vorstellungen von Poli-

tik, beziehungsweise des ihm trotz aller preußischen Phraseologie mangelnden Sinnes für das Wesen des Staates, teils in der Konsequenz der nationalsozialistischen Ideologie selbst, schließlich aber auch gleichsam in der Trift ganz allgemeiner Strömungen unserer Zeit, denen sich kein bewußter Wille zu entziehen vermag.

Die Partei hatte von vornherein den Anspruch erhoben, allein und ausschließlich den politischen Willen des deutschen Volkes zu repräsentieren und ihr Recht in keiner Weise vom Recht des Staates abzuleiten, sondern aus sich selbst heraus zu entwickeln. Damit war im Prinzip bereits die Souveränität des Staates relativiert und sein Verhältnis zum Staatsvolk problematisch geworden. Das Verhältnis von Partei und Staat wurde ursprünglich so gedacht, daß die Partei die politische Führung und Initiative hätte, dem Staat dagegen die Verwirklichung der Weisungen überlassen sei, die die Partei in großen Zügen gab. Dieser Modus scheiterte jedoch an der Eigenständigkeit der staatlichen Bürokratie, deren Gefüge nicht nur, wie die Nationalsozialisten gemeint hatten, ein Apparat zur Ausführung beliebiger Befehle war, sondern sich als eine bis in die Einzelheiten auf rechtsstaatliche Verwaltung zugeschnittene Rechtsordnung erwies. Je deutlicher das wurde, desto weniger beschränkte sich die nationalsozialistische Bewegung darauf, sich die politisch wichtigen Entscheidungen vorzubehalten, sondern zog mit der Zeit staatliche Hoheitsfunktionen an sich. Sie bildete außerstaatliche Exekutivorgane, die von vornherein auf Hitlers politische Pläne und Methoden abgestellt waren.

Das weitaus wichtigste Beispiel dafür bietet die SS. Sie entwickelte aus ihrem Führungsstab eine neue Bürokratie, der mehr und mehr staatliche Kompetenzen und an sich dem Staat vorbehaltene Rechte übertragen wurden. Der Sinn dieser neuen Verwaltung findet sich in einem Brief des Chefs des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes vom Frühjahr 1939 ausgedrückt, wo es heißt: „Da nach meiner Ansicht das Siedlungsproblem, besonders außerhalb der alten Reichsgrenzen, in erster Linie ein politisches ist, kommt für die Bearbeitung desselben m. E. auch nur eine politische Organisation — also die SS — in Frage und nicht die Ministerialbüros, die sich bisher zur Durchführung politischer Aufgaben weitgehend als ungeeignet erwiesen haben.“

Der erste und zugleich wichtigste Fall der Übernahme „politischer Auf-

gaben“ durch die SS liegt auf dem Gebiet der Polizei, insbesondere der politischen Polizei. Im Sommer 1936 wurde die Stelle eines Chefs der deutschen Polizei geschaffen und mit der des Reichsführers SS institutionell verbunden. Auf diese Weise verlor der Reichsminister des Innern nicht nur de facto, sondern auch de jure die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die Polizei, die gewissermaßen entstaatlicht wurde. Es begann ein Prozeß des Abbaues der Kompetenzen des Innenministers zugunsten der SS, dessen weitere Stationen die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes und die Ernennung des Reichsführers SS zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ und dessen Ende die Übernahme des Reichsinnenministeriums selbst durch den Reichsführer SS im Sommer 1943 war.

Doch auch die staatliche Verwaltung als solche erfuhr im Laufe der Jahre eine tiefgreifende Umgestaltung durch die Verabsolutierung der Stellung und Macht Hitlers als Führer. Dieser wurde schon in den letzten Jahren vor dem Krieg als alleiniger Repräsentant des Gemeinwillens und mithin eigentlicher Inhaber der Souveränität angesehen, von dessen umfassender Führergewalt sich alle hoheitliche Gewalt in Staat und Partei ableitete. Seine Aufgabe war nicht mehr, im Rahmen der Gesetze zu regieren, sondern seinen politischen Willen auf jede ihm geeignet erscheinende Weise zu verwirklichen. Eines seiner Instrumente war die staatliche Verwaltung, deren Rechtmäßigkeit nicht mehr darin gesehen werden sollte, daß sie im Rahmen der Gesetze handelte, sondern darin, daß sie den politischen Willen der Führung verwirklichte.

Ein bezeichnender Zug der absolutistischen Führerverfassung war, daß der Führer bestimmte einzelne Aufgaben der Kompetenz des an sich zuständigen Verwaltungszweiges entzog und Sonderbeauftragten übertrug, die ihm unmittelbar unterstellt und allein verantwortlich waren. Auf diese Weise wurde in einer Unzahl von Fällen ein verwaltungsrechtlicher Ausnahmezustand geschaffen, was mit der Zeit zu einem Wirrwarr einander überschneidender und aufhebender Zuständigkeiten führte. Besonders in den letzten Kriegsjahren hat es sich sehr gerächt, daß man der raschen, von der bürokratischen Prozedur nicht behinderten Förderung gewisser Einzelzwecke zuliebe einen Organismus durchlöchert hatte, der dem Ganzen auf lange Sicht zu dienen bestimmt gewesen war. Wo er es gerade brauchte, löste Hitler die Rechtsordnung des Staates ohne Be-

denken auf und erließ neue Gesetze, wie es seine Zwecke jeweils erforderten. So gab er ständig den Anstoß zu neuer Gestaltung, ohne jedoch Zeit zur Ausformung des Neuen zu lassen. Jeder Ansatz zur Durchbildung eben geschaffener Institutionen wurde binnen kurzem unter dem Diktat wieder anderer Zwecke erstickt; wo sich neues Verfassungsrecht bilden wollte, wurde es bald um kurzfristiger Interessen des Tages willen überholt, und der Widersprüche und Unklarheiten wurden auf diese Weise immer mehr. Die innere Entwicklung des nationalsozialistischen Staates bewegte sich nicht auf das Ziel eines ausgeklügelten rationalisierten Apparates, sondern auf ein organisiertes Chaos zu; und das mit unerbittlicher Konsequenz, weil Hitler ebenso total wie in der Setzung seiner Zwecke auch rücksichtslos im Einsatz des Staates und Volkes dafür war.

Die Störung der nationalen Einheit des deutschen Volkes war zunächst in der Existenz einer Partei begründet, die ihren Willen als den Willen der Nation schlechthin ausgab und für ihre Ideologie amtliche Gültigkeit und Allgemeinverbindlichkeit beanspruchte. Indem die Zustimmung zu den Anschauungen und Taten der Partei oder deren Ablehnung mit dem Bekenntnis zur beziehungsweise dem Verrat an der Nation gleichgesetzt wurden, schuf man gerade für viele national denkende Menschen eine schwere Gewissensbelastung und bewirkte eine Aufspaltung des Volkes. Die Nationalsozialisten stempelten ganze Gruppen von Deutschen zu weltanschaulichen Gegnern, mit denen sie nicht mehr Gemeinschaft empfanden als mit den Nationen, gegen die sie Krieg führten. „Dieser Krieg ist ein weltanschaulicher Krieg“, lautete eine viel zitierte Parole, in deren Konsequenz der äußeren Front die sogenannte innere Front gegen die Feinde des Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde. Diese Front lief quer durch die Nation. Mit den Nationalsozialisten anderer Länder dagegen fühlte man sich enger verbunden als mit den Nicht-Nationalsozialisten des eigenen Volkes.

Symptomatisch für die Überschreitung des Rahmens nationalen Denkens war der nach dem Frankreichfeldzug beginnende Aufbau der „Germanischen SS“, in der Angehörige anderer europäischen Nationen die gleichen Rechte wie die deutschen Soldaten erhielten, wenn sie sich als Nationalsozialisten oder wenigstens als Feinde des Bolschewismus bekannten und gewissen von der SS gestellten rassischen Anforderungen genühten. In diesen von einer kleinen ideal gesinnten Führergruppe auf-

gebauten Verbänden fanden sich ohne Zweifel Ansätze europäischen Denkens, die allerdings bald wieder erstickt und den Erfordernissen des Tages geopfert wurden. Denn die oberste nationalsozialistische Führung war weit davon entfernt, ein positives Konzept europäischer Politik zu besitzen und betrachtete die Völker ihres Machtbereiches nur als Unterworfenen, die auf mehr oder minder offene Weise auszunutzen waren — und sei es als Kanonenfutter an der russischen Front.

Das rassebiologische Denken, das anfangs eine Übersteigerung nationalen Denkens zu sein schien, erwies sich bald als dessen Antithese. Mehr noch als die Ideologie zog die Rasse unübersteigbare Grenzen quer durch die Nation. Das wird an der Judenverfolgung am deutlichsten, der zahllose Menschen zum Opfer fielen, die Deutschland über alles liebten. Der Rasse nach Jude zu sein wog schwerer, als der Nationalität, der Kultur und dem Bekenntnis nach Deutscher zu sein. Wie das materialistisch-biologische Prinzip das politisch-nationale allmählich verdrängte, ist an der Behandlung der jüdischen Frontkämpfer des ersten Weltkrieges zu beobachten, die anfangs wegen ihrer nationalen Verdienste in mancherlei Beziehung von den Verfolgungsmaßnahmen verschont blieben, später aber als Juden wie die anderen auch behandelt wurden. Wagte im zweiten Weltkrieg einer von ihnen, seine alten Orden anzulegen, dann galt das als freche jüdische Provokation.

Eine in ihren Ausmaßen wie in ihren Motiven ungeheuerliche Verletzung nationalen Interesses von historischer Tragweite war die seit 1939 erfolgende Umsiedlung der Deutschen aus Südtirol, Estland, Lettland, Wolhynien, Bessarabien, der Bukowina und Dobrußda. Bedenkenlos wurden hier jahrhundertealte Positionen des Deutschtums den Bedürfnissen tagespolitischer Taktik geopfert, sei es in Südtirol, um sich der Freundschaft Mussolinis zu versichern, sei es in den Ostgebieten, um von Rußland durch die Zubilligung einer Einflußsphäre die Duldung des Krieges gegen Polen zu erkaufen. Um kurzfristiger Vorteile willen leitete man die Liquidation des Deutschtums in Osteuropa ein, die dann von den Russen vollendet wurde. Sofern man es dabei offiziell als Idealziel deutscher Volkstumspolitik hinstellte, den Volkskörper so zu arrondieren, daß keine Restbestände mehr außerhalb der Grenzen blieben, war das eine dilettantische Vorstellung, die allein schon im Rahmen einer nationalsozialistischen Politik der Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten

unbegreiflich war. Am meisten erschreckend aber ist, daß ursprünglich ein Motiv ganz anderer Art noch vor dem Krieg und vor dem Pakt mit Rußland zu dem Entschluß führte, eine Umsiedlungsaktion größten Stiles einzuleiten.

Der Organisator der Umsiedlung, SS-Obergruppenführer Greifelt, legte dieses Motiv in einer Rede dar, die er Anfang 1939 in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reichsführers SS für Angelegenheiten des Vierjahresplanes hielt. Greifelt, dessen Aufgabe es damals war, das für die 1936 eingeleitete Autarkiepolitik notwendige „Menschenmaterial“ zu beschaffen, stellte in seiner Rede den außerordentlichen Mangel an Arbeitskräften dar, der im Falle einer Mobilisierung noch erheblich zunehmen werde, wegen der Knappheit an Devisen jedoch nicht durch Anwerbung ausländischer Arbeiter gedeckt werden könne. In dieser Zwangslage, so führte er aus, seien die 30 Millionen Reichs- und Volksdeutsche im Ausland, die jetzt ihre Kraft fremden Staaten zur Verfügung stellten, die naturgegebenen Reserven, die nunmehr zur Befriedigung des Kräftebedarfes des Reiches erschlossen würden. Der Führer habe bereits den Reichsführer SS beauftragt, die Umsiedlungsaktion einzuleiten. — Die Notwendigkeit, für eine auf Krieg abgestellte Autarkiewirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen, war also für die nationalsozialistische Führung Grund genug, einen für das Leben der Nation so einschneidenden Entschluß wie die Dezimierung des Deutschtums im Ausland zu fassen.

Selbstverständlich behielt der Nationalsozialismus bis zuletzt extrem nationalistische Züge: er barg jedoch, wie sich gezeigt hat, auch Kräfte in sich, die in ganz anderem Sinne wirkten, die nicht nur den Horizont staatlichen und nationalen Denkens sprengten, sondern darüber hinaus Staat und Nation zu zerstören begannen und Deutschland in schwere Schuld verstrickten. Deshalb wäre nichts abwegiger, als wenn man sich heute ausgerechnet aus nationalen Gründen verpflichtet fühlte, das Dritte Reich zu verteidigen. Ebenso falsch wäre es allerdings auch, aus den Erfahrungen jener Jahre eine Rechtfertigung des nationalen Denkens alter Prägung abzuleiten. Wenn ein politisches Prinzip überlebt ist, dann vollzieht sich seine Überwindung in der Geschichte stets im Guten wie im Bösen.

So lehrt uns die Entwicklung des Dritten Reiches, daß der Nationalismus den typischen Kräften und Gefahren unseres Zeitalters nicht mehr

gewachsen ist, die sich damals in den spezifischen Formen des Nationalsozialismus entfalteten, aber auch heute noch in mancherlei anderer Gestalt allenthalben an Bedeutung gewinnen: ideologischer Dogmatismus, mangelnder Rechtssinn, Materialismus und die Diktatur der Zwecke. Es gibt keinen schlagenderen Beweis dafür, daß das nationalstaatliche Denken überholt ist, als die Tatsache, daß es gerade unter der Herrschaft einer Bewegung zersetzt werden konnte, die unter dem Zeichen der nationalen Erneuerung angetreten war. Deshalb kommt für uns sehr viel darauf an, aus der umfassenden Widerlegung, die der Nationalismus durch die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit erfahren hat, die Konsequenzen zu ziehen. Das heißt: Wir müssen lernen, in der Nation nicht mehr den absoluten politischen Wert schlechthin zu sehen und nationalistische Argumente für aller politischen Weisheit letzten Schluß zu halten. Vielmehr müssen neue Ideen konzipiert werden, wenn wir den immanenten Gefahren unseres Zeitalters erfolgreich begegnen wollen, die im Nationalsozialismus schon einmal zur schrecklichen Alleinherrschaft gekommen sind.

Den Feldzug gegen Frankreich im Sommer 1940 hatte Hitler in der bestimmten Erwartung geführt, sich dadurch im Westen den Frieden und für den Osten freie Hand zu schaffen; denn er hatte nicht daran gezwweifelt, daß sich England nach Frankreichs Niederlage endlich zu einem Kompromiß bereitfinden werde. Die verhältnismäßig milden Waffenstillstandsbedingungen, die er Frankreich stellte — einer der seltenen Fälle, in denen Hitler Mäßigung zeigte —, dürfen als Beweis dafür gelten, daß er im Westen keine andere Absicht hatte, als aus seinem Engagement herauszukommen, um sich seinen eigentlichen Zielen zuwenden zu können. Noch während des Westfeldzuges hatte er Jodl gegenüber geäußert, er sei zu einer Abrechnung mit Rußland entschlossen, sobald die militärische Lage es erlaube. So war es für ihn eine große Enttäuschung, mit der er lange Zeit nicht fertig wurde, als England nicht einlenkte, sondern durch seinen Angriff auf die französische Flotte vor Oran am 3. Juli durch seinen Angriff auf die französische Flotte vor Oran am 3. Juli durch seinen Angriff auf die französische Flotte vor Oran am 3. Juli deutlich machte, daß es nicht gesonnen sei, Hitler den Frieden zu schenken, nachdem dieser den Krieg riskiert hatte. England aber zum Frieden zu zwingen, erwies sich als sehr schwere Aufgabe und ein militärisches Risiko, das Hitler scheute. Er befahl zwar, den Angriff auf die Insel vorzubereiten, war jedoch nur mit halbem Herzen dabei und strich — was

sonst gewiß nicht seine Art war — die erheblichen technischen und militärischen Schwierigkeiten des Projektes heraus.

Als sich im September 1940 zeigte, daß die Invasion nicht mehr im gleichen Jahre möglich sei, machte Hitler diplomatische Anstrengungen, seine wirklichen und potentiellen Verbündeten in eine Front gegen England einzuspannen. Am 23. Oktober traf er sich mit Franco in Hendaye und versuchte, ihn zum Eintritt in den Krieg und Angriff auf Gibraltar zu bewegen; doch Franco wich aus. Am nächsten Tag bemühte Hitler sich in Montoire, Pétain für eine tätige Beteiligung Frankreichs am Kampf gegen England zu gewinnen. Es kam jedoch nur zu einer allgemeinen Übereinkunft, ein Programm für die Zusammenarbeit aufzustellen, von dem Pétain später sagte, es werde sechs Monate dauern, es auszuarbeiten, und weitere sechs Monate, es wieder zu vergessen. In den ersten Monaten des Jahres 1941 endlich versuchte Hitler, Japan für den Krieg gegen England und einen Angriff auf Singapur zu interessieren — jedoch auch ohne Erfolg. Seine Diplomatie versagte, wo er keine Handhabe besaß, mit Gewalt zu drohen, und so gediehen weder die militärischen Vorbereitungen einer Besetzung der Insel, noch die diplomatischen eines Angriffs auf Schlüsselpunkte des Weltreiches.

Andererseits bereitete die Entwicklung in Osteuropa Hitler ernste Sorgen. Während er den Frankreichfeldzug führte, hatten die Russen am 16. Juni Estland, Lettland sowie (entgegen dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. 8. 1939) Litauen besetzt, und am 26. Juni zwangen sie Rumänien, nicht nur das im Zusatzprotokoll ihnen von Deutschland zugedane Bessarabien, sondern auch die Nordbukowina abzutreten. Die dadurch entstehende Beunruhigung auf dem Balkan (auch Ungarn und Bulgarien stellten Ansprüche an Rumänien) versuchte Hitler durch den sogenannten zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August beizulegen. Diesen aber deutete Rußland als eine Einmischung Deutschlands in die Balkanpolitik, die mit dem Geist des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ebensowenig zu vereinbaren sei, wie der am 27. September zwischen Deutschland, Italien und Japan (den Antikominternmächten!) geschlossene „Dreierpakt“, der diesmal allerdings einer Frontbildung gegen England dienen sollte.

Die kritische Lage auf dem Balkan wurde weiter verschärft, als Mussolini am 28. Oktober von Albanien aus nach Griechenland einmarschierte

und auf diese Weise sowohl ein militärisches Eingreifen Englands, was Hitler besonders fürchtete, als auch eine Intervention Rußlands riskierte. Die Einladung des neuen russischen Außenministers Molotow nach Berlin, der dieser vom 12. bis 14. November 1940 Folge leistete, galt dem Versuch, Rußlands beunruhigendes Interesse für Osteuropa auf den Süden des asiatischen Kontinents abzulenken. In einer im Luftschutzbunker stattfindenden Konferenz wollte Ribbentrop Molotow davon überzeugen, daß England praktisch bereits besiegt sei und das nur noch einsehen müsse; dieser aber antwortete: „Wenn das so ist, warum sind wir dann in diesem Bunker, und wem gehören die Bomben, die da draußen fallen?“ Er ließ sich nicht auf eine Diskussion ein, welche Teile des angeblich zerfallenden Empires Deutschland der Sowjetunion zugedacht habe, sondern beharrte darauf, die zwischen den beiden Ländern schwebenden konkreten Differenzen zu besprechen.

Die glänzenden militärischen Erfolge, die Hitler bisher errungen hatte, hatten nicht das geringste zur Lösung der beiden großen Probleme beitragen können, die er sich aufgeladen hatte, um seinen Willen gegen Polen durchzusetzen: den Krieg im Westen und den unsicheren Bundesgenossen im Osten. Die Gefahr des Zweifrontenkrieges war durch den Pakt mit Rußland nicht gebannt, sondern nur aufgeschoben worden. Um Rußland im Sommer 1939 für den Augenblick zu gewinnen, hatte Hitler ihm Positionen eingeräumt, die ihn schon im nächsten Jahr in seiner Entschlußfreiheit fühlbar beschnitten. Die Russen waren ihm so unmittelbar auf die Haut gerückt, daß sie ihm, ohne militärische Unternehmen riskieren zu müssen, jeden Augenblick mit diplomatischen Mitteln die ernstesten Schwierigkeiten bereiten konnten. England andererseits erwies sich als außerhalb des Bereichs liegend, in dem der Erfolg eines Angriffs von nichts anderem als den Leistungen der deutschen Wehrmacht abhing.

In diesem Dilemma neigte sich bei Hitler das Gewicht des Entschlusses auf die Seite eines Feldzuges gegen Rußland. Mit einem Angriff gegen England hätte Hitler in jedem Falle den Verlust seines militärischen Prestiges riskiert, denn ob er sich nun gegen die Insel selbst oder, wofür sich an sich gute Chancen boten, gegen Englands Stellungen im östlichen Mittelmeer gewandt hätte, er hätte sich auf das ihm nicht vertraute Terrain des Seekrieges begeben müssen. Der Angriff im Osten dagegen konnte in dem nunmehr schon bewährten Stil geführt werden, und Hitler

zweifelte nicht, daß er Rußland besiegen könne, ehe England in der Lage sei, etwa eine Invasion auf dem Kontinent zu wagen. Nach einem Sieg über Rußland schien nicht nur die Gefahr eines Bündnisses zwischen diesem und England ausgeschaltet, sondern Deutschland die Bodenschätze des Ostens zur Verfügung zu stehen, mit denen es keinen noch so schwierigen Krieg gegen England zu fürchten brauche. Endlich lag im Osten der von Hitler erstrebte „Lebensraum“, auf dessen Eroberung er Deutschlands Politik seit 1936 abgestellt hatte — warum also den schwierigen Umweg über England gehen, wenn das eigentliche Ziel viel leichter zu erreichen war!

Unter solchen Überlegungen kam der verhängnisvolle Entschluß zustande, ein in Wahrheit uferloses Unternehmen zu beginnen, weil die Möglichkeiten fehlten, eine schon vorhandene nicht weniger schwierige Aufgabe zu lösen; die Stärke Rußlands wurde leichtfertig unterschätzt, und England wurde ebenso leichtfertig ein zweites Mal ignoriert. Man hat das Gefühl, daß Hitler wohl keine klaren Vorstellungen von der Weite des englischen wie des russischen Reiches gehabt hat, sondern von beiden nur die Teile realisierte, die nach Europa hineinragten.

Als der Angriff auf Rußland schon eine beschlossene Sache war, flog am 10. Mai 1941 Rudolf Heß, der Stellvertreter und treu ergebene Gefolgsmann des „Führers“, unter abenteuerlichen Umständen nach England und versuchte durch seinen persönlichen Entschluß und Einsatz, Hitler in letzter Stunde den erwünschten Frieden im Westen zu verschaffen. Das Unternehmen blieb außenpolitisch ganz ohne Bedeutung, hatte dagegen für die innere Entwicklung Deutschlands die schwerwiegendsten Folgen, denn es gab Martin Bormann den Weg frei, unter dessen Einfluß alle im Führerabsolutismus angelegten Schäden ebenso wie die materialistischen Züge der nationalsozialistischen Ideologie zur vollen Auswirkung und Entfaltung gediehen. Hitler schaffte das Amt des „Stellvertreters des Führers“ ab und ernannte Bormann zum Leiter der Parteikanzlei, später zum „Sekretär des Führers“.

Unter diesem Titel gewann Bormann bald die Alleinherrschaft im „Vorraum der Macht“, den alle Angelegenheiten des Staates und der Partei passieren mußten, die an Hitler zur Entscheidung herangetragen werden sollten. Da dieser aber sein Interesse fast ausschließlich der militärischen Führung widmete und von allen anderen Dingen möglichst

verschont bleiben wollte, geriet die Leitung der inneren Angelegenheiten Deutschlands praktisch in Bormanns Hände, der einerseits bestimmte, wer Hitler sprechen durfte und was mit welchem Kommentar ihm zur Entscheidung vorgelegt wurde, andererseits im Namen des Führers in jede beliebige Angelegenheit des Staates und der Partei eingreifen konnte. Da Hitler mit wachsendem Mißtrauen gegen die staatliche Bürokratie und die Führung der Wehrmacht erfüllt wurde, begann er die Organisation der Kriegsanstrengungen mehr und mehr der Partei zu übertragen, auf deren Treue und Bereitschaft, das Unmögliche möglich zu machen, er sich allein noch meinte verlassen zu können. Eine der wichtigsten Anordnungen in diesem Sinne war die Ernennung der Gauleiter der NSDAP zu regionalen Beauftragten des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im Frühjahr 1942 und zu Reichsverteidigungskommissaren im Herbst des gleichen Jahres.

Die damit verbundene politische Aktivierung der NSDAP führte zu zunehmenden Spannungen zwischen dieser und der SS, die bisher ziemlich unbestritten die Führung der außerstaatlichen Exekutive innegehabt hatte — besonders auf der Ebene der Reichsverwaltung, während die regionalen Institutionen vom Gau abwärts schon immer die Domäne der Partei gewesen waren. Je mehr sich nun die Partei unter Bormanns Führung auch in die Reichsverwaltung einschaltete, desto mehr begann sich die SS für regionale Belange zu interessieren, besonders nachdem Himmler 1943 Innenminister geworden war. So kam es zu der Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Landrat und Kreisleiter, in der Bormann diesem und Himmler jenem die stärkere Position zuerkennen wollte. Dabei ging es allerdings nicht mehr um die Integrität der staatlichen Behörde als solcher, sondern diese war zum Vehikel des Machtkampfes zwischen den beiden mächtigsten nationalsozialistischen Organisationen herabgesunken. Während die SS in den Jahren 1935 bis 1940 ein großes Übergewicht an tatsächlicher Macht gewonnen hatte, konnte die Partei im weiteren Verlauf des Krieges viel aufholen, weil Bormann bei Hitler weit größeren Einfluß hatte als Himmler. Dennoch blieb die SS die stärkere und politisch profiliertere Organisation, die unter einem selbständigeren Führer als Himmler die Partei jederzeit hätte ausschalten können. —

Bormann war noch keinen Monat Leiter der Parteikanzlei, als er An-

fang Juni 1941 ein Rundschreiben an alle Gauleiter richtete, das sich in grundsätzlichen Ausführungen mit der Unvereinbarkeit nationalsozialistischer und christlicher Anschauungen beschäftigte. Diese Feststellung hatten die Kirchen schon 1933 machen müssen, als die Partei noch behauptete, auf der Basis eines „positiven Christentums“ zu stehen, und hatten sich deshalb allen Gleichschaltungsversuchen widersetzt. Seit diesem Mißerfolg war Hitler bemüht, sie mit schleichendem Terror allmählich zu ersticken. In der ersten Etappe wurde nach der Rückgliederung der Saar an das Reich 1935 die sogenannte „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ propagiert, die sich angeblich nur gegen eine ungerechtfertigte Einmischung der Kirchen in die Politik richtete, in Wahrheit aber darauf abzielte, ihnen den Einfluß auf menschlich-irdische Angelegenheiten überhaupt zu nehmen – wie es in Rosenbergs „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage“ einmal ausgedrückt war: „Die Erde, auf der wir leben, geht die Kirche schlechterdings nichts mehr an.“

War aber unter der Parole der „Entkonfessionalisierung“ immer noch die Fiktion aufrechterhalten worden, als werde die Welt des Glaubens als eine Welt für sich anerkannt, die ihr eigenes Recht neben der der Politik habe, so wurde bereits Anfang 1938 vom Kirchenminister Kerrl das Motto des nächsten Schrittes verkündet: „Religion und Weltanschauung sind identisch.“ Nachdem die außenpolitischen Ereignisse der Jahre 1938 und 1939, sowie der Beginn des Krieges die Intensität des Kampfes gegen die Kirchen verringert hatten, schälte nun 1941 Bormann aus dem Kerrlschen Satz die praktischen Folgerungen heraus, wenn er schrieb: „Alle Einflüsse, die die durch den Führer mit Hilfe der NSDAP ausgeübte Volksführung beeinträchtigen oder gar schädigen könnten, müssen ausgeschaltet werden. Immer mehr muß das Volk den Kirchen und ihren Organen, den Pfarrern, entwunden werden.“

In ähnlichem Sinne hatte auch Hitler selbst schon bei verschiedenen Anlässen betont, daß man die Volksführung nicht mit den Kirchen teilen könne, da diese ebenso wie die nationalsozialistische Bewegung einen totalen Anspruch erhöhen. Der entscheidende Gegensatz war also im Dritten Reich nicht der zwischen Kirche und Staat (ein klassisches Problem nationalstaatlicher Politik!), sondern der zwischen Kirche und Weltanschauungspartei, bei dem es sich um die Konkurrenz zweier Institutionen mit gleichen Ansprüchen handelt.

Die NSDAP wollte mehr sein, als nur eine politische Institution mit politischen Zielen; sie wollte Deutschland „aus einem neuen Glauben“, aus einem „politischen Glauben“ heraus erneuern und meinte das keineswegs nur metaphorisch. Hitler, der die religiöse Ratlosigkeit und unartikulierten Sehnsüchte seiner Generation erspürt hatte, verstand es, ein Surrogat religiösen Glaubens zu bereiten und auf diese Weise Glaubenskräfte zu erwecken, die er seinen politischen Zielen dienstbar machen konnte. Dementsprechend forderte er für seine Bewegung konsequent das Monopol nicht nur der politischen, sondern auch der sittlichen Führung des Volkes, und es ging im Kirchenkampf letzten Endes nicht um die Zurückweisung irgendwelcher klerikalen Machtansprüche oder Ablehnung christlicher Glaubenssätze, sondern um die religiöse und sittliche Bindung des Menschen als solche. Die Weltanschauungspartei, die einen umfassenden Führungsanspruch erhebt, kann grundsätzlich nicht dulden, daß die Menschen aus anderen Motiven und nach anderen Maßstäben handeln, als sie vorschreibt. Deshalb ist ihre Herrschaft nicht nur eine politische Tyrannis, sondern trägt totalitären Charakter; das heißt: sie erschöpft sich nicht in einer lückenlosen Organisation des Staatsapparates und unerbittlichem äußerem Zwang, sondern ist im Anspruch auf die Herrschaft über die Gewissen begründet. Der totalitäre Staat duldet keinerlei anderweitige Gewissensbindung, die den Menschen veranlassen könnte, sich unter irgendwelchen Umständen den Zwecken des organisierten Ganzen zu verweigern, er stellt vielmehr den Menschen vor die Alternative, entweder bedingungslos mitzumachen und darüber sich selbst aufzugeben, oder sich treu zu bleiben und darüber vernichtet zu werden. Mit derartigen totalitären Zügen ließ das Dritte Reich die Maßstäbe nationalstaatlichen Denkens, ja den Horizont politischer Problematik überhaupt hinter sich und berührte, beziehungsweise bedrohte den Bereich der religiösen Existenz des Menschen.

In diesem Zusammenhang wird übrigens der fundamentale Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und den faschistischen Regimen in Italien und Spanien deutlich, die keinen so umfassenden sittlichen Führungsanspruch stellten und die Aufgaben der Kirchen nicht usurpierten, sondern sich im traditionellen Rahmen politischer Führungsansprüche hielten. Deshalb konnte der Faschismus das Gefüge des Staates und die Substanz der Nation niemals so nachhaltig gefährden oder die Existenz-

bedingungen der Menschen so grundlegend und unerträglich verändern, wie das in Deutschland geschehen ist. Andererseits liegt jedoch die enge Verwandtschaft zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus auf der Hand. Man erkennt die Fragwürdigkeit des Anspruches der Nationalsozialisten, Europa gegen die bolschewistische Gefahr zu verteidigen, und lernt auch in dieser Beziehung die Kompromißlosigkeit verstehen, mit der England und Amerika gegen das Deutschland Hitlers kämpften. Denn die gleiche Gefahr, die Europa bisher als Bolschewismus nur von außen her zu fürchten hatte, war plötzlich inmitten des Kontinents selbst aufgebrochen und bedrohte ihn von innen her. Was dem Nationalsozialismus dabei an sozusagen natürlicher Barbarei fehlte, wurde durch die erschreckende Konsequenz in der Pervertierung europäischen Geistes wettgemacht. Innerhalb Deutschlands entstand eine Opposition, die den Nationalsozialismus aus sittlichen und religiösen Gründen ablehnte, ganz gleich, welche politischen Erfolge oder Mißerfolge er hatte. Dietrich Bonhoeffer, ein Repräsentant dieses Widerstandes, sagte einmal: „Hitler ist der Antichrist. Wir müssen daher weitergehen mit unserer Arbeit und ihn ausmerzen, einerlei ob er erfolgreich ist oder nicht.“ Dieser Satz ist nur zu verstehen, wenn man erkannt hat, daß sich im Dritten Reich unter Berufung auf die Nation Kräfte entfalteten, die die Wurzeln menschlicher Existenz angriffen und damit die Nation ebenso wie alles andere, was aus menschlicher Substanz lebt, mit der Vernichtung bedrohten.

Nachdem Hitler im April 1941 in einem raschen Feldzug Jugoslawien und Griechenland besiegt hatte, begann er am 22. Juni den Krieg gegen Rußland, der ihm anfangs die allergrößten Erfolge brachte. Hitlers sichere Erwartung, bis zum Einbruch des Winters gesiegt zu haben, erfüllte sich jedoch nicht; vielmehr blieb der deutsche Angriff am 5. Dezember im Weichbild Moskaus liegen, während die Russen auf der ganzen Front zum Gegenangriff übergingen und das deutsche Heer, das nicht zureichend für den Winter ausgerüstet war, in eine ernste Krise brachten. In dieser Situation war es Hitlers Befehl, keinen Meter Boden preiszugeben, und seiner unerbittlichen Energie, mit der er über die Befolgung dieses Befehls wachte, zu danken, daß die Front trotz schwerer Rückschläge nicht zusammenbrach.

Der Sommer 1942 brachte neue große Erfolge: die deutschen Divisio-

nen drangen bis Stalingrad und zum Kaukasus vor, während Rommel in Afrika die El-Alamein-Stellung, die letzte englische Verteidigungslinie vor Ägypten, erreichte. Doch wie im Herbst 1941 weder Leningrad noch Moskau hatten erobert werden können, so blieben auch die neuen Vorstöße kurz vor ihren Zielen stehen: von Stalingrad wurden zwei Drittel besetzt, und weder Ägypten, noch die Ölfelder von Baku wurden genommen. Deutschlands Kräfte aber waren bereits auf das äußerste angespannt, um diese geographisch weiteste Ausdehnung der Front zu gewinnen und zu erhalten. Die Grenzen der Verfügbarkeit von Menschen und Material waren erreicht, als die Gegner gerade erst begannen, ihre Kräfte zu mobilisieren.

Seit 1939 hatte Amerika die Kriegführung Englands und später auch Rußlands gegen Deutschland in zunehmendem Maße wirtschaftlich unterstützt, erst in den Grenzen der Neutralitätsgesetze von 1935/36, später auf der Basis des „Pacht- und Leihgesetzes“ vom 11. März 1941. Den längst fälligen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten erleichterten Japans Überfall auf Pearl Harbour und die daran anschließende Kriegserklärung Deutschlands und Italiens. Nun wurden die Rohstoffquellen der Welt gegen Deutschland mobilisiert und ein Überfluß von Kriegsmaterial aller Art in Industriegebieten hergestellt, die jedem deutschen Zugriff, ja jeder nennenswerten Störung durch Deutschland weit entrückt waren, während es in Hitlers Machtbereich bald keinen Fleck mehr geben sollte, in dem die Produktion vor Luftangriffen sicher war, und jeder Gebietsverlust eine unersetzliche Einbuße an Rohstoffen mit sich brachte. Politisch bedeutete Amerikas Kriegseintritt das Zusammenwachsen zweier Fronten. Hatte es für Hitler 1940/41 noch eine echte Alternative gegeben, ob er Krieg gegen England oder Rußland führen sollte, und waren diese seine beiden Gegner von Natur aus zu verschieden und jeder zu sehr mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt, als daß sie zu einer engeren Zusammenarbeit hätten kommen können, so stellte Amerika nicht nur eine Nachschubbasis für beide dar, sondern wurde das politisch verbindende Glied zur Bildung einer geschlossenen alliierten Front, die nunmehr auf allen Kriegsschauplätzen zur Offensive bereit war. Am 23. Oktober 1942 griffen die Engländer bei El Alamein an, am 7. November landeten britische und amerikanische Truppen in Nordwestafrika und am 19. November traten die Russen zur Einschließung der deutschen 6. Armee in Stalingrad an. Die

militärische Initiative ging auf die Alliierten über, und Hitler sah sich in die Abwehr gedrängt.

Gegen die Machtentfaltung dreier Weltmächte stand Deutschlands Schicksal dank des zur Vollendung gebrachten Führerabsolutismus ausschließlich auf den Fähigkeiten und Entschlüssen Adolf Hitlers. Dieser Führer aber hatte Politik stets als nichts anderes denn als Machtkampf verstanden, in dem es allein auf Willenskraft und taktisches Geschick ankäme, sie dagegen nie als Kunst des Möglichen begriffen und geübt. Erst recht betrachtete er die Kriegführung nur als Kampf und militärische Aufgabe und erkannte sie nicht als politisches Problem. Er konzentrierte seine Aufmerksamkeit und Energie fast ausschließlich auf die militärische Führung, insbesondere die Führung des Heeres, dessen Oberbefehl er Ende 1941 selbst übernommen hatte. Und während er sich mehr und mehr in die einschlägigen technischen, beziehungsweise taktischen Details verlor, ließ er die inneren Verhältnisse des Reiches sich bis zur Desintegration verwirren und blieb gegenüber außenpolitischen Möglichkeiten, die Lage Deutschlands und den Kampf der deutschen Soldaten mit diplomatischen Mitteln zu erleichtern, blind. Es mangelte ihm an staatsmännischer Phantasie, dem weltweiten Konflikt mit einem positiven politischen Konzept zu begegnen oder wenigstens die Ansätze, die sich von selbst dazu boten, zu nützen; ja, er zerstörte sogar die Fäden, die andere geknüpft hatten, blindwütig, weil er — von sich auf andere schließend — überzeugt war, daß alles, was nicht List und Gewalt war, nur als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden könne. Wie er sich nach dem Frankreichfeldzug außerstande gezeigt hatte, mit diplomatischen Mitteln eine Koalition gegen England zu bilden, so begriff er auch jetzt nicht die Chancen, die sich für Deutschland etwa durch geschickte diplomatische Aktivität im Nahen Osten oder eine kluge Behandlung der besiegten westeuropäischen Nationen boten.

Goebbels hat diesen Fehler Hitlers erkannt und formuliert, als er 1943 in sein Tagebuch schrieb: „Wir treiben zu viel Kriegführung und zu wenig Politik. In der gegenwärtigen Situation, in der unsere Waffenfolge nicht gerade übermäßig groß sind, wäre es gut, daß wir wieder mehr das politische Instrument zu handhaben verstehen.“

Nirgends verspielte Hitler einmalige politische Möglichkeiten in krasser Weise als in der Verwaltung der besetzten Ostgebiete. Statt das

Kapital guten Willens der vom Bolschewismus befreiten Völker zu nützen, ihnen ein Beispiel menschenwürdiger Politik und guter Verwaltung zu geben und sie auf diese Weise in Freundschaft an das Reich zu binden, stempelte er sie zu „Untermenschen“ und unterwarf sie den Ausbeutungsmethoden eines primitiven, in aller Welt gerade überlebten Kolonialismus. Hitler gestattete, wenn es sich taktisch als günstig erweise, etwa die Autonomie der Ukraine zu propagieren, er verbot jedoch im gleichen Atem strikt, daraus die geringsten praktischen Konsequenzen zu ziehen. Denn der deutsche Soldat habe diese Gebiete nicht erobert, um den Ukrainern einen nationalen Staat zu schenken, sondern um für sich selbst den unentbehrlichen „Lebensraum“ zu schaffen. Die Vorstellung, man könne mit Nutzen für Deutschland den Aufbau einer russischen Armee der antibolschewistischen Wlassow-Anhänger fördern, tat Hitler als „ein Phantom ersten Ranges“ ab.

Über die Politik in der Ukraine hatten Alfred Rosenberg und der Reichskommissar Erich Koch 1943 in Hitlers Gegenwart eine Auseinandersetzung, in der Rosenberg dafür eintrat, nationale Komitees und Hochschulen zu gründen und die Grundlagen für einen selbständigen Staat zu schaffen. Dem hielt Koch entgegen, Rosenberg habe keine Ahnung von der Praxis. Wenn die Wehrmacht von ihm (Koch) fordere, 5,7 Millionen Tonnen Getreide abzuliefern, dann könne er nicht sagen, es täte ihm leid, er müsse einen ordentlichen, sauberen ukrainischen Staat aufbauen, deshalb könne er nur 1 oder 2 Millionen Tonnen Getreide geben; oder: nachdem er 500 000 Juden „verloren“ habe, die in seinem Gebiet die Handwerker gewesen seien, könne er die Ukrainer nicht auf die Hochschulen schicken, damit sie dann einen ukrainischen Staat aufbauten, sondern müsse sie abrichten, Stiefel zu flicken. Rosenberg lebe in der schönen Welt der Organisation, er aber in der harten Welt der Befriedigung von tausend Wünschen, und dafür allein sei er an seine Stelle gesetzt worden. Koch hatte von seinem Standpunkt aus Recht und das Gewicht der Tatsachen auf seiner Seite.

Denn die ungeheuren militärischen Kraftanstrengungen hatten (sieht man von den von Koch auch erwähnten Folgen der Judenvernichtung einmal ab) Deutschlands Reserven derart angespannt, daß alles Erregene sofort und ausschließlich der Deckung des unmittelbaren Bedarfs dienen mußte, dagegen keine praktischen Möglichkeiten blieben, es poli-

tisch sinnvoll zu verwalten, wie es zur Stabilisierung der deutschen Hegemonie auf lange Sicht erforderlich gewesen wäre. Insofern bildete die jeder politischen Vernunft zuwiderlaufende Ausbeutungspolitik aber die logische Folge von Hitlers 1936 gefaßtem Entschluß, in seine Kriegsplanungen das Potential des erst zu erobernden „Lebensraumes“ schon miteinzusetzen und gewissermaßen im Vorgriff darauf Deutschlands Reserven zu überziehen. Kochs Verwaltungspraxis lag genau auf der Linie dieser Politik, die nach einer Serie unglaublicher Erfolge nunmehr an dem Punkt angelangt war, wo sie sich selbst aufhob. Rosenberg dagegen und eine ganze Reihe anderer nationalsozialistischer Führer, die gegen die so offensichtlich verfehlte Ostpolitik mehr oder weniger energisch opponierten, stellten Forderungen, die zwar grundsätzlich richtig, angesichts der konkreten Situation jedoch bereits utopisch waren. Die nackte Machtpolitik war in der Konsequenz ihrer eigenen Maßlosigkeit bereits in den nackten Existenzkampf umgeschlagen, ehe noch die deutschen Fronten den feindlichen Angriffen weichen mußten.

Mit der fortschreitenden Verschlechterung der Lage wurden Hitlers militärische und politische Führungsfehler so offensichtlich, daß sich auch in den Reihen führender Nationalsozialisten die Fälle scharfer Kritik häuften. Obgleich diese Opposition ihre Impulse ohne Zweifel oft aus richtigen Einsichten und echtem Verantwortungsgefühl empfing, hatte sie doch nur geringen Wert und wenig praktischen Nutzen; denn ihre Träger blieben bei der Kritik der Symptome stehen und vermochten nicht zu den tieferen Ursachen der Mißerfolge durchzustoßen, weil diese weitgehend mit Denkvoraussetzungen identisch waren, die sie nach wie vor mit Hitler teilten. Auch hielten alle nationalsozialistischen Kritiker wie an einem Axiom an der Meinung fest, daß erst der Krieg gewonnen werden müsse, ehe man zu Reformen schreiten könne, während in Wahrheit eine grundlegende Reform das einzige Mittel gewesen wäre, die sonst sichere Katastrophe zu verhindern. Denn es ging bereits 1943 nicht mehr darum, ob Deutschland siegen oder unterliegen, sondern ob die unvermeidliche Niederlage auch eine völlige Vernichtung sein werde.

Spätestens im Laufe des Jahres 1944 wurde deutlich, daß sich Hitler nicht scheute, Volk und Staat der Vernichtung preiszugeben, wenn er den Sieg nicht erzwingen könnte. Seitdem er in der Winterkrise 1941/42 einmal mit der starren Verteidigung jeden Meters Boden Recht behalten

hatte, blieb das „Durchhalten“ um jeden Preis seiner militärischen Weisheit verhängnisvoller letzter Schluß. Er opferte lieber wertvolle Divisionen, ehe er eine nicht mehr zu haltende Stellung freiwillig geräumt hätte. Dies um so eher, als mit der sich rasch verschlechternden Gesamtlage allein die Weisung, keinen Schritt zurückzuweichen, heroisch verdecken konnte, was jede andere operative Überlegung sogleich an den Tag gebracht hätte: daß nichts militärisch Sinnvolles mehr zu tun war in einer Situation, in der die Kräfte weder reichten, Deutschland auf lange Sicht zu verteidigen, noch so weit vorzustoßen, daß sie wesentlich hätten ergänzt werden können — mit anderen Worten: daß der Krieg verloren war. Hitler begann sich mehr und mehr von der Wirklichkeit abzuschließen und unangenehme Tatsachen nicht zur Kenntnis zu nehmen; wer noch den Mut aufbrachte, ihm die Lage so darzustellen, wie sie war, den nannte er einen böswilligen Defaitisten. Während sich draußen Deutschlands Schicksal erfüllte, zog sich sein Führer auf seinen Willen und seine Wunschvorstellungen zurück.

Unter diesen Umständen haben die Führer des deutschen Widerstandes, um Hitler zu beseitigen, mit Recht auch diejenigen Mittel nicht gescheut, die nur in einer so extremen Ausnahmesituation gerechtfertigt werden können, in der das Geschick eines ganzen Volkes von der Willkür eines Mannes abhängig geworden war, der am Rande des Wahnsinns stand und seinerseits schon längst das Vertrauen derjenigen verraten hatte, die ihm treue Gefolgschaft gelobten. So lag die Schwäche des deutschen Widerstandes nicht in den außerordentlichen Mitteln, deren er sich bediente, sondern darin, daß der Entschluß zur Tat erst gefunden wurde, als diese nur noch den Versuch bedeutete, die sichere Katastrophe abzuwenden, und nicht mehr die spontane Befreiung von einer Deutschlands nicht würdigen Herrschaft war.

Durch das Mißlingen des Attentats vom 20. Juli 1944 fühlte Hitler sich in seinem Sendungsbewußtsein bestärkt und in seiner Skepsis gegen Wehrmacht und Bürokratie endgültig bestätigt. In seinen Wahnvorstellungen erneuerte sich die Situation der „Kampfzeit“ vor 1933: Feiglinge und Verräter waren am Werk, Deutschland seinen Feinden auszuliefern, während er, allein auf die Getreuen seiner Bewegung gestützt, einen verzweifelten Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes kämpfte. Die nationalsozialistische Bewegung allein betrachtete er auch jetzt als Reprä-

sentantin des deutschen Widerstandswillens und Trägerin des Schicksalskampfes, und er vertraute nunmehr die Organisation des Kriegseinsatzes ausschließlich seinen nächsten Gefolgsleuten an. Himmler übernahm nicht nur den Befehl über das Ersatzheer und damit die Bereitstellung der Reserven, sondern zeitweise auch die Führung einer Heeresgruppe, was allerdings bald mit einem Fiasko endete.

Nachdem der „totale Krieg“ bereits im Februar 1943 als Reaktion auf die Beschlüsse von Casablanca verkündet worden war, wurde Goebbels im August 1944 Generalbevollmächtigter für den verschärften totalen Kriegseinsatz. Bormann und Himmler wurden mit der Aufstellung des „Deutschen Volkssturms“ beauftragt und konkurrierten beide mit Goebbels in der Organisation des „Werwolfs“, der mehr noch als die übrigen Maßnahmen eine Illusion, und, soweit er Wirklichkeit wurde, sinnlos und verbrecherisch war. Hitlers Forderungen wurden immer weniger erfüllbar, seine Befehle immer willkürlicher; wer ihnen aber nicht nachkommen konnte oder aus Verantwortungsgefühl für die ihm anvertrauten Menschen nicht nachkommen wollte, galt als Verräter. Bis zur Sinnlosigkeit wurden die militärischen Strafbestimmungen verschärft, so daß sie nicht mehr der Disziplinierung und Stärkung der Front dienten, sondern derartige Rechtsunsicherheit erzeugten, daß überlegtes, verantwortliches Handeln fast unmöglich und die Gewissen endgültig verwirrt wurden.

Am 20. März 1945 erließ Hitler den Befehl, alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen, sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie nutzbar machen könne, zu zerstören. Kein anderer als Albert Speer, dem es trotz der immer schwereren Luftangriffe gelungen war, bis zum Ende des Jahres 1944 ein Absinken der deutschen Rüstungsleistungen zu vermeiden, erklärte Hitler, daß der „Verbrannte-Erde-Befehl“ dem Feind keinen ernstesten Nachteil bringen, dem deutschen Volke aber die primitivsten Grundlagen des Weiterlebens entziehen werde. Er werde deshalb alles tun, Hitlers Befehl zu durchkreuzen. Darauf antwortete Hitler, wenn der Krieg verlorengehe, werde auch das Volk verloren sein; es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zum Weiterleben brauche, Rücksicht zu nehmen; das deutsche Volk habe sich eben als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehöre

ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampfe übrigbleibe, seien ohnedies nur die Minderwertigen.

Das deutsche Volk kämpfte auch im Angesicht des Zusammenbruches weiter; im Osten in dem verzweifelten Bemühen, einen möglichst großen Teil Deutschlands vor russischer Besetzung zu bewahren, im Westen, weil niemand wagte, dem sinnlosen Widerstand aus eigener Initiative ein Ende zu setzen. Es gab noch den Schein zweier Möglichkeiten, dem Krieg eine glückliche Wendung zu geben: den Einsatz von Wunderwaffen und ein Zerwürfnis der Alliierten; diese Schatten von Chancen genügten, um den Bann des Gehorsams und die Dämonie der totalen Herrschaft bis zum letzten Tage zu erhalten. Nur wenige vermochten ihr Vertrauen in, beziehungsweise ihre Angst vor Hitlers Glück zu überwinden, das sich so oft so erstaunlich bewährt hatte. Wer war sich ganz sicher, daß keine unvorhergesehene Wendung eintrat! Wer wollte dann auf der falschen Seite stehen! In Wirklichkeit allerdings hatte Deutschland am Ende des Krieges keine Waffe, die mit der Atombombe vergleichbar gewesen wäre, über die die Amerikaner bereits einsatzbereit verfügten. Und was einen Bruch zwischen den Alliierten betrifft, so ist gewissen Aussprüchen Hitlers über die zukünftige Entwicklung ihrer Beziehungen von heute her gesehen eine politische Voraussicht nicht abzustreiten. Er berücksichtigte jedoch nicht die Lehre der Geschichte, daß das Bündnis ungleicher Partner doch so lange zu halten pflegt, als sie einen gemeinsamen Feind noch nicht bezwungen haben. Hitler mußte erfahren, daß sich für ihn mit Roosevelts überraschendem Tod am 12. April 1945 das Mirakel des Hauses Brandenburg nicht wiederholte.

In der Agonie des Dritten Reiches zerbrach schließlich die nationalsozialistische Bewegung selbst an Hitlers egozentrischer Entschlossenheit, Deutschland mit sich in den Untergang zu reißen, am Widerspruch zwischen seinem Wahn und der Wirklichkeit, beziehungsweise einem Rest Realismus, der einigen der höchsten nationalsozialistischen Führer geblieben war. Als sich Sepp Dietrich, der bereits 1923 Hitlers Stabswache angehört hatte, im April 1945 gezwungen sah, mit seiner 6. SS-Panzerarmee auf Wien zurückzugehen, schickte ihm Hitler einen Funkspruch: die Truppe habe nicht so gekämpft, wie es die Lage erfordere, und es hätten deshalb die SS-Divisionen „Adolf Hitler“, „Das Reich“, „Totenkopf“ und „Hohenstaufen“ ihre Ärmelstreifen abzulegen. Wenige Zeit

später stieß Hitler Göring und Himmler aus der Partei aus, weil sie durch geheime Verhandlungen mit dem Feind sowie durch den Versuch, entgegen dem Gesetz die Macht im Staate an sich zu reißen, dem Lande und dem gesamten Volk unabsehbaren Schaden zugefügt hätten. Dieses Urteil wurde gesprochen, weil die beiden, im Gegensatz zu Goebbels und Bormann, die das Schicksal des Volkes aus ihren Überlegungen ganz ausgeschaltet hatten, versuchten, noch etwas zu retten. Hier wurde ein letztes Mal die abgründige Unwahrhaftigkeit und konstitutive Verkehrtheit eines Systems Ereignis, in dem als Verräter an Deutschland galt, wer sich im Konfliktsfalle für Deutschland gegen einen Führer entschied, der sich mit Deutschland identifizierte und sich gleichzeitig anschickte, es seinem Eigensinn zu opfern. Was durch die ganze Geschichte des Dritten Reiches das tragische Schicksal zahlloser Männer und Frauen reinen Willens und vorbildlicher Vaterlandsliebe besiegelt hatte, bestätigte sich schließlich — bereits in grotesker Zuspitzung — noch einmal an zwei Männern, denen Hitler unendlich viel zu verdanken hatte, und die selbst Deutschlands Unglück zu einem unermeßlichen Anteil mit verschuldeten.

So endete die nationalsozialistische Epoche der deutschen Geschichte, wie sich ihr Lauf seit jeher für alle deutlich abgezeichnet hatte, die sich die nüchterne Unterscheidung der Geister, wie jener bayerische Regierungsbeamte, bewahrten, der nach dem Münchner Hitlerputsch des Jahres 1923 in einen Aktenvermerk schrieb: „Die an der Strafverfolgung beteiligten Behörden müssen sich freimachen von der sonst zutreffenden, hier aber völlig fehlgehenden Erwägung, es handle sich immerhin um national gesinnte Männer. Greift eine an sich gute Gesinnung zu verwerflichen Mitteln, dann ist sie schon subjektiv nicht mehr gut. Objektiv vollends dann nicht, wenn sie wie hier das erstrebte Ziel, statt es zu erreichen, von vornherein in unermeßliche Abgründe stürzen würde.“

LITERATURVERZEICHNIS

- Alan Bullock: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Dt. Übertr. von W. u. M. Pferdekamp. — Düsseldorf: Droste-Verlag 1953. 383 S.
 Hermann Foerster, Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit. — Stuttgart. Dt. Verl.-Anstalt 1951. 236 S.
 Veröffentlichungen des Dt. Instituts f. Gesch. d. nat.-soz. Zeit Nr. 1.

- Hermann Graml, Der 9. November 1938. „Reichskristallnacht“. Herausg. v. d. Bundeszentrale f. Heimatdienst. — Bonn: Schimmelbusch 1953. 64 S.
 Schriftenreihe der Bundeszentrale f. Heimatdienst Nr. 2.
 Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie.
 Bd. 1: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. 463 S.
 Bd. 2: Ein Mann gegen Europa. 390 S.
 Zürich: Europa-Verlag, Neuausgabe 1946.
 Hermann Mau und Helmut Krausnick, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit, 1933—1945. — Tübingen: R. Wunderlich Vlg., Stuttgart: J. B. Metzlersche Verl.-Buchhandlung 1956. 207 S.
 Michael Müller-Claudius, Deutsche und jüdische Tragik. — Frankfurt/M.: Knecht 1955. 183 S.
 Ewa G. Reichmann, Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe. — Frankfurt am Main o. J. 324 S.
 Hugh Redwald Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage. Dt. Übertr. von Joseph Kalmer. — Zürich: Amstutz, Hardeg 1948. 250 S.
 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg. — Stuttgart: Dt. Verl.-Anstalt.
 Bisher erschienen: Jahrgang 1 (1953) — 5 (1957).

CHINA ALS AUFSTEIGENDE MACHT IN ASIEN

von

Prof. Dr. HERBERT FRANCKE, Universität München

Als der zweite Weltkrieg am 14. August 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Japans endete, schien die Vorherrschaft der angelsächsischen Mächte in Asien für die nächste Zukunft sicher zu sein. Japan wurde von alliierten Truppen besetzt; in den Kolonialgebieten Hollands, Frankreichs und Großbritanniens, die seit 1941-1942 japanisch besetzt waren, hatten die dortigen Besatzungskräfte zum Teil schon vorher kapituliert.

Stützpunkte von der Bedeutung Hongkongs und Singapurs befanden sich wieder in britischer Hand. China war eng mit den Vereinigten Staaten verbunden, die die Regierung Chiang Kai-sheks großzügig mit Waffen und Geld unterstützt hatten. Demgegenüber fiel die Besetzung der Mandschurei durch sowjetische Truppen nicht sehr ins Gewicht, zumal feststand, daß die Mandschurei nach dem Zwischenspiel des von Japan gegründeten Mandschukuo-Staates wieder an China zurückfallen und die sowjetische Besatzung demnach nur vorübergehend sein sollte.

In wenigen Jahren hat sich dieses Bild von Grund auf geändert. An die Stelle eines *pro-amerikanisch* eingestellten China ist ein *kommunistisch* beherrschtes China getreten, das seit 1949 politisch und militärisch zu einem nicht mehr auszuschaltenden Faktor in Ostasien geworden ist und in Korea sich als ernsthafter Gegner erwiesen hat. An die Stelle eines britischen Indien sind die *drei Staatswesen* Indien, Pakistan und Ceylon getreten, von denen Indien in steigendem Ausmaß eine eigenständige Politik, unabhängig vom Commonwealth, verfolgt. Burma ist völlig selbständig geworden und nicht einmal mehr Mitglied des Commonwealth;

China als aufsteigende Macht in Asien

159

Frankreich mußte seine Stellung in Indochina genauso aufgeben wie Holland die seine in Indonesien.

China und Indien, die volkreichsten Staaten der Erde, können nicht mehr zur westlichen Macht- und Einflußsphäre gerechnet werden, wenn auch das Ausmaß ihrer Abkehr von der westlichen Politik verschieden ist.

Der Aufstieg Chinas kommt im Grunde nicht so überraschend, wenn man bedenkt, wieviele Voraussetzungen von Natur aus gegeben waren, um China zu einer Großmacht werden zu lassen. Die Chinesen sind seit Jahrhunderten das *zahlreichste Volk der Erde*; die Volkszählung von 1953 ergab über 580 Millionen Einwohner¹. Die großenteils noch unerschlossenen Bodenschätze des Landes sind reich, ausgedehnte Gebiete namentlich im Norden und Nordwesten noch zu besiedeln und erschließen. Seine kontinentalen Grenzen sind im Westen und Südosten durch unwegsame Gebirge gesichert.

Die Geschichte hat gezeigt, daß China stets dann eine Großmacht war, wenn es den regierenden Schichten gelang, die Kräfte des Landes zu einheitlicher Anstrengung zusammenzufassen. Noch im 18. Jahrhundert, als andere Teile Asiens mit geringer Anstrengung zu Kolonien des Westens gemacht werden konnten, war China eine Macht, gegen die der Westen mit den damaligen Mitteln nichts auszurichten vermochte, solange die technischen Voraussetzungen auf beiden Seiten nicht allzu verschieden waren.

Dieses Verhältnis begann sich erst im frühen 19. Jahrhundert zu ändern. Mit dem Aufkommen der modernen Industrie und Technik wuchs die Überlegenheit der europäischen Mächte, die damit ihre zahlenmäßige Unterlegenheit ausgleichen konnten. So war es kleinen englischen Kontingenten möglich, das chinesische Kaiserreich im Opiumkrieg (1839 bis 1841) zu besiegen und zu einem folgenreichen Friedensschluß (Vertrag

¹ Im einzelnen: Die im Zusammenhang mit den Wahlen in der Volksrepublik China durchgeführte Volkszählung ergab für den 30. Juni 1953 574 205 940 direkt erfaßte Einwohner, zu denen noch eine errechnete bzw. geschätzte Zahl von 8 400 000 Bewohnern schwer zugänglicher Gebiete tritt. Die Einwohnerzahl des noch von der Nationalregierung unter Chiang Kai-shek beherrschten Formosa wird für den gleichen Zeitpunkt in rotchinesischen Quellen mit 7 592 000 angegeben, die Zahl der Auslandschinesen (Indochina, Thailand, Malaya, Indonesien, Philippinen, Burma) mit 11 743 000. Einige frühere Bevölkerungszahlen Chinas zum Vergleich:

1578	60 692 000	1796	275 662 000
1741	143 412 000	1850	414 493 000

von Nanking 1842) zu zwingen. In den folgenden Jahrzehnten trat die Schwäche Chinas immer offener zutage, so daß es um die Jahrhundertwende aussehen konnte, als sei die Aufteilung Chinas in einzelne westliche Kolonien, Protektorate und Einflußgebiete nur eine Frage der Zeit.

Die Gründe für diese Schwäche waren mannigfach. Entscheidend waren die sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Die Ausweitung der Produktion hielt nicht Schritt mit dem raschen Wachstum der Bevölkerung, so daß eine fortschreitende Verarmung der Bevölkerung mit daraus resultierenden Erscheinungen wie Aufständen und einem entsprechenden Verfall der Regierungsgewalt die Folge war. Während zur gleichen Zeit in Europa neue Wirtschaftsformen, insbesondere das Aufkommen der Industrie, es gestatteten, die ebenfalls rasch wachsende Bevölkerungszahl zu ernähren, waren in China die Wirtschaftsform und Technik früherer Jahrhunderte beibehalten worden. Die Frage, warum sich in China nicht wie in Europa ein industrieller Kapitalismus entwickelte, ist oft erörtert worden. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß die Struktur der herrschenden Klasse den Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft hemmte. Die „Gentry“ des alten China hatte ihre ökonomische Grundlage in der Bodenrente, d. h. dem Pachtzins ihres Landbesitzes, und war nicht an anderen Produktionsformen interessiert. Der Kaufmannsstand pflegte seine Kapitalien mit Vorliebe im Handel, der rascheren Gewinn versprach, anstatt in industriellen Unternehmen anzulegen.

Hinzu kam, daß gerade die herrschende Schicht der Beamten und Literaten während des ganzen 19. Jahrhunderts allem Ausländischen mit tiefem Mißtrauen gegenüberstand. Es gab damals nur wenige Chinesen, die erkannten, daß die einheimischen Formen von Wirtschaft und Technik rückständig waren und China wirtschaftlich so schwächten, daß es allen auswärtigen Gefahren preisgegeben bleiben mußte. Die Mehrzahl der maßgebenden Staatsmänner sah, nicht zu Unrecht, in der Übernahme westlicher Wirtschafts-, Wissenschafts- und Organisationsformen ein Element, welches die eigene soziale Stellung und vor allem das eigene Bildungsmonopol zu untergraben geeignet war. Hinzu trat noch die affektive Abneigung, vom siegreichen Eindringling lernen zu sollen.²

² Einen klaren Überblick über die sozialökonomischen Faktoren im 19. Jahrhundert gibt Eberhard, *Geschichte Chinas*, S. 306 ff. Zu der Rolle der „Gentry“ und ihrer Privilegien im 19. Jahrhundert vgl. Chung-li Chang, *The Chinese Gentry. Studies on Their Role in 19th Century Chinese Society*. Seattle, Wash. 1955.

Diese Umstände brachten es mit sich, daß fast ausschließlich ausländisches Kapital unter dem System der Kapitulationsverträge die *Modernisierung* des Wirtschaftslebens einleitete. China blieb im Grunde Agrarstaat, auch nachdem sich in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis durchsetzte, daß man vom Westen lernen und seine Wissenschaft und Technik, aber auch seine der Neuzeit angepaßten staatlichen Organisationsformen übernehmen müsse, um China innerlich zu festigen. Die Zeit seit der Jahrhundertwende ist ausgefüllt von Versuchen, den westlichen Vorsprung aufzuholen, doch standen einer durchgreifenden Modernisierung des Landes, anders als in Japan, eine Reihe schwerwiegender Hemmnisse entgegen. Am schwersten wirkte sich das Fehlen einer starken zentralen Staatsgewalt aus.

Als 1911 die Mandschudynastie durch die Republik abgelöst wurde, waren die republikanischen Kräfte, die vornehmlich in der dünnen bürgerlich-intellektuellen Mittelschicht zu Hause waren, in sich uneins und vermochten sich nicht gegen die partikularen Tendenzen durchzusetzen. Die tatsächliche Macht lag durchweg in der folgenden Zeit bei den Provinzherrn (War Lords), die praktisch von der Peking Regierung unabhängig waren und ihre eigene, meist von selbstsüchtigen Interessen diktierte Politik verfolgten. Ein das ganze Land umfassender Ausbau von Wirtschaft und Verkehr war somit fast unmöglich, zumal die einzelnen Machthaber ständig in mehr oder weniger offenen Kämpfen miteinander lagen. Hinzu kam, daß nach 1911 sich die Außengebiete mit vorwiegend nichtchinesischer Bevölkerung wie Tibet und die äußere Mongolei in der Praxis völlig von Peking lossagten und eigene Wege gingen.

Der tiefere Grund für diese partikularen Tendenzen, die auch in der Vergangenheit schon oft die Reichseinheit gefährdet hatten, lag in dem *Fehlen eines gemeinsamen Staats- und Nationalgefühls*. Die Masse der ausgebeuteten Bauernschaft hatte keinen Anteil an der Entwicklung des Staates genommen; Opferwillie und Loyalität gegenüber einer abstrakten Staats- oder Nationalidee waren im Volk niemals heimisch gewesen. Die Elemente des Zusammenhalts waren vielmehr die Sippe und allenfalls die gemeinsame Herkunft aus einer Stadt oder Provinz. Familien- und Heimatgefühl stellten die wichtigste soziale Bindung dar, nicht National- und Staatsgefühl. Dies wirkte sich auch oft genug im öffentlichen Bereich aus, indem Cliquenwesen, Bereicherung der eigenen Person und der Sippe,

mit Bestechlichkeit als kaum vermeidbarer Folge an der Tagesordnung waren. Nur selten gab es Persönlichkeiten, die uneigennützig sich für groß angelegte Reformen einsetzten, und auch sie scheiterten meist an den starken alten Bindungen. Korruption wurde so zu einem Kennzeichen fast aller Regierungen.

Ein gewisser Wandel schien sich anzubahnen, als die Kuomintang-Truppen unter *Chiang Kai-shek* 1927–1928 sich zur vorherrschenden Macht im Lande aufwerfen konnten, und die Nationalregierung mit dem Sitz in *Nanking* begründeten. Jedoch auch sie verlor bald ihren sozialrevolutionären Elan, der einst mitbestimmend für ihren Erfolg gewesen war. Außerdem hatte die Kuomintang die einzelnen Provinzmachthaber nicht ausschalten können, sondern es vorgezogen, sich mit ihnen friedlich zu verständigen, ohne jedoch ihre Machtstellung, namentlich hinsichtlich der Provinzheere und Provinzsteuern anzutasten. Jedenfalls reichten die wenigen Friedensjahre bis zum Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges 1937 nicht aus, eine starke Zentralgewalt auszubauen. Die Mandschurei war schon 1931–1932 eine Beute der Japaner geworden, die dieses wichtigste schwerindustrielle Gebiet Chinas unter einer von ihnen eingesetzten Staatsführung für ihre Zwecke auswerteten.

Immerhin zeigte das Beispiel Mandschukuos, das unter japanischem Protektorat bedeutende wirtschaftliche Fortschritte machte, was zu erreichen war, wenn auswärtige Mächte zielbewußt sich in China einschalteten. Ähnliche Entwicklungen in anderen Landesteilen waren jedoch unmöglich, nicht nur wegen des in den zwanziger Jahren langsam in den Städten aufkommenden chinesischen Nationalismus, sondern auch, weil keine der westlichen Mächte den anderen eine monopolistische Durchdringung gestattete, wie sie von den Japanern auf kriegerischem Wege eingeleitet worden war. Das Prinzip der „Offenen Tür“ blieb maßgebendes Element der Chinapolitik der europäischen Mächte und Amerikas.

Es zeigt sich also, daß auch, nachdem die Chinesen selbst grundsätzlich zur Anerkennung und Übernahme der westlichen Formen in Wirtschaft und Staat bereit waren, schwächende Faktoren China nicht gestattet, seine großen potentiellen Kräfte auszunutzen und eine Großmachtstellung einzunehmen.

Ein erster Wandel vollzog sich während des zweiten Weltkrieges. Als *Japan* 1937 zum offenen Krieg gegen China übergang, konnte es trotz seiner materiellen Überlegenheit nur Teile des Landes unter seine Kontrolle bringen. Nachdem 1941 der chinesische Krieg sich zum pazifischen Krieg und damit zu einem Teil des Weltkrieges ausgeweitet hatte, war der chinesische Kriegsschauplatz in die allgemeine Entwicklung der Lage verflochten. Chinas schlecht ausgerüstete und ausgebildete Divisionen banden rund ein Drittel der japanischen Landstreitkräfte. Die Nationalregierung wurde zum Bundesgenossen der Alliierten und durfte für den Fall des Sieges auf politische Anerkennung ihrer Kriegleistung hoffen. So kam es dazu, daß in der Charta der Vereinten Nationen China ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat zuerkannt wurde (April 1945).

Es war der Regierung Chiang Kai-sheks nicht möglich, nach dem Sieg der Alliierten das Land innerlich soweit zu konsolidieren, daß die Stellung der *Nationalregierung* unangefochten blieb. Die Gründe für den raschen Verfall von Wirtschaft und Währung, Ordnung und Gesetz können hier nicht im einzelnen aufgezeigt werden, ebensowenig die Etappen des kommunistischen Vordringens. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Kommunisten seit 1936 einen Teil Nordchinas beherrschten, und daß kommunistische Guerillatruppen in einigen anderen Teilen des Landes standen. Am Kampf gegen den äußeren Feind, Japan, hatten sich die Kommunisten beteiligt, zum Teil nicht ohne militärische Erfolge, indem es ihnen gelang, die rückwärtigen Verbindungen der Japaner nachhaltig zu stören.

Trotzdem befand sich der weitaus größte Teil des Landes 1945 unter der Herrschaft der Nationalregierung, auch nachdem die sowjetischen Truppen in der Mandschurei nach der japanischen Kapitulation die erbeuteten japanischen Waffen- und Ausrüstungsbestände an die dort operierenden kommunistischen Partisanengruppen ausgegeben hatten. Eine darüber hinausgehende materielle Unterstützung der chinesischen Kommunisten durch die Sowjetregierung hat es seinerzeit nicht gegeben. Auf der anderen Seite bemühten sich die Vereinigten Staaten, ihren Bundesgenossen Chiang Kai-shek wirtschaftlich, politisch und militärisch zu stärken und stellten zu diesem Zweck reiche Mittel zur Verfügung. Wenn es trotzdem nicht gelang, die nach dem Ende des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind Japan wieder aktiver werdenden Kommunisten

auszuschalten, so zeigt diese Tatsache allein schon die innere Schwäche der Regierung Chiang Kai-sheks.

Übereinstimmend berichten Beobachter, die jene Jahre in China miterlebten, daß die *Korruption* der herrschenden Kuomintang-Kreise das entscheidende Moment der Schwäche darstellte. Nur ein Bruchteil der amerikanischen Wiederaufbauhilfe wurde ihren Zwecken zugeführt. Hinzu kam, daß die während des Krieges wiederholt gegebenen Versprechungen der Regierung, die Staatsform zu demokratisieren, nicht eingehalten wurden. Ebenso wenig hatten Versuche, die Notlage des Bauerntums zu beseitigen, Erfolg. Die kommunistische Propaganda hatte es somit leicht, unter Hinweis auf diese Mißstände Rückhalt bei der Bevölkerung zu finden. Im Verlauf des Bürgerkrieges zeigte sich, daß sogar viele Vertreter des Kuomintang-Regimes zu den Kommunisten übergangen; eine ganze Reihe von Provinzen wurde von den örtlichen Befehlshabern so gut wie kampfflos den Kommunisten ausgeliefert³. Bereits am 31. Januar 1949 wurde Peking kampfflos besetzt; während der folgenden Monate fiel ganz Mittel- und Ostchina in kommunistische Hand; am 1. Oktober 1949 wurde die *Chinesische Volksrepublik* mit Peking als Hauptstadt proklamiert, und bis zum Ende des Jahres sahen sich die Kommunisten im Besitz des gesamten festländischen China⁴. Die Nationalregierung Chiang Kai-sheks mußte nach Formosa flüchten.

Der Sieg der Kommunisten hatte somit in kurzer Zeit die Vereinigten Staaten ihres Verbündeten auf dem asiatischen Festland beraubt. Die frühere unrealistische Beurteilung der chinesischen Verhältnisse durch die USA trat offen zutage, ein Schock, unter dem die Ostasienpolitik Amerikas noch heute leidet.

Mit Nachdruck begann die neue *kommunistische Zentralregierung* sofort nach ihrer Gründung, das Land nach ihren Anschauungen umzugestalten. Die Veränderungen, die sie dadurch herbeiführte, sind derart durchgreifend gewesen, daß man das Jahr 1949 als für die Entwicklung unseres Jahrhunderts nicht weniger bedeutsam bezeichnen muß als das

³ Die Mißstände im Kuomintang-China sind auch von nicht-kommunistischen Autoren geschildert worden. Vgl. u. a. White-Jacoby, *Donner aus China*, Stuttgart-Hamburg 1949.

⁴ Einen aufschlußreichen Augenzeugenbericht über die ersten Monate der kommunistischen Herrschaft in der Hauptstadt gibt D. Bodde, *Peking-Tagebuch*, Wiesbaden 1952.

Jahr 1917, in dem die Bolschewistische Oktoberrevolution Rußland von Grund auf umformte. Das neue China nach 1949 hat mit dem alten China früherer Jahre und Jahrzehnte fast noch weniger gemeinsam als das sowjetische Rußland mit dem zaristischen. Zunächst ging die Peking-Regierung daran, ihren Einfluß systematisch auszubauen. Dies geschah einmal auf dem Weg über eine Reform der inneren Verwaltung, sodann durch die Parteiorganisation der Kommunistischen Partei Chinas. Die herrschende Verwaltungsdoktrin wird in der chinesischen Parteiliteratur und auch in der am 20. September 1954 angenommenen Verfassung als „demokratischer Zentralismus“ bezeichnet⁵: die Regierungsorgane der einzelnen Ebenen (Zentralregierung, Provinzen, Kreise usw.) haben das Recht, Maßnahmen der untergeordneten Behörden aufzuheben oder anzuordnen. Das in allen kommunistisch geführten Staaten geläufige System der gegenseitigen Überwachung sowie die Parteiorganisation sorgen dafür, daß die Maßnahmen und Gesetze der Zentralregierung bis ins letzte Dorf dringen. Da die früheren lokalen Gewalten entweder aus- oder gleichgeschaltet sind, ist nun die Möglichkeit gegeben, mit viel größerem Nachdruck als früher das Volk zu erfassen und den Regierungsgewalten unterzuordnen.

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß seit Jahrhunderten keine chinesische Regierung so unumstritten das ganze Land in ihrer Hand gewußt hat wie heute die Zentrale Volksregierung in Peking. Eines der oben angeführten Schwächemomente, nämlich die partikuläre Tendenz, ist jedenfalls so gut wie fortgefallen, wenngleich auch heute noch graduelle Unterschiede in der kommunistischen Durchdringung der einzelnen Provinzen bestehen. Diese sind aber eher das Ergebnis bewußter Planung und Voraussicht als Anzeichen mangelnder Autorität.

Mit besonderem Eifer hat sich die Volksregierung um die *Minderheitenprobleme* bemüht. Insgesamt leben in China über 30 Millionen Nicht-Chinesen. In vergangener Zeit wurden sie oft von den Chinesen unterdrückt und in jeder Hinsicht zurückgesetzt. Da gerade die Rand- und Außengebiete den Siedlungsraum von Minderheiten darstellen (Südwestchina, Mongolei, Mandschurei, Tibet, Ostturkestan), war durch unzu-

⁵ Die Staatsverfassung und ihre Zielsetzung wird geschildert von Liu Shao-ch'i (Generalsekretär der KPC), *Report on the Draft Constitution of the People's Republic of China*, Peking, Foreign Languages Press 1954 (enthält auch den Verfassungstext).

friedene Minderheiten stets die Gefahr gegeben, daß die Zentrale in strategisch wichtigen Grenzgebieten auf Schwierigkeiten stieß. Bisher war die Minderheitenpolitik der Kommunisten recht geschickt, wenn es ihr auch leichtfallen mußte, angesichts der Fehler der Vergangenheit sich Sympathien bei den verschiedenen Nationalitäten zu erwerben. Das Volks- und Brauchtum der Nicht-Chinesen wird nicht nur belassen, sondern gefördert. Alle Gebiete, die von nationalen Minderheiten bewohnt werden, haben das Recht, autonome Verwaltungsbezirke zu bilden, die zwar auch im Zug des „demokratischen Zentralismus“ von Peking abhängig sind, wo aber die jeweilige Sprache Amts- und Gerichtssprache ist. In der anti-religiösen Propaganda legt man sich vorläufig noch besondere Zurückhaltung in solchen Ländern auf, wo der lamaistische Buddhismus herrschend ist (Tibet, Mongolei). Als Minderheit wird auch der Islam betrachtet, der in China insgesamt über 20 Millionen Anhänger zählt, die in der Vergangenheit, zumal im 19. Jahrhundert, oft genug sich in blutigen Aufständen gegen die Regierung erhoben hatten. Im Gegensatz zur Sowjetunion hat der chinesische Kommunismus darauf verzichtet, einen Bundesstaat analog der Sowjetunion zu schaffen, wenn auch sonst für seine Minderheitenpolitik die sowjetische Doktrin maßgebend erscheint⁶.

Nicht minder durchgreifend ist der soziale Aufbau des Volkes geändert worden. Zwei 1950 erlassene Gesetze haben die überkommene Sozialstruktur von Grund auf geändert: die Gesetze über *Bodenreform* und *Familienreform* (Ehegesetz). Mit einem Schlage wurde durch das Bodenreformgesetz der Großgrundbesitz abgeschafft, das Land aufgeteilt, und der bisherige Pächter zum Eigentümer gemacht. Damit fiel die wirtschaftliche Grundlage der bislang herrschend gewesenen Klasse, der „Gentry“, und die Besitzlage des ausgebeuteten Kleinbauern- und Pächtertums verbesserte sich entscheidend. Den weiteren — an sich geplanten — Schritt, die Bauern nun wiederum zu Kolchosen zusammenzufassen, hat die kommunistische Regierung damals noch zurückgestellt, um sich das

⁶ Eine offizielle chinesische Darstellung der Minderheiten mit entsprechender propagandistischer Färbung gibt die Schrift von Wang Shu-tang, China, Land of many nationalities, Foreign Languages Press, Peking 1955. Vgl. ferner H. Franke, Einige neuere Angaben über die nationalen Minderheiten in China, in: Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Hamburg, Nr. 79/80 (1956) S. 50–57.

Wohlwollen der Bauernschaft, die ja entscheidend für den Sieg des Kommunismus war, nicht zu verscherzen. Mit Hilfe der zahlenmäßig vergleichsweise geringen städtischen Arbeiterschaft allein wäre es nie zu einem kommunistischen Sieg gekommen. Insofern bedeutete das Bodenreformgesetz den vorläufigen Abschluß einer seit langem unterirdisch schwelenden revolutionären Situation, die im Lauf der chinesischen Geschichte sich immer wieder als ein die Regierungsgewalt schwächender Faktor erwiesen hatte.

Die Ehegesetzgebung von 1950 brachte eine radikale Änderung der *Familienverfassung* mit sich. Die volle Gleichberechtigung der Frauen wurde verkündet, ebenso das Recht auf freie Gattenwahl. Die bisherigen stark vom Konfuzianismus geprägten Auffassungen wichen den neuen Prinzipien. Die Folge ist eine Tendenz zur Auflösung der Großfamilie und ihres in der Autorität der Eltern begründeten Zusammenhalts. Damit fällt aber eine der Grundlagen der bisherigen Sozialordnung fort, die gleichzeitig das stärkste Hindernis für das Entstehen einer Staatsgesinnung bedeutete: oft genug in der Vergangenheit rangierte der Familienzusammenhalt vor der Staatsloyalität, was bekanntlich eine der Wurzeln der Korruption darstellte. Das Gefühl der Befreiung, welches die Reform für die Jugend und die Frauen bringen mußte, darf nicht gering eingeschätzt werden. Übereinstimmend berichten Rückkehrer aus Rotchina, daß junge Leute und Frauen das aktivste Element unter den Parteikadern bilden.

Auch kann nicht übersehen werden, daß der *wirtschaftliche* Aufbau im neuen China bereits jetzt Erfolge zu verzeichnen hat, die beachtenswert sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das wirtschaftliche Niveau Chinas 1949 weitaus unter dem Rußlands bei der bolschewistischen Machtübernahme 1917 lag. Diese Erfolge sind darauf zurückzuführen, daß jetzt ein einheitliches Wirtschaften möglich ist, während früher oft genug wirtschaftliche Planungen nicht über einen kleinen Bezirk hinausreichten, solange das Land in verschiedene Herrschaftsgebiete von „War Lords“ aufgespalten war. Auch kann es jetzt, nachdem das ganze Land zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsgebiet verschmolzen ist, nicht mehr dazu kommen, daß in einer Provinz Hungersnot herrscht, während die Nachbarprovinz Überfluß hat. Selbst wenn man von den chinesischen Erfolgsmeldungen propagandistische Übertreibungen abstreicht, bleibt

noch genug des Geleisteten. Auch neutrale Beobachter zeigten sich beeindruckt von der Intensität des Aufbaus, namentlich in Verkehrswesen und Industrie. Daß hierbei zunächst der Schwerpunkt in den Städten liegen muß, während das Land einstweilen noch weniger Anteil daran hat, ist zwar eine Tatsache, doch darf man ihr nicht zuviel Gewicht beimessen. Wichtiger ist, daß die hygienischen Verhältnisse in intensiver und systematischer Weise verbessert worden sind, wobei man freilich wiederum das niedrige Ausgangsniveau in Rechnung stellen muß.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die straffe Wirtschaftslenkung und die Aufbauerfolge einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen darstellen. Hinzu kommt ein nicht unbeträchtlicher Zuwachs an Wirtschaftskraft durch den Fortfall fast aller ausländischen Investitionen, Guthaben und Anlagen, die sämtliche in chinesisches Eigentum, vorwiegend staatliches, überführt worden sind. Die Enteignung der ausländischen Unternehmen an sich hat zwar die Produktion nicht erhöhen können, jedoch ist es ein bedeutsamer Wandel, daß nunmehr die erzielten Überschüsse nicht mehr wie früher ins Ausland wandern, sondern im Lande verbleiben. Insofern hat sich die frühere halbkoloniale Stellung der chinesischen Wirtschaft stark gewandelt⁷.

Von noch größerer Bedeutung aber als die hier aufgezeigten wirtschaftlichen und sozialen Änderungen seit 1949 ist das *ideologische* Moment. Es wurde schon oben darauf hingewiesen, daß man früher in China von einem Nationalbewußtsein der breiten Massen der Bevölkerung nicht reden konnte. Ebenso waren die Massen des Volkes von der politischen Willensbildung ausgeschlossen und nichts als Objekt der Politik. Hier hat der Kommunismus grundlegend Wandel geschaffen. Pausenlos ist das Volk der staatlichen und Parteipropaganda ausgesetzt, und zwar vor allem diejenigen Schichten, die früher fast völlig vernachlässigt worden waren: Bauern und Arbeiter. Zum erstenmal seit Jahrtausenden haben die arbeitenden Klassen des Landes das Gefühl, daß sie als Menschen angesprochen werden, daß die Oberen sich nachdrücklich

⁷ Eine Enteignung der ausländischen Unternehmen, die vor allem die englischen und amerikanischen Firmen betroffen hat, ist großenteils nicht durch direkte Zwangsmaßnahmen erfolgt, sondern durch indirekten Zwang, der eine Fortführung der Unternehmen wirtschaftlich sinnlos machte, so daß die betroffenen Firmen es vorzogen, ihre verbliebenen Aktiva „freiwillig“ den Chinesen zu übereignen.

um ihr Wohlergehen kümmern, daß sie sich als wichtiges Glied der Gemeinschaft fühlen dürfen und sollen. Allein schon, daß das Volk wählen darf und überhaupt gefragt wird, ist ein derartiges Novum in der Geschichte Chinas, daß die alles beherrschende kommunistische Lenkung gar nicht als solche, das heißt nicht als Freiheitsbeschränkung empfunden werden kann. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wollte man glauben, daß das kommunistische Herrschaftssystem in China von vornherein als unfrei empfunden werden und deshalb abgelehnt werden könnte. Nur dort, wo es eine Tradition der Freiheit, der Bürgerrechte und des Rechtsstaates gibt, kann ihr Verlust als solcher empfunden werden, nicht in Staaten, wo diese Ideen höchstens ideelles Gut einer verschwindend kleinen, bürgerlich-intellektuellen Schicht waren.

Diesem bewußt herangezuchteten Selbstgefühl des arbeitenden Menschen in China gesellt sich eine geschickte nationalistische Propaganda bei. Man versucht, im einzelnen den Stolz darauf zu wecken, dem ältesten und größten Volk der Erde anzugehören, ist bemüht, das *Kulturerbe* der Vergangenheit, soweit es im kommunistischen Sinne ideologisch tragbar ist, unter den Massen zu verbreiten und wird nicht müde, das Nationalgefühl durch Hinweise auf die imperialistische Politik der Westmächte im 19. und frühen 20. Jahrhundert anzustacheln. Man kann die Kräfte, die durch diesen neu entstandenen Nationalismus freigesetzt wurden, gar nicht stark genug einschätzen. Es handelt sich dabei nicht um einen Nationalismus europäischer Prägung, der sich in langer geschichtlicher Entwicklung aus einem Nebeneinander und Gegeneinander der einzelstaatlichen Elemente entwickelte und konsolidierte. Der *asiatische Nationalismus* in China wie auch in Indien und Südostasien ist ja nicht eine Reaktion auf einen spezifischen Nationalismus einzelner Staaten wie es in Europa der Fall war, sondern affektgeladen mit dem Haß gegen das von der weißen Welt vertretene Kolonialsystem. Der Stolz auf die eigene Kulturvergangenheit hindert, jedenfalls in China, nicht, daß die beherrschenden und quietistischen Tendenzen im eigenen Volkstum rasch und bewußt abgebaut werden, so daß jedenfalls von dieser Seite her keine Gegenkräfte mehr wirken können. Der Abbau der eigenständigen Kulturgüter zugunsten einer Übernahme der westlichen technisierten Zivilisation schafft somit eine Art Vakuum, das der Ausbreitung des Kommunismus günstiger ist als ein Nationalismus europäischer Prägung.

Der gesamten Propaganda kommt es dabei zugute, daß bisher das Analphabetentum sehr verbreitet war. Die Hebung der Volksbildung kann so Hand in Hand gehen mit der Übermittlung von Parteidoctrinen. Die Idee der Bildung und die Möglichkeit sozialen Aufstiegs ist somit für die Volksmasse mit dem kommunistischen System verbunden.

Es ist klar, daß eine Umformung von solchen Dimensionen, wie sie oben angedeutet wurden, nicht ohne Rückschläge und Gegenwirkungen durchgeführt werden kann. Viele der Vorhaben von Regierung und Partei fordern schwere Opfer vom Volk, und zumal das ehrgeizige Industrialisierungsprogramm spannt die Kräfte der einheimischen Wirtschaft auf das stärkste an, so daß eine allgemeine Hebung des Lebensstandards nur sehr langsam erfolgen kann, und lokale Rückschläge fast unvermeidlich sind. Die straffe zentrale Lenkung und das funktionierende Verkehrssystem gestatten es jedoch, Krisenerscheinungen zu lokalisieren. Von einer organisierten inneren Opposition wird man auch bei schärfster Beobachtung kaum reden können. Es gibt zwar Ansatzpunkte für oppositionelle Gruppen. Sie liegen, wenn man von den wenigen Anhängern der Kuomintang, die es vielleicht noch geben mag, einmal absieht, hauptsächlich im religiösen Bereich, namentlich der römisch-katholischen Kirche und den taoistischen Geheimgesellschaften. Eine strenge Überwachung und das anscheinend gut funktionierende System gegenseitiger Kontrolle sorgen jedoch dafür, daß solche Untergrundtätigkeit gegen das Regime kein allzu großes Ausmaß annimmt. Wenn gelegentlich Massenverfolgungen und Säuberungsaktionen gemeldet werden, darf daraus nicht ohne weiteres auf innere Schwäche der kommunistischen Herrschaft geschlossen werden. Vor allem wäre es abwegig, solchen vereinzelt Widerstand dahingehend auszudeuten, als ob die betreffenden Kreise nun sämtliche mit der Regierung Chiang Kai-shek sympathisierten.

Das Ergebnis einer Analyse der inneren Situation Chinas wird also sein müssen, daß der Kommunismus sich konsolidiert hat und eine Gefährdung des Systems von innen heraus zunächst unwahrscheinlich ist. Dies wird bestätigt durch die Ereignisse in Korea. Es hat sich gezeigt, daß die chinesische Wehrmacht ein sehr ernst zu nehmender Gegner ist. Der Koreakrieg, der von der einheimischen Propaganda als reiner Verteidigungskrieg dargestellt wird, hat im übrigen das Selbstgefühl der Chinesen beträchtlich gestärkt; man fühlte sich den Amerikanern, den Siegern

des zweiten Weltkriegs, gewachsen und damit als Großmacht, die ein Mitspracherecht in allen Weltangelegenheiten fordern kann.

Bevor der Umfang und die Grenzen der chinesischen Macht näher betrachtet werden, sind zunächst die allgemeinen Tendenzen der chinesischen Außenpolitik zu untersuchen.

Hierbei sind zweierlei Grundtendenzen zu unterscheiden: solche, die sich aus dem Kommunismus ergeben, und solche, die in der geographischen Lage und der Geschichte Chinas beruhen. Das gemeinsame kommunistische Glaubensbekenntnis bindet die Sowjetunion und die Volksrepublik China auf das engste aneinander und führt in der Politik dazu, daß die chinesische Regierung zu internationalen Fragen die gleiche Stellung einnimmt wie die Sowjetunion. Insofern bietet die Außenpolitik des neuen China keinerlei eigene Probleme.

Ebenso wichtig sind allerdings diejenigen Momente, die chinesisch und nicht kommunistisch sind. Es wäre verfehlt, wenn man die Politik der Peking Regierung nur unter dem Gesichtspunkt des Kommunismus betrachten und verkennen wollte, daß manche Faktoren in der Geschichte des Landes selbst begründet sind. Dies gilt beispielsweise für das Verhältnis zu Tibet. Als 1950 Kontingente der „Volksbefreiungsarmee“ in Tibet einrückten, wurde dies in der westlichen Öffentlichkeit gelegentlich als kommunistische Aggression angesehen. In Wirklichkeit hat keine Regierung Chinas, vor allem auch nicht Chiang Kai-shek⁸, jemals formell auf die Zugehörigkeit Tibets zum Reich verzichtet. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ist Tibet Protektorat Chinas gewesen, wenn auch in Zeiten der Schwäche China diesem unzugänglichen Außenland praktisch völlige Selbständigkeit zu lassen gezwungen war. Eine andere Frage ist, ob das tibetische Volk diese Erneuerung der chinesischen Herrschaft gern sieht. Vieles spricht dafür, daß ein völlig autonomes Tibet eher den Wünschen der Bevölkerung entspräche. Ähnlich steht es mit der Inneren Mongolei. Starke Regierungen haben stets danach gestrebt, auch die Außenländer eng an das Reich anzuschließen. Die Besetzung Tibets 1950 bedeutete also nichts als einen rein innerchinesischen Akt der Ausdehnung der Regierungsgewalt auf ein bislang nur lose und nominell beherrschtes Territorium.

⁸ Man vergleiche hierzu etwa die Ideen von Chiang Kai-shek, die er noch 1943 in seinem Buch „Chinas Zukunft“ darlegte; englisch *China's Destiny*, New York 1946.

Auch das Verhältnis zu den Nachbarstaaten Korea und Vietnam muß im Rahmen der chinesischen Geschichte gesehen werden. Beide Staaten waren lange Zeit Tributstaaten Chinas, die zwar im Inneren völlige Autonomie genossen, aber durch gemeinsame Kultur und regelmäßige Tributgesandtschaften in einem Zusammenhang mit China gestanden haben. Wenn die Chinesen 1950 in den Koreakrieg eingriffen und seit 1949 Ho Chi-minh in seinem Kampf gegen die Franzosen unterstützten, so bedeutete dies nichts als eine Wiederaufnahme der traditionellen Einmischung in die dortigen Verhältnisse, wie sie in der Geschichte oft genug festzustellen ist. Der heutige Zustand entspricht völlig den historischen Vorbildern: die Volksrepubliken Nord-Vietnam und Nord-Korea sind nach innen selbständige Bundesgenossen Chinas und mit ihm durch eine gemeinsame Weltanschauung sowie durch Bündnis- und Wirtschaftsverträge verbunden.

Ein weiteres Moment, welches zwar von den Kommunisten geschickt ausgebeutet wird, aber seinem Wesen nach nicht kommunistisch ist, stellt der Anti-Kolonialismus sowie die anti-westliche Einstellung dar. Auch die Kuomintang vertrat, zumal in ihrer Frühzeit bis 1928, stark fremdenfeindliche Tendenzen und hat sich stets zum Anwalt des Kampfes gegen die „ungleichen Verträge“ gemacht. Als eine Vorleistung der Alliierten im zweiten Weltkrieg konnte die Regierung Chiang Kai-sheks noch während des Krieges den Verzicht der alliierten Mächte auf ihre exterritorialen Rechte erreichen. Auch hatte die Kuomintang sich niemals gescheut, fremdenfeindliche Affekte im Volk, namentlich den Hafen- und Handelsstädten, anzufachen und für ihre Zwecke auszubeuken. Sie hat gleichfalls niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine Rückgabe der jetzt noch verbliebenen westlichen Besitzungen auf chinesischem Boden, Hongkong und Macao, verlangt. Grundsätzlich wird man sagen dürfen, daß viele Probleme, die die kommunistische Regierung in China für die Weltpolitik aufgeworfen hat, auch entstanden wären, sobald die Regierung Chuang Kai-sheks oder irgendeine andere Regierung sich im uneingeschränkten Genuß der Macht über das ganze Land befunden hätte. Es lagen aus den Jahren 1945 bis 1949 genug Anzeichen dafür vor, daß schon damals die Kuomintang-Regierung danach strebte, den ausländischen Wirtschaftseinfluß zurückzudrängen oder sogar ganz auszuschalten. Daß China gerade unter kommunistischer Führung zu einer

erstrangigen Macht erstarkte, darf den Blick für die spezifisch chinesische Problematik nicht trüben. Ein verhängnisvoller Trugschluß wäre es, wenn man annähme, daß in dem — unwahrscheinlichen — Fall eines Systemwechsels in China eine nicht kommunistische Zentralregierung ein bequemerer internationaler Partner wäre als die Volksrepublik.

Von besonderer Wichtigkeit ist das Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion. Es kann nicht bezweifelt werden, daß gegenwärtig die Front des von der Sowjetunion angeführten Weltkommunismus durch die Zugehörigkeit Chinas zum Ostblock entscheidend verstärkt worden ist. In vergangenen Jahren ist manchmal behauptet worden, daß die chinesischen Kommunisten mehr Chinesen als Kommunisten seien, im Grund nur Agrarreformer, und daß der Kommunismus vom Chinesentum langsam assimiliert werden würde. Bisher hat nichts die Berechtigung dieser Auffassung erwiesen. In Theorie und Praxis hält sich die KPC seit 1946 mehr und mehr an das Vorbild der Sowjetunion. Selbst zu Fragen, die an sich China unmittelbar überhaupt nicht berühren (z. B. der Wiedervereinigung Deutschlands) äußert sich die Pekingener Parteilpresse im sowjetischen Sinn. Das ideologische Band des Marxismus und Leninismus ist eine Klammer, deren Haltbarkeit nicht leicht durch Interessenkonflikte im einzelnen gefährdet werden kann. Auch von der Geschichte her lassen sich Gründe aufweisen, die das enge Zusammengehen Chinas mit der Sowjetunion erleichtern.

Das zaristische Rußland ist von den Chinesen niemals im gleichen Maße als imperialistisch empfunden worden wie andere Mächte. Dies liegt daran, daß die russischen Interessen in Gebieten verfolgt wurden, die weitab von den Zentren des Chinesentums lagen, wie etwa dem vorwiegend von Nichtchinesen bevölkerte Ostturkestan, den menschenleeren Gebieten in der Amur- und Ussurigegegend oder der Mandchurei, die bis 1911 noch nicht stark chinesisch besiedelt war. Die Interessen anderer Staaten, vor allem aber Englands, berührten jedoch die Kerngebiete Chinas, die dicht besiedelten Küstengegenden und Hafenstädte mit rein chinesischer Bevölkerung. Ferner hat die Sowjetunion als erster Staat schon bald nach der Oktoberrevolution auf ihre exterritorialen Vorrechte freiwillig verzichtet, und die zahlreichen russischen Emigranten, die nach 1917 nach China strömten, mußten sich weit mehr den einheimischen Verhältnissen anpassen als die anderen Ausländer, da

keine auswärtige Macht ihre Interessen schützte. So konnte auch der einzelne Russe nicht als Genießer von Vorrechten fremdenfeindliche Affekte der Chinesen auslösen.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß der gegenwärtige Wirtschaftsaufbau in China mit Hilfe der Sowjetunion und der Ostblockstaaten einschließlich der „Deutschen Demokratischen Republik“ durchgeführt wird. Mag das Ausmaß dieser Hilfe im Vergleich zu den gewaltigen Aufgaben auch nicht übermäßig groß erscheinen, so schaffen doch die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen ein zusätzliches Band, das China an den Ostblock fesselt. Bereits jetzt macht der Handel mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten über Dreiviertel des gesamten chinesischen Außenhandels aus. Hinzu kommt die Tätigkeit zahlreicher sowjetischer Fachleute auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und eine intensive Pflege der kulturellen Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks.

Man wird die Frage stellen müssen, ob sich in China eine Art Titoismus entwickeln kann, ein Nationalkommunismus, der versucht, seinen Weg ohne und unter Umständen sogar gegen die Sowjetunion zu gehen. Hierzu ist zu bemerken, daß sich bisher keinerlei Anzeichen für eine solche Entwicklung erkennen lassen⁹. Es trifft zu, daß China kein Satellit ist. Die Kommunisten Chinas haben ihre Erfolge aus eigener Kraft erzielt. Sie sind nicht, wie ihre Genossen in Osteuropa, im Gefolge der Roten Armee zur Macht gelangt. Auch war die Sowjetunion niemals Besatzungsmacht, außer vorübergehend in der Mandschurei, aus der sie sich aber schon bald vertragsgemäß zurückzog. Es bestand also nicht die Möglichkeit, nationale Ressentiments verletzen zu können, wie dies in Osteuropa möglich war und ist. Eine wichtige Konfliktmöglichkeit fällt dadurch weg. Was sonst noch an Interessengegensätzen zwischen China und der Sowjetunion vorhanden sein mag, etwa die Frage der bis 1911 zu China gehörigen Außenmongolei (Mongolische Volksrepublik), wiegt leicht gegenüber den festen Bindungen. Man wird einen Konflikt, wenn überhaupt, dann erst in ferner Zukunft erwarten können. Einstweilen

⁹ Anderer Ansicht ist W. Starlinger in seiner Schrift „Die Grenzen der Sowjetmacht“, Kitzingen 1954 (Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Beiheft 9). Ihn Folgerungen, soweit sie das Verhältnis China-Sowjetunion betreffen, kann jedoch nicht beigepllichtet werden.

deutet nichts auf eine Lockerung des Verhältnisses zwischen den beiden größten Mächten des Weltkommunismus hin.

Es ist auch keinesfalls zwangsläufig, daß sich innerhalb des Kommunismus ein Antagonismus zwischen der Sowjetunion und China entwickeln müßte, sei er nun auf divergierenden Interessen oder theoretischen Abweichungen aufgebaut. Manches spricht dafür, daß das Verhältnis sich vielleicht eher im Sinne einer Arbeitsteilung ausgestalten wird, wobei die Sowjetunion ihre Aufgaben mehr in Europa und Vorderasien, China die seinen mehr in Süd- und Ostasien sieht. Solchen Ausblicken gegenüber ist jedoch stets zu betonen, daß China gegenwärtig an der Seite der Sowjetunion steht und daß es auch von seinem unmittelbaren materiellen Interesse her unklug wäre, es mit der einzigen Großmacht zu verderben, die es gegenwärtig zu seinen Freunden rechnen kann.

Die Freundschaft mit einer Großmacht, wie sie die Sowjetunion darstellt, ist, abgesehen von der wirtschaftlichen Hilfe beim Aufbau des Landes, politisch deshalb wichtig für China, weil seine Ansprüche auf Vertretung in den Weltgremien wie der UNO und auf diplomatische Anerkennung durch die Chinesen allein niemals erzwungen werden können, auch nicht, wenn sie die von ihnen als illegal betrachtete Exilregierung auf Formosa mit Waffengewalt auszuschalten in der Lage wären. Hier liegt eine Abhängigkeit vor, die an sich schon zeigt, daß China ungeachtet seines Aufstiegs während der letzten Jahre nicht zu den Mächten ersten Ranges zu zählen ist. Die Frage, ob man es als Weltmacht bezeichnen soll, ist jedenfalls negativ zu beantworten, wenn man unter einer Weltmacht eine solche versteht, deren Interessen und Einflußmöglichkeit weit über den eigenen Raum hinausgreifen können. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion können nach dieser Definition als Weltmächte angesprochen werden, China dagegen nicht, oder noch nicht.

Manche Faktoren, die für eine Weltmachtstellung unerlässlich sind, fehlen China oder sind dort nur schwach entwickelt. Im folgenden seien die wichtigsten dieser relativen Schwachmomente kurz behandelt.

Zunächst ist die geographische Lage zu nennen. In gewisser Hinsicht ist China auch heute noch, trotz aller neuzeitlichen Verkehrstechnik, ein abgeschlossenes, isoliertes Land. Im Westen und Nordwesten sind seine

Grenzregionen dünn besiedelt, noch weithin unerschlossene Gebiete, und auch was jenseits dieser Länder liegt (das russische Zentralasien, Afghanistan) gehört nicht zu den weltpolitisch und weltwirtschaftlich entscheidenden Brennpunkten. Dies gilt in gewissem Grade auch für den Norden. — Zwar hat China eine lange Ozeanküste, doch ist sie nicht der Ausgangspunkt eines weltumspannenden Handels geworden, ja, der Überseehandel hat seit der bewußten Ausrichtung des Außenhandels auf die Volksdemokratien und die Sowjetunion stark nachgelassen und China noch mehr aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen herausgelöst. Die Südwestgrenze nach Burma zieht sich durch ein höchst unwegsames Gelände hoher Gebirgsketten und tief eingeschnittener Täler. Die beiden einzigen Grenzgebiete, die auf Grund ihrer verhältnismäßig größeren Gangbarkeit und Verkehrserschließung zu einem unmittelbaren Ausgreifen herausfordern können, oder von wo aus China sich bedroht fühlen könnte, sind Korea und Indochina (Vietnam). Es ist kein Zufall, daß es gerade in diesen beiden Räumen zu einem Konflikt mit den westlichen Interessen gekommen ist, und daß China, obgleich in ungleichem Ausmaß, hier glaubte, seine Mittel einsetzen zu sollen.

Der Faktor der relativen *Isolierung* wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß China einstweilen keine Seemacht ist. Chinas Hauptgegner im weltpolitischen Kräftespiel sind die Vereinigten Staaten; die kommunistische Regierung glaubt, daß die USA auf ihren Sturz hinarbeiten. Während aber die Vereinigten Staaten durch ihre Stützpunkte in Japan und den Riu-kiu-Inseln, sowie durch die Existenz der Exilregierung Chiang Kai-sheks auf Formosa imstande sind, China fühlbar zu bedrohen und ihre Machtmittel aus günstigen Positionen heraus im Konfliktfall gegen China einzusetzen, fehlt China diese Möglichkeit durchaus. Die Vereinigten Staaten liegen außerhalb des Wirkungsbereichs der chinesischen Macht. Zudem würde es keine größere Gefährdung der Vereinigten Staaten bedeuten, wenn die Sowjetunion als technisch und militärisch stärkste kommunistische Macht von chinesischen Stützpunkten aus operieren würde. Für den Einsatz von Fernwaffen gegen den amerikanischen Kontinent würde die Sowjetunion in ihren nordsibirischen Stützpunkten über geographisch günstigere Positionen verfügen, als China sie zur Verfügung stellen könnte.

Was für den amerikanischen Kontinent gilt, ist sinngemäß auch für

Europa zutreffend. Hinzu kommt ein weiteres Moment. China ist in der Vergangenheit niemals in dem Maß Teilnehmer der Weltwirtschaft gewesen, daß es in der Lage wäre, wirtschaftlichen Druck auszuüben. Die von ihm gelieferten Produkte waren nicht sein monopolistischer Besitz und für die Wirtschaft der übrigen Welt unbedeutend. Umgekehrt hatte es auch nie eine so starke Position als Welthandelskunde, daß ein Kaufstreik sich irgendwie nachteilig ausgewirkt hätte. Seine Isolierung erstreckte sich also auch auf das Gebiet der Wirtschaft. Man kann sogar soweit gehen, zu sagen, daß China für die übrige Welt wirtschaftlich um so unwichtiger wird, je mehr es seinen Außenhandel auf die Sowjetunion und die Volksdemokratien umstellt, ein Prozeß, der, wie erwähnt, schon weit fortgeschritten ist. Die Spärlichkeit der wirtschaftlichen Kontakte mit der nichtkommunistischen Welt bewirkt also einerseits eine relative Unabhängigkeit von ihr, andererseits vermindert sie die Möglichkeit, wirtschaftlichen Einfluß auszuüben.

Schwächend wirkt ferner der geringe Grad der *Industrialisierung*. Nur die wichtigsten Faktoren dieser sehr komplexen Materie können hier angedeutet werden. Die chinesische Industrie ist gegenwärtig, trotz der fieberhaften Aufbauarbeit, noch sehr schwach, was sich vor allem auch auf dem Gebiet der *Rüstung* auswirkt. Ohne die Lieferungen sowjetischer Waffen und Ausrüstungsgegenstände hätte die chinesische Wehrmacht bei ihrem Einsatz in Korea keinerlei Aussichten auf Erfolg haben können.

Im Lande selbst können bisher nur bestimmte Waffentypen hergestellt werden (leichte Infanteriewaffen, leichte Feldgeschütze bis 10,5 cm, die dazu gehörige Munition, einfachere Nachrichtengeräte). Die Produktion ist zahlenmäßig zudem noch gering. Flugzeuge, bestimmte Arten Kraftfahrzeuge, hochwertiges Nachrichtengerät müssen noch eingeführt werden, und es ist nicht zu erwarten, daß die Einfuhrabhängigkeit sich in absehbarer Zeit entscheidend ändert. Freilich ist zugegeben, daß dieses Fehlen einer leistungsfähigen Schwer- und Rüstungsindustrie später einmal behoben werden kann; andererseits darf nicht verkannt werden, daß dieser Mangel auch eine gewisse Stärke bedeuten kann. China hat einstweilen keine dicht besiedelten und infolgedessen durch den Luftkrieg leicht verwundbaren Industriezentren, jedenfalls nicht in nenenswertem Ausmaß. Bei einem weiteren Industrieaufbau könnte sich unter Um-

ständen die paradoxe Folgerung ergeben, daß gerade durch einen solchen Aufbau die Verwundbarkeit des Landes sich vergrößert, zumal wenn man bedenkt, daß das bisher wichtigste schwerindustrielle Zentrum Chinas, die *Mandschurei*, sich in relativ großer Grenznähe befindet.

Noch ausschlaggebender ist freilich ein anderes Moment der Schwäche, das mit der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes insgesamt zusammenhängt.

China ist vorwiegend auch heute noch ein Agrarland. Man schätzt, daß etwa 85 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Auch sind die Ausfuhrüter des Landes, mit denen es seine für den Industrieaufbau benötigten Einfuhren bezahlt, meistens Agrarprodukte, so daß man sagen kann, daß das Ausmaß der Einfuhren und damit der Industrieaufbau von der Menge der für den Export verfügbaren Agrarprodukte abhängen. Nun hat die Volkszählung von 1953 eine so hohe Bevölkerungszahl aufgezeigt, daß man Zweifel hegen kann, ob es gelingen wird, die landwirtschaftliche Erzeugung so schnell zu steigern, daß nicht nur eine derart hohe und entsprechend schnell wachsende Volkszahl ausreichend ernährt werden kann, sondern auch noch genügend Überschüsse für den Export und damit die Bezahlung der Investitionsgüter für den Industrieaufbau übrig bleiben. Bis zu einem gewissen Grade kann das Dilemma dadurch überwunden werden, daß der Lebensstandard im Innern zugunsten des Außenhandels eingeschränkt wird (wie es die Sowjetunion während des ersten Fünfjahresplans bewußt trotz der Versorgungskrisen im eigenen Land durchführte). Die beiden anderen Ausweichmöglichkeiten, die sich bieten, falls die Erzeugung nicht schnell genug gesteigert werden kann, wären eine Verlangsamung des Aufbautempos oder ausländische Lieferungen auf Kredit (durch die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten).

Diese Überlegungen zeigen, daß die hohe Bevölkerungszahl Chinas auch in gewissem Grade eine Belastung ist, die sich naturgemäß in einem vorwiegend agrarischen Staat besonders äußern muß, da eine Produktionssteigerung der Landwirtschaft im allgemeinen mehr Zeit erfordert als eine der Industrie-Erzeugung. Hinzu kommt, daß Naturkatastrophen (Dürren, Überschwemmungen) gleichfalls das wirtschaftliche Gleichgewicht schwer beeinträchtigen können. Andererseits ist zugegeben, daß ein totalitär geführter Staat hier eher zu einem gewissen Ausgleich, wenn

auch unter großen Opfern für die Bevölkerung, kommen kann. Auch ist zu bedenken, daß gerade in China die Leidenschaftlichkeit des Volkes in der Vergangenheit oft auf so schwere Proben gestellt worden ist, daß Verhältnisse zugemutet werden können, die in anderen Erdteilen unweigerlich zu Revolutionen führen würden.

Wenn man fragt, in welchen Bereichen und in welchem Umfang China sich als Großmacht mit materieller Macht durchsetzen kann, so ist zunächst die Eigenart seiner *Wehrmacht* für eine solche Analyse zu betrachten. China ist, auch heute noch, vorwiegend eine Landmacht. Seine Stärke liegt in seinem Heer; Luftwaffe und erst recht Marine treten stark zurück. Überseeische Operationen größeren Ausmaßes sind damit so gut wie ausgeschlossen. Dies begrenzt die Einsatzmöglichkeit der zahlenmäßig starken Heereskräfte auf die unmittelbare Umgebung Chinas selbst: Indochina, Formosa, Korea, Burma, Siam. In diesem Bereich ist China eine Großmacht, darüber hinaus kaum. Wieweit ein operatives Zusammengehen mit Rußland die aufgezeigte Situation ändern würde, liegt naturgemäß außerhalb des Rahmens dieser Ausführungen.

Eine weitere Möglichkeit für China, seine Interessen im südostasiatischen Raum durchzusetzen, könnte in einer Aktivierung der *Auslandschinesen* liegen. Ihre Zahl beträgt rund 10 Millionen in Südostasien einschließlich Indonesien; in ihrer Hand liegt praktisch das gesamte Wirtschaftsleben Südostasiens. Bisher gibt es keine sicheren Anzeichen dafür, daß die Auslandschinesen als „Fünfte Kolonne“ zum Sturz der jeweiligen Landesregierungen organisiert werden. Die chinesischen Terroristen in Malaya können so gut wie überhaupt nicht von China aus unterstützt werden. Im Gegenteil ist die Volksregierung bemüht, das schwierige Problem der Auslandschinesen auf friedlichem Wege mit den beteiligten Regierungen zu lösen, namentlich hinsichtlich der umstrittenen Frage der Staatsangehörigkeit.

Wenn also China einstweilen nicht imstande ist, seine Macht weit jenseits der Landesgrenzen wirken zu lassen, so ist es auf der anderen Seite durch diese Isolierung auch verhältnismäßig gesichert. Legt man den gegenwärtigen Stand von Wehrmacht, Industrie und Verkehrerschließung zugrunde, so wird man sagen müssen, daß ein auswärtiger Angreifer wenig Aussichten haben würde, im Lande selbst Erfolge zu erzielen, zumal nachdem die Kommunisten auch die geistige Verteidigung

gungsbereitschaft so stark mobilisiert haben. Das fast unerschöpfliche Menschenpotential würde sich gerade bei einer Auseinandersetzung auf chinesischem Boden fühlbar machen, wie es 1937 bis 1945 gegenüber den überlegen ausgerüsteten und geführten Japanern der Fall gewesen ist. Zusammenfassend ergibt sich, daß China zwar nicht das Offensivpotential einer Großmacht hat, jedenfalls nicht über den südostasiatischen Raum hinaus, wohl aber ein starkes Defensivpotential.

Ein Versuch, die möglichen Tendenzen der chinesischen Politik in der Zukunft zu beschreiben, ist natürlich weitgehend hypothetisch. Immerhin scheint soviel klar zu sein, daß angesichts seiner großen Aufbauvorhaben China größere Konflikte zu vermeiden bestrebt sein muß und insofern die propagandistischen Friedensbetuerungen von Partei und Regierung nicht ohne sachlichen Grund erfolgen. Andererseits ist stets die Gefahr gegeben, daß China sich infolge seiner erklärten antikolonialistischen Einstellung in koloniale Konflikte einschaltet, wie es das bereits im Falle von Indochina getan hat. Aber auch hier bleibt abzuwarten, ob Peking es dabei in Kauf nehmen würde, in einen direkten bewaffneten Konflikt mit den Vereinigten Staaten oder England verwickelt zu werden.

Die bisherige Haltung gegenüber Formosa läßt darauf schließen, daß China zur Zeit weder in der Lage, noch vielleicht auch willens ist, es wegen Formosa auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten ankommen zu lassen, eine Haltung, die sich freilich leicht ändern könnte. Immerhin wird aber auch die kommunistische Regierung Chinas bedenken, daß ein solcher Konflikt es unmöglich machen müßte, den bislang noch von der Nationalregierung auf Formosa eingenommenen Sitz Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu übernehmen und von den bisher noch abseits stehenden Staaten, namentlich den USA, anerkannt zu werden.

Aber auch wenn es den Chinesen gelingt, diese Aspirationen durchzusetzen, wird das Verhältnis zur westlichen Welt problematisch bleiben, allein schon wegen des engen Verhältnisses zur Sowjetunion. Hinzu kommt, daß es für China besonders schwer sein wird, dem Westen gegenüber zu normalen Formen des internationalen Verkehrs zu finden. Der anti-westliche Affekt sitzt wegen der Erfahrungen des 19. Jahrhunderts tief. Ferner ist zu bedenken, daß im Laufe der Geschichte China kaum jemals eine Außenpolitik unter gleichberechtigten und als Partner von gleichem Status geltenden Mächten getrieben hat. Die Fiktion von China

als alleiniger Kulturmacht, der gegenüber die ausländischen Staaten allenfalls als barbarische Tributbringer auftreten dürfen, hat dazu beigetragen, daß im 19. Jahrhundert die Begegnung mit den westlichen Mächten so unglücklich verlief.

Die Anpassung Chinas an die heutigen Formen der internationalen Politik wird auf jeden Fall noch eine Zeit dauern. Feststehen dürfte nur, daß Drohungen und Gewalt die chinesische Intransigenz nicht ausschalten werden; was für die Politik der Kanonenboote im 19. Jahrhundert galt, gilt auch noch für das Zeitalter atomarer Waffen: Beide können gegenüber diesen geschichtlich verwurzelten Problemen der Nationalpsychologie nicht als brauchbare Mittel gelten.

Es hat sich also gezeigt, daß China einstweilen trotz seinen großen potentiellen Kräfte nicht als Weltmacht herkömmlichen Stils anzusehen ist. Dennoch wäre es wohl unrealistisch, wollte man die großen Wirkungsmöglichkeiten verkennen, die China und Indien ausüben können. Ihre Dynamik beginnt schon heute auf die ganze farbige Welt zu wirken, und eine „farbige Front“, wie sie früher gelegentlich als Bedrohung der vom Westen gestalteten Welt hingestellt wurde, ist heute kein Zukunftsbild mehr, sondern eine sich immer mehr konsolidierende Realität. Für die Zukunft wird viel davon abhängen, ob innerhalb dieses sich abzeichnenden Blocks der farbigen, insbesondere der asiatischen Nationen, das kommunistische China den beherrschenden Einfluß ausüben wird oder Indien. Einstweilen ist es noch so, daß beide Staaten auf Grund ihrer Entwicklung in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Negativen sich durchaus einig sein können, nämlich dem Abbau der Reste des Kolonialismus in der alten Welt. Aber auch im Sozialismus als zu erreichendem Endziel dürften die beiden gewisse Berührungspunkte aufweisen, wenn auch die Methoden so verschieden sein mögen wie der englische Labour-Sozialismus vom sowjetischen Bolschewismus. Sicher zu sein scheint, daß für die nächste Zukunft das ideologisch-dynamische Element in der farbigen Staatenwelt sich noch stark bemerkbar machen wird, eine Entwicklung, die voraussichtlich auch nicht durch eine großzügige Unterstützung „unterentwickelter Gebiete“ durch den Westen in eine völlig andere Bahn gelenkt werden kann.

LITERATURHINWEISE

1. Geschichte allgemein:

Wolfram Eberhard, Chinas Geschichte. Bern 1948.
 Hans O. H. Stange, Geschichte Chinas vom Urbeginn bis auf die Gegenwart, in: Geschichte Asiens, Weltgeschichte in Einzeldarstellungen. München 1950.
 George W. Keeton, China, The Far East and The Future. London 1949.

2. Neuere Geschichte:

Heinrich Herrfahrdt, Sun Yatsen, der Vater des neuen China, Hamburg 1948 (zur Ideologie der Kuomintang).
 Lily Abegg, Chinas Erneuerung. Der Raum als Waffe. Frankfurt 1940.
 Wolfgang Franke, Zur anti-imperialistischen Bewegung in China, in: Saeculum, Jahrbuch für Universalgeschichte, Freiburg i. Br., Bd. V H. 4 (1954).

3. Kommunistisches China.

Benjamin I. Schwartz, Chinese Communism and the Rise of Mao. Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1952.
 Brandt-Fairbank-Schwartz, Der chinesische Kommunismus. Eine Dokumentargeschichte. München 1955 (beides Standardwerke zur Parteigeschichte).
 Robert Payne, Mao Tse-tung. Hamburg 1951.
 Robert S. Elegant, China's Rote Herren. Frankfurt 1952.
 Michael Lindsay, China and the Cold War. A Study in International Politics. Melbourne-London 1955 (wichtig).
 Jack Belden, China erschüttert die Welt. Braunschweig 1951.
 W. G. Burdett, China verändert sich. Berlin 1952, Verlag Volk und Welt (kommunistisch).
 Israel Epstein, Von Sun Yatsen zu Mao Tse-tung. Berlin 1950. Verlag Volk und Welt (kommunistisch).
 Wichtiges Material über das kommunistische China in englischer Sprache enthalten die für das Ausland bestimmten Pekinger Zeitschriften „People's China“ und „China Reconstructs“.

CLAUSEWITZ UND DIE GEGENWART

von

Dozent Dr. W. HAHLEWEG, Universität Münster

Es liegt in der Natur und in den Aufgaben der tragenden Kräfte jeder Epoche, seien es Zeiten ruhiger Entwicklung oder historischer Krisen, begründet, das rechte Verhältnis zu den tatsächlich wirkenden Mächten der geschichtlichen Überlieferung zu finden: das heißt zu denjenigen, die nicht nur wertvollstes Erfahrungsgut der Vergangenheit vermitteln oder Vorbilder des Idealen lebendig erhalten, sondern auch schöpferisch-zukunftsweisend sind. In diesem Sinne wirkt die historische Kontinuität (gleichviel, ob sie erhalten, oder wiederhergestellt wird) auf dem Wege des gemeinsamen Schicksalerlebnisses *formend* im Bewußtseinsgefüge einer Nation oder Staatsführung. Sie schafft Grundlagen zur Standortbestimmung späterer Generationen auch in verworrener Zeit, wirkt mit bei jenen großen Entscheidungen im Staats- und Völkerleben, die jenseits allen vordergründigen Kalküls liegen.

Zu diesen Kräften einer formenden geschichtlichen Überlieferung, die heute mehr denn je unvergessen, zu bejahen und damit aufzunehmen sind, gehört Carl von Clausewitz mit seinem Werk »Vom Kriege«¹.

I.

Clausewitz, am 1. Juni 1780 in Burg bei Magdeburg als Sohn eines vorzeitig verabschiedeten friderizianischen Leutnants und Accise-Einnehmers bürgerlicher Herkunft geboren, gehörte von 1792 bis 1831 der

¹ Das Buch „Vom Kriege“, in zahlreiche Sprachen übersetzt, ist zuletzt 1952 in Bonn in 16. Auflage (Dümmler-Verlag, Bonn) erschienen. Alle Zitate in der folgenden Darstellung sind nach dieser Ausgabe gegeben.

preußischen Armee an. Er war mitten hineingestellt in jene große Zeitenwende 1789/1815/1830, deren Stufenfolge Revolution — Reform — Restauration — neue Revolution krisenhaft den Beginn unserer eigenen Epoche einleitet, und deren Triebkräfte und bewegende Fragen bereits in vieler Hinsicht Erscheinungsformen und Problematik des heutigen Zeitalters vorzeichnen: aktive Teilnahme der Völker (und damit der Massen) am politischen Geschehen, Auftreten neuer revolutionärer, alle bisherigen Werte umzuwertenden Ideologien, Umformung oder Neubildung ganzer Staaten unter rücksichtsloser Zerschlagung historisch gewachsener Formen und Beseitigung alter Überlieferungen, grundsätzlich gewandeltes Verhältnis von Politik und Krieg, Staat, Nation und Armee, Bekenntnis zum gewaltsamen Umsturz, zu beliebiger Einsetzung oder Absetzung von Regierungen als Mittel eines unerbittlichen machtpolitischen Ringens weltweiter Kräfte, Zwiespältigkeit tiefgreifender politischer Konflikte, die bis in die Familie hinein in jedem Einzelnen Entscheidungen im letzten persönlichen Bereich fordern, Auftreten von machtvollen Persönlichkeiten welthistorischer Größe.

So erlebte Clausewitz die Ausbreitung der Französischen Revolution, das Aufkommen und die Taten *Napoleons I.*, (1769—1821), den umfassenden Angriff des dynamischen, von neuen sozialen Kräften und politischen Ideen beherrschten Frankreich auf die überkommene politische, geistige und ökonomische Ordnung Europas. Er war Zeuge des schnellen, fast kampflösen Zusammenbruches der alten Ordnung unter dem überwältigenden Ansturm der Revolution, aber freilich auch des zähen Beharrens der Gegenkräfte, die schließlich nach jahrzehntelangem opfervollen Ringen — selbst durch die Berührung mit dem revolutionären Element gewandelt — triumphierten, um dennoch nach einer kurzen Spanne trügerischer Ruhe einer neuen Welle der Revolution gegenüberzustehen.

Schicksal und Wirken von Clausewitz sind damit von dem ungewöhnlichen Geschehen dieses von neuem Lebensgefühl erfüllten Krisenzeitalters bestimmt, dessen Äußerungsformen er als ebenso kritisch beobachtender wie leidenschaftlich mithandelnder Zeitgenosse wohl begriff. Als Gefreiterkorporal und Fähnrich machte Clausewitz den Rheinfeldzug 1793/94 gegen die französische Revolutionsheere mit (Belagerung von Mainz). Der Kriegsschulbesuch 1801—1803 in Berlin führte den jungen

Leutnant mit *Scharnhorst* (1755—1813) zusammen, der sein unvergessener Lehrer, Freund und großer Förderer wurde. Als Stabskapitän und Adjutant des Prinzen August von Preußen (1779—1843) erlebte Clausewitz den Zusammenbruch Preußens 1806 (Auerstedt 14. 10., Prenzlau 28. 10. 1806). Nach mehrmonatiger Internierung in Frankreich (Nancy, Soissons) gelangte er im Frühjahr 1808 (Königsberg) in den engeren Kreis der preußischen Reformer um Stein (1757—1831), Scharnhorst, Boyen (1771—1848), Gneisenau (1760—1831) und Grolman (1777 bis 1843); bis 1812 wirkte er als vertrautester Mitarbeiter Scharnhorsts im preußischen Kriegsministerium (Generalstab) und als Lehrer an der Allgemeinen Kriegsschule zu Berlin. Nach Abschluß des französisch-preußischen Militärbündnisse im Februar 1812 quittierte Clausewitz mit einer Anzahl gleichgesinnter Offiziere den Dienst des Königs, um fortan als „freier Preuße“ in den Reihen der russischen Streitkräfte gegen Napoleon zu fechten. Er traf diese folgenschwere Entscheidung seines Lebens allein vor seinem Gewissen als preußischer Patriot, politisch gebildeter Offizier und im ausgeprägten Gefühl für politische Ehre.

Teilnahme als russischer Generalstabsoffizier in wechselnden Stellungen im Feldzug 1812 (Mitwirkung am Zustandekommen der preußisch-russischen Konvention von Taurroggen 30. 12. 1812!), den Befreiungskämpfen 1813/14, erneute Verwendung in preußischem Dienst als Oberst im Generalstab 1815, Leitung der Operationen des III. Armeekorps unter Thielmann (1765—1824) bei Ligny und Wavre (16.—19. 6. 1815) bezeichnen weitere Abschnitte seines Lebensganges. Nach 1815 zunächst als Chef des Generalstabes des neugebildeten Generalkommandos am Niederrhein (Koblenz) unter *Gneisenau* verwandt, bekleidete Clausewitz von 1818—1830 die wenig bedeutende Stelle eines Verwaltungsdirektors der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin. Das letzte Jahr seines Lebens sah ihn nach kurzer Tätigkeit in der Stellung eines Inspektors der II. Artillerieinspektion (Breslau) als Chef des Generalstabes der anlässlich der polnischen Unruhen in Posen zusammengestellten preußischen Observationsarmee unter *Gneisenau*, die freilich nicht zu kriegerischem Einsatz gelangte. Am 16. November 1831 erlag Clausewitz unerwartet in Breslau der Cholera.

Sein Zeitalter ließ ihn also in fortwährender Bewegung, im Wechsel von Krieg und Frieden Höhen und Tiefen des menschlichen Daseins er-

leben, stellte ihn in charakterlicher und geistiger Hinsicht vor letzte Proben und gewährte ihm durch die Bekanntschaft und Freundschaft mit führenden Männern von Staat und Armee persönlichen Einblick in die tragenden Zusammenhänge und den Gang großer weltgeschichtlicher Entscheidungen. Clausewitz lernte die *Wirklichkeit* des Krieges in Sieg und Niederlage, in der Truppe wie im Generalstab kennen; er durfte aber auch das Getriebe, die Fragen der hohen Politik aus nächster Nähe studieren und selbst dabei aus dem Reichtum seiner politischen und militärischen Gedankenwelt „in heiligem Eifer“ durch die Abfassung von Denkschriften zur Rettung des wehrlos zwischen den Giganten von Ost und West liegenden preußischen Staates mitwirken.

„Meine Idee ist“, so schrieb er kurze Zeit nach dem Abschluß des Tilsiter Friedens (7. u. 9. 7. 1807), „einen Staat, den man nicht mehr verteidigen kann, opfern man ganz auf, um die Armee zu retten, ... die mir das Königreich representirt, was ich verlohren habe, und die, wenn sie am Ende des Krieges noch mit einiger Kraft dasteht, ein sicherer Wechselbrief auf die Restitution dieses Königreichs seyn wird.“ Freilich war es Clausewitz nicht vergönnt, in jenen zentralen Bereichen des politischen und militärischen Handelns tätig zu sein, welche die höchste Verantwortung für das Schicksal der Gesamtheit in sich schließen, und er hat es wohl empfunden, im »tätigen Leben« nicht an jener Stelle zu stehen, wie er sie sich seinen Fähigkeiten gemäß ersehnen mochte. Doch dafür besaß er die Gabe, die verwirrende Vielzahl der Erscheinungen seines Zeitalters auf der Grundlage einer philosophisch-universalen Bildung ordnend zu überschauen, im Sinne einer Synthese von Vorstellung und Wirklichkeit zu verarbeiten und damit zu einer in ihrer Tiefgründigkeit und zeitlosen Gültigkeit weder vor ihm noch nach ihm je erreichten Wesensdeutung des modernen Krieges (und seiner Elemente) in seinem Verhältnis zur Politik zu gelangen.

Clausewitz' geschichtliche, ihn in die Reihe der großen Denker aller Zeiten erhebende Leistung ist die Abfassung des Werkes „*Vom Kriege*“, dessen Konzeption ihn sein ganzes Leben hindurch beschäftigt hat. Die Ausarbeitung erfolgte in aller Stille, in den Jahren zwischen 1816 und 1830. Allerdings ist das Werk „*Vom Kriege*“ nicht in der dem Verfasser vorschwebenden endgültigen Gestaltung vollendet worden. Die Ausführung ist ungleichmäßig; im wesentlichen wird nur die Führung des

großen Krieges behandelt, wiewohl sich Clausewitz auch eingehend (im Rahmen von Vorlesungen an der Allgemeinen Kriegsschule zu Berlin) mit den Problemen des kleinen Krieges beschäftigt hat.

Das Buch „*Vom Kriege*“ wurde erstmalig in drei schmalen Bänden 1832–1834 von Clausewitz' Gattin Marie, geb. Gräfin Brühl (1779 bis 1836) herausgegeben. Das nunmehr in 16. Auflage vorliegende Buch ist Clausewitz' bis auf den heutigen Tag in zunehmendem Maße fortwirkendes Vermächtnis. Es entstand aus einer tiefen inneren Spannung seines Verfassers heraus, der sich zum Handeln auf höchster Ebene – etwa als Staatsmann-Feldherr – berufen fühlte (nach dem Urteil von Zeitgenossen auch die Fähigkeiten dazu besessen hätte), und doch stets im praktischen Wirken auf untergeordnete Stellungen beschränkt blieb, also jene höchsten, von ihm erstrebten Tätigkeitsbereiche nur im Sinne der reinen Kontemplation erfassen durfte.

Dies ist – ähnlich wie bei Scharnhorst, Grolman oder Gneisenau – die Tragik im Schicksal von Clausewitz. Er hatte namentlich nach 1815 das Bewußtsein eines unerfüllten, letztlich gescheiterten Lebens, glaubte eine „Figur ohne Licht und Schatten“ zu sein, die nichts als „Halbheit“ erwarde. Ihn, der niemals im Bereich des rein spekulativen Daseins ein Genügen fand, drängte es zur *Tat*. So gesehen, ist das Werk „*Vom Kriege*“ Ausdruck einer besonderen Form des Handelns: eine zweckvolle Verbindung von Theorie und Praxis, der *dauernde* Geltung im Bereich der Lebenswirklichkeit beschieden sein sollte. „Mein Ehrgeiz war“, sagt Clausewitz, „ein Buch zu schreiben, was nicht nach zwei oder drei Jahren vergessen wäre, und was derjenige, welcher sich für den Gegenstand interessiert, allenfalls mehr als einmal in die Hand nehmen könnte.“ Wie sehr sich dieser Wunsch einer nach außen hin herb verschlossenen, fast kalt abweisend wirkenden, im Innern gleichwohl leidenschaftlich bewegten Persönlichkeit von großer Tiefe des Gemüts und durchdringendem Verstand begab, erfüllen sollte, beweist die Verbreitung der Grundgedanken des Werkes „*Vom Kriege*“ bei Politikern und Soldaten wenigstens aller bedeutenden Länder der Erde.

II.

Heute, inmitten revolutionärer Wandlungen des Krieges und seiner Formen, wie sie durch die Schaffung neuartiger Massenvernichtungs-

waffen, durch veränderte soziale, ökonomische, politische und ideologische Strukturen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sichtbar zutage treten, wird wiederholt die Frage gestellt, ob und wie weit Clausewitz noch gültig sei.

Schon 1946 erklärte J. W. Stalin (1879–1953), die „Partien rein taktischer und strategischer Natur“ des Werkes „Vom Kriege“ seien „durch die Entwicklung zum Teil überholt“, Clausewitz selbst habe „sich ständig gegen die dogmatische Auslegung von Theorien gewandt“. Darüber hinaus klagt der britische Militärschriftsteller B. H. Liddell Hart (* 1895) in seinem neuesten Werk über Strategie den deutschen Kriegsphilosophen an, er habe „zu dem Niedergang der Führungskunst“ beigetragen, die „Kriegskunst zum mechanischen Massenschlachten“ erniedrigt. Es sei „von ausschlaggebender Bedeutung, die Theorien von Clausewitz zu untersuchen“².

Solche Äußerungen machen zumindest deutlich, daß es heute mehr denn je angezeigt ist, beim Studium des Werkes „Vom Kriege“ — soll es ernsthaft betrieben und fruchtbar sein — von den *richtigen* Verständnisgrundlagen auszugehen, dazu grundsätzlich zu unterscheiden, was in ihm zeitbedingtes, also überholtes Beiwerk, und was zeitlose, das heißt immerwährend gültige Grundgedanken sind.

Im Werk „Vom Kriege“ gibt Clausewitz eine *Gesamtschau* des Krieges und seiner Wesenselemente, wie sie sich ihm aus dem bewußten Erleben der Epoche 1789/1815, eigener Kriegserfahrung, der Truppenpraxis, Kenntnis der Militärwissenschaften, Studium der allgemeinen und der Kriegsgeschichte, Beherrschung der philosophischen Systematik, Vertrautheit mit Politik, Kunstwissenschaft, Ökonomie und Naturwissenschaften erschloß. Dabei ist es ihm freilich nicht um die Probleme einer moralisch-ethischen Wertung des Krieges zu tun, sondern lediglich um die Beleuchtung seines Charakters als *Instrument der Politik*. Im Hinblick auf diese durchaus *praktische*, freilich zugleich *einengende* Fragestellung³ gibt Clausewitz eine Wesens- oder Ortsbestimmung des Krieges

² Vgl. B. H. Liddell Hart, Strategie (1955), S. 416. Die dort enthaltenen Ausführungen über Clausewitz sind freilich mit Vorbehalt und kritischer Prüfung aufzunehmen.

³ Diese Eingrenzung des Clausewitzschen Kriegsbildes darf gerade in unserer Zeit nach den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges und der Epoche zwischen 1945 und 1957 nicht übersehen werden.

zur Unterrichtung von Politikern und Soldaten, um „manchen Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner auszubügeln und wenigstens überall zu zeigen, worum es sich handelt, und was bei einem Kriege eigentlich in Betrachtung zu ziehen ist“.

Die grundsätzliche Bedeutung des Werkes „Vom Kriege“ liegt in der Tatsache, daß hier der Krieg mit allen seinen möglichen Äußerungsformen in Vorstellung und Wirklichkeit gesehen, dabei Lebenselemente als solche in ihrer Tatsächlichkeit erkannt und herausgestellt werden. Mit anderen Worten: Clausewitz vermochte über die Bedingtheiten seiner eigenen Epoche hinaus das *Wesen des Krieges* und seiner Erscheinungsformen schlechthin zu erfassen. Er wollte weniger „aktuell“ für den Augenblick und damit einem vorzeitigen Veralten durch den schnellen Wechsel neuer Entwicklungen ausgesetzt sein, als vielmehr Strukturen, das heißt zu allen Zeiten gleichbleibende Wesenselemente des Krieges begreifen und sichtbar machen: freilich auch die jeweils „historisch“ bedingten Besonderheiten jedes Krieges nicht übersehen. Daß dies im Werk „Vom Kriege“ wirklich gelungen ist, unterscheidet es grundlegend von allen anderen vor und nach ihm erschienenen Büchern über Krieg und Kriegskunst, läßt es weder „unvollkommen“ noch in seinen Kerngedanken „überholt“ erscheinen und verleiht ihm darüber hinaus den Charakter eines *Grundwerkes über den Krieg überhaupt*.

Clausewitz' Buch stellt eine in sich geschlossene, von den *Umwägbarkeiten der Lebenswirklichkeit* ausgehende und daher jedem Dogma fremde, elastisch, „schwebend“ gehaltene Theorie des Krieges dar. Diese Theorie ist also kein abstrakt generalisierendes Systemdenken mit vorzeitig festgelegten Konzeptionen oder Verallgemeinerungen von Sonderfällen, wie dies vor Clausewitz im 18. Jahrhundert üblich war. Sie enthält aber auch keine Anleitung zum einseitig-handwerklichen Handeln militärischer Techniker und bietet keine „Formelsammlung“.

Für Clausewitz nämlich — und das ist die wohl zu beachtende Grundlage! — bedeutet die Theorie *Betrachtung*, nicht *Lehre*. Sie sucht den Krieg zu *verstehen*, ist ein *Bildungsang*, eine *Schulung des Geistes* im selbständigen Erkennen des Krieges, schafft *Urteilsmaßstäbe*. Eine „Lehre“, das war Clausewitz vollkommen bewußt, mußte die Wahrheit verfälschen. Seine Theorie des Krieges, „Frucht eines vielseitigen Nachdenkens mit beständiger Richtung gegen das praktische Leben“, entstand aus der

Vereinigung von praktischer Erfahrung und geistiger Meditation, kritischer Auswertung einmalig-historischer Beispiele und zweckvoller Anwendung der philosophischen Methode, der Beleuchtung des Allgemeinen wie des Besonderen. Clausewitz betrachtet den Krieg angefangen von der Aufstellung der einzelnen Feldwache oder der Schießtechnik der Artillerie bis herauf zu den großen strategisch-politischen Zusammenhängen und ihrer philosophischen Ausdeutung. Von Kants Philosophie durch Vermittlung des Berliner Professors Kiesewetter befruchtet, untersucht er die Probleme *nach allen Seiten hin*, durchdringt sie bis in ihre letzten Tiefen. Diese (namentlich philosophischen) Voraussetzungen muß man *kennen*, um die nicht immer leicht verständliche, mitunter zu Fehlinterpretationen Anlaß gebende Gedankenführung im Werk „Vom Kriege“ recht zu begreifen und vordergründigen Mißverständnissen oder der Versuchung zu entgehen, Clausewitz' Thesen etwa einzeln herauszugreifen, zu dogmatisieren, oder lediglich als „Zitatenschatz“ aufzufassen. Sein Werk muß vielmehr *als Ganzes* gelesen und verstanden werden, wobei zu jedem Satz der dazugehörige Gegen-Satz zu suchen und aufzufinden ist.

Das Buch „Vom Kriege“ ist das Lebenswerk einer *universal gebildeten* Persönlichkeit, die allezeit bestrebt war, einen eigenen, praktischen Standort im Gesamtbereich der Lebensvielfalt zu gewinnen, ihren militärischen Beruf *niemals isoliert* zu sehen. „Ich habe“, so bekennt Clausewitz, „mich mit meinem Stande, meinen Stand mit den großen politischen Ereignissen verglichen, welche die Welt regieren und dadurch bestimmt erkennen gelernt, wonach ich zu streben hätte“.

III.

Der umfangreiche Stoff des Werkes „Vom Kriege“ ist in acht Bücher von ungleicher Ausführung aufgegliedert: I. Über die Natur des Krieges; II. Über die Theorie des Krieges; III. Von der Strategie überhaupt; IV. Das Gefecht; V. Die Streitkräfte; VI. Verteidigung; VII. Der Angriff; VIII. Kriegsplan. Zu den dort enthaltenen wichtigsten, gerade durch die Erfahrungen zweier Weltkriege, die Ereignisse des Kalten Krieges, die Kämpfe, in Korea, Indochina, Ungarn und Ägypten in ihrer Gültigkeit bestätigten und damit hohe praktische Bedeutung besitzenden Gedanken gehören etwa die Ausführungen über

1. die Natur des Krieges,
2. das Verhältnis von Politik und Krieg,
3. die moralischen Größen,
4. das Wesen und die Bedeutung der Theorie,
5. die Rolle der Unwägbarkeiten („Frikktion“),
6. das Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel,
7. den Volkskrieg (bzw. die Volksbewaffnung),
8. das Wechselverhältnis von Verteidigung und Angriff.

Im einzelnen führt Clausewitz dazu aus:

1. *Logik und Praxis* sind zweierlei Dinge. Der Krieg, „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, steigert sich im Rahmen philosophisch-logischer Überlegungen, „in dem abstrakten Gebiet des bloßen Begriffes“ bis zum Äußersten: in Wechselwirkung gibt jeder der beiden Gegner dem anderen das Gesetz. Daher gibt es hier in der Anwendung der Gewalt keine Grenzen⁴. *In der Wirklichkeit freilich gestaltet sich alles anders*. Dort gibt es keinen derart „absoluten“ Vorgang, wie dies in rein begrifflicher Hinsicht „durchkonstruiert“ werden kann. Es treten vielmehr die Wahrscheinlichkeiten des tatsächlichen Lebens hervor und wirken mäßigend gegenüber jener aus dem Spiel der Vorstellungen, der bloßen logischen Träumerei abgeleiteten Steigerung bis zum äußersten. Damit ergibt sich eine *Verschiedenartigkeit der Kriege in jedem konkreten Falle* „nach der Natur ihrer Motive und der Verhältnisse, aus denen sie hervorgehen“, vom Vernichtungskrieg bis zur bloßen bewaffneten Beobachtung. Der Krieg setzt sich zusammen aus „der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes“ (Haß und Feindschaft), dem „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalles“ und der „untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges“.
2. *Der Krieg ist grundsätzlich nichts Selbständiges, sondern allemal ein Instrument der Politik*. Er geht stets aus der Politik hervor, ist eine „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“. In der Politik bereits liegen die „Lineamente“ des Krieges verborgen

⁴ Diese Gedanken gehören zu denjenigen Ausführungen im Werk „Vom Kriege“, die wiederholt mißverstanden worden sind, man hat in ihnen – einseitig aus dem Zusammenhang herausgegriffen – die geistige Vorformung des „totalen Krieges“ unserer Tage erblicken wollen.

angedeutet „wie die Eigenschaften der lebenden Geschöpfe in ihren Keimen“.

Die Politik löst also nicht nur den Krieg aus und schließt den Frieden, sondern sie beherrscht und lenkt den Krieg auch während seines Verlaufes. *Der politische Zweck ist das ursprüngliche Motiv des Krieges.* Freilich dürfen die Absichten und Richtungen der Politik mit den Mitteln des Krieges nicht in Widerspruch geraten; der Staatsmann muß die Natur dieser Mittel kennen und nicht Förderungen an den Krieg, das heißt den Soldaten stellen, die dieser nicht leisten kann⁵. Die Politik ist also „kein despotischer Gesetzgeber“, man stellt auch keine Feldwachen nach politischen Rücksichten auf; wohl aber durchzieht die Politik den ganzen Krieg, behält stets den führenden Platz: „bei dem Entwurf zum ganzen Kriege, zum Feldzuge und oft selbst zur Schlacht“. Daher ist auch der militärische Gesichtspunkt allemal dem politischen unterzuordnen. „Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument und nicht umgekehrt.“ Demnach ist jeder Krieg nach der Wahrscheinlichkeit seines Charakters und seiner Hauptumrisse aufzufassen, wie sie sich aus den politischen Größen und Verhältnissen ergeben. Allerdings muß sich die Politik vor schädlichem Einfluß auf den Krieg hüten, der freilich eintritt, wenn sie sich von „gewissen kriegerischen Mitteln und Maßregeln eine falsche, ihrer Natur nicht angemessene Wirkung verspricht“⁶. „Ist die Politik richtig, das heißt trifft sie ihr Ziel, so kann sie auf den Krieg in ihrem Sinne auch nur vorteilhaft wirken; und wo diese Einwirkung vom Ziel entfernt, ist die Quelle nur in der verkehrten Politik zu suchen“.

⁵ Das Verhalten Hitlers im zweiten Weltkrieg mit 1939/1949 mit seinen übersteigerten Anforderungen an die Streitkräfte bietet den „negativen“ Beweis für Richtigkeit dieser Ausführungen.

⁶ Hitlers gescheiterte Kriegführung unterstreicht die Wahrheit dieser These; vgl. auch F. O. Miksche, *Les erreurs stratégiques de Hitler* (1945). Freilich wird man sich – umgekehrt – vor jener *ebenso trügerischen wie gefährlichen*, das wahre Ausmaß der deutschen Niederlage von 1945 überschendenden „Schlußfolgerung“ hüten müssen, als hätte die deutsche Armee ohne Hitlers dilettantisches Eingreifen in den Gang der Operationen den Krieg „mit Glanz“ gewinnen können.

⁷ In diesen Worten liegt das Kernproblem der deutschen Niederlage 1918 wie 1945 begründet. Die Erfahrung bestätigt folgenden Sachverhalt: im Kriege ist weniger die Qualität der Armee als vielmehr die Überlegenheit der Politik entscheidend, das heißt

Schließlich hat die Politik gegen Ende eines Krieges, bei der Anlage und Durchführung der letzten militärischen Operationen bereits Bedacht zu nehmen auf die Gestaltung des zu erwartenden Friedenszustandes, das heißt der politische Zustand, der dem Krieg folgen wird, wirkt schon „durch den Kalkül“ auf ihn zurück⁸. Demnach ergibt sich in jedem Falle der Primat der politischen Leitung gegenüber der militärischen Führung. Das Militär führt kein Sonderdasein im Staatsleben, ist auch nicht befugt, von sich aus Einfluß auf die Politik zu nehmen.

3. Die *moralischen Größen* gehören „zu den wichtigsten Gegenständen des Krieges“. Zu ihnen zählen vornehmlich kriegerische Tugend des Heeres, Kühnheit und Beharrlichkeit. Die *kriegerische Tugend* des Heeres ist eine der bedeutendsten „moralischen Potenzen“ im Kriege: „Ein Heer, welches in dem zerstörendsten Feuer seine gewohnten Ordnungen behält, welches niemals von einer eingebildeten Furcht geschreckt wird und der gegründeten den Raum Fuß für Fuß streitig macht, stolz im Gefühl seiner Siege, auch mitten im Verderben der Niederlage die Kraft zum Gehorsam nicht verliert, . . . dessen körperliche Kräfte in der Übung von Entbehrung und Anstrengung gestärkt sind wie die Muskeln eines Athleten, welches diese Anstrengungen ansieht als ein Mittel zum Siege, nicht als einen Fluch . . . – ein solches Heer ist vom kriegerischen Geiste durchdrungen.“ Die *Kühnheit* ist die edelste Tugend für alle Angehörigen der Streitkräfte; freilich muß ihr im höheren Führerkorps ein *überlegender Geist* zur Seite stehen, damit sie nicht zwecklos, „ein blinder Stoß der Leidenschaften“ sei.

Die Kühnheit ist eine Eigenschaft des Gemütes, die allerdings immer seltener in den höheren Führungsgraden wird: denn dort herrschen mehr

gut ausgebildete und kriegstüchtige Armeen, werden schließlich stets geschlagen, wenn die Politik versagt, umgekehrt, bei einer *guten* Politik werden selbst minder leistungsfähige Truppen auf die Dauer das Schlachtfeld behaupten. Die zwecklose Hinopferung deutscher Soldaten vor Verdun 1916 oder in Stalingrad 1943 infolge verfehlter politisch-strategischer Kombinationen hat in manchen Kreisen Deutschlands lediglich zu einer vordergründigen Glorifizierung dieser Hinopferung geführt.

Die Richtigkeit und Bedeutung gerade dieser Gedanken von Clausewitz hat sich in der Endphase des zweiten Weltkrieges erwiesen. Die Russen durften den Balkan, Berlin und Mitteldeutschland besetzen, wodurch sie von vornherein die günstigsten Ausgangspositionen für die weitere Sicherung und Ausbreitung der proletarischen Revolution im zerfallenen Nachkriegs Europa gewannen. Angaben darüber enthalten die Memoiren Eisenhowers, Churchills oder Truman.

Geist, Verstand und Einsicht in der Tätigkeit vor. Den höheren Führern werden „in ihren verschiedenen Stationen die objektiven Größen, Verhältnisse und Rücksichten von außen her so viel und stark aufgedrungen“. Die *Beharrlichkeit* spielt gegenüber der so mannigfachen Wechsel-fällen unterworfenen Unsicherheit im Verlauf des Krieges eine bedeut-same Rolle. Sie stellt das notwendige Gegengewicht dar, um dem ein-mal gefaßten Vorsatz treu zu bleiben. Fast jedes ruhmvolle Unternehmen im Kriege ist das Ergebnis unendlicher Anstrengungen, Mühe und Not.

4. Die richtig verstandene *Theorie* ist eine unumgängliche Voraus-setzung für die zweckvolle, erfolgreiche Führung des Krieges⁹. Sie unter-sucht den Gegenstand analytisch, „führt zu einer genauen Bekanntschaft und, wenn sie auf die *Erfahrung* . . . angewendet wird, zur Vertrautheit“ mit ihm. *Sie ist eine Betrachtung, aber keine positive Lehre*, hat die Natur der Mittel und Zwecke zu beleuchten. Allerdings *muß sie stets praktisch bleiben*, das heißt sich nicht in „Grübeleien, Spitzfindigkeiten und Hirngespinnsten“ verlieren. Die Theorie geht allemal von der *Lebenswirklichkeit* aus. Die Praxis überprüft die Theorie und diese wieder-um lenkt die Praxis: es besteht also *Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis*.

Der rein vordergründig denkende Nurpraktiker versagt im Kriege ebenso vollkommen wie der reine Theoretiker; *beide sind letztlich wirk-lichkeitsfremd*. „Untersucht die Theorie die Gegenstände, welche den Krieg ausmachen, unterscheidet sie schärfer, was auf den ersten Blick zusammenzufließen scheint, gibt sie die Eigenschaften der Mittel voll-ständig an, zeigt sie die wahrscheinliche Wirkung derselben, bestimmt sie klar die Natur der Zwecke, trägt sie überall das Licht einer verweilen-den kritischen Betrachtung in das Feld des Krieges, so hat sie den Haupt-gegenstand ihrer Aufgabe erfüllt.“

5. Die *Unwägbarkeiten* (Imponderabilien, „Friktion“) stellen die-jenige Größe dar, die den „wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet“. Jeder Krieg weist zahlreiche, nicht vorher zu berechnende Zufälligkeiten auf. Diese „Reibungen“ lassen sich niemals ganz aus-

⁹ Vgl. in dem Zusammenhang die aufschlußreiche Studie von E. A. Nohn, *Der unzeitgemäße Clausewitz*. Notwendige Bemerkungen über zeitgemäße Denkfehler. Beiheft 5 der „Wehrwissenschaftl. Rundschau“ (1956).

schalten¹⁰, *man muß ihr Vorhandensein stets in seine Planungen mitein-beziehen*; sich dieser *Tatsache* bewußt zu sein, sich darauf einzustellen, ist ein Hauptteil aller Kriegserfahrung. Die „Friktionen“ sind bedingt durch individuelle Umstände, Unzulänglichkeiten des wirklichen Lebens.

6. *Zweck, Ziel und Mittel* müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt sein. *Der Krieg ist ein Mittel für den politischen Zweck, das Ziel des Krieges muß daher diesem Zweck angepaßt sein*. Für das Verhältnis dieser drei Größen untereinander ist allemal die Wirklichkeit maßgebend. „Um also das Maß der Mittel kennenzulernen, welches wir für den Krieg aufzubieten haben, müssen wir den politischen Zweck desselben unsererseits und von seiten des Feindes bedenken; wir müssen die Kräfte und Verhältnisse des feindlichen Staates und des unserigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und das aller wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Ver-bindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betrachtung ziehen.“ Die Beurteilung, welches Ziel ein bevorstehender Krieg haben soll, welche Mittel dazu aufgegeben werden müssen, kann „nur aus dem *Gesamtüberblick aller Verhältnisse*“ entstehen.

7. Der *Volkskrieg* (*Volksbewaffnung*)¹¹, eine Folge des Durchbruches, den „das kriegerische Element in unserer Zeit durch seine alte künst-liche Umwallung“ machte, ist „eine Erweiterung und Verstärkung des ganzen Gärungsprozesses, den wir Krieg nennen“. Er muß freilich in Verbindung mit dem Kampfe regulärer Truppen nach einem umfassenden Plan angelegt sein. Beim Volkskrieg handelt es sich um einen ver-teilten Widerstand, dessen Wirkung in dem Maße zunimmt, wie sich die feindlichen Streitkräfte im Lande ausbreiten. Die Bedingungen für die Wirksamkeit des Volkskrieges sind folgende: Führung des Krieges im Innern des Landes, das eine große Ausdehnung haben, dazu durch-

¹⁰ Wie treffend Clausewitz hier die Probleme beurteilt, beweisen etwa die Ge-schichte des Schlieffenplanes und die deutsche Katastrophe an der Marne im Septem-ber 1914; vgl. u. a. die neuere Untersuchung von G. Ritter, *Der Schlieffenplan*, Kritik eines Mythos (1956).

¹¹ Diese Ausführungen besitzen in unserem Zeitalter des revolutionären Welt-, Bürger- und Partisanenkrieges, der Epoche der überall in Entwicklung befindlichen neuen „Raum- und Flächenverteidigung“ (Ortswehren) erhöhte Bedeutung. Man kann die Ausführungen auch auf die Ereignisse in Ungarn anwenden.

schnitten und unzugänglich sein muß; er darf nicht „durch eine einzige Katastrophe“ entschieden werden, auch muß der Charakter des Volkes dieser Art der Kriegführung entgegenkommen.

8. Die kriegerische Tätigkeit läßt sich in zwei Formen gliedern: *Angriff und Verteidigung*; sie sind von ungleicher Stärke. Keine Verteidigung stellt eine bloße Zurückweisung des Angriffsstoßes dar, da dies dem Begriff des Krieges widersprechen würde; *Kriegsführen ist kein reines Dulden*. Maßgebend ist vielmehr der *Wechsel von der Verteidigung zum Angriff*. Vermochte der Verteidiger einen bedeutenden Vorteil zu erringen, hat sich der Angreifer durch Verzettelung der Kräfte, Verluste und zu lange Verbindungslinien erschöpft, so muß der erstere „unter dem Schutz dieses Vorteils den Stoß zurückgeben, wenn er sich nicht gewissem Untergange aussetzen will“. Er soll die gewonnene Überlegenheit ausnutzen, um einem zweiten gegnerischen Angriff zuvorzukommen.¹²

Dieser „*Übergang zum Rückstoß*“ liegt in der Tendenz der Verteidigung, ist als ihr „wesentlicher Bestandteil“ anzusehen. „Ein schneller, kräftiger Übergang zum Angriff — daß blitzende Vergeltungsschwert — ist der glänzendste Punkt der Verteidigung; wer ihn sich nicht gleich hinzudenkt, oder vielmehr wer ihn nicht gleich in den Begriff der Verteidigung aufnimmt, dem wird nimmermehr die Überlegenheit der Verteidigung einleuchten.“ Demnach ist es ein Irrtum, den Angriff mit dem Überfall gleichzusetzen und sich folglich unter Verteidigung nichts als Not und Verwirrung zu denken. Beim Angriff wie bei der Verteidigung ist Niederwerfen des Feindes das Ziel. Der „Akt des Angriffs im Kriege“ ist ein „ständiges Wechseln und Verbinden von Angriff und Verteidigung“; das gleiche gilt für die Verteidigung. Zu beachten ist dabei das *Maß des Angriffs*.

Die meisten Angriffe führen nur bis zu einem Punkt, „wo die Kräfte noch eben hinreichen, sich in der Verteidigung zu halten und den Frieden abzuwarten“. Jenseits dieses Punktes liegt der Rückschlag, und die Gewalt eines solchen Rückschlages „ist gewöhnlich viel größer, als die Kraft des Stoßes“ gewesen war.¹³ „Ja, der Zustand des Angreifenden ist am Ende seiner Bahn oft von der Art, daß selbst eine gewonnene Schlacht

¹² Das Verhalten der sowjetischen Kriegsleitung 1941/1945 entspricht diesen Lehren.
¹³ Beispiele hierfür bietet der Verlauf des deutsch-russischen Krieges ab Winter 1941/1942.

ihn zum Rückzug bewegen kann, weil er weder Stoßkraft genug hat, seinen Sieg zu vervollständigen und zu benutzen, noch instande ist, die verlorenen Kräfte zu ersetzen.“ Schließlich kann es vorkommen, bedingt durch die jeweils treibenden Kräfte und Zielsetzungen, daß der „wesentliche Unterschied zwischen Angriff und Verteidigung immer mehr“ verschwindet. „Bei der Eröffnung des Feldzuges wird freilich der eine in das Kriegstheater des andern vorrücken und dadurch gewissermaßen die Form des Angriffs annehmen. Allein es kann sehr wohl sein, und geschieht häufig, daß er bald genug alle seine Kräfte darauf verwenden muß, auf dem feindlichen Boden das eigene Land zu verteidigen.“¹⁴

IV.

Das Buch „Vom Kriege“ wurde zunächst von Militärkreisen gelesen. Bereits in den Jahren 1833–1835 erschienen „Aphorismen“ aus ihm in der von C. v. Decker (1784–1844) und L. Blesson (1790–1861) herausgegebenen „Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges“. Für die Verbreitung der neuen Gedanken sorgte in der ersten Zeit vor allem der sächsische Militärschriftsteller K. E. Pönitz (1795 bis 1858) in seinen erstmalig 1845 erschienenen „Briefen eines Verstorbenen an seine noch lebenden Freunde“. In der preussischen Armee war es vornehmlich Moltke (1800–1891), der sich näher mit Clausewitz beschäftigte, das Werk „Vom Kriege“ sogar später zu seinen Lieblingsbüchern zählte und ihm weithin Ansehen verschaffte. Er beachtete freilich in erster Linie die spezifisch militärischen Gedanken, hat diese auch weitgehend übernommen und fruchtbar im System seiner erfolgreichen Kriegführung auszuwerten gewußt. Jedoch das *politische Hauptanliegen* des Werkes „Vom Kriege“ ließ Moltke unberührt.

Wenn Clausewitz nachdrücklich verkündet hatte, der Krieg sei nie ein isolierter Akt, die Politik habe in jeder Phase des Krieges mitzusprechen, werde durch den Krieg auch keinesfalls in ihrem Wesen verändert, so schränkte Moltke diese Thesen wesentlich ein. Nach seiner Auffassung sollte die Politik den Krieg auslösen, auch bei den Friedens-

¹⁴ Diesen Satz hat besonders W. I. Lenin bei seinen in der „Tetradka“ vorliegenden Clausewitz-Studien beachtet; vgl. W. Hahlweg, Lenin und Clausewitz. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Archiv für Kulturgeschichte, 36. Bd. (1954), H. 1 u. 3.

verhandlungen wirksam in Erscheinung treten; was dazwischen lag — der Ablauf der militärischen Operationen — das war Sache des Soldaten, in welche die Politik nicht hineinzureden hatte. Praktisch bedeutete dies das Bekenntnis zu der von Clausewitz zu allen Zeiten so scharf bekämpften Eigenständigkeit des Krieges, seine Emanzipierung von der Politik¹⁵. Die bekannten Konflikte Bismarcks (1815—1898) mit dem preußischen Generalstab 1866 und besonders 1870/71 (Vorgehen auf Paris und später Beschießung von Paris!)¹⁶ sind letztlich auf diese „militärische“ Grundeinstellung Moltkes und seiner Mitarbeiter zurückzuführen, der damit *grundsätzlich von Clausewitz abweicht*. Seine Schüler und Nachfolger entfremdeten sich dann zwischen 1871 und 1914 den Gedanken des Werkes „Vom Kriege“ in zunehmendem Maße bei aller Wertschätzung, die sie Clausewitz sonst entgegenbrachten. Dies lag im Zuge der Zeit und hat in der Hauptsache zwei Gründe: 1. Die preußische Armee betrachtete sich namentlich im Glanz ihrer durch die überlegene Politik Bismarcks und die Feldherrnkunst Moltkes herbeigeführten Siege von 1864, 1866 und 1870/71 als dominierende, durch die Krone abgeschirmte und damit so gut wie unantastbare Macht im Staatsleben; sie führte insofern ein Sonderdasein, als sie sich den Vertretern der Politik gegenüber kaum verantwortlich fühlte¹⁷. Politische Leitung und militärische Führung gingen getrennte Wege. 2. Etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Spezialisierungs- und Ressortprinzip immer wirksamer. In der Armee ging man mehr und mehr von den *philosophisch-universalen Bildungsgrundlagen* der großen preußischen Reformen ab (ab 1858/59 wurde z. B. das Fach „Logik“ aus dem Lehrplan der Berliner Kriegsakademie gestrichen).

¹⁵ Vgl. neuerdings die Untersuchung von R. v. Albertini, *Politik und Kriegführung in der deutschen Kriegstheorie von Clausewitz bis Ludendorff. Eine Untersuchung über die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Theorie des totalen Krieges*. In: Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen, 59. Jg. 1947, H. 1, S. 19 ff., 24 f.

¹⁶ Das Problem ist wiederholt von Historikern und Soldaten behandelt worden, zuletzt bes. v. R. Stadelmann, *Moltke und der Staat* (1950), S. 197 ff. und E. Kessel, *Bismarck und die „Halbgötter“*. Zu dem Tagebuch von Paul Bronsart von Schellendorff In: *Historische Zeitschrift* Bd. 181 (1956), S. 249 ff.

¹⁷ Vgl. in dem Zusammenhang: G. Ritter, *Das Verhältnis von Politik und Kriegführung im bismarckischen Reich*. In: *Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*. Festschr. f. H. Rothfels hrsg. v. W. Conze (1951), S. 69 ff. u. ders., *Staatskunst und Kriegshandwerk*, I (1954), S. 207 ff.

Das Feld begann nunmehr der militärische Techniker, der „homo faber“, wie ihn Friedrich Meinecke bezeichnet hat¹⁸, zu beherrschen. Damit aber waren die grundsätzlichen Voraussetzungen für ein rechtes Verstehen, Würdigen und praktisches Nachleben des Werkes „Vom Kriege“ in Preußen-Deutschland nur in begrenzter Weise gegeben. Was blieb, war ein reiner, nach „Perfektionierung“ strebender Empirismus, der Hang zum Aufstellen von Regeln oder „Gebrauchsanweisungen“, das Bemühen, „Lehrbücher“ über den Krieg im Sinne eines verengenden, von den übrigen Lebensbereichen (insbesondere von der Politik) losgelösten handwerklichen Handelns abzufassen; in den Werken der Generale Wilhelm von Scherff (1834—1911): „Von der Kriegführung“ (1883), Ludwig Freiherr von Falkenhausen (1844—1936): „Der große Krieg der Jetztzeit“ (² 1910) oder Friedrich von Bernhardt (1849—1930): „Vom heutigen Kriege“ (1912) kommt diese Entwicklung etwa zum Ausdruck. So ist auch der Ausspruch des Grafen Schlieffen (1833—1913), im Vorwort zur fünften, 1905 erschienenen Auflage des Werkes „Vom Kriege“ zu verstehen: daß es bei Clausewitz „eine philosophierende Betrachtungsweise“ gäbe, die den „heutigen Leser nicht immer anmutet“. Im Grunde zog die deutsche Armee 1914 *ohne Clausewitz* ins Feld¹⁹. Noch nach dem Ende des ersten Weltkrieges wurde der Rat erteilt, man solle beim Studium des Werkes „Vom Kriege“ die „philosophischen Partien“ einfach überschlagen. Mit Ludendorff (1865—1937) erreichte schließlich die Abkehr von Clausewitz im deutschen Heere den Höhepunkt. In seinen Schriften „Kriegführung und Politik“ (1922) und „Der totale Krieg“ (1935) stellte er in bewußtem Gegensatz zu Clausewitz die Forderung auf, die Politik habe dem Kriege zu dienen. In gar zu großer Vereinfachung der Problematik und kaum im Sinne logisch einleuchtender Schlußfolgerungen formulierte er: „Das Wesen des Krieges hat sich geändert, das Wesen der Politik hat sich geändert, so muß sich auch das Verhältnis der Politik zur Kriegführung ändern. Alle

¹⁸ Vgl. hierzu Meineckes Schrift: *Die deutsche Katastrophe* (1946), S. 56 ff., homo sapiens und homo faber.

¹⁹ Die mehrfach während der Jahre 1914/1918 erschienenen Auflagen des Werkes „Vom Kriege“ enthalten zwar Begleitworte einer Reihe namhafter deutscher Heerführer; indes läßt sich aus diesen mehr oder weniger unverbindlichen Geleitworten noch auf kein tiefergehendes Verständnis oder gar Befolgen der Hauptgedanken des Werkes „Vom Kriege“ schließen.

Theorien von Clausewitz sind über den Haufen zu werfen. Krieg und Politik dienen der Lebenserhaltung des Volkes, der Krieg aber ist die höchste Äußerung völkischen Lebenswillens. Darum hat die Politik der Kriegführung zu dienen."

Freilich dachten nicht alle führenden Persönlichkeiten des deutschen Heeres in diesen Bahnen. Zu ihnen zählte der Generaloberst Ludwig Beck (1880—1944), dessen hinterlassene Studien von bejahendem Verständnis für die Kerngedanken des Werkes „Vom Kriege“ zeugen²⁰, und der auch alsbald den Thesen Ludendorffs entgegengetreten war²¹. Indes für die Masse des Führerkorps der ehemaligen Wehrmacht mag gelten, was der Panzergeneral v. Kleist (* 1881) nach dem zweiten Weltkriege äußerte: „Die Lehre von Clausewitz ist bei dieser Generation in Gering-schätzung gefallen — schon in der Zeit, als ich auf der Kriegsakademie und im Generalstab war. Zwar zitierte man seine Sätze, aber seine Bücher wurden nicht mehr gründlich studiert. Er wurde eher als militärischer Philosoph angesehen und nicht als Lehrmeister für die Praxis.“²²

Auch den verantwortlichen deutschen Politikern — mit geringen Ausnahmen — blieben die Lehren von Clausewitz so gut wie fremd. Bekannt sind die Aussprüche und das Handeln des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg (1856—1921) im ersten Weltkriege; und analysiert man Hitlers (1889—1945) Führung 1939/45, so ergibt sich alsbald die Tatsache, daß er in allen wesentlichen Entscheidungen gegen die Kernsätze des Werkes „Vom Kriege“ verstieß, im Grunde Clausewitz gar nicht kannte. Selbst Bismarck gestand einmal, er müsse zu „seiner Schande gestehen, von Clausewitz nichts gelesen und wenig mehr gewußt“ zu haben, „als daß er ein verdienter General gewesen“ sei²³. Freilich hat Bismarck, im Gegensatz zu Moltke und dem Generalstab, seine Politik in den deutschen Einigungskriegen durchaus im Sinne des Werkes „Vom Kriege“ geführt; als letzter „Kabinettspolitiker großen Stils“ betrachtete

²⁰ Vgl. L. Beck, Studien, hrsg. u. eingel. v. H. Speidel (1955), Die Lehre vom totalen Kriege, S. 231 ff.; Strategie, S. 67 ff.; Betrachtungen über den Krieg, S. 127 ff.

²¹ Vgl. in dem Zusammenhang W. Foerster, Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs (1953), S. 158 ff., Die Lehre vom totalen Kriege; Beck a. a. O. S. 231 ff.

²² B. H. Liddell Hart, Jetzt dürfen sie reden. Hitlers Generale berichten (1950), S. 358.

²³ Vgl. Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen (1920), S. 502.

er den Krieg „als Hilfsmittel verantwortlicher Staatskunst“ (Ritter). Allerdings blieb Bismarcks Handeln ein Einzelfall. Clausewitz fand somit kaum rechte Gefolgschaft in seinem Geburtsland.

Im Ausland schenkte man Clausewitz nicht weniger Beachtung als in Deutschland, wobei die Beschäftigung mit seinen Gedanken in der gleichen Weise erfolgte: man studierte in erster Linie die spezifisch-militärischen Thesen. Es war insbesondere der Einfluß der preußisch-deutschen Siege 1870/71, der die Aufmerksamkeit der Welt auf das Werk „Vom Kriege“ lenkte. Clausewitz wurde nach 1871 in Großbritannien, in Frankreich, in Rußland und Italien ebenso aufmerksam gelesen wie in Österreich-Ungarn, in Holland, in der Schweiz oder in Japan; die japanischen Waffenerfolge 1904/05 schrieb man vornehmlich der Einwirkung des Werkes „Vom Kriege“ zu. In den letzten Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges beschäftigten sich namentlich englische und französische Militärkreise mit Clausewitz, um aus seinen Gedanken — freilich in irrtümlicher Voraussetzung — Schlüsse auf die Artung des künftigen deutschen Gegners ziehen zu können. In diesem Zusammenhang ist etwa die 1911 erschienene Clausewitz-Studie des französischen Generalstabsobersten Hubert Camon zu nennen.

Durch den Verlauf und die Probleme des ersten Weltkrieges wurde man allgemein auch auf die bisher weniger beachteten philosophisch-politischen Kerngedanken des Werkes „Vom Kriege“ aufmerksam. Die Entwicklung muß hier in engstem Zusammenhang mit dem Aufkommen und den Anschauungen des revolutionären *Marxismus* gesehen werden. Seine führenden Vertreter hatten bereits frühzeitig die wahre Bedeutung der Lehren und Erkenntnisse von Clausewitz erkannt. So wandten sich bereits Marx (1818—1883) und Engels (1820—1895) in den Jahren 1857/58 dem Werk „Vom Kriege“ zu, wie ihr Briefwechsel aus jener Zeit beweist. Von Marx ist der anerkennende Ausspruch über Clausewitz überliefert: „Der Kerl hat einen common sense, der an Witz grenzt.“²⁴ Engels pries Clausewitz als einen „Stern erster Größe“ und schrieb an Marx über die Gedankenführung des Werkes „Vom Kriege“: „Sonderbare Art zu philosophieren, der Sache nach aber sehr gut. Auf die Frage, ob es Kriegskunst oder Kriegswissenschaft heißen müsse, lautet die Antwort,

²⁴ Vgl. Karl Marx — Friedrich Engels, Briefwechsel, II (1936), S. 339.

daß der Krieg am meisten dem Handel gleiche. Das Gefecht ist im Kriege, was die bare Zahlung im Handel ist, so selten sie in der Wirklichkeit vorzukommen braucht, so zielt doch alles darauf hin, und am Ende muß sie doch erfolgen und entscheidet" ²⁵.

Marx und Engels sind mit ihrer Wertschätzung der Ideen von Clausewitz bestimmend geworden für die Einstellung der revolutionären Marxisten gegenüber dem Werk „Vom Kriege“. Klarer als etwa der preußisch-deutsche Generalstab oder die verantwortlichen Lenker der deutschen Politik begriffen sie das Hauptanliegen und den zeitlosen Wahrheitsgehalt der Erkenntnisse von Clausewitz. Die revolutionären Marxisten waren praktisch die ersten, die das Werk „Vom Kriege“ im Hinblick auf die *politisch-philosophische* Seite beachteten, kritisch studierten, im Wesen erfaßten und für die sozialrevolutionäre Praxis nutzbar zu machen verstanden. Sie begriffen die Tatsache, daß Clausewitz mit seinem Buch über alle bisherigen politischen, militärischen und philosophischen Werke hinaus die grundlegende Wesensschau des Krieges gegeben hatte. Man versprach sich von einem Studium dieses Buches die Aufhellung mancher Zusammenhänge in dem Verhältnis von Politik und Krieg, wie es bei der Vorbereitung und Durchführung der kommenden (erwarteten) großen Sozialrevolution von Bedeutung sein mochte.

Es war *W. I. Lenin* (1870–1924), dessen Beschäftigung mit Clausewitz im Sinne dieser Zielsetzungen erfolgte. Sein Studium des Werkes „Vom Kriege“, die Lehren und Folgerungen, die dieser große und erfolgreiche Revolutionär daraus für die *politische Praxis*, im Kampf um die Begründung und Erhaltung der Sowjetmacht zog, wirken über seine Zeit hinaus und führen unmittelbar zu unserer Gegenwart.

Den Ausgangspunkt bildete das Geschehen des ersten Weltkrieges. Dieses zerstörerische, als Ausdruck einer tiefen abendländischen Kulturkrise mit ausgesprochenen Verfallserscheinungen zu wertende Völkerkriege hatte auch den Zusammenbruch der II. Internationale zur Folge; die Sozialisten nahmen, entgegen ihren früheren Manifestationen, bis auf geringe Ausnahmen am Kriege teil und schworen damit dem spezifisch revolutionären Anliegen der Arbeiterklasse (Umwandlung des „imperialistischen Krieges“ in einen Bürgerkrieg) ab. Lenin, der seit September 1914 in der Schweiz lebte, verurteilte dieses Verhalten aufs

²⁵ Ebenda, S. 336.

schärfste. Er begann alsbald mit der Begründung einer neuen, der III. (kommunistischen) Internationale, die sich bewußt auf den revolutionären Kern der Lehren von Marx und Engels berief.

In dem Zusammenhang arbeitete Lenin 1915 in Bern das Werk „Vom Kriege“ durch, und zwar benutzte er den Text der Erstausgabe. Dabei richtete er seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Gedanken von Clausewitz über das Wesen des Krieges (Natur, Arten), das Verhältnis von Politik und Krieg, die Ausführungen über die moralischen Größen sowie die Darlegungen über Verteidigung und Angriff. Nicht als Militär, sondern als *Politiker*, als aktiver Sozialrevolutionär studierte Lenin das Werk „Vom Kriege“. Dabei brachte er zugleich die notwendigen geistigen Voraussetzungen mit, um die philosophisch-politischen Gedankengänge von Clausewitz recht zu verstehen: philosophische Bildung und Veranlagung, kritisches, logisches Denkvermögen, Verständnis für die besonderen Bedingtheiten der Politik, Beherrschung der Dialektik. Lenin erkannte, daß Clausewitz die zur Orientierung in der verwirrenden Vielfalt des großen, 1914 begonnenen Ringens allein gültige und aufschlußreiche Theorie des Krieges bot; sein Entschluß zum Studium des Werkes „Vom Kriege“ dürfte auch dadurch mitbedingt gewesen sein, daß er grundsätzlich einer zweckvollen Theorie hohe Bedeutung für die Führung des politisch-revolutionären Machtkampfes beimaß. („Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“.)

Von Lenins kritischer, für ihn durchaus fruchtbarer Beschäftigung mit Clausewitz zeugen seine erhaltenen, in ein besonderes Heft (Tetradka) eingetragenen Auszüge aus dem Werk „Vom Kriege“ mit Randbemerkungen; sie stellen gleichsam das sowjetische Clausewitz-Brevier dar, durch das der deutsche Kriegsphilosoph in der Sowjetunion zu hohem Ansehen gelangte. Aus diesen Aufzeichnungen geht hervor, daß Lenin die Gedanken des Werkes „Vom Kriege“ wohl begriff, dessen philosophisch-politischen Kerngehalt von vornherein richtig erfaßte und damit seiner Zeit um Jahrzehnte in der Clausewitz-Interpretation voraus war, ja überhaupt als erster die so bedeutsame *politische* Seite in dem Gedankengebäude des Kriegsphilosophen herausarbeitete. Darüber hinaus vermochte Lenin gleichsam Formeln für seinen kompromißlosen Kampf um die Begründung der Sowjetmacht, seine leidenschaftlichen Auseinandersetzungen mit den „rechten“ und „linken“ Sozialrevolutionären

aus Clausewitz zu gewinnen, d. h. die Grundthesen des Werkes „Vom Kriege“ sinnvoll auf die Wirklichkeit zu übertragen, wie sie sich ihm in den Jahren des ersten Weltkrieges darbot. Freilich ging Lenin dabei allemal von der Anschauung des revolutionären Marxismus aus: nur in dem Sinne hat er Clausewitz verarbeitet und für die politische Praxis nutzbar gemacht.

So bejahte der bolschewistische Führer etwa durchaus den Satz von Clausewitz über den Krieg als die Fortsetzung der Politik. Er zitierte ihn immer wieder in seinen Schriften und Reden, argumentierte mit ihm zur Widerlegung seiner politischen Gegner; indes erfüllte er ihn doch mit einem neuen konkreten Inhalt: dem Gedanken des Klassenkampfes. Für Lenin sind die Kriege *Klassenkriege*; die Politik derjenigen Klasse, die den Krieg auslöst, die vor ihm getrieben wurde, findet auch *im* Kriege ihre Fortsetzung. In seiner 1915 erschienenen programmatischen Schrift „Sozialismus und Krieg“ gab Lenin im Lichte dieser Betrachtungsweise folgende Clausewitz-Interpretation: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen (nämlich: gewaltsamen) Mitteln. Dieser berühmte Ausspruch stammt von einem der geistvollsten Militärschriftsteller, von Clausewitz. Die Marxisten haben diesen Satz mit vollem Recht stetes als die theoretische Grundlage für die Auffassung von der Bedeutung eines jeden in Frage stehenden Krieges angesehen. Marx und Engels haben die verschiedenen Kriege stets von eben diesem Standpunkt ins Auge gefaßt. Man wende diese Anschauung nun auf den gegenwärtigen Krieg an. Man wird sehen, daß die Regierungen und die herrschenden Klassen in England, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich, Rußland im Laufe von Jahrzehnten, nahezu ein halbes Jahrhundert hindurch, die Politik des Kolonialraubes, der Unterjochung fremder Nationen, der Niederhaltung der Arbeiterklasse betrieben haben. Genau diese Politik und nur diese Politik findet im gegenwärtigen Kriege ihre Fortsetzung“²⁶.

Die in dieser Form verarbeiteten Gedanken aus dem Werk „Vom Kriege“ wurden damit zu „Bauelementen“ des Marxismus-Leninismus. Es läßt sich nachweisen, daß Lenin mit Hilfe des Satzes vom Kriege als der Fortsetzung der Politik eine Reihe von Kernfragen der Oktober-

²⁶ Vgl. W. I. Lenin, Sämtliche Werke, XVIII (1929), Der imperialistische Krieg. Der Kampf gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus (1939), S. 253.

revolution klärte wie die Klassenanalyse des ersten Weltkrieges, das Problem der „Vaterlandsverteidigung“, der „nationalen Befreiung“, den Unterschied zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen oder das Verhältnis von Krieg, Revolution und Frieden. In Lenins Interpretation fand Clausewitz Eingang und Verbreitung in der Sowjetunion; die Ideen des Werkes „Vom Kriege“ stellen den wichtigsten ausländischen Einfluß in der Konzeption der *sowjetischen Kriegsdoktrin* dar, bilden eines ihrer wesentlichen Fundamente.

Neben Lenin waren auch andere Führer der älteren Bolschewistengeneration wie Stalin, Molotow (* 1890), Radek (* 1885), Trotzki (1879 bis 1940) oder Frunse (1888—1925) mit Clausewitz vertraut; ebenso studierten seine Lehren bekannte Sowjetmarschälle wie Schaposchnikow (1882—1945), Tuchatschewski (1893—1937) oder Schukow (* 1895). Das Werk „Vom Kriege“ wurde ins Russische übersetzt und wiederholt aufgelegt. Seine Lehren und Erkenntnisse sind offenbar von den verantwortlichen Lenkern Sowjetrußlands verstanden und beherzigt worden, wie dies eine kritische Analyse der sowjetischen Politik und Kriegführung 1939/45 leicht erweisen dürfte.

Nach Abschluß des zweiten Weltkrieges setzte freilich Kritik in Sowjetrußland an Clausewitz ein. So erklärte Stalin in einem Brief vom 23. Februar 1946: „In der Kriegsgeschichte ist Clausewitz im eigentlichen Sinne ein Vertreter des Zeitalters der Handarbeit gewesen, während heute der Krieg in das Maschinenzeitalter eingetreten ist. Es ist ganz klar, daß diese neue Epoche neue Theoretiker auf militärischem Gebiet verlangt. Es ist geradezu lächerlich, heute bei Clausewitz in die Schule zu gehen.“²⁷ Doch mit diesen Worten ist nicht etwa ausgedrückt, daß die philosophisch-politischen Kerngedanken des Werkes „Vom Kriege“ durch Stalin abgelehnt werden. Er bejaht vielmehr durchaus wie Lenin den Satz Clausewitz' vom Kriege als der Fortsetzung der Politik und betont an anderer Stelle ausdrücklich, daß dieser in seinen Werken die „wohlbekannte marxistische These“ unterstütze, „nach der eine direkte Verbindung zwischen Krieg und Politik besteht, die Politik den Krieg erzeugt und der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt ist“. Ebenso bejaht Stalin die Gedanken von Clausewitz „über die Wechsel-

²⁷ Zit. b. A. Guillaume, Warum siegte die Rote Armee? (1950), S. 154 f.

beziehungen zwischen Angriff und Rückzug“, „Verteidigung und Gegenoffensive“ und „Rückzug unter gewissen feindlichen Bedingungen“. Was Stalin also an Clausewitz kritisiert, bezieht sich vornehmlich auf eine vordergründige, spezifisch „militärische“ Interpretation, die nicht klar genug zwischen zeitbedingtem Beiwerk und zeitlosen Grundlagen in der Gedankenführung des Werkes „Vom Kriege“ unterscheidet. Im übrigen hat die sowjetische Staatsleitung den Krieg – durchaus im Sinne von Clausewitz – „politisch“ geführt, wie dies das russische Verhalten in der entscheidenden, die kommende Friedensregelung bestimmenden Schlußphase des Ringens 1939/45 beweist.

Die Staatsmänner Sowjetrußlands dachten damals weiter als die verantwortlich entscheidenden Lenker der westalliierten Politik. Sie wußten es durchzusetzen, daß die russischen Streitkräfte nicht nur den Balkan, sondern auch Berlin und schließlich Mitteldeutschland besetzen durften²⁸. Dieses Handeln der sowjetischen Staatsleitung entsprach durchaus Gedanken von Clausewitz, wie er sie im ersten Kapitel des ersten Buches im Werk „Vom Kriege“ entwickelt. Dort sagt er, daß „der politische Zustand, welcher“ dem Kriege „folgen wird, durch den Kalkül schon auf ihn zurückwirkte“.

Die in den letzten Jahren an Clausewitz von russischer Seite geübte Kritik stellt weniger eine grundsätzlich-tiefschürfende Auseinandersetzung mit seinen Gedanken dar, sondern ist mehr als eine durch bestimmte Entwicklungsmomente bedingte Äußerungsform im Zuge der seit 1917 ununterbrochen erfolgenden, vielgestaltig wechselnden Begegnungen des Bolschewismus mit der westlichen Welt zu werten. Sie läßt das von Lenin geschaffene Clausewitzbild in seinen Grundlagen so gut wie unberührt und bestätigt damit zu ihrem Teil die „Aktualität“ des deutschen Kriegsphilosophen *auch heute*.

In unserer Zeit gehört Clausewitz mehr denn je zu den anerkannten, (leider zu wenig kritisch durchgearbeiteten), *gelesenen* und bisher nicht überzeugend widerlegten Klassikern der Weltliteratur. Sein Gedanken-gut ist *lebendige Wirklichkeit* für den Politiker wie für den Soldaten, das beide wohl beachten und kennen sollten. Es wird auch in Zukunft allen

²⁸ Aufschlußreich in dem Zusammenhang ist die amerikanische, jetzt in deutscher Übersetzung vorliegende Aktenpublikation: Die offiziellen Jalta-Dokumente des U. S. State Departments. Vollst. deutsche Ausgabe (1955).

denen ein zuverlässiger Ratgeber sein, die sich ernsthaft mit den Grundproblemen des Krieges im Sinne einer *Deutung* beschäftigen, aufrichtig um ein sinnvolles Aufeinanderabstimmen der Bereiche von Politik und Krieg, Zivil und Militär, Staatsmann und Feldherr bemüht sind.

LITERATURHINWEISE

Werke von C. v. Clausewitz

- Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung, 10 Bände, 1832–1837 (davon Band 1–3 „Vom Kriege“, 1832–1834; 16. Auflage, vollst. Ausgabe im Urtext mit historisch-kritischer Würdigung von W. Hahlweg, 1952).
- Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst. Aus dem Nachlaß des Generals Clausewitz. In: Historisch-politische Zeitschrift, hrsg. v. L. Ranke, 1, 1832.
- Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe. In: Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, hrsg. vom Großen Generalstabe, Heft 10, 2 1908.
- Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe, hrsg. von H. Rothfels, 1922.
- Carl von Clausewitz, Strategie aus dem Jahr 1804 mit Zusätzen von 1808 und 1809, 3 1943.
- Carl von Clausewitz, Geist und Tat. Das Vermächtnis des Soldaten und Denkers. In: Auswahl aus seinen Werken, Briefen und unveröffentlichten Schriften, hrsg. u. eingel. von W. M. Schering (1942).

Literatur:

- K. Schwartz, Leben des Generals von Clausewitz und der Frau Marie von Clausewitz, geb. Gräfin von Brühl, 2 Bde., 1878.
- H. Rothfels, Carl von Clausewitz, Politik und Krieg. Eine ideengeschichtliche Studie, 1920.
- K. Linnebach, Clausewitz' Persönlichkeit. In: Wissen und Wehr, 11. Jg. 1930.
- W. Elze, Clausewitz, 1934.
- E. Kessel, Zur Genesis der modernen Kriegslehre. Die Entstehungsgeschichte von Clausewitz' Buch „Vom Kriege“. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 3 Jg. 1953.
- W. Hahlweg, Lenin und Clausewitz. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Archiv für Kulturgeschichte, 36. Bd. 1954.
- E. A. Nohn, Der unzeitgemäße Clausewitz. Notwendige Bemerkungen über zeitgemäße Denkfehler. Beiheft 5 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, 1956.

WIDERSTAND ALS RECHT DER TREUE

von

Prof. Dr. Ernst v. HIPPEL, Universität Köln

Die Frage des Widerstandes als Recht, aber auch als Unrecht erhebt sich im Bereich des menschlichen Zusammenlebens als eine normal und gleichsam notwendig auftretende Frage. Denn obwohl gefühlsmäßig der „ordnungsliebende“ Mensch geneigt ist, im Widerstand etwas Negatives und Ordnung Bedrohendes von vornherein zu sehen, wird er bei näherer Überlegung zugeben müssen, daß Widerstand als Recht wie als Verhalten notwendig zur Ordnung des Lebens selber gehört.

1. Widerstand als Teil des Lebens und Recht der Freiheit

Die Lebensnotwendigkeit des Widerstandes wird deutlich bereits im Bereich der Kreatur, als eingefügt in das menschliche Leben und bezeugt zugleich, daß das Problem des Widerstandsrechtes durchaus nicht mit dem politischen Bereich oder gar einer parteimäßigen Betrachtung innerhalb desselben identisch ist. So bedeutet es Widerstand, wenn eine gequälte Katze Gebrauch von ihren Krallen macht oder ein mißhandelter Hund beißt, oder wenn etwa ein überlastetes Kamel sich weigert aufzustehen. Und obwohl man in diesen Fällen nicht von einem „Recht“ der Kreatur zu sprechen pflegt, da die Rechtsordnung als Subjekte und mögliche Träger von Rechten nur Menschen betrachtet, anerkennt dennoch die Rechtsordnung objektiv auch den nicht bösartigen Widerstand des Tieres.

Denn nichts anderes bedeutet es, so gesehen, wenn etwa der Schadensersatzanspruch des Gebissenen abgewiesen wird, der durch sein Verhalten den Hund grundlos reizte, oder wenn ein Kutscher als Tierquäler verurteilt wird, auch wenn das mißhandelte Pferd seinerseits ausschlug. Ja

Widerstand als Recht der Treue

209

auch dort, wo etwa der Widerstand wilder Pferde gebrochen werden muß, um sie dem menschlichen Lebensbereich einordnen zu können, erscheint nicht der Widerstand als etwas Verwerfliches, sondern nur seine Überwindung als erlaubt, da der Bereich der Vernunft sich den des Triebes dienstbar machen darf. Damit aber ist deutlich, daß auch der Widerstand der Kreatur nicht willkürlich und mit beliebigen Mitteln gebrochen werden darf, sondern nur ordnungsgemäß, das heißt im Hinblick auf jene Maßstäbe, welche das Verhältnis des Menschen zur Tierwelt als ein eben menschliches und damit moralisch-rechtliches, nicht aber als eine unter- und außermenschliche bloße Machtbeziehung bestimmen.

Gehört so Widerstand als begründet, ja als ordnend zum Bereich des Lebendigen überhaupt, wo dieses entgegen seiner Natur behandelt wird, so findet er sich im menschlichen Bereich als solchem in einer persönlichen Form und verbunden mit dem Problem der *Freiheit*. Und wiederum zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß Widerstand gegen etwas Zugemutetes und Aufgedrungenes keineswegs schon ein Element des Chaos bedeutet, sondern daß er zur normalen Ordnung des Lebens als Ordnungselement selber gehört.

So ist es offenbar nicht unberechtigt, wenn jemand dem zudringlichen Hausierer die Tür weist, auch wenn man seine Ware vielleicht brauchen könnte; wenn jemand sich wehrt, durch einen Fliegel behelligt zu werden oder ein Ansinnen ablehnt, das zu unterstützen er nicht die Neigung hat. Denn hier im Bereich der Freiheit besteht von Rechts wegen keine Verpflichtung zu einem bestimmten Tun und entsprechend die Befugnis, jedem Versuch zur Einengung dieser Freiheit sich zu widersetzen.

Allerdings sind die Formen, in welchen dies jeweils geschehen darf, unterschiedliche, und sie sind weitgehend abhängig von der Art der rechtswidrigen Handlung, gegen die sie sich richten. Jedenfalls aber darf hier Widerstand notfalls bis zur Vernichtung des Angreifers gehen, wie im Falle der Notwehr, und er schließt so auch etwa die tätliche Verteidigung der Sache ein, die mir ein anderer ohne meine Einwilligung zu entreißen sucht.

Nun entspricht dieser Freiheit des Menschen, sich selber zu gestalten und zu bestimmen, juristisch in erster Linie der Bereich des *Privatrechts*, Denn dieses ist bereits zur Zeit der Römer zuletzt nichts anderes als der rechtliche Ausdruck einer Grundüberzeugung, derzufolge der Mensch als

Mensch einen Freiheitsbereich und damit einen solchen privaten Ermessens besitzen muß. Dabei entspricht juristisch diesem Freiheitsbereich der *Vertrag*, welcher als Rechtsfigur für das Privatrecht kennzeichnend ist. Ist doch der Vertrag als Rechtsform nur der juristische Ausdruck dessen, daß der Mensch frei ist und also grundsätzlich auch befugt, jedem Eingriff in diese Freiheit sich zu widersetzen, es sei denn, daß er freiwillig und also durch eigene Willenszustimmung seine Freiheit selber eingeschränkt hat.

So korrespondiert dem Bereich des Privatrechts grundsätzlich auch die Befugnis, Eingriffe anderer in die private Sphäre zurückzuweisen und also Widerstand zu leisten, den notfalls zu unterstützen auch die Organe des Staates verpflichtet sind. Ja auch hinsichtlich des Rechtsweges besteht die Vermutung für die Freiheit, welche auch dem zu Unrecht Geschädigten verbietet, sich etwa durch gewaltsame Fortnahme der doch geschuldeten Summe zu befriedigen. Vielmehr bedarf sein Anspruch zur Durchsetzung der Anerkennung durch die Gerichte, verbunden notfalls mit der Amtshilfe von Vollstreckungsorganen. Denn erst gegenüber dem Eingriff des Staates, der etwa durch Vollstreckungshandlungen eines Gerichtsvollziehers wirksam wird, besteht kein Widerstandsrecht des Privaten, vorausgesetzt, daß die Vollstreckungshandlung als solche rechtmäßig war.

2. Der Staat als Garant der Ordnung

Es ergab sich bisher, daß bereits gegenüber der Kreatur kein Recht zu Eingriffen in ihr Leben besteht, die als unnötige Mißhandlung und Leidszufügung sich darstellen. Insbesondere aber ist der Mensch als Inhaber eines Freiheitsbereiches, durch den er als Person erst möglich ist, befugt, Widerstand zu leisten, wo unbefugte Eingriffe in diesen Bereich durch andere Menschen erfolgen, die nicht auf seine Zustimmung sich mit Grund berufen können.

Andererseits aber kann Freiheit des einen neben der des anderen in der Wirklichkeit nur bestehen, wenn diese Freiheit sich als eine *geordnete* betätigt und also ihre Grenzen nicht überschreitet. Nun bezeugt aber die Erfahrung durch die Jahrtausende zur Genüge, daß der Mensch geneigt ist, Freiheit zu mißbrauchen und zwar um so mehr, je stärker er niederen Leidenschaften, dem Egoismus und der Einsichtslosigkeit unterworfen ist. Zu der Notwendigkeit der Freiheit als Voraussetzung persönlichen Lebens

tritt damit als Gegenpol die der *Ordnung* und einer sie garantierenden Autorität, als welche, insbesondere in der Neuzeit, der *Staat* sich darstellt.

Der Staat macht nun von dieser seiner Autorität insbesondere dadurch Gebrauch, daß er sich eine *Verfassung* gibt. Eine Verfassung aber kann als der Grundplan angesehen werden, nach welchem inhaltlich und jedenfalls verfahrensmäßig eine Gemeinschaft sich als eine geordnete aufzubauen sucht. Insbesondere erscheint es hier als die Aufgabe der sogenannten gesetzgebenden Organe, diesen Grundplan näher zu gestalten, indem sie im Wege der Gesetzgebung das schaffen, was als die „Rechtsordnung“ einer Gemeinschaft bezeichnet zu werden pflegt.

Indem durch diese Rechtsordnung die Rechte und Pflichten der Staatsangehörigen geregelt werden, werden aber auch die Grenzen und die Voraussetzungen der bürgerlichen Freiheit näher bestimmt und umschrieben. Zugleich aber erhebt sich hier, wo die Pole der Freiheit und Autorität, des eigenen Ermessens und der Gehorsamspflicht sich praktisch begegnen, erneut das Problem des Widerstandes und seiner möglichen Berechtigung. Und zwar nun des Widerstandes nicht gegenüber dem grundsätzlich gleichgestellten Nächsten und seinem Freiheitsbereich, sondern gegenüber dem Staat selber und seinem Anspruch auf Gehorsam und Unterwerfung unter seinen Willen.

Es liegt hier nun der Gedanke nahe, und er ist insbesondere in der Neuzeit vertreten worden, daß „der Untertan“ dem Staat gegenüber keinerlei Recht des Widerstandes habe, da ja der Staat der Schöpfer der Rechtsordnung sei und daher als solcher kein Unrecht tun könne¹. Und insbesondere wird aus der Überordnung des Staates und der Höherwertigkeit des staatlichen Willens etwa geschlossen, daß eben dort, wo der Staat in der Funktion des Herrschers, des Machthabenden und des Inhabers von Autorität auftritt — also nicht auf dem Boden des Privatrechts etwa als Besitzer von Häusern oder Grundstücken — eine schlechthinige Gehorsamspflicht bestünde.

Nun ist aber diese Ansicht, über deren Voraussetzungen noch zu sprechen sein wird, zum mindesten in der Demokratie nur sehr eingeschränkt haltbar. Denn es besteht eine *Gehorsamspflicht* grundsätzlich nur gegenüber solchen staatlichen Maßnahmen belastender Art, die im Gesetz und

¹ So insbesondere Hans Kelsen in seiner sogenannten „reinen Rechtslehre“ in zahlreichen Schriften.

in der Verfassung als *zulässige* vorgesehen sind. Daß dies so ist, bezeugt etwa der § 113 des Strafgesetzbuches (vgl. ehem. MStG § 147), der Widerstand nur gegenüber *rechtmäßigen* Vollstreckungshandlungen unter Strafe stellt und ihn also gegenüber rechtswidrigen anerkennt. Dazu finden sich in der Regel zahlreiche Mittel erlaubten Widerstandes in der Gesetzgebung selber vorgesehen. Denn alle die Möglichkeiten, gegenüber Verwaltungsakten Einspruch zu erheben oder Klage, sich zu beschweren bei höheren Stellen oder Schadensersatz gegenüber unrechtmäßigen Amtshandlungen zu verlangen, bezeugen zur Genüge, daß grundsätzlich ein Widerstandsrecht des Staatsangehörigen gegenüber rechtswidrigen Maßnahmen von Staatsorganen besteht, so verschieden dies immer im einzelnen geregelt sein mag. Es reicht daher die Gehorsamspflicht nur so weit wie die *Redtmäßigkeit* der geforderten Maßnahme. Und auch so gesehen gehört der Widerstand als Recht zu den die Gemeinschaft als Rechtsgemeinschaft erst aufbauenden Elementen, da derjenige, welcher sich gegen Rechtswidrigkeit wehrt, mag immer dies aus egoistischen Gründen geschehen, zugleich dafür kämpft, daß die Gemeinschaft als solche eine *Rechtsgemeinschaft* bleibt und entsprechend der Staat nicht ein bloßer Gewalthaber, sondern Vertreter von Ordnung und Recht und also *Rechtsstaat*.

3. Recht und Gesetz

Es kann nach dem Gesagten nun so erscheinen, als sei das Widerstandsrecht durch die staatliche Rechtsordnung selber hinlänglich gesichert, auch gegenüber dem Staat als dem Repräsentanten der Gesamtheit und als dem Hüter jener Werte, welche, wie die Gerechtigkeit, den persönlichen Bereich überschreiten. Und da die Neuzeit immer mehr den Staat als Quelle des Rechts betrachtete, das er aus seiner „Souveränität“ und also aus rechtlicher Ungebundenheit erst zu schaffen schien², mußte es als geradezu absurd erscheinen, über die staatlich gewährten Rechtsmittel hinaus nach einem *Recht* zum Widerstand auch nur zu fragen. Diesen Standpunkt nahm in aller Schärfe bereits Kant ein, der in seinen „Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre“³ ausführte: „Der Grund der

² Vgl. dazu etwa Leonard Nelson, Die Rechtswissenschaft ohne Recht, 1917; Valentin Tomberg, Degeneration und Regeneration der Rechtswissenschaft, 1946; Frh. F. A. v. d. Heydte, Die Geburtsstunde des modernen Staates, 1952.

³ Teil II, Kap. 5.

Pflichten des Volkes, einen, selbst den für unerträglich ausgegebenen, Mißbrauch der obersten Gewalt, dennoch zu ertragen, liegt darin: daß mein Widerstand wider die höchste Gesetzgebung selbst niemals anders als gesetzwidrig, ja als die ganze gesetzliche Verfassung zernichtend gedacht werden muß. Denn, um zu demselben befugt zu sein, müßte ein öffentliches Gesetz vorhanden sein, welches diesen Widerstand des Volkes erlaubte, das ist: die oberste Gesetzgebung enthielte eine Bestimmung in sich, nicht die oberste zu sein und das Volk, als Untertan, in einem und demselben Urteil zum Souverän über den zu machen, dem es untertänig ist; welches sich widerspricht.“

Diese Ansicht Kants hat sich insbesondere das spätere 19. und beginnende 20. Jahrhundert in Deutschland zu eigen gemacht. Allerdings geschah dies weniger in der Form eines logischen Schlusses als durch Berufung auf angebliche Rechtstatsachen und damit auf die *Erfahrung*. Insbesondere suchten gerade bedeutende und in ihrer Art verehrungswürdige Juristen wie Rudolf v. Ihering, Georg Jellinek, Gustav Radbruch und andere den wissenschaftlichen Charakter der Jurisprudenz dadurch zu sichern, ja zu begründen, daß sie in Analogie zur Naturwissenschaft das Recht auf *äußere Tatsachen* zurückführten. So gesehen aber schien sich als die Grundtatsache des Rechts die *Macht des souveränen staatlichen Willens* zu ergeben, auf dessen Inhalt, wie er sich im Gesetz insbesondere ausspricht, es nun hinzusehen gilt.

In diesem Sinne lehrte bereits R. v. Ihering in seinem umfangreichen Werk „Der Zweck im Recht“⁴, welches für den „Maßstab des Rechts“ nicht den „absoluten der Wahrheit“, sondern den „relativen des Zwecks“ sei. Und erklärte, daß Recht „die wohlverstandene Politik der Gewalt“ sei. Und seinerseits versicherte Gustav Radbruch in seiner viel gelesenen und aufgelegten „Einführung in die Rechtswissenschaft“⁵, die juristische Geltung des Rechtsbefehls läge „allein in der Macht des rechtsetzenden Willens“.

Betrachtet man nun diese Ausführungen, denen viele entsprechende zur Seite gestellt werden könnten⁶, so ergibt sich als ihr Kern die Vorstellung, daß das *Gesetz* der Ausdruck eines souveränen rechtsetzenden

⁴ I. A. I 1877, II 1884.

⁵ 1914, S. 34. Nach den Erfahrungen des „Dritten Reichs“ gab Radbruch diesen Standpunkt ausdrücklich auf.

⁶ Vgl. das Quellenheft: „Der Rechtsgedanke in der Geschichte“ v. E. v. Hippel, 1955.

Willens sei und als solcher identisch mit dem *Recht*. Denn genau dies besagen auch die Sätze Kants, deren Schlüssigkeit eben und nur darin liegt, daß hier die „höchste Gesetzgebung“ einer „obersten Gewalt“ als den Raum des Rechts an sich ausfüllend erscheint, womit dann jeder Widerstand zu einem gesetz- und also auch rechtswidrigen werden muß, der sich nicht seinerseits auf den Willen dieser höchsten Macht gründen kann. Entsprechend ist es kein Zufall, sondern nur die Konsequenz dieses denkerischen Ausgangs, daß im Verlauf des 19. Jahrhunderts, dies jedenfalls in Deutschland, die Jahrtausende alte Lehre vom Widerstand auch gegen die „höchste Gewalt“ im juristischen Bereich erlischt und nur als historische Erinnerung noch interessiert.

So hängt die Frage der Berechtigung des außergesetzlichen Widerstandes zuletzt davon ab, ob das Gesetz oder auch der sich in anderen Formen äußernde Wille staatlicher oder parteimäßiger Organe mit dem *Recht* identisch ist oder nicht. Denn besteht eine solche Identität, dann ist Kants Lehre schlüssig und ist der „Untertan“ auch von Rechts wegen gehalten, jeglichen Ausdruck des „souveränen Willens“ als einen rechtlichen und also als für sich verbindlichen anzunehmen.

Zugleich liegt heute die *praktische* Bedeutung dieser Frage offen zutage, welche den letzten Generationen noch entging. Denn in einer Zeit der Humanität und des vermeinten Fortschrittes erschien es als unbedenklich, Gesetz und Recht gleichzusetzen, dies um so mehr, weil die ohnehin wenigen Staatsgesetze dem Bereich privater Freiheit den weitesten Raum der Betätigung ließen.

Aber auch die moderne Diktatur in ihren verschiedenen Spielarten beruht juristisch auf der Grundthese, daß der in Form von Gesetzen oder auch von Führerbefehl und Parteigebot sich äußernde „höchste“ Wille mit dem *Recht* identisch sei, was jeden Widerstand, wie etwa den der Ungarn, von vornherein zum Unrecht stempelt. Damit hängt auch die „Rechtmäßigkeit“ der modernen Tyrannis ab von der Begründetheit ihrer juristischen Grundkonzeption.

Nun beruht aber die Vorstellung von der Identität souveränen Machtwillens mit dem *Recht* zuletzt auf einer Perversion des gesunden moralischen Denkens⁷, verbunden mit einer Verkennung des Wesens von Ord-

⁷ Zahlreiche Beispiele hierzu bringt Fritz v. Hippel, *Die Perversion von Rechtsordnungen*, Tübingen 1955.

nung, Freiheit und Autorität. Denn offenbar kann *Macht* mit *Recht* wie mit Unrecht gleichermaßen verbunden sein, weshalb aus ihr das *Recht* so wenig abgeleitet werden kann wie etwa aus einem Knüttel die Berechtigung seines Gebrauchs. Vielmehr wird hier das Verhältnis von *Recht* und *Macht* auf den Kopf gestellt, da die *Macht* als an sich notwendige Grundlage und Garant von *Ordnung* gehalten ist, sich in den *Dienst* des Rechts, nicht aber umgekehrt das *Recht* in den *Dienst* der *Gewalt* zu stellen.

So wenig daher aus dem Besitz einer Pistole das *Recht* folgt, Menschen zu erschießen, sondern höchstens die Möglichkeit dazu, so wenig folgt aus dem Vorhandensein von *Macht* das *Recht* ihres willkürlichen Gebrauchs. Denn von *Rechts* wegen ist *Macht* dem *Recht* unterworfen wie das Mittel dem Zweck, und sie kann *Rechtsmacht* nur sein, so wie der Staat *Rechtsstaat*, wenn sie im *Dienst* des *Rechts* als einer moralischen *Ordnung* steht⁸.

Ist dies aber so, dann bekommt damit auch das Problem des Widerstandes gegen amtliche Maßnahmen seinen juristischen Ort. Denn es erhebt sich alsbald dort, wo Maßnahmen der „Höchsten Gewalt“ oder ihrer Organe zwar der positiven Satzung entsprechen, den *Rechtsgedanken* jedoch schwer verletzen. Sind nämlich *Recht* und *Gesetz* nicht identisch, dann kann auch das *Gesetz* oder der Führerbefehl im eigentlichen Sinne rechtswidrig sein. Denn offenbar kann das „*Recht*“, auch wenn sein Begriff fälschlich für rechtswidrige Maßnahmen beansprucht wird, nicht dadurch seine wahre Natur verändern. Eine Feststellung, die selbstverständlich zu sein scheint, die heute aber getroffen werden muß im Hinblick nicht zuletzt auf die Tendenz des Bolschewismus, *Unrecht* als *Recht* und *Recht* als *Unrecht* zu bezeichnen.

4. Die Bindung des Staates an das Gute als rechtliche Grundpflicht

Die Ansicht der Neuzeit, daß der Staat die „Quelle“ des *Rechts* sei, verbunden mit der Meinung, daß der Staat aus seinem „souveränen Willen“ den Inhalt des *Rechts* nach Belieben schaffe, findet in der Geschichte der Menschheit kaum eine Entsprechung. Ja man muß schon bis zu den radikalsten Tyrannenlehren der Sophistik zurückgehen, um zu vergleichbaren Vorstellungen zu gelangen⁹. Damit aber erhebt sich heute die Frage nach

⁸ Vgl. hierzu E. v. Hippel, *Einführung in die Rechtslehre*. 4. A. 1955

⁹ Vgl. hierzu E. v. Hippel, *Geschichte der Staatsphilosophie in Hauptkapiteln*. I, 1955, II im Druck.

der Berechtigung eines Staatsbildes, das offenbar den einfachsten Vorstellungen menschlichen Anstandes, die der gleiche Staat innerhalb des privaten Zusammenlebens voraussetzt und fordert, so wenig entspricht. Was ist das für ein Bild des Staates, das hier zugrunde liegt? Was macht es als Wirklichkeit möglich? Wie steht es endlich um seine juristische Haltbarkeit?

Die Antwort hierauf lautet, daß die moderne Vorstellung vom Staat sich ergibt als die Frucht eines Weltbildes, das aus dem Verlust der einen Hälfte des Daseins im menschlichen Bewußtsein wie selbstverständlich folgt. Indem nämlich seit dem Mittelalter zunächst die religiöse Ordnung, dann auch die moralische einem Bewußtsein immer mehr verloren ging, das auf die Tatsachen der äußeren Welt und auf die „Natur“ als eine mechanisch verstandene Gesetzmäßigkeit sich richtete, konnte auch nur ein Staatsbegriff als „modern“ erscheinen, der seinerseits eben diesem Weltbild entsprach. Dieses Weltbild als ein praktisches aber kann vereinfacht auf die Formel gebracht werden: Welt ist souveräner menschlicher Wille, gerichtet auf die Natur als Gegenstand und Objekt seiner Betätigung, sonst nichts.

Nun entspricht aber dieser Vorstellung eben jener positivistische Staatsbegriff, wie er in Deutschland durch Laband, Georg Jellinek und andere Juristen entwickelt wurde, welche das Recht nach dem Vorbild des *Naturgesetzes* zu bestimmen suchten. Dieser Begriff kann vereinfacht auf die Formel gebracht werden: Staat ist souveräner menschlicher Wille über Volk und Raum. Als Element dieses Staatsbegriffes ergibt sich so zunächst menschliche *Willkür* in ihrer höchsten, das heißt machthabenden Form (souverän), welche durch nichts gebunden ist als durch sich selber und durch die äußeren Grenzen ihrer Macht. Ausdrücklich lehrt so jene Staatslehre, daß zwar das „Dürfen“ des Staates rechtlich unbegrenzt sei, wogegen seinem „Können“ Schranken gesetzt seien, die insbesondere durch den Umfang seiner Macht im einzelnen und durch den zwingenden Charakter der Naturgesetze im allgemeinen sich ergäben.

Gegenüber diesem Staatsbild gilt jedoch die Feststellung, daß es ein rein *materialistisches* ist. Wird doch der Mensch hier als bloßes Raumes- und Leibeswesen vorgestellt, das ebenso dem Belieben des Staates juristisch zur Verfügung steht, wie dies die äußere Natur gegenüber menschlichen Zielsetzungen zu tun scheint. Ja, der Mensch als Objekt staatlicher

Machtbetätigung, als *Machtunterwerfener*, ist so gesehen selber nur ein Stück Natur, das benutzt, verwendet und „eingesetzt“ werden darf, wie es den jeweiligen Machthabern beliebt.

Zugleich aber ist diese Vorstellung vom Staat auch eine im höchsten Maße rechtswidrige, ja sie verstößt gegen alle Voraussetzungen sowohl eines religiös-moralischen Weltbildes als auch der gesunden Vernunft. Denn indem Menschen über Mitmenschen ein übermenschliches Recht der Verfügung gegeben wird, das sie zu Objekten und bloßen Mitteln fremder Ziele macht, wird der Mensch zum irdischen Gott des Menschen und der Staat entsprechend zum Götzenbild, zum Leviathan. Dieser Tatbestand als ein nicht nur theoretisch möglicher, sondern als ein gerade in jüngster Zeit vielfach realisierter, ist heute jedem sichtbar, der ihn sehen will. Auch ist es kein Zufall, daß sich in ihm Formen des Cäsarenwahns wiederholen. Der moderne Staatsbegriff verbindet sich nämlich über die Rezeption des spätrömischen Staatsrechts dem Cäsarentum der Spätantike. Doch fügt er diesem hinzu, was die Antike in solchem Umfang noch nicht kannte: eine rechnerisch-mechanische Auffassung der Welt, die ihrerseits als Kälte und moralische Gleichgültigkeit in das moderne Staatswesen eingedrungen ist, und die sich hier etwa in planmäßigen Taten der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens bezeugt.

Demgegenüber muß jedoch ein Denken, welches den Rechtsgedanken nicht an die äußere Natur verlor und damit an die Macht, sondern das begreift, daß Recht und Gerechtigkeit zusammengehören, auf die Unhaltbarkeit dieses Staatsbegriffes hinweisen. Denn offenbar gilt das Recht als eine universale Idee für *alle* Menschen und also auch für die Machthabenden und den Staat. Auch ist es einsichtig, daß der Inhalt des Rechts nicht aus dem *Untermenschlichen* egoistischer Willensziele gewonnen werden kann, da die Aufgabe des Rechts ja gerade darin besteht, den Egoismus, der seine Ziele und Interessen absolut setzt, unter das Allgemeinwohl zu beugen, das mit dem wahren Lebenssinn des Menschen und seinen Aufgaben zusammenhängt.

Endlich kann es von *Rechts* wegen nicht eine Gruppe von Übermenschen geben, welche befugt wäre, über den Staatsapparat ihre egoistischen Ziele zu Rechtszielen zu erklären und den anderen aufzuerlegen. Denn mag immerhin ein Streben danach, verbunden mit modernen Züchtungsexperimenten am Menschen, heute bestehen, so ist dies, rechtlich jeden-

falls, belanglos. Denn das Recht, als seinem Wesen nach verbunden mit der Gerechtigkeit, hängt zusammen mit dem *Guten* der Welt, und es verlangt so Dienst von denen, die als Staatsdiener zugleich Rechtsdiener sein müssen, da der Staat nur als moralische Ordnung *Rechtsstaat* sein kann. Mag daher der Egoismus sich oben oder unten zeigen, so verstößt er, soweit er tragbare Grenzen überschreitet, jedenfalls gegen den Rechtsgedanken und gegen die rechtlich-moralischen Voraussetzungen des Staates als einer Ordnung menschlichen Lebens. Denn auch der Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen, die durch Menschen sinnvoll zu gestalten ist, und daher auch gebunden an jene Prinzipien, welche für menschliches Leben als solches gelten. Demgegenüber bedeutet der moderne Standpunkt von der „doppelten Moral“, welcher dem Staat erlaubt, was er dem Menschen als Privatperson verbietet, der Sache nach nichts anderes als die Verkündung der Ansicht, daß der Staat etwas Unmoralisches und damit zuletzt Satanisches sein dürfe. Dies aber führt dann konsequent zu der modernen Diktatur, das heißt zu der Vorstellung, daß die Schlechtesten berufen seien, die Gemeinschaft zu leiten, und daß die Wölfe wie der falsche Hirte berechtigt seien, *ihren* Nutzen an den Schafen zu suchen.

5. Die höheren Rechtsstufen und das Reich der Werte

Die bisherige Betrachtung zeigte, daß der Staat nicht einfach als souveräne Macht von beliebigem Inhalt bestimmt werden darf, da dies seiner Ordnungsaufgabe nicht entspricht und seiner notwendigen Bezogenheit auf das Gute und Gerechte der Welt. Auch ist dies der Neuzeit nicht ganz entgangen, was durch ihre Forderung, der Staat habe „Rechtsstaat“ zu sein, sich bezeugt. Indem man jedoch das Recht von der Gerechtigkeit trennte und mit dem staatlichen Willen gleichsetzte, für dessen Betätigung man nur bestimmte *Formen* wie etwa die des Gesetzes verlangte, kam man vom inhaltlichen Rechtsstaat zum bloß formellen und vom Gedanken des Rechtsstaates zum bloßen Gesetzesstaat. Dieser aber genügt dem Rechtsgedanken nicht, denn wie die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit wie auch der Gegenwart bezeugt, kann vollkommene Gesetzmäßigkeit mit völligem Unrecht sehr wohl verbunden sein. Erklärte doch auch das Hitlerreich nicht ohne Grund, daß seine Unrechtsordnung auf legalem Wege zustande gekommen sei.

Es erhebt sich damit die Frage, an welche Prinzipien der Staat als wahrer Rechtsstaat gebunden ist. Ja man könnte sagen, durch Anerkennung welcher Prinzipien er erst Staat im eigentlichen Sinne als eine rechtlich-moralische Ordnung werden kann?

Nun ergeben sich die Prinzipien, an welche der Staat gebunden ist, zunächst aus seiner unbestrittenen, wenn auch durch die Gleichsetzung von Gesetz und Recht mißverstandenen Aufgabe, *Rechtsstaat* zu sein. Es folgt aus dieser, daß der Staat auf die höheren Rechtsstufen verpflichtet ist, durch deren Anerkennung erst aus der Satzung die *Rechtssatzung* wird. Denn bloße Satzung als Ausdruck staatlichen Machtwillens kann ebensogut Recht wie Unrecht sein.

Nun ist die höhere Stufe gegenüber der positiven Satzung oder dem Gesetz das *Naturrecht*, und erst durch die Verbindung mit seinen Prinzipien kann aus der Satzung eine *Rechtssatzung* werden. Ist doch das Naturrecht letzten Endes nichts anderes als der juristische Ausdruck dessen, daß der Mensch erst durch die Verbindung und durch den Hinblick auf sein höheres geistig-moralisches Wesen Mensch im vollen Sinne des Wortes werden kann, und daß dies sein höheres Wesen und in ihm seine wahre „Natur“ für seine niedere und Begierdenatur maßgeblich sein soll. Zu den Kardinalaufgaben und Tugenden des Menschen aber gehört für die Antike wie für das Christentum die *Gerechtigkeit*, und nur durch die Verbindung mit ihr kann eine Satzung zur *Rechtssatzung* und der Staat zum Rechtsstaat werden, der *echte* Autorität besitzt, die *verpflichtet* und nicht bloß zwingt.

Auch widerspricht jener Theorie des bloß staatlichen Rechts, die auf dem Boden der Tatsachen zu stehen meint, die Erfahrung des Lebens selber. Denn wäre diese Ansicht richtig, so könnte man von Recht vor dem Erlaß eines Gesetzes im Hinblick auf dies sinnvoll gar nicht sprechen, da das Recht dann ja erst *nach* dem Erlaß des Gesetzes vorhanden wäre. In Wahrheit jedoch ist bei jedem Gesetzentwurf, etwa innerhalb des Parlaments, nicht zuletzt von seiner wirklichen oder angeblichen Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit die Rede, auf welche im allgemeinen oder im einzelnen hingewiesen wird. Dies aber bedeutet nichts anderes, als daß es Prinzipien des Rechtlichen an sich bereits *vor* dem Erlaß einer Satzung gibt, auf welche man sich daher sinnvoll berufen und ihre Beachtung fordern kann.

Diese Prinzipien des Naturrechts näher zu entwickeln, fehlt hier der Raum. Doch sei wenigstens auf die knappe und durch die Jahrhunderte einflußreiche Definition des römischen Rechts von der Gerechtigkeit und den Geboten oder, wie man auch sagen könnte, Prinzipien des Rechts hingewiesen, welche das Corpus juris im Anschluß an Ulpian enthält¹⁰: „Gerechtigkeit ist der beständige und dauernde Wille, jedem das ihm Gebührende zuzuteilen. Die Gebote des Rechts aber sind folgende: ehrenhaft leben, den andern nicht verletzen und jedem das Seine zukommen lassen (honeste vivere, alterum non laedere, suum cuique tribuere).“

Es würde so etwa den Prinzipien des Naturrechts widersprechen, wenn Gleiches ungleich oder Ungleiches gleich behandelt wird, da dies offenbar der Gerechtigkeit zuwiderläuft. Doch kann aus diesen Prinzipien nicht einfach das positive Recht abgeleitet werden, das vielmehr Ausdruck menschlicher Freiheit bleibt, die in unzähligen Formen sich betätigen kann. Trotzdem aber muß diese Freiheit die Prinzipien des Naturrechts beachten und auf das Gerechte bezogen sein. Denn auch die höchsten Organe einer Gemeinschaft haben zwar die weitgehendste Ermessensfreiheit, doch muß sich diese Freiheit *innerhalb* der Prinzipien des Rechtlchen bewegen und als eine moralische betätigt werden, was gleichermaßen Willkür und Ungerechtigkeit verbietet.

Im übrigen ist die *Gerechtigkeit* nicht der einzige Wert, an welchen die Staatsorgane juristisch gebunden sind. Denn die Gerechtigkeit setzt ihrerseits das Vorhandensein anderer Ordnungsprinzipien voraus, an welche der Staat als Ordnung seinerseits sich halten muß. Solche Grundwerte außer dem Gerechten sind etwa das *Wahre*, das *Schöne*, das *Gute* und das *Heilige*, welche Werte den Staat als eine moralische und Rechtsordnung erst konstituieren. So gehört z. B. die Religion, als „*lex divina*“, dem positiven Recht als höhere Stufe und Konstitutionsprinzip vom christlichen Boden aus entgegengestellt, zu den rechtlich-moralischen Voraussetzungen des Staates als einer verbindlichen Ordnung, unbeschadet aller zu fordernden Toleranz. Auch ist es nicht möglich, als Staat dem Glaubensbereich gegenüber gleichsam neutral zu sein oder ihn auszuklammern, weil der weltliche Staat dann bereits eine Entscheidung *gegen* die Religion bedeutet. Denn auch der Atheismus ist, wie die

¹⁰ Corpus juris D. 1, 1, 10.

Gegenwart bezeugt, ein religiöser Standpunkt, wenn auch ein negativer und perversierter.

Im übrigen tritt zu den rechtlichen Grundwerten als Grenze wie als Leitbild der Gesetzgebung, aber auch allen sonstigen staatlichen Verhaltens, das Subjekt, auf welches sich diese Werte beziehen und welches Träger, Mittelpunkt und letzter Sinn der staatlichen Ordnung ist, nämlich der *Mensch*.

Indem das Bonner Grundgesetz bereits im Art. 1 von der „Unverletzlichkeit“ der Menschenwürde spricht und von der Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, sie zu achten und zu schützen, tritt zu den *Ordnungswerten* der Gemeinschaft der *Personwert des Menschen* und *seine Freiheit*.

6. Widerstand als Recht der Treue

Die bisherigen Betrachtungen machen es nunmehr möglich, das Widerstandsrecht als *Element der Rechtsverwirklichung* zu begreifen, da ohne seine Anerkennung der Mensch zum Staatsklaven und bloßen Befehlsempfänger wird. Es widerspricht aber der Menschenwürde, zum Betätigungsobjekt fremder Willkür gemacht zu werden, zumal wenn dieser Wille ein böser ist. Das Widerstandsrecht gegenüber dem Unrecht gehört so zum Wesen des Menschen selber, und es kann auch als ein „Recht der Treue“ bezeichnet werden. Und zwar der Treue insbesondere gegenüber dem eigenen höheren Wesen des Menschen und gegenüber den Gerechten und Guten in der Welt, das heißt nicht nur gegenüber den wahren Ordnungsprinzipien des persönlichen Lebens, sondern auch gegenüber denen der Gemeinschaft.

Indem aber das Widerstandsrecht aus dem Höheren der Menschennatur folgt wie aus den Prinzipien wahrer Ordnung, kann es durch die positive Satzung im eigentlichen Sinne weder gegeben noch auch genommen werden. Daher hätte etwa das Verbot des Widerstands schlechthin durch eine Verfassung keine rechtliche Bedeutung, da es gegen den Rechtsgedanken selber verstieße; der nicht ausgeschlossen werden darf. Hier gilt vielmehr, was ein alte deutsches Rechtspruchwort einprägsam so formuliert: „Satzung kann kein natürlich Recht verdrängen“. Aber auch die Gewährung des Widerstandsrechts durch eine Verfassung hat wenig Wert, weil auch so Widerstandsrechts durch eine Verfassung überschritten wird, da die Regeldie Kompetenz positiver Gesetzgebung überschritten wird, da die Widerstandsrecht praktisch auf den Versuch hinauslaufen würde, das Widerstands-

recht zu einem Teil der *positiven* Rechtsordnung zu machen, der gegenüber es doch zuletzt besteht. Und so verrät es ein richtiges Gefühl für das hier bestehende Problem, wenn bei den Verhandlungen zum Bonner Grundgesetz zwar über das Widerstandsrecht gesprochen, dies aber nicht geregelt wurde.

Es erhebt sich nunmehr die Frage nach den Voraussetzungen, Formen und Grenzen des Widerstandsrechts, das als ein echtes *Recht* seinerseits Willkür nicht erlaubt und *unbegründeten* Ungehorsam keineswegs deckt.

Dies Widerstandsrecht kann sich nun einmal gegen einzelne Maßnahmen staatlicher Organe richten, dann aber auch gegen einen *konkreten* Staat und Verfassungszustand als solchen, was natürlich den weitmöglichsten Umfang des Widerstandsfall es überhaupt bedeutet. Dieser Fall ist dann gegeben, wenn eine *Verfassung* so schwer gegen den Rechtsgedanken verstößt, daß sie als *Unrechtsordnung* sich darstellt, und daß ihre Durchsetzung entsprechend Gewalttat und Tyrannis, nicht aber Rechtsverwirklichung bedeutet. Wobei es offenbar auf die *wirkliche* Verfassung ankommt und nicht auf die Fassade, die ihren eigentlichen Gehalt lügenhaft zu tarnen sucht. Denn nicht um Worte, sondern um die Sache handelt es sich hier.

In diesem Sinne ist Widerstand als Recht von den ältesten Zeiten an bis zum Positivismus anerkannt worden, der erst, wie sich ergab, Macht und Recht gleichsetzte und nicht unterscheidet. Es bezeugt das Widerstandsrecht in der *Antike*, insbesondere die Lehre vom Tyrannenmord¹¹, wie denn Athen in den Tyrannenmördern Harmodios und Aristogeiton die Vorkämpfer des wahren Rechtsgedankens sah.

Das Widerstandsrecht findet sich auch bei den *germanischen Völkern*, denen das Recht eine alle gleichermaßen verpflichtende Ordnung bedeutete, gegen deren Verletzung sich zu wehren Recht, ja Pflicht des freien Mannes war. Ausdrücklich verlangten die nordischen Stammesrechte, den rechtsbrüchigen Herrscher zu töten, was mehr als einmal auch geschehen ist.

Auch im Geltungsraum des *mittelalterlichen Reiches* lebte diese Überzeugung fort. So erklärt etwa das „kleine Kaiserrecht“: „Der Kaiser ist

¹¹ Vgl. dazu Hans Jonas, Die Lehre vom Tyrannenmord in der Antike. Kölner Jur. Diss. 1947.

wie der Geringste anzusehen, wenn er Unrecht tut. Der Kaiser soll Kaiser sein, wenn er Recht tut.“ Entsprechend heißt es im Sachsenspiegel: „Man muß auch wohl seinem König und seinem Richter, wenn dieser Unrecht tut, widerstehen und gar helfen ihm zu wehren in jeder Weise, selbst wenn jener sein Verwandter oder Lehnsherr ist. Und damit verletzt er seine Treupflicht nicht.“ Auch lautete eine im Mittelalter viel gebrauchte Redewendung: „Lieber sterben als einem ungerechten Befehl gehorchen.“

Ihrerseits lehrte die Kirche zwar Gehorsam gegen die Obrigkeit, verband aber diesen Begriff mit einem rechtmäßigen Oberhaupt, was gleichermaßen Willkürherrschaft an sich wie willkürliche Taten im einzelnen verbot. Insbesondere aber folgte ihr aus dem Wort, daß Gott zu geben sei, was Gottes ist, die Unzulässigkeit von Verstößen gegen das göttliche Recht (*lex divina*). Auch erklärt Thomas von Aquino (1225–1274) in seinem Kommentar zum Römerbrief, daß eine Gewalt, die gegen die göttliche Gerechtigkeit verstoße, nicht von Gott sei. Aber auch ein Verstoß gegen das Naturrecht entzieht nach Thomas von Aquino dem positiven Gesetz den Rechtscharakter.

Der Rechtswidrigkeit einer Maßnahme aber entspricht das Recht, sich gegen sie zu wehren, welches von Thomas besonnen und maßvoll entwickelt wird¹² in dem Bestreben, nicht seinerseits den Widerstand zum Unrecht werden zu lassen. So weist Thomas hin auf die Möglichkeit *passiven* Widerstandes wie darauf, daß der geübte Widerstand gegenüber dem bekämpften Zustande nicht das größere Übel darstellen darf. Doch darf auch nach Thomas der „tyrannus usurpationis“, der gegen das Naturrecht regiert, vertrieben und getötet werden. Ebenso hat der einzelne ein Notwehrrecht gegenüber rechtswidriger Gewalttätigkeit: denn „wie es erlaubt ist, Räubern zu widerstehen, so darf man in solchem Falle auch schlechten Fürsten Widerstand leisten“.

Dieser kurze Rückblick auf die Geschichte des Widerstandsrechts mag genügen als Hinweis darauf, daß Widerstand als Recht der Treue gegenüber der eigenen Menschenwürde wie gegenüber den moralischen Vorurteilen jeder wahren Gemeinschaft im *Strom einer Tradition* steht, welche erst im 19. Jahrhundert die positivistische Gewaltrechtslehre unterbrach. Indem aber diese so zur modernen Tyrannis führte, bezeugt sie zugleich ihre rechtliche Haltlosigkeit.

¹² E. v. Hippel, Geschichte der Staatsphilosophie I S. 309 ff.

Wendet man nun die Lehre vom Widerstand auf die modernen Gewaltformen der Herrschaft an, so kann kein Zweifel bestehen, daß diese, unter dem Gesichtspunkt des *Rechts* betrachtet, Unrechtsordnungen darstellen, welche als solche rechtlich unverbindlich sind. Es gilt dies etwa hinsichtlich des „Dritten Reiches“, dessen Berufung auf den Willen des Führers als vorgeblicher Rechtsquelle den Willkürcharakter der geübten Herrschaft hinlänglich bezeugt. Damit aber stellt sich auch der Widerstand derer, welche dieses System der Lüge und des Unrechts bekämpfen und zu beseitigen suchten, seinerseits als grundsätzlich berechtigt dar, mag immer die Art seiner Ausübung im Einzelfall unpraktisch oder ungeeignet gewesen sein.

Nicht minder unverbindlich als solche, und damit zum Widerstand berechtigt, ist aber auch die Gewaltordnung des Bolschewismus, da sie den Rechtsgedanken verkehrt, indem sie das egoistische Machtinteresse einer Führungsgruppe zum Ausgang der Ordnung macht. Indem das Recht gleichgesetzt wird mit dem „Willen der herrschenden Klasse“¹³ und ihrer Macht, das Recht in Wahrheit aber gerade die Aufgabe hat, bloße Klasseninteressen und Machtpulse in Schranken zu halten, fehlt dem Sowjetsystem der Rechtscharakter, was es zur bloßen Zwangsordnung macht. Damit aber besteht auch ein aktives wie passives Widerstandsrecht sowohl der Sowjetbürger wie aller derjenigen, welche sonst in der Welt genötigt sind, unter diesem oder einem entsprechenden Gewaltsystem zu leben. Denn eine Unrechtsordnung verpflichtet nicht, sondern sie zwingt nur. Allerdings muß der geübte Widerstand, um nicht seinerseits Gewalttat, sondern Rechtsausübung zu sein, zum Ziel haben, die bekämpfte Gewaltherrschaft durch eine gerechte Ordnung zu ersetzen.

Ganz anders ist die Lage dort, wo nicht der *Gesamtzustand* einer Gemeinschaft den Charakter der rechtswidrigen Zwangsordnung trägt, son-

¹³ So lautet etwa die Definition des Rechts im „juristischen Wörterbuch“, Moskau 1953, nach d. Übers. v. A. Leutwein in „Die Ideologie des Unrechts“, o. J.: „Das Recht ist die Gesamtheit der den Willen der herrschenden Klasse ausdrückenden und von der Staatsmacht festgesetzten oder sanktionierten Verhaltensregeln (Normen), deren Einhaltung und Anwendung durch die staatliche Zwangsgewalt gewährleistet wird, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu festigen und zu entwickeln, die der Klasse vorteilhaft und angenehm sind, die die staatliche Leitung der Gesellschaft ausübt.“

dern wo die positive Verfassung den Rechtsgedanken aufnimmt und anerkennt und sich in seinen Dienst zu stellen sucht, wie etwa das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bereits in seinem Eingang. Allerdings ist es wahr, was man einwenden könnte, daß auch die Theorie wie die Praxis jener Staaten, welche man wegen ihrer Bezogenheit auf die Gerechtigkeit wie auf das Gemeinwohl als Rechtsstaaten bezeichnen kann, viele Mängel aufweist. Dies ändert aber nichts daran, daß ein *unvollkommener Rechtszustand* etwas grundsätzlich und qualitativ anderes bedeutet als ein *vollkommener Unrechtszustand*, insofern nämlich der eine auf das Gute und der andere auf das Böse als Gestaltungsprinzip hinsieht.

Dieser Unterschied ist zugleich auch für das Widerstandsrecht und seine Praxis von entscheidender Bedeutung. Denn in einer Zwangsordnung besteht nur in sehr geringem Umfang die Möglichkeit, Recht zu erhalten und durchzusetzen, da ja nicht Recht, sondern Unrecht gewollt wird. Damit aber wird auch das Recht des Widerstandes gegen die Zwangsordnung als solche von einem möglichen zu einem aktuellen.

Dagegen ist ein Rechtsstaat grundsätzlich bereit, seinen Bürgern und Angehörigen Recht zu verschaffen, und er anerkennt die Gerechtigkeit als für sich verpflichtend. Insofern aber diese Einstellung in der positiven Gesetzgebung selber wie auch in der Verfahrensordnung Ausdruck findet, bedarf es des Widerstandes als eines außergesetzlichen Rechtsmittels hier in aller Regel nicht. Denn das an sich unveräußerliche Grundrecht des Menschen, dem Unrecht zu widerstehen, kann hier durch Wort und Schrift wie durch Verbände, Behörden, Gerichte usw. wahrgenommen werden. In der Bundesrepublik insbesondere gewährt die Kontrolle auch des Gesetzgebers durch die Verfassungsgerichte, die umfangreiche Kontrolle der Behörden, insbesondere durch die Verwaltungsgerichte, Schutz gegen rechtswidrige Gewalt. Der trotzdem bleibende Abstand von Ideal und Wirklichkeit aber ist der des Alltagsmenschen von dem, was er sein sollte, und er kann nicht durch äußere Maßnahmen, sondern nur durch innere Umkehr vermindert werden.

Aber auch dort, wo der Gesamtzustand einer Gemeinschaft ein rechtmäßiger ist, gibt es Fälle, wo es nicht genügt, auf die Möglichkeit von Rechtsmitteln, wie etwa Beschwerde und Klage, sich verwiesen zu sehen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein rechtswidriger Befehl er-

geht, der sofort ausgeführt werden soll, wie etwa einen Menschen zu erschießen, oder wenn eine rechtswidrige und endgültige Zwangsmaßnahme gegen die eigene Person durch unmittelbare Handanlegung erfolgt. Denn in solchen Fällen kämen Beschwerde oder sonstige Rechtsmittel zu spät, und sie könnten das Geschehene nicht wieder gut machen.

Damit aber verbleibt auch beim Bestehen einer verbindlichen Ordnung das Widerstandsrecht als ein echtes Notrecht, das dort wirksam wird, wo nichts anderes sonst helfen könnte. Denn es gibt im Rechtssinne keinen bindenden Befehl, der das schlechthin Rechtswidrige zum Inhalt hat. Auch ist niemand befugt, auf das Widerstandsrecht zu Lasten *anderer* zu verzichten, wenn auch vielleicht das begangene Unrecht dort nicht zur persönlichen Schuld anzurechnen ist, wo die Verweigerung des Ruhlosen den Befehlsvollstreckenden aller Wahrscheinlichkeit nach selber aufs schwerste gefährdet hätte. Wo aber das Widerstandsrecht auch dann geübt wird und vielleicht zum Martyrium führt, bezeugt es sich in seiner eigentlichen Natur als Recht der Treue gegenüber der wahren Rechtsordnung, gegenüber der Würde des Menschen und gegenüber dem Guten in der Welt.

LITERATUR ZUM WIDERSTANDSRECHT

- Fritz Kern, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter, 1914.
 2. A. besorgt durch R. Buchner, 1957.
 Kurt Walzendorff, Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes, 1916. (Materialreich und historisch sehr verdienstvoll, grundsätzlich durch seinen positivistischen Standpunkt nicht fördernd).
 Carl Heyland, Das Widerstandsrecht des Volkes, 1950 (strebt nach positiver Regelung des Widerstandsrechts).
 Max Pribilla S. J., An den Grenzen der Staatsgewalt in „Stimmen der Zeit“, 1948 S. 440 ff.
 W. Schöllgen, Das Widerstandsrecht in „Die Kirche in der Welt“, 1950, S. 415 ff. (Kathol. Standpunkt).
 Bert Ewen, Das Widerstandsrecht des Staatsbürgers. Kölner Jur. Diss. 1951.
 Ernst v. Hippel, Zum Problem des Widerstandes gegen rechtswidrige Machtausübung, in „Die Kirche in der Welt“, 1951 S. 267 ff.
 J. Hedkel, Widerstand gegen die Obrigkeit. In „Zeitwende“, XXV 1954 (ev.).
 H. Weinkauff, Über das Widerstandsrecht, 1956.
 Widerstandsrecht und Grenzen der Staatsgewalt. Bericht über die Tagung d. Hochschule f. politische Wissenschaften, München, u. d. Evangelischen Akademie, Tutzing. Hrsg. v. B. Pfister u. Gerh. Hildmann, 1956.

DIE SEELISCHE LAGE DER HEUTIGEN JUGEND
 UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WEHRPFLICHTIGEN

von
 Prof. Dr. ALBERT HUTH, Universität München

In den letzten fünfzig Jahren hat sich in unserer Jugend eine gewaltige Wandlung vollzogen. Sie mußte anders werden, weil unsere ganze Zeit anders geworden ist. Auch die Zwanzigjährigen von 1957 sind in ihrem Wesen verändert gegenüber den Zwanzigjährigen der Jahrhundertwende. Wer sie erziehen, unterrichten und ausbilden will, muß um diese Veränderungen wissen.

1. DIE ZWANZIGJÄHRIGEN VON HEUTE

a) Die gewandelte seelische Struktur

Das körperliche Wachstum unserer Kinder und Jugendlichen ist beschleunigt. Das beginnt schon im Mutterleib: die Kinder werden um 1 cm größer geboren als um 1900; die Schulneulinge sind heute durchwegs um etwa 5 % größer und um etwa 10 % schwerer als vor dem ersten Weltkrieg; bei den Volksschulentlassenen beträgt die Beschleunigung der Längenzunahme ebenfalls durchschnittlich 5 %, die der Gewichtszunahme durchschnittlich 18 %. Die ganze Körperentwicklung ist verschoben; die Kinder schießen früher in die Länge; besonders „das mit der Pubertät verbundene versteckte Wachstum ist zeitlich vorverlegt“ (Oswald Kroh).

Die Geschlechtsreife tritt durchschnittlich um zwei Jahre früher ein als vor fünfzig Jahren: im allgemeinen mit 13 Jahren, bei früh entwickelten Knaben schon mit 11 Jahren, bei spät entwickelten erst mit 15 Jahren. Die Erscheinungen des rascheren Wachstums und der früheren Ge-

schlechtsreife werden Akzeleration (Beschleunigung) genannt; sie sind heute in Fachkreisen der ganzen Welt bekannt.

Dagegen wurde vielfach eine zweite Tatsache übersehen, die mit der körperlichen Akzeleration zusammenhängt. Jeder Mensch besitzt für seinen Lebensweg ein bestimmtes Maß von Lebenskraft, seine Vital-Energie (energetisches Grundgesetz von Wilhelm Ostwald). Wenn nun der Körper für das Längenwachstum und für die Geschlechtsentwicklung so viel von dieser Lebenskraft für sich beansprucht, bleibt zwangsläufig in diesen Jahren für die geistig-seelische Entwicklung entsprechend weniger übrig. Jede Beschleunigung der körperlichen Entwicklung bringt gesetzmäßig eine Verzögerung, eine Retardation der geistig-seelischen Entwicklung mit sich. Ausnahmen bestätigen die Regel: es gab und gibt immer einzelne sehr früh entwickelte „Wunderkinder“ und ebenso einzelne „Spätentwickler“, aber bei der weit überwiegenden Mehrzahl unserer Kinder und Jugendlichen (sicher über 95 %) ist eine sehr deutliche Retardation festzustellen.

Diese Verzögerung ist nicht so einfach zu belegen wie die Beschleunigung der körperlichen Entwicklung. Einen Anhaltspunkt bieten jedoch die übereinstimmenden Angaben der Jugendpsychologien, die im ersten Viertel dieses Jahrhunderts erschienen sind. Damals erwachte das Interesse an religiösen, sozialen, politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Problemen zwischen dem 13. und 15. Lebensjahr; die darauf folgende Entwicklungsperiode der Jugendzeit (etwa von 15 bis 18 Jahren) brachte eine bewußte, selbständige Auseinandersetzung mit der Welt der Werte. Diese Zeitbestimmungen decken sich mit den Erinnerungen der heute ungefähr 60 Jahre alten Lehrergeneration. Beobachten wir nun die heutige Jugend in den Betrieben, in den Berufsschulen, in den Mittelschulen und höheren Schulen und in den Jugendgruppen aller Art, dann finden wir eine Verschiebung der Werterfassung um durchschnittlich vier Jahre. Heute gibt es zahlreiche 15- bis 16jährige Burschen, die sich ausschließlich für Essen und Trinken interessieren, für ihr Mädels, das Kino, das Motorrad und für den Fußballplatz — bei allem anderen aber sagen sie „ohne mich!“

Körperlich zwei Jahre zu früh, seelisch bis zu vier Jahren zu spät — das ergibt eine Pubertätsspanne bis zu sechs Jahren! Darum ergeben sich Erziehungsschwierigkeiten mit den 13- bis 19jährigen; erst vom 19. zum

21. Lebensjahr bahnt sich ein Ausgleich an. Daß heute junge Soldaten seelisch erst die Stufe eines 16jährigen erreicht haben, ist leider keine Seltenheit mehr. Wenn sie dann etwa mit 22 Jahren auch seelisch „erwachsen“ sind, wenn sie also in 2 Lebensjahren etwa 4 Entwicklungsjahre nachholen — dann ist alles in Ordnung. Die Erziehung des Soldaten in der Bundeswehr kann diese Entwicklung entscheidend beeinflussen; also ist die Erziehungsaufgabe der Bundeswehr wesentlich größer als die der Wehrmacht vor dem ersten Weltkrieg, der weit überwiegend körperlich und seelisch „reife“ Soldaten zur Verfügung standen. Das allmähliche „Reif-Werden“ des jungen Soldaten während seiner Dienstzeit zu beobachten und zu fördern, gehört zu den schönsten Erlebnissen des soldatischen Vorgesetzten.

Leider muß man aber in der Psychologie schon von der „ewigen Pubertät“ sprechen. Die Zahl der Menschen nimmt erschreckend zu, die auch noch mit 25 und 30 Jahren seelische Pubertätserscheinungen zeigen. Sie bleiben in der Pubertät stecken, sie sind auf diesem oder jenem Gebiet des seelischen Lebens infantil, sie werden nie wirklich reif, auch nicht während ihrer Dienstzeit. Man muß heute (1957) mit etwa 10 bis 12 % derartiger „unreifer“ Erwachsener rechnen. Diese Bedauernswerten werden in jedem Lebenskreis Schwierigkeiten erleben und bereiten, auch in der Truppe.

Ein Mensch kann um so reifer werden in seinem Leben, je länger seine Jugend gedauert hat. Durch die körperliche Akzeleration wird die Jugend um fast 15 % verkürzt; damit wird die seelische Reifung erheblich hinausgeschoben. Diese Tatsachen muß jeder kennen, der Soldaten erziehen will; sie sollten auch mit den Unteroffizieren besprochen werden.

Bis jetzt war nur von den zeitlichen Verschiebungen des Reifwerdens die Rede; damit sind aber auch erhebliche strukturelle Veränderungen verbunden. Unsere Kinder und Jugendlichen haben zu viele Wahrnehmungen, aber zu wenig Anschauungen. Sie werden überschüttet mit grellen, aufdringlichen Reizen, auf der Straße, im Kino, durch die Illustrierten usw. Diese „Reizüberflutung“ bringt eine übergroße Fülle von Wahrnehmungen, die nicht verarbeitet werden können. Die Eindrücke bleiben flüchtig, ungenau, oberflächlich, auch durch die ganze Jugendzeit hindurch. So müssen viele junge Soldaten erst dazu erzogen werden, einen Gegenstand oder Vorgang wirklich genau und sorgfältig „anzu-

schauen“, sie müssen erst lernen, konzentriert zuzuhören oder gar zu „horchen“. Sie müssen ausdrücklich dazu angeleitet werden, bewußt und planmäßig alle Einzelheiten ihrer Wahrnehmungen zu klären, damit daraus wirkliche Anschauungen werden.

Das Gedächtnis ist schlechter geworden, weil allzuvielen Wahrnehmungen ins Gedächtnis hineindrängen. Auch die Zwanzigjährigen brauchen länger, um etwas zu lernen; sie vergessen rascher, was sie gelernt haben; ihr Wissen bleibt lückenhaft. Teilweise werden diese Gedächtnislücken nun einfach durch die Phantasie ergänzt, so entstehen objektiv falsche Aussagen, ohne daß der Betreffende bewußt lügen wollte. Nach einiger Zeit wissen diese jungen Menschen nicht mehr genau, was wirklich wahr ist und was (vielleicht im Gespräch mit Kameraden) hinzuphantasiert wurde. Es fehlt an den Vorstellungen-Verbindungen, es sind zu viele isolierte Teilvorstellungen vorhanden, aber zu wenig und teilweise falsche Assoziationen.

Die Entwicklung des Denkens leidet unter den Folgen der Akzeleration. Die Kinder bilden zu spät Begriffe. Normalerweise begann das abstrakte Denken mit der Begriffsbildung im 11. Lebensjahr; früher konnte man den Kindern Begriffe wie Treue, Gnade, Dankbarkeit, Demut, Ehre usw. in diesem Alter nahebringen. Heute ist diese Grenze weit nach oben verschoben; viele sind in der Volksschulzeit noch gar nicht reif zum begrifflichen Denken, zum Abstrahieren, Urteilen und Schließen; sie können nicht das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden, besitzen keine treffende Kritikfähigkeit usw. Nach der Volksschulzeit aber werden diese seelischen Funktionen überhaupt nicht mehr geübt. Daraus erklären sich manche Schwierigkeiten in der soldatischen Erziehung, wenn es gilt, bestimmte Einsichten zu vermitteln und sachliche Zusammenhänge begrifflich zu machen.

Die echten Wertgefühle entwickeln sich viel zu spät, weil die Auseinandersetzung mit der Wertwelt infolge der geistig-seelischen Retardation bis zu vier Jahren verzögert ist. Stimmungen herrschen vor, wechseln rasch und grundlos; die Jugendlichen erscheinen unbeherrscht und launenhaft. Die Ecken und Kanten ihrer Temperamente werden nicht abgeschliffen. Um so öfter kommt es dafür zu Affekten und Kurzschlußhandlungen. In dieser seelischen Unausgeglichenheit kommen sie zur Bundeswehr und sollen nun an die hohen Ziele der soldatischen Erziehung

herangeführt werden. Das ist nur möglich, wenn die entscheidenden Werte in der Gemeinschaft wiederholt eindringlich erlebt werden und eine planmäßige Gewöhnung zu heilsamer Selbstzucht einsetzt.

Das Streben beruht auf triebmäßiger Grundlage. Die Triebe wuchern aber in unserer heutigen Jugend oft ungeheuerlich; vor allem werden Nahrungs-, Bewegungs- und Geschlechtstrieb vielfach nicht gezähmt. Daraus erklären sich die Auswüchse im Sport, im Geschlechtlichen, im Alkohol- und Tabakgenuß, die Sucht nach Schleckereien, die Kino-, Fußballtoto- und Lotto-Sucht, die Macht der Spielautomaten und der „heißen“ Musik. Alle Leidenschaften entwickeln sich aus ungezähmten Trieben: Haß, Wut, Habsucht, Ehrsucht usw. Wenn es aber gelingt, den Wissenstrieb, den Tätigkeitstrieb, den Geselligkeitstrieb für soldatische Aufgaben zu gewinnen, dann kommt es wirklich zur „Hingabe der ganzen geistigen und körperlichen Kraft“, wie sie in den Leitsätzen für die Erziehung des Soldaten gefordert wird.

Viele junge Menschen sind willensschwach, weil in ihrer Kindheit, im ersten oder zweiten Trotzalter, Erziehungsfehler begangen wurden. Wenn sich der Wille in der Kindheit nicht bilden konnte, entstehen willenslahme Zauderer, die sich zu nichts entschließen können. Andere haben so viele gute Vorsätze, daß sie nie dazu kommen, auch nur einen davon auszuführen. Sie gelangen nicht zur Handlung, nicht zur Tat; sie lungern herum, ohne innere Anteilnahme am Geschehen. Da hängt alles davon ab, ob es gelingt, den Willen zur Selbsterziehung zu wecken — letzten Endes ist alle Erziehung, auch alle soldatische Erziehung, nur Hilfe zur Selbsterziehung!

b) Die Veränderungen in der Begabung

Begabung beruht auf Anlagen und Fähigkeit; diese bilden die Substanz unseres Volkes. Wir haben von dieser Substanz verloren, weil in den beiden Weltkriegen viele begabte Männer gefallen sind und weil die unselige künstliche Geburteneinschränkung in den begabten Kreisen unseres Volkes weiter verbreitet ist als in den unbegabten. Ein gewisser, wenn auch zum Glück geringer Begabungsrückgang ist zweifellos vorhanden.

Empfindlicher wurde die seelische Lage der heutigen Wehrpflichtigen verändert durch eine starke Begabungsverschiebung; dem Rückgang ein-

zelter Begabungen entspricht eine ebenso deutliche Verbesserung der Durchschnittsleistungen auf anderen Gebieten.

Begabungen können ja immer nur aus Leistungen erschlossen werden. Es steht fest, daß in der heutigen deutschen Jugend weniger theoretische und sprachliche Begabungen und auch weniger Begabungen auf dem Gebiete der Form zu finden sind als noch in den zwanziger Jahren. Zur theoretischen Begabung gehört die eigentliche Denkfähigkeit: das Abstrahieren, Urteilen und Schließen, das Arbeiten mit Begriffen und Ideen, das Kritisieren, das Finden des Wesentlichen, das Erfassen von Sachverhalts-Beziehungen usw. Zur sprachlichen Begabung gehört das Sprachgefühl, der mündliche und schriftliche Ausdruck, das sprachliche Assoziieren und Vergleichen, Kombinieren und Ergänzen, das sprachliche Gedächtnis, die sprachliche Phantasie usw. Zur Formbegabung gehört das Formauffassen und Formvergleichen, das Augenmaß, das Formgestalten und vor allem das räumliche Vorstellen, das für viele handwerkliche und industrielle Facharbeiterberufe ausschlaggebend ist.

Auf diesen drei Gebieten ist die Begabung zurückgegangen; die heutige Jugend zeigt sich immer stärker uninteressiert an den theoretischen, sprachlichen und geometrischen Aufgaben unserer Schulen. Bei der Erziehung der Soldaten ist von vornherein damit zu rechnen, daß theoretische Ableitungen nur schwer oder überhaupt nicht verstanden werden, daß viele Wehrpflichtige im sprachlichen Ausdruck recht unbeholfen sind und daß Aufgaben, die Formensinn voraussetzen, Schwierigkeiten bereiten. Soweit auf solche Fragen nicht verzichtet werden kann, sind sie mit besonderer Sorgfalt vorzubereiten und zu veranschaulichen, in kleinsten Schritten zu erarbeiten und nachhaltig einzuüben und anzuwenden.

Dagegen haben Krieg und Nachkriegszeit die Entwicklung der praktisch-technisch-organisatorischen Begabungen begünstigt. Handfertigkeit, Zwi-handarbeit und Körperbeherrschung sind besser geworden; die heutige Jugend hat hervorragende sportliche Leistungen aufzuweisen; sie versteht es, Aufgaben des Lebens praktisch anzupacken und befriedigend zu lösen. Die Zunahme der technischen Interessen ist allgemein bekannt: die Jugend besitzt heute ein besseres Verständnis für technische Zusammenhänge; sie ist findiger geworden bei technischen Arbeiten, besonders wenn es gilt, in einer Maschinerie einen Fehler zu finden

und zu beseitigen; sie kann besser technisch konstruieren, sei es am Reißbrett, sei es an der Werkbank. Schließlich ist auch die organisatorische Begabung gestiegen; die Jugend organisiert eine Schülerzeitung, ein Laienspiel oder ein Sportfest ebensogut wie beachtliche Helferdienste im Jugendrotkreuz, bei den Pfadfindern oder in anderen Jugendgruppen. Die Zunahme der praktischen, technischen und organisatorischen Begabungen erleichtert die Erziehung der jungen Soldaten; es empfiehlt sich also, mit Aufgaben zu beginnen, die gerade diese Begabungen ansprechen.

Diese Verschiebungen in den Begabungsrichtungen hängen sicher damit zusammen, daß bestimmte Funktionen heute anders ablaufen als noch vor einigen Jahrzehnten. Es handelt sich besonders um die Auffassungsgabe, das Arbeitstempo und die Aufmerksamkeit; vermutlich gehen diese Veränderungen auf eine einheitliche Wurzel zurück. Die Auffassungsgabe hat sich verschlechtert, weil sich infolge der im vorigen Abschnitt gekennzeichneten „Reizüberflutung“ keine brauchbaren Anschauungen entwickeln können. Dafür ist der Auffassungsumfang ganz wesentlich größer geworden; eben weil sehr viel mehr und sehr verschiedene Gegenstände und Vorgänge aufgefaßt werden, kann die Auffassung im einzelnen nicht mehr so gründlich erfolgen. Immerhin ist der erhöhte Aufmerksamkeitsumfang ein Gewinn für die heutige Jugend.

Das Arbeitstempo ist langsamer geworden; unsere Jugendlichen brauchen länger, bis sie eine fertige Arbeit vorlegen können, weil sie sich länger besinnen müssen, weil sie nicht mehr so konzentriert arbeiten, weil sie immer wieder Arbeitspausen einlegen. Aber ihre Reaktionsweise ist bedeutend rascher, ihre Bewegungen sind ungehemmter, vielleicht manchmal hastiger — und doch ist das schnelle Reagieren im ganzen genommen ein Vorteil. Die Aufmerksamkeitskonzentration hat sich merklich verschlechtert und im Zusammenhang damit hat auch die Sorgfalt der Arbeit nachgelassen. Zum Ausgleich wurde der Überblick wesentlich besser; die Jugendlichen besitzen heute ein viel weiteres Blickfeld, sie sind viel wendiger geworden. Die Aufmerksamkeit hat sich also vom fixierenden zum fluktuierenden Typ verlagert. Unsere Wehrpflichtigen sind durch diese Veränderungen selbständiger geworden, besonders in ihren Willensentschlüssen, aber auch in ihrer Arbeit, in allen ihren Handlungen; man kann ihnen verhältnismäßig bald Aufgaben zumuten, die praktische Findigkeit, technische Begabung und Organisationsgabe ver-

langen und für die ein weiter Auffassungsumfang, rasche Reaktionsweise, Überblick und Wendigkeit notwendig sind.

Die deutsche Jugend ist heute uneinheitlicher als früher. Zwei Grenadierbataillone können sich in ihren Leistungen ganz bedeutend voneinander unterscheiden. Noch stärker erkennbar sind die Unterschiede bei kleineren Einheiten. Zwei Züge desselben Bataillons können ganz verschiedenen Gesamtcharakter tragen. Diese Streuung zwischen den verschiedenen Einheiten ist heute um 7% größer als vor dem zweiten Weltkrieg. Das ist bei der Versetzung von Offizieren und Unteroffizieren zu beachten; Maßnahmen, die sich in der früheren Einheit gut bewährten, können in der neuen Einheit empfindlich versagen.

Innerhalb jeder einzelnen Einheit finden sich erstaunliche Begabungsunterschiede, die gewöhnlich weit unterschätzt werden. Schon im vorigen Abschnitt wurde darauf hingewiesen, daß es völlig „normale“ Wehrpflichtige gibt, die in ihrer geistig-seelischen Gesamtentwicklung erst auf dem Stand eines 16jährigen Jugendlichen angelangt sind. Untersucht man die einzelnen Seelenfunktionen, Begabungsrichtungen und Arbeitseigenschaften getrennt, dann findet man eine geradezu erschreckende Begabungsstreuung in den Einzeleigenschaften, also beispielsweise im Zahlengedächtnis, in der Kritikfähigkeit, im Kombinieren und Ergänzen, in der Begriffsbildung, im technischen Verstehen, im räumlichen Vorstellen, im Farben- und Formensinn, im Arbeitstempo, in der Sorgfalt, in der Wendigkeit, in der Organisationsgabe, im Überblick usw. Insgesamt wurden über 60 derartige Einzelleistungen bearbeitet mit dem Ergebnis, daß es partielle Begabungsrückstände gibt, die beim 20jährigen auf irgendeinem Teilgebiet bis zu 8 Jahre ausmachen können.

Beispielweise kann ein 20jähriger Wehrpflichtiger körperlich völlig erwachsen sein, in seiner geistig-seelischen Gesamtverfassung befindet er sich auf dem Stand eines 18jährigen Jugendlichen, im räumlichen Vorstellen aber ist er auf der Stufe eines 12jährigen Kindes stehen geblieben. Manches Versagen im Dienst ist lediglich auf solche Begabungsrückstände zurückzuführen und darf nicht als böser Wille ausgelegt werden. Im Dienstunterricht empfiehlt es sich, zeitweise kleinere Gruppen zu bilden, in denen stärker auf den einzelnen und seine Besonderheiten eingegangen werden kann. Entsprechende Arbeits-, Lehr- und Lernmittel müssen geschaffen werden.

Neben diesen Veränderungen in den Anlagen und Fähigkeiten ist ein Rückgang in den Kenntnissen und Fertigkeiten festzustellen, angefangen beim Schreiben, Lesen und Rechnen bis hinauf zur Erdkunde, Geschichte, Naturlehre und Sozialkunde. Das ist im wesentlichen eine Kriegsfolgeerscheinung; es fehlt noch heute weithin an Schulraum; dadurch wird Schichtunterricht notwendig, der nie die Leistungen des Vollunterrichts erreichen kann; die Klassen sind vielfach zu groß; die Schulorganisation entspricht nicht überall pädagogischen Anforderungen; die Lehrmittel sind oftmals zu schwer; es gibt zu viele Abhaltungen und Störungen. Das schlimmste sind aber Stoffüberfülle und Stoffverfrühung: unsere Schulen bieten zu viel Stoff dar und bringen ihn zu früh an die Kinder heran. Man müßte weniger unterrichten, damit die Kinder mehr lernen. Es fehlt die Erfolgssicherung; jede Stunde wird etwas Neues dargeboten ohne ausreichende Einübung. Wichtiger wäre, in den Schulen das Lernen zu lernen! Es kommt nicht so sehr darauf an, an welchen Stoffen man das Lernen lernt, wenn man nur nach Abschluß der Schule die Fähigkeit besitzt, sich etwas zu erarbeiten.

Der Leistungsrückgang in den Kenntnissen und Fertigkeiten hat aber noch einen anderen Grund, der gerade die heutigen Wehrpflichtigen stark beeinflusst: es gibt für jedes Bildungsgut eine Zeit im Leben des Menschen, in der gerade dieses Bildungsgut am leichtesten angeeignet werden kann. Das mechanische Gedächtnis arbeitet am besten vom 7. bis zum 10. Lebensjahr: in diesen drei Jahren müssen die grundlegenden Wortbilder für das Rechtschreiben eingeprägt werden; in diesen drei Jahren muß das Einmaleins bis zur sicheren Beherrschung eingeübt werden. Für die heutigen Wehrpflichtigen waren dies aber die Jahre 1944 bis 1947. Damals war an vielen Orten überhaupt kein Schulunterricht oder es wurde ein kümmerlicher Notunterricht aufrechterhalten, bei dem Rechnen und Rechtschreiben bei weitem nicht ausreichend geübt werden konnten. Infolgedessen sind viele der jungen Soldaten heute unsicher in Rechnen und Rechtschreiben, und wir dürfen ihnen deswegen nicht dauernd Vorwürfe machen, weil sie sonst mutlos und gleichgültig werden. Die Erziehung des Soldaten ist erfolgreicher, wenn sie alle diese Veränderungen in Begabung und Leistung zum Ausgangspunkt ihrer Maßnahmen nimmt.

c) Falsche Schul- und Berufswahl

Unter den heutigen Wehrpflichtigen sind sehr viele mit einer unvollständigen, abgebrochenen Schulbildung. In der Bundesrepublik gibt es nur drei vollgültige Schul-Laufbahnen mit einem wirklichen Abschluß:

1. die 8- oder 9jährige Volksschule mit der Volksschulreife,
2. die mittlere Reife oder Fachschulreife nach insgesamt 10 Schuljahren (7 Jahre Volksschule und 3 Jahre Mittelschule oder 4 Jahre Volksschule und 6 Jahre Mittel- oder Realschule, auch Wirtschaftsaufbauschulen und höhere Handelsschulen verleihen die mittlere Reife),
3. die Hochschulreife nach insgesamt 13 Schuljahren (meist 4 Jahre Volksschule und 9 Jahre höhere Schule, also humanistisches Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Wirtschaftsoberrrealschule; in anderen Bundesländern heißen diese Schulen altsprachliches, neusprachliches und naturwissenschaftliches Gymnasium — oder aber 6 Jahre Volksschule und 7 Jahre deutsches Gymnasium, neusprachliches Gymnasium in Kurzform oder naturwissenschaftliches Gymnasium in Kurzform).

Alle Wehrpflichtigen, die nicht einen dieser drei Abschlüsse besitzen, sind bildungsmäßig nicht in Ordnung und verdienen besondere Beachtung. Da kommt zunächst einmal ein Viertel der Volksschüler ohne Volksschulreife von den Volksschulen. Es sind die Sitzenbleiber, die eine oder mehrere Volksschulklassen wiederholen mußten. Sie dürften strenggenommen keine Lehrstellen erhalten, also keinen Facharbeiterberuf ausüben; aber bei dem gegenwärtigen Mangel an Facharbeitern gibt man wohl manchen von ihnen die Chance, das mangelnde Schulwissen durch gute Leistungen in der Berufspraxis auszugleichen. Jedenfalls empfiehlt es sich, alle Wehrpflichtigen, die aus der 7., 6. oder gar 5. oder 4. Volksschulklasse entlassen worden sind, von vornherein im Auge zu behalten.

Wer mit mittlerer Reife kommt, besitzt eine Allgemeinbildung, die über die Volksschule weit hinausgeht und ist gleichzeitig schon auf seinen künftigen Beruf vorbereitet (Wirtschaft, Verwaltung, Verkehr). Soldaten mit mittlerer Reife sind in erster Linie zu Unteroffizieren berufen (obwohl selbstverständlich auch jedem ehemaligen Volksschüler bei entsprechender Eignung der Aufstieg zum Unteroffizier freisteht!). Das beweisen die Grundanforderungen an den Mittelschüler, die sich mit bedeutungsvollen Eigenschaften des Unteroffiziers decken: rasches, das We-

sentliche treffendes Erfassen von Aufträgen; Freude an selbständigem Planen und verantwortlicher Arbeit bei gegebenen Grundanforderungen; exaktes, wendiges Handeln auch ohne dauernde Kontrolle; guter Kontakt mit der Außenwelt, insbesondere gute soziale Anpassungsfähigkeit; Geradlinigkeit und Unkompliziertheit des gesamten Wesensgefüges; Sinn für das Praktische in den Spielarten vom Technischen bis zum Verwaltungsmäßigen.

Das Zeugnis der mittleren Reife hebt also den jungen Soldaten aus seinen Kameraden heraus; man darf von ihm mehr erwarten und deshalb auch gelegentlich mehr fordern als von den übrigen. Wer die mittlere Reife zwar angestrebt, aber nicht erreicht hat, wer also beispielsweise aus der 2. oder gar schon aus der 1. Klasse einer Mittelschule (nach Vollendung der gesetzlichen Schulpflicht) entlassen wurde, ist mindestens einem guten Volksschüler mit Volksschulreife gleichzusetzen, wird also hinsichtlich seiner Schulbildung keine Schwierigkeiten bereiten.

Dagegen sind die leider recht zahlreichen Fälle sehr bedenklich, bei denen eine höhere Schulbildung abgebrochen wurde. Aus sozialen Vorurteilen schicken viele Eltern ihre Kinder an weiterführende Schulen, urteilen schick viele Eltern ihre Kinder an weiterführende Schulen, ohne zu fragen, ob die Kinder dafür geeignet sind. Wer die Anforderungen dieser Schule nicht erfüllen kann, der fällt eben zunächst einmal durch, das heißt, er muß eine Klasse wiederholen, und wenn er im folgenden Jahr wieder das Klassenziel nicht erreicht, dann muß er die Schule verlassen, dann ist er ungeeignet, dann wird er ausgeschieden. Durch dieses Ausleseverfahren wird viel seelisches Unheil angerichtet. So ein 10jähriges Kind, das zu Unrecht in die höhere Schule geschickt wurde, sieht sich vor eine Aufgabe gestellt, die über seine Kräfte geht. Nach den ersten schlechten Noten wird es mit viel Müttertränen und Nachhilfunterricht von einer Schulaufgabe zur andern gequält, um dann schließlich doch von der höheren Schule gewiesen zu werden.

Dann ist es einige Jahre lang seelisch überfordert worden und erlebt zum Schluß das niederschmetternde Urteil „Du hast versagt!“. Lebensmut und Selbstvertrauen sind vielleicht für immer zerstört, der Grund für eine spätere Neurose wurde gelegt.

Nun soll das Kind zurück zur Volksschule — da hat es aber inzwischen den Anschluß verpaßt, denn hier wurden ja im 5. und 6. Schuljahr Stoffgebiete durchgenommen, die dem Versager von der höheren Schule feh-

- 27% zum Spezialarbeiter geeignet (nach einer 1- bis 2jährigen Anlernzeit);
- 25% zum Facharbeiter geeignet in Handwerk, Industrie und Handel (nach einer 3- oder 3 1/2jährigen Lehrzeit);
- 10% zum Fachschulbesuch geeignet (der sogenannte „zweite Berufsweg“);
- 5% zum Hochschulstudium geeignet (für akademische Berufe).

Die deutsche Wirtschaft hat aber in den letzten Jahren weit mehr als 25% ihres Nachwuchses zu Facharbeitern ausgebildet. Diese Leute werden dauernd überfordert; sie werden entweder „Angeber“, die ihr Nichtkönnen durch Renommieren überdecken wollen, oder sie leiden an Minderwertigkeitskomplexen und trauen sich schließlich selbst auf den Gebieten nichts Rechtes zu, auf denen sie tatsächlich etwas leisten könnten. Dies zeigt sich dann beim Dienst in der Bundeswehr; Schwierigkeiten bei der Erziehung dieser Soldaten sind aus ihrer falschen Berufswahl zu verstehen.

d) Ungünstige Umwelteinflüsse

So wie der Mensch zum Atmen eine Atmosphäre braucht, so ist zur Erziehung eine „Wertsphäre“ notwendig. Schon das Kleinkind sollte in eine Welt der Werte hineinwachsen; es muß gewöhnt werden an Sauberkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Frömmigkeit, Dankbarkeit, Höflichkeit, Gehorsam, Ehrfurcht — kurz an alle die Tugenden, die selbstverständlich in einer guten „Kinderstube“ anezogen werden.

Diese Wertsphäre ist heute weithin zerstört. Die seelische Lage der heutigen Wehrpflichtigen ist anders als bei den Rekruten vor dem ersten Weltkrieg, weil sich die Familien in den letzten Jahrzehnten geändert haben. Wo finden wir noch „geordnete Familienverhältnisse“? In einer „richtigen“ Familie sollten Vater, Mutter und mindestens zwei Kinder eine Gemeinschaft bilden, miteinander leben, gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen, gemeinsam die Abende, das Wochenende und den Urlaub verbringen, Freud und Leid gemeinsam tragen, ein wirkliches Familienleben führen; jedes Familienglied sollte von jedem anderen wissen und auf jedes andere liebevoll eingehen. Statt dessen ist in mehr als vier Fünfteln aller Familien etwas „nicht in Ordnung“. Viele Väter sind nicht mehr aus dem Krieg heimgekommen; viele Frauen leben in „Onkel-

ehen“; Staubsauger und Kühlschrank, Motorroller und Auto erscheinen wichtiger und angenehmer als Kinder. Wenn dann doch Kinder kommen, sind sie schon vor ihrer Geburt unerwünscht, lästige Störenfriede; wenn die Kinder älter werden, hängt man ihnen einen Schlüssel um den Hals („Schlüsselkinder“) und überläßt sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend ihrem Schicksal. Die Familie ist nur noch „eine Tankstelle zum Essen und ein Parkplatz zum Schlafen“. Man sucht Familienersatz: die Kleinkindertageskrippe, den Hort, das Internat. Wehrpflichtige, die so ohne jede „Nestwärme“ aufwachsen mußten, können nicht die normale Leistungsfähigkeit erreichen.

Heimat und Brauchtum, Sitte und Religion hatten noch vor wenigen Jahrzehnten starke erziehende Kraft, während die heutige Jugend solche „Bindungen“ größtenteils ablehnt. Die feste Tradition von ehedem mag bisweilen als Fessel empfunden worden sein, sie hat aber doch im großen und ganzen sehr segensreich gewirkt. Alle Kulturschäden, alle Verirrungen unserer Zivilisation, alle Spekulationen einer gewissenlosen „Kulturindustrie“ wirken in erster Linie auf die Jugend: Schmutz- und Schundschriften, Comics, schlechte Filme, aufreizende Sensationspresse, Spielautomaten, „heiße“ Musik, Kitsch aller Art. Wertvolles und Wertloses werden gleich laut und gleich aufdringlich an die Jugend von heute herangetragen — und leider sehr viel mehr Wertloses als Wertvolles. Das erzieherische Beispiel der erwachsenen Umgebung ist vielfach nicht mehr vorhanden; es gibt keine „öffentliche Meinung“ mehr, die der Jugend zur Richtschnur dienen könnte. Vielmehr droht die Gefahr der Vermasung: man macht sich nicht mehr die Mühe, eine eigene Meinung zu bilden; man läuft mit der großen Herde und übernimmt gedankenlos Werturteile, die von irgendwelchen unkontrollierbaren Stellen ausgegeben wurden. Auch Rundfunk und Fernsehen können gefährlich werden, wenn sie im Übermaß und ohne Auswahl gehört und gesehen werden. Kleinkinder wachsen ohne jede Ruhe, ohne das Erlebnis der Stille, ohne jede Möglichkeit der Besinnung auf, wenn der Rundfunk den ganzen Tag übertönt werden muß. Die Halbwüchsigen aber stürzen sich in den Rausch des „Betriebsmachens“, weil sie kein Zuhause mehr haben, das sie binden und erziehen würde. Die Banden oder „Blasen“ der sogenannten „Halbstarken“ werden von Jugendlichen geführt, die an ihrer Umwelt gescheitert sind: verkrachte höhere Schüler, entgleiste Lehrlinge,

bedauernswerte junge Menschen, die vielleicht nie in ihrem Leben die Liebe erfahren durften, auf die sie ein natürliches Recht gehabt hätten: die Mutterliebe!

Die seelische Lage der heutigen Wehrpflichtigen ist verändert, weil diese jungen Menschen belastet sind in der Tiefe ihrer Seele, im Unbewußten; in ihre Kindheit fiel der Krieg und der Schrecken jener Jahre wirkt in ihnen noch nach. Jedes Erleben ist mit seelischer Kraft geladen, mit psychischer Energie, und sinkt mit dieser seelischen Kraft aus dem Bewußtsein in das Unterbewußte und dann später ins Unbewußte und wirkt dort weiter, das Positive fördernd, das Negative hemmend. Unsere Wehrpflichtigen erlebten als Kinder Sirenengeheul, Luftschuttkeller, Not und Tod, Vertreibung aus der Heimat, Stacheldrahtzäune, Barackenlager, Armut und Hunger — und manche von ihnen sind in jenen wirren Jahren von ihren eigenen Eltern zum Lügen und zum Stehlen angehalten worden. Alle diese Erlebnisse sind nicht ausgelöscht; sie wirken auch heute noch belastend und hemmend in der Tiefe der jugendlichen Seele weiter. Es muß nicht jedesmal eine Neurose werden; aber es kommt zu inneren Konflikten, zu Lebensschwierigkeiten, in denen gütige Erzieher seelische Lebenshilfe bringen sollten.

Das können auch soldatische Erzieher sein, ohne alle Sentimentalität, mit aller gebotenen Härte — aber mit einem tiefen Wissen um die Tatsachen, die unsere Wehrpflichtigen geformt haben. Gerade das Wirken des Unbewußten kann allen Erziehern ein großer Trost sein. Im Unbewußten ist ja nicht nur die Lüge, sondern auch die Wahrheit; nicht nur das Häßliche, sondern auch das Schöne; nicht nur die Gemeinheit, sondern auch die Güte; nicht nur das Dämonische, sondern auch das Heilige. Nicht nur unsere Versuchungen und Sünden kommen zutiefst aus dem Unbewußten, sondern auch jede gute Tat, jeder gute Einfall, jeder geniale Gedanke, jedes Opfer und jede Sühne. Wenn wir recht viele wahre, schöne, gute und heilige Erlebnisse in die jugendlichen Seelen legen, dann dürfen wir darauf vertrauen, daß auch dieses Erleben im Unbewußten weiterwirken wird, aufbauend, fördernd — auch wenn die jungen Menschen alle Einzelheiten eines solchen Erlebnisses vergessen haben sollten.

„Sittliche, geistige und seelische Kräfte bestimmen, mehr noch als

fachliches Können, den Wert des Soldaten in Frieden und Krieg. Diese Kräfte zu entwickeln, ist Aufgabe der soldatischen Erziehung.“

2. DAS KENNENLERNEN DES HEUTIGEN WEHRPFLICHTIGEN

Der erste Teil dieser Arbeit zeichnete das Gesamtbild der heutigen Wehrpflichtigen. Mit allen diesen Faktoren muß der soldatische Erzieher rechnen. Aber dieses Wissen kann sich nur dann praktisch auswirken, wenn er den einzelnen Wehrpflichtigen wirklich kennenlernt und in seiner besonderen Art wirklich versteht.

a) Grundlagen der Menschenkenntnis

Seelische Schwierigkeiten entstehen meist daraus, daß sich die Menschen so wenig verstehen. Wir leben oft nebeneinander statt miteinander und manchmal leben wir aneinander vorbei. Wir müssen uns besser kennenlernen, um besser miteinander leben zu können. Menschenkenntnis ist Voraussetzung jeder Erziehung, auch der Erziehung des Soldaten.

Menschenkenntnis kann man lernen. Natürlich gibt es auch eine angeborene Begabung für Menschenkenntnis, die höchst wahrscheinlich erblich ist. Aber es kommt sehr darauf an, was man aus dieser Begabung macht, ob man sie entwickelt oder ob man sie verkümmern läßt. Wer seine Menschenkenntnis planmäßig ausbildet und unermüdet schult, kann damit sehr beachtliche Erfolge im Leben erzielen. Gute Menschenkenntnis zu besitzen, ist im wesentlichen eine Frage der Selbsterziehung.

Menschenkenntnis beginnt mit rein sachlichen Tatsachen-Feststellungen: dieser Wehrpflichtige ist kurzsichtig, er wohnt in einer Baracke, er merkte sich eine sechsstellige Telefonnummer richtig, er interessiert sich für technische Fragen, er fährt auf einem blitzblank geputzten Fahrrad, er versucht einen Streit zwischen zwei Kameraden zu schlichten. Um solche Tatsachen festzustellen, müssen wir den Menschen beobachten — der erste Schritt zur Menschenkenntnis ist Menschenbeobachtung.

Wenn ein Unteroffizier von einem Wehrpflichtigen sagt: er ist kränzlich, äußerlich gepflegt, von cholericem Temperament, eindeutig politisch begabt, ein glänzender Organisator, aber nicht immer ganz aufricht-

tig — dann ist er über die bloße Beobachtung hinausgekommen, er hat die Beobachtungen beurteilt — der zweite Schritt zur Menschenkenntnis ist Menschenbeurteilung.

Nun können wir solche Urteile zueinander in Beziehung setzen und auf diese Weise begründen: ein Wehrpflichtiger besitzt eine weite, leicht umstellbare Aufmerksamkeit, darum ist er wendig, beweglich, lebhaft, vielseitig; dazu paßt seine großzügige, weitherzige Art; er ist deshalb auch freigebig, schöpferisch, aufgeschlossen. Man spürt (ohne es im einzelnen ganz klar nachweisen zu können), wie alle diese Merkmale irgendwie zusammenhängen und eben durch ihr Zusammenwirken das Wesen dieses jungen Menschen bestimmen — der dritte Schritt zur Menschenkenntnis ist eine Wesensschau.

Menschenkenntnis wird erleichtert, wenn man sich gewisse psychologische Grundvoraussetzungen aneignet:

Wenn wir einen Gegenstand, einen Vorgang oder einen Menschen bewußt erleben, spielt sich in unserer Seele ein Doppeltes ab: alles seelische Erleben ist gleichzeitig ein Erkennen und ein Bewerten. Wer sich eine Schachtel Zigaretten kauft, erkennt die zur Auswahl vorgelegten Sorten und wählt daraus, weil er sie nach ihrer Preiswürdigkeit, Bekömmlichkeit, Packung usw. bewertet. Wer sich verheiraten will, erkennt den anderen Menschen, mit dem er einen Bund fürs Leben eingehen will, er erkennt die Veränderungen, die dieser Entschluß in seiner bisherigen Lebensführung verursachen wird — und er bewertet die Ehe mit allen Freuden und Sorgen, die sie bringen wird, so hoch, daß er zu seinem Entschluß kommt.

Erkennen und Bewerten gehören untrennbar zusammen: wir können nur das bewerten, was wir erkennen und wir können nichts erkennen, ohne es zu bewerten. Selbst wenn wir scheinbar „nur“ erkennen, wie beispielsweise beim Rechnen, freuen wir uns, wenn die Probe stimmt, ärgern wir uns, wenn wir uns verrechnet haben oder wenn uns die Lösung der Aufgabe nicht gelingen will. Umgekehrt: selbst wenn wir scheinbar „nur“ bewerten, wie beispielsweise bei einer ganz großen Freude oder bei einem ganz großen Schmerz, dann sind diese Freuden und Schmerzen an irgendwelche Tatsachen, Gegenstände, Vorgänge, Tiere oder Menschen geknüpft, also an irgend etwas, was wir erkennen.

Erkennen und Bewerten bilden eine Einheit, eine Ganzheit; jedes Er-

leben erfüllt erkennend und bewertend die ganze Seele. Daraus folgt für die Menschenkenntnis:

Um einen Menschen kennenzulernen, müssen wir ihn erkennen und bewerten — das entspricht der Menschenbeobachtung und Menschenbeurteilung. Menschenkenntnis muß etwas darüber aussagen, wie der betreffende Mensch erkennt und wie er bewertet — das wird im nächsten Abschnitt näher erläutert. Den Abschluß der Menschenkenntnis bildet ein Urteil über das Verhältnis zwischen dem Erkennenden und dem Bewertenden Seelenleben des Beobachteten — das gehört zur Wesensschau.

b) Die Menschenbeobachtung

Vor der eigentlichen, planmäßigen Beobachtung eines Wehrpflichtigen steht zeitlich immer, ob wir wollen oder nicht, der erste Eindruck, den wir von ihm gewinnen. Im praktischen Leben ist man gar nicht so selten auf den ersten Eindruck angewiesen; auch der Soldat muß gelegentlich auf Grund des ersten Eindrucks Entscheidungen treffen.

Der erste Eindruck wird durch verschiedene Merkmale des uns entgegnetretenden Menschen hervorgerufen; sie lassen sich in drei Gruppen ordnen:

1. das Körperliche des anderen Menschen: Körperlänge, Breitenentwicklung, Ernährungs- und Gesundheitszustand, Hände, Augen, besondere Merkmale (Kriegsverletzungen usw.);
2. das Äußere des anderen Menschen: Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Schmuck, Haartracht, Ansteckzeichen usw.;
3. die Ausdrucksbewegungen des anderen Menschen: Haltung, Gang, Handbewegungen (Gesten), Körperbewegungen, Gesichtsausdruck (Mimik), Sprechweise, Umgangsformen usw.

Das auffallendste Ergebnis des ersten Eindrucks ist die Tatsache, daß uns der andere Mensch mehr oder weniger sympathisch oder antipathisch erscheint; wir bekommen ein mehr oder weniger unklares, verschwommenes, aber doch in wesentlichen Punkten richtiges Gesamtbild des anderen Menschen. Der erste Eindruck enthält nicht immer die wichtigsten Wesenszüge des anderen Menschen; es kann durchaus sein, daß Wesenszüge, die den Charakter des Beurteilten entscheidend bestimmen, im ersten Eindruck vollständig fehlen. Und doch sagt uns der erste Eindruck

irgend etwas Zutreffendes vom andern Menschen; wir müssen nur lernen, ihn ganz unbefangen auf uns wirken zu lassen.

Der erste Eindruck entsteht durch einen (meist unbewußten) Vergleich des neuen Menschen mit früheren Bekannten. Auf diese Weise erleben wir seelische Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden Menschen; es sind Ähnlichkeiten im Charakter, Ähnlichkeiten im tiefsten Wesenskern der beiden verglichenen Menschen. Dabei wird der andere Mensch gewöhnlich mit mehreren früheren Bekannten verglichen; er hat vom einen dies, vom andern jenes an sich. Man übt sich in Menschenkenntnis, wenn man sich daran gewöhnt, seine Bekannten miteinander zu vergleichen, seelische Ähnlichkeiten zu suchen und neue Menschen bewußt früheren Bekannten zuzuordnen. Jeder erste Eindruck ist doppelseitig; der Wehrpflichtige, der zum erstenmal seinem Unteroffizier gegenübersteht, gewinnt einen ersten Eindruck von ihm; umgekehrt hat der Unteroffizier einen ersten Eindruck von seinem Rekruten. Ein günstiger erster Eindruck kann die spätere Zusammenarbeit bedeutend erleichtern; einen schlechten ersten Eindruck auszuwetzen kostet oft harte Mühe.

Nun beginnen wir den Wehrpflichtigen zu beobachten; wir schaffen absichtlich Gelegenheiten, bei denen sich die verschiedenartigsten Verhaltensweisen der jungen Männer zeigen: bei Spiel und Sport; in Theater, Film, Konzert; bei einer langweiligen oder bei einer große Genauigkeit erfordernden Arbeit; in Gesellschaft; auf einem Waldspaziergang; in der Kirche; bei politischen Versammlungen; beim Einkaufen; mit Kindern und Jugendlichen verschiedenen Alters; in einer Kunstaustellung; bei einer Behörde usw. Eine einwandfreie Beobachtung muß sich an drei Grundsätze halten: sie sei objektiv, zuverlässig und planmäßig!

Die Beobachtung sei objektiv: sie beginnt sehr sachlich und nüchtern mit dem Erkennen, mit dem Feststellen von Tatsachen, wie sich der Wehrpflichtige verhält, was er tut und was er spricht. Beobachten ist zunächst gleichsam ein Materialsammeln. Objektivität sichert Gerechtigkeit; alle Beobachtungen müssen wahr sein. In die Beobachtungen dürfen keine subjektiven und vorgefaßten Meinungen einfließen; man darf den anderen Menschen nicht gleichsam durch eine gefärbte Brille beobachten. Der Beobachter bleibe unbedingt neutral; er darf zunächst nicht Stellung nehmen für oder gegen den Menschen, den er beobachtet; er darf sich nicht freuen, wenn er wertvolle Eigenschaften entdeckt und darf sich nicht

ärgern, wenn er etwas wahrnimmt, was nicht so ist, wie es sein sollte. Das bedeutet keine Teilnahmslosigkeit; das Bewerten kommt schon noch, aber erst später, bei der Menschenbeurteilung.

Die Beobachtung sei zuverlässig, das heißt, man muß sich auf sie verlassen können. Zuverlässig wird die Beobachtung durch persönliches Miterleben, durch wiederholte gleichsinnige Beobachtungen und durch eine genügend lange Beobachtungszeit. Ein Unteroffizier beobachtet am Ufer eines Sees, wie ein Ruderboot umschlägt, wie der des Schwimmens unkundige Ruderer zu ertrinken droht und wie ein junger Soldat beherzt ins Wasser springt und den Unvorsichtigen rettet. Das hat der Unteroffizier mit eigenen Augen gesehen, ein Irrtum oder ein Zweifel ist vollkommen ausgeschlossen, die Beobachtung ist zuverlässig, weil er die Handlung des Soldaten persönlich miterlebt hat. Je öfter man ein und dasselbe Merkmal an demselben Menschen beobachten kann, desto zuverlässiger wird die Beobachtung. Man kann von einem guten Unteroffizier verlangen, daß er schon nach wenigen Tagen einen erweiterten ersten Eindruck von seinen Wehrpflichtigen gewonnen hat; aber erst nach mehreren Wochen wird er alle wichtigeren Seiten seiner Leute mit hinreichender Zuverlässigkeit beobachtet haben. Auskünfte von anderen Stellen sind mit Vorsicht aufzunehmen und auf ihren Sicherheitsgrad hin sorgfältig zu prüfen.

Die Beobachtung sei planmäßig; es gilt, alle wesentlichen Merkmale des Wehrpflichtigen irgendwie zu erfassen. Also muß die Beobachtung auf gewisse Ziele gerichtet sein, sie muß von vornherein gewisse Fragen an den zu Beurteilenden stellen. Fünf solcher „Zielfragen“ genügen:

1. Alles Seelische ist körperlich bedingt; darum verlangt die erste Zielfrage Aufschluß über die körperliche Entwicklung des Wehrpflichtigen: körperliches Erscheinungsbild, Ernährungs- und Gesundheitszustand, Körperkraft und Körpergeschicklichkeit, Linkshändigkeit, Handform und Handpflege, Handgeschicklichkeit. In besonderen Fällen sind Krankheiten im und Mißbildungen, Sinnes- und Sprachfehler, Mängel an Zähnen, im Unterleib, an Beinen und Füßen, besondere Empfindlichkeit, Nervenleiden und andere bedeutungsvolle Einzelheiten des körperlichen Zustandes anzugeben.

2. Körper und Seele werden geformt durch die Umwelt, die zweite Zielfrage muß also Umwelteinflüsse berücksichtigen; Landschafts-, Kultur-

und Siedlungsformen; die Personen der Umwelt (Eltern, Geschwister, andere Verwandte, sonstige Miterzieher, Kameraden und Freunde, Ehegattin, Kinder), weitere Lebenskreise; die wirtschaftlichen Verhältnisse (Arbeit und Verdienst, Wohnung, Kleidung, Ernährung); Beschäftigungen und Lebensgewohnheiten. Beispielsweise finden sich einzelne Kinder viel schwerer ins Soldatenleben als Söhne kinderreicher Familien.

3. Die Seele ist ständig tätig, sie ist in Funktion; so ergeben sich die Seelenfunktionen: das Wahrnehmen und Anschauen; Aufmerksamkeit und Gedächtnis, unsere Vorstellungen, die Phantasie; das Denken: Begriffe und Ideen, Urteilen und Schließen; die Gefühle, Stimmungen, Temperamente und Affekte; die Triebe, Begehren, Begierden, Süchte und Leidenschaften; die Willensentschlüsse, Vorsätze und Wünsche und schließlich das Handeln. Die dritte Zielfrage erkundet, wie diese Seelenfähigkeiten funktionieren.

4. Den vielfältigen Gebieten unserer Kultur stehen die einzelnen Wehrpflichtigen sehr verschieden gegenüber; es gibt Gebiete, zu denen wir uns hingezogen fühlen, die uns lebhaft interessieren, für die wir begeistert sind — und andere, die uns gleichgültig bleiben oder die wir gar ablehnen, von denen wir nichts wissen wollen. So richtet sich die vierte Zielfrage auf die Interessengebiete, Neigungen und Begabungsrichtungen des jungen Soldaten, auf die Art seiner Einstellung (materiell - ideell, sachlich - persönlich, schöpferisch - nachschaffend, mehr nach innen oder mehr nach außen gewendet), schließlich auf seine Kenntnisse und Fertigkeiten und auf sein soziales Verhalten (Kraft-, Ehr- und Selbstgefühle, Verhalten gegen Übergeordnete, Verhalten in der Gemeinschaft, Umgangsformen, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe, Verhalten gegen Tiere und Pflanzen).

5. Während die Kulturgebiete die Person mehr material bestimmen, fragt die fünfte Zielfrage nach ihren formalen Eigenschaften. Dabei ist die Art der Aufmerksamkeit grundlegend, weil von ihr in hohem Maße Sorgfalt und Zuverlässigkeit, Überblick und Wendigkeit eines Menschen abhängen; hinzu kommt das Arbeitstempo und die Arbeitsgüte, überhaupt die Ausführung der Arbeit, das gesamte Verhalten bei der Arbeit (Sicherheit, Zuversicht, Selbständigkeit, Eifer, Arbeitswille, Übung und Ermüdung), die Arbeitsplanung usw. Abschließend ist die körperlich-seelische Lebenskraft und die innere Geschlossenheit der Person zu beurteilen.

Bei jeder Zielfrage richtet sich die Beobachtung auf das Besondere des jungen Soldaten, also auf seine besonderen Vorzüge oder auf seine besonderen Schwächen. Kennzeichnend ist immer das, was ihn nach der einen oder nach der anderen Seite vom Durchschnitt abhebt.

c) Die Menschenbeurteilung

Von diesen fünf Zielfragen kommen für die eigentliche Menschenbeurteilung nur die letzten drei in Frage. Körperliche Entwicklung und Umwelteinflüsse muß man kennen, um den Wehrpflichtigen richtig beurteilen zu können; aber das Urteil selbst erstreckt sich nur auf die Seelenfunktionen, auf die Kulturgebiete und auf formale Eigenschaften, oder kurz und einheitlich ausgedrückt: auf Funktions-, Kultur und Formalgebiete.

Höchstes Ziel der Menschenbeurteilung ist seelisches Verstehen. Dazu ist ein liebevolles Hineinversetzen in die seelische Struktur des anderen Menschen erforderlich, ein feinsinniges Einfühlen, ein Miterleben im Erkennen und im Bewerten. Das Verhalten des Wehrpflichtigen, das wir eingehend beobachtet haben, ist jetzt zu deuten; scheinbare Widersprüche sind nach Möglichkeit zu klären; immer wieder ist die Frage nach dem Warum zu stellen. Das Urteilen wächst über die nüchtern-objektive Tatsachensammlung hinaus zu einem echten Stellungnehmen; die meisten Urteile sind Werturteile. So wie im Beobachten das Erkennen im Vordergrund steht, fällt im Urteilen dem Bewerten die Hauptrolle zu.

Wenn wir im Kameradenkreis von einem Vorgesetzten allerlei Erlebnisse erzählen und abschließend das Urteil hinzufügen: „Aber er war unbedingt gerecht!“, dann ist diese Gerechtigkeit etwas Wesentliches im Charakter dieses Vorgesetzten, ein Wesenszug, ein Charakterzug. Ähnlich können wir von einem Menschen sagen: „Das ist ein technisches Genie!“ oder: „Das ist ein ekelhafter Nörgler!“ Die Menschen-Beurteilung hat alle bedeutungsvollen Wesenszüge eines Wehrpflichtigen zusammenzustellen.

Um zu einem solchen Urteil zu gelangen, muß man wissen, welche Formen die verschiedenen Wesenszüge bei den einzelnen Menschen überhaupt annehmen können; das Urteilen besteht dann darin, bei jedem Wesenszug von den gegebenen Möglichkeiten die eine anzugeben, die bei dem zu beurteilenden Wehrpflichtigen zutrifft.

Bei jedem Wesenszug gibt es natürlich vorteilhafte und nachteilige Formen, also Vorzüge und Mängel, gute und schlechte Eigenschaften. Daraus entstehen seelische Gegensätze zwischen den verschiedenen Menschen, die für das Zusammenleben ausschlaggebende Bedeutung gewinnen. Beispiele:

Funktionsgebiete: rasches Aufgabenverständnis — Verständnismangel; phantasiebegabt — phantasielos; kritisch denkend — kritiklos; tiefes Gemüt — gefühlsarm oder gefühllos; energisch — willensschwach.

Kulturgebiete: religiös — gottlos; erzieherisch begabt — unpädagogisch; selbstsicher — mutlos; gehorsam — widerspenstig; sachlich — unsachlich.

Formalgebiete: weites Blickfeld — starr fixierend; flink — langweilig; sorgfältig — schlampig; planvoll — planlos; zuversichtlich — ängstlich; beschwingt — schwunglos.

Ergebnis: Auf allen drei seelischen Hauptgebieten findet sich zu jedem positiv zu bewertenden Wesenszug ein negativ zu bewertender Gegensatz; jeder Eigenschaft, die einen Vorzug bedeutet, entspricht (bei anderen Menschen) eine entgegengesetzte Eigenschaft, die sich als Mangel auswirkt. Solche Mängel entstehen dadurch, daß irgend eine Seelentätigkeit bei einem Menschen versagt, daß sie eben nicht oder nur schlecht „funktioniert“; dadurch, daß ein Mensch für irgend ein Kulturgebiet völlig unbegabt ist oder daß er eine ausgesprochene Abneigung gegen ein bestimmtes Kulturgebiet besitzt; dadurch, daß irgend eine formale Eigenschaft allzuwenig ausgeprägt ist.

Andere Mängel kommen dadurch zustande, daß eine an sich gute Eigenschaft übertrieben wird und darum verzerrt, ungesund, krankhaft, lebenshemmend wirkt. Wiederum die gleichen Beispiele:

Funktionsgebiete: überstürzte Auffassung; Scheinverständnis; übertriebene Phantasie; der Phantast; übertriebene Kritik; der Nörgler oder der Skrupulant; übertriebenes Gefühlsleben; der Sentimentale; übertriebener Wille; der Brutale.

Kulturgebiete: übertriebene Religiosität; der bigotte Heuchler; übertriebene Erziehung; Gängelei; übertriebene Selbstsicherheit; der waghalsige Draufgänger; übertriebener Gehorsam; der Unterwürfige; übertriebene Sachlichkeit; der Unpersönliche.

Formalgebiete: übertriebener Aufmerksamkeitsumfang; zersplittert; übertriebenes Arbeitstempo; hastig; übertriebene Sorgfalt; pedantisch;

übertriebene Planmäßigkeit: bürokratisch; übertriebene Zuversicht: eingebildet; übertriebene Lebenskraft: überaktiv.

Ergebnis: Jeder günstige, positiv zu bewertende Wesenszug kann durch Übertreibung ins Negative, ins Ungünstige verkehrt werden; jedes Allzuviel ist ungesund und ergibt ein Zerrbild, eine Karikatur; aus jedem Vorzug entsteht durch Übertreibung ein Nachteil. Diese Fehler haben ihre Ursache darin, daß irgendeine Seelentätigkeit bei dem Betreffenden übertrieben stark „funktioniert“ (zu vergleichen mit einer Maschine, die sich heiß gelaufen hat); darin, daß sich der Betreffende allzusehr einem einzigen Kulturgebiet hingibt, so daß er den Zusammenhang zur Gesamtkultur verliert; darin, daß irgend eine formale Eigenschaft allzustark oder allzu einseitig ausgeprägt ist.

Nun lassen sich die verschiedenen Formen der seelischen Wesenszüge in eine Reihe ordnen. Dabei stoßen wir auf eine Form, die bisher noch nicht erwähnt wurde; sie sei am Beispiel des persönlichen Tempos erläutert: Das persönliche Tempo kann flink sein, Gegensatz dazu ist ein langweiliges Tempo. Durch Übertreibung wird aus dem flinken das hastige Tempo; dazu muß es aber auch einen Gegensatz geben: das ruhige Tempo. Das sind Menschen, die ohne jede Hast bedächtig, bedachtsam, vorsichtig, meist auch sorgfältig, geduldig, gründlich, solid arbeiten. Zu diesen vier Formen kommt nun noch das durchschnittliche Tempo, und jetzt läßt sich eine Stufenfolge aufstellen:

Form A: allzuwenig Tempo	= langweilig,
Form B: wenig Tempo	= ruhig,
Form C: mittleres Tempo	= durchschnittlich,
Form D: viel Tempo	= flink,
Form E: allzuviel Tempo	= hastig.

Diese fünf Formen lassen sich bei jedem Wesenszug ohne Ausnahme finden; immer steht in der Mitte der Durchschnitt C, immer schließen sich rechts und links vom Durchschnitt zwei wertvolle, günstige, lebensfördernde Formen B und D an, immer entarten diese Formen durch Übertreibung ins Extreme: durch Übertreibung wird aus der wertvollen Form B die gefährliche Form A und ebenso entsteht durch Übertreibung aus der guten Form D die gefährliche Form E. Die Extreme A und E sind ungesund, wertwidrig, lebenshemmend. Immer ist Form D Gegensatz zu Form A und Form E Gegensatz zu Form B. Diese Regel heißt das

seelische Verteilungsgesetz, weil sich nach ihr die Formen der Wesenszüge auf die Menschen verteilen. Noch ein paar Beispiele, nur stichwortartig angedeutet:

- A geizig, B sparsam, C durchschnittlich im Geldausgeben, D freigebig, E verschwenderisch;
- A pedantisch, B sorgfältig, C durchschnittlich, D großzügig, E schlampig;
- A ängstlich, B besonnen, C durchschnittlich, D zuversichtlich, E bedenkenlos;
- A lieblos, B korrekt, C durchschnittlich, D liebenswürdig, E überschwänglich;
- A stur, B konsequent, C durchschnittlich, D beweglich, E inkonsequent;
- A Stubenhocker, B ruhig, C durchschnittlich, D lebhaft, E zappelig;
- A unselbständig, B folgsam, C durchschnittlich, D selbständig, E eigenwillig;
- A phantasielos, B Kombinationsgabe, C durchschnittlich, D phantasiebegabt, E Phantast.

Es ist eine ausgezeichnete Übung in der Menschenkenntnis, wenn man solche Reihen von Eigenschaften zusammensucht, die nach dem seelischen Verteilungsgesetz einen Wesenszug bilden. Die Menschenbeurteilung hat auf den drei Hauptgebieten des Seelischen die für den betreffenden Wehrpflichtigen ausschlaggebenden Hauptwesenszüge in ihren Ausprägungsformen (A, B, D oder E) anzugeben. Was durchschnittlich ist (C), ist nicht wesentlich, kann also wegbleiben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jeder Mensch auf jedem Hauptgebiet des Seelischen mindestens zwei und höchstens fünf wirklich bedeutungsvolle Wesenszüge besitzt; meist sind es drei oder vier. Das ergibt dann bei den allermeisten Menschen 9 bis 12 bestimmende Hauptwesenszüge. Diese verhältnismäßig wenigen Wesenszüge bieten den Schlüssel zum Verstehen des betreffenden Wehrpflichtigen. Ein Beispiel in Stichworten angedeutet:

B gute Kombinationsgabe, E ein kritiksüchtiger Nörgler, D willensstark; D technisch begabt, E streitsüchtig, B mehr nachschaffend, wenig eigene Einfälle; D wendig, E hastig, E eigensinnig, A zwiespältig. Dieser Soldat ist gekennzeichnet durch 3 Wesenszüge auf den Funk-

tionsgebieten, 3 auf den Kulturgebieten und 4 auf den Formalgebieten; 5 seiner Wesenszüge sind für ihn günstig, 5 ungünstig.

d) Die Wesensschau.

Für die meisten praktischen Aufgaben genügen Beobachtung und Beurteilung zum Kennenlernen des Wehrpflichtigen. Bei besonderen Anlässen, z. B. bei der Auslese von Offiziersanwärtern, sollte man darüber hinaus zu einer Wesensschau vorstoßen. Dies gelingt auf zwei Wegen: die Ganzheitsschau versucht gleichsam mit einem kühnen Griff den ganzen Menschen in seinem innersten Wesen zu erfassen, ausgehend von einem überzeugenden Gesamteindruck;

die Zusammenschau dagegen beginnt bei den sorgsam zusammengetragenen Einzelbeobachtungen, die überprüft, geordnet und gegeneinander abgewogen werden, um so schließlich das Nebensächliche zurückzulassen und das Wesentliche zu erkennen.

1. Die Ganzheitsschau verlangt einen möglichst bestimmt formulierten ersten Eindruck, der ganz bewußt festgehalten, möglichst sogar schriftlich aufgezeichnet wird. Dieser erste Eindruck wird näher bestimmt durch eine Besinnung auf die wichtigeren Wesenszüge der drei Hauptgebiete des Seelischen. Die so gefundenen Hauptwesenszüge werden in ihren Ausprägungsformen genauer festgelegt. Diese Ausprägungsformen werden im einzelnen differenziert und damit verfeinert; durch Untersuchung seelischer Abhängigkeit und Verbindungen wird gleichsam die persönliche Färbung der einzelnen Wesenszüge bestimmt. Dieses Verfahren gleicht einem allmählichen Entfalten des Wehrpflichtigen; von Stufe zu Stufe wird das Bild genauer, schärfer, eindringlicher.

Der große Vorzug der Ganzheitsschau liegt in ihrer Einheitlichkeit. Sie läßt sich immer dann anwenden, wenn von Anfang an bestimmte Wesenszüge sehr sicher erkannt werden können. Von diesen feststehenden Wesenszügen aus wird dann weitergebaut. Eins folgt aus dem andern mit zwingender Notwendigkeit; aus der ersten intuitiven Gesamtschau werden die übrigen Wesenszüge abgeleitet. Eine solche Ganzheitsschau wirkt immer stark überzeugend, wie aus einem Guß, von einem einzigen Gesichtspunkt aus gesehen; das ganze Wesen des Wehrpflichtigen wird auf einen Zentralpunkt bezogen; aus dieser Grundeinstellung folgen alle weiteren Einzelheiten.

Die Nachteile der Ganzheitsschau ergeben sich aus ihrem Ansatzpunkt: alles hängt von dem anfänglichen Gesamteindruck ab. Ist dieser unrichtig, dann wird natürlich die ganze Begutachtung falsch. Es ist sehr schwer, im späteren Verlauf der Begutachtung diesen Fehler einzusehen und zu verbessern.

Die Ganzheitsschau ist daher nur zu empfehlen, wenn sich der Beurteiler im ersten Eindruck völlig sicher fühlt, bzw. wenn der zu Beurteilende von Anfang an einen sehr bestimmten Gesamteindruck hinterläßt. Wenn dies nicht zutrifft, verwende man

2. die Zusammenschau. Dabei wird der erste Eindruck zunächst einmal zurückgestellt oder überhaupt nicht bewußt verwendet. Statt dessen werden die gesammelten Einzelbeobachtungen zu wohlbegründeten Einzelurteilen erhoben und durch eine bewußte Überlegung zu einem Wesensbild zusammengeschauf. Dabei ist zunächst der Sicherheitsgrad der Einzelangaben festzustellen; dann sind gleichsinnige Einzelangaben miteinander zu verschmelzen. Auf diese Weise wird die Zahl der Angaben auf den drei Hauptgebieten des Seelischen nach und nach verringert, die Sicherheit der gewonnenen Ergebnisse dagegen entsprechend erhöht. Wenn mehrere zweifellos zusammengehörige Leistungen oder Eigenschaften nicht verschmolzen werden können, weil sie einander widersprechen, dann ist nach dem Grund der Abweichung zu forschen; ungleichsinnige Einzelangaben müssen psychologisch geklärt werden.

Weiter ist zu prüfen, ob eindeutig festgestellte Mängel durch gute Anlagen so ausgeglichen werden können, daß die Fehler im praktischen Leben gar nicht oder nur wenig in Erscheinung treten. Wir „kompensieren“ ja oft unsere Mängel durch unsere Vorzüge. Besonders wichtig sind charakterologische Kompensationen: ein zäher Fleiß mit einem beharrlichen Willen gepaart, kann einen mittelmäßig begabten Menschen zu recht guten Leistungen befähigen, so daß er einen hochbegabten Faulpelz oder Weichling weit überflügelt. So erkennt die Zusammenschau erst am Schluß des ganzen Verfahrens die Hauptwesenszüge auf den drei Hauptgebieten des Seelischen; das Gesamtbild, die Wesensschau, wird langsam und manchmal auch recht mühevoll aus den gewissenhaft bewerteten Einzelangaben zusammengetragen.

Auch dieses Verfahren hat seine Vor- und Nachteile. Vor allen Dingen besteht die Gefahr, die Wesensschau wie ein Mosaikbild zusammensetzen

zu wollen und damit gegen das erste seelische Grundgesetz zu verstoßen. Alle Einzelbeobachtungen sind nur in der sinnvollen Ganzheit der Gesamtperson lebendig, und lassen sich nicht aus ihr herauslösen. Wer das nicht beachtet, muß sich von Goethe mahnen lassen: „Die Teile habt ihr in der Hand, fehlt leider nur das geistige Band!“

Der Vorzug der Zusammenschau liegt darin, daß sie auch in den Fällen eine Wesensschau ergibt, wo der erste Eindruck nichtssagend bleibt und darum das Verfahren der Ganzheitsschau kaum anwendbar ist. Das Verfahren der Zusammenschau ist mühevoller und zeitraubender als die Ganzheitsschau, aber es ist auch sicherer und objektiver. Es setzt nicht so viel Intuition voraus und kann deshalb auch von dem gewissenhaften Beobachter mit gutem Erfolg angewandt werden, der kein „geborener Charakterologe“ ist. Es ist eben in jedem Fall zu prüfen, welches Verfahren besser zum Ziele führt; unter Umständen kann man sogar beide Verfahren miteinander kombinieren: mit einer Ganzheitsschau beginnen, bei auftretenden Schwierigkeiten geduldig Beobachtungen und Urteile sammeln und zusammenschauen und schließlich zu einer geläuterten Ganzheitsschau zurückkehren.

Das Ergebnis ist in jedem Falle eine abschließende Wesensschau. Das ganze Wesen wird aus einigen wenigen grundlegenden Zügen erklärt (meist sind es nur drei bis fünf „Grundwesenszüge“); alle weiteren Einzelheiten lassen sich als logische Folge aus diesen Grundwesenszügen ableiten. Wer Menschen kennenlernen will, darf sich bei der Wesensschau niemals durch ein Schema, durch bestimmte Systeme, Typologien oder Charakterologien einzwängen lassen, er muß bei jedem lebendigen Menschen aufs neue gerade seine Grundwesenszüge sehen. Der Weg führt von einer liebevollen Menschenbeobachtung mit zahlreichen Einzelangaben über eine gewissenhafte Menschenbeurteilung mit etwa einem Dutzend Hauptwesenszügen zu einer wahrhaft psychologischen Wesensschau mit ganz wenigen Grundwesenszügen.

Der Wehrdienst ist ein Teilstück der männlichen Lebenserziehung. Die soldatische Erziehung wird um so erfolgreicher sein, je mehr sie die seelische Lage der heutigen Wehrpflichtigen berücksichtigt.

DIE ENGLISCHE HEERESREFORM 1906-1914

von

Dr. PAUL KLUKE, Institut für Zeitgeschichte München

Die großen Heeresreformen der Geschichte, eines Carnot, Scharnhorst-Boyen und Trotzki, sind meist mit politisch-sozialen Erschütterungen des Staates verbunden gewesen. Sie waren Begleiterscheinungen einer vorangegangenen Umwälzung, die auch in der Heeresorganisation nach Ausdruck rang, oder auch Beweis der erfolgreichen Bemühungen älterer staatstragender Schichten, die sich gegen neuauftretende Ideen und Gruppen behaupteten und dabei das Heer in ihrem Sinn durchformten, wie es Wilhelm I., Roon und Edwin von Manteuffel gegenüber den Forderungen des bürgerlichen Liberalismus vermochten.

Nichts von solchen Erschütterungen und Verfassungskämpfen bei der Heeresreform Haldanes, mit der England, die überragende Seemacht, auch in die Reihe der modernen Militärmächte eingerückt ist. Das allgemeine *politische Leben* Englands wurde nicht grundlegend umgeformt, seine Verfassungsentwicklung nahm den ruhigen Gang in den unverrückbaren Bahnen parlamentarischer Regierungsweise, die im Laufe eines Jahrhunderts das Land aus einer Adels- und Kaufmanns-Aristokratie zum sozialen Wohlfahrtsstaat geführt hat. Das Heer hat darin weder fördernd noch hemmend eingegriffen, als Instrument der innerpolitischen Auseinandersetzung keine Rolle gespielt.

Die Kämpfe um die restlose *Einordnung der Armee* in das innerpolitische Leben sind vielmehr schon im 17. Jahrhundert, im englischen Revolutionsjahrhundert, durchgefochten worden. Die Revolution hat sich gerade auch an der Einführung eines stehenden Heeres und den damit verbundenen Fragen der Besoldung, der Einquartierung, eines beson-

deren Kriegsrechts, des Oberbefehls entzündet. Wenn in diesen Kämpfen der absolute König unterlag, so bekam für kurze Zeit auch das Parlament die Gefahr einer Omnipotenz des Heeres zu spüren, das zunächst für die Sache des Parlaments foht, dann aber unter dem Lord-protector Oliver Cromwell als selbständige politische Gewalt auftrat. Darum war das Parlament bestrebt, als es sich eine Generation später in der „glorreichen Revolution“ von 1688 endgültig zum entscheidenden Faktor im Staatsleben aufgeschwungen hatte, sich nicht nur gegen eine Wiederkehr des königlichen Absolutismus, sondern auch gegen militärische Diktaturgelüste zu sichern. Es fand die Lösung auf typisch englische Weise darin, daß nicht etwa ein Verfassungsartikel gewichtig festgesetzt und ziselierend ausgearbeitet wurde, sondern ein ad hoc-Gesetz mit kurzfristiger Geltungsdauer immer wieder verlängert und elastisch abgeändert wurde.

Die Notwendigkeit einer stehenden Armee auch für den Inselstaat, die man zu Beginn der Revolution so leidenschaftlich bestritten hatte, konnte kein vernünftiger Mensch leugnen. Da fand man den Ausweg, daß das Parlament seine Zustimmung für die Einrichtung eines stehenden Heeres immer nur für ein Jahr gab und die notwendigen Unterhaltsmittel nur für diesen Zeitraum und nur für eine zahlenmäßig genau begrenzte Truppe zubilligte. Damit stellten sich automatisch Monarchie sowie Heer außerhalb des Gesetzes, sollten sie je von sich aus die vom Parlament überwachten Fristen und Stärken überschreiten.

Diese grundlegenden Vorschriften wurden in der Präambel des sogenannten „Meutereigesetzes“ untergebracht, das ursprünglich nur dazu gedient hatte, eine am Ende des Bürgerkrieges rebellierende Truppe unter Kriegsrecht zu stellen, und das seitdem Jahr für Jahr vom Parlament erneuert wurde. Das ursprünglich sehr kurze Gesetz ist im Lauf der Zeit mit immer weiteren Paragraphen ausgestattet worden, und seit 1881 gibt es eine umfangreiche „Army Act“, die aber immer wieder durch ein kurzes eigenes Gesetz bekräftigt werden muß.

Später erst wurde die Frage der *Befehlsgewalt* geregelt, und auch sie schließlich wieder zugunsten des Parlaments. Das Revolutionsjahrhundert hatte die Kommandogewalt des Königs grundsätzlich noch nicht angetastet. Auch im 18. Jahrhundert war der König noch das wahre Haupt der Armee, und etwa Georg II. führte persönlich seine Truppen

in der Schlacht bei Dettingen (1743), in der die vereinigten Engländer, Hannoveraner und Hessen die Franzosen und Bayern besiegten. In den französischen Revolutionskriegen wurde 1793 das Amt eines *Oberbefehlshabers* (Commander-in-Chief) eingeführt, der im Namen des Königs den Oberbefehl führte und ihn, als Soldat außerhalb der politischen Parteien stehend, bei der Auswahl der Offiziere, ihrer Beförderung und Entlassung beriet. Damit sollte dem übermäßigen Einfluß politischer Gruppen, der sich, wie in den übrigen Staatsämtern, auch bei der Vergebung von Offizierspatenten bemerkbar machte, ein Riegel vorgeschoben, aber nicht etwa eine rückläufige Entwicklung zugunsten einer von der politischen Staatsführung unabhängigen Kommandogewalt vorgenommen werden. Denn die allgemeinen Verwaltungsgeschäfte für die Armee wurden mehr und mehr von einer zivilen Behörde vorgenommen, deren Leiter ein Parlamentsmitglied war und zuerst den Titel „Secretary at War“, seit dem Krim-Krieg „Secretary of State of War“ führte; mit dem letzteren Titel war der Kabinettsrang verbunden.

Bei diesem Dualismus der Armeeleitung blieb es das 19. Jahrhundert hindurch, und die Königin *Viktoria* legte Wert darauf, die ganz allgemein schwindenden Rechte der Krone dadurch auf diesem Feld zu wahren, daß ein Mitglied des Königlichen Hauses, der Herzog von Cambridge, jahrzehntelang das Amt des Oberbefehlshabers innehatte. Von hier aus setzte in der Tat eine gewisse rückläufige Bewegung zugunsten einer Stärkung der Stellung dieses Oberbefehlshabers aus königlichem Hause ein, der in der Rivalität zum Kriegsminister auch Teile der Heeresverwaltung in seinen Händen zu konzentrieren vermochte. Da er der einzige militärische Berater war, der Zugang zum Kriegsminister hatte, so bestand die Gefahr, daß dieser in die Abhängigkeit der sachlichen Unterlegenheit, der unzureichenden Unterrichtung geriet und „nichts anderes mehr als das Sprachrohr des Oberkommandierenden im Unterhaus“ darstellte¹. Nun konnte man die Dinge ein wenig schleifen lassen, da die Landstreitkräfte für das England des 19. Jahrhunderts doch eine minder wichtige Angelegenheit waren und in der für das Leben der Nation ausschlaggebenden Flotte die Verhältnisse mehr zugunsten der eindeutigen Überlegenheit des zivilen Ministers, des Ersten Lords der

¹ W. Robertson, Soldaten und Staatsmänner, S. 12

Admiralität, gegenüber dem Ersten Seelord festgelegt waren. Aber doch stellte ein Beobachter von hoher Warte am Jahrhundertende voller Unbehagen fest: „Die Flotte ist eine konstitutionelle (d. h. verfassungsgebundene) Streitmacht . . ., die Armee ist eine königliche Streitmacht, und während die Königin sich niemals in Flottenangelegenheiten einmischte, tut sie es sehr häufig in Heeresangelegenheiten.“²

Trotz allem darf man die Bedeutung der Kommandogewalt und der Aufgabenkonzentration in der Hand des prinzipal Oberbefehlshabers in ihrem Schwergewicht für die politische Machtverteilung im Land nicht überschätzen. Es ist vielmehr bezeichnend, daß selbst diese Reste alter königlicher Machtstellung schon das konstitutionelle Unbehagen auslösten. Praktisch behielt der *Kriegsminister* mit seinem Gegenzeichnungsrecht auch für königliche Befehle die politisch überlegene Stellung und hatte allein dem Parlament gegenüber die Verantwortung zu tragen. Darum bedurfte es auch, als 1895 der alte Herzog von seinem jahrzehntelang innegehabten Posten abtrat, keiner langen verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung oder gar tiefer reichender Machtkämpfe, sondern lediglich einer Kabinettsverordnung, um die Rechte des Oberbefehlshabers erheblich zu beschneiden und damit, wie schon längst für die Flotte, auch für die Armee ganz klare Verhältnisse zu schaffen.

Die englische Heeresreform zu Beginn des Jahrhunderts setzt also den Hebel nicht am Fundament der Verfassung aufbrechend und umgestaltend an, sondern hält sich im Bereich des Fachlichen und des Organisatorischen. Sie erhält ihre Antriebe nicht aus inneren Umwälzungen, sondern von der außenpolitischen Entwicklung her. Es galt, einen gänzlich veralteten Heereskörper so zu modernisieren, daß er den Anforderungen, die die Weltreichspolitik in einer härter und schwieriger werdenden Situation an die Armee stellen konnte, zu entsprechen jederzeit imstande war.

Im Schutz der überlegenen Flotte hatte der Inselstaat es sich leisten können, die allgemeine militärische Entwicklung Europas im 19. Jahrhundert, den Aufbau der großen Volksarmeen der Allgemeinen Wehrpflicht nicht mitzumachen, denn nach der Niederwerfung des überragenden Gegners, Napoleon I., war beinahe ein Jahrhundert lang eine un-

² Lord Esher's Journals I, S. 269 vom 15. November 1900. Vgl. dazu Dunlop, The Development of the British Army 1899–1914, S. 20.

mittelbare Bedrohung der Heimat nicht mehr zu gewärtigen. Die Soldaten hatten vielmehr nur in überseeischen Gebieten, in Busch und Steppe, im Dschungel und im Hochgebirge, die Herrschaft eines Weltreiches zu sichern oder auch noch mit größtem Erfolg und verhältnismäßig kleinem Einsatz auszudehnen. Nur in der Jahrhundertmitte wurde ein Krieg gegen einen großen Gegner unternommen, aber an der Seite eines militärisch starken Verbündeten und als Flottenexpedition mit Truppenlandungen auf den Außenbastionen des russischen Festlandes, den Aalands-Inseln und der Krim, geführt. So schien das Heer eigentlich nur ein Projektil seiner Schwesterwaffe zu sein: auf den Kielen ihrer Schiffe beruhten die Sicherheit des Inselstaates und die grandiose Stellung seines Weltreiches.

Die Vorteile einer überlegenen Stellung zur See hatte schon zu Beginn der englischen Weltstunde Francis Bacon (1561—1626), der Staatsmann und Philosoph der ausgehenden Elisabethanischen Epoche, klar erkannt und beschrieben: „Derjenige, der die See beherrscht, hat große Freiheit des Entschließens; er kann vom Krieg so viel oder so wenig nehmen, wie er will.“ Jetzt, in der Sonnenhöhe ihrer Weltstellung, lebten die Engländer bewußt nach dieser Erkenntnis. Sie konnten sich hinter dem Panzer ihrer Flotte aus den militärisch aufreibenden Verwicklungen der großen Kontinentalstaaten heraushalten, in den überseeischen Räumen dagegen ließen sich dank der technischen Überlegenheit über die Völker auf vorindustrieller Entwicklungsstufe mit geringem Truppenaufwand große Erfolge erringen, und das Mutterland wurde sich eines militärischen Einsatzes kaum noch bewußt.

Die englischen Anschauungen über militärische Fragen durchzieht in dieser Zeit auch ein tiefer Zwiespalt. Einem oberflächlichen Denken, das sich nur an die offenkundigen Fakten einer bestimmten historischen Glückslage hielt, ohne nach deren Ursache und Dauer zu fragen, schien es, als ob überhaupt der kriegerische Aufeinanderprall großer Nationen einer überwundenen Epoche angehörte, der sich England als der führende Industriestaat schon enthoben habe, während kontinentale Nationen noch im Militarismus verharren. Hieraus konnte sich die pazifistische Grundstimmung des *Manchestertums* entwickeln, die von der Ausdehnung des Freihandels auf alle Völker das eigene Glück und das der ganzen Welt erwartete. Sie ist nicht nur bei einem Cobden (1804—1865) und

Bright (1811—1889) zu finden, sondern durchzog auch weite Kreise der liberalen Partei und machte aus dem Freihandel geradezu einen Glaubensgrundsatz. Dieser Gesinnung erschien der militärische Dienst als etwas Verächtliches, zu dem sich nur Soldaten aus den untersten Schichten des Volkes, Arbeitsscheue und irische Tagelöhner bereitfanden. Diese Haltung bestand bei einem Flügel der Liberalen bis in die Zeit vor dem Weltkrieg fort und wurde auch von der damals entstehenden Labour-Party übernommen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch, als die Jagd nach Kolonien, der Drang in die überseeischen Räume alle europäischen Mächte erfaßte, wurden sich weite Kreise in England der überlegenen Stellung ihres Reiches bewußt. Sie erfüllten sich mit der Anschauung seiner Größe und hofften, es noch viel fester zusammenzuschließen, aus einem Konglomerat von Besitzungen zu einem einheitlichen Staatskörper umzubilden. Hier war dann auch der Stolz auf die militärische Leistung der Nation zuhause, aus der in kleinen und großen Kämpfen dieses Reich zusammenerobert war. Man entdeckte den Grundzug eines kriegerischen Geistes in einem Volk, dessen Armee doch jahraus jahrein irgendwo auf dem Erdenrund, in Afghanistan, Indien, Afrika, gegen Buren, Zulus, Derwische Krieg geführt hatte. Diese dem Manchestertum so entgegengesetzten Anschauungen wurden nicht nur bei den Konservativen, sondern auch einem anderen Flügel der liberalen Partei, den „Liberalen Imperialisten“, vertreten.

Daher erklärt es sich, daß der Offizier, während der gemeine Soldat lange verachtet wurde, eine durchaus angesehene gesellschaftliche Stellung innehatte. Er sah allerdings den Dienst mehr als Kavaliersport denn als Beruf an und zog gleich nach den kurzen Dienststunden den bunten Rock aus, um den Rest des Tages „in Mufti“ am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In der englischen Öffentlichkeit trat somit der Soldat gar nicht in Erscheinung, und auch von daher begreift es sich, daß er im politischen Leben der Nation gegenüber anderen Gruppen sich nicht zu behaupten oder gar zu einem selbständigen politischen Faktor zu entwickeln vermochte. Es gab nicht einmal ein besonderes militärisches Standesbewußtsein.

In der zweiten Jahrhunderthälfte tönte aber doch wiederholt ein dumpfer Marschtritt von der anderen Seite des Ärmelkanals auf die unmili-

tärische Insel herüber und ließ sich schließlich nicht mehr überhören. Der deutsch-französische Krieg führte eindringlich vor Augen, wie schnell auf dem Schlachtfeld stolze Reiche zusammenbrechen können und sich das Gleichgewicht im Staatensystem verändert, und seitdem begann man, sich mit einer *Reform* des alten Heeres zu beschäftigen. Es war freilich lange Zeit mehr ein Herumexperimentieren, bei dem mancher alte Zopf abgeschnitten wurde, z. B. die überlange Dienstzeit der Soldaten oder die Käuflichkeit der Offizierspatente (erst 1871!), mehr ein Tasten hier und ein Verbessern dort, als daß etwas grundlegend Neues geschaffen wurde. Dafür gab dann der *Burenkrieg* um die Jahrhundertwende eine böse Quittung. Zum ersten Male wieder sah sich die englische Armee einem gleichwertigen Gegner gegenüber, der sogar, ein gleiches Stärkeverhältnis vorausgesetzt, sich in vielem überlegen zeigte und den man erst nach einer Reihe unrühmlicher Rückschläge dank der gewaltigen Überlegenheit an Menschen und Material förmlich erdrücken konnte.

In der Rückschau konnte eine schonungslose Selbstkritik als Ursache für den blamablen Beginn und die übermäßig lange Ausdehnung des Burenkrieges entdecken: die Mängel in der Spitzengliederung; die Unfähigkeit zum Operieren in größeren Verbänden angesichts des Fehlens einer zureichenden Stabsschulung; schlechte Truppenausbildung und langsame Mobilmachung. Vor allem aber machte sich das Fehlen jeglicher Reservern und überhaupt einer durchdachten Heeresorganisation bemerkbar.

Von diesen sehr teuer erkaufen Erfahrungen mußten die Reformbewegungen im neuen Jahrhundert ausgehen. Man wandte sich zuerst der *Reorganisation der Spitzengliederung* zu und konnte hier schon in wenigen Jahren zu einem klaren Aufbau kommen, der die Einordnung in das System der parlamentarischen Kabinettsregierung zum Ausgangspunkt aller Überlegungen machte. Der Premierminister Balfour selbst nahm sich der Frage an und setzte einen nur kleinen, aber mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Ausschuss ein. Den Vorsitz übernahm Lord Esher, der dem König befreundet war und getreu seinem Wahlspruch: „Power, not Place“ („Macht, nicht Stellung“) nicht den Pomp eines hohen Staatsamtes, sondern nur den Einfluß in grundlegenden politischen Fragen erstrebte. In dem Bericht seines Ausschusses übt er schärfste Kritik an den Mängeln eines überalterten Systems, die er

von oben her beseitigen will, indem er den *Premierminister* selbst einschaltet und ihn zunächst einmal eine grundsätzliche Klärung über die Voraussetzungen und Aufgaben der britischen Wehrpolitik in einer veränderten Welt herbeizuführen auffordert. Unter seinem Vorsitz soll ein neues Gremium, ein Reichsverteidigungsausschuss (Committee of Imperial Defence) geschaffen werden, der sämtliche Fragen der Verteidigung der Insel und des Weltreiches zu seinem Beratungsgegenstand machen kann, die Bedürfnisse der Streitkräfte des Reiches, der Flotte, des Heeres, der indischen und kolonialen Streitkräfte feststellen soll, auf diese Weise endlich eine Einheitlichkeit der Wehrpolitik zu gewährleisten und sie mit der Außen- und Innenpolitik abzustimmen hat. Nur die unmittelbare Leitung durch den Premierminister selbst kann einem solchen Reichsverteidigungsausschuss die notwendige Autorität für seine grundlegenden Untersuchungen und Empfehlungen verleihen; der Premierminister muß aber auch vollkommen freie Hand in der Auswahl seiner Mitglieder haben.

Diese Reformvorschläge von Anfang 1904 wurden sogleich durchgeföhrt: Da es sich um einen Ausschuss zur Verföugung des Premierministers handelte, bedurfte es hierzu nicht einmal eines Gesetzes; und doch hat sich hiermit einer der wichtigsten Vorgänge im britischen Verfassungsleben der neuesten Zeit vollzogen und vollendet sich der Aufstieg des Premierministers zu monarchischer Machtvollkommenheit. Wenn anderswo, etwa in Preußen-Deutschland bis 1918, in der Person des Monarchen die Einheit staatlicher Willensbildung aus der Politik der zivilen und militärischen Behörden erreicht. Nicht nur der K6nig tritt noch hier bei dem Premierminister erreicht. Nicht nur der K6nig tritt noch mehr als bisher schon zuröck, auch das Kabinett verliert an Bedeutung in seinen einzelnen Mitgliedern, die als Fachminister dem allseitig unterrichteten Premier unterlegen sind, wie als Gesamtk6rperschaft. Denn die notwendige Klärung der Verteidigungsfragen, die die Lebensfragen jeder politischen Entscheidung sind, erfolgt nicht erst in den Kabinettsberatungen, sondern schon in dem (wie Wachs in der Hand des Premierministers formbaren) Reichsverteidigungsausschuss und bedarf nur noch der allgemeinen Sanktion des Kabinetts, die kaum etwas anderes als ein förmlicher Akt sein kann. Diese *Entmachtung des Kabinetts* macht sich schon in den außenpolitischen Entscheidungen der Vorkriegszeit

bemerkbar und führt im ersten Weltkrieg dazu, daß die eigentliche politische Führung in die Hand eines Kriegskabinettes übergeht und das Gesamtkabinet nur noch eine Versammlung von Ressortvertretern darstellt.

Mit einer zweiten Gruppe von Vorschlägen wandte sich der Esher-Ausschuß dem Aufbau des Heeresministeriums selbst zu und machte der Rivalität von Oberbefehlshaber und Kriegsminister, dem Gegen- und Ineinander von Kommando- und Verteidigungsbefugnissen und der übermäßigen Zentralisation infolge des Fehlens einer Mittelinstanz ein Ende. Ferner wurde erst jetzt ein moderner *Generalstab*, zu dem bisher nur Ansätze vorhanden waren, als oberstes militärisches Führungsorgan begründet, sein Chef aber in ganz selbstverständlicher Unterordnung dem parlamentarischen Minister unterstellt. Und zwar wurde nach dem Vorbild der Admiralität ein „Heeres-Rat“ (Army Council) geschaffen, dem nach einer sinnvolleren Neuverteilung aller Geschäfte unter dem Vorsitz des Kriegsministers vier militärische und zwei zivile Mitglieder angehörten: der Chef des Generalstabes, der Generaladjutant, der Generalquartiermeister und der Generalfeldzeugmeister; der Parlamentarische Unter-Staatssekretär und der Finanzsekretär des Kriegsministeriums. Aber allein der Kriegsminister trägt für Beschlüsse des Heeresrates die Verantwortung gegenüber Krone und Parlament; ihm gegenüber sind die sechs Mitglieder des Heeresrates für ihre Abteilungen verantwortlich. Der Chef des Generalstabes ist demnach unter den Soldaten nur ein *primus inter pares*. Für die Flexibilität der britischen Verfassung ist es bezeichnend, daß auch die Schaffung einer so bedeutungsvollen Institution wie des Generalstabes, dem die große liberale Partei mit abgrundtiefer Mißtrauen begegnete und den sie überhaupt am liebsten gar nicht ins Leben hätte treten sehen, nicht eines Gesetzes bedurfte, sondern lediglich mittels einer königlichen, d. h. einer Verordnung der Regierung durch ein sogenanntes Patent erfolgte.

Die eigentliche Heeresreform dagegen ist dieser Regierung nicht mehr gelungen, mit der sich die unionistische Partei beinahe 20 Jahre an der Macht gehalten und Ideen wie Talente verbraucht hatte. Es könnte lediglich archivalisch-registrierendem Interesse dienen, die mancherlei Reformvorschläge und zwecklosen Bemühungen minderer organisatorischer Bedeutung zu verzeichnen. Zudem fehlte diesen Bestrebungen der

Nachdruck einer politischen Notlage. Denn nach der Niederrückung des Buren-Gegners schien es zunächst, als ob für England wieder eine Zeit behaglichen Sichgehenlassens angebrochen sei und sein Heer sich nur um Eingeborenenkriege und koloniale Expeditionen zu kümmern haben werde. Wenn Überlegungen eines größeren Weltgegensatzes angestellt wurden, so schien wieder *Rußland* der wahrscheinliche Gegner zu sein, dem man gegebenenfalls auf dem fernen asiatischen Boden begegnen müßte. Die *Times* stellte dazu fest³, daß sich die strategische Front Englands verlagert habe und zwischen dem Kap der guten Hoffnung und Japan verlaufe, daß man darum die Basis der Armee näher an den wahrscheinlichen Kriegsschauplatz heranbringen und die Hauptmasse der regulären Truppen nach Südafrika verlagern solle.

Noch deutlicher bekannte sich der Premierminister selbst zu dieser strategischen Konzeption, als er erklärte, die Aufgabe der Armee sei nicht der Schutz der Heimat. Denn die Überlegenheit der Flotte über alle anderen Mächte machte eine Invasion unwahrscheinlich, und darum sei die erste Pflicht des Heeres die Verteidigung der afghanischen Grenze, d. h. Indiens. Dabei war aber gerade unter dieser Regierung die außenpolitische Wendung Großbritanniens erfolgt, die die Epoche eines kolonialen Imperialismus beendet, in der England allen Rivalen überlegen war, und den Inselstaat in das *kontinentale Kräftespiel* einfügte. Der „Entente Cordiale“ mit Frankreich von 1904 folgte drei Jahre später auch der Ausgleich mit Rußland, der alle Streitfragen im zentral-asiatischen Raum bereinigte und damit eine Kriegsgefahr an der indisch-afghanischen Grenze beseitigte.

Mit dieser neuen politischen Orientierung änderte sich aber auch grundsturzend die militärpolitische Lage Englands; denn nun wurde es unauf löslich in die machtpolitischen Gegensätze des Kontinents hineingezogen, der schon seit mehr als einem Jahrzehnt in zwei waffenstarrende Heerlager gespalten war. Schon hatte sich auch für einen kurzen Augenblick das Medusenhaupt in nächster Nähe unverhüllt gezeigt. Denn aus dem Entschluß der deutschen Außenpolitik, sich der französischen Durchdringung Marokkos entgegenzustellen, hatte sich seit dem Sommer 1905 eine schleichende diplomatische Krisis entwickelt, die bis an den Rand des Krieges heranführte.

³ Amery, „The Problem of our Army“, Aufsatzfolge in der *Times* im Januar 1903.

Damit stellte sich nun auch für England die Frage einer nicht nur diplomatischen, sondern auch einer militärischen Hilfeleistung für den eben gewonnenen Ententepartner, und zwar gegen die stärkste Militärmacht des Kontinents. Diese Frage mit allen darin beschlossenen Folgen wurde, als Ende 1905 die konservative Regierung von der politischen Bühne abtrat, an das nachfolgende liberale Kabinett weitergegeben. In dieser neuen Regierung Campbell-Bannerman glaubte noch einmal der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, d. h. innerpolitischen Reformeifers, des auf Sparsamkeit bedachten Kleinengländerturns, einer friedlich-veröhnlichen Außenpolitik, sich an die Macht geführt. Der gleichen Regierung gehörte aber auch eine jüngere politische Gruppe der liberalen Imperialisten an, die im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Partei dem Reichsausbau, dem Machtgedanken, einer kraftvollen Außenpolitik zugewendet waren. Obwohl zahlenmäßig geringer, gehörten ihr doch die großen Talente dieses Kabinetts an, und sie hatten sich in ihm mit den Schlüsselpositionen einen überragenden Einfluß zu sichern verstanden. Ihre drei, miteinander eng befreundeten Führer waren der neue Schatzkanzler und spätere Ministerpräsident, *Henry Herbert Asquith*, der Außenminister *Sir Edward Grey* und ein Jurist *Richard Burdon Haldane*, der das Kriegsministerium übernahm.

Es ist der Entscheidung dieser Gruppe in einem welthistorischen Augenblick zuzuschreiben, daß die großen Linien der englischen Außenpolitik kontinuierlich fortgeführt wurden und der Regierungswechsel, so tief er sich in der Innenpolitik auswirkte, keinen Bruch der Außenpolitik brachte. Schon gleich nach seiner Amtsübernahme, noch während des Wahlkampfes, der die Regierung erst bestätigen sollte, hatte der neue Kriegsminister die Aufnahme von Generalstabsbesprechungen mit dem französischen Generalstab zu genehmigen. In ihnen wurde zum ersten Male eine Landung der englischen Armee auf dem Kontinent und ihr Zusammenwirken mit dem französischen Heer ins Auge gefaßt, um einen Zusammenbruch Frankreichs, ähnlich 1870, und eine Besetzung der Kanalhäfen durch Deutschland, die stärkste Landmacht Europas, die sich jetzt auch eine große Flottenrüstung gab, zu verhindern. Es war der Auftakt zu jenen Besprechungen, die im Lauf der Jahre das engste militärpolitische Einvernehmen herbeiführten und 1911 schließlich ein Abkommen ergaben, das alle Merkmale einer bündnisverpflichteten Militär-

Konvention trug, wengleich formell die politische Handlungsfreiheit der Londoner Regierung gewahrt blieb.

Indem Haldane im Einverständnis mit dem Außenminister die volle Verantwortung für diese strategische Kursfestlegung übernahm, hatte er zugleich die wichtigsten Entscheidungen für sein Reorganisationswerk getroffen. Denn damit war der jahrelangen Diskussion über den mutmaßlichen Verwendungszweck der englischen Armee, den wahrscheinlichen Gegner, den Kriegsschauplatz eine Ende gemacht. Nun war auf einmal klargestellt, daß sie nicht mehr länger auf militärische Spaziergänge, frisch-frohe Abenteuer irgendwo in der Welt gegen schlechtbewaffnete, halbzivilisierte Völkerschaften rechnen durfte, sondern in den Kampf hochgerüsteter und bestgeführter europäischer Armeen einzugreifen haben werde. Diese außenpolitische Entscheidung steht also am Beginn der Tätigkeit Haldanes als Kriegsminister, und sie bildete die Grundlage seiner Heeresreform.

Ursprünglich hätte es ja so scheinen können, als sei das Armee-Ressort das Opfer ganz sachfremder parlamentarischer Kombinationen geworden, und der neue Kriegsminister hatte bisher so gar keine militärischen Verdienste oder Ambitionen irgendwelcher Art aufzuweisen. Er stammte aus einer alten schottischen Familie, deren tief religiöse Neigungen, mit einem eigenbrüderisch-sektiererischen Einschlag, sich bei ihm ins *Philosophische* gewendet hatten. Nach der Ausbildung an der heimischen Universität hatte ihn ergänzendes Studium in Göttingen nicht nur tief in *Kant* und den deutschen Idealismus eingeführt, sondern überhaupt deutsche Wissenschaft und Gründlichkeit schätzen gelehrt, so daß er auch in reiferen Jahren sich gern im Gespräch zu Deutschland als „seiner geistigen Heimat“ bekannte. Der ausgezeichnete Jurist Haldane machte eine glänzende Karriere als Anwalt bei den Londoner Gerichtshöfen; er trieb literarische und philosophische Studien, beschäftigte sich mit Universitätsreformen, verfolgte aufmerksam die kommende sozialistische Bewegung. Militärische Probleme hatten ihn bisher nicht gefesselt.

Die Übernahme gerade des Kriegsministeriums ist darum auch ein halber Zufall und geht auf interne Abmachungen mit seinen beiden politischen Freunden zurück, die nur im festen Zusammenhalten ihrer kleinen Gruppe sich den genügenden Einfluß sichern zu können glaubten und nur gemeinsam in die Regierung eintreten wollten. Da aber vor allem

Grey unersetzlich schien, mußte der neue Premierminister auch Haldane übernehmen. Er konnte ihm zwar den „Wollsack“, das heißt den Sitz des Lordkanzlers und Führers des Oberhauses, den Haldane als Krönung seiner erfolgreichen Juristenlaufbahn erstrebt hatte, verweigern und fand ihn statt dessen mit dem Kriegsministerium ab; das allerdings gab Campbell-Bannerman nicht ungern dem unvermeidlichen Regierungsmitglied, denn dieses Ministerium mit seinen großen Reformaufgaben und seinem heillosen Durcheinander war nun schon für mehrere Minister das Grab ihres politischen Ehrgeizes geworden. Campbell-Bannerman äußerte denn auch nicht ohne Schadenfreude, man könne ja abwarten, „wie sich Schopenhauer im Kohlgarten ausmache“. Der Beginn der ministeriellen Tätigkeit schien dieser Skepsis über die Eignung eines Philosophen zum Reorganisator auch recht zu geben. Denn Haldane ließ die Abteilungsleiter des Kriegsministeriums, die ihren neuen Minister nach seinen Plänen für die künftige Armee fragten, entsetzt verstummen, als er ihnen lakonisch erwiderte, er wolle eine *Hegelsche Armee*.

Doch sehr bald zeigte es sich, daß Haldane mit der Schattenbeschwörung des deutschen Philosophen sich nicht als Freund unfruchtbarer Theoretisierens vorstellen, sondern nur ein Bekenntnis zur Klarheit der prinzipiellen Entscheidung, zu ihrer konsequenten Durchführung im Gesamtaufbau, zur Übersichtlichkeit und Zweckmäßigkeit im einzelnen ablegen wollte. Im übrigen aber verstand er es mit großem Wirklichkeitsinn, in Anknüpfung an die Tradition und unter sparsamer Verwendung des Gegebenen seine neue Organisation zu schaffen, die der liberalen Majorität noch dadurch schmackhaft gemacht wurde, daß sie beträchtliche Abstriche am Etat ermöglichte. Er begann wohl auch seine Einarbeitung in seine kriegsministeriellen Aufgaben, indem er methodisch die klassischen Militärschriftsteller durcharbeitete, wobei er den Bogen von Clausewitz über Jomini bis zu den modernen Franzosen spannte. Er zog aber auch die fähigsten jüngeren Köpfe aus der englischen Armee als seine Mitarbeiter heran, die später meist als Heerführer im Weltkriege hervortraten. So steht sehr bald alles Denken und Tun unter frischem Antrieb, und in der Reformarbeit klingen organisatorische Klarheit und politisch-militärische Zielstrebigkeit zusammen. „Die militärische Reform“, bekennet damals der neue Kriegsminister

einem politischen Freund⁴, „kann nicht länger in der Luft schweben wie in den Tagen . . . der Vorgänger; sie ist jetzt festgelegt in der bestimmten Annahme, daß wir in einem Kontinentalkrieg intervenieren müssen, und ist darauf gerichtet, unsere Intervention so wirksam wie möglich zu machen“.

Zugleich aber war zu berücksichtigen, daß außer diesem Extremfalle des Lebenskampfes von Großstaaten die Bedürfnisse eines erdumspannenden Seereiches auch weiterhin gewissermaßen die Normalaufgaben der Armee bestimmen werden, also die Garnisonierung von Flottenstützpunkten, die Befriedung von weiträumigen Kolonialgebieten, die Aufrechterhaltung der Herrschaft in Indien und die Verteidigung seiner Grenzen und seines Vorfeldes. Für den ersten Fall wäre gewiß das Heer nach kontinentalem Muster, das kurz dienende Heer der allgemeinen Wehrpflicht mit einem Stamm von Berufsoffizieren und Unteroffizieren, die zweckentsprechende Lösung gewesen. Das Seereich dagegen konnte für den Truppendienst auch einer großen Zahl langdienender Soldaten nicht entbehren. Hierfür hätte das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das im Grunde nur Ausbildungsschule immer neuer Jahresklassen von Staatsbürgern für den Kriegsfall ist, einfach nicht genügt. Man brauchte in ausreichender Zahl Männer, die sich bereitfanden, für lange Jahre nach Übersee zu gehen, und brauchte auch eine ausreichende Stammtuppe in der Heimat, um in regelmäßigen Abständen Austausch und Ersatz von Truppenteilen vornehmen zu können.

Für den Dienst solcher Art konnte man nur auf freiwillig langdienende Soldaten zurückgreifen. Hätte man aber daneben noch ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht aufstellen wollen, so hätte das berufssoldatische Ausbildungspersonal der Wehrpflichtigen schon allein das ganze verfügbare Angebot an langdienenden Freiwilligen aufgebraucht. Zwei Heere, eines der allgemeinen Wehrpflicht und ein verhältnismäßig großes Berufsheer, ließen sich nebeneinander nicht aufstellen: schon jetzt litt England an einem chronischen Offiziersmangel. Das überseeische Reich wäre also mit Einführung der Wehrpflicht den kontinental-europäischen Aufgaben Großbritanniens aufgeopfert worden. Dazu konnte sich niemand, und ein liberaler Imperialist wie Haldane am allerwenigsten, bereitfinden. Er behielt also als Kern seiner Heeresreform das Be-

⁴ H. Spender, *Life, Journalism and Politics*, Vol. I, S. 194.

rufsheer bei, und zwar in der Grundform, wie sie ihm sein Vorgänger Cardwell ein Menschenalter zuvor verliehen hatte, d. h. ein Heer, dessen eine Hälfte in den Standorten über See von Hongkong über Indien und Afrika bis zur Karibischen See sich befand, die andere dagegen auf der Heimatinsel zur Ausbildung, Ersatzstellung, zur Auffrischung und Erholung. Die beiden Heereskörper waren durch das System der „verbundenen Bataillone“ (linked battalions) fest miteinander verknüpft: Es war einem jeden der Bataillone in Übersee ein Bataillon in der Heimat als Stammtruppenteil zugeteilt, aus dem der Einzeleratz kam, und in gewissen Zeiträumen wurden die Bataillone insgesamt ausgewechselt. Durch den Bedarf der Überseegarnisonen wurde also auch die Größe des Heematheeres bestimmt.

Die große Leistung Haldanes aber wurde nun die Heeresorganisation dieses Heematheeres. Bisher war es tatsächlich nur ein Konglomerat kleiner Einheiten gewesen, Bataillone, Rekrutierungsdeposits, Artillerieabteilungen oder allenfalls Kavallerieregimenter. Denn alles fehlte, um moderne Operationen großen Stils durchzuführen: Stäbe, Dienste, Nachschub, die Erfahrung in der Truppe und in der Führung im Zusammenwirken großer Verbände. Hieran waren alle Reformbemühungen bisher gescheitert und zuletzt war der Versuch, eine Armeekorpsorganisation zu schaffen, als müßige Papierspielerei steckengeblieben. Sie war nicht nur an zivilen Ministern gescheitert, sondern auch die Soldaten selbst hatten versagt. Nach dem Burenkriege war *Kitchener*, der Oberkommandierende und Organisator der erdrückenden Kriegsmaschinerie, die Hoffnung gewesen, und die Regierung hatte ihn ins Kriegsministerium holen wollen mit dem Hinweis, daß es sich um eine einzigartige Gelegenheit handle, die zu seinen Lebzeiten unter ähnlich günstigen Voraussetzungen nicht wiederkehre. *Kitchener* aber lehnte ein so verlockendes Angebot ab, da er nicht genügend Bewegungsfreiheit zu haben glaubte und befürchtete, als ein „hoffnungsloser Versager“ zu enden⁶. So wurde nach dieser Desertion des Soldaten die Reform jetzt von einem philosophisch begabten Juristen in einer ebenso einfachen wie überzeugenden Weise gelöst.

Haldane faßte die Einheiten der Berufarmee in England zu *Divi-*

⁶ Sir George Arthur, *Life of Lord Kitchener*, Vol. II, S. 118.

sionen zusammen, die nun, jeder kontinentalen Armee gleichwertig, zu modernen Kampfformationen gemacht und mit allem notwendigen Zubehör ausgestattet wurden. Der *Generalstab*, bisher noch nicht über eine zentrale Dienststelle im Ministerium hinausgewachsen, erhielt jetzt eine in die Truppe hineinreichende Organisation und seine Aufgabe als das „thinking department“ einer festgefügt kleinen Armee zugewiesen. Mit Armeebefehl vom 12. September 1906 wurde er geschaffen. Haldane hatte noch kurz zuvor auf einem Deutschlandbesuch mit seinem militärischen Privatsekretär, Oberst Ellison, einen persönlichen Einblick in die Organisation des deutschen Generalstabes tun können, und von diesem Vorbild übernahm er die Verankerung des Generalstabes in der Truppe, den Wechsel von Stabs- und Truppenkommandostellung, die schnellere Beförderungsmöglichkeit. Es sollte für die Berufung in den Generalstab der Besuch der Kriegsakademie (Staff College) erwünscht, aber nicht Bedingung sein. Anders als bei dem deutschen Vorbild fehlten eine Eisenbahn- und eine topographische Abteilung, dagegen war ihm auch das *Bildungswesen* zugewiesen.

Der Generalstab des Hauptquartiers hatte demnach drei Abteilungen, für Militärische Operationen, für Stabsarbeiten, für Militärische Ausbildung. Sehr eindeutig blieb die Unterstellung des Chefs des Generalstabes unter den parlamentarischen Minister ausgesprochen, da er eben nur ein Mitglied des Armeerates, welcher unter Ministervorsitz beriet, war. Außerdem sorgte die Vorschrift eines regelmäßigen Wechsels auf diesem Posten nach vier Jahren dafür, daß sich nicht aus der Kontinuität oder gar Permanenz des Amtes gegenüber einem den politischen Wechseln unterworfenen Kabinettsminister eine zu große Machtfülle anhäufen konnte. Der Truppe gegenüber aber hatte der Generalstabschef, da ihm, nach einigem Schwanken, 1909 das alleinige Vorschlagsrecht für Beförderung und Ernennung übertragen wurde, die volle Autorität. Wie die Schaffung großer Einheiten erst eine moderne Armee entstehen ließ, so wurde der Generalstab die Voraussetzung für eine nicht mehr von Zufallsbegabung abhängige Führung des Heeres.

Auch die Umorganisation der Armee wurde, nachdem Haldane seine Pläne vor dem Parlament in ihren Grundzügen dargelegt und zur Diskussion gestellt hatte, durch einen einfachen Armeebefehl vorgenommen. Sie wurde jetzt zusammengefaßt in 1 Kavallerie- und 6 Infanterie-

divisionen, jede Division von gleicher Stärke und gleicher Zusammensetzung der Waffengattungen, jede ein in sich geschlossenes Gebilde, ein auf englische Verhältnisse zugeschnittenes, verkleinertes, aber getreues Abbild des kontinentalen Armeekorps. Durch den neuen Namen, den diese Armee erhält, nämlich „Expeditionary Force“, wird sie auch deutlich als Kampftruppe für einen Einsatz außer Landes gekennzeichnet, und sie gewinnt sehr bald schon auch die Anerkennung der kontinentalen, sachverständigen Beobachter.

Mit dieser Armeeform hatte Haldane seine Antwort gegeben auf die Frage, ob nicht England unter veränderten außenpolitischen Verhältnissen doch zu einem System der Wehrpflicht übergehen sollte. Selbst manche Soldaten wollten darin das Heilmittel sehen, wie der Feldmarschall Roberts, der nach Beendigung seiner aktiven Laufbahn die Leitung der „National Service League“ übernahm. Zur Propagierung seiner Dienstpflichtvorschläge benutzte er in unverhüllter Anspielung auf die deutsche Gefahr die Invasionsfurcht und dabei warf er auch Tirpitzens Risikogedanken nicht ungeschickt über die Nordsee zurück. Wenn der Schöpfer der deutschen Schlachtflotte ein Instrument schaffen wollte, so stark, daß auch das seegewaltige Albion das Risiko eines zu teuer erkauften Sieges scheuen sollte, so verlangte nun Roberts, eine Armee zu schaffen, „so groß an Zahl und stark an Qualität, daß auch die mächtigste fremde Nation zögern würde, eine Landung an unserer Küste zu versuchen“⁶. Auf eine solche Armeeform ihres Ententefreundes hofften vor allem die Franzosen und wurden in den ersten Jahren nicht müde, sie immer wieder durch ihre Presse und selbst durch den Mund des Ministerpräsidenten Clémenceau nahezu legen⁷.

Haldane ließ sich hierauf, abgesehen von den schon skizzierten militärischen Überlegungen, aus außen- wie innenpolitischen Gründen nicht ein. Es wäre eine Utopie gewesen, zu glauben, in einer Zeit unerschütterlicher liberaler Parlamentsmehrheit, in der die ganze antimilitärische Tradition der letzten zwei Jahrhunderte englischer Geschichte in solcher Stärke vertreten war, ein Gesetz der allgemeinen Dienstpflicht durchsetzen zu können. Premierminister Campbell-Bannermann hatte bereits

⁶ Vgl. die „Times“ vom 24. 11. 1908. — Dazu auch „Große Politik der europäischen Kabinette“ XXVIII Nr. 10229 und 10233.

⁷ Haldane, Autobiography, S. 195.

die Errichtung eines Generalstabes mit höchstem Mißtrauen verfolgt. Hatte er doch einmal geäußert, daß für einen Generalstab als für den Exponenten einer „allgemeinen militärischen Politik“ im englischen Staatsleben kein Raum sei; da er unter der englischen Verfassung kein rechtes Betätigungsfeld habe, läge nur die Versuchung nahe, daß er sich eines schaffen wolle und das wohlverstandene Landesinteresse in Gefahr bringen könne. Wievielmehr aber hätte dieser Premier und das Gros der liberalen Partei sich der allgemeinen Wehrpflicht widersetzt! Davon abgesehen hätte eine so tiefgreifende Umformung der Wehrverfassung in den Zwischenjahren bis zu ihrer Vollendung die militärischen Machtmittel Englands nur geschwächt, dadurch auch seinen Wert für den kontinentalen Bundesgenossen herabgesetzt. Darauf aber wollte sich Haldane mit Rücksicht auf die schon labil gewordene Lage Europas nicht mehr einlassen, und der Generalstab kam nach eingehenden Untersuchungen 1910 zu dem gleichen Schluß. Propagandistische Vorstöße unentwegter Gegner wurden darum im Parlament nur schwach unterstützt und selbst von der unionistischen Oppositionspartei beiseitegeschoben.

Die Schwäche dieser Heeresverfassung beruhte in ihrer schnellen Erschöpfbarkeit. Die Reguläre Armee hatte keine nennenswerten Reserven und konnte bei einer Mobilmachung für den großen Krieg nicht, wie es die Stärke aller kontinentalen Heere war, durch die Millionen eines Volkes in Waffen expandiert werden. Hier fand Haldane eine andere geniale Lösung, auch wieder ganz aus der Tradition heraus geschöpft und doch den gegenwärtigen Bedürfnissen aufs beste angepaßt. Er griff nämlich auf einige *freiwillige Organisationen* zurück, in denen allein sich den Engländern noch die Idee eines allgemeinen Waffen dienstes präsentierte, aber auf einer sehr primitiven, noch nicht einmal milizartigen Ausbildungsstufe. Es gab die „Militia“, das Überbleibsel des Parlamentsheeres aus der Bürgerkriegszeit des 17. Jahrhunderts und daher als die „verfassungstreue Streitmacht“ noch immer mit einer gewissen sentimentalen Zuneigung betrachtet, obwohl schon seit langem deutlich im Absinken begriffen. Es gab die „Yeomanry“, eine ländliche Reitertruppe aus der Zeit der Napoleonischen Kriege, in der auch der hohe und niedere Adel des Landes gerne Offizier spielte. Und schließlich gab es die „Volunteers“, die sich gebildet hatten, als zur Zeit Napoleons III. einmal eine Welle der Invasionsangst das Land über-

schwemmt hatte und sich ein jeder Bürger zur Waffe gerufen fühlte. Der militärische Wert dieser Truppen war sehr gering, am besten der Ausbildung nach noch bei der Militia, kaum der Rede wert bei den Volunteers. Auch ihre Gliederung war chaotisch und völlig zufällig, selbstverständlich waren sie erst recht nicht in große Verbände zusammengefaßt. Aber zu ihnen ging als Soldat nicht, wie zur Söldnertruppe der Regulären Armee, der Tunichtgut der Gesellschaft, sondern in ihnen mitzumachen war die leichte patriotische Pflicht eines glücklichen Landes, sie waren eine „respektable“, eine „bürgerliche“ Truppe.

So konnte Haldane für seine Zwecke an diese patriotische Tradition anknüpfen. Er konnte davon ausgehen, wie Untersuchungen des Reichsverteidigungsausschusses wieder und wieder bestätigten, daß eine Invasion nicht zu befürchten sei, daß die Flottenüberlegenheit zu jeder Zeit ein solches Unternehmen zu einem hoffnungslosen Abenteuer stempeln würde. So würde also auch im schwersten Kriegsfall das innere Leben des Landes nicht bedroht sein, es hätte Zeit, sich auf jeden Krieg umzustellen, also auch seine militärische Kraft voll zu entwickeln. Diese Hilfstruppen könnten daher die *Reserve* bilden, die der Regulären Armee bisher fehlte. Was ihnen an Ausbildung abging, was auf dem Kontinent im Heer der allgemeinen Wehrpflicht erworben wurde, das brauchten sie erst nach Kriegsausbruch sich anzueignen, um dann als zweite Welle eingesetzt zu werden. Wichtig war es nur, auch jetzt schon dieser Truppe eine solche Organisation zu geben, die sie zum Abbild, gewissermaßen zum Schatten einer modernen Armee machte, der jederzeit zum vollen Leben gebracht werden konnte. In diesen Gedankengängen — die übrigens auch Haldanes Freund Grey bereits in einer Rede aus dem Jahre 1905 hatte anklingen lassen⁸ — liegt übrigens eine sehr viel richtigere Einschätzung des modernen Völkerkampfes als eines langdauernden Erschöpfungskrieges beschlossen, als sie etwa bis zum Ausbruch des Weltkrieges der deutsche Generalstab bezeugt hatte, wenn er auf einen blitzschnellen Schlachtensieg hoffte.

Die Grundgedanken seiner Reorganisation der Hilfstruppen als einer unerschöpflichen nationalen Reserve der Regulären Armee hatte Haldane schon in seiner ersten Etatsrede nach der Amtsübernahme ent-

⁸ Vgl. „Times“ vom 4. 4. 1905

wickelt. Die Ausarbeitung nach militärisch-praktischen Erfordernissen erfolgte durch einen Ausschuß im Kriegsministerium, der unter Lord Esher einige bewährte Offiziere wie Lord Roberts und General Haig, den ehemaligen und den künftigen Oberbefehlshaber, vereinte. Die juristische Formulierung eines Gesetzes, der „Territorial and Reserve Forces Act“, besorgte wieder Haldane selbst. Dadurch wurde nun mit Parlamentsbeschluß vom Sommer 1907 aus den verschiedenen Hilfstruppen eine einheitliche „Territorialarmee“ geformt, die in 14 Divisionen genau entsprechend den regulären Verbänden gegliedert war. Die Ausbildung sollte, neben einer Anzahl abendlicher Drillstunden während des Berufslebens, nur eine allgemeine Übung von jährlich 8—14 Tagen umfassen.

Hier nun ist die Nahtstelle, an der sich Soldatentum und staatsbürgerliche Ethik berühren. Die kontinentalen Reformer hatten den Übergang aus dem stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht zugleich mit der Umwandlung des Untertanen in den freien Bürger vorgenommen, das eine mit dem anderen begründet und gerechtfertigt. Die Reguläre Armee der Haldaneschen Reform behält an sich immer noch, politisch gesehen, das Wesen einer Söldnertruppe. Aber indem sie nun Vorbild und im Ernstfall Auffangorganisation einer rein bürgerlichen Truppe wird, erfüllt sie sich auch mit der *nationalpolitischen Aufgabe des Wehrpflichtheeres*, wie sie auch durch ihren unmittelbaren militärischen Einfluß die Territorialarmee erst gegenüber den alten Volunteers über den Stand eines Schützenvereins hinaushebt. Dabei kann auch jetzt noch gegenüber kontinentalen Anschauungen das freiheitliche Element sehr viel weiter sich durchsetzen, kann sehr viel mehr der persönlichen Initiative und dem zivilen Einfluß überlassen und die Abstumpfung durch Zwang und Vorschrift und organisatorische Routine möglichst gering gehalten werden.

Die Gesamtverwaltung für die Territorialarmee wurde nämlich der beteiligten Bevölkerung unmittelbar übertragen und dadurch der interessierte Eifer der *Selbstverwaltung*, sonst nur in den kommunalen Verbänden ausgenutzt, auch für die Heeresorganisation erweckt. Für diese Aufgaben wurden auch wieder alte, inzwischen halb abgestorbene Institutionen zu neuem Leben erweckt, nämlich für jede Grafschaft ein sogenannter „Grafschaftsverband“ (County Association) und an seiner Spitze der Lord-Lieutenant. Die Lord-Lieutenants, ernannt aus dem Kreise der

angesehensten Friedensrichter ihrer Grafschaft, hatten schon im 16. und 17. Jahrhundert die damalige Miliz ausheben und führen müssen. Davon war nicht mehr als ein gesellschaftlicher Ehrentitel übriggeblieben. Jetzt wollte Haldane seinem Träger wieder das Gefühl geben, daß er „seine Uniform verdiene“; er gewann dadurch den landsässigen Adel und mit ihm die Unterstützung der gesamten Nation in Wort und Tat für seinen neuen Wehgedanken. Der Selbstverwaltung des Grafschaftsverbandes waren Aufstellung und Verwaltung der Einheiten der Territorialarmee, die Rekrutenaushebung, Beschaffung und Unterhaltung von Gebäuden und von Übungsgelände, um nur die wichtigsten Funktionen zu nennen, übertragen. Die Ausbildung und die Befehlsgewalt dagegen lag in den Händen qualifizierter Offiziere der Regulären Armee, so daß eine gleichmäßige, ausreichende Leistung dieser Hilfstruppe garantiert wurde.

In seinem Optimismus auf die staatsbürgerliche Pflichterfüllung in Freiheit ging Haldane noch einen Schritt weiter. Die Territorialarmee sollte, wie dargelegt, die nationale Reserve der Regulären Armee sein im Falle eines großen Krieges, der, wie er überzeugt war, nicht auf englischem Boden ausgefochten werden würde. Nun aber lautet ein Paragraph seines Gesetzes (Section 13 der Territorial and Reserve Forces Act): „Jeder Teil der Territorialarmee soll verpflichtet sein, in jedem Teil des Vereinigten Königreiches zu dienen, aber keinem Teil der Territorialarmee soll befohlen werden, und es soll nicht bei ihm zwangsweise durchgesetzt werden, das Vereinigte Königreich zu verlassen.“ Wohl aber kann sich ein jeder Territorial-Soldat freiwillig erbieten, wobei er in jedem Fall auf die Freiwilligkeit seines Tuns besonders hinzuweisen ist, auch außer Landes zu dienen. Des Ministers Helfer, General Haig, hatte eine Trennung innerhalb der Truppe vornehmen und einigen Territorial-Divisionen von vornherein die Verpflichtung zum überseeischen Dienst auferlegen wollen⁹. Haldane aber widersetzte sich nicht nur aus politischen Rücksichten, sondern aus innerer Überzeugung diesem Vorschlag. Er vertraute darauf, daß eine Mobilmachung allen Bürgern den Ernst der Lage klarmachen und sie aus eigenem Antrieb bereift finden würde, auch außerhalb des Vereinigten Königreiches „für die Interessen der Nation und die Verteidigung des Empire zu fechten“.

⁹ Sir G. Arthur, Lord Haig, S. 58.

Hier ist nun eine gewisse Zwiespältigkeit der wehrpolitischen Konzeption zu beobachten. Haldanes Parteifreund und späterer Amtsnachfolger Seely verteidigte in einer Parlamentsdebatte die Heeresreform als die Krönung aller liberalen Staatsweisheit, als eine neue Kontrolle und eine Einschränkung der Macht der Exekutive: „Nichts wäre gefährlicher, als dem Kriegsminister die Macht zu geben, einen Krieg zu beginnen, weil gerade eine große Expeditionsarmee mit beträchtlichen Möglichkeiten der Erweiterung da wäre. Es wäre weit sicherer, daß man, zusammen mit einer zahlenmäßig beschränkten Regulären Truppe, einen patriotischen, wohlbewaffneten und gut trainierten Heereskörper auf dem freiwilligen Prinzip haben sollte, Leute, die selbst Richter sind, ob sie einen Krieg fortführen sollten oder nicht.“ Ebenso auch verteidigte Haldane diese seine bürgerliche Armee einer dezentralisierten Selbstverwaltung, der keine Regierung gegen ihren Willen militärische Verpflichtungen auferlegen könne, als bestes Kontrollorgan der Nation über die Führung der großen Politik. „Keine Regierung könnte zum Kriege schreiten, sofern sie nicht das Volk hinter sich habe.“¹⁰

Auf der anderen Seite aber können Haldane und seine Mitarbeiter¹¹ die Forderung nach Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht gerade deswegen ablehnen, weil sie der Größe Englands, seinen Weltreichsaufgaben nicht gerecht werde. Allein England sei imstande, ein Heer von 120 000 weißen Truppen jenseits seiner Grenze zu unterhalten und mit ihm beliebig lange, zwei oder fünf oder zehn Jahre Krieg zu führen, ohne daß die Lebensgrundlagen und die Hilfsquellen der Nation davon überhaupt berührt zu werden brauchten¹². Dieses Reich ist nur durch Offensivschläge gegen die verwundbarsten Stellen eines Feindes geschaffen worden, nicht indem man gebannt auf die Erfordernisse der Heimatverteidigung starrte. „Nicht dadurch, daß sie sich an diese passive Verteidigung klammerten, machten unsere Vorväter das Land zu dem, was es ist“, so bekennend, im Geiste der Elisabethinischen Seefahrer oder eines Cromwell und William Pitt, dieser Minister einer liberalen Regierung.

¹⁰ Richard B. Haldane, *Army Reform and other Addresses*, S. 31.

¹¹ Wie Sir Jan Hamilton in seinem Buch „*Compulsory Service*“ von 1910, zu dem H. ein längeres Vorwort schrieb.

¹² Haldane im Jahre 1909 vor der Presse anlässlich der Reichskonferenz dieses Jahres.

Die Armee in ihrer neuen Organisation spielt darum auch eine wesentliche Rolle in den Plänen, die Haldane für die *innere Reichsentwicklung* hegte. In dieser Epoche war ja das britische Reich, das den Atlas in allen vier Weltgegenden mit seiner roten Farbe überzogen hatte, an einem Wendepunkt seiner Entwicklung angelangt. Wenn die Anfänge des Reiches auf der Suche nach den Schätzen der Tropen gelegt waren und lange Indien das Juwel in der Krone darstellte, so war man sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts bewußt geworden, daß die wertvollsten Reichsteile die Siedlungskolonien des weißen Mannes waren. Man stand vor dem überwältigenden Faktum einer erdumspannenden Wanderung des englischen Volkes, einer „Expansion of England“, wie sie J. R. Seeley in einer Serie berühmt gewordener Vorträge¹³ seinen Landsleuten gegenwärtigte. Kanada, Australien, Neuseeland usw. waren nicht als Kolonien, sondern als Teile des gleichen Volkes zu betrachten. Darum setzten nun Bestrebungen ein, alle verstreuten Glieder zusammenzufassen, ein *Gesamtreich* mit einheitlichen Institutionen zu bilden. Die Bildung des deutschen oder italienischen Nationalstaates, das Hauptproblem der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, konnte als Vorbild dienen, das hier in viel großartigerem, weltumspannendem Rahmen wiederholt werden sollte. Wie aber dabei der preußische Zollverein der Bismarckschen Reichsbildung vorgearbeitet hatte, so hoffte zu Beginn des 20. Jahrhunderts Joseph Chamberlain, durch das Band einer einheitlichen Schutzzoll-Politik den Zusammenschluß voranzutreiben; doch er hatte sich bei seinen noch auf den Freihandel eingeschworenen Landsleuten nicht durchsetzen können.

Für Haldane dagegen sollte die Schaffung einer modernen Armee, die ebensowenig bisher in Kanada oder Australien wie im Mutterland bestanden hatte, das *einigende Ferment* bilden. Sein Vorgänger hatte sich auch schon darin versucht, war aber völlig gescheitert, da er Truppen unter der festen Kontrolle und Befehlsgewalt des Londoner Kriegsministeriums gefordert hatte. Die waren ihm von den zum Selbstbewußtsein erwachten Kolonien unter Hinweis auf das Prinzip der Selbstverwaltung nicht bewilligt worden. Jeder Zwang dünkte die Kolonien unerträglich; sie fühlten sich jede mehr als eine Nation denn als Kolonie. Das Band, das sie an das Mutterland knüpfte, war, wie es ein Kanadier

¹³ John Robert Seeley, *Expansion of England*, 1883.

bereits 1905¹⁴ ausdrückte, „mehr eine Bindung des Gefühls als der Verfassung“. Haldane ging darum auch hier, ähnlich wie bei seiner Territorialarmee, von der Basis absoluter Freiwilligkeit der Leistung und unbedingter Anerkennung der Selbstverwaltung der Reichsglieder aus.

Das Geheimnis seines Erfolges lag wiederum in einer weisen Trennung der Verwaltung im weitesten Sinn und der militärischen Ausbildung. Er überließ es den einzelnen Regierungen, welche Gesetze sie mit ihren Parlamenten für die Organisation und die Verwendungszwecke ihrer Streitkräfte schaffen wollten; er hütete sich peinlich, in die oberste Befehlsgewalt einer jeweiligen Kolonialregierung einzugreifen, einen streng auf die Londoner Spitze zulaufenden militärischen Instanzenweg zu schaffen. Er ließ vielmehr, verfassungsmäßig betrachtet, völlig selbständig nebeneinanderstehende Heere entstehen. London würde keine Befehle geben. Aber es würde mit seiner Tradition, Erfahrung und seinen reichen Mitteln für die Jüngeren das Vorbild, den Rat, die bessere Ausbildungsmöglichkeit abgeben, um über das verfassungsmäßig lose föderierte Reich eine möglichst einheitliche Organisation selbständiger Armeen zu verbreiten und in ihnen eine gleiche Ausbildungshöhe zu erreichen.

So erhält besonders der britische Generalstab die Aufgabe zugewiesen, überall mit seinen hochqualifizierten Fachleuten beratend zur Verfügung zu stehen, ein Pflanzhaus gemeinsamer Ideen oder, wie es ein andermal heißt, „eine Reichsschule militärischen Denkens“ darzustellen und „das wahre Band der Einheit zwischen den weiterstreuten Streitkräften des Reiches“ zu bilden, dabei aber den Verdacht zu vermeiden, sich in Verwaltungsfragen einzumengen¹⁵. Der Chef erhält darum sehr bald den Titel eines „Chefs des Reichsgeneralstabes“. Aber er durfte mit den Stäben in den Kolonien nur über deren Verteidigungsminister korrespondieren. London arbeitete nur die Prinzipien der Organisation, Ausbildung, Strategie aus, konnte aber ihre Beachtung nicht erzwingen¹⁶. Stabsoffiziere wurden häufig ausgetauscht, die Kanadier, Südafri-

¹⁴ A. G. Bradley, *Canada in the 20th Century*, S. 138.

¹⁵ Denkschrift Haldanes zum Armeebefehl vom 12. 9. 1906 Rede vor der Empire-Konferenz vom 21. 4. 1907, Parlamentsdrucksache Cmd 3523 von 1907, S. 96

¹⁶ Beschluß der Reichskonferenz von 1909, Parlamentsdrucksache „Accounts and Papers“ 1909 LIX Cmd 4948.

kaner auf der englischen Kriegsakademie in Camberley ausgebildet. So vertraute auch hierin Haldane darauf, daß im Ernstfall auch ohne verfassungsmäßige Verpflichtung die Reichsteile zueinanderstehen und ihre Truppen nicht nur für lokale Verteidigungszwecke einsetzen, sondern für Lebensfragen des Gesamtreiches bereitstellen würden. Es war eine Erwartung, die im Weltkriege die Kanadier in Flandern, die Australier und Neuseeländer in Gallipoli oder dem Vorderen Orient auch nicht enttäuscht haben.

Bei diesem Aufbau der Streitkräfte des Empire wurde es aber schon deutlich, daß die Entwicklung dieses Weltreiches nicht in Richtung einer engeren Zusammenfassung und institutionellen Vereinheitlichung seiner Glieder, sondern einer Dezentralisation lief, da nur ein freies Gewährenlassen den Zusammenhalt, wenn überhaupt, fortbestehen lassen würde. Dies erkannte zu haben, gegenüber den Empire-Politikern vom Schlage eines *Joseph Chamberlain*, macht die staatsmännische Überlegenheit des liberalen Imperialisten Haldane aus. Daß er diese Erkenntnis gerade auf dem militärischen Gebiet, das wesentlich zu Disziplin, zu Unterordnung und zentralisiertem Aufbau tendiert, in die Tat umgesetzt hat, ist seine besondere historische Leistung. Insofern ist er mit seiner Heeresorganisation einer der bedeutendsten Schrittmacher, die das „British Empire“ zum „Commonwealth of Nations“ geführt haben, das sich im Westminster-Statut von 1931 seine Verfassung gegeben hat.

Der Weltkrieg brachte die *Bewährungsprobe* der Haldaneschen Heeresreform. Wie vorausgesehen, konnte die Reguläre Armee nach reibungsloser, schneller Mobilmachung als ebenbürtige Kampftruppe und nach sechs Monaten Ausbildung die erste Territorial-Division ins Feld rücken, und ebenso wurde das optimistische Vertrauen auf die freiwillige Leistung des Weltreiches nicht enttäuscht. Haldane selbst war persönlich nicht mehr beteiligt. Schon vor dem Kriege hatte er auf eigenen Wunsch das Kriegsministerium mit dem Amt des Lordkanzlers vertauscht. Bei Kriegsausbruch ging eine Welle des Chauvinismus über England und wollte in ihm, in Erinnerung seiner Worte von Deutschland als seiner geistigen Heimat, auch einen verkappten Landesverräter sehen. So wurde es einsam um ihn. Doch am Abend des Waffenstillstandes erschien der englische Oberkommandierende, sein alter Mitarbeiter Haig, in der Wohnung des alten Mannes und überreichte ihm einen Band seiner

Kriegsdepeschen mit der Widmung: „Dem Viscount Haldane of Cloan, dem größten Kriegsminister, den England je gehabt hat.“

Die Geschichte ist natürlich über jene Form, die Haldane dem englischen Heer gegeben hat, in vielen organisatorischen und technischen Einzelheiten längst hinweggeschritten. Auch England mußte inzwischen zur *Allgemeinen Wehrpflicht* übergehen. Aber in seinen Grundgedanken ist Haldanes Werk auch heute noch gültig, und Ziel der englischen Wehrpolitik ist auch heute wieder die Rückkehr zu einer Zweiteilung seines Heeres unter Aufgabe der Wehrpflicht. Haldane hat es verstanden, Grundbedürfnissen der Heeresorganisation des Inselreiches eine gültige Form zu verleihen, die selbst die umstürzenden Veränderungen unserer technischen Entwicklung zu überdauern vermochte. Aber die Leistung dieses in das Kriegsministerium berufenen philosophierenden Juristen geht über die technisch hervorragende Leistung militärischer Organisationsfragen hinaus. Sie drückt sich darin aus, daß er eine militärisch notwendig gewordene Reform auf beste Weise in die seinem Volk gemäße politische Lebensform einzufügen verstand, sie gleichsam selbstverständlich organisch aus den politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten herauswachsen ließ und mit seinem fachmännischen Werk auch wieder die politische Verfassung befruchtete und im Geiste seines liberal-imperialen Denkens stärkte.

LITERATUR

- Die zu diesem Thema bis zum Jahre 1932 erschienene Literatur hat der Verfasser in seiner eigenen Studie: „Heeresaufbau und Heerespolitik Englands vom Burenkrieg bis zum Weltkrieg“, München (R. Oldenbourg) 1932, 208 S., verarbeitet und bibliographisch verzeichnet. Seitdem wurden keine grundlegenden weiteren Untersuchungen veröffentlicht. An Darstellungen wären noch nachzutragen:
Gordon, The War Office, London (Putnam) 1935, 358 S.
Dewing, The Army, London-Edinburgh-Glasgow (William Hodge & Company) 1938, 128 S.
Dunlop, The Development of the British Army 1899-1914, London (Methuen) 1938, 337 S.
Kalisch, Die Wehrmacht (Heer) der Britischen Krone, Arbeitshefte für Sprachmittler, Heft 43, Leipzig (Pan-Verlag Rudolf Birnbach) 1942, 66

DIE WEHRMACHT IM DRITTEN REICH 1933—1939

von

Dr. HELMUT KRAUSNICK, Institut für Zeitgeschichte, München

Schon zu normalen Zeiten übt nach geschichtlicher Erfahrung die Stellung der bewaffneten Macht *im* Staat und *zum* Staat auf die Entwicklung seines politischen Lebens einen starken, wenn auch nicht immer genau erkennbaren Einfluß. In der ganz ungewöhnlichen Lage jedoch, die das Regime Adolf Hitlers für Deutschland im Innern und nach außen heraufbeschwor, ist das Verhältnis des Heeres zur staatsbeherrschenden einzigen Partei für unser Volk von schicksalhafter Bedeutung geworden. Die historischen und politischen Belastungen der „improvisierten“ Weimarer Republik, nicht minder aber Stellung und Haltung der Reichswehr in ihr, haben zu dem Gang der Entwicklung bereits gewichtig beigetragen.

I. REICHSWEHR UND REPUBLIK

Beträchtliche Teile des deutschen Volkes, tragende Schichten des Kaiserreiches, lebten nach 1918 weiter in den überkommenen Vorstellungen der *Monarchie*. Sie verkannten die Leistung der sozialdemokratischen Führer, im Bunde mit Offizieren der alten Armee ein bolschewistisches Chaos verhütet zu haben, und waren nicht geneigt, den aus der Niederlage geborenen demokratischen Staat als eine zeitgemäße, positive Schöpfung zu bejahen. Ebenso wenig waren sie politisch reif genug, aus dem verlorenen Krieg die Konsequenz einer nüchternen Realpolitik zu ziehen, wie sie inmitten der noch feindlichen Umwelt allein einen schrittweisen Wiederaufstieg erhoffen ließ. Vielmehr verknüpfte sich für ihr Gefühl jene bittere Konsequenz, ja — in der *Legende vom Dolchstoß* in

den Rücken eines „unbesiegt“ Heeres — die Niederlage selbst mit den tragenden Parteien der unerwünschten Republik, den alten „Reichsfeinden“ der Bismarckzeit.

Aber auch diese, mit einem Male die berufenen Stützen des neuen Staates, besonders die zu Kompromissen mit dem Bürgertum genötigte *Sozialdemokratie*, waren innerlich noch nicht darauf gerüstet, diesen Staat wirklich als den ihren zu erkennen und sich ihm vorbehaltlos gleichzusetzen. Allzulange in Opposition gehalten, war die Sozialdemokratie nach dem Worte eines ihrer späteren Führer weder geneigt, „der notwendigen Einheit von Staatsvolk und Staatsmacht in ihren Ideen und Zielen“ Rechnung zu tragen, noch den praktischen Erfordernissen des Staates und seiner Selbstbehauptung ohne Vorurteile zu genügen. Mehr laute als maßgebende ihrer Exponenten machten sich zum Sprecher klassenkämpferisch-internationaler und wehrfeindlicher Prinzipien, denen die Versailler und nachversailler Politik des Westens in den Augen der bürgerlichen Rechten und der Reichswehr Hohn zu sprechen schien. Die Forderung *Friedrich Eberts* nach Schaffung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage verhalte ebenso ungehört wie *Noskes* Ruf an seine Parteifreunde, den neuen Wehrverbänden beizutreten. Das Bedürfnis starker Volksteile nach Führung und autoritärer Vertretung des Vielparteienstaates blieb aus doktrinärem Mißtrauen auch gegen den maßvollen Gebrauch staatlicher Macht unbefriedigt. So kam es weder zur Ausbildung eines allgemeinen tragenden Staatsgefühls noch zu einem Verhältnis wirklichen Vertrauens zwischen den Vorkämpfern der neuen Demokratie und ihren berufenen Waffenträgern.

Auch dieses Schwachemoment war bereits weitgehend geschichtlich und soziologisch bedingt. Längst hatte sich der *Kern des alten Heeres* dem zeitgemäßen Zuge der gesellschafts- und verfassungspolitischen Entwicklung entfremdet. Von Offizieren dieses alten Heeres als ein politisch und sozial annähernd homogenes Gefüge aufgebaut und geleitet, auch durch die überlange Dienstzeit aller ihrer Angehörigen vom Volksganzen abgesondert, bildete die neue Reichswehr einen „monarchischen Rest“ in einer demokratischen Republik, die ihrer von Anbeginn bedurfte, um innere und äußere Gefährdungen des jungen Staates zu verhüten oder zu vermindern. Die Offiziere blieben nach Erziehung und Überlieferung den staatlichen Idealen der monarchischen Zeit, zunächst

begreiflicherweise, verhaftet. Ihr gerade anfangs vielfach guter Wille fand häufig schlechte Resonanz. Von dem nicht durch gemeinschaftliche Grundauffassung und Gesamtverantwortung getragenen Parteiwesen der Republik befremdet, erblickten sie in dem neuen Staat, der keine einheitliche Wehrpolitik herauszubilden vermochte und auch noch der alten Flagge entsagt hatte, kaum mehr als eine Übergangerscheinung, die eines Tages zusammen mit dem Versailler Vertrag wieder verschwinden werde. Maßgebende Kreise der Sozialdemokratie ihrerseits sahen hinter der „steinernen Neutralität der Heeresführung eine Gegenmacht sich konsolidieren, die als selbständiger politischer und soziologischer Körper“ einmal doch ihr volles Gewicht in restaurativem Sinn zur Geltung bringen würde.

Daß dieses problematische Verhältnis von Reichswehr und Republik auch in den Zeiten der Konsolidierung des Weimarer Staates bestehen blieb, beruht weitgehend auf den Auffassungen und Lehren des Generals von Seeckt. In seinen Augen war die Republik der Reichswehr „wesensfremd“, der Parlamentarismus der Krebschaden der Zeit. Seeckt wünschte das Heer zu einer „Stütze der Autorität des Reiches, nicht einer bestimmten Regierung“ zu machen. Insoweit, ohne innere Bindung also an den konkreten Staat der Gegenwart, wollte er den „Formen und Wegen“ der Weimarer Verfassung Rechnung tragen, die, wie er schrieb, „in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken widerspricht“. Abwartend, ohne absoluten Willen zur Macht, beschränkte sich Seeckt auf Kontakt zu Präsident und Regierung, hielt aber Distanz zu den parlamentarischen Exponenten der Republik. Er dachte die Reichswehr als „reinstes Abbild des Staates“ — seiner traditionsbestimmten Ideale, vorerst gleichsam als *Staatsersatz*, mit ihm selbst als einer Art Treuhänder des wahren, überdauernden Deutschland und seiner nationalen Interessen, wie er sie verstand.

Mit dieser Grundeinstellung hatte sich das praktische Bedürfnis der Armee nach dem *Kapp-Putsch* verknüpft: Um den mit ihrer Entwicklungsgeschichte gegebenen Konflikt zwischen monarchischer Tradition und beschworener Loyalität gegenüber der Republik zu überbrücken und damit ihre innere Geschlossenheit und praktische Zuverlässigkeit unter seiner Führung zu sichern, legte Seeckt die Reichswehr streng auf die Wahrung einer „unpolitischen“ Haltung fest. Sie war nur scheinbar als

bewährtes Prinzip aus der monarchischen Ära übernommen, wo auf der Grundlage einheitlicher Staatsgesinnung eine Fernhaltung des Soldaten vom politischen Tageskampf seinem Dienst am Ganzen zugute kam und die Armee zum zuverlässigen Instrument einer wahrhaft legalen Staatsführung machte. In Wirklichkeit besaß die unpolitische Haltung jetzt einen weitgehend negativen Sinn und einen zwiespältigen Charakter. Sie erleichterte das Festhalten an den „alten Gefühlswerten“ einer Zeit, in der man gehorchen konnte ohne innere Konflikte: „Nach all der Unsicherheit“, schreibt Dietrich von Choltitz, „rettete uns Seeckt in die reine Sachlichkeit des Dienstes und die klaren Verhältnisse, wie sie zu Zeiten der Monarchie bestanden hatten.“ Immer mehr, so fährt er fort, „erschien die Politik als eine Welt . . ., aus der sich fernhalten müsse, wer sein Leben klar und sauber zu führen gedenke“. Damit aber vertiefte die unpolitische Haltung auch die *Kluft zwischen Denken und Handeln* des Offiziers, gewöhnte ihn daran, anders zu denken, als er handelte und anders zu handeln, als er dachte, Vorgänge und Tatsachen also, die seinem innersten Empfinden zuwiderliefen, hinzunehmen und sich mit ihnen abzufinden. Es kam nach kompetentem Zeugnis hinzu, daß Seeckt seit dem Kapp-Putsch die Entwicklung starker selbständiger Charaktere im Offizierkorps nur dann zu fördern pflegte, wenn er ihrer Gefolgschaft in jeder Lage sicher war, daß er überhaupt dazu neigte, Gehorsam höher zu schätzen als selbständiges Handeln. Eine intensive politische Unterrichtung wurde versäumt. All das förderte zweifellos Tendenzen zu einseitiger Beschränkung auf das *Militärisch-Fachliche*, wie sie ohnehin einer modernen Entwicklung entsprachen.

Bis zur Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten (1925) blieb Seeckt „der Monarch des Heeres“. „Als Hüter der Ordnung“ lebte dieses Heer nach dem Worte Hoßbachs „auf einer Insel des Nationalbewußtseins ein Dasein der Eigengesetzlichkeit“. Parlamentarischer Kontrolle war es weitgehend entzogen. Der Wehrminister Geßler aber — als Persönlichkeit durchaus nicht unbedeutend, doch von der Fragwürdigkeit seiner „Befehlsgewalt“ durchdrungen — gab unter dem Druck der äußeren Lage dem militärischen Aufbauwerk vor der demokratischen Integration der Armee den Vorrang. Wohl konnte *Stresemann* seine Außenpolitik ohne allzu große Behinderung von seiten der Reichswehrführung durchsetzen. Doch nahm deren Einfluß unter dem

Feldmarschall-Reichspräsidenten im ganzen noch zu. Die Reichswehr stand „über“ den Parteien, praktisch sogar über den verfassungsfeindlichen! So blieb sie eine Hoffnung und eine moralische Stütze der Gegner der Republik, so oft sie diese wahrlich enttäuscht hat. Im Grenz- und Landesschutz stand die Armee mit den wehrwilligen Kreisen der bürgerlichen Rechten, aus denen sie sich wesentlich auch rekrutierte, in einer dauernden, schon dem Versailler Vertrage zufolge zwielichtigen Verbindung. Und keineswegs überall stellten jene Kreise dabei ihre antidemokratischen Tendenzen hinter die nationalen Interessen zurück. So blieb das seit dem Kapp-Putsch verstärkte Mißtrauen der Sozialdemokratie, auch ihrer preußischen Minister, gegen die Reichswehr wach und machte sich in Angriffen auf das Ergänzungswesen, den Landesschutz und die Zusammenarbeit mit Sowjetrußland geltend.

Dies wirkte sich um so nachteiliger aus, als gerade in den Jahren nach der Wahl Hindenburgs und der allgemeinen Konsolidierung eine Reihe namhafter und politisch versierter hoher Offiziere, darunter der Oberst von Schleicher, die von Seeckt gepflegte Distanz zur Republik zum mindesten als problematisch empfand. Sie legten sich die Frage vor, „ob die Armee zum jetzigen Staate und den ihn tragenden Parteien eine auf die Dauer zweckmäßige und haltbare Stellung“ einnehme, und wünschten, das Heer „mehr in oder über die Mitte des Volkes zu rücken“. Diese Tendenz verstärkte sich noch mit dem neuen Reichswehrminister Groener (1927), zumal unter der Regierung der Großen Koalition (von der bürgerlich-schwerindustriellen Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie) mit ihrem staatspolitisch denkenden sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller (1928). Groener lehnte es ab, „die Idee einer nationalen Wehrmacht einseitig zu orientieren“, und bemühte sich um eine Überwindung des Mißtrauens der Linken. Zwar kennzeichnete auch er später im Stile Seeckts die Aufgabe der Reichswehr dahin, „abseits aller Parteipolitik“ in strengster Sachlichkeit „nur der Idee des Staates“ zu dienen, doch besaß der Begriff „Überparteilichkeit“ für die neue Leitung einen weitaus positiveren Sinn. Dennoch blieb die Sozialdemokratie unter dem Druck ihres linken Flügels sowie der kommunistischen Konkurrenz, trotz ihres Wehrprogramms von 1929, in militärischen Fragen praktisch zwiespältig. Sie stellte darüber hinaus staatspolitische Erfordernisse vielfach hinter ideologische und parteitaktische Ziele zurück.

So kam unter dem Kabinett Müller, dieser letzten parlamentarischen Mehrheitsregierung der Republik, im Schatten des wirtschaftlichen Niederbruchs die latente Funktionskrise des Weimarer Parteienstaates (mit seinem extremen Verhältniswahlrecht und der Fraktionsgebundenheit der Minister) offen zum Ausbruch. Dieses Versagen des vielgescholtenen „Parlamentarismus“ kam einer starken Strömung zugute, die im Sinne des längst angebahnten „stillen Verfassungswandels“ auf eine Steigerung der Macht des Reichspräsidenten, als Verkörperung des „Staates über den Parteien“, durch weitgehende Auslegung seines Notstandsrechts (Art. 48 der Reichsverfassung) hinzielte. In Übereinstimmung mit dieser Strömung strebte im Winter 1929/30 die Umgebung des Reichspräsidenten unter führender Beteiligung des nunmehrigen Generals von Schleicher (als Chefs des Ministeramts im Reichswehrministerium) ein auf den Reichspräsidenten gestütztes, nicht parteigebundenes und „sozialistenreines“ Kabinett unter dem Zentrumsabgeordneten Brüning an. Nötigenfalls autoritär regierend, sollte es die große Krise meistern, den Anschauungen und Wünschen der Reichswehr Rechnung tragen und womöglich das Zentrum auch in Preußen von den Sozialisten lösen. Zu diesem Zwecke förderte Schleicher gleichzeitig die Bildung einer „regierungsfähigen“ Rechten, wie sie sich — durch eine Abspaltung von der grundsätzlichen Opposition der deutschnationalen Partei Hugenberg gegen das Weimarer „System“ — in Gestalt der sog. „Volkskonservativen“ zu entwickeln schien. Mit dem so angebahnten „Kabinett der Frontsoldaten“ unter Brüning (1930) machte sich die Reichswehr selbst zur Stütze einer zunehmend autoritären Staatsführung und rückte zwangsläufig mehr in den Vordergrund der politischen Bühne.

Offen aber trat jetzt zutage, daß die unter dem Druck der Wirtschaftskrise in einen überreizten Nationalismus ausmündende Radikalisierung breiter Volksschichten, insbesondere der Jugend, die Reichswehr in Mitleidenschaft zog. Nicht mit Unrecht sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Leber — ein Opfer des 20. Juli — von dem „gewaltigen Irrtum des Herrn von Seeckt“, Disziplin und Unterordnung allein genügten „für das Funktionieren einer Armee“: dazu sei die Truppe „viel zu eng mit dem Volk verbunden“. Der Soldat müsse daher für seine Aufgabe „auch einen ideellen Inhalt“ haben. In der Tat führen zeitgenössische Briefe geistig hochstehender und politisch einsichtiger Offi-

ziere Klage darüber, daß man ihnen „immer nur negative Ziele“, wie „Ruhe, Ordnung, Verfassungsschutz“, doch keine „positiven Aufgaben“ gebe: sie wollten aber nicht „seelenlose Landsknechte“ sein, sondern an der Erreichung innen- und außenpolitischer Ziele denkend mitarbeiten. Der Mangel an gemeinschaftlichem Staatsgefühl nach dem Sturz der alten Ordnungen, die Schwäche jener negativ-zwiespältigen „unpolitischen“ Haltung gegenüber der Republik, die Seeckt dem Heere aufgeprägt hatte, wurden in dieser großen Staats- und Volkskrise deutlich. Gleichzeitig vermerkten immer mehr Offiziere peinlich das Mißtrauen, das die demokratische Linke ihrer innersten Gesinnung nicht ohne Grund entgegenbrachte, und wiesen es unter Berufung auf ihre loyale Gesamthaltung entrüstet zurück. Sie überschätzten die Bedeutung der spitzen Kritik linksradikaler Schriftsteller an Geist und Handeln der Armee und erwarteten vom Staat eine Unterdrückung solcher Angriffe, die ihnen die Landesverteidigung zu gefährden schienen. So entstand gleichsam ein Hohlraum in der Gefühlswelt vieler Offiziere: die Frage war, wie die Reichswehrführung diese Problematik meistern sollte — und schon stieß *Hitler* in jenes seelische Vakuum hinein.

Der Führer der NSDAP hat Stellung und Haltung der Reichswehr nie aus den Augen verloren. Für diese schien der Hitlerputsch von 1923 mit der Meuterei der Münchner Infanterieschule, die viel Nachsicht erfuhr, zunächst Episode zu bleiben. Erst in den ausgehenden zwanziger Jahren wurde der auch in Ostdeutschland rasch wachsende Nationalsozialismus für die Armee zu einem Kardinalproblem. *Hitler* ging in seiner Opposition gegen das „System“ so weit, daß er 1928 seinen Anhängern jede Beteiligung an den Landesschutzarbeiten verbot, auch wenn sie „als im vaterländischen Interesse liegend“ empfohlen würde. Erbittert wandte er sich im März 1929 in einer großen Rede gegen die Bemühungen der „schlaun Herren des Reichswehrministeriums“ um Annäherung von Heer und Republik. Von bleibender Bedeutsamkeit in seinen Ausführungen ist, daß *Hitler* den Offizier von Ehre für *mitverantwortlich* erklärte, wenn das Verhalten der Staatsführung die höchsten nationalen und moralischen Werte seines Volkes bedrohe. Entschieden verurteilte er daher die Theorie eines „unpolitischen Heeres“, die dieses zum „Büttel“ einer totalen Parteiherrschaft herabdrücken werde, welche die Nation zugrunde richte! Auch *Hitlers* militärische „Experten“ trafen den wunden Punkt

der Reichswehr-Konzeption, wenn sie bemerkten, die „Staatsidee an sich“, der das Heer dienen solle, sei doch nur ein Schlagwort, die „Entpolitisierung der Reichswehr“ ein „Armutzeugnis der Republik“: denn erst durch ihren Inhalt werde die Staatsidee „lebendige Kraft, an der sich die Geister scheiden“, andernfalls entstehe ein „lustlos funktionierender Verwaltungsapparat“. Vom „Zukunftsstaat“ versprachen sie der Wehrmacht „große politische Ziele“, statt ihrer gegenwärtigen „Blickrichtung nach innen“. *Hitler* selbst behauptete gar, sein Sieg werde die Reichswehr von der „peinlichen“ Rolle eines „Fremdkörpers im eigenen Volk“ erlösen.

Solche Reden, sowie Aufforderungen an die Reichswehr, sich dem „nationalen Kern“ des Volkes anzuschließen, galten offenkundig vor allem der *jüngeren Generation* des Offizierskorps. Greifbare Erfolge erzielten sie nur in Einzelfällen, wie im Herbst 1930 der Leipziger Prozeß gegen die Ulmer Leutnants bewies, die in mehreren Garnisonen für eine neutrale Haltung des Heeres im Falle einer „nationalen Revolution“ Stimmung gemacht hatten. Symptomatisch war dieser Vorgang und sein Wiederhall jedoch für eine *Vertrauenskrise* zwischen Truppe und Reichswehrführung — zwischen „Front“ und „Büro“. Fraglos bestanden in der jüngeren Generation von Heer und Marine Sympathien für den Nationalsozialismus. Sie galten weniger dem Programm als der „Dynamik“ einer Bewegung, die den Kommunisten die Straße streitig machte, überdies imstande schien, die Arbeiterschaft aus internationalen Bindungen zu lösen und so die „Volksgemeinschaft“ als Voraussetzung der „Wehrhaftmachung“ zu erneuern. Man wertete den Nationalsozialismus als „nationales Element“ schlechthin, ohne sich zu fragen, ob der fanatischste Verfechter der nationalen Interessen auch auf die Dauer ihr erfolgreichster Vertreter sein würde. Von den geheimen Planungen der eigenen Führung, namentlich auf dem Gebiet des Landesschutzes, wenig unterrichtet, schrieb man im Sinne fortgesetzter Presseangriffe Groener und seinem Berater, dem „truppenfremden“ Schleicher, ohne jede Berechtigung einen „Linkskurs“ zu. Doch auch älteren Offizieren lag solcher Verdacht gegen ihren Minister nicht fern, den schon seine Haltung bei der Abdankung des Kaisers im November 1918 „belastete“. Hiermit verknüpften sich bei den Älteren aus der Schule Seeckts Bedenken gegen die „Politisierung“ der Reichswehr überhaupt, zu der Schleicher mit Groeners Billigung die Hand geboten hatte. Mit weit geringerer Autorität als Seeckt

vor die „Frage“ gestellt, „wie sie die Föhlung mit den lebendigen Kräfteu des Volkes behalten“ sollte, war die neue Reichswehrröhrung schon durch die Umstände versucht, sich immer tiefer in das politische Kräfteispiel zu verstricken. Hitler aber hatte im Leipziger Prozeß Gelegenheit erhalten, eine „Legalität“ seiner Partei zu beedien, die in Wahrheit kaum für ihre Mittel bis zur „Machtergreifung“, geschweige denn für Ziele und Methoden nach einem Regierungsantritt galt; doch kam ihr das formalistische Denken der Zeit ebenso entgegen wie das Wunschbild zahlreicher Maßgebender, nicht zuletzt in der Reichswehr.

Inzwischen hatten die von allen zeitbedingten Emotionen bestimmten Reichstagswahlen vom 14. September 1930 den Nationalsozialisten 107 Mandate eingebracht. Diese Verschiebung der innerpolitischen Gewichtsverteilung über die „konservativen“ Gruppen hinweg zugunsten der radikalen Rechten zerstörte in ihren Auswirkungen wesentliche Voraussetzungen jener autoritär-überparteilichen Konzeption, mit der namentlich Schleicher und Hindenburg selbst den Brüning-Kurs begonnen hatten. Lange Zeit über Ziel und Weg mit Groener und dem Kanzler einig, neigte Schleicher doch von Hause aus stärker als diese dahin, der neuen Lage Rechnung zu tragen, schon um die innere Geschlossenheit der Reichswehr durch die Einwirkung der nationalistischen Parolen nicht gefährdet zu sehen. Erblickte auch Schleicher in der NSDAP ein nationales Element oder doch ein nützliches Gegengewicht gegen „Links“, so war er dennoch nie gewillt, ihr Staat und Wehrmacht auszuliefern. Wohl aber hielt er es für geboten, die Partei aus ihrer staatsgefährdenden Opposition herauszuziehen und ihre radikalen Tendenzen in verantwortlicher Regierungsföhrung abzufangen. Damit sollte die „wehrröhrliche“ Gesinnung ihrer Anhängerschaft den damaligen militärpolitischen Zielen der Reichswehr nutzbar gemacht und gleichzeitig die Entwicklung zu einem vom Parlament unabhängigen Regierungssystem gefördert werden. Da Schleicher mit vielen anderen verkannte, daß Hitlers Persönlichkeit und totalitäres Machtstreben jede Hoffnung auf eine „Zähmung“ ausschloß, ließ er sich auf fragwürdige Verhandlungen mit föhrenden Nationalsozialisten ein. Durch seine Wandlung von einem Befürworter zu einem Gegner des sehr verspäteten SA-Verbots, die er auch mit Rücksicht auf die Stimmung der Armee vollzog, half er eine gesteigert krisenhafte Entwicklung von verhängnisvollen Konsequenzen auslösen.

Da Brüning durch die Obstruktion der radikalen Rechten wieder zu einer gewissen Anlehnung an die SPD genötigt wurde, eine Erweiterung der Regierung nach Rechts indessen nicht gelang, da ferner die psychologisch-taktischen Konzessionen abgeseigte, allein vom sachlichen Ziel bestimmte Aufbauarbeit Brünings das weitere Ansteigen der nationalsozialistischen Flut nicht verhinderte, förderte Schleicher den Sturz des Kanzlers. In Übereinstimmung mit den Neigungen Hindenburgs suchte er nun die ursprüngliche autoritär-antiparlamentarische Konzeption in der Form einer reinen Präsidialregierung unter einem weiter rechtsgerichteten Kanzler eigener Wahl — Franz von Papen — unter persönlicher Beteiligung als Wehrminister durdzuföhren. Dieses auf politisch wie gesellschaftlich sehr schmaler Basis operierende Kabinett vollzog durch die staatsstreichartige Absetzung der Preußenregierung Braun-Severing (20. 7. 1932) einerseits den Bruch mit der Sozialdemokratie. Da andererseits die von Schleicher gewünschte föhrende Beteiligung der Nationalsozialisten sowohl an Hitlers totalitärem Ziel wie an Hindenburgs Widerspruch scheiterte, geriet Papen bald in volle Isolierung. Als einziger Ausweg erschien ihm eine auf Reichspräsident und Reichswehr gestützte Diktatur unter völliger Ausschaltung des Parlaments mit dem Ziel einer tiefgreifenden, nötigenfalls gewaltsamen Verfassungsreform autoritär-ständischer Tendenz.

In der Überzeugung, unter solchen Aspekten einen offenen Kampf mit Nationalsozialisten, Kommunisten und womöglich Sozialdemokraten unter Einsatz der Reichswehr vermeiden zu müssen, und zunächst noch in der Hoffnung, durch Gewinnung Gregor Straßers die Mitarbeit von Teilen der NSDAP zu finden, versagte Schleicher Papens Reform- und Konfliktprojekten seine Unterstützung und übernahm selbst das Kanzleramt. Nach dem Scheitern jenes Spaltungsplans suchte er durch Annäherung an verschiedene außerparlamentarische Gruppen, insbesondere die Gewerkschaften, eine breitere Regierungsbasis zu schaffen, um, gestützt auf den Reichspräsidenten unter zeitweiliger Ausschaltung des Reichstags, den Kampf mit der NSDAP aufnehmen zu können. Mindestens Putschversuchen der Partei gegenüber stand die Zuverlässigkeit der Reichswehr unter Hindenburg als Oberstem Befehlshaber und Hammerstein als Chef der Heeresleitung im ganzen außer Frage. Gegenüber den Vorjahren hatte sich die Reichswehr in der Hand ihrer Föhrung gegen-

über dem Nationalsozialismus eher innerlich gefestigt, während dieser Zeichen von Schwäche und Zerfall zu zeigen begann. Doch die SPD, psychologisch noch unter dem Eindruck der Preußenaktion Papens und Schleichers und ohne greifbare Vorstellung vom Wesen eines totalitären Regimes, verkannte die Chance, daß nunmehr — endlich — die Reichswehrführung selbst als Inhaber der Macht dem Erzfeind aller rechtsstaatlichen Freiheiten gegenüber in Kampfstellung gerückt war.

Freilich, Schleicher repräsentierte persönlich nie „die Reichswehr“, sondern hing in seiner Verfügung über die Truppe stets von Hindenburg ab. Gescheitert mit seinen Kombinationen, angefeindet besonders von agrarischen Interessengruppen, erschütterten Intrigen in der Umgebung des Reichspräsidenten vollends die Stellung Schleichers, selbst als Wehrminister. Die bisherige Reichswehrführung wurde sang- und klanglos aus ihrer Riegelstellung hinausmanövriert: Schleicher mußte ohne Widerstand zurücktreten. Nachdem durch Papens Verhandlungen mit Hitler die Aussicht auf ein Kabinett aller Rechtsgruppen eröffnet war, in dem eine Mehrheit bürgerlich-konservativer Minister den Führer der Nationalsozialisten „einrahmen“ würde, ließ Hindenburg seinen ursprünglichen Plan einer neuen Regierung Papen mit Beteiligung Hugenberg schließlich fallen und berief nach langem Widerstreben Hitler zum Reichskanzler (30. I. 1933). Seit Monaten, wenn nicht Jahren, unter dem Alldruck eines blutigen Zusammenstoßes mit der revolutionären „nationalen Bewegung“, nahmen die höheren Führer der Reichswehr diesen „gleitenden Übergang“ der Regierung auf Hitler, in Gemeinschaft mit allen „nationalen Kräften“ unter dem Segen Hindenburgs, nicht ohne innere Erleichterung auf.

II. REICHSWEHR UND DRITTES REICH

Schon diese Stimmung, namentlich aber die grundsätzliche Abneigung der älteren Offiziere gegen die zunehmende „Politisierung“ der Reichswehr in der jüngsten Vergangenheit, kam jetzt den Interessen und Tendenzen Hitlers zugute. An eine „Gleichschaltung“ der Armee konnte dieser vorerst nicht denken. Die Zusage, „die Reichswehr als unpolitisches Instrument des Reiches zu bewahren“, war eine der Vorbedingungen Hindenburgs für seine Ernennung zum Kanzler gewesen. Und nach der Haltung der Reichswehrführung in den letzten Jahren mußte Hitler

zufrieden sein, wenn er das höhere Offizierkorps zunächst einmal für eine positive Zurückhaltung gegenüber dem neuen „Staat“ gewann. Daß er des Heeres für die Durchsetzung seiner Machtziele im Innern nicht bedurfte, sondern dafür seine eigenen Kampfverbände bereits aus der Republik mitbrachte, erleichterte es ihm, der Reichswehr als ihre „natürliche“ Aufgabe die Verteidigung des Reiches nach außen zu weisen und — sie hierauf zu beschränken. So übernahm Hitler nunmehr die Konzeption der „unpolitischen“ Reichswehr als taktisch gebotene Ausgangsbasis für die Gestaltung seines Verhältnisses zu ihr: am 3. Februar 1933 bekannte er sich zur Wahrung ihres „unpolitischen und überparteilichen“ Charakters. Neun Jahre später hat Hitler seinen Hintergedanken einmal offen ausgesprochen: Durch seine „legale“ Machtübernahme habe die Wehrmacht „so lange auf ihre rein militärischen Aufgaben beschränkt gehalten werden können, bis in Durchführung einer allgemeinen Wehrpflicht das Volk als Ganzes und mit ihm nationalsozialistischer Geist in sie einströmte und mit unaufhaltsam wachsender Kraft alle der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber oppositionell eingestellten Elemente, insbesondere des Offizierkorps, überwucherte“!

Im übrigen wurde der „Umbruch“ von den meisten jüngeren Offizieren der Reichswehr zweifellos begrüßt. Keine Armee, die mehr ist als eine Söldnertruppe, kann auf die Dauer die innere Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des politischen Lebens ihrer Nation ohne seelischen Schaden entbehren. So hatten es viele in der Weimarer Zeit schmerzlich empfunden, daß die Armee im Staat nicht völlig heimisch wurde. Bot der 30. Januar 1933 nicht eine Lösung, die das Heer aus dem Dilemma unnatürlicher Isolierung oder ebenso unnatürlicher Politisierung herausführte? Zum ersten Mal seit 1918 schien die Möglichkeit gegeben, in Übereinstimmung mit den entscheidenden Prinzipien des nationalen Lebens dem Gemeinwesen mit dem Verstand und mit dem Herzen zu dienen. Gerade für die jüngeren Offiziere, aus deren Reihen später aktive Widerstandskämpfer hervorgingen, darf eine solche Meinung gelten. Daß der damalige Kavallerieleutnant Graf Stauffenberg sich am 30. Januar in Bamberg in voller Uniform an die Spitze eines Fackelzuges setzte, der den nationalsozialistischen Sieg feierte, ist bezeichnend, wenn auch schon ein extremer Fall. „Gebildet von dem Anschein höchster nationaler Energie“, traute man der neuen Führung Willen und Kraft zu, die

Beschränkungen des Versailler Vertrages abzuschütteln. Die breite Grundlage der Führung im Volk schien zugleich die inneren Voraussetzungen für eine Wehrhaftmachung der Gesamtheit zu geben. So bot sich dem jungen Offizier statt des engen Rahmens, der dem 100 000-Mann-Heer gezogen war, eine Fülle neuer konkreter Aufgaben, nicht zuletzt auch die Möglichkeit rascheren Aufstiegs.

Mit einer beträchtlichen inneren Distanz hingegen stellten sich *Stabs-offiziere und Generale* zum neuen Regime. Fester in den Überlieferungen der Vergangenheit wurzelnd, erkannten sie schärfer als die Jüngeren sowohl das Revolutionäre wie das unecht Soldatische der Bewegung. Dazu kamen eine „Verachtung der Radau- und Gewaltmethoden, des so wenig Kavalierrmäßigen des ganzen Parteibetriebs“, sowie Bedenken gegen die Herkunft der Funktionäre. Freilich besaßen auch die älteren Offiziere kein klares Bild von den eigentlichen Zielen und Wesenszügen des Nationalsozialismus, geschweige denn seines Propheten. Was ihre Einstellung bestimmte, war daher nicht eine grundsätzliche Ablehnung der neuen Führung, sondern ein instinktives Unbehagen hinsichtlich ihrer revolutionären Tendenzen wie ihres politischen Augenmaßes. Bei seiner ersten Rede vor den Befehlshabern begegnete Hitler denn auch einer ihm deutlich spürbaren Reserve. Im folgenden Gespräch der Zuhörer untereinander wurden zwar seine bezeichnenden Anspielungen auf „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“, die einige Teilnehmer alarmiert hatten, mit dem Schillerwort abgetan: „Stets war die Rede kecker als die Tat.“ Entscheidend für die Gesamthaltung der höheren Offiziere aber war gegenwärtig weder politische Naivität noch Opportunismus, sondern der in *normalen Zeiten* gültige Grundsatz, daß eine Armee das zuverlässige *Instrument* ihrer Staatsführung ist. Diese Staatsführung war für sie — unabhängig von der Weimarer Verfassung! — der Reichspräsident und Generalfeldmarschall, der seine Entscheidungen selbst zu verantworten hatte. In spezifisch politischen Fragen eine eigene Autorität geltend zu machen, fühlten sie sich von Hause aus nicht berufen, und zweifellos droht jedes Abweichen von dieser Maxime die Armee zum willkürlichen Richter über innerpolitische Auseinandersetzungen zu erheben und dem Militarismus Tür und Tor zu öffnen. Erst eine Lage von extremem *Ausnahmecharakter* konnte den Soldaten Grenzen der Gültigkeit dieses Prinzips erkennen

lassen. Die Vorstellung einer *sittlich entarteten* deutschen Staatsführung aber war den in, wenn auch erstarrten, Lebensformen des bürgerlichen Rechtsstaates aufgewachsenen höheren Offizieren im Frühjahr 1933 noch fremd. Daß die gewohnten Kategorien von „guter“ oder „schlechter“ Regierung zur Beurteilung des nationalsozialistischen Regiments nicht ausreichen würden, konnte sie erst die Zukunft lehren.

Alle Unklarheit über die gegenwärtige Lage aber wurde durch die „*Atmosphäre vernunftfeindlichen Gefühlsüberschwangs*“ begünstigt, welche die ersten Monate des „Dritten Reiches“ beherrschte. Unverständnis, Engherzigkeit und Mißtrauen des Auslandes, wirtschaftliche Not und Mangel an Gemeingefühl hatten dazu beigetragen, das deutsche Volk seiner politischen Freiheit nicht froh werden zu lassen, den Vorkämpfern der Demokratie aber die belebende Sicherheit des Handelns in einer Dauerkrise zu nehmen, die alle Gegner zu hemmungsloser Schwarzmalerei ausbeutete. Auch jetzt war eine Bewältigung der nationalen Nöte noch gar nicht abzusehen. Und doch schien einer großen Zahl mit einem Male der lahrende Druck beseitigt, die ersehnte „Wendung“ gekommen, die von der neuen Führung schon proklamiert und von einer gläubigen Gefolgschaft begeistert gefeiert wurde. Was galten vielen noch die Errungenschaften demokratischer Ordnung, ja die Grundrechte einer normalen Zeit, welche die Krise nicht behoben, zudem unter ihrem Druck bereits Einschränkungen erfahren hatten! Ihr Gehalt und ihre Anwendung erschienen teils diskreditiert, teils so selbstverständlich, daß man sie nicht mehr zu schätzen wußte. Daß der Rechtsgedanke überhaupt, und zwar auf die Dauer, von einer Staatsführung verleugnet werden könnte, kam breiten Schichten des Volkes noch gar nicht zum Bewußtsein. Auch die Reichswehr war ein Teil dieses Volkes mit seinen unpolitischen Emotionen. Überdies verstand es Hitler, dem „Umbruch“ einen patriotisch-konservativen Aspekt zu geben, der seine bürgerlichen Partner und das Heer psychologisch kaptivierte. Die Gestalt Hindenburgs diente, zumal am Tage von *Potsdam* (21. 3. 1933), der Illusion wahrer geschichtlicher Kontinuität und einer gesunden Synthese von Revolution und Tradition.

Und doch zeitigten schon die ersten Monate der neuen Ära Tatbestände genug, die den als politische Partner des neuen Kanzlers zur Mitverantwortung Berufenen zu denken geben mußten. Der brutale *Terror der*

SA, mit dessen Hilfe Hitler im Zeichen der „Gleichschaltung“ wider alles Verfassungsrecht die ganze Macht an sich riß, befremdete schließlich fast allgemein. Und mochten breite Kreise der „Bekämpfung“ eines unterschiedslos zum Nationalfeind gestempelten „Marxismus“ vieles zugute halten, so konnte doch bald niemand mehr verkennen, daß die Ausschreitungen von SA und Partei auch die demokratische Linke, ja die deutschen nationalen Verbündeten, den Stahlhelm, „reaktionäre“ Beamte, Richter und Wirtschaftler und mittelbar schon die Kirchen betrafen. Im April 1933 mußte Hugenberg bereits öffentlich vor einem „Trümmerhaufen“ warnen, im Mai zur „raschen“ Wiederherstellung einer „festen Rechtsordnung“ mahnen! Hatte die „Einrahmung“ Hitlers und seiner Paladine durch eine Mehrheit bürgerlicher Minister im Reichskabinett überhaupt einen Sinn gehabt, sollten die Warnungen der früheren Reichswehrführung vor einer Auslieferung des Staates an die NSDAP nicht in den Wind gesprochen sein, so mußten gemeinschaftliche Bestrebungen einer Eindämmung der *totalitären Tendenzen* gelten und in dem Reichswehrminister ihren vornehmsten Vertreter finden.

So günstig wie für Hitler, so verhängnisvoll war es nun für die deutsche Entwicklung, daß Blomberg als Minister dieser Aufgabe weder entsprach noch entsprechen wollte. Vorher Befehlshaber in Ostpreußen, hatten die Zusammenarbeit im Grenzschutz sowie persönliche Einflüsse ihn wohl als einzigen aktiven General dem Nationalsozialismus gefühlsmäßig nahegebracht. Vielseitig gebildet, doch „romantisch“ veranlagt, allem Neuen zugewandt und, nach seinen theosophischen Neigungen, ohne die feste Weltanschauung des „alten Offiziers“, war sein Charakter labil genug, um jetzt dem Willen und der Suggestivkraft Hitlers zu erliegen. Und Blombergs nächster Mitarbeiter Reichenau war zwar ein ganz politischer Soldat, jedoch ein überzeugter Anhänger Hitlers. Frei von „bürgerlichen Vorurteilen“, brachte er den revolutionären Formen des Nationalsozialismus Sympathie entgegen. Klug und ehrgeizig, hart und doch geschmeidig, Blomberg politisch überlegen, bestimmte wesentlich er den Kurs des Ministeriums. Durchdringung der Reichswehr mit „nationalsozialistischem Geist“ unter Ausrichtung auf Hitler selbst, als den allein berufenen *Führer*, schien ihm die beste Gewähr für ihre „Sonderstellung“ im neuen Staat wie gegen Einmischungen der Partei als solcher, die er allerdings abwehren wollte.

Für Hitlers totalitäres Ziel aber war eine Reichswehrführung kein Hindernis, welche die noch vor kurzem so gefürchtete Kräfteverschiebung im Staat in ihrer Bedeutung völlig verkannte. Nach der Dynamik des Geschehens nur mehr auf ihren „Bund“ mit den „nationalen“ Usurpatoren bedacht, gewährte sie sogar der brutalen Machtpolitik der Partei im Innern Rückhalt und Stütze. Wohl alle Generale und Kommandeure waren über die Terrorakte der SA entsetzt. Einige zeigten Neigung zu örtlichem Eingreifen im Sinne der alten Auffassungen von Ordnung oder bedachten die Rückwirkungen eines passiven Verhaltens der Reichswehr auf deren „mühselig erworbene“ überparteiliche Stellung: brauche man doch „im Ernstfall“ auch diejenigen Volksteile, die „jetzt wegen ihrer politischen Gesinnung der Verfolgung durch die Rechtsverbände ausgesetzt“ seien. Blomberg und Reichenau aber kannten solche Bedenken nicht und erteilten noch vor dem *Reichstagsbrand* (28. 2. 1933) den Befehlshabern die Weisung, dem geplanten „rücksichtslosen Vorgehen“ gegen den Marxismus „*Gewehr bei Fuß*“ zuzusehen und etwa „Zuflucht bei der Truppe“ suchenden Verfolgten „keine Unterstützung“ zu gewähren! Mindestens einige Generale gaben diese Weisung nur in abgeschwächter Form weiter. Blomberg aber zeigte schon Befriedigung darüber, daß bei dem Umbruch „nicht an die Wehrmacht gerührt“ worden sei — dank ihrer früheren „unpolitischen“ Haltung, die „jetzt“ für ihn „vorbei“ war. Ja, er verstieg sich am 1. Juni zu der Prognose, es werde „ein Glück sein, wenn diese Bewegung bald zu der von ihr erstrebten Totalität kommt. Viele Schwierigkeiten würden dadurch erspart.“ Blomberg verstand freilich unter „Totalität“ kaum „mehr“ als eine eindeutige politische Klärung im Sinne der NSDAP, eindeutig auch, indem sie der Reichswehr Peinlichkeiten wegen ihrer einseitigen Stellungnahme ersparen würde. Bei solcher Haltung der Spitze, der Resignation Hindenburgs und Hammersteins, sahen selbst kritisch gestimmte Generale (wie Adam) keinen anderen Weg, als sich vor ihren Offizieren von den Mißständen deutlich zu distanzieren und einstweilen zu erklären: in einer Revolution treibe immer „zuerst der Schmutz an die Oberfläche, um später wieder zu Boden zu sinken“. Nach Besetzung sämtlicher Parteien, außer der eigenen, hielt Hitler es übrigens selbst (im Juli 1933) für geboten, „*das Ende der Revolution*“ zu verkünden: das Treiben der SA gefährdete nachgerade die Konsolidierung seines Regimes. Zahllose Bür-

ger und Offiziere aber glaubten gern an die jetzt versprochene „gesetzmäßige“ Aufbauarbeit und gewöhnten sich, in ihren Vorstellungen „Partei“ und „Führer“ voneinander zu trennen. Hitler warb ja auch beständig um die Reichswehr und feierte nach dem Ausbau seiner Macht mit gutem Grunde die „herzliche Verbundenheit“ zwischen den „Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer auf das äußerste disziplinierten Wehrmacht“! (30. 1. 1934.) Fast schien es sich um zwei gleichberechtigte Partner zu handeln. Tatsächlich aber war die Reichswehr politisch bereits weitgehend isoliert.

Und schon bahnten sich Ereignisse an, welche die Stellung der Wehrmacht im und zum nationalsozialistischen Staat entscheidend treffen sollten. Die SA, nach „beendeter“ Revolution ohne rechte Aufgabe, richtete ihre Blicke mehr und mehr auf die „reaktionäre“ Armee und deren geplanten Umbau. Sollte nicht die SA das nationalsozialistische Volksheer werden? Die Offiziere der Reichswehr ihrerseits betrachteten die lästige Konkurrenz dieser irregulären Massen unter vielfach anmaßenden und zügellosen Führern längst mit Abscheu und Argwohn. Gerade dieser Führertyp bestärkte ihren Eindruck, daß mit der NSDAP Elemente zum Zuge gekommen waren, denen die sittlichen Maßstäbe des Soldaten fehlten. Sachlich gesehen, galt bislang der „Grundsatz“, daß alle Waffen der Reichswehr „gehörten“ und daß die Landesverteidigung in ihre Zuständigkeit falle. Tatsächlich aber ging die SA in Grenzschutz- und Mobilmachungsfragen zunehmend eigene Wege, gelangte dabei in den Besitz größerer Waffenbestände und bewaffnete ihre „Stabswachen“ sogar mit schweren Waffen, teilweise aus dem Ausland. Ja, Blomberg zufolge beanspruchte der Stabschef Röhm im Februar 1934 praktisch das Gesamtgebiet der Landesverteidigung für die SA. Die Einheiten der Reichswehr sollten Mannschaften und Führer ausbilden und der zur Miliz umgestalteten SA überweisen, die Befehlshaber des Heeres den SA-Führern offenbar als bloße „Berater“ zur Seite treten.

Auch Hitler wollte eines Tages die Reichswehr auf seine Weise „gleichschalten“. Unter den einstweiligen Umständen aber war ihm klar, daß eine Förderung solcher Ansprüche die Armee zum offenen Gegner des Nationalsozialismus machen mußte. Gerade im Frühjahr 1934 spürte die Partei eine verbreitete *Mißstimmung* im Volk über den Kirchenkampf, die Knebelung der Meinungsfreiheit, den Terror und die Korruption und

reagierte darauf mit dem bekannten „Feldzug“ gegen „Kritikaster“. Eine Begünstigung der Aspirationen Röhm's konnte die Reichswehr mit den von Hitler betrogenen bürgerlich-konservativen Gruppen zusammenführen, die zu Lebzeiten Hindenburgs noch nicht alle Chancen verloren hatten. Auch im Hinblick auf Hindenburgs Tod mußte sich Hitler den guten Willen der Reichswehrführung erhalten. Und für den beabsichtigten Aufbau eines modernen Heeres konnte er den Sachverstand der aktiven Offiziere gar nicht entbehren.

Hitler bestätigte daher die Reichswehr in aller Form als „den einzigen Waffenträger“. Er entwickelte gleichzeitig den SA-Führern seinen Standpunkt in dieser für ihn als Haupt der Bewegung so heiklen Streitfrage mit beschwörender Deutlichkeit (28. 2. 1934). Als ihm aber Äußerungen Röhm's hinterbracht wurden, die von einem hochmütigen Aufbegehren des Stabschefs zeugten, erklärte Hitler nach längerem Überlegen, man müsse „die Sache ausreifen lassen“. Demnach hielt er hier nicht mehr viel von Besänftigungen oder Maßregelungen. Lenkten die SA-Führer nicht sichtbar ein, so zweifelte er wohl an der Möglichkeit, diese längst unbotmäßigen, bewaffneten und nun seiner politischen Grundlinie widerstrebenden Elemente mit normalen Mitteln auszuschalten, und zog — nach totalitärem Rezept — ihre „Liquidierung“ vor. Offenbar hat Röhm seine Pläne weiterverfolgt. Er trieb jedenfalls die Bewaffnung seiner Truppen vorwärts und spielte vielleicht mit dem Gedanken an eine Aktion, wenn auch gewiß nicht am 30. Juni und kaum vor dem Tode Hindenburgs.

Hitler ließ nunmehr im Sinne seiner Taktik des „Ausreifenlassens“ die Dinge treiben. Damit steigerte er die Gefahr der sich bewaffnenden SA für die Armee auf einen Grad, der ihm die Reichswehrführung vollends in die Arme trieb, dieser die beschlossene blutige Lösung einigermaßen plausibel machte und ihm selbst erlaubte, dabei als „Sachwalter“ der Reichswehr aufzutreten. Blomberg und Reichenau waren von Hitler darüber orientiert, daß er zu einem von ihm gewählten Zeitpunkt gegen die SA einschreiten werde, und legten die Entscheidung über den von langer Hand vorbereiteten Präventivschlag in seine Hand. Die Heeresleitung unter Fritsch und Beck durchschaute Hitlers Spiel wohl kaum; und Blomberg hat sie schwerlich eingeweiht. Reichenau hingegen beteiligte sich im Bunde mit Himmler schließlich intensiv an der Planung des Gewalt-

streichts. Mit Unrecht erblickte er einen Vorteil darin, daß Hitler der Reichswehr einen aktiven Einsatz bei der Niederschlagung der SA „ersparte“. Das politische Interesse der Armee hätte eher ihre Beteiligung an einer Aktion geboten, sofern sich die Notwendigkeit dieser Aktion ergab, natürlich unter Wahrung der elementaren Rechtsnormen. Durch sein selbständiges, präventives Vorgehen konnte Hitler den Ablauf der Dinge in einer Weise bestimmen, wie sie — ohne Rücksicht auf die primitivsten Rechtsbegriffe — allein seinem Machtinteresse entsprach. Mit der Niederwerfung der SA aber verknüpfte er einen Schlag gegen Oppositionelle überhaupt, insbesondere die „Reaktion“. Exemplarischer Terror sollte die Reste der *bürgerlich-konservativen Opposition* hinter dem Vizekanzler von Papen treffen, die, wie Hitler wußte oder ahnte, einen Zusammenstoß zwischen Reichswehr und SA zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu nutzen hofften. Papens Marburger Rede (17. 6. 1934) war daher für Hitler das Signal zur Durchführung der Mordaktion. Die Alarmierung der Reichswehr löste bei Teilen der SA Gegenmaßnahmen aus, die ihm zusätzliche Vorwände für sein „blutiges Zugreifen“ lieferten.

Blindes Instrument in der Hand Blombergs und Reichenaus, leistete die Reichswehr dem Gewaltstreich Hitlers in mehrfacher Hinsicht technische Hilfe — ohne Einfluß auf den Gesamtcharakter der Aktion. Während die Gerüchte über Schleichers politische Betätigung Beck zu einer Warnung des ehemaligen Hauptes der Armee bewogen, stimmte Blomberg, wohl im Glauben an Hitlers „Material“, Schleichers Verhaftung zu! Am 5. Juli vertrat er Hitlers Lesart der „Säuberungsaktion“ (wie Blomberg sagte!) vor den Befehlshabern. Er rechtfertigte selbst den Schlag gegen die bürgerliche Opposition „auch im Interesse der Wehrmacht“ als „unumgänglich nötig“ und erklärte: „Wir sollten nach dem Willen dieser Kreise in ein Lager verschoben werden, in dem wir nicht stehen können.“ Die Quintessenz seiner mit eisigem Schweigen aufgenommenen Rede war, daß Hitler im Interesse der Reichswehr gehandelt habe, die ihm dies durch womöglich noch größere Treue danken müsse.

Nach dem kompetenten Zeugnis eines Abteilungsleiters im Wehrministerium erkannte „der obere Kreis“ der Armee dennoch klar genug, daß Hitler im eigenen Interesse gehandelt hatte. „Die Masse der Offiziere“ jedoch erblickte in der Aktion eine Tat zugunsten der Wehr-

macht: die Niederschlagung ihres großen Feindes, der SA, unter gefährlichen und moralisch fragwürdigen Führern. Hitler *diesen* gegenüber ein Ausnahmerecht zuzubilligen, waren sie ebenso geneigt wie weite Kreise des Volkes nach dem Terror der SA. Und hatte „der Führer“ sich nicht von einer Reihe der übelsten Elemente seiner eigenen Partei getrennt, die schwelende Revolution ausgelöscht und einen Gesundungsprozeß verkündet? Die allenfalls bekannten Erschießungen bloß potentieller Gegner des Regimes — die dem 30. Juni sein wahres Gesicht gaben — werteten viele als Erscheinungen am Rande eines turbulenten Geschehens. Schleicher endlich war für die Truppe weit eher der vielgewandte politische Spieler als ein Vertreter echten Soldatentums: vielleicht hatte ihn seine Leidenschaft einmal mehr bedenkliche Wege beschreiten lassen.

Die *Führer des Heeres* aber hat der 30. Juni 1934 zum erstenmal akut vor die Frage von *Gehorsam oder Verantwortung*, Befehl oder Gewissen gestellt. Sie sind in den Bahnen des überkommenen Gehorsams geblieben. Zweifellos standen die hohen Offiziere nicht mit dem Herzen hinter Blomberg und Reichenau. Eine Reihe von ihnen begann zu ahnen, daß die gewohnten Grundsätze des Soldaten einem Regime gegenüber versagten, in dem (wie der spätere Generalstabschef Halder an Beck schrieb) zumindest „die eine Gruppe“ darauf ausging, „bestehende Werte zu zerschlagen“. Auch die Heeresleitung unter Fritsch und Beck empfand das Ungeheuerliche des 30. Juni, zumal der „Gewalttaten, die mit der Abwehr der Röh-Revolve sachlich in keinem Zusammenhang“ standen (wie ebenfalls Halder schrieb). Durch sein „blitzschnelles Handeln“ aber hatte Hitler Blomberg und Reichenau noch fester gebunden, die Masse der jüngeren Offiziere gewonnen, die Heeresleitung — völlig überrumpelt. Ohne einen Befehl Blombergs oder Hindenburgs, erklärte Fritsch Papen nach dessen Freilassung, habe er nicht eingreifen können. In der einmal gegebenen Lage unvermittelt die Schranken der überkommenen Loyalität zu durchbrechen und einen Umsturzversuch mit unabsehbaren Folgen zu unternehmen, war einem unpolitischen Soldaten wie Fritsch nicht gegeben.

Was man bei Trägern so hoher Verantwortung wie Fritsch und Beck vermißt, ist auch weniger ein Umsturzversuch als die gebührende Reaktion auf jene Willkürakte gegen Unbeteiligte ohne Untersuchung und

Urteil, der entschlossene Wille etwa, den Ring um Hindenburg zu sprengen. Moralisch am schwersten aber wiegt das Ausbleiben einer gebührenden Reaktion auf den feigen Mord an so prominenten Kameraden wie *Schleicher* und *Bredow*. An der nötigen Aufklärung über den Hergang hat es nicht gefehlt. Nach verschiedenen Zeugnissen forderte denn auch eine Reihe höchster Offiziere von Blomberg eine Untersuchung. Er erklärte sie für unmöglich, und man ließ es dabei bewenden. Konvention — oder moralische Indifferenz? — erwies sich stärker als Korpsgeist und elementares Kameradschaftsgefühl. War die Wehrmacht wirklich „das letzte weltanschaulich noch nicht angegriffene Element“, wie ausgerechnet Hitler einmal gesagt hatte? Unleugbar enthüllt der 30. Juni die Schwäche nicht nur ihrer Stellung, sondern auch ihrer Haltung, was trotz der Befehlsgewalt Blombergs auch für die Heeresleitung gilt. So konnte Hitler unter dem frischen Eindruck der Ereignisse und der „Leistung“ seiner Leibstandarte noch die folgenschwere Zustimmung Blombergs zur Aufstellung einer *Division bewaffneter SS* erreichen, ohne daß nach den Erfahrungen mit der SA ein sofortiger Einspruch des Heeres erfolgte. Der Scheinsieg vom 30. Juni wurde damit vollends zur Niederlage der Armee.

Das Verhängnis wollte es, daß Hitler bald darauf Gelegenheit erhielt, der Reichswehr für die Ausschaltung der SA gleichsam seine Gegenrechnung zu präsentieren. Am 2. August 1934 starb Hindenburg. Auch der Mord an dem österreichischen Bundeskanzler (25. 7. 1934) Dollfuß hat Blomberg nicht daran gehindert, schon am 1. August im Reichskabinett dem höchst fragwürdigen Gesetz über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zuzustimmen, womit die unabhängige Spitze des Reiches beseitigt und Hitler auch Oberster Befehlshaber der Wehrmacht wurde. Doch Blomberg ging persönlich erheblich weiter. Noch am 2. August befahl er die sofortige *Vereidigung* der Reichswehr auf Hitler nach einer Formel, die unter Anrufung Gottes den Soldaten gegenüber „dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht“, zu „*unbedingtem Gehorsam*“ verpflichtete. Ohne Rücksicht auf das geltende Vereidigungsgesetz von 1933, lediglich auf sein Verordnungsrecht als Minister gestützt, hatte Blomberg auf eigene Verantwortung und mit ganz unmotivierter Eile einen Schritt getan, der das politische Gefüge Deutsch-

lands tief und nachhaltig berührte: es handelte sich praktisch um einen Staatsstreich.

Nicht mehr auf „*Volk und Vaterland*“, wie bisher, sondern allein auf den „*Führer*“ Adolf Hitler verpflichtete der neue Eid. Nach dem Vorbild des persönlichen Eides auf den Monarchen der geschichtlichen Vergangenheit sollte dies als „Rückkehr zu dem natürlichsten Gesetz soldatischen Wesens“ erscheinen. Nach Hitlers Willen aber sollte damit eine Zeit ein Ende finden, in der die Reichswehr sich als Verkörperung der „Staatsidee an sich“ begreifen wollte. Mit der Verpflichtung der Eidgeber (also der Soldaten) zu „unbedingtem“ Gehorsam ging die neue Formel über alle früheren hinaus und verdunkelte die Voraussetzung dieser Eidesleistung, daß sie dem Eidnehmer (Hitler) als einem gewissenhaften Sachwalter des *Gemeinwohls* galt. Sie zielte darauf ab, jede Eigenverantwortung des Eidgebers auszuschalten, und den Eidnehmer gegen jede Regung eines pflichtbewußten, gottesfürchtigen Gewissens zu sichern. Jede Verweigerung eines Befehls, der gegen die Gebote Gottes und das Gemeinwohl verstieß, wurde damit aufs äußerste erschwert, schon jede verantwortungsbewußte Unterscheidung zwischen Führerbefehl und Gemeinwohl zum Hochverrat gestempelt. Denn wie viele besaßen noch genügend christliche Substanz, um sich davon leiten zu lassen, daß ein Eid, der bei Gott geschworen war, niemals dazu zwingen konnte, Gott zu beleidigen und seine Gebote zu mißachten? Bis zum Eintreten einer ganz außergewöhnlichen Situation hatte man selbst hohen und höchsten Offizieren den Mund verschlossen und die Hände gefesselt. Es hing dann von ihrer persönlichen Gewissensentscheidung ab, ob die Armee der übergesetzlichen Wertordnung und den wahren Interessen der Nation dienstbar bleiben würde.

Die Schnelligkeit schon, mit der die Vereidigung vollzogen wurde, gibt ihr einen fragwürdigen Beigeschmack. Daß eine Überrumpelung beabsichtigt war, hat nicht nur Beck empfunden, den später der Gedanke quälte, er hätte vielleicht damals nicht schwören dürfen. Gewiß hofften viele Offiziere wie Blomberg und Reichenau, die neue Eidesform werde den Diktator seinerseits an die Armee binden. Hitler bestärkte sie darin, wenn er (am 20. 8. 1934) mit einem regelrechten „Dank für den geleisteten Treueid“ versprach, jederzeit für die „Unantastbarkeit der Wehrmacht“ einzutreten und sie „als den einzigen *Waffentträger* in der Nation

zu verankern". Vielen war die Bedeutung des großen Wandels vielleicht nicht völlig klar. Doch selbst ein so rein militärisch denkender und gegenüber dem Regime so loyaler Offizier wie Guderian schrieb damals an seine Frau: „Morgen werden wir den Eid auf Hitler leisten. Einen folgenreicheren Eid! Gebe Gott, daß er beiderseits mit der gleichen Treue gehalten wird, zum Wohle Deutschlands. Die Armee ist gewohnt, ihren Eid zu halten. Möge sie es in Ehren tun können.“ Die wahre Problematik des Vorgangs und den Zwiespalt des Empfindens kritisch gestimmter Offiziere aber kennzeichnen folgende Worte des damaligen Hauptmanns Stieff in einem Brief an seine Frau: „Ohne Hoffnung im Herzen könnte man ja vollends verzweifeln. Und nur aus diesem Grunde heiße ich die sofortige Vereidigung von uns gut. Ich klammere mich dabei an den einen Hoffungsstrohalm, daß damit ein sehr verpflichtendes Gegengewicht gegen den Wahnsinn der Einpartei-Herrschaft geschaffen wird. Meine Bedenken in bezug auf die Herauslassung der Begriffe ‚Volk und Vaterland‘ sind damit aber nicht beseitigt. Es ist, wie gesagt, nur eine Hoffnung, ohne die man überhaupt nicht weiterkäme. Vielleicht ist es auch ein Selbstbetrug.“

Tatsächlich zeitigten die folgenden Monate erhebliche Spannungen zwischen Reichswehr und Partei. Die Ereignisse des 30. Juni kamen vielen Offizieren erst aus größerem Abstand zu vollem Bewußtsein. Generalstabler zumal drängten auf Untersuchung der Fälle Schleicher und Bredow. Dies führte schließlich zu jener Erklärung des Feldmarschalls von Mackensen vor der „Vereinigung Graf Schlieffen“ vom 28. Februar 1935, daß „die persönliche Ehre der genannten Offiziere nicht berührt worden“ sei: gemessen an der Mordtat dürftig genug und nicht einmal veröffentlicht, war solche Stellungnahme im totalitären Regime doch ungewöhnlich. Deutlichen Ausdruck findet die Spannung in den Befehlshaberbesprechungen dieser Zeit, in den Mahnungen Fritschs zu strenger Reserve gegenüber Innenpolitik und Kirchenkampf, in seinen Warnungen vor der „Bespitzelung“ des Offiziers, in den drohenden Worten Blombergs gegen absprechende Kritik, ja „Zellenbildung gegen den Staat“ und „politische Diskussionsklubs“ in der Truppe. Besorgnis erregte im Heer aber vor allem das Problem der bewaffneten SS. Ohne daß die eigentlichen Anlässe klar zutage traten, kam es um die Jahreswende 1934/35 zu einer akuten Vertrauenskrise. Fritsch führte später die „große

Erregung“ auf „die Umtriebe der SS“ zurück. Offenbar schrieben Heer und SS sich gegenseitig Putschabsichten zu; die Reichswehr traf Vorkehrungen. Am Neujahrstage hatte Fritsch keinen Zweifel mehr, daß Himmler und Göring ihm Umsturzpläne nachsagten, worauf er eine Erklärung forderte. Dies veranlaßte Hitler zu einem für das Verhältnis von Heer und Regime bedeutsamen Eingreifen. Binnen 48 Stunden berief er eine Führerversammlung von Reichswehr und Partei in die Berliner Staatsoper und hielt eine niemals veröffentlichte, aber nach allen vorhandenen Zeugnissen äußerst geschickte Rede (3. 1. 1935). In einer die Ehre des Offiziers verpflichtenden Form beteuerte Hitler sein „durch nichts zu erschütterndes Vertrauen“ zur Loyalität der Armee, insbesondere auch ihres Oberbefehlshabers Fritsch. Entschieden rückte er sogar von etwaigen Angebereien seiner Parteileute gegen das Offizierkorps ab, zeigt sich diesen somit in der vertrauenswürdigen Rolle des unparteiischen Staatsoberhauptes. Im ganzen gewiß ein „aufsehenerregender Achtungserfolg der militärischen Führer“, wie Hoßbach sagt, — aber zugleich der erstrebte politische Erfolg für Hitler selbst: die einstweilige Überwindung der psychologischen Nachwirkungen des 30. Juni. Er hatte die Reichswehr in ihrer „Sonderstellung“ — als eine der beiden „gleich wichtigen Säulen“ des neuen Staates — bestätigt, doch ohne sie von der Konkurrenz der bewaffneten SS zu befreien. Eine Verfügung Hitlers regelte das gegenseitige Verhältnis im Sinne eines Kompromisses: Die bewaffneten SS-Formationen sollten die Gesamtstärke von drei Standarten nicht übersteigen, keine Artillerie erhalten und nicht im Divisionsverband zusammengefaßt werden, ihre Angehörigen überdies im Kriegsfall im Heere aufgehen; diesem stand ein Besichtigungsrecht zu.

Betrachtet man die Ereignisse der letzten Monate im ganzen, so ergibt sich trotz der erstmaligen Teilnahme der Reichswehr am Parteitag in Nürnberg, daß das Offizierkorps zumindest des Heeres dem Nationalsozialismus mit starken Vorbehalten gegenüberstand. Nicht mit Unrecht sah Blomberg eine Hauptsache der soeben überwundenen Krise in dem mangelnden „Verständnis“ für das „Wesen des neuen Staates“ der „nur einer Partei“. So setzte er die kritisch Gestimmten unter „moralischen“ und „nationalen“ Druck: „Kein Staat tut mehr für seine Armee. Ohne Nationalsozialismus keine Soldatenfreudigkeit.“ Von Blombergs Standpunkt aus war es denn auch kein Widerspruch, daß er einerseits den Satz be-

kämpfte: „Die Wehrmacht muß unpolitisch sein“, andererseits aber es „unerträglich“ nannte, wenn die Wehrmacht über ihre Grenzen hinausgreife. Welcher Wandel gegenüber der Auffassung eines Hammerstein (1931): auch im Falle eines Wechsels von Reichspräsident und Reichskanzler müsse das Heer „die Probe bestehen, Recht und Gesetz aufrechtzuerhalten“! Daß solche Gedanken dem höheren Offizierkorps noch nicht ganz fremd geworden waren, zeigt sowohl die scharfe Wendung Blombergs gegen ein „Gerede von Ausnahmezustand und Diktatur“ wie ein Brief Halders an Beck (6. 8. 1934), in dem es heißt: „Eine die Kräfte richtig wertende, vorausschauende und ihr Schwergewicht geschickt geltend machende Vertretung der Armee wird vorbeugend viel tun können, was uns später die schreckliche Rolle des bewaffneten Friedensstifters im eigenen Volk ersparen kann.“

Bei dieser Lage, der Stimmung der Offiziere und der Haltung Blombergs ist es begreiflich, daß *Fritsch* als Chef der Heeresleitung in den Brennpunkt der Spannungen rückte und zum „Gegenpol“ des Ministers wurde. Nach seiner Persönlichkeit und evangelisch-kirchlichen Erziehung war dieser gerade Soldat gegen die „romantisch-phantastische“ Geistesart eines Blomberg gefeit genug, um die auf Zersetzung der „alten Tugenden“ hinauslaufenden Tendenzen der totalitären Partei instinktiv zu erkennen. Grundsätzlich schon stimmte er sich, wie er rückschauend sagte, dem Eindringen „partei-politischer Maximen“ in das Heer als zersetzenden Elementen entgegen. „Revolutionärer Geist“ zumal hatte für ihn „in einer auf Gehorsam aufgebauten Institution ... keine Stätte“. Zur „Politik“ jedoch fehlte *Fritsch* nach seiner eigenen Meinung „alles“; auf ihrem Boden war er so gut wie hilflos, wozu seine Gehemtheit im menschlichen Umgang sicherlich beitrug. Den verkündeten nationalen und sozialen Zielen der Bewegung nicht entgegen, wollte er als Offizier der Schule *Seeckts* dem „Staat“, wie er einmal war, und seinem bestellten Oberhaupt *Hitler* loyal dienen. Im Banne überlieferter Ordnungsvorstellungen trennte auch *Fritsch* den „Führer“ von der „Partei“. Hielt er sich daher in spezifisch politischen Fragen zurück, so gelang es ihm doch, das Heer als Traditionsträger preußisch-deutschen Soldatentums inmitten eines politisch-moralisch nivellierten Parteistaates weitgehend zu bewahren. Denn auch ohne eigentliche Faszination für den einfachen Mann hat *Fritsch* kraft seiner Wirkung auf den Offizier das Heer mehr als jeder

andere Oberbefehlshaber seit *Seeckt* beherrscht. Im Lande aber wurde er nach seiner Stellung und Erscheinung die Hoffnung aller an Recht und Sitte hängenden Oppositionellen, bis in die Arbeiterschaft hinein. Damit ein politischer Faktor geworden — worin er selbst freilich nur eine Erschwerung seiner „eigentlichen“ Aufgabe sah —, mußte *Fritsch* für *Hitler* je länger je mehr zum Hindernis der Gleichschaltung des Heeres werden.

Welche Bedeutung für dieses Ziel *Hitler* der am 16. März 1935 erneuerten *allgemeinen Wehrpflicht* beimaß, wissen wir aus seinem eigenen Munde. Hatten die Führer der Reichswehr diese Neuordnung auch stets als nationale Notwendigkeit betrachtet, so verkannten sie doch nicht die politischen und organisatorischen Nachteile der überschnellen Vergrößerung. Die Wandlung vom Berufsheer ausgewählter Freiwilliger zum *Volksheer* der allgemeinen Wehrpflicht setzte die Armee den Einflüssen der parteigelenkten Masse weit stärker aus. Der Zusammenhang zwischen Führern und Geführten lockerte sich. Unter der raschen Vermehrung durch Reaktivierte und Neuausgebildete litt aber auch jener Charakter des Offizierkorps als einer autonomen, von einem überpersönlichen Ethos bestimmten Körperschaft, welcher für seine Behauptung gegen Einbruchsversuche des Parteistaats wie für sein Wirken als konservative Kraft die Voraussetzung bildete. Die *Marine*, nach den Vorgängen von 1918 noch ausschließlicher „national“ orientiert als früher und von den innerpolitischen Mißständen nicht so berührt, war schon soziologisch weniger zur Opposition vorbestimmt. Mit der Aufstellung der weitgehend „traditionsfreien“ *Luftwaffe* endlich, unter dem Parteimann und Minister *Göring*, war die Einheitlichkeit der Wehrmacht und ihrer Leitung vollends nur mehr theoretisch gegeben.

Mit der Erneuerung der Wehrpflicht traten aber auch praktische und prinzipielle Gegensätze zwischen *Hitler* und den militärischen Führern auf, die schwerwiegende Konflikte auslösten. Sowohl bei der Verkündung der Wehrfreiheit wie bei der Wiederbesetzung des Rheinlandes warnten die *Militärs* — auch *Blomberg* — den Politiker. In beiden Fällen „widerlegte“ der Erfolg ihre Bedenken, steigerte *Hitlers* Triumph sein Mißtrauen und sein Selbstgefühl gegenüber den Generalen. Diese widerstrebten einer überstürzten *Aufrüstung*, um die solide Grundlage des bisherigen Berufsheeres nicht zu verlieren. *Hitler* aber forderte die Entwicklung der Wehrmacht in Ausbildung, Aufstellung, Ausrüstung „und vor

allem auch" geistiger Erziehung „zur ersten Armee der Welt – in kürzester Frist“. Als er in der berühmten, durch den Wehrmachtadjutanten Hoßbach überlieferten Sitzung vom 5. November 1937 seine *Lebensraum- und Kriegspläne* entwickelte, reagierten Blomberg und Fritsch, wie es Hitler gegenüber nahelag, mit schwerwiegenden fachlich-militärischen Bedenken. Die Diskussion, zumal mit Göring, nahm scharfe Formen an. Daß seine hochfliegenden Pläne bei den Generalen auf sachlich-nüchterne Skepsis stießen, befremdete auch Hitler offensichtlich. In der Folge vermißt man jedoch jede weitere Reaktion der führenden Militärs, wie sie solcher Selbstenthüllung des Diktators entsprochen hätte. Offenbar hoffte man noch immer, er werde sich im Ernstfall den Realitäten beugen.

Auf den Generalstabschef Beck aber machten Hitlers Darlegungen, als er sie vertraulich von Hoßbach erfuhr, einen niederschmetternden Eindruck. Einst hatte er für die angeklagten Offiziere seines Ulmer Regiments eine Lanze gebrochen und an Hitlers Machtergreifung nationale Hoffnungen geknüpft. Nach den Erfahrungen des Jahres 1933 aber bereitete sich bei Beck eine Wendung vor, die mit dem 30. Juni 1934 und dem Dollfuß-Mord vollendet erscheint. Er orientierte sich über die Lage beim Auswärtigen Amt, und es entsprach seinem eigenen Denken, wenn der Staatssekretär von Bülow ihm erklärte, daß die Welt „einem Führer bzw. einer Regierung, die sich so über alle Rechtsbegriffe hinwegsetzt“, auch außenpolitisch alles zutraue. Dienstlich konnte Beck nur mahnen und warnen, soweit es seine Position erlaubte. Denn statt der einstigen Stellung unmittelbar unter dem Kaiser bekleidete der Generalstabschef jetzt nur eines – wenn auch das wichtigste – der fünf Ämter der Heeresleitung. Beck erstrebte daher die Beteiligung des Oberbefehlshabers des Heeres an allen politischen Entscheidungen, welche die Landesverteidigung berührten. Er witterte die abenteuerlichen Ziele Hitlerscher Aufrüstungspolitik. Gleichsam mit verkehrter Front bekämpfte er als verantwortungsbewußter Soldat schon in diesen Jahren Kriegspläne des Diktators gegen Österreich und die Tschechoslowakei. Was Beck empfand, sprach Heinrich von Stülpnagel – der Mann des 20. Juli in Paris – in einem Brief an ihn zum Jahresende 1936 mit den Worten aus: „Nun können wir wohl noch eine ganze Weile die Welt in Unruhe erhalten, aber einmal hat diese genug und ruft uns zur Ordnung.“

Becks Persönlichkeit ist bestimmt durch die harmonische Verbindung

besten Soldatentums mit allgemeiner Geistigkeit bei unbedingter Lauterkeit des Charakters und höchstem Verantwortungsgefühl. Vor allem kraft seines Menschentums wurde er die Verkörperung des ethischen Widerparts nationalsozialistischer Perversion und damit schließlich der vornehmste Repräsentant des „anderen Deutschland“ überhaupt. Auch seine politische und militärisch-fachliche Kritik wurzelte in einer ethischen Grundeinstellung. Er fordert, daß der Träger der Politik „ein moralischer Mensch“ sei, der in letzter Instanz „seinem Gewissen unterworfen“ bleibe. Um so mehr war Beck im Hitlerstaat von der großen Verantwortung der Armee für die deutsche Entwicklung durchdrungen. Mit Goerdeler, einem der führenden Männer der zivilen Opposition, sah er sich darin einig. Aber auch Beck war keine revolutionäre Natur – die geistige Komponente seines Wesens besaß ein Übergewicht, das seiner Ursprünglichkeit und Vitalität Eintrag tat. Auch rang Beck einstweilen noch mit den letzten Folgerungen aus einem für den Soldaten beispiellosen Gewissenskonflikt. Und noch hatte selbst er die Unmoral Hitlers nicht völlig durchschaut.

Gerade diese scheinbar *normaleren Jahre 1935/37* waren für die Entwicklung der inneren Einstellung von Volk und Wehrmacht zum Hitler-Regime wohl die gefährlichsten. Im Schatten einer innen- und außenpolitischen Konsolidierung wurde die Zersetzung des Rechtswesens bei konsequenter Stärkung der Macht der Polizei systematisch gefördert. Mittels pseudo-legaler Handhaben konnten sich diese Wandlungen jedoch fast geräuschlos und hinter einer anspruchsvollen Fassade „neuer Ordnung“ vollziehen. Diese Momente und die immer noch ansehnlichen Reste des Rechtsstaates auf Gebieten, welche die Machtinteressen des Regimes nicht berührten, leisteten dem allgemeinen Wunschbild eines Abklingens der Revolution Vorschub. Was der Nationalsozialismus wirklich war, kam für breitere Volkskreise noch am deutlichsten in dem Schicksal zum Ausdruck, das er den beiden christlichen *Kirchen* bereitete. Was geschah, riefen nicht allein die unmißverständlichen Auslassungen der aggressiven Seite, sondern auch die mutigen Zeugnisse der Betroffenen dem halbwegs aufmerksamen Zeitgenossen ins Bewußtsein. Namentlich haben Vertreter beider christlicher Konfessionen schon damals klar herausgestellt, daß der Nationalsozialismus eine „Diktatur über die Gewissen“ bedeute, daß jedoch Eid und Gehorsam gegen die Obrigkeit

niemals zu einer Handlung oder Unterlassung zwingen könnten, die den Geboten Gottes zuwiderlaufe.

Dem Offizierkorps der alten Reichswehr aber lag in diesen Jahren die gewaltige Aufgabe ihrer *Umwandlung und Erweiterung* ob, die seine ganze Kraft erforderte. Die Heeresleitung war gewillt, den Neubau im Geiste der soldatischen Überlieferung zu vollziehen. Der Bereich des Heeres blieb denn auch im ganzen frei von Einflüssen der Partei, ihrer Ideologie oder gar ihrer Funktionäre. Er gewann sogar eine Anziehungskraft für Gegner und Kritiker des Regimes. Im Rahmen loyaler Gesamthaltung bedeutete dies nicht weniger und nicht mehr, als daß der Großteil des alten Offizierkorps über die zwangsläufige Ablenkung durch das Aufbauwerk hinaus sich von den „Unerfreulichkeiten“ der Innenpolitik auch bewußt abwendete und, ähnlich wie zu Zeiten Seeckts, in der „reinen Sachlichkeit des Dienstes“ aufging. Die innere Schwäche und Zwiespältigkeit dieser Haltung mußte sich jedoch im „Dritten Reich“ ganz anders auswirken als in der anspruchlosen, aber rechtsstaatlich begründeten Weimarer Republik. Sie lief praktisch jetzt auf Duldung einer amoralischen Staatsführung hinaus. Sie stieß andererseits auf ein totalitäres Regime, das mit der „Dämonie seines auf Vergewaltigung der Umwelt gerichteten Willens“ eine distanzierte Haltung des Soldaten nicht zuließ. Überdies trat es dem Soldaten „im Namen“ seiner eigensten, zweckvoll und schrankenlos mißbrauchten Ideale entgegen. Im Zeichen einer permanenten Mobilmachung riß es Widerstrebende mit, hielt sie nieder oder veranlaßte sie zu bedenklíchsten Konzessionen und Tarnungen. Der abstrakte soldatische Pflichtbegriff aber förderte eine Haltung, wie das Offizierkorps sie zumal in diesen Jahren einnahm. Eines Tages konnte er keine befriedigende Lösung mehr bieten. Treffend hat Hoßbach aus der Rückschau bemerkt, daß „gegen den amtlichen Kurs des Führers und des Kriegsministers“ die konservative Aufgabe Fritschs „auf die Dauer in der *Defensive* nicht zu lösen“ war.

Nie wäre es nötiger gewesen, den Blick auf das Ganze des deutschen (keineswegs nur „politischen“) Lebens zu behalten und zu lenken. Dies hätte, wie es der schon zitierte Abteilungsleiter im Wehrministerium formuliert hat, in solcher Ausnahmelage erfordert, mindestens „die Generalität des Heeres laufend über die innerpolitische Entwicklung zu unterrichten und auf eine feste politische Auffassung scharf zusammen-

zufassen“. Mit der Beschränkung auf den militärischen Bereich, die vielen als eine Sicherung vor Übergriffen der Partei erschien, mit dem Verzicht auf jede Vorsorge zur Abwehrbereitschaft gegen sie, reduzierte sich jene Defensive praktisch auf *hinhaltenden Widerstand*. Bei manchen Offizieren wirkt bis heute ihr damaliger Eindruck nach, daß der Weg des Regimes zur unduldsamen Tyrannis noch nicht offenkundig war. An alarmierenden Tatbeständen und warnenden Hinweisen aus In- und Ausland fehlte es aber keineswegs. Doch nicht nur vielen Soldaten, sondern breitesten Kreisen des Bürgertums mangelte der volle Sinn für die unverzichtbaren Grundlagen eines gesunden politischen Lebens. Hauptgrund der Selbsttäuschung aber war und blieb die *Verkennung Hitlers*. Mußte nicht, so fragt man wohl aus der Rückschau, gerade der Soldat das proklamierte Führerprinzip ernst nehmen und den Diktator mit der vollen Verantwortung für die Handlungen seiner Organe und bewaffneten Verbände belasten? Nach seinem Sturz stellte Fritsch selbst fest, daß „die Hetze der SS“ vom Sommer 1935 an wieder aufgeflammt sei und daß die Verfügungstruppe anscheinend „in bewußtem Gegensatz zum Heer immer weiter ausgebaut“ werde. Gewiß griff Hitler in Organisations- und Personalfragen der Armee einsteilen kaum ein. Entscheidend aber war wohl, daß ein Verhältnis persönlicher Loyalität dem Offizier der Überlieferung nach Bedürfnis blieb. Er war gewöhnt, dem obersten Repräsentanten des „Staates“ Vertrauen zu schenken, und schenkte es, weil es für ihn die Voraussetzung gedeihlicher Arbeit bedeutete. So standen die Generale, um noch einmal den erwähnten Zeugen zu zitieren, Hitler „trotz vieler innerer Vorbehalte fast wie Hindenburg gegenüber“. Zugleich erschien Hitler als der unersetzliche Überwinder nationaler Zwietracht und als glücklicher Verfechter nationaler und militärischer Interessen. Nationalismus, aber auch noch gesundes Nationalgefühl hatten für die Armee eine Brücke zum Nationalsozialismus geschlagen; nationaler Erfolg, aber auch sogenannte „nationale Disziplin“ hielten jetzt den Soldaten in seinem Bann. Noch glaubte man, um Deutschlands willen vieles in Kauf nehmen zu müssen, was man gerade um Deutschlands willen nicht hätte hinnehmen dürfen.

Einer großen Zahl von Offizieren bedeutete es auch ein ernstes Anliegen, ob die Nation ihrer christlichen Überlieferung treu blieb oder nicht. Nachweislich hat der *Kirchenkampf* sie tiefer berührt als andere

Vorgänge des öffentlichen Lebens. Wie sollte es auch auf die Dauer gelingen, die überkommene Ideenwelt des Heeres, ja seine volle innere Einheit und äußere Kraft zu wahren, wenn maßgebende Vertreter der Partei Treue zu ihrem Staat und Treue zur Kirche für unvereinbar erklärten, wenn sie nationalsozialistische und christliche Erziehungsideale in unversöhnlichen Gegensatz rückten und damit gefährliche Spannungen im Volke erzeugten? Zeichnete die drohende Unterhöhlung auch der ideellen Position der Wehrmacht nicht unerbitlich eine Auseinandersetzung mit den Kräften der Revolution oder eine ethische Entwurzelung des Soldaten vor? Es ist denn auch bezeugt, daß die Vertreter der Wehrmachtführung selbst in der allgemeinen Kirchenfrage ihre Stimme erhoben haben. Fritsch hielt seine Hand vor allem über die *Wehrmachtsseelsorge*, darin von anderen Generalen entschieden unterstützt. Im ganzen gesehen, beschränkten sich jedoch die Wehrmachtführer auch hier auf eine Verteidigung des eigenen Bereichs, obwohl schon die Militärseelsorge „zusehends von der Partei erschwert“ wurde. Teilweise wurden der Ernst der Lage und die volle Bedeutung des Kirchenkampfes nicht erkannt, teils meinte man im Interesse der Geschlossenheit der Armee, ja der Behauptung ihrer christlichen Grundlage, sie solchen Auseinandersetzungen fernhalten zu sollen. — Zieht man aber das Fazit dieser Jahre, so ergibt sich trotz aller Einschränkungen, daß zumindest im Heer ein starker Kern des Offizierkorps noch den überkommenen Bindungen und Werten verhaftet war. Selbst in seiner gewandelten Gestalt wirkte dieses Heer mit der Kontinuität seiner Gedankenwelt auf das Volk zurück, mußte aber eben deshalb mit den totalitären Tendenzen in zunehmenden Widerstreit geraten.

Von Ende 1937 an begann Hitler, im Gegensatz zu den Jahren vorher, sein *Mißtrauen* gegen „reaktionäre“ und „monarchistische“ Tendenzen in der Armee deutlich zu zeigen. In späteren vertraulichen Gesprächen hat er im Rückblick auf die „loyale und korrekte“ Überführung des Heeres in den nationalsozialistischen Staat durch Blomberg im Jahre 1933 unumwunden erklärt: „Die Masse der Generalität habe ihn [Hitler] abgelehnt und lehne ihn auch heute noch ab. Er vertrete eben ein anderes Preußentum als diese Offiziere. ... Das Hunderttausend-Mann-Heer sei nun einmal ‚Staat im Staate‘ gewesen, allein im Dritten Reich habe er dies nicht dulden können. ... Eine einheitliche Auffassung des Heeres

werde sich erst in der kommenden Generation ergeben, wenn der Geist des Hunderttausend-Mann-Heeres gebannt sei.“

Dieses klare Empfinden Hitlers für den fundamentalen Gegensatz zwischen dem *Totalitätsanspruch* seiner Bewegung und den Überlieferungen des Heeres gibt den Schlüssel für das Verhalten des Diktators im Januar und Februar 1938. Als *Blomberg* durch seine Heiratsaffäre untragbar wurde, hat Hitler sich außerordentlich schnell entschlossen, *auch Fritsch* zu stürzen. Er konnte dabei taktisch nicht besser operieren, als wenn er noch unter dem frischen Eindruck des privaten Falles Blomberg auch eine angebliche private Belastung Fritschs (nach § 175) zum Anlaß seiner Aktion gegen den ihm politisch mißliebigen Oberbefehlshaber nahm: Vermochte er so doch den Schein zu wahren, als bestimmten ihn keinerlei politische Hintergedanken, als trenne er sich vielmehr nur unter Zwang von Fritsch, den er sonst zu Blombergs Nachfolger gemacht hätte. Statt aber die Möglichkeit einer Entlastung des Generalobersten vorzubehalten und ihn äußerstenfalls einstweilen zu suspendieren, um den doppelten Wechsel in der Führung der Wehrmacht vielleicht zu vermeiden, steuerte Hitler mit einer selbst Goebbels erschreckenden Verwegenheit auf diesen hin und vollzog mit ganz unnötiger Eile die Verabschiedung. Statt die bald gewonnenen entlastenden Momente für Fritsch zu begrüßen, klammerte er sich förmlich an die Aussagen des mehr als fragwürdigen Belastungszeugen, solange dieser sie nicht selbst widerrief. Erst Monate später, offenbar in einem Augenblick der Verärgerung über das Drängen seines Heeresadjutanten auf Rehabilitierung Fritschs, hat Hitler erklärt: „Unabhängig von dem, was gewesen sei, hätte er sich von dem Generalobersten trennen müssen!“

Hitler, das Oberhaupt des Reichs, hat sich bekanntlich nicht gescheut, den Oberbefehlshaber des deutschen Heeres in den Räumen der Reichskanzlei mit einem gewerbsmäßigen Erpresser und Zuchthäusler zu konfrontieren. Ja, er hat das von Fritsch für seine Schuldlosigkeit verpfändete *Ehrenwort abgelehnt*. Nie werde er Hitler dies vergessen, schrieb Fritsch einige Wochen später. Doch suchte er, wenn überhaupt je, so mindestens vorerst nicht Hitler selbst hinter der Intrige. Zwar erkannte er ihren politischen Charakter, doch erblickte er in allem nur die Auswirkung der „Feindschaft der SS“, sowie vielleicht Görings. Und gerade ihrer „Hetze“ gegenüber erinnerte er sich dankbar jener Ver-

trauenskundgebung Hitlers für das Heer und dessen Oberbefehlshaber vom 3. Januar 1935! Daß das Staatsoberhaupt selbst seiner ihm trotz mancher Vorbehalte loyal dienenden Armee als politischer Feind entgegentrat, überschritt die Grenzen der Vorstellungswelt eines Fritsch — sowie vieler anderer Offiziere.

Wohl wurde von Fritsch unter dem unmittelbaren Eindruck der ihm durch Hoßbach mitgeteilten Beschuldigung eine bewaffnete *Gegenwehr* erwogen; doch gab er in den folgenden Tagen den Gedanken daran auf. Fritsch war seelisch gebrochen. Er machte politische Bedenken, namentlich das Vertrauen der Volksmassen zu Hitler, geltend. Er gab dem Wunsche Ausdruck, es nicht um seiner Person willen zu Blutvergießen und Bürgerkrieg zu treiben. Es kam — begleitet von einer Untersuchung der *Gestapo* — zu einem Verfahren des Reichsmilitärgerichts, in welchem Fritsch vor dem Glücksfall der Entdeckung des wahren Schuldigen nur auf Freispruch mangels Beweisen hoffen durfte. In ein schwebendes Verfahren greift man nicht ein. Fritsch sah zunächst seinen Fall ganz überwiegend als einen persönlichen, er bemühte sich um den Nachweis seiner Schuldlosigkeit — ließ sich sogar von der *Gestapo* verhören, deren „Jurisdiktion“ kein Soldat unterstand — und wollte sich nach Abschluß des Verfahrens mit Himmler duellieren. Er blieb auf der ganzen Linie sauber und korrekt — dennoch will sein Verhalten nicht befriedigen. Fritsch war mehr als eine Privatperson. Und was bedeutete die Ablehnung des Ehrenworts eines Oberbefehlshabers des Heeres für das Offizierskorps! Sie verletzte dessen Ehre nicht nur im Sinne einer umstrittenen Standesauffassung, sondern als unabdingbare sittliche Grundlage seines Lebens und Wirkens für das größere Ganze — in einem Maße, daß die Frage der Erfolgchancen einer Widerstandshandlung dahinter geradezu an Bedeutung zurücktrat. Der korrekte Soldat Fritsch sah noch immer nicht, mit wem er es zu tun hatte. Er begegnete einer seinen Prinzipien völlig konträren Umwelt mit den ihm anerzogenen, doch, wie es scheint, zur Konvention erstarrten Lebensformen. Als er endlich am 23. Februar — nach der Vernehmung auch seiner Burschen — zu Protokoll gab, eine so schmachvolle Behandlung sei nicht nur entwürdigend für ihn, sondern *entehrend für die ganze Armee*, und dieses Protokoll im Heer weitergeleitet wurde, war der psychologische Moment zur *Gegenwehr* im Grunde bereits vorüber. Hitlers österreichischer Triumph, der Fritschs Verfahren

noch verzögert hat, folgte. Nach seinem *Freispruch* verzichtete Fritsch auch auf die Duellforderung gegen Himmler, als *Rundstedt*, der sie nach eigenem Zeugnis lange mit sich herumgetragen hat, ihm zu bedenken gab, daß Himmler sich doch nicht stellen, und daß „die Sache nur zum Schaden der Armee Staub aufwirbeln“ werde.

Voraussetzung für jede Art von Aktion — sei es bewaffnete *Gegenwehr*, sei es ein gemeinsamer Protestschritt — wäre allerdings gewesen, daß Fritsch spätestens nach seiner ungeheuerlichen Behandlung durch Hitler die Befehlshaber des Heeres von den Vorgängen unterrichtet hätte. Eine Reihe von Offizieren ist noch heute der Überzeugung, daß die höhere und mittlere Führung bis auf wenige Ausnahmen dem *Anruf* Fritsch zu einer Demonstration gefolgt wäre. Statt dessen blieb die Kenntnis der Einzelheiten auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. So erhielt Hitler die Möglichkeit, am 4. Februar in der Reichskanzlei den älteren Generalen und Admiralen die Vorgänge in einer Form darzustellen, daß nach dem Bericht von Teilnehmern „über die tatsächliche Schuld (auch Fritschs) kaum noch ein Zweifel bestehen konnte“. Überdies verbot er den Generalen, über die ihnen genannten Gründe der Entlassung des Oberbefehlshabers zu sprechen. Eine spontane Reaktion ihrerseits auf die Vorgänge selbst blieb aus. Es rächte sich jetzt, daß der heimtückische Streich Hitlers das Heer völlig überraschend traf, daß das Offizierskorps auf die Abwehr eines solchen Einbruchs in sein Gefüge weder innerlich noch äußerlich vorbereitet war. Freilich lag es tief in der Entwicklung der Wehrmacht seit der Hinnahme des Mordes an Schleicher und Bredow, der verhängnisvollen Vereidigung auf Hitler und dem inneren Wandel der Armee seit 1935 begründet, daß sie der Forderung der Stunde nicht entsprach: Der gewohnte Befehl von oben blieb aus. Auch Beck hatte sich noch nicht zu voller Klarheit über Hitler durchgerungen, wenngleich er unter der Hand das seinige tat, um die Sache Fritschs zu fördern. In heftiger Auseinandersetzung mit dem zu einer demonstrativen Aktion drängenden Oberquartiermeister General Halder erklärte er jedoch unter Hinweis auf das schwebende Verfahren: Was Halder da verlange, sei Meuterei, sei Revolution. Diese Worte gebe es nicht im Lexikon des deutschen Offiziers! Beck hat nicht lange darauf den Gewissenskonflikt zwischen Gehorsam und Verantwortung für seine Person gelöst. Während des zweiten Weltkrieges soll er mehrmals von seiner Verantwort-

lichkeit dafür gesprochen haben, daß der politisch und psychologisch allein richtige Augenblick zum Eingreifen der Wehrmacht, nämlich die Fritsch-Krise, verpaßt worden sei.

Die verhängnisvollen Entscheidungen des 4. Februar 1938 bedeuteten die organisatorische „Gleichschaltung“ auch der Wehrmacht, ihre endgültige Lähmung als konservatives Gegengewicht, was ihre Gesamtheit angeht. Indem Hitler die Leitung der Armee *persönlich* übernahm, wurde der Diktatur ihre volle Auswirkung ermöglicht. Denn in dem neuen „Oberkommando der Wehrmacht“ unter einem Keitel, der dem „revolutionären“ Charakter der Bewegung alles nachsah und die „Gepflogenheiten der Gestapo“ als gegebene Tatsache hinnahm, hatte sich Hitler zugleich den fügsamen Befehlsapparat geschaffen. Wohl am schwersten aber wog, daß das Offizierkorps sich dem Diktator in seiner Ohnmacht offenbart hatte. Es erlitt damit auch einen schweren Verlust an Ansehen und Zutrauen in den Augen aller Volkskreise, die Hitler noch widerstrebten. Überdies tat sich als Folge der Ereignisse zwischen dem Oberkommando des Heeres, verkörpert namentlich im Generalstab, und dem Oberkommando der Wehrmacht eine verhängnisvolle innere Kluft auf.

Durch die neue Spitzengliederung wurde das OKH zugunsten des OKW an Bedeutung herabgedrückt. Der zum Nachfolger Fritschs ernannte General von Brauchitsch besaß zudem nicht die Stärke des Charakters, welche die ungewöhnliche Lage an der Spitze des Heeres erforderte. Gewiß war er auf Grund seiner Herkunft, seiner evangelisch-kirchlichen Bindungen und seiner Wesensart kein Nationalsozialist. Der stille, verschlossene, im äußeren Auftreten peinlich korrekte Mann war jedoch viel zu fein besaitet und wenig beweglich, um Hitlers Formen und Methoden gewachsen zu sein. In dornenvoller Amtsführung rang Brauchitsch oft bis zur Erschöpfung mit dem Diktator, rettete sich aber trotz unabweisbarer Erkenntnisse am Ende immer wieder auf den Weg des militärischen Gehorsams. Als neuer Oberbefehlshaber beeinträchtigte er von vornherein seine Handlungsfreiheit und innere Unabhängigkeit. Auf die ihm von Keitel vorgelegten Fragen erklärte er sich bereit, „das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranzuführen“, nötigenfalls einen entsprechenden Generalstabschef zu wählen, sowie einen Wechsel in Führung und Einstellung des Heerespersonalamts vorzunehmen. Darüber hinaus ließ er auf Verlangen Hitlers eine Anzahl älterer, zum Teil ihrer

konservativen Haltung wegen mißliebiger Generale verabschieden oder versetzen. Zu alledem ging Brauchitsch noch eine private Bindung gegenüber dem Diktator ein, die seine Amtsübernahme erst ermöglichte: er empfing eine erhebliche finanzielle Hilfe, um eine neue Ehe eingehen und seine erste Frau angemessen abfinden zu können.

Brauchitsch betrieb denn auch seine Bemühungen um eine *Rehabilitierung* des freigesprochenen Fritsch — dessen Verabschiedung das Heer trotz mangelnder Unterrichtung über die Interna tief erregt hat — kaum mit der nötigen Entschiedenheit. Vergeblich legten ihm Canaris und Hoßbach über Beck „eine besondere Demarche“ des Heeres bei Hitler nahe, die nicht nur die Wiederherstellung der Ehre Fritschs „und der gesamten Wehrmacht“ erwirken, sondern sich auch gegen die Führung der Gestapo richten sollte. Allerdings beeinträchtigte der österreichische Triumph Hitlers die psychologischen Voraussetzungen solcher Schritte zunächst stark. Im OKH machte sich eine spürbare Resignation geltend. Anregungen des Stabschefs der SA, Lutze, zu gemeinsamem Vorgehen gegen Himmler griff Brauchitsch nicht auf. Je mehr jedoch Hitler eine gewaltsame Lösung der Sudetenfrage ins Auge faßte, desto wichtiger wurde für ihn eine Überwindung der *Vertrauenskrise*. So entschloß er sich zu einer — Geste, indem er am 13. Juni den älteren Generalen und Admiralen die Ernennung Fritschs zum „Chef“ eines Artillerieregiments verkündete. In „ausführlichen, gefühlsbetonten Darlegungen“ wußte er den Eindruck zu erwecken, daß er aufrichtiges Bedauern über die „tragische Entwicklung“ des Falles empfinde, ja, daß — wenn wirklich eine Intrige vorlag — auch er selber getäuscht worden sei. Der Sache nach erklärte er jedoch, daß er, Hitler, sich „nicht vor der Nation desavouieren“ könne; daß Fritsch gesundheitshalber ausgeschieden sei, müsse der Öffentlichkeit gegenüber aufrechterhalten werden, weil — sonst diese im Interesse des Ansehens der Wehrmacht auch in künftigen Fällen gebotene Form keinen Glauben mehr finden würde (!). Bezeichnenderweise beruhigte Hitler die militärischen Führer, daß „im neuen Reich ein bewußter Kampf anderer Kräfte gegen die Wehrmacht unmöglich sei“ und daß die Besetzung ihrer leitenden Positionen nur aus ihr selbst heraus erfolgen könne. Tatsächlich wurden von manchen Offizieren bereits Bedenken solcher Art gegen eine Aktion zugunsten Fritschs geltend gemacht. Statt nun den Generalen zu sagen, was man aufgewandt hatte, um ihren ehemaligen

Oberbefehlshaber zu diffamieren, statt sie so angesichts der gefährlichen außenpolitischen Pläne Hitlers die Bedeutung einer entschiedenen Stellungnahme erkennen zu lassen, scheint die kritische äußere Lage Brauchitsch zu noch größerer Zurückhaltung bewogen zu haben. Aber auch Fritsch verkannte, daß gerade aus höheren Gründen gar keine Rehabilitierung besser gewesen wäre als jene in seinen *eigenen* Augen völlig ungenügende. Im vermeintlichen nationalen Interesse, in dem Glauben, durch erneute Zurückstellung seiner Person zur Beseitigung des „Zwiespalts zwischen Offizierkorps und Hitler“ beitragen zu sollen, rang er sich zur Annahme der Ehrung durch, statt durch eine Ablehnung das Heer zu warnen. Bald darauf vollendete Hitler den Bruch seines Wortes, daß die Wehrmacht einziger Waffenträger bleiben solle; er stellte die bewaffneten *SS-Verbände* auch der Form nach als besondere Einheit zu seiner ausschließlichen Verfügung neben die Wehrmacht (17. 8. 1938).

Es ist nur zu begreiflich, daß der perfide Streich gegen Fritsch den Kreis der oppositionell Gestimmten innerhalb und außerhalb der Armee sowohl erweiterte wie vor allem enger zusammenschloß und aktivierte. Und es war sachlich, personell und psychologisch bedingt, daß diese Opposition ein technisches Zentrum in der noch relativ unabhängigen, überwiegend aus Offizieren der alten Wehrmacht bestehenden Abwehrabteilung fand, die in die Vorgänge tiefen Einblick gewinnen konnte und in *Canaris* einen nach Wesensart, Wissen und Gewissen entschiedenen Gegner des Regimes als Leiter besaß. So sieht man *Canaris* und den Chef seiner Zentralabteilung, den damaligen Oberstleutnant *Oster*, der den wahren Charakter des Nationalsozialismus seit langem erkannt hatte, mit allen Kräften Verbindungen knüpfen, Informationen sammeln und Maßnahmen treffen, um die Sache Fritschs zu fördern. Die beteiligten Persönlichkeiten, namentlich *Canaris* und *Oster* selbst, traten in enge Fühlung mit *Beck*. *Oster* wurde der wichtigste Verbindungsmann zwischen militärischer und ziviler Opposition.

Neben den Bemühungen um Verteidigung und Rehabilitierung Fritschs wurden auch Gewaltaktionen gegen das Regime erwogen und angeregt. *Goerdeler* und *Schacht* wirkten auf mehrere Generale ein. Im Mittelpunkt dieser Pläne stand offenbar *Osters* und *Gisevius'* Gedanke, an Hitler als dem „legalen“ Staatsoberhaupt zunächst vorbeigehend, die Zentrale der *Gestapo* durch *Potsdamer* Truppen zu besetzen, *Himmler*, *Heydrich* und

ihre Hauptmitarbeiter zu verhaften und unter Veröffentlichung des bereits gesammelten und dann noch vorgefundenen Belastungsmaterials den Diktator vor vollendete Tatsachen zu stellen. General *von Witzleben*, Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin), und der spätere General *von Hase*, damals Kommandeur des *Landsberger* Infanterieregiments, waren schon jetzt dem Gedanken einer Aktion zugänglich. Alle Hoffnungen und Anläufe der Aktivisten endeten aber infolge der Haltung der neuen Heeresführung nach quälendem Ringen und Warten in Enttäuschung. Eine Wendung schien jedoch Hitlers Kriegspolitik in der Sudetenfrage zu bringen. Am 28. Mai proklamierte er bekanntlich vor Vertretern von Wehrmacht, Partei und Staat die baldige *Zerschlagung der Tschechoslowakei*; an eine Intervention Englands und Frankreichs glaubte er nicht.

Damit wuchs die staatspolitische wie die fachlich-militärische Verantwortung der Wehrmacht ins Riesenhafte. In einer Reihe eindrucksvoller Denkschriften nahm nun *Beck* gegen Hitlers Pläne Stellung. Unter Hervorhebung der für den gewissenhaften Beurteiler unleugbaren Schwächen des materiellen, ideellen und außenpolitischen Kriegspotentials Deutschlands betonte er, daß ein gewaltsames Vorgehen zum Eingreifen der Westmächte, ja schließlich Amerikas führen werde, so daß Deutschland zwar den Feldzug gegen die Tschechei gewinnen könne, den Krieg jedoch verlieren müsse. Für den Generalstab wies *Beck* jede Mitverantwortung für die militärischen Auffassungen, auf denen Hitler seine Aktionspläne aufbaute, entschieden zurück. Offen unterstrich er die Ablehnung, „der ein nicht zwingend erscheinender Krieg im Volke begegnen“ würde. Es ist von hohem Interesse, daß auch im Oberkommando der Marine Männer wie der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Vizeadmiral *Guse*, und der damalige Fregattenkapitän *Heye* schriftlich den Standpunkt vertraten, daß die verantwortlichen Berater Hitlers „nicht nur die Pflicht des Gehorsams gegen seine Befehle“, sondern zugleich die Pflicht hätten, „sich mit der ganzen Kraft ihrer Person bis zur letzten Konsequenz dafür einzusetzen, daß eine Entwicklung, die den Bestand des Reiches bedroht, rechtzeitig gebremst wird“. *Heye* forderte im Hinblick auf den drohenden Zusammenschluß der Völker gegen das Reich auch einen Wandel in dem „System der *Gestapo*“, in der Behandlung der Kirchen- und der Judenfrage, die Deutschland als einen „Sowjetrußland sinnverwandten Staat“ erscheinen lasse.

Um Reich und Volk vor dem Untergang zu bewahren, forderte Beck schließlich einen *gemeinsamen Schritt* der höchsten Führer der Wehrmacht oder doch des Heeres, um nötigenfalls durch die kategorische Drohung ihres Rücktritts Hitler zur Aufgabe seiner Kriegspläne zu zwingen. Er appellierte an die „fachliche und staatspolitische“ Verantwortung der militärischen Führer, die gegebenenfalls „eine Blutschuld“ treffen würde, bekanntlich mit den denkwürdigen Worten:

„Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehles verbietet. ...“

Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volke bewußt zu werden.

Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!“

Ausländische Kritik hat argumentiert, daß Beck und seine Gesinnungsgenossen eine entschiedene Stellung gegen Hitler erst gefunden hätten, als ein verlorener Krieg drohte, daß mithin grundsätzliche Bedenken gegen das Regime für sie nur eine sekundäre Rolle spielten. Schon vor dem Jahre 1938 aber war Becks Opposition, auch wo sie in militärisch-politischen Darlegungen Ausdruck fand, *sittlich fundiert*. Es trifft zu und ist weitgehend in der traditionellen Rolle der Armee und in ihrer Entwicklung seit 1918 begründet, daß das „nationale“ Moment — jedoch im weitesten Sinne und nicht nur in dem des augenblicklichen Vorteils oder Schadens — den letzten Anstoß gab, Beck und die Seinen die Grenze des überkommenen Gehorsams erkennen zu lassen. Ihre sittlichen Bedenken gegen die Staatsführung aber haben es ihnen zweifellos erst ermöglicht, die Schranke der Tradition zu überwinden. Wie die grundsätzliche Ablehnung des Regimes in der Haltung der beiden Seeoffiziere zum Durchbruch kam, als die nationale Gefahr der abenteuerlichen Politik Hitlers deutlich wurde, so bestimmten auch und gerade bei Beck nationale und moralische Motive in enger Verbindung miteinander sein nunmehriges Handeln. Mit der Wahrnehmung des „nationalen“ Anliegens verknüpfte sich für ihn daher alsbald das Postulat einer Wiederherstellung der Rechtsordnung und des Kirchenfriedens. So regte er an, den geforderten Kollektivschritt der Generale zu einer „Auseinandersetzung mit der SS und der Bonzokratie“ zu „aktivieren“ und das Heer hierauf vorzubereiten. Beck wollte zwar keinen Zweifel darüber aufkommen

lassen, „daß dieser Kampf für den Führer geführt“ werde, und jeden Anschein eines Komplotts vermeiden. Es spricht jedoch vieles dafür, daß dieser Gesichtspunkt die taktische Form des Vorgehens betraf. Becks Plan war zwar nicht primär auf einen Schlag gegen Hitler abgestellt, sondern sollte offenbar erst im Nachzug gegen einen die Forderungen der Generale ablehnenden Diktator zur Ausführung kommen. Sein Ziel eines Systemwechsels aber ist sicher.

Der Ausgang, den die Krise durch die *Münchener Konferenz* mit dem „unblutigen“ Gewinn der Sudetengebiete für Deutschland nahm, hat bei Zeitgenossen, ja noch bei Nachlebenden den *falschen Eindruck* erweckt, als hätte Hitler alles von ihm Erstrebt erreicht und die Opposition in ihren Bedenken hinsichtlich einer Intervention der Westmächte wenigstens einstweilen widerlegt. Ursprünglich wollte Hitler jedoch schon damals die Tschechoslowakei als Ganzes mit Gewalt beseitigen. Erst in letzter Stunde hat er hierauf vorerst verzichtet. Und trotz der teilweise schwächlichen Politik Englands und Frankreichs besteht kein Zweifel darüber, daß ein *gewaltsames* Vorgehen zu dem von Beck befürchteten europäischen Kriege mit seinen nach menschlicher Berechnung für Deutschland verhängnisvollen Folgen geführt haben würde. Beck hatte also mit vollem Recht das Gefühl, daß der Diktator eine Politik trieb, die allen normalen Begriffen verantwortlicher Staatsführung spottete. Er erkannte instinktiv, daß diese Politik nicht mehr bloße Fehler im Kalkül aufwies, wie sie auch dem gewissenhaften Staatsmann unterlaufen, sondern von Grund aus leichtfertig und abenteuerlich war. Eben deshalb konnte er dem wohlgemeinten Rat seines jüngeren Kameraden Manstein nicht folgen, sich — wie unter normalen Umständen — auf die militärische Unterrichtung und Warnung des leitenden Staatsmanns zu beschränken und die politische Verantwortung diesem zu überlassen.

Fast ausnahmslos teilte die Generalität des Heeres damals die Auffassung Becks von den katastrophalen Folgen eines europäischen Krieges für Deutschland. *Brauchitsch* stellte diese Übereinstimmung in einer Besprechung der militärischen Führer, bei der Becks große Denkschrift verlesen wurde, ausdrücklich fest und forderte sie auf, ihre Meinung bei Gelegenheit auch dem Diktator gegenüber zu vertreten, was mehrere Generale getan haben. Er selbst ließ Becks Denkschrift Hitler vorlegen, der ihrem Verfasser die Berechtigung zu seinen politischen Ausführungen

absprach. Brauchitsch brachte es jedoch nicht über sich, den nach dem militärischen Herkommen so ungewöhnlichen Schritt der Gehorsamsaufkündigung ins Werk zu setzen. Beck fühlte sich von ihm im Stich gelassen und trat schließlich zurück. Offenbar war es ihm, zumal bei der Haltung Brauchitschs, in seinem seelischen Zustand nicht möglich, mit dem Rücktritt so lange zu warten, bis Hitler zur Ausführung seiner Kriegspläne schritt, und unterdessen den Widerstand insgeheim weiterzutreiben. Beck fügte sich Hitlers Wunsch, seinen Rücktritt „aus außenpolitischen Gründen“ nicht öffentlich bekannt werden zu lassen, und übernahm zunächst die „mobile“ Stellung des Oberbefehlshabers einer der Westarmeen, wurde jedoch Ende Oktober von dem Diktator verabschiedet. Der neue Generalstabschef Halder, den Beck hochschätzte, stimmte mit dessen Gesamtauffassung überein. Generalstabsoffizier bester alter Schule, meisterte er die ihm jeweils übertragenen Aufgaben mit eisernem Fleiß, unbestechlicher Gründlichkeit und kritischem Sinn. Ein Mann mathematisch-systematischen Denkens, in gewissem Sinne nüchterner und vitaler als Beck, war Halder dennoch eine sensible Natur. Gläubiger Christ, Abkömmling einer Offiziersfamilie, wurzelte er tief in der Überlieferung des militärischen Gehorsams, sah sich aber durch die Amoralität und nationale Verderblichkeit Hitlerscher Staatsführung zum Kampf gegen sie herausgefordert. Es kennzeichnet den Zwang dieser Gewissenslage, daß ein Offizier von solch typischer Korrektheit jetzt der politischen Verschwörung die Hand bot.

Halder führte Becks Pläne im Bunde mit *Witzleben* und *Oster*, einer oppositionellen Gruppe im Auswärtigen Amt um den Staatssekretär von Weizsäcker, Canaris, Schacht und anderen im Sinne einer unmittelbaren gegen Hitler gerichteten Aktion fort. Die Rechtfertigung des Unternehmens war für die beteiligten Offiziere vor sich selbst, vor der Truppe und dem Volk gegeben, wenn der Diktator allen Bedenken und Warnungen zum Trotz zum Kriege schritt und damit als frivoler Abenteurer, ja als Verderber des Reiches entlarvt werden konnte. Halder wollte daher den Putsch erst dann auslösen, wenn Hitler den endgültigen Befehl zum Angriff erteilt hatte. Eine Verbindung zu zivilen Oppositionskreisen bestand. Der für die Aktion unentbehrliche Träger militärischer Befehlsgewalt war in dem ebenso populären Truppenführer wie entschiedenen Hitlerfeind *Witzleben* gefunden worden, der schon unter Beck mit den

Vorbereitungen begonnen hatte. Generalmajor Graf *Brockdorff-Ahlefeldt* sollte mit Teilen seiner Potsdamer (23.) Division in Berlin einmarschieren, der sympathisierende Polizeipräsident Graf *Hellendorff* den Verschwörern seine Polizei zuführen, die Division des Generals *Hoepner* der etwa eingreifenden Leibstandarte im thüringischen Raum den Weg verlegen. Um möglichst sofort Hitler selbst in der Reichskanzlei festzunehmen, förderten *Witzleben* und *Oster* die Bildung eines Stoßtrupps aus jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern unter dem ehemaligen Freikorpskämpfer *Heinz*. Gedachten die Führer der Aktion Hitler im Trubel des Putsches zunächst verschwinden zu lassen, um ihn später gerichtlich abzuurteilen, so wollten die Männer des Stoßtrupps ihn bei der Verhaftung niederschließen, um damit eine klare Situation zu schaffen. Das Startzeichen zur Gesamtkaktion hatte sich Halder vorbehalten, der Brauchitsch nicht unmittelbar einweihte, ihn aber im entscheidenden Augenblick mitreißen zu können glaubte, um über die anfängliche Militärdiktatur des Oberbefehlshabers die Bildung einer zivilen Übergangsregierung zur Anbahnung einer verfassungsmäßigen Staatsführung in die Wege zu leiten. Nach gelungenem Putsch wollten Halder und *Witzleben* den Abschied nehmen, um den Grundgesetzen soldatischen Handelns ihren Respekt zu bezeugen.

Damit die außenpolitische Lage für die deutsche Opposition eindeutig geklärt und die Generalität von der Notwendigkeit eines Vorgehens gegen Hitler vollends überzeugt würde, war es von großer Bedeutung, daß *England* seine von der Opposition nicht bezweifelte Absicht, einem deutschen Angriff auf die Tschechei entgegenzutreten, klar erkennen ließ. Als zu diesem Zwecke der konservative Politiker *von Kleist-Schmenzin* im August London aufsuchen wollte, um mit britischen Staatsmännern zu sprechen, forderte Canaris daher sein Unternehmen. Auf Veranlassung Halders und *Osters* fuhr etwas später der Major a. D. *Boehm-Tettelbach*, ein einstiger Regimentskamerad Becks, nach England. Allein von der Absicht bestimmt, die Interessen des Auslandes mit dem wahren Wohl des Reiches und Volkes zu verknüpfen, zeigen solche Versuche deutlich, daß im totalitären Hitler-Regime mit seiner Verkehrung der Fronten auch die normale Scheidung von „Hochverrat“ und „Landesverrat“ versagt. Die britische Regierung aber hatte damals Hitlers wahre Ziele noch keineswegs klar erkannt. Ganz abgesehen davon, daß sie Möglichkeiten und

Potenz der deutschen Opposition *viel zu gering* einschätzte, um sich davon „ermutigten“ zu lassen, erblickte sie daher in einer direkten Verhandlung mit dem Diktator, auch um den Preis großer Zugeständnisse, noch immer die relativ sicherste Friedenspolitik.

Obwohl jedoch dieser britische Kurs die Bemühungen Hitlers, seine Generale von der Passivität der Westmächte im Falle einer deutschen Gewaltaktion zu überzeugen, eine Zeitlang begünstigte, wurden die Besorgnisse mindestens im höheren Offizierkorps des Heeres schließlich immer größer. Sie bekundeten sich selbst während des Nürnberger Parteitags in einer Haltung, die der in den Bann des Diktators geratene Chef des Wehrmachtführungsamtes *Jodl* als mangelnde Seelenstärke, Überheblichkeit, ja Ungehorsam verkannte. „Anklagen beim Führer wegen Miesmachens“, peinlich berührende Versuche Keitels, sachliche Bedenken zu diffamieren und durch Drohungen niederzuhalten, ließen das Schicksal verantwortungsbewußter Offiziere unter diesem Regiment des Gewissenszwangs bereits ahnen. Schien dann der unerwartete Besuch des britischen Ministerpräsidenten *Chamberlain* in Berchtesgaden (15. 9. 1938) mit dem Plan einer Abtretung des Sudetenlandes eine friedliche Lösung zu sichern, so trieb Hitler acht Tage später in Godesberg durch geflissentlich überspannte Forderungen hinsichtlich Frist und Form der Gebietsübertragung die Krise erst auf den Höhepunkt. Die einzig mögliche Schlußfolgerung, daß er den Krieg wollte, um ungeachtet der nunmehr zunehmenden Entschlossenheit der Westmächte die gesamte Tschechoslowakei zu vernichten, drängte die Opposition erneut zum Handeln. An dem entscheidenden 28. September 1938 eilte Witzleben mit Osters letzten Informationen zu Halder und dieser zu Brauchitsch, der nun ebenfalls aktionsgeneigt schien. Der Generalstabschef war im Begriff, das Startzeichen zu geben — da kam die Nachricht von der erfolgreichen Einwirkung Mussolinis auf Hitler und der bevorstehenden Konferenz der leitenden Staatsmänner in München. Damit war dem Aktionsplan, so wie die Verschwörer ihn angelegt hatten, mit einem Schlage die Basis genommen, das psychologisch wie praktisch wohl aussichtsreichste Unternehmen zum Sturz des Hitlerregimes und zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Ordnung in Deutschland gescheitert.

Hitlers „unblutiger Erfolg“ von München hat nicht nur die Opposition mit ihren Bedenken scheinbar widerlegt, ja „blamiert“, wie Goerdeler

schrrieb. Er hat auch Hitlers Macht über das so sichtlich dem Kriege abgeneigte *Offizierkorps* des Heeres um vieles verstärkt und damit das politische Gewicht der Armee vollends erschüttert. Denn jener Erfolg erschien dem Großteil der Zeitgenossen um so eindeutiger, als er kaum zu erkennen vermochte, daß die Bedenken der Opposition sich zweifellos bestätigt haben würden, hätte Hitler nicht unter dem Eindruck der schließlich sehr ernsten Haltung Englands, der Passivität Ungarns und vor allem des Rates von Mussolini auf die sofortige Vernichtung der Tschechoslowakei in letzter Stunde verzichtet. So entfremdeten sich jetzt dem Widerstand alle jene, die den Nationalsozialismus noch nicht aus innerster Überzeugung ablehnten, sondern sich mehr an seinen „Auswüchsen“ stießen und namentlich vor der abenteuerlichen Außenpolitik Hitlers zurückgeschreckt waren. Die Opposition, zumal die militärische, verlor damit die relativ breite Basis, die dem geplanten Staatsstreich seine Erfolgchance gewährt hatte. Der Generalstabschef Halder äußerte nach dem Münchner Ereignis zu einem vertrauten Freunde: Das Ziel der Opposition bleibe unverändert; das märchenhafte Glück aber, das Hitler auf außenpolitischem Gebiet entfaltet habe, lasse Aktionen zur Zeit nicht möglich erscheinen. Offiziere und Soldaten befanden sich völlig im Banne der Erfolgspsychose.

Es war bezeichnend genug, wenn bedingungslose Anhänger Hitlers wie der Wehrmachtsadjutant Schmundt bedauerten, daß es nicht zum Kriege gekommen sei, der das Heer in den Augen des Diktators hätte rehabilitieren können! „Unverfroren“, wie Manstein sagt, warf im Frühjahr 1939 Göring in einer Rede vor hohen militärischen Führern, sogar in Anwesenheit des schweigenden Oberbefehlshabers Brauchitsch, dem Heer seine „traditionsgebundene, nicht in das nationalsozialistische System passende Einstellung vor“. Außer Beck wurde nach München ein so überzeugter Gegner des Regimes wie der Generaloberst Adam, wurden ferner Generale wie Geyer, Liebmann und Ulex, die in den letzten Monaten sich kritisch geäußert hatten, verabschiedet. Nachdem die in der Denkschrift Becks niedergelegte „offizielle“ Auffassung der Armee durch die Ereignisse als verfehlt erwiesen schien, scheute sich Hitler auch nicht, die führenden Soldaten noch mehr als bisher auf ihre *fachlichen Aufgaben* zu beschränken, sie aus der einstigen Stellung verantwortlicher Mitarbeiter bei militärisch-politischen Unternehmungen vollends auf die Position

bloßer ausführender Organe herabzudrücken. Er nützte die Atmosphäre, um das Zentrum der fachlichen Opposition gegen seine bisherige Politik, den Generalstab, zu treffen. Neben dem Prinzip der Mitverantwortung der Generalstabschefs und dem Sonderdienstweg beseitigte er auch das Recht höherer Offiziere, abweichende Ansichten aktenkundig zu machen. 1939 bestimmte das neue Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, der Generalstabsoffizier habe nur noch *Gehilfe* zu sein und nicht mehr verantwortlicher Teilhaber der Entschlüsse des Truppenführers. Was damit für den militärischen Bereich festgelegt war, mußte auf politischem Gebiet erst recht gelten. Hitlers Weisung an die Armee, sich bis zum Jahre 1945 nur ihrem inneren Aufbau, ihrer Organisation und Ausbildung zu widmen und operative Planungen zu unterlassen, spiegelte dem Heer die Aussicht auf eine ruhigere Entwicklung vor und förderte seine Absperrung von der Außenpolitik.

Heeresleitung und Offizierskorps waren sich denn auch ihrer Ohnmacht nur zu sehr bewußt. In dem Gefühl, daß nachgerade jede erfolgreiche Opposition gegen Handlungen des Regimes letztlich den Sturz seiner obersten Führung erforderte, wenn sie nicht mit der alsbaldigen Ausschaltung des Oppositionsträgers enden sollte, verzichteten sie selbst in Fragen von elementarer Bedeutung für Deutschland als Kulturvolk und kreditfähigen politischen Partner auf eine entschiedene Stellungnahme. Weder die beschämenden Vorgänge der sog. „Kristallnacht“ vom 9. November 1938, so sehr sie auch nach ausländischem Zeugnis zahlreiche Offiziere empörten, noch die den feierlichsten Versicherungen hohnsprechende *Einverleibung der Tschechi* (15. 3. 1939) führten zu einem gemeinschaftlichen Auftreten Verantwortlicher. Und obwohl die Westmächte nunmehr ihre Entschlossenheit bekundeten, jedem weiteren Aggressionsakt des Diktators mit den Waffen zu begegnen, befahl dieser bald darauf, zur Lösung der Danzig- und Korridorfrage eine Auseinandersetzung mit *Polen* vorzubereiten. Er machte freilich eine Gewaltaktion von „besonders günstigen politischen Voraussetzungen“ abhängig, deren Erfüllung es gestatten würde, *Polen* zu isolieren und damit den etwaigen Krieg zu lokalisieren.

Gewiß fand das Ziel einer Rückgewinnung Danzigs und des Korridors unter solchen Voraussetzungen in der Armee von Hause aus mehr Anklang als der Plan einer Zerschlagung der Tschechoslowakei. Gleich-

wohl haben sich zumindest die Angehörigen der Opposition über den Ernst der beginnenden Entwicklung nicht getäuscht. Einem Staatsstreichversuch stellten sich indes — nach der Versetzung Witzlebens (als Oberbefehlshabers der Heeresgruppe West) nach Frankfurt, der ablehnenden Haltung des Chefs des Heeresamtes, Fromm, und der Einführung der Zeittafeln, die eine schärfere Kontrolle über den Standort der einzelnen Divisionen erlaubten — schon größere äußere Hindernisse entgegen als 1938. Entscheidend war jedoch wohl die weitgehende *Resignation* der kritisch Gestimmten angesichts der Nachwirkungen von München auf Volk und Truppe und der immer wachsenden Macht der Partei. Von Denkschriften nach dem Beispiel Becks versprach man sich nichts mehr. Halder und Weizsäcker drängten daher die Botschafter der Westmächte in Berlin, Hitler durch eindeutige Schritte von der Entschlossenheit ihrer Regierungen zur Intervention im Falle eines deutschen Gewaltakts zu überzeugen. Entsprechende Bemühungen von oppositionellen Offizieren und Zivilisten erfolgten in London selbst. Aber auch noch so deutliche Warnungen von britischer Seite verfehlten ihre Wirkung auf den Diktator, der an ein Eingreifen der Westmächte nach den bisherigen Erfahrungen und in der Hoffnung auf Gewinnung Sowjetrußlands nicht glauben wollte.

Mit der geflissentlichen Verschärfung des Verhältnisses zu *Polen* durch Hitler stellte sich nachgerade für alle der Politik nicht gänzlich entfremdeten Offiziere die große Frage, was *England* tun werde. Eine völlig beruhigende Antwort vermochten sich gewiß nur wenige zu geben. Soweit jedoch die übrigen erwogen, was gegen die gefährliche Politik Hitlers unternommen werden könne, stießen sie letzten Endes immer auf die einzige Möglichkeit: den Staatsstreich. Davor schreckten, mit Ausnahme einiger Aktivisten, alle zurück. Die Gründe dafür reichen von der willigen oder widerwilligen Anerkennung Hitlers als des erfolgreichen politischen Führers, über den trotz aller Vorbehalte gegen Persönlichkeit und Politik des Diktators zwingenden Bann des Eides, bis zur Überzeugung von der einstweiligen Unmöglichkeit eines Staatsstreichs. Angesichts der Alternative: *Gehorsam oder Putsch*, flüchteten sich viele in die Hoffnung, es werde vielleicht auch diesmal nicht zum Äußersten kommen, oder alles werde irgendwie gut gehen. Das Ergebnis war ein mit gemischten Gefühlen durchgeführter Rückzug auf den militärischen Gehorsam. Dies

gilt offenbar auch für den Oberbefehlshaber des Heeres, der zunächst Hitler mehrfach vor einem Eingreifen der Westmächte gewarnt zu haben scheint. Später hat er sich offenbar der gegenteiligen Auffassung des Diktators gebeugt und ihm als dem leitenden Staatsmann die Verantwortung für den Ausgang überlassen. Auf Grund der auch diesmal „außergewöhnlichen“ Lage nach dem Vorbild Becks zu handeln, hielt *Brauchitsch* jedenfalls nicht für geboten. Einwirkungsversuchen ziviler Oppositioneller entzog er sich mehr oder weniger; ja, er fand sich schließlich bereit, vor den Arbeitern eines Rüstungswerkes eine für den militärischen Führer höchst ungewöhnliche politische Rede von betonter Zuversicht zu halten.

Als Hitler am 22. August 1939 den höheren Befehlshabern der Wehrmachtteile seinen Entschluß verkündete, gegen Polen nunmehr zur Aktion zu schreiten, und ihnen nochmals seine Überzeugung einzuhämmern suchte, daß die Westmächte passiv bleiben würden, konnte er als besonderen Trumpf den bevorstehenden Abschluß des *Paktes mit Sowjetrußland* aufweisen. Dieser sensationelle diplomatische Erfolg verfehlte eine gewisse Wirkung bei den Generalen nicht. Selbst Guderian bezeugt, „daß die Stimmung des Heeres ernst war und ohne den Pakt mit Rußland wahrscheinlich sehr zweifelhaft geworden wäre“. Trotzdem gelang es Hitler nicht, die Bedenken aller zu zerstreuen. Im Gegensatz zu seinen Besprechungen mit den Generalen während der Sudetenkrise erhob sich diesmal jedoch kein offener Widerspruch. Die viel schwächer gewordene Position der Soldaten gegenüber der politischen Führung erschwerte dies ebenso, wie das bereits verringerte Vertrauen untereinander es kaum zu einem Gedankenaustausch kommen ließ.

Auch in diesen letzten Wochen fehlte es nicht an verzweifelten Versuchen einzelner, das Verhängnis abzuwenden. *Canaris* eröffnete am 15. August dem italienischen Militärattaché, Hitler wolle im Vertrauen auf die Passivität der Westmächte in etwa zwei Wochen zur Aktion schreiten, nicht zur Eroberung Danzigs, sondern zur Vernichtung Polens überhaupt: „Das wird das Ende Deutschlands sein.“ Die von Italien bereits angemeldeten Bedenken gegen einen Krieg hätten Hitler nicht beeindruckt. Vielleicht könne aber die eindeutige Erklärung der italienischen Absicht, nicht mit Deutschland zu marschieren, Hitler noch von seinem Vorhaben abbringen. Zwei Tage darauf suchte *Canaris* Keitel klarzumachen, daß Italien neutral bleiben, England aber „mit allen Mitteln gegen

uns kämpfen werde, wenn wir gewaltsam gegen Polen vorgingen“. Die für Hitler bestimmte Warnung blieb jedoch schon bei Keitel ohne Wirkung. Auch General *Thomas*, der Chef des Wehrwirtschaftsamtes, unterbreitete diesem eingehende Ausführungen über die Gefahren des geplanten Krieges vom wirtschaftlichen Standpunkt. Keitel speiste ihn jedoch mit oberflächlichen Gegenargumenten ab.

Bekanntlich ließ Hitler am 25. August nach dem Abschluß des britisch-polnischen Bündnisvertrages und dem Ausfall Italiens die schon im Gange befindliche Vormarschbewegung anhalten. Zum letzten Male machte sich Optimismus geltend. Selbst *Canaris* und *Oster* meinten, Hitler sei angesichts der Entschlossenheit der Westmächte endlich zurückgewichen und der Friede sei gesichert. In Wahrheit wollte er jedoch nur eine Frist gewinnen, um England doch noch von Polen zu trennen und dieses durch ein Scheinangebot ins Unrecht zu setzen. Zu einer entscheidenden Einwirkung auf Hitler von verantwortlicher militärischer Seite ist es nicht mehr gekommen. Am 31. August 1939 gab er den endgültigen Angriffsbefehl; drei Tage später traten England und Frankreich an Polens Seite.

DAS NEUE INDIEN

von

Prof. Dr. HEINZ LEHMANN, Universität Tübingen

I. DIE POLITISCHE NEUORDNUNG

Die Geburtsstunde des neuen Indien war der 15. August 1947, der zweite Jahrestag der japanischen Kapitulation, der im Commonwealth festlich begangen und für die feierliche Übertragung der Souveränität an die beiden Nachfolgestaaten British-Indiens, Indien und Pakistan, ausersehen wurde. Wir werden uns im folgenden ausschließlich mit Indien befassen, dem größeren der beiden Staaten, der den Hauptteil des Subkontinents einnimmt und heute rund 375 Millionen Einwohner zählt. Niemand hätte dem jungen Staat ein schnelle politische und wirtschaftliche Festigung vorausgesagt; vielmehr sprach zunächst alles dafür, daß Indien im Chaos versinken würde.

DIE EINSCHMELZUNG DER FÜRSTENSTAATEN
UND DIE TERRITORIALE NEUGLIEDERUNG

Die innenpolitisch schwierigste Aufgabe, die es zunächst zu lösen galt, war die Einschmelzung der Maharadscha-Staaten in das indische Staatsgebiet und dessen Neugliederung auf föderativer Grundlage, die erst am 1. November 1956 zu einem Abschluß auf längere Sicht gekommen ist.

1947 umfaßte das eigentliche British-Indien nur etwas mehr als die Hälfte des Gebietes und rund drei Viertel der Bevölkerung des indischen Subkontinents. Etwa 45 % des Territoriums, aber nur 24 % der Bevölkerung stellten die rund 570 scheinsoveränen Maharadschastaaten. Sie waren untereinander sehr verschieden an Größe und Gewicht, während etwa Haiderabad fast den Umfang von Großbritannien oder der Bundesrepublik besaß und 16 Millionen Einwohner zählte, waren über 200 klei-

Das neue Indien

331

ner als je 26 qkm und viele unter ihnen nur bessere Gutsbezirke. Da ihr durch Erbgang und Heirat zusammengebrachtes Staatsgebiet meist zerrissen war und es von Enklaven und Exklaven wimmelte, bot die indische Landkarte etwa ein so buntes Bild wie die Karte Südwestdeutschlands nach 1648.

Die territoriale Aufgliederung Indiens im Jahre 1947 stellte noch immer den Zustand dar, der im Jahre des Großen Aufstandes 1857 erreicht worden war. Von Clives Sieg bei Plassey (1757) an bis zu jenem Aufstand hatten die Generalgouverneure der britischen Ostindischen Kompanie genau ein Jahrhundert lang Thronwirren und Streitigkeiten zwischen den einheimischen Gewalten ausgenutzt und ein Territorium nach dem andern unter direkte britische Verwaltung gestellt. Sämtliche Küstenlandschaften, alle steuerkräftigen Gebiete, aber auch manches andere Territorium war, wenn sich die Gelegenheit bot, „Britisch-Indien“ angegliedert worden. Da nun aber die wahllose Depossidierungspolitik der britischen Generalgouverneure gegenüber den Maharadschas ein wesentlicher Anlaß für den Ausbruch des so gefährlichen Großen Aufstandes gewesen war, begann die britische Regierung, die nun erst die volle Verantwortung für das Kolonialgebiet in Vorderindien übernahm, nach dem mühsamen Sieg über die Aufständischen eine völlig neue Politik, die auf eine Konservierung des 1857 erreichten Zustandes hinauslief.

Den noch vorhandenen indischen Fürstenstaaten gegenüber entwickelte England jene Politik der „Indirekten Herrschaft“, die dann später auch auf andere Teile des Empire übertragen worden ist (Malaya, Nordnigeria, Sansibar usw.) und zu Beginn unseres Jahrhunderts von Lord Lugard als ein Grundprinzip britischer Kolonialpolitik überhaupt verkündet wurde. Die indischen Fürsten, die England gegenüber völlig machtlos waren, galten nach außen als souveräne Verbündete der britischen Krone, und man kam ihrem Selbstgefühl durch Salutschüsse, militärische Ränge, Titel und Orden und durch die Erziehung ihrer Söhne auf den vornehmsten Public Schools in England entgegen. Sie erhielten zwar einen britischen „Berater“ als Kontrollorgan und durften mit der Außenwelt und untereinander nur durch britische Vermittlung Verbindung aufnehmen, konnten jedoch ihre Länder als absolute Autokraten regieren. Wohl leisteten einige fortschrittliche Staaten wie Baroda, Maysur und Travancore

kur für die Erziehung und die Hebung des sozialen Status ihrer Untertanen Hervorragendes. Im Regelfall aber herrschten noch mittelalterliche Verhältnisse; noch immer gab es keine Trennung von Staatseinkünften und Privatschatulle des Fürsten und kaum irgendwo eine den Herrscher bindende Verfassung. Doch die Maharadschas standen unter einer Art politischem Naturschutz, und gegenüber der indischen Freiheitsbewegung, die sich in British-Indien entwickelte, hat England sein Festhalten an der Herrschaft über Indien nicht zuletzt mit seinen Verpflichtungen gegenüber den Fürstenstaaten begründet.

Niemand konnte 1947 erwarten, daß sich die Einbeziehung der Fürstenstaaten in das Gebiet der beiden Nachfolgestaaten British-Indiens, Indien und Pakistan, so reibungslos vollziehen würde, wie es tatsächlich geschah. Die meisten von ihnen lagen im Bereich von Indien. Hier wurde das Problem dank der zugleich festen und geschmeidigen Politik von Nehrus bedeutendstem Mitarbeiter, Vallabhai Patel, dem „indischen Bismarck“, in wenigen Monaten gelöst. Nur die drei größten Fürstenstaaten blieben erhalten (Haiderabad, Maisur, Jammu-Kaschmir). Die übrigen wurden in Gruppen teils in die bestehenden ehemaligen britisch-indischen Provinzen eingegliedert, teils zu neuen Ländern zusammengefaßt, an deren Spitze der angesehenste unter den mediatisierten Fürsten als konstitutionelles Staatsoberhaupt trat. Auch diese neuen Länder wurden 1950 verfassungsmäßig den ehemals britischen Provinzen gleichgestellt, obwohl die Fürsten ursprünglich bei ihrem Beitritt zur Indischen Union nur Außenpolitik, Verteidigung und Verkehr an die Zuständigkeit des Bundes abgetreten hatten. Praktisch verloren sämtliche Fürsten ihre Herrschaftsrechte; sie konnten lediglich eine nach den Einkünften ihrer alten Staaten berechnete erbliche Pension aushandeln, die jedoch auch periodischer Neufestsetzung unterliegt.

Inzwischen ist die oben umrissene Lösung der Jahre 1948/50 schon wieder überholt. Bei der Neueinteilung des Indischen Bundesstaates in 14 Bundesländer, die im wesentlichen nach sprachlich-kulturellen Gesichtspunkten erfolgte und am 1. 11. 1956 in Kraft getreten ist, wurde außer in dem Sonderfall Jammu-Kaschmir, dessen Zugehörigkeit zu Indien von Pakistan noch nicht vertraglich anerkannt ist, jede Erinnerung an die alten dynastischen Staaten ausgelöscht. Auch die britisch-indischen Provinzen, die in ihren alten Verwaltungsgrenzen zunächst

übernommen wurden, haben dem neuen sprachlich-kulturellen Einteilungsprinzip weichen müssen.

Ein Staat von 375 Millionen Menschen läßt sich nur dezentralistisch organisieren. Es lag nahe, trotz aller Umstellungsschwierigkeiten auf die mit unerwünschten Erinnerungen beladene historische Einteilung zu verzichten und die künftigen Bundesländer als Träger weitgehender Kulturautonomie auf der Grundlage der Sprachgemeinschaften aufzubauen. Das wurde schon lange vor allem im Gebiet der vier dravidischen Hauptsprachen in Südindien gefordert. Dort wird man sich leichter mit der Tatsache abfinden, daß in absehbarer Zeit das Englische als Staatssprache durch die fremdartige indoarische Hauptsprache Hindi ersetzt wird, wenn die eigene Sprach- und Kulturautonomie auf der Länderebene auch verfassungsmäßig gesichert ist. Eine genaue Sprachenstatistik liegt nicht vor. Es genügt jedoch zu wissen, daß in Nord- und Mittel-Indien außer Hindi mit rund 100 Millionen Sprechern (in den heutigen Staaten Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und im Pandschab) noch sieben weitere indo-arische Großsprachen (mit je mindestens 12 Millionen Sprechern) gesprochen werden: Pandschabi, Bihari, Bengali, Oriya, Marathi und Gudscherati (beide im Staat Bombay) sowie Radschasthani; die vier dravidischen Großsprachen Südindiens sind Teluga (in Andhra), Tamil (in Madras), Malayalam (in Kerala) und Kannada oder Kanarese (in Maisur).

Widerstände gegen die geplante Neugliederung des Staatsgebietes ergaben sich lediglich im Pandschab, wo die nach Millionen zählende religiöse Sondergruppe der Sikh eine Majorisierung befürchtete, und zwischen Gudscheraten und Marathen in und um Bombay. Nach mehreren unbefriedigenden Lösungsversuchen ist es nun zu einem Großstaat Bombay gekommen, in dem sich Gudscheraten und Marathen einigermaßen die Waage halten. Nach den Vorschlägen der die Neugliederung vorbereitenden Kommission sollen als Gegengewicht gegen den „Sprachenpatriotismus“ oder sonstigen künftigen Provinzialismus und zur Entfaltung des ja noch unentwickelten gesamtindischen Staatsbewußtseins die Bau-, Forst- und Gesundheitsverwaltungen einheitliche Beamtenlaufbahnen einführen und ihre Beamten ohne Rücksicht auf ihre landmannschaftliche Herkunft in allen Teilen des Landes einsetzen. In den übrigen Verwaltungen sollen die Hälfte, bei den Gerichten ein Drittel

der Beamtenstellen durch Nichtangehörige des jeweiligen Einzelstaates besetzt werden.

Außer den neuen 14 Einzelländern umfaßt die Indische Union heute sechs von der Zentralregierung verwaltete Territorien: die Bundeshauptstadt Delhi (nach dem Muster von Washington, Ottawa, Canberra), drei strategisch wichtige Grenzstaaten (Himachal Pradesh, Tripura und Manipur) sowie die beiden Inselgruppen der Lakkadiven und Andamanen.

DAS NEUE INDIEN ALS DEMOKRATISCHER VERFASSUNGSSTAAT

Schwieriger und erstaunlicher noch als die totale territoriale Neugliederung des riesigen Subkontinents mag auf die Dauer die Einführung parlamentarisch-demokratischer Regierungsmethoden und die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte westlich-liberaler Prägung erscheinen.

Man hat gesagt, das Jahr 1947 bedeute für Asien, was 1776 für Amerika bedeutet habe. Der Kampf der 13 amerikanischen Kolonien um die politische Selbständigkeit war das große Vorbild für alle asiatischen Freiheitsbewegungen. So waren für Gandhi und Nehru nationale Unabhängigkeit und demokratische Selbstbestimmung ebenso eng miteinander verkoppelt wie für Jefferson in seiner Unabhängigkeitserklärung und seiner Formulierung der Menschen- und Bürgerrechte. In der Präambel zur Indischen Verfassung vom 26. 1. 1950 wird die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte als Hauptzweck des Staates bezeichnet, und Nehru nannte diese Präambel auch ausdrücklich ein „Echo der ehrwürdigen Stimmen der Gründer der amerikanischen Republik“.

Im einzelnen lehnt sich die indische Verfassung allerdings verständlicherweise enger an das britische als an das amerikanische Vorbild an. Die Führer der indischen Freiheitsbewegung, voran Gandhi und Nehru selbst, hatten ja ihre politischen Vorstellungen, weithin sogar ihre geistige Prägung überhaupt, in England gewonnen. Nehru hat vor dem ersten Weltkrieg sieben entscheidende Jahre auf der berühmten Public School in Harrow und auf der Universität Cambridge verbracht und wurde dort für sein ganzes Leben vom modernen westlichen Denken erfaßt, von der Aufklärung und dem Geist der Technik und Naturwissenschaften, von den Vorstellungen der britischen parlamentarischen Demokratie

und von einem liberalen reformerischen Sozialismus, wie ihn damals die Fabier-Gesellschaft und die eben aufkommende Labour Party verkündeten. Kein Wunder also, daß die von Nehru entscheidend bestimmte indische Verfassung den britischen Parlamentarismus kopiert und mit ihren verschiedenen Bestimmungen, die aus Indien einen modernen Wohlfahrtsstaat machen sollen, das Gedankengut der Labour Party widerspiegelt. Lediglich der föderative Aufbau des Staates konnte sich nicht an das englische Vorbild anlehnen.

Die Gliederung in Bundesländer, die eigene, den Länderparlamenten verantwortliche Regierungen haben, die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sowie die rein repräsentative Stellung des Bundespräsidenten entsprechen etwa den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Britisch aber ist das Mehrheitswahlsystem, das Verhältnis von Regierung und Unterhaus (Lok Sabha), dessen Geschäftsordnung, die Etappen der Behandlung eines Gesetzentwurfs, die Fragestunde, zu der sich die Minister regelmäßig dem Kreuzfeuer der Anfragen aus dem Abgeordnetenhaus stellen müssen.

Mehr als in jeder anderen Verfassung der Welt sind in der indischen sozialpolitische Forderungen ausgesprochen: das Recht auf angemessenen Lebensunterhalt, das Recht auf Arbeit, Schulbildung und öffentliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, das Recht auf Mindestlohn und Mindestfreizeit und gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen, endlich ein Wirtschaftssystem, das nicht zum Nachteil für die Allgemeinheit zu einer Konzentration von Vermögen und Produktionsmitteln in wenigen Händen führt. Ausdrücklich werden die Hebung des allgemeinen Lebensstandards, des Ernährungsniveaus und der Volksgesundheit sowie die Einführung obligaten Schulunterrichts für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr als vordringlichste Aufgaben der Staatsführung bezeichnet. Mochten angesichts der tatsächlichen rückständigen Lebensumstände der indischen Massen die meisten dieser Forderungen wie ferne Zukunftsmusik klingen, so wollten die Gründer des neuen Indiens doch das Ziel des Wohlfahrtsstaates mit dem Gewicht von Verfassungssätzen unverrückbar festlegen, weil sie fürchteten, die einflußreichen Großindustriellen und Finanzgewaltigen in der eigenen Kongreßpartei könnten versuchen, sich jetzt nach Erringung der nationalen Unabhängigkeit lediglich an die Stelle

der fremden Kapitalgesellschaften zu setzen und für die verelendeten Massen alles beim alten zu lassen. Was tatsächlich inzwischen auf sozial-politischem Gebiet erreicht wurde, wird weiter unten zu erörtern sein.

So schwierig die Verwandlung Indiens in einen modernen Wohlfahrtsstaat nach westlichem Muster noch auf lange Sicht sein mag — die Wirklichkeit der ebenfalls in der Verfassung garantierten Freiheits- und Gleichheitsrechte ist es nicht minder. Indien mit seinen 560 000 Dörfern ist ein traditionsgebundenes Bauernland, in dem vor allem die in der Religion verankerten Kastenvorstellungen nicht von heute auf morgen verschwinden können, obschon es erstaunlich ist, wie schnell sich das moderne Lebensgefühl in der jungen Generation auch auf dem Lande im Zuge der Regierungsmaßnahmen zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten aller Art (vgl. weiter unten) ausbreitet. Anfang der dreißiger Jahre hat Gandhi die erste Bresche in die Kastenvorstellungen geschlagen, als er für die Gleichberechtigung der Kastenlosen, der sog. Unberührbaren, eintrat. Man nennt die Parias seitdem Haridschans, „Auserwählte Gottes“. In der Verfassung wurde ihnen das Recht auf Bildung und auf Beschäftigung im Staatsdienst ausdrücklich zugesprochen, in den Parlamenten hat man Sitze für sie reserviert und ihnen Ministerposten und hohe Beamtenstellen zuerkannt. Jedoch wurde die Lage der insgesamt über 50 Millionen Kastenlosen draußen in den Dörfern zunächst nicht viel besser, und im Mai 1955 mußte das Zentralparlament ein Gesetz verabschieden, das die weitere Benachteiligung der Parias unter empfindliche Geld- und Freiheitsstrafen stellt. Hindu-Tempel dürfen ihnen den Eintritt nicht mehr verwehren, ebensowenig Läden, Restaurants und Hotels. Schulen, Brunnen und Begräbnisplätze dürfen nicht mehr getrennt gehalten werden. Dennoch ist die Nachricht aufschlußreich, daß 1956 rund 250 000 Unberührbare unter Führung des ehemaligen Ministers Dr. Ambedkar geschlossen zum Buddhismus übergetreten sind, um weiterer Benachteiligung zu entgehen.

Noch einschneidender als das Gesetz zum Schutz der Unberührbaren sind das neue Ehegesetz von 1955 und das neue Erbgesetz von 1956, die beide die in der Verfassung garantierte Gleichberechtigung der Frau wirklichen sollen. Sie stießen auf zähen Widerstand, weil sie in der Tat die hinduistische Gesellschaftsordnung revolutionieren. Hier und da gab es von Brahmanen organisierte Kundgebungen gegen das Ehegesetz und

für die Wahrung der alten patriarchalischen Eheauffassung, bei denen Frauen Transparente trugen mit der Aufschrift, sie seien gegen die Gleichberechtigung und wollten ihre Ehemänner weiter wie Götter verehren!

Das neue Ehegesetz bestimmt nach westlichem Muster Zivilehe, Ein-ehe, das Recht auf Scheidung und Wiederverheiratung für Mann und Frau und ein Mindest-Heiratsalter von 16 Jahren für Mädchen und von 21 Jahren für Männer. Mit dem neuen Erbgesetz wurden zum erstenmal auch die Frauen erbberechtigt. Wie schwer es für die Regierung war, sogar die Getreuen der eigenen Kongreßpartei hier mitzureißen, wurde deutlich, als bei der Endabstimmung im Zentralparlament über das Ehegesetz Fraktionszwang nötig wurde und sie sich gegen den Vorwurf verteidigen mußte, ein Sakrament werde zerstört.

Die ersten allgemeinen Wahlen wurden im Winter 1951/52 über mehrere Monate weg mit erstaunlichem Erfolg durchgeführt. Es waren die ersten freien allgemeinen Wahlen in Asien und die Probe aufs Exempel, ob Indien zu einer modernen Massendemokratie zu entwickeln sein würde. Die Verfassung von 1950 war noch von Gremien beraten und beschlossen worden, die nach einem sehr begrenzten Wahlrecht aus britischer Zeit gewählt worden waren. Deshalb wünschte die Regierung die Bestätigung ihrer Politik durch eine Wahl auf breiterer Grundlage und zum frühestmöglichen Zeitpunkt, obwohl für eine solche Wahl alle Voraussetzungen zu fehlen schienen. Von den rund 175 Millionen Wahlberechtigten waren etwa drei Viertel des Schreibens unkundig, es gab keine Registrierung der Bevölkerung und es fehlte völlig an geschultem Personal zur Durchführung der Wahl. Dennoch fand sich ein Weg.

Der Wahlkampf und die Wahlen selbst wurden in den verschiedenen Landesteilen nicht zu gleicher Zeit durchgeführt. So bedurfte es nur eines relativ kleinen Stabes von Wahlfachleuten, die das Land bereisten und örtlich die organisatorischen Voraussetzungen für die Wahl schufen. Es zeigte sich, daß auch der des Lesens und Schreibens unkundige Dörf-ler, der gewöhnt ist, die allgemeinen Angelegenheiten seiner Dorfgemeinde mit Interesse zu verfolgen, für die ihm einfach dargebotenen politischen Hauptfragen durchaus ansprechbar war. Die Kongreßpartei erhielt 45 % der Stimmen und damit die absolute Mehrheit in sämtlichen Parlamenten von Bund und Ländern, die von der Kongreßpartei abgesplitterten Sozialisten 16 %, die Kommunisten 5 %, und zwar besonders in den

Telugu sprechenden Landesteilen (Andhra). Die orthodoxen Hindugruppen (Hindu Mahasabha und Ram Rajya Parishad), die an die religiösen Traditionen appellierten und vor dem Einbruch der modernen westlich-technischen Zivilisation warnten, der durch die Maßnahmen der Regierung gefördert würde, konnten insgesamt nur 5 % der Stimmen auf sich vereinigen. Sie waren dadurch diskreditiert, daß aus ihren Reihen der Mörder Gandhis hervorgegangen war. Der große Sieg der Kongreßpartei bewies, wie stark das Prestige der siegreichen Freiheitsbewegung im Volke war und das Vertrauen, Nehru als der von Gandhi bestimmte Leiter der politischen Geschicke des Landes werde das indische Volk am besten und schnellsten aus dem Elend herausführen. Die erste allgemeine Wahl gab jedenfalls der Regierung das Mandat, das junge Staatswesen im modernen, demokratischen und sozialen Sinne zu entwickeln.

Inzwischen hat vom 24. 2. bis 14. 3. 1957 die zweite allgemeine Wahl stattgefunden (mit über 193 Mill. Wahlberechtigten). Im neuen Zentralparlament hat die Kongreßpartei wiederum die Zwei-Drittel-Mehrheit (365 von 488 Sitzen), so daß Indien für weitere fünf Jahre unter Führung Nehrus ein stabile Regierung haben wird. Außer den Kongreßanhängern sitzen 73 Unabhängige, 27 Kommunisten, 19 Praja-Sozialisten und nur 4 Vertreter der Hindu-Orthodoxie im neuen Zentralparlament. Auch in 11 Einzelstaaten hat der Kongreß wieder die absolute Mehrheit. In Orissa ist sie mit 56 von 140 Sitzen immerhin stärkste Partei, und nur in Kerala im äußersten Süden sind die Kommunisten mit 60 von 126 Sitzen zur stärksten Partei geworden. Kerala ist das Gebiet mit dem geringsten Prozentsatz von Analphabeten, aber auch mit der größten Bevölkerungsdichte und mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

II. DIE WIRTSCHAFTLICHE NEUORDNUNG ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

Wenn Regierung und Kongreßpartei trotz der von ihnen vorangetriebenen revolutionären Umgestaltung der politischen Landkarte und der traditionellen Gesellschaftsstruktur Indiens ihren beherrschenden Einfluß über die Wählermassen wahren konnten und im Lande im ganzen ein hohes Maß von Ordnung und Sicherheit herrscht, so ist das in erster Linie den wirtschaftspolitischen Erfolgen zu danken.

Die Wirtschaftspolitik des jungen Staates mußte sich zunächst auf

die Lösung des Ernährungsproblems konzentrieren. Das übervölkerte Indien mit seiner verarmten, methodisch unendlich rückständigen Landwirtschaft ist das Land mit den niedrigsten Ernteerträgen der Welt. Da die Ernährung traditionell viel zu einseitig auf Reis, Hirse und Weizen aufbaut, bedeutete es für die immer prekäre Ernährungslage des Landes eine weitere Erschwerung, daß das Reisland Burma abgetrennt wurde und die Weizenüberschußgebiete an Pakistan fielen. Dazu kamen die chaotischen Zustände des Jahres 1948, das Flüchtlingseleid und die Erdbeben-, Überschwemmungs- und Dürrekatastrophen der Anfangsjahre, so daß Indien auf Weizeneinfuhren angewiesen war und die Reisrationierung der Kriegszeit noch jahrelang beibehalten mußte. Alles kam darauf an, die Anbaufläche zu vergrößern (ein langfristiger Plan sieht die Vergrößerung der Anbauflächen von 100 Millionen auf 160 Millionen Hektar vor), sei es durch den Bau von Hunderttausenden neuer Tiefbrunnen, sei es durch Rückgewinnung unkrautverseuchten ehemaligen Kulturlandes unter Einsatz von Traktoren, sei es durch den Bau von Staudämmen zur Gewinnung neuen bewässerten Landes. Tatsächlich ist es bereits in den vier Jahren von 1949/50 bis 1953/54 gelungen, die landwirtschaftliche Erzeugung um ein Viertel zu steigern und damit die Ernährung der jährlich um vier bis fünf Millionen wachsenden Bevölkerung von Nahrungsmitteln einführen aus dem Ausland wieder unabhängig zu machen.

Um die Volksernährung auf die Dauer zu sichern und zugleich das Leben der Dörfler, die im Bauernland Indien ja noch immer drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, auf ein erträgliches Niveau zu heben, bedarf es jedoch einer allseitigen Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden. Im Rahmen der sog. Community Projects, die die Landbevölkerung auf den verschiedensten Gebieten zur genossenschaftlichen Selbsthilfe aufrufen und deren zentrale Bedeutung für die Zukunft eines demokratischen Sozialismus in Asien gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, werden seit 1952 vom Staat finanzierte landwirtschaftliche Berater in die Dörfer geschickt. Schon sind etwa 100 000 von den 560 000 Dörfern erfaßt. Diese Dorfberater zeigen den Bauern neue Ackergeräte und Anbaumethoden, die Vorteile des Gründüngers und Kompostes, machen sie mit Kunstdünger und besserem Saatgut bekannt, legen mit den Dorfbewohnern in Gemeinschaftsarbeit neue Bewässerungsanlagen

und Abwässergräben an und bringen den Frauen einen abwechslungsreicheren Küchensettel bei.

Es ist ein großer Unterschied, ob politische Kommissare mit Befehlsgewalt ins Dorf kommen oder Berater, die um das Vertrauen der Bauern werben und sie von der Zweckmäßigkeit besserer Anbaumethoden überzeugen müssen. Schon hat offenbar die früher so lethargisch dahinvegetierende Dorfbewölkerung einen neuen Selbstbehauptungswillen, ein neues Selbstgefühl gewonnen, und Nehru hat voller Stolz über die offensichtlichen Anfangserfolge seines Programms zur Entwicklung genossenschaftlicher Selbsthilfe einige solcher Musterdörfer im Juli 1954 dem rotchinesischen Ministerpräsidenten Tschu-En-Lai gezeigt, als dieser auf dem Rückweg von der Genfer Konferenz über Indochina Indien besuchte. Nehru und seine Mitarbeiter wissen sehr wohl, daß sich hier in der mühevollen Kleinarbeit an der allmählichen Hebung des Lebensniveaus der indischen Bauern, im Wettstreit mit den Bemühungen der chinesischen Bolschewisten in ihrem Lande, die Zukunft eines freien demokratischen Sozialismus für Indien und ganz Südostasien entscheiden wird. In dem „neuen Unabhängigkeitskrieg“, in dem sich Indien befindet, sei, so heißt es, das Dorf die Hauptfront, oder, wie es die Leiterin der jungen indischen Frauenbewegung, Frau Deshmukh, einmal ausgesprochen hat, „die Symbole des Neuen Indien sind nicht die Staudämme und Stahlwerke, sondern die vielen tätigen Dorf- und Distriktberater, die den Bauern neue Wege zur Verbesserung ihres Lebens zeigen“.

DER AUFBAU DER INDUSTRIE

Die Sicherung der Volksernährung aus der eigenen Scholle gibt der indischen Regierung die Möglichkeit, Zahlungsbilanz und Währung in Ordnung zu halten und die Devisen, die aus dem eigenen Export und aus den in London während des Krieges angelauten Sterling-Guthaben zur Verfügung stehen, immer ausschließlicher für die Einfuhr von Maschinen und andern Investitionsgütern für den Aufbau der Industrie zu verwenden.

Seit dem ersten Weltkrieg besaß Indien bereits eine entwickelte Baumwollindustrie sowie einige Stahlwerke, und einige Industriekonzerne wie Tata und Birla hatten sich schon vor 1947 einen Namen gemacht. Dennoch bestand natürlich in allen übrigen Industriezweigen ein ungeheurer

Nachholbedarf, und es lag nahe, bei dem Versuch, aus Indien einen modernen Staat zu machen, alle Energien auf den Aufbau der Industrie zu konzentrieren. Hätte man die Wirtschaft sich selbst überlassen, wären die schwachen Finanzkräfte des Landes an allen Ecken zugleich eingesetzt und hoffnungslos zersplittert worden und die vordringliche Hilfe für die Landwirtschaft zu kurz gekommen. Außerdem hätte die Gefahr bestanden, daß mit dem Einströmen ausländischer Kapitalhilfe ohne Kontrolle der Regierung neue politische Abhängigkeiten vom Ausland entstanden wären, und das ließ das Selbstgefühl des eben selbständig gewordenen Staatswesens nicht zu. Da unter diesen Umständen die freie Marktwirtschaft nicht möglich erschien, andererseits die totalitäre Staatswirtschaft nach bolschewistischem Muster mit den Grundkonzeptionen unvereinbar war, blieb für die Wirtschaftspolitik des neuen Indien nur der mittlere Weg einer gelenkten Wirtschaft unter möglichster Wahrung der Unternehmerinitiative übrig.

1948 wurde das Prinzip der „gemischten Wirtschaft“ aufgestellt, das konsequent angewendet wird. Den Privatunternehmen wird ein bedeutender Anteil an der Gütererzeugung und -verteilung zugesichert, während der Staat sich in der Lenkung der Investitionen, der Regelung des Außenhandels, der Sicherstellung des lebensnotwendigen Bedarfs mehr die lenkenden als die unternehmerischen Funktionen vorbehält. Die Eisenbahnen, die Rüstungsindustrie und die Atomenergiegewinnung wurden zu Staatsmonopolen erklärt. Dem Staat vorbehalten bleibt außerdem die Gründung neuer Unternehmen auf den Gebieten: Kohle, Eisen und Stahl, Mineralöle, Flugzeugbau, Schiffsbau, Fernmeldetechnik und elektrotechnische Großanlagen. Die übrige industrielle Betätigung wird privaten Unternehmungen freigestellt, doch behält sich der Staat die Planung und Kontrolle vor in den meisten Zweigen der Maschinenindustrie, bei einem großen Teil der chemischen Industrie, bei Baumwolle und Wolle, Gummi, Zucker, Papier, Zement, bei Bergbau, Schifffahrt und Luftfahrt. Nehru hat wiederholt erklärt, daß er von der Verstaatlichung bestehender Industrieunternehmen nichts halte, sondern mit den Mitteln, die für die Entschädigung aufzuwenden wären, lieber neue Fabriken erstelle, um die Erzeugung zu steigern.

Auch bei den asiatischen Völkern ist man heute geneigt, den eigenen Fortschritt vom Stand der Technik und der Industrialisierung abzulesen.

Man wußte zudem sehr gut, daß eine fühlbare Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards und die Beseitigung der riesigen Arbeitslosigkeit nur über eine allgemeine Industrialisierung erreichbar sein würde. So gehörte ein hohes Maß von Selbstbescheidung und Realismus dazu, in dem 1951 anlaufenden ersten Fünfjahresplan alle Lieblingswünsche, so schnell wie möglich wichtige Industriezweige aufzubauen, vorerst noch zurückzustellen und bei der Armut des Landes¹ sich zu beschränken auf die Hilfe für die Landwirtschaft, auf den Bau von Staudämmen, mit deren Hilfe man zugleich neue Anbauflächen und Kraftstrom für die künftige Industrieentwicklung gewinnen wollte, und auf den vordringlich wichtigen Ausbau des Transportwesens einschließlich der Küstenschifffahrt. Erst im Rahmen des zweiten Fünfjahresplanes (1956-1961) ist die Industrialisierung des Landes voll angelaufen, wobei allerdings das Schwergewicht auf den vom Staat getragenen Grundstoffindustrien (Eisen und Stahl, Maschinenbau, schwere Chemikalien einschließlich Düngemittel) und auf der systematischen Förderung der Klein- und Hausindustrie liegen soll.

DI E HILFE DES AUSLANDES

Während der ersten schwierigen Übergangsjahre bis etwa 1953 hat Indien für seinen wirtschaftlichen Aufbau weder in größerem Umfang ausländische Hilfe gesucht noch erhalten, obwohl es im Rahmen des Colombo-Planes bei Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland finanzielle Unterstützung fand und ihm auch von der amerikanischen Regierung, von der Weltbank für Wiederaufbau und Entwicklung und von der Ford Foundation Mittel zuflossen. Seit sich jedoch die wirtschaftliche Lage des jungen Staatswesens offensichtlich gefestigt hat, ist auch die Zurückhaltung des Auslandes gewichen. Man könnte fast von einem Wettstreit der Staaten in West und Ost sprechen um die Gunst, bei der technisch-industriellen Entwicklung Indiens mithelfen zu dürfen. Daß sich Indien in seiner Außenpolitik auf keine der beiden großen Mächtegruppen festgelegt hat, vergrößert nicht nur sein politisches Gewicht, sondern wirkt sich auch wirtschaftlich recht vorteilhaft aus. Von den geplanten drei neuen staatlichen Stahlwerken baut die westdeutsche

¹ Für den ganzen Fünfjahresplan konnte man zuerst nur 13 Millionen Rupien, endgültig dann 22 Millionen Rupien zur Verfügung stellen (1 Rupie = 1.20 DM).

Interessengemeinschaft Krupp-Demag in Rourkela (Orissa) das erste, die Sowjetunion in Bhilai das zweite und eine britische Interessengemeinschaft in Durgapur das dritte, während Amerikaner den Ausbau des großen Stahlwerks des Tata-Konzerns übernommen haben. Ähnlich ist es heute auf zahlreichen anderen Gebieten des industriellen Aufbaus.

Die Beteiligung ausländischen Kapitals an den Industrieunternehmen, die im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans errichtet werden sollen, ist ausgesprochen erwünscht, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Inder die Kapitalmehrheit behalten und die ausländischen Partner die Schulung des technischen Personals übernehmen, das dann in absehbarer Zeit die ausländischen Ingenieure und Werkmeister ersetzen kann. Auf dieser Basis entstehen zahlreiche Gemeinschaftsunternehmen ausländischer Firmen mit dem indischen Staat oder mit indischen Privatunternehmen. In der Hoffnung, die maschinelle Einrichtung und sonstige Investitionsgüter liefern zu können und im Lizenzverfahren noch eine Reihe von Jahren in Indien selbst an der Produktion beteiligt zu sein, verpflichten sich die ausländischen Firmen, den indischen Nachwuchs teils in Indien an Ort und Stelle, teils im eigenen Lande auszubilden.

Mehr als alle anderen Länder beteiligt sich Großbritannien am wirtschaftlichen Aufbau Indiens. Ende 1953 stammten 83 % aller ausländischen Investitionen aus Großbritannien, und wenn inzwischen auch die Konkurrenz anderer Länder viel größer geworden ist, so spielt England doch weiter die führende Rolle. Neben dem erwähnten Hüttenwerk in Durgapur ist das wichtigste Projekt britisch-indischer Zusammenarbeit ein Werk für Starkstromtechnik (zum Bau von Turbinen, Generatoren, Transformatoren, Schaltanlagen usw.); auch in der Nutzung atomarer Energie besteht enge Zusammenarbeit. Sehr rühmlich ist Italien. Der Chemiekonzern Montecatini baut eine Stickstoff-Fabrik und zwei komplette Ätznatron- bzw. Natronlauge-Fabriken; andere italienische Firmen bauen in Bombay eine Kunstseidefabrik und produzieren Fiat-Wagen und Lambrettas. Mit Hilfe Schweizer Firmen wurde eine Waggonfabrik für die Herstellung leichter Ganzstahl-Personenwagen modernsten Entwurfs und eine Fabrik für moderne Hochpräzisions-Werkzeugmaschinen gebaut. Mit schwedischer Unterstützung soll in Madras eine Schreibmaschinenfabrik entstehen usw.

Seit der Wirtschaftsoffensive der Ostblockstaaten in Asien (seit Ende

1955) beteiligen auch diese sich am Aufbau der indischen Industrie, wenn auch in weit geringerem Umfang. Die Sowjetunion hilft mit bei Ölschürfungen und bei der Konstruktion von Fabriken und Maschinen in der Eisen- und Buntmetallindustrie. Die Tschechoslowakei liefert eine vollständige Zucker- und eine Zementfabrik. Für eine neu zu errichtende Technische Hochschule in Bombay will die Sowjetunion die technische Ausrüstung und auf fünf Jahre die Professoren stellen und das künftige indische Lehrpersonal ausbilden.

Die Bundesrepublik leistet ebenfalls schon seit Jahren Hilfe beim Aufbau der indischen Industrie und bei der Ausbildung indischer Ingenieure und Techniker. Erwähnt wurde schon das Stahlwerk, das mit einer Kapazität von einer Million Tonnen Rohstahl von Krupp-Demag errichtet wird. Deutsche Firmen bauten u. a. eine große Kokerei für die staatliche riesige Düngemittelfabrik in Sindri (Fa. C. Still, Recklinghausen), den Hafen Kandla an der Westküste Indiens (Fa. H. Butzer-Dortmund), einen zweieinhalb Kilometer langen Tunnel unterhalb des Banihal-Passes für die Straße nach Kaschmir (Fa. Baresel-Stuttgart) und vier vollständige Rohrzuckerfabriken in Poona (Gutehoffnungshütte, Oberhausen). Das wichtigste Beispiel der Zusammenarbeit auf dem privaten Sektor ist die Vereinbarung zwischen Daimler-Benz und Tata über die Produktion von Lastkraftwagen. Beim Staatsbesuch Nehrus in der Bundesrepublik (Juli 1956) erklärte es Bundeskanzler Adenauer für die moralische Pflicht der technisch weiter fortgeschrittenen Nationen, ihre technische Entwicklung für andere nutzbar zu machen, und im Abschlussskizzen hieß es, man habe mit Genugtuung festgestellt, daß die deutsche Industrie auch in Zukunft bereit sei, an der Durchführung der großen indischen Vorhaben mitzuwirken; die Bundesregierung setze unbedingtes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Indiens und sei bereit, dabei behilflich zu sein, daß die deutsche Industrie bei der Verwirklichung der indischen Wirtschaftspläne in Zukunft noch stärker werde. Die Bundesregierung hat versprochen (ähnlich wie schon die Sowjetunion), auf ihre Kosten für fünf Jahre deutsche Professoren als Lehrkörper einer Technischen Hochschule nach Indien zu entsenden. Man sagte zu, die Zahl von Praktikantenstellen an deutschen Unternehmen für indische Nachwuchskräfte zu vervielfachen.

NEHRUS SOZIALISMUS UND DIE BEKÄMPFUNG DES MASSENELEND AUF DEM LANDE

Nehru hat einmal von sich gesagt: „Ich habe mich stets von großen Maschinen angezogen gefühlt, und ich war auch stets für rasches Reisen.“ Es muß diesen Bewunderer moderner Technik mit tiefer Genugtuung erfüllen, daß es ihm in einer ungewöhnlich günstigen Weltlage gelungen ist, für die aus Indiens eigener Kraft kaum zu leistende Industrialisierung heute in so weitem Umfang die Hilfe des Auslandes gewonnen zu haben. Dennoch ist sich Nehru als Schüler Gandhis in jedem Augenblick darüber klar, daß nicht die Staudämme, die Stahlwerke und sonstigen industriellen Großprojekte das Wichtigste sind, sondern daß sich die Zukunft seines Landes an der unscheinbaren Front des Dorfes entscheiden wird. Nehru ebnet Indien den Weg zum modernen Industriestaat, weil die Zeit dafür reif geworden ist, behält aber dennoch unbeirrt Gandhis Hauptanliegen vor Augen, daß nämlich die wirtschaftliche Entwicklung nicht ihrer eigenen Dynamik überlassen bleiben dürfe, sondern daß es Hauptaufgabe des neuen Indiens sein müsse, das Elend auf dem Lande zu beseitigen und die in Unterernährung und Krankheit verkommenen Millionen in den 560 000 Dörfern wieder zu äußerlich und innerlich freien Menschen zu machen. In der Nachfolge Gandhis und im Gegensatz zum Bolschewismus ist Nehru fest davon überzeugt, daß die Mittel dem Zweck entsprechen müssen, und daß man die Menschen nur dadurch auf eine höhere Stufe heben kann, daß man nicht versucht, ihren äußeren Lebensstandard durch totalitäre Zwangsmethoden zu verbessern, sondern allein im Geist der Gewaltlosigkeit durch genossenschaftliche Selbsthilfe. Indien dankt es Nehru, der in der Kongreßpartei lange als der einzige Sozialist galt, daß Gandhi auch nach seinem Tode das soziale Gewissen der Nation geblieben ist und die Sorge um die Verbesserung der gesamten Lebensumstände der 300 Millionen umfassenden Landbevölkerung in der Rangordnung der Aufgaben noch immer an erster Stelle steht.

Seitdem in den letzten drei Jahren die „industrielle Revolution“ in Indien anläuft, im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans auch für die Privatwirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten und Verdiensthancen gegeben sind und die Gefahr besteht, sich an dem sichtbaren äußeren Aufschwung zu berauschen, wird die Regierung nicht müde, an das

soziale Verantwortungsgefühl zu appellieren. Die Jahrestagungen der Kongreßpartei im Jahre 1955 und 1956 bekannten sich erstmals zu einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur (a socialistic pattern of society). Damit hat man sich jedoch keineswegs dem totalitären „Sozialismus“ des bolschewistischen Lagers angenähert. Im Gegenteil. Gerade weil sich Nehru bewußt ist, daß sich sein Staatsneubau letzten Endes bewähren muß an der Bewältigung der sozialen Frage, an der Überwindung des Massenelends, und zwar in stärkstem Wettstreit mit den bolschewistisch-totalitären Methoden Rot-Chinas, sucht er mit der Parole des Sozialismus das Verständnis für diese Zusammenhänge und das soziale Verantwortungsgefühl seiner Parteimitglieder immer wieder wachzurütteln.

In den Gesprächen, die Nehru in den ersten Januartagen 1956 mit dem Journalisten Tibor Mende hatte, setzte er den von ihm vertretenen Sozialismus eindeutig gegen die bolschewistische Praxis des „Sozialismus“ ab²:

„Wir glauben an die bürgerlichen Freiheiten; wir glauben an die freie Meinungsäußerung und all das. Aber wir wollen schnell vorankommen und die Ungleichheiten, die in unserm Lande bestehen, beseitigen, wirtschaftliche Ungleichheiten und andere. Unserer Ansicht nach aber würden diese Ungleichheiten auf dem Weg, den man gewöhnlich den kapitalistischen nennt, nur größer werden. Wir wollen mehr produzieren – wir werden es tun – aber wir wollen auch die Reichen etwas weniger reich machen, und den Armen soll es etwas besser gehen – obgleich das einige Zeit dauern wird. In der Zwischenzeit müssen wir mit den bestehenden sozialen Problemen fertig werden. Darum zieht es uns auf den sozialistischen Weg. Jedoch nicht sozialistisch im doktrinären Sinne. Wir versuchen, sozial zu planen, und dieser Weg paßt zu unserer traditionellen Denkweise – einer Denkweise, die älter ist als der Konflikt zwischen den Westmächten und Sowjetrußland. Unser nationaler Kampf hat uns zu dieser Denkungsart erzogen und uns den friedlichen Weg gewiesen, den Weg ohne Gewalt.“

„Unsere Lösung geht Hand in Hand mit den Wünschen der demokratischen Öffentlichkeit. Wir wollen die Menschen lieber überzeugen als sie beseitigen! Darin liegt ein grundlegender Unterschied zwischen unserem Standpunkt und beispielsweise dem der Kommunisten.“

Nehru weiß, daß er in der sozialen Frage unter einem gewissen Zeitdruck steht und für die Hebung des Lebensniveaus der 300 Millionen auf dem Lande schnell und fühlbar etwas getan werden muß³.

„Der Prozeß der Veränderungen kann bei uns friedlich und kontinuierlich verlaufen, nur darf er nicht zu langsam sein . . . Man muß schnell genug vorankommen,

² Tibor Mende: Gespräche mit Nehru. Hamburg (Rowohlt) 1956, S. 56 u. S. 69–71.
³ Ebenda S. 48 f. u. S. 106 f.

um das Interesse an den Reformen am Leben zu erhalten und auch das Selbstvertrauen, den Wunsch, noch mehr zu tun . . .

Unser Volk hat sich gewandelt, es ist erfüllt von einer neuen Lebenskraft. Natürlich bin ich der Ansicht, daß das Verdienst hieran unserer politischen Revolution, der Bewegung Gandhis, zukommt. Sie rüttelte die Menschen wach. Sie trieb sie vorwärts und ließ sie hoffen, ihr Ziel durch gemeinsame Anstrengung zu erreichen. Können wir daraus Nutzen ziehen und weitere Mittel und Wege finden, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern? Werden wir den Menschen klarmachen können, daß nicht nur die Regierung etwas für sie tun muß – was sie natürlich tut –, sondern daß sie selbst mit Hand anlegen müssen, wenn die gewaltige Aufgabe, den Lebensstandard eines Volkes von vielen Hunderten von Millionen zu heben, gelöst werden soll? Ich glaube, es ist möglich.“

„Wichtig ist es, in Bewegung zu bleiben. Ich glaube, daß wir den Zustand des Stillstands überwunden haben, den Zustand eines unterentwickelten, bewegungslos verharrenden Landes. Es ist sehr schwierig, diese Hürde zu überwinden, doch wir sind dabei. Unser Tempo wird bereits schneller. Unser erster Fünfjahresplan war fast noch ein Experiment, aber er legte doch schon die Fundamente. Der zweite enthält schon mehr Bewegung, aber nicht zu viel. Das Tempo des dritten wird schneller sein.“

Was aber geschieht denn bereits für die breiten Massen auf dem Lande? Die Bodenreform auf der Grundlage weitgehender Enteignung der Zamindari (Großgrundbesitzerschicht) ist gesetzgeberisch vorbereitet und im Gangestal, wo diese Frage besonders akut ist, auch angelaufen. Da jedoch die Großgrundbesitzer entschädigt werden, zwingt die dadurch entstehende Belastung der öffentlichen Hand dazu, die Bodenreform nur sehr allmählich durchzuführen. Die offizielle Bodenreform wird jedoch wirkungsvoll ergänzt durch eine freiwillige, die der alte Gandhi-Schüler Vinoba Bhave mit seiner Landschenkungsbeziehung seit 1952 durchführt und die es in den für Indien charakteristischen Formen einer religiösen Erweckungsbeziehung erreicht hat, daß bereits 1,5–2 Millionen Hektar Land in die Hände der Ärmsten in den Dörfern übergewechselt sind⁴.

Mindestens ebenso wichtig wie die Frage der Eigentumsverhältnisse ist jedoch die Verbesserung der hoffnungslos rückständigen landwirtschaftlichen Methoden, die unter Aufsicht einer Zentralbehörde für dörfliche Gemeinschaftsunternehmen (Community Projects) mit Hilfe eines Beraterdienstes in einer immer größeren Zahl von Dörfern durchgeführt wird, und dann für ihre weitere Umgebung beispielhaft wirken soll. Von den Dorfberatern und ihren Aufgaben war schon die Rede. Ihre Zahl

⁴ Über Vinoba Bhave und die Landschenkungsbeziehung vgl. das auch in deutscher Sprache erschienene Buch von Hallam Tennyson, Vinoba – Nachfolger Gandhis. (Diana-Verlag) Konstanz-Stuttgart 1957

wächst ständig, obwohl die Schulen, auf denen sie ausgebildet werden, noch auf lange Jahre hin bei weitem nicht so viele landwirtschaftliche Berater ausbilden können, wie gebraucht werden.

Nach dem gleichen Verfahren, in allen Landesteilen zunächst Musterdörfer zu schaffen, die für ihre Umgebung Beispiel geben sollen, arbeitet seit 1953 eine zweite Organisation, der Nationale Aufbaudienst (National Extension Service), der durch Ratschläge, Anregungen und finanzielle Unterstützung die genossenschaftliche Selbsthilfe der Dorfbewohner auf den verschiedensten Gebieten in Gang bringen soll. So fördert er den Bau von Schulen, Apotheken und sanitären Anlagen, den Wege- und Brunnenbau, den Bau besserer Wohnhäuser und Stallungen, die Entwicklung von Kredit- und Verkaufsgenossenschaften und die Einrichtung von Gemeindefhäusern, Klubs und Sportplätzen. Die Dörfler sollen sich in erster Linie mit ihrer Arbeitskraft beteiligen. Der Staat zahlt bestimmte wesentliche Anteile an den Ausgaben für jedes tatsächlich fertiggestellte Gemeinschaftsunternehmen.

Alle diese Einzelvorhaben sollen nach dem Willen der Regierung ein ganz neues Denken, eine ganz neue Haltung zum Leben schaffen helfen:

„Das Ziel des Nationalen Aufbaudienstes ist, die geistige Haltung der Bevölkerung zu ändern, in ihr den Wunsch nach einem höheren Lebensstandard zu wecken und den Willen und die Entschlossenheit, für einen solchen Standard zu arbeiten. Es handelt sich also um ein menschliches Problem – wie man die Haltung von 70 Millionen bäuerlicher Familien ändern soll, sie für ein neues Wissen und eine neue Lebensart zu begeistern und mit dem Willen nach einem besseren Leben zu erfüllen.“ (Aus dem Bericht der Zentralen Planungskommission, zitiert nach dem Bulletin der Indischen Botschaft in Bonn, Februar 1955, S. 5.)

Das wichtigste Mittel zur Hebung des Lebensstandards der ländlichen Massen sieht man in der systematischen Förderung der Heimindustrie (Cottage Industry), der man neben der Entwicklung einer städtischen Kleinindustrie und des Handwerks im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans besondere Aufmerksamkeit schenkt. Aus Witterungsgründen ruht in der indischen Landwirtschaft die Arbeit etwa vier Monate ganz. In dieser Zeit sollen die armen Dörfler in der Heimindustrie eine neue Erwerbsquelle finden. Durch Kredite und genossenschaftliche Verkaufsorganisationen hofft man die Heimindustrie so in Schwung zu bringen, daß sie den gesamten künftigen Bedarfszuwachs decken kann an Baumwollgeweben und -garnen, an Roh- und Feinzucker, Streichhölzern,

Schuhwerk, Seidengewebe und Kokosfasergewebe. Um den erwarteten Mehrbedarf an Garn für die weitverbreitete Handweberei allein durch sie decken zu lassen, werden rund 2,5 Millionen ganz moderne Spinnräder (unter dem Namen Amber Charka) mit einem Aufwand von 1,5 Mrd. Rupien verteilt und 400 Zentren zur Förderung der Hausspinnerei am Sitz der Webereien geschaffen. Man gibt der dörflichen Heimindustrie weiter dadurch einen besseren Start, daß die Großindustrie in den nächsten fünf Jahren ihre Kapazität nicht erweitern darf, vielmehr durch Sonderabgaben zur Finanzierung der Heimindustrie beitragen muß.

Es ist das Verdienst Nehrus, daß man sich nicht an dem schnellen Aufbau von Staudämmen, Stahlwerken und wichtigen Grundstoffindustrien Genüge sein läßt und alles auf die allgemeine eindrucksvolle Wirtschaftsbelebung setzt, sondern daß man unverrückt die Überwindung der Unterbeschäftigung und des Elends der Landbevölkerung als das soziale und politische Problem Nr. 1 im Auge behält und seine Lösung in langfristiger realistischer Planung auf den verschiedensten Wegen vorbereitet. Nehru leugnet nicht, daß man auch ohne sozialistische Planwirtschaft das Elend erfolgreich bekämpfen kann. „Ich begreife nicht, was sich in Deutschland abgespielt hat. Ich wollte, jemand könnte mir erklären, wie sie dort zehn Millionen Flüchtlinge absorbieren konnten und dennoch an Mangel an Arbeitskräften leiden ...“ In Indien aber fehle es sowohl an den psychologischen wie an den materiellen Voraussetzungen, die einigermaßen schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit von der freien Wirtschaft zu erwarten. „Indiens Unternehmer sind einfach nicht einsichtig genug“, hat Nehru einmal erklärt; „sie sind zwar gewiegte Geschäftsleute, aber sie begreifen nicht, was um sie vorgeht. Sie leben in den Vorstellungen eines schon untergegangenen Zeitalters“.

Die Förderungsmaßnahmen für die ländlichen Massen werden ganz im Namen Gandhis durchgeführt. Gandhi hat ja in der Tat die überragende Bedeutung der Heimindustrie als erster erkannt und das Spinnrad zum Symbol der materiellen und politischen Befreiung erhoben; als solches schmückt es ja auch die Fahne des neuen Indiens. Es ist ein Zeichen seiner Bescheidenheit und seiner politischen Klugheit zugleich, wenn Nehru in dieser zentralen Frage seiner Innenpolitik ganz hinter seinem großen Lehrer zurücktritt und Tibor Mende gegenüber sagt:

„Die fortschrittliche Innenpolitik, die sich des Dorfes annimmt und die Kluft zwischen Landbevölkerung und Mittelstand überbrückt, ist eine Schöpfung Gandhis.“⁵

DIE AUSSENPOLITIK

Im gleichen Atemzug bezeichnet Nehru als seine persönlichste Leistung die Außenpolitik. Hier fühlt er sich als Mittler zwischen den Weltfronten, an der Schwelle des Atomzeitalters dazu ausersehen, die Gegensätze auszugleichen und der Welt den Frieden zu wahren.

Nehrus zahllose Reisen, die ihn als „Pilger des Friedens“ von Hauptstadt zu Hauptstadt führten, haben ihm im alten Europa zunächst hier und da Kritik und kühle Reserve eingetragen. Seine betonte außenpolitische Aktivität, sein Auftreten auf internationalen Konferenzen als Sprecher der asiatisch-afrikanischen Staatengruppe von Bandung und als Vermittler zwischen West und Ost sind jedoch nicht nur für Indien selbst von großer Bedeutung, insofern nämlich, als sie das politische Selbstbewußtsein und gesamtindische Nationalgefühl mächtig anregen, an dem es dem jungen, aus so vielen Sprach- und Kulturgemeinschaften sich aufbauenden Staatswesen zunächst noch völlig gebrach. Tatsächlich schuldet ihm die ganze Welt Dank für seine erfolgreichen Bemühungen um eine allgemeine Entspannung, vor allem für seine Vermittlertätigkeit beim Zustandekommen des Waffenstillstandes in Korea und in Indochina, zur Vermeidung eines kriegerischen Zusammenstoßes über Formosa und wohl auch für die Annäherung zwischen USA und Rotchina.

Nehrus unbedingte Friedenspolitik ist getragen von der Überzeugung, die er auf dem Parteitag der Kongreßpartei in Amritsar im Februar 1956 aussprach, daß die Welt „zwischen der Botschaft Buddhas und der Wasserstoffbombe“ zu wählen habe. Zur 2500. Wiederkehr von Buddhas Geburtstag ließ er vom Parteitag eine Entschliebung annehmen, die dem indischen Volk die Botschaft Buddhas empfiehlt, „die Botschaft der Gewaltlosigkeit, der Duldung und des Mitgeföhls in einem Zeitalter wachsender Gewalt und schrecklicher Waffen der Massenvernichtung“. Auch im Ausland wird Nehru nicht müde, seine außenpolitischen Grundüberzeugungen auseinanderzusetzen, so etwa während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik in seinen Reden vor der „Deutschen Gesellschaft

⁵ T. Mendel: Gespräche mit Nehru. S. 114.

für Auswärtige Politik“ und vor der Universität Hamburg⁶. Die politische und geistige Entwicklung habe nicht Schritt gehalten mit dem gewaltigen Fortschritt der Wissenschaft und Technik, der die bisherigen Staatsindividuen — rein technisch gesehen — zu einer Welt verbinde. Die Staaten müßten sich daher einmal, vorbehaltlich ihrer nationalen Freiheiten, zu einer lockeren Föderation vereinigen, vor deren Forum alle Streitfragen friedlich gelöst werden könnten, am besten nach den von ihm und Tschu-En-Lai im Tibet-Abkommen (1954) formulierten „Fünf Grundsätzen“ (Panch Shila): Anerkennung der Unabhängigkeit aller Staaten, Nichtangriff, Nichteinmischung, gegenseitige Hilfe und Koexistenz. Gewiß sei mit der Aufstellung neuer Grundsätze die Menschheit noch nicht besser geworden; dennoch sei die Anerkennung dieser Prinzipien schon ein Fortschritt. Das heutige Klima des Kalten Krieges schaffe nur das Klima des heißen Krieges und hemme die Lösung internationaler Streitfragen; die angesichts des drohenden Atomkrieges auf anderer als militärischer Ebene gesucht werden müsse. Als Musterbeispiel für die Lösung eines schwierigen internationalen Problems nannte er die Art, wie Großbritannien Indien die Freiheit gegeben habe, so daß „nur sehr wenig Ressentiment gegen England zurückgeblieben sei“. Leidenschaftlich verwahrt sich Nehru immer wieder gegen den Vorwurf passiver Neutralitätspolitik; er verfolge eine durchaus aktive positive Friedenspolitik. Tatsächlich nimmt in einem Augenblick, da durch die Atomwaffen der Krieg als „ultima ratio“ der Politik fast unmöglich geworden ist, sein Feldzug für die Stärkung der moralischen Kräfte gegen den Krieg immer realistischere Züge an.

Mit dem Westen ist Indien lediglich durch seine Zugehörigkeit zum Commonwealth enger verbunden. Auch sie dient Nehru in erster Linie dazu, in den Gremien des Commonwealth seine politischen Überzeugungen besser zu Gehör bringen zu können, außerdem die Interessen der zahlreichen Inder, die in den britischen Kolonien eine neue Heimat gefunden haben, notfalls besser zu vertreten. Die entschiedene Frontstellung gegen den Kolonialismus und für das Selbstbestimmungsrecht auch der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völker macht es Nehru unmöglich, mit dem westlichen Lager, dem die Kolonialmächte führend

⁶ Nehrus Hamburger Rede ist unter dem Titel „Indien und die Welt im Umbruch“ im Kommissionsverlag C. Kloss, Hamburg 1, Bergstr. 26, erschienen.

„Die fortschrittliche Innenpolitik, die sich des Dorfes annimmt und die Kluft zwischen Landbevölkerung und Mittelstand überbrückt, ist eine Schöpfung Gandhis.“⁵

DIE AUSSENPOLITIK

Im gleichen Atemzug bezeichnet Nehru als seine persönlichste Leistung die Außenpolitik. Hier fühlt er sich als Mittler zwischen den Weltfronten, an der Schwelle des Atomzeitalters dazu ausersehen, die Gegensätze auszugleichen und der Welt den Frieden zu wahren.

Nehrus zahllose Reisen, die ihn als „Pilger des Friedens“ von Hauptstadt zu Hauptstadt führten, haben ihm im alten Europa zunächst hier und da Kritik und kühle Reserve eingetragen. Seine betonte außenpolitische Aktivität, sein Auftreten auf internationalen Konferenzen als Sprecher der asiatisch-afrikanischen Staatengruppe von Bandung und als Vermittler zwischen West und Ost sind jedoch nicht nur für Indien selbst von großer Bedeutung, insofern nämlich, als sie das politische Selbstbewußtsein und gesamtindische Nationalgefühl mächtig anregen, an dem es dem jungen, aus so vielen Sprach- und Kulturgemeinschaften sich aufbauenden Staatswesen zunächst noch völlig gebrach. Tatsächlich schuldet ihm die ganze Welt Dank für seine erfolgreichen Bemühungen um eine allgemeine Entspannung, vor allem für seine Vermittlertätigkeit beim Zustandekommen des Waffenstillstandes in Korea und in Indochina, zur Vermeidung eines kriegerischen Zusammenstoßes über Formosa und wohl auch für die Annäherung zwischen USA und Rotchina.

Nehrus unbedingte Friedenspolitik ist getragen von der Überzeugung, die er auf dem Parteitag der Kongreßpartei in Amritsar im Februar 1956 aussprach, daß die Welt „zwischen der Botschaft Buddhas und der Wasserstoffbombe“ zu wählen habe. Zur 2500. Wiederkehr von Buddhas Geburtstag ließ er vom Parteitag eine Entschließung annehmen, die dem indischen Volk die Botschaft Buddhas empfiehlt, „die Botschaft der Gewaltlosigkeit, der Duldung und des Mitgeföhls in einem Zeitalter wachsender Gewalt und schrecklicher Waffen der Massenvernichtung“. Auch im Ausland wird Nehru nicht müde, seine außenpolitischen Grundüberzeugungen auseinanderzusetzen, so etwa während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik in seinen Reden vor der „Deutschen Gesellschaft

⁵ T. Mendel: Gespräche mit Nehru. S. 114.

für Auswärtige Politik“ und vor der Universität Hamburg⁶. Die politische und geistige Entwicklung habe nicht Schritt gehalten mit dem gewaltigen Fortschritt der Wissenschaft und Technik, der die bisherigen Staatsindividuen — rein technisch gesehen — zu Einer Welt verbinde. Die Staaten müßten sich daher einmal, vorbehaltlich ihrer nationalen Freiheiten, zu einer lockeren Föderation vereinigen, vor deren Forum alle Streitfragen friedlich gelöst werden könnten, am besten nach den von ihm und Tschu-En-Lai im Tibet-Abkommen (1954) formulierten „Fünf Grundsätzen“ (Panch Shila): Anerkennung der Unabhängigkeit aller Staaten, Nichtangriff, Nichteinmischung, gegenseitige Hilfe und Koexistenz. Gewiß sei mit der Aufstellung neuer Grundsätze die Menschheit noch nicht besser geworden; dennoch sei die Anerkennung dieser Prinzipien schon ein Fortschritt. Das heutige Klima des Kalten Krieges schaffe nur das Klima des heißen Krieges und hemme die Lösung internationaler Streitfragen, die angesichts des drohenden Atomkrieges auf anderer als militärischer Ebene gesucht werden müsse. Als Musterbeispiel für die Lösung eines schwierigen internationalen Problems nannte er die Art, wie Großbritannien Indien die Freiheit gegeben habe, so daß „nur sehr wenig Ressentiment gegen England zurückgeblieben sei“. Leidenschaftlich verwahrt sich Nehru immer wieder gegen den Vorwurf passiver Neutralitätspolitik; er verfolge eine durchaus aktive positive Friedenspolitik. Tatsächlich nimmt in einem Augenblick, da durch die Atomwaffen der Krieg als „ultima ratio“ der Politik fast unmöglich geworden ist, sein Feldzug für die Stärkung der moralischen Kräfte gegen den Krieg immer realistischere Züge an.

Mit dem Westen ist Indien lediglich durch seine Zugehörigkeit zum Commonwealth enger verbunden. Auch sie dient Nehru in erster Linie dazu, in den Gremien des Commonwealth seine politischen Überzeugungen besser zu Gehör bringen zu können, außerdem die Interessen der zahlreichen Inder, die in den britischen Kolonien eine neue Heimat gefunden haben, notfalls besser zu vertreten. Die entschiedene Frontstellung gegen den Kolonialismus und für das Selbstbestimmungsrecht auch der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völker macht es Nehru unmöglich, mit dem westlichen Lager, dem die Kolonialmächte führend

⁶ Nehrus Hamburger Rede ist unter dem Titel „Indien und die Welt im Umbruch“ im Kommissionsverlag C. Kloss, Hamburg 1, Bergstr. 26, erschienen.

angehören, engere wehr- und außenpolitische Bindungen einzugehen. Unter dem Eindruck der englisch-französischen Aktion gegen Ägypten hat Nehru vorübergehend sogar erwogen, die lose Bindung an das Commonwealth endgültig zu zerschneiden.

Das Verhältnis zum Osten ist zwiespältig. Die eigenen Kommunisten betrachtet die Regierung als ihre gefährlichsten Gegner. Aber gerade um die Unterstützung der K.P.I. durch Moskau und Peking zu erschweren, hat Nehru den beiden Führungsmächten des Ostens gegenüber stets eine verbindliche Haltung eingenommen. Bei aller Ablehnung der totalitären Methoden des Bolschewismus sehen die Inder übrigens in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung der Sowjetunion manches Nachahmenswerte. Daß es den Sowjets gelang, innerhalb einer Generation das fast rein agrarische Rußland in einen modernen Industriestaat zu verwandeln und die zu einem guten Teil analphabetische Bevölkerung schreib- und lesefreudig zu machen, verfehlt seinen Eindruck in Indien nicht. Gerade weil die technisch-wirtschaftlichen und die volkerzieherischen Aufgaben im heutigen Indien ähnlich liegen wie vor einer Generation in der Sowjetunion und weil die Vorbilder der hochentwickelten westlichen Länder nicht ohne weiteres zu kopieren sind, bedient man sich sowjetischen Erfahrungen nicht ungerne, zumal sich die Inder als gute Geschäftsleute die Gelegenheit nicht entgehen lassen, daß nun auch die Ostblockstaaten mit dem Westen in Konkurrenz getreten sind und Indien ihre wirtschaftliche Hilfe geradezu aufdrängen.

Dennoch ist das politische Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion heute wacher als je. Mochte man nach Stalins Tod in New Delhi die Moskauer Führung vorübergehend für versöhnlicher, vernünftiger und taktvoller gehalten haben als manche Politiker des Westens, so war man schon durch das laute, das Gastrecht oft verletzende Auftreten Chruschtschows und Bulganins bei ihrem Staatsbesuch in Indien im November 1955 eines Besseren belehrt. Das sowjetische Vorgehen in Ungarn hat nun vollends jede Illusion zerstört und einhellige Verurteilung erfahren; Nehru nannte das Geschehen in Ungarn die größte Tragödie unserer Zeit.

Außerdem weiß man in Indien sehr genau, daß der Bolschewismus nur darauf wartet, das große Experiment, dem Massenelend der Landbevölkerung mit freiheitlichen Methoden durch genossenschaftliche Selbsthilfe ohne den Druck politischer Kommissare beizukommen, möchte

fehlschlagen. Man weiß andererseits, daß heute ganz Südostasien nach Indien als dem Vorbild für die Bewältigung der eigenen sozialen Probleme blickt und daß das außen- und innenpolitische Prestige des jungen indischen Staatswesens wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, den eigenen Sozialismus klar und eindeutig von den bolschewistischen Methoden abzusetzen. Auch die westliche Welt hat begriffen, welche Bedeutung heute das neue Indien als Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen des Bolschewismus in Asien gewonnen hat. Nehrus herzlicher Empfang durch Präsident Eisenhower läßt darauf schließen, daß im Weißen Haus die Auffassung geteilt wird, die schon vor einiger Zeit Präsident Eisenhowers Gegenkandidat im Wahlkampf, Adlai Stevenson, einmal folgendermaßen formuliert hat¹:

„Der große Streit in Asien tobt zwischen den totalitären und den demokratischen Mitteln zur Entwicklung der rückständigen Länder. . . Wir müssen dankbar sein, daß Indien den Weg der Freiwilligkeit gewählt hat — den beschwerlicheren Weg. Deshalb ist es viel wichtiger, daß Indien seine junge Demokratie auf eine sichere Grundlage stellt, als daß es sich außenpolitisch auf unsere Seite stellt. Denn eine gesunde Demokratie, selbst in einem ‚blockfreien‘ Indien, ist ein viel sichereres Bollwerk gegen den Kommunismus in Asien als ein schwaches, schwankendes Staatsgebilde, auch wenn seine Führer sich noch so nachdrücklich für Amerika und gegen den Kommunismus bekennen würden.“

¹ Zitiert nach dem Bulletin der Indischen Botschaft. Bonn, Jg. 1954, S. 5.

DIE SOWJETUNION — IDEOLOGIE UND GESCHICHTSBILD

von

Dr. KLAUS MEHNERT, Stuttgart

Nach einer jahrzehntelangen Beschäftigung mit Sowjetfragen und zahlreichen Aufenthalten in der Sowjetunion (Anfang der dreißiger Jahre als Vertreter deutscher Zeitungen und wieder 1955, 1956 und 1957 für westdeutsche Sender und Zeitungen) habe ich den Eindruck, daß die Triebkräfte für die Politik des Sowjetstaates und für das Verhalten seiner Bewohner nicht in erster Linie im ideologischen Bereich liegen, ja überhaupt nur sehr bedingt dort zu finden sind. Ich will zunächst diese Feststellung erklären, in bezug auf die Führung und auf das Volk.

Was die *Führung* der Sowjetunion betrifft, so ist das *Ziel*, dem sie zustrebt, sicherlich rein ideologischer Natur: der Weltkommunismus. Aber über dieses Ziel herrschen nur überaus vage Vorstellungen. Auch in der ideologischen Fachpublizistik ist darüber praktisch nichts zu finden; ja selbst darüber, wie man sich das Funktionieren des Kommunismus auch nur in den Grenzen der Sowjetunion vorstellen soll, gibt es so gut wie keine Literatur. (Das gegenwärtige Stadium der Sowjetentwicklung wird in Moskau als „Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus“ bezeichnet; der Kommunismus soll erst allmählich und zu einem nicht näher bestimmten Zeitpunkt erreicht werden.) Über den Kommunismus gibt es den berühmten Satz von Marx, nach seiner Errichtung werde der Grundsatz herrschen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“; Stalin hat in seiner letzten Schrift vom Oktober 1952 einige Zeilen über seine Vorstellungen vom Übergang zum Kommunismus geschrieben. Das ist so ziemlich alles, was es an autoritativen Erklärungen über dieses Thema gibt.

Die außerordentliche Armut an theoretischen Erwägungen über das erklärte Endziel beweist, daß man sich in Moskau mit ihm bisher gedanklich wenig befaßt; man ist viel zu sehr mit den dringenden und komplizierten Aufgaben des Tages beschäftigt, und doch ist dieser in der Vorstellung so verschwommene Kommunismus das Leitbild, dem man zustrebt und das man in jeder Rede und jeder Schrift als Ziel und Endergebnis der Entwicklung bezeichnet. Manche der bolschewistischen Führer sind vielleicht wirklich davon überzeugt, daß der Weg der Menschheit zum Kommunismus führe; besonders die Reden Chruschtschows — nicht zuletzt die, welche er in Anwesenheit ausländischer, nichtkommunistischer Gäste hält — erwecken diesen Eindruck.

Dagegen sind die *Mittel*, deren man sich auf dem Wege zu diesem ideologischen Ziel bedient, größtenteils aus der Ideologie heraus gar nicht zu rechtfertigen. Gerade diejenigen Erscheinungen des Sowjetlebens, welche die Entwicklung des Ganzen und des einzelnen Menschen am augenfälligsten beeinflussen, sind ideologisch bei Marx überhaupt nicht, bei Lenin nur in geringem Umfang zu belegen. Man denke etwa an die Form der staatsbürokratischen Planwirtschaft, die den Tagesablauf jedes Menschen bestimmt; oder an die Kollektivierung der Bauernschaft, welcher sich die gesamte, weit über die Hälfte des Volkes umfassende Bauernschaft unterwerfen mußte; oder an die Herausbildung eines neuen Klassenstaates; man denke an die ganze Entwicklung des Geld-, Preis- und Lohnwesens oder auch an den Staatsaufbau und sein tatsächliches (nicht sein vorgebliches) Funktionieren. Zwar hat sich Stalin in seinen Reden und gelegentlichen Schriften mit diesen Bestandteilen der Sowjetentwicklung beschäftigt; aber erstens ist Stalin von seinen Nachfolgern als Theoretiker entthront worden (heute spricht man nur noch vom Marxismus/Leninismus, während es noch bis vor kurzem Marxismus/Leninismus/Stalinismus hieß) und zweitens war Stalin ohnehin seinem ganzen Wesen nach mehr ein Mann der Tat als der Theorie, der erst nachträglich und wenig überzeugend die von ihm geschaffenen Tatsachen ideologisch verbrämte.

Was eben über die innen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Sowjetführung gesagt wurde, gilt ebenso für ihre *Außenpolitik*. Auch hier sind die wichtigsten und folgenschwersten Handlungen aus der Ideologie des Marxismus/Leninismus nicht zu begründen. Der Pakt mit Hitler

1939; der Überfall auf Japan 1945; die Einverleibung halb Europas durch Besetzung mit Sowjettruppen bei Ende des Zweiten Weltkrieges; die militärische Intervention in Ungarn — dies alles hat wenig oder nichts mit der kommunistischen Ideologie zu tun. Da Marx und Lenin im Verlaufe ihres Lebens viel geschrieben haben, läßt sich natürlich von den zu diesem Zweck in den Archiven grabenden Sowjettalmudisten das eine oder andere Zitat zur Rechtfertigung dieser oder jeder Maßnahme heranziehen; doch ändert das nichts daran, daß diese Maßnahmen nicht in Erfüllung ideologischer Richtlinien, sondern aus praktisch-politischen Erwägungen ergriffen und erst hinterher ideologisch „begründet“ werden.

Wenn ich mich hier so nachdrücklich gegen eine — gerade bei uns, den zum Theoretischen neigenden Deutschen übliche — Überschätzung des Ideologischen in der Sowjetpolitik wende, so beeile ich mich, mit demselben Nachdruck hinzuzufügen, daß diese meine Feststellung *zweierlei nicht bedeutet*:

Erstens bedeutet meine Warnung vor der Überschätzung des Ideologischen nicht, daß die Sowjetführer ganz gewöhnliche Machtpolitiker seien, wie es sie in der Geschichte der Menschheit seit den Pharaonen immer gegeben hat. Die Männer im Kreml unterscheiden sich von den üblichen Machtpolitikern einmal dadurch, daß sie sich unter Berufung auf ihr Fernziel — den angeblichen Idealzustand eines Weltkommunismus — für berechtigt halten, den Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt, mit einer Konsequenz anzuwenden, wie dies noch nie in der Geschichte der Fall gewesen ist. Ihre Unzugänglichkeit moralisch-menschlichen Argumenten gegenüber erwies sich zum Beispiel jüngst wieder in ihrem Verhalten zum Freiheitskampf der Ungarn; im Namen des Endzieles hatte ein Stalin schweres Unrecht an Millionen von Menschen, wie dies von seinen Nachfolgern selbst zugegeben worden ist, begangen; im Namen des Endzieles haben auch seine Nachfolger trotz ihrem öffentlich ausgesprochenen Abscheu vor Stalin nicht gezögert, rein stalinistische Methoden gegenüber dem ungarischen Volk anzuwenden. Eine Machtpolitik, die ihre Legitimation aus der Bemühung um ein utopisches Menschheitsziel nimmt, ist von jeher für die Zeitgenossen dieser Machtpolitiker besonders gefährlich gewesen; noch nie bisher aber ist sie in solchem Umfang und mit solcher Rücksichtslosigkeit ausgeübt worden wie von den Führern des Kreml.

Zweitens bedeutet meine These nicht, daß die Kremlführer ihre politischen Entscheidungen zufällig treffen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß sie eine wohldurchdachte Politik betreiben, daß sie — nicht umsonst wird das Schachspiel nirgends so intensiv betrieben wie in der Sowjetunion — sich zur Regel gemacht haben, nicht nur den nächsten, sondern auch den übernächsten und fünften und sechsten Zug im voraus zu überlegen, und daß sie sich bemühen, von einer realistischen Einschätzung der jeweils vorhandenen Lage, Entwicklungstendenz, Kräftegruppierung auszugehen. Hierbei kommt ihnen zweifellos zustatten, daß sie auf längere Sicht vorausdenken können, weil sie sich nicht den Kopf über wechselnde parlamentarische Mehrheiten zu zerbrechen brauchen, was freilich wiederum nicht bedeutet, daß sie ihre Entscheidungen ausschließlich von der Sache her fällen; sie sind vielmehr gezwungen, sehr genau auf die jeweilige personelle Konstellation in der Parteispitze, beziehungsweise in der ihnen jeweils übergeordneten politischen Instanz zu achten. Die Sowjetführer sind auch weit mehr als die Politiker anderer Staaten darauf bedacht, ihre praktischen Entscheidungen theoretisch-ideologisch zu rechtfertigen. Daß das ideologische Gewand häufig erst hinterher und ohne Rücksicht auf die Ausgangsideologie des Marxismus/Leninismus zurechtgeschneidert wird, zeigt vor allem die Entwicklung der bolschewistischen Geschichtslehre, von welcher gleich noch zu sprechen ist.

Die ideologische Dürre und Unfruchtbarkeit Moskaus wurde besonders deutlich, wenn man die großzügig angelegte, logisch aufgebaute Erklärung des Pekinger Politbüro vom 29. Dezember 1956 las. Diese Erklärung, an die sechzig Schreibmaschinenseiten lang, war die bedeutendste ideologische Verlautbarung aus dem kommunistischen Lager seit den sogenannten Linguistikbriefen Stalins im Sommer 1950 und seiner letzten Schrift von 1952. Danach sind aus Moskau ideologische Verlautbarungen von Gewicht nicht mehr hervorgegangen, sondern vorwiegend praktische Anweisungen zu industriellen, landwirtschaftlichen oder außenpolitischen Problemen. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 hatte Chruschtschow zwar einen Anlauf zu ideologischen Darlegungen unternommen, aber er kam über Allgemeinplätze über die Koexistenz kaum hinaus; von seiner groß aufgemachten Lehre über die „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ ist seit der „Oktoberrevolution“ Ungarns praktisch kaum noch etwas übriggeblieben. Auch die Entstalin-

sierung, ein Ereignis von größter ideologischer Bedeutung, wurde in Moskau nicht theoretisch untermauert, sondern im wesentlichen mit dem Schlagwort „Persönlichkeitskult“ abgetan.

In das völlig verwirrte Verhältnis zum toten Stalin und zu den „Volksdemokratien“, für welches der Kreml nur sich widersprechende und unklare Weisungen ausgab, brachte erst das chinesische Dokument vom Jahresende 1956 eine gewisse Linie, die dann auch von Moskau übernommen wurde. (1. die Welt zerfällt in Freunde und Feinde, Stalin gehört ins Lager der Freunde; seine Leistungen sind daher weit höher zu bewerten als seine Fehler; 2. es gibt Haupt- und Nebenwege zum Sozialismus; auf den Hauptwegen ist das Beispiel der Sowjetunion unbedingt zu befolgen; auf den Nebenwegen läßt sich auf die nationalen Besonderheiten des betreffenden Landes Rücksicht nehmen.) Daß diese Klärstellungen aus Peking und nicht aus Moskau kamen, hängt wohl damit zusammen, daß sich Peking — im Unterschied zu Chruschtschow und den Seinen — in den beiden Fragen des Anti-Stalinismus und des „eigenen Weges zum Sozialismus“ nicht so extrem festgelegt hatte wie Chruschtschow bei seinem Besuch in Belgrad 1955 und auf dem XX. Parteitag 1956. Was soll man aber auch von der inneren Logik und äußeren Überzeugungskraft einer Ideologie halten, wenn Chruschtschow, also einer ihrer prominentesten Vertreter, innerhalb kurzer Zeit in diesen beiden entscheidend wichtigen Fragen von einem Extrem ins andere fällt und binnen elf Monaten erst Stalin auf das bitterste verurteilt und dann mit dem Satz „Dem Imperialismus gegenüber sind wir alle Stalinisten“ wieder rehabilitiert?

Bisher war die Rede von dem Verhältnis zwischen bolschewistischer Führung und Ideologie. Was die *Bevölkerung* der Sowjetunion betrifft, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Ideologie bei ihren Erwägungen so gut wie gar keine Rolle spielt — mit einer einzigen Ausnahme. Wenn ich zusammenhalte, was mir zahlreiche Gesprächspartner auf meine Fragen über ihr Privatleben, ihre Pläne, ihre persönlichen Lebensentscheidungen erzählten, wenn ich daran denke, was ich an Gesprächen Fremder im Eisenbahnabteil oder an einem Restauranttisch mitanhörte, so kann ich zu keinem anderen Schluß kommen als dem: Die Menschen dort führen ihr tägliches Leben nicht unter dem Einfluß ideologischer, sondern menschlich-privater und materieller Erwägungen.

Mir scheint, daß nur *eine* ideologische These sich wirklich fest in ihren Köpfen eingenistet hat (und das allerdings ist ein bedeutender Erfolg des Bolschewismus): Obgleich Marx selbst aus eigener Erfahrung lediglich den Vorgang miterlebte, den er als Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft bezeichnete, hat er eine in ihrer Einfachheit bestechende und dem Bedürfnis der Leute nach simplen Erklärungen entgegenkommende Lehre aufgestellt, wonach die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft genauso gesetzmäßig verlaufe wie irgendeine Entwicklung im Bereiche der Natur. Nach dieser Theorie bewege sich die Menschheit zwangsläufig von der primitiven Urgesellschaft über die sklavenhaltende Gesellschaft, den Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus zum Kommunismus. Diese These, so scheint mir, wird von der Sowjetbevölkerung weitgehend akzeptiert; das hat zur Folge, daß vielen von ihnen auch ein schlecht funktionierender „Sozialismus“ mit all seinen für das Volk bedrückenden Nebenerscheinungen entwicklungs-geschichtlich gesehen „höher“ zu stehen scheint als ein noch so gut funktionierender „Kapitalismus“.

Es ist hier nicht der Ort, auf diese *Entwicklungslehre von Marx* des näheren einzugehen und darzulegen, was zu ihr zu sagen wäre; ich begnüge mich mit dem Hinweis, daß sie in der Sowjetbevölkerung weite Verbreitung gefunden hat. Daraus ergibt sich unter anderem auch, daß man sich — jedenfalls in der städtischen Bevölkerung — mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln abgefunden hat. Es gibt zwar unzählige Millionen Menschen, die sich unter dem gegenwärtigen System nicht wohl fühlen, die es zum Teil sogar hassen, aber da sie sich zu der Lehre überreden ließen, daß die Menschheit unweigerlich durch eine „sozialistische Epoche“ hindurchgehen muß, sind sie geneigt, den Zustand, in dem sie gegenwärtig leben, als ebenso unabänderlich zu betrachten wie im Winter die Kälte und im Sommer die Hitze. Damit ist für den Bolschewismus sehr viel gewonnen. So erklärt es sich wohl auch, daß bis vor kurzem in den Städten eine ernsthafte Opposition gegen das System nicht sichtbar geworden war. In der Sowjetunion hat es keinen 20. Juli 1944 und keinen 17. Juni 1953 gegeben, keinen Posener Aufstand und keinen ungarischen Freiheitskrieg.

Die Ablehnung des Systems ist am stärksten bei den Bauern, bei den nicht-russischen Völkern und beim intellektuellen Nachwuchs. Bei

den Bauern, weil sie für ihren Lebensbereich die Enteignung und die Bevormundung durch den Staat ablehnen; bei den nicht-russischen Völkern, da sie traditionellerweise der Herrschaft der Russen — schon seit den Tagen der Zaren — widerstreben und das Sowjetsystem als zusätzliche Fremdherrschaft betrachten; beim intellektuellen Nachwuchs, da er begonnen hat, größere Ansprüche an die geistige und persönliche Freiheit zu stellen.

Eine Frage ist hier noch aufzuwerfen: Wie wird sich der Glaube an die Automatik einer Entwicklung der Menschheit entsprechend dem Marx-schen Schema, welcher heute — neben dem russischen Patriotismus — eine Hauptstütze des Sowjetsystems darstellt, in der Zukunft gestalten? Wird er sich weiter festigen oder vielleicht sogar im Gegenteil vermindern? Das hängt vom weiteren Verlauf der Weltpolitik und des Kräfteverhältnisses zwischen den großen Lagern ab, unter anderem davon, ob es der westlichen Welt auch weiterhin gelingt, das Auftreten von *Wirtschaftskrisen* zu verhindern. Die Lehre, daß die kapitalistische Wirtschaft unweigerlich von Zeit zu Zeit schweren Wirtschaftskrisen unterworfen werde, hat nicht zuletzt dazu beigetragen, bei den Sowjetbürgern das Gefühl der Überlegenheit einer Staatswirtschaft zu fördern. Daß die westliche Welt seit dem Ende der zwanziger Jahre keine großen Krisen mehr erlebte und mit schwierigsten Problemen (z. B. Wiederaufbau der Bundesrepublik und Westeuropas nach dem Zweiten Weltkriege) erstaunlich gut und rasch fertig wurde, hat der Überzeugung vom automatischen Niedergang der westlichen Wirtschaft einen schweren Stoß versetzt. Schließlich hat auch noch die in den Jahren nach Stalins Tod erhöhte Möglichkeit des Kontakts mit dem Ausland (durch eigene Reisen oder durch Lektüre ausländischer Zeitschriften und Bücher) dazu beigetragen, das parteiamtliche, Schwarz in Schwarz gemalte Bild von den Wirtschafts- und Lebensverhältnissen der westlichen Welt zu korrigieren.

Läßt sich auch eine wachsende Kritik an der eigenen Wirtschaftsform erwarten? In den Ländern, über denen die rote Fahne weht, zunächst vor allem in den Staaten, die man nach den Ereignissen des Herbstes 1956 schon nicht mehr in Bausch und Bogen als Satellitenvölker bezeichnen mag, hat sich eine kritische Haltung gegenüber der Allmacht des Staates auf dem Gebiet der Wirtschaft herausgebildet. Hier liegt vielleicht auch die größte Bedeutung des „Titoismus“, der mit Eigentumsformen experi-

mentiert, die sich von den bisher in der westlichen und in der sowjetischen Welt üblichen unterscheiden. Neigungen zu einer Reprivatisierung der Industrie sind in der UdSSR und in den „Volksdemokratien“ nicht festzustellen, wohl aber ein zunehmendes Interesse an einer Eigentumsform, die man vielleicht als „Belegschaftseigentum“ bezeichnen könnte und die das absolute Staatsmonopol in allen Wirtschaftsfragen aufheben würde. Die spontane Gewalt, mit der sich das Interesse an wirksamen Arbeiterräten in Polen und insbesondere in Ungarn verbreitete, und der wütende Kampf Moskaus gegen sie beweist, daß hier eine neue Fragestellung heranreift. In dem Maße, in dem sich die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs und auch in der Sowjetunion ihrer Bedrückung durch den Staat bewußt werden, muß bei ihnen das Interesse zunehmen an allen Möglichkeiten, die Allmacht des Staates zu beschneiden.

Und noch eine Überlegung zum Thema der bolschewistischen Ideologie: Einer ihrer wichtigsten Bestandteile ist die *dialektische Methode* Marx-scher Prägung, mit deren Hilfe der Kreml seiner Bevölkerung alles plausibel zu machen versucht. Um ein Beispiel zu nennen: Die bolschewistische Revolution ist unter dem alten Menschheitsideal der Gleichheit angetreten und hat die klassenlose Gesellschaft zu schaffen versprochen. Vierzig Jahre später ist aus einer in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges annähernd klassenlosen Gesellschaft ein Klassenstaat mit äußersten Extremen zwischen Oben und Unten, Reich und Arm, Mächtig und Ohnmächtig geworden. Der Kreml erklärt dies „dialektisch“, indem er sagt: Wir streben die Gleichheit an; dies ist jedoch nur möglich, wenn wir den Zustand eines gewissen Überflusses erreicht haben, der es uns gestattet, die Güter des Lebens einigermaßen gleich zu verteilen; dieser Überfluß entsteht nicht von selbst, sondern nur durch harte Arbeit; diese wiederum wird nicht ohne den Anreiz des Akkordlohnes geleistet; der Leistungslohn aber bedeutet, daß die Lohnhöhen verschieden sind, daß es also hohe und niedere Löhne gibt; mit anderen Worten: Der Weg zur Gleichheit führt über die Ungleichheit!

Rein logisch und abstrakt mag man sich diese „Beweisführung“ vielleicht eine Weile gefallen lassen. Aber auf die Dauer? Wird nicht die Bereitschaft, „dialektischen“ Argumentationen zu folgen, allmählich erlahmen und einer wachsenden Ungeduld Platz machen, ja schließlich dem Gefühl, mit der Dialektik zum Narren gehalten zu werden?

Ich bezeichnete die *Entwicklung der sowjetischen Geschichtslehre* als ein beachtenswertes Beispiel dafür, daß politische Entscheidungen nachträglich ideologisch zurechtfrisirt werden, und möchte diese Feststellung nun im einzelnen belegen:

Bis 1934 entsprach das Geschichtsbild des Bolschewismus einigermaßen dem „historischen Materialismus“ von Marx. Der Hauptvertreter der bolschewistischen Historikerschule war Michail N. Pokrowskij. Seine „Geschichte Rußlands“, vor dem Ersten Weltkrieg geschrieben, war in einer riesigen Auflage veröffentlicht worden und in jeder Bibliothek des Landes und vielen des Auslandes zu finden. Das Werk war damals die Bibel aller Sowjethistoriker, auch Lenin hatte dem Buch seinen Segen gegeben, als er Pokrowskij schrieb: „Ich beglückwünsche Sie sehr herzlich zu Ihrem Erfolg. Mir gefällt Ihr neues Buch ‚Geschichte Rußlands‘ außerordentlich. Aufbau und Darstellung sind originell. Es liest sich mit allerhöchstem Interesse. Es sollte meiner Ansicht nach in die europäischen Sprachen übersetzt werden.“

Als Pokrowskij 1932 starb, erhielt er ein Staatsbegräbnis mit militärischen Ehren auf dem Roten Platz zu Moskau, seine Asche wurde in der Kremelmauer unweit des Lenin-Mausoleums beigesetzt. Unzählige Nachrufe beteuerten, daß die Sowjetunion in ihm einen treuen Schüler Marx' und Lenins und einen großen Bolschewiken verloren hatte.

Die erste Aufgabe, die sich Pokrowskij in seinem historischen Werk gesetzt hatte, war dieselbe, die — bis 1934 — vor jedem Sowjethistoriker stand, nämlich: am Beispiel der Geschichte jedes beliebigen Volkes und jeder beliebigen Zeit (im Falle Pokrowskij's am Beispiel der russischen Geschichte) die Richtigkeit von Marx' „historischem Materialismus“ nachzuweisen. Gleichgültig, ob es sich um die russische oder die ägyptische Geschichte handelte, für die Bolschewiken jener Zeit war die Geschichte nur interessant als Illustration für die Theorien von Marx. Geschichtsschreibung war nichts anderes als Anwendung der von Marx herausgestellten „ehernen Gesetze der Geschichte“. Diese Aufgabe hatte Pokrowskij brav erfüllt. Was er in seinem Geschichtswerk schildert, ist also weniger das Russische als das Allgemeine.

Eine zweite Aufgabe der früheren Sowjethistoriker war es, die Sowjetunion im hellsten Licht erstrahlen zu lassen; dies war um so leichter, je düsterer das Rußland der Zeit vor 1917 geschildert wurde. So gleicht das

von der Pokrowskij-Schule gezeichnete vorrevolutionäre Rußland einem Gefängnis, in dem, von den Zaren mit brutaler Grausamkeit unterworfen, die Völker schmachteten. Für Pokrowskij gab es nicht die alte Streitfrage, welche seit zwei Jahrhunderten die russische Intelligenzschicht in zwei Lager gespalten hatte, die Frage nämlich, ob die Russen zum Westen gehören oder ein Ding an sich seien. Pokrowskij lehnte den kapitalistischen Westen genauso ab wie die imperialistischen Phantasien der Panslawisten. Für ihn brach der Tag der Menschheit erst mit der bolschewistischen Revolution an.

Aber am 16. Mai 1934 unterzeichneten Stalin und Molotow ein *Dekret über Geschichtsunterricht*, das eine neue Entwicklung der sowjetischen Geschichtslehre einleitete. Das Vertrauen in das Geschichtsbild von Pokrowskij (und Marx) war bei Stalin und seinen Freunden erschüttert worden, vor allem aus zwei Gründen:

Erstens war die Revolution, entgegen der Marx'schen Voraussage (siehe z. B. Kommunistisches Manifest), statt in mehreren technisch und wirtschaftlich fortgeschrittenen nur in einem rückständigen Land, nämlich Rußland, erfolgreich gewesen (das Land, das 32 Jahre später folgte, war technisch noch rückständiger — China). Indem der 1917 entstandene Sowjetstaat zum einzigen Vollvertreter des von Marx prophezeiten Sozialismus wurde, erhielt er einen Wert an sich. Das Besondere (nämlich der Sowjetstaat) vertrat nun das Allgemeine (nämlich die Menschheit), das Besondere wurde damit wichtiger als das Allgemeine — im genauen Gegensatz zu der Auffassung, von der Pokrowskij ausgegangen war. Der Sowjetstaat wiederum war aus dem russischen Staat hervorgegangen. Aus der neuen Rolle, die dem Sowjetstaat zufiel, erwuchs auch dem alten russischen Staat der Zeit vor 1917 und seiner Geschichte eine neue Bedeutung. Indem das Besondere (also die Sowjetunion) zur Quintessenz der Menschheit geworden war, mußte auch die sowjetische (und damit überhaupt die russische) Geschichte als Quintessenz der menschlichen Geschichte dargestellt werden.

Zweitens war für Marx „das Proletariat“ die entscheidende Kraft in der modernen Geschichte gewesen. Die Nationen dagegen, so meinte er, standen bereits auf dem Aussterbeat. („Die Arbeiter haben kein Vaterland“, Kommunistisches Manifest.) Nun hatten sich aber während des Ersten Weltkrieges und danach die Nationen als eine ungemein

lebendige Kraft erwiesen und in einer Weise in sich zusammengehalten, daß sich der von Marx mit so großer Überzeugungskraft ausgestoßene Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ als blasse Theorie herausgestellt hatte. Außerdem war zwischen Proletariat und Bourgeoisie und neben dem von Marx als absterbend bezeichneten alten Mittelstand ein völlig neuer Mittelstand emporgewachsen, den es zur Zeit des Kommunistischen Manifests noch kaum gegeben hatte und der mit seinem Heer von Technikern, Ingenieuren, Beamten, Wissenschaftlern, Managern usw. weder zur Marxschen Bourgeoisie gehörte, da er sich aus Arbeitnehmern zusammensetzt, noch, obwohl er sich aus Arbeitnehmern zusammensetzt, zum Marxschen Proletariat, und der eine von Marx überhaupt nicht vorgesehene Bedeutung gewann. Es stellte sich bald heraus, daß auch in der Sowjetunion keineswegs das Proletariat die Führung übernahm, sondern die Macht sehr rasch in die Hände einer neuen Schicht von „Managern“ fiel. Mehr und mehr verschwand der „Proletarier“ aus dem Wortschatz, verdrängt zunächst durch den „Werkstätigen“ (ein ungleich weiterer Begriff), dann durch das „Volk“. Wer die Zeitungen der Sowjetzone Deutschlands verfolgt, weiß, wie selten man in ihnen auf den „Proletarier“ stößt. Auch in der Sowjetpublizistik ist er fast nicht mehr anzutreffen, wenn man davon absieht, daß er traditionellerweise in dem Schlagwort „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ am Kopf der Zeitungen erscheint. In dem Augenblick aber, in dem der Glaube an die „Proletarier aller Länder“ schwand, mußte das alte Pokrowskische Geschichtsbild durch ein neues ersetzt werden.

Hinzu kam der Schock, den *Hitlers Machtergreifung* auf Moskau ausübte. Man erkannte, daß Hitlers Nationalismus in Deutschland eine unvergleichlich stärkere Stoßkraft bewiesen hatte als Thälmanns Marxismus. Bei der zentralen Bedeutung, die das Schicksal Deutschlands für die strategischen Erwägungen der bolschewistischen Führer besaß, ließ sich eine völlige Umorientierung der Politik des Kreml nicht mehr vermeiden. Wollte der Bolschewismus im Kampf der Weltideologien nicht ernsthaft ins Hintertreffen geraten, so mußte er den nationalen Gedanken von seinem Platz am Rande des bolschewistischen Denkens in dessen Zentrum rücken. Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland und eine Reihe von Rückschlägen in der UdSSR, vor allem die schwere Lage in der Landwirtschaft, die 1931 bis 1933 als Folge der Kollektivierung an weitver-

breiteten Hungersnöten litt, hatten den Bolschewismus in eine Krise gebracht, die ihn dazu zwang, seine Position zu überprüfen. Auf die Weltrevolution war bis auf weiteres kein Verlaß mehr. Auf wen also sollte Stalin seine Weltpolitik stützen? Auf wen anders als auf die Völker der Sowjetunion und insbesondere die Russen.

Aus diesen Enttäuschungen gegenüber den Prophezeiungen und Thesen von Marx erklärt sich die *veränderte Aufgabe der Sowjetgeschichtslehre seit Anfang der dreißiger Jahre*. Während Pokrowskij die „ehernen Gesetze“ von Marx an dem — fast zufälligen — Beispiel Rußlands darstellte, hat die neue Geschichtslehre den Auftrag, zu erklären, warum gerade in Rußland die Revolution erfolgreich war. Wollte man das aber erklären, so mußte man die Wurzeln des Sowjetstaates und seiner Geschichte in der Geschichte des russischen Volkes und Staates suchen. Damit gelangte man zu einer völlig anderen Bewertung der russischen Geschichte als Pokrowskij sie gekannt hatte. Die Wiederentdeckung des russischen Patriotismus erforderte auch eine neue Ideologie. Die Aufgabe, diese Ideologie zu schaffen, wurde den Sowjethistorikern übertragen.

Die Neufassung der russischen Geschichte erhielt innerhalb der Geisteswissenschaften die Dringlichkeitsstufe 1 zuerkannt, als sich in den ersten Monaten des Zweiten Weltkrieges herausstellte, daß die Sowjetsoldaten zu Hunderttausenden ihre Waffen niederlegten und die Sowjetbauern die deutschen Armeen mit Brot und Salz begrüßten, weil ihnen der Bolschewismus nicht verteidigungswert erschien. Im Herbst 1941 wurde radikal auf Patriotismus umgeschaltet, an das tiefverwurzelte Vaterlandsgefühl der Bevölkerung appelliert und innerhalb kurzer Zeit eine Kampfmoral geschaffen, die schließlich in Stalingrad ihre Bewährungsprobe bestand.

Über die Geschichtslehre des Stalinismus habe ich eine Arbeit geschrieben, die unter dem Titel „Weltrevolution durch Weltgeschichte“ in der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart 1953 veröffentlicht wurde. Einzelheiten können also dort eingesehen werden. Hier begnüge ich mich mit einer kurzen Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale dieses Geschichtsbildes.

Das Standardwerk der stalinistischen Historiographie ist die „Geschichte der UdSSR“ der Professorin A. M. Pankratowa. Auf den ersten Seiten dieser „Geschichte der UdSSR“ finden sich Sätze wie diese:

„In der Mitte des zweiten Jahrtausends v. u. Z. [d. h. „vor unserer Zeitrechnung“, um das Wort Christus zu vermeiden] lebten . . . am Oberlauf der in Transkaukasien entspringenden Ströme Tigris, Euphrat und ihrer Nebenflüsse kleinere Stammesverbände. Sie waren häufigen Angriffen der assyrischen Könige ausgesetzt . . . Zu Beginn des ersten Jahrtausends v. u. Z. kam es zu einem Zusammenschluß. Die vereinigten Stämme erhielten den Namen Chaldäer, nach dem Gotte Chald . . . Ende des 8. Jahrhunderts v. u. Z. begann die Macht des Staates merklich zu sinken. Im Norden wurde die Chaldäer von Nomaden bedrängt. Am Tigris wurde Assyrien wieder ein mächtiger Staat . . . Mitte des 6. Jahrhunderts v. u. Z. erstarbte im Südosten das persische Königreich. Der Kampf mit Persien schwächte die Chaldäerstämme.“

Wie war diese Wandlung möglich zwischen den zwanziger Jahren, in denen eine „Geschichte der UdSSR“ mit der bolschewistischen Revolution oder, wenn es hoch kam, mit einigen Vorläufern der Bolschewiken begann, und den vierziger Jahren, da eine „Geschichte der UdSSR“ mit der Frühgeschichte Mesopotamiens einsetzte?

Die Antwort ist überaus einfach. Für den stalinistischen Sowjethistoriker war alles, was sich je innerhalb der heutigen (oder morgigen) Grenzen der UdSSR ereignet hat, Teil der Sowjetgeschichte. Diese höchst einfache These warf die gesamte bisherige — nicht nur sowjetische, sondern auch russische — Geschichtsbetrachtung über den Haufen und eröffnete ihr weite und weltpolitisch bedeutsame Möglichkeiten. Zunächst hatte sie eine ungeheure Ausdehnung der „Sowjetgeschichte“ zur Folge, eine *Ausdehnung nach Zeit und Raum*. In einem Werk der jüngeren Sowjethistoriographie schrieb dieselbe Pankratowa, von der die oben zitierte Geschichte der UdSSR stammt: „Stalin dehnte die zeitlichen Grenzen der Sowjetgeschichte um 1500 bis 2000 Jahre aus.“ Das war kein Scherz, sondern stellte in allem Ernst einen Tatbestand fest. Durch die — sei es von Stalin selbst, sei es mit seiner Zustimmung — aufgestellte These, daß Sowjetgeschichte gleichzusetzen ist mit der Geschichte des Sowjetterritoriums, wurden die frühen Funde in Transkaukasien und Zentralasien, also Gebieten, die der Wiege der Menschheitsgeschichte sehr nahe liegen, Bestandteile der Sowjetgeschichte. So gesehen beginnt die Sowjetgeschichte nicht mit Lenin oder der Revolution von 1906, sondern im dritten Jahrtausend „v. u. Z.“, aus dem die ältesten Kupfergegenstände in den Bergen des Kaukasus stammen.

Außer den zeitlichen Grenzen wurden durch die neue Definition der „Sowjetgeschichte“ auch deren geographische Grenzen mächtig erweitert,

denn nicht nur was sich je auf dem Gebiete der UdSSR irgendwann einmal zugetragen hatte, sondern auch die Beziehungen, die diese Ereignisse zu anderen Teilen der Welt hatten, traten automatisch in die Sowjetgeschichte ein. Wir sahen es schon im Falle der Assyrier. Sehr nützlich sind in diesem Zusammenhang die Skythen und die kaukasischen Völker. Die Professoren S. W. Kisseljow, W. I. Awdijew und M. A. Korostowzew heben hervor, daß die kaukasischen Stämme in grauer Vorzeit enge Beziehungen zu allen alten Kulturen Vorderasiens, ja sogar Ägyptens, besaßen. Die Beziehungen der zur heutigen Sowjetunion gehörigen zentralasiatischen Stämme, die zum Teil vor weniger als hundert Jahren von den Zarenheeren unterworfen wurden, öffnen den Sowjets die Türen in die gesamte asiatische Geschichte. Professor A. Okladnikow sucht enge Verbindung zwischen den nordostsibirischen Jakuten und China bereits in der Bronzezeit nachzuweisen, und über Alaska, das einige Jahrzehnte lang zu Rußland gehörte, laufen die Fäden zur Geschichte Amerikas, so wie über russische Entdeckungsreisen zum Südpol.

Dies also ist das erste wesentliche Merkmal der bolschewistischen Geschichtslehre: die Sowjetgeschichte ist sowohl zeitlich als räumlich so weit ausgedehnt worden, daß sie als *Zentralgeschichte der gesamten Weltgeschichte* dargestellt werden kann.

Seit dem berühmten Trinkspruch Stalins auf das russische Volk am 24. Mai 1945 wurde die *Sonderstellung des russischen Volkes* zu einem Dogma erhoben. Immer wieder wurde hinfort darauf bestanden, daß die Geschichte des Sowjetvolkes etwas Besonderes, etwas — gegenüber dem Strom der allgemeinen Geschichte — Selbständiges sei.

Während frühere russische Historiker nichts dabei fanden, die russische Geschichte eigentlich erst mit der Gründung des ersten Kiewer Staates im 8. Jahrhundert beginnen zu lassen, kam es für die Sowjethistoriker nun entscheidend darauf an, nachzuweisen, erstens, daß die Sowjetgeschichte lange vorher begann, zweitens, daß sie autochthon ist und drittens, daß das Sowjetvolk alles aus sich selbst heraus, ohne Entlehnung von außen, geschaffen hat.

Im Unterschied zu der üblichen Ansicht der westlichen Geschichtsforschung wollten die Sowjets den Beweis erbringen, daß die Ostslawen nicht erst verhältnismäßig spät als historische Neulinge in das Licht der Geschichte traten, sondern so alt sind wie nur irgendein Kulturvolk. Da-

her lehrte Professor A. Udalzew, daß sich die Vorfahren der Slawen bis in das 3. Jahrtausend vor Christus zurückverfolgen lassen, und daß sie nicht, wie bisher angenommen, den Wanderungen einzelner Völkerstämme, sondern ihrer eigenen inneren Entwicklung ihre Entstehung und die in ihrer Geschichte festzustellenden Veränderungen zu verdanken haben. So erklärte sich auch das besondere Interesse, das an den Skythen und Anten als den möglichen Vorfahren der Slawen genommen wurde. Die Einverleibung der Skythen, die vor zweieinhalb Jahrtausenden in den Steppen am Schwarzen Meer lebten, in die Sowjetunion hatte vier bedeutsame Vorteile.

Erstens trägt dies dazu bei, die Sowjetgeschichte tiefer in das Altertum hinein zu verlängern. Zweitens läßt sich mit Hilfe der Skythen, dank ihrer engen Verbindung mit den Zentren der abendländischen Frühgeschichte, die persische so gut wie die griechische Geschichte zu Randerscheinungen der Sowjetgeschichte machen. Dies führt zu den sonderbarsten Folgerungen: nach skythischen Legenden waren die Skythen Abkommen des Herkules, der wiederum den Lenden des obersten griechischen Gottes Zeus entsprossen war. So schwingt geradezu der Bogen von Stalins Kreml zu Zeus' Olymp.

Pokrowskij hatte über die Entstehung der ersten russischen Staaten geschrieben:

„Nach den Überlieferungen sind die Begründer der ersten größeren Staaten in der russischen Ebene nicht Slawen gewesen, sondern eingewanderte Völker: im Süden Chosaren, die aus Asien kamen, und im Norden die Waräger, die von der skandinavischen Halbinsel, dem heutigen Schweden, stammten. Später haben die Waräger die Chosaren besiegt, — sie blieben die alleinigen Herrscher im ganzen europäischen Rußland. Diese Version haben die neueren, vorsowjetischen Historiker aus patriotischen Rücksichten bestritten: es verletzte ihren nationalen Stolz, daß die ersten Herrscher der russischen Slawen Fremde gewesen waren. . . . Dies ist ebenso belanglos wie die Tatsache, daß die ersten Nowgoroder und Kiewer Fürsten, die wir namentlich kennen, schwedischer Abstammung waren (was unzweifelhaft ist).“

Eine so souveräne, um nicht zu sagen ironische Geschichtsbetrachtung war nun nicht mehr möglich — weit weniger als unter den Zaren. Wehe dem Historiker, der es unterließ, bei jeder halbwegs geeigneten Gelegenheit „die normannische Theorie der Herkunft des russischen staatlichen Lebens, die auf russischem Boden Anschauungen der nationalistischen deutschen Geschichtsschreibung ins Leben umsetzte“, auf das schärfste

zu verdammen. Er machte sich genau so strafbar, wie wenn er etwa den Kapitalismus als dem Bolschewismus überlegen darstellen würde. Er durfte die normannische Theorie nicht einmal mehr als eine mögliche Hypothese erwähnen.

Aus der neuen Einstellung zum Volk mußte sich mit Notwendigkeit auch eine *neue Einstellung zur Sprache* ergeben. Dieser Schritt wurde vollzogen in den Aufsätzen Stalins, die im Sommer 1950 zum Thema der Sowjetlinguistik erschienen. In seinen fünf sogenannten „Linguistikbriefen“ hat Stalin die Bedeutung der Sprache im Leben eines Volkes hervorgehoben, während bis dahin Sprachen — wie Nationen zu Zeiten Pokrowskij's — lediglich als Rohstoff der Geschichte galten.

Die Betonung des Eigenwertes und der Dauer der nationalen Sprache war eine der äußersten und interessantesten Konsequenzen des neuen bolschewistischen Geschichtsbildes. War Stalin schon in der Wiederentdeckung der russischen Geschichte in Schichten der menschlichen Wirklichkeit vorgedrungen, die den Vätern des Marxismus uninteressant erschienen waren, so ging er mit seinen neuen Lehren von der Sprache noch eine Schicht tiefer.

Bejahung der nationalen Sprache — das bedeutete stärkste Bejahung der nationalen Tradition, denn es ist die Sprache, die uns mit der fernsten Vergangenheit unseres Volkes verbindet und ihre Traditionen in sich trägt. Der Schritt von 1934 bis 1950, der Schritt von der Entdeckung der russischen Geschichte zu der der russischen Sprache, ist der Schritt von einer Schicht des Nationalen zu einer noch tieferen Schicht, eben der Sprache. In Zeiten, in denen auf Grund äußerer oder innerer Gefahren ein Volk zur Sammlung aufgerufen wurde, gehörte der Appell an die gemeinsame Sprache fast immer zum Rüstzeug der politischen und geistigen Führung. Auch in Rußland war dies schon früher der Fall. Als der Parteienstreit die Russen Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der Heimat und in der — freiwilligen — Emigration völlig zu entzweien drohte, beschwor Turgenjew in einem seiner Prosagedichte die russische Sprache als Hoffnungsanker und Faktor der Einigkeit.

Doch ist es nicht nur der Gedanke an die Russen, der Stalin veranlaßte, die russische Sprache in dieser Weise zu feiern und mit dem Schimmer der Sieghaftigkeit über alle mit ihr zusammentreffenden Sprachen zu versehen. Stalin hat erkannt, daß die Sprache eine ungeheure Bedeutung als

Instrument der Reichsbildung besitzt. Auch darin ist er nicht der erste. Aber seine geistigen Ahnen auf diesem Wege sind sicherlich nicht Marx und Engels, sondern Männer wie der Perser Darius, wie der Erbauer des römischen Imperiums, wie die Lenker der britischen und französischen Weltexpansion, wie die chinesischen Kaiser. Sie alle haben Sprache und Schrift zu Instrumenten ihrer Herrschaft gemacht.

Es ist noch nicht lange her, da wurde vom Kreml alles getan, um den durch die Bolschewiken von der Russifizierungspolitik des Zarismus befreiten Völkern Rußlands ihre nationalen Sprachen wieder zu schenken, ja sogar die Völkerschaften, die in ihrer Entwicklung noch weit zurück gewesen waren, fast mit Gewalt mit eigenen Grammatiken und Wörterbüchern zu versehen. Unter Stalin aber wurde die russische Sprache als Reichssprache mit allen Mitteln gefördert und darüber hinaus das russische Alphabet zur Reichsschrift auch für die Sprachen nichtslawischer Völker innerhalb der UdSSR gemacht.

In diesen Zusammenhang gehören die Sätze, die einer der prominentesten Moskauer politischen Schriftsteller, D. Saslawskij, in der „Literaturnaja gaseta“ (1. Januar 1949) geschrieben hatte:

„Die russische Sprache ist die erste Weltsprache des Internationalismus, welcher die kosmopolitische Korruption der Nationen ablehnt. . . Niemand darf sich einen Gelehrten in vollem und wahren Sinne dieses Wortes nennen, der nicht russisch kann, der die Werke des russischen Geistes nicht im Original liest. . . In der Geschichte der Menschheit sieht man, wie sich in den Jahrtausenden die Weltsprachen ablösen. Das Latein war die Sprache der Antike und des beginnenden Mittelalters. Das Französische war die Sprache des Feudalismus. Das Englische wurde zur Sprache des Imperialismus. Und blicken wir in die Zukunft, so sehen wir das Russische als die Weltsprache des Sozialismus auftauchen.“

Es gehört zu den Pikanterien der Weltgeschichte, daß diese Glorifizierung des Russischen von Stalin betrieben wurde, von einem Manne also, der Zeit seines Lebens Russisch mit einem fremdländischen Akzent sprach und dessen Muttersprache das Georgische war.

In einem Gegensatz gegen die heroisierende Historiographie, gegen das „Männer machen die Geschichte“, gegen eine Geschichtsschreibung vom Subjekt her, setzte Marx die ökonomisch-soziologische, die materialistische Geschichtsbetrachtung. Danach sind die Individuen nicht viel mehr als Beauftragte, die von der gesetzmäßig ablaufenden Entwicklung in Bewegung gesetzt werden. Dieses Geschichtsbild war in der Sowjetunion zunächst, auch in der Schule Pokrowskij, sehr im Schwange.

Der Kampf gegen Pokrowskij bedeutete auch den Kampf für die *Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte*. Unter den gegen Pokrowskij erhobenen Vorwürfen befand sich gerade auch der, daß er die Persönlichkeit zu einer Marionette des Wirtschaftsablaufs degradiert habe. Schon bald nach seiner „Zerschmetterung“ erschienen die ersten Biographien, in denen wieder die Persönlichkeit in den Vordergrund rückte, allen voran der Roman des aus der Emigration zurückgekehrten Alexej Tolstoj über Peter den Großen, und Aufsätze in ideologischen oder Fachzeitschriften, in denen die Bedeutung der Persönlichkeit aufs neue untersucht wurde. Andere Romane, Filme, Theaterstücke befaßten sich — nicht mehr ablehnend, sondern in patriotischem Stolz — mit Alexander Newskij, mit Iwan dem Schrecklichen und zaristischen Generälen wie Kutusow. In den vierziger Jahren war dann der Stalinkult zu einem so wichtigen Bestandteil des staatlichen und öffentlichen Lebens der UdSSR geworden, daß hier keine weiteren Belege angeführt zu werden brauchen, um zu beweisen, daß die Persönlichkeit wieder etwas galt.

Die ganze historiographische Entwicklung in der UdSSR fand ihren formalen Niederschlag in der großen Rolle, die die Frage der „Periodisierung“ spielt. Es wurden zahlreiche Historikerkonferenzen abgehalten, die ausschließlich diesem Thema galten. Aus den Tagungsberichten ging hervor, daß es sich vor allem darum handelte, erstens den Anfang der sowjetischen Geschichte an einen möglichst frühen Zeitpunkt zu rücken und zweitens — und das ist im engeren Sinne das Problem der Periodisierung — den Beginn jeder einzelnen historischen Periode in Rußland so früh als möglich zu legen, wenn es irgend geht, früher als bei anderen Völkern. Ausgangspunkt dieser ganzen Bemühungen ist die bereits erwähnte Lehre von Karl Marx, daß die Menschheit durch bestimmte Entwicklungsstufen hindurchläuft, nämlich Urgemeinschaft, Sklavenstaat, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus.

Es war das russische Volk, welches, entgegen den Erwartungen von Marx, als erstes die Revolution durchgeführt hatte, die den Weg zum Marxschen Sozialismus freimachen sollte. Wenn die Bolschewiken nachweisen wollten, daß es sich hier nicht um ein zufälliges Kuriosum der Weltgeschichte handelte, sondern daß es gerade die Russen sein mußten, denen dieses als erstes gelang, dann mußte gezeigt werden, daß die Russen (oder ihre historischen Vorgänger) ihrem ganzen Wesen nach

besonders dazu neigten, anderen Völkern auf dem durch die Gesetze der Entwicklungsgeschichte den Menschen vorgezeichneten Wege voranzuwandeln.

Zahlreiche sowjetische Historiker stritten sich daher um die Ehre, den Beginn des Feudalismus bei den Slawen möglichst früh zu legen, früher als bei den Germanen oder Romanen. Ein Wettlauf setzte ein um den Beginn des Absolutismus, des Kapitalismus und so fort.

Der besondere Stolz der Sowjethistoriker galt der These, daß in der Geschichte der UdSSR eine ganze Epoche fehlt — die des Sklavenstaates. Damit ließ sich nachweisen, daß dem russischen Volk (und seinen historischen Vorgängern) der Wesenszug eignet, nicht nur früher als andere Völker von einer Epoche in die nächste hinüberzugehen, sondern auch ganze Epochen zu überspringen, etwa so wie ein geniales Kind, das immer seinen Mitschülern voraus ist, die eine oder andere Klasse überhaupt nicht zu absolvieren braucht. „Auf dem Gebiet der Ideen und Politik hat unser Volk die Völker anderer Länder um eine ganze Epoche überrundet“, schrieb die amtliche Zeitschrift der bolschewistischen Partei „Bolschewik“ (1950/8 S. 14).

Der in der Periodisierung zum Ausdruck kommende Führungsanspruch der Russen ließe sich noch erheblich verstärken, wenn sich nachweisen ließe, daß die Russen nicht nur selbst einen raschen Weg von Stufe zu Stufe und sogar unter Überspringen von Stufen zurücklegen, sondern daß sie — wie Hebammen — anderen Völkern helfen, gleichfalls rascher voranzukommen. So führte der Gedanke der Periodisierung zum nächsten wichtigen Glied der von uns hier verfolgten Gedankenkette.

Beispiele, mit denen diese *Hebammenrolle* des Sowjetvolkes in der Geschichte der Menschheit besonders gern belegt wurde, sind die verschiedenen Phasen der Ostexpansion des russischen Volkes. Hier wurde der Gegensatz zwischen der neuesten Sowjetgeschichtslehre und der Zeit Pokrowskij's besonders deutlich. Pokrowskij und seine Schule zeichneten voll Abscheu und in düsteren Farben die Methoden der russischen Expansion nach Asien. Sie brauchten nicht zu übertreiben, denn diese Vorgänge waren wirklich abscheulich, wenn auch nicht abscheulicher als etwa die frühe spanische Kolonisation in Amerika. Die Werke der Sowjethistoriker aus den ersten fünfzehn Jahren nach der Revolution strotzen von Dokumentensammlungen über die Greuel der Kolonisation

Sibiriens und anderer asiatischen Gebiete durch die Untertanen der Zaren. Für die Sowjethistoriker Stalins aber kam es bei der Bewertung eines historischen Vorganges nicht darauf an, ob er blutig, hinterlistig, brutal war, sondern lediglich darauf, auf welcher Stufe innerhalb der menschlichen Entwicklungslinie sich jeweils die Eroberer einerseits, die Eroberten andererseits befanden. Als im 16. Jahrhundert die russische Ostexpansion begann, war Moskau ein ziemlich fortgeschrittener Feudalstaat, während die Völker an der unteren Wolga und in Sibirien, gegen die sich der russische Angriff wandte, im Stadium des frühen Feudalismus, ja zum Teil der Sklavengesellschaft, wenn nicht gar der primitiven Urgesellschaft lebten. Als später die Expansion nach Zentralasien einsetzte, waren die Russen schon wieder eine Stufe voraus; sie befanden sich bereits in den Anfängen des Kapitalismus, ihre Gegner höchstens in der Endphase des Feudalismus.

Die Unterwerfung dieser Völker unter die Russen führte also dazu, daß sie an eine Phase der Entwicklung angeschlossen wurden, die weiter war als die, welche sie im Augenblick der Eroberung innehatten. Mögen also die Formen, unter denen sich die russischen Eroberungen vollzogen, noch so grausam und blutig gewesen sein, sie waren für die Eroberten — auch wenn sie es nicht wußten oder wahr haben wollten — ein Segen, da sie ihre Entwicklung zum sozialistischen Paradies beschleunigten. So lehrten Stalins Historiker.

Sogar das lange Zeit von den Bolschewiken so verachtete Christentum wurde in dieses ideologische Instrumentarium eingereiht. Es diente dazu, sozusagen die Unterwerfung der heidnischen nichtrussischen Völker durch die orthodoxen Russen zu legalisieren, da das Christentum zu gewissen Zeiten und unter gewissen Umständen, zum Beispiel durch seine Ablehnung der Sklaverei, dem Fortschritt gedient habe.

Hier wird auch deutlich, warum die Sowjetpublizistik mit solcher Monotonie die Behauptung aufstellte, daß die Sowjetunion allein den Krieg gegen Hitler gewonnen habe. Es ging hierbei nicht nur um den üblichen Nationalstolz, sondern um den Nachweis der Einzigartigkeit des Sowjetvolkes und seines Kampfes im Interesse der Menschheit. Auch die besondere und führende Stellung des Sowjetvolkes im Kampfe gegen Hitler ist nur ein weiterer „neuer Beweis“ für die immer wiederholte These von der Schutz- und Befreiungsmision der Russen in der Welt.

„Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode“, könnte man vom Geschichtsbild Stalins sagen. Durch seine Methodik und Konsequenz hat es zunehmend Eingang gefunden in die historischen Arbeiten der von den Sowjets beherrschten Staaten, für uns besonders deutlich in der Sowjetzone Deutschlands. Dabei blieb es zunächst auch *nach Stalins Tod*.

Nur an einem Punkt, der sich freilich später als entscheidend erweisen sollte, wurde schon bald nach seinem Tode eine Revision vorgenommen: Man begann die Bedeutung der Rolle Stalins und damit der Persönlichkeit in der Geschichte überhaupt zu reduzieren. Bald nach Stalins Tod setzten die ersten kritischen Bemerkungen gegen den „*Persönlichkeitskult*“ ein; ihre volle Lautstärke erhielten sie auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 und während der anschließenden Monate.

Andere Bestandteile der Stalinschen Geschichtslehre wurden erst später einer Überprüfung unterzogen, deutlich erst ab Ende 1955 und vor allem nach dem XX. Parteitag. Der treue Spiegel der historiographischen Generallinie, die Monatszeitschrift „*Woprossy istorii*“, gibt diese Entwicklung deutlich wieder; nicht minder deutlich tat dies die allzeit eifrige, 1957 verstorbene Professorin Pankratowa, welche zusammen mit dem Pädagogen L. P. Buschtschik im Spätsommer 1956 im Zentralen Fortbildungsinstitut der Mitarbeiter des Erziehungswesen in Moskau eine Schrift „Über den Unterricht der Geschichte der UdSSR im Lichte der Beschlüsse des XX. Parteitages“ veröffentlichte.

Nimmt man diese Publikationen zusammen, so ergibt sich, daß das zu Lebzeiten Stalins fabrizierte Bild der russischen Geschichte in zahlreichen Punkten revidiert wird:

Die Rolle des Helden in der Geschichte wird gestutzt, das gilt nicht nur für Stalin, sondern auch für Alexander Newskij, Iwan den Schrecklichen, Peter den Großen, die russischen Heerführer der napoleonischen Zeit usw.

Der Wettlauf um die Periodisierung wurde eingestellt. Die These, daß jede Eroberung der Zaren eine Wohltat für die Eroberten und daß jeder Nichtrusse, der sich gegen sie auflehnte, ein Bösewicht und Agent der Engländer usw. war, wird nicht länger aufrecht erhalten. Schamil, der gegen die zaristischen Eroberer kämpfende kaukasische Volksführer des 19. Jahrhunderts, der in den Zeiten Pokrowskijs als Held, von den Historikern der Stalin-Schule als Schurke gezeichnet wurde, ist als Held rehabilitiert.

Die westliche historische Wissenschaft wird nicht mehr mit Schimpf und Schande übergossen, sondern das Studium ihrer Werke empfohlen. Es fehlte eigentlich nur noch die Rehabilitierung Pokrowskijs; auch diese erfolgte in einem Leitartikel der „*Woprossy istorii*“ (1956, Heft 1).

So hat in der bolschewistischen Geschichtslehre innerhalb von etwas mehr als zwei Jahrzehnten der Pendel dreimal von einem Extrem zum anderen ausgeschlagen: vom Pokrowskismus zum Stalinismus und zurück zum Neo-Pokrowskismus. Wer die Entwicklung der Ideologien im Sowjetbereich untersucht und ihren Zickzack-Kurs verfolgt hat, wird nicht mehr bereit sein, ihre Bedeutung für die Politik des Kreml zu überschätzen. Die Ideologie ist weit mehr der Mantel als die Quelle der Sowjetpolitik.